
3 2044 103 252 839


CHRISTO
ET
ECCLESIAE
VE
RI
TAS



Archiv

für

katholisches Kirchenrecht

mit besonderer Rücksicht auf

Oesterreich und Deutschland.

Gegründet von

Ernst Freiherrn von Moy de Sons.

Im Verein

mit den katholischen Canonisten Deutschlands und Oesterreichs

fortgeführt von

Dr. Friedrich H. Vering,

Professor der Rechte an der Universität zu Heidelberg

Zwanzigster Band.

Neue Folge.

Vierzehnter Band.

Mainz,

Verlag von Franz Kirchheim.

1868.

Mainz,
Druck von Franz Sausen.

Die Aufhebung

der Vorschriften des Allgemeinen Land-Rechtes für die Preussischen Staaten, das Ehehinderniss der Ungleichheit des Standes und die Schmerzengelder betreffend, durch Art. 4. der Verfassungs-Urkunde,

von Assessor Joseph Wirsel[1]) aus Büren.

Unser Thema ist:

»*Sind durch die Bestimmung des Artikels 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, dass Standesvorrechte nicht Statt finden,*

a) der §. 112. Tit. 6. Thl. I. des Allgemeinen Landrechts,

b) die §§. 30—33. Tit. 1. Thl. II. des Allgemeinen Landrechts

als aufgehoben zu betrachten?«

---

§. 1. Einleitung.

Der Artikel 4. der Preussischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 bestimmt:

»Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen gestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.«

Der §. 112. Allgem. Landrechts I. 6. lautet:

»Wegen erlittener Schmerzen können Personen vom Bauer- oder gemeinen Bürger-Stande, denen dergleichen Verletzung aus Vor-

---

1) Es ist dieses die schon im Jahre 1862 verfasste juristische Probearbeit eines talentvollen jetzt schon verstorbenen jungen Mannes. Allerdings steht ein verhältnissmässig übrigens kleinerer, die Schmerzensgelder betreffender Theil der Abhandlung an sich in keiner Beziehung zum kirchlichen Rechte, aber im Zusammenhange mit der anderen kirchenrechtlich nicht uninteressanten Frage über die Aufhebung des preussischen landrechtlichen Ehehindernisses der Ungleichheit des Standes durch die preussische Verfassungs-Urkunde wollten wir die in gewisser Beziehung parallel laufende Untersuchung beider Fragen nicht von einander reissen. (Die Redaction.)

satz oder grobem Versehen zugefügt worden, ein billiges Schmerzensgeld fordern.«

Die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. haben die Randschrift »Eheverbot wegen Ungleichheit des Standes« und bestimmen Folgendes:

»§. 30. Mannspersonen von Adel können mit Weibspersonen aus dem Bauer- oder geringeren Bürgerstande keine Ehe zur rechten Hand schliessen.

§. 31. Zum höheren Bürgerstande werden hier gerechnet: alle öffentliche Beamte, (die geringeren Subalternen, deren Kinder in der Regel dem Canton unterworfen sind, ausgenommen) Gelehrte, Künstler, Kaufleute, Unternehmer erheblicher Fabriken, und Diejenigen, welche gleiche Achtung mit diesen in der bürgerlichen Gesellschaft geniessen.

§. 32. Zu ungleichen Ehen eines Adelichen (§. 30.) kann das Landes-Justiz-Collegium der Provinz Dispensation ertheilen, wenn der, welcher eine solche Ehe schliessen will, nachweiset, dass drei seiner nächsten Verwandten desselben Namens und Standes darein willigen.

§. 33. Kann er dergleichen Einwilligung nicht beibringen, oder findet sich von Verwandten, die mit den Consentirenden gleich nahe sind, ein Widerspruch, so kann die Dispensation nur von dem Landesherrn unmittelbar ertheilt werden.«

Es ist die Frage gestellt, ob durch die Bestimmung des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, dass Standesvorrechte nicht Statt finden, die mitgetheilten Bestimmungen des Allg. Landrechts als aufgehoben zu betrachten sind. Der Artikel 4. der octroyirten Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 bestimmt ebenfalls:

»Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt.«

Man könnte nun zunächst fragen, ob jene Vorschriften des Allg. Landrechts bereits durch den letzterwähnten Artikel aufgehoben seien, und erst, wenn dieses verneint würde, weiter fragen, ob dieselben dann durch den zuerst erwähnten Artikel aufgehoben seien. Da indess die gestellte Frage nicht dahin gerichtet ist, ob dieselben durch den Artikel 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 aufgehoben sind, sondern dahin, ob dieselben dadurch als aufgehoben zu betrachten sind, so glaube ich die Frage nur dahin verstehen zu sollen, ob die erwähnten Bestimmungen des Allg. Landrechts für den (unentschieden zu lassenden) Fall, dass dieselben durch den Art. 4. der

Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 nicht aufgehoben sind, wenigstens durch den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 aufgehoben sind. Die Beantwortung dieser Frage setzt eine Untersuchung über den Begriff der Standesvorrechte, über das Wesen jener landrechtlichen Bestimmungen und über die aufhebende Wirkung des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 in Beziehung auf die bis zur letzteren bestandenen Standesvorrechte voraus.

I. Ueber den Begriff des Wortes „Standesvorrechte."

A. Ueberhaupt.

§. 2. »Stand.«

Die einzelnen Menschen sind ihrer Natur und der Erfahrung zufolge mannigfach verschieden. Die Verschiedenheit beruhet zum Theile in der des Geschlechts, des Alters und der Fähigkeiten, zum Theile in der der Abkunft und des Lebensberufs. Diese Verschiedenheit ist zwar eine solche der einzelnen Menschen; allein dadurch, dass deren Gründe bei bestimmten Mehrheiten der Menschen dieselben sind, entstehet auch eine Verschiedenheit der Mehrheiten selbst: es gibt verschiedene Classen der Menschen oder Stände im weitesten Sinne.

Gleichwie man das Verhältniss der einzelnen Menschen zu einander ohne Rücksicht auf den Staat als ein sittliches, gesellschaftliches, oder mit solcher Rücksicht als ein staatliches, rechtliches betrachten kann, so kann man auch an und für sich das Verhältniss der verschiedenen Stände zu einander als ein blos gesellschaftliches oder als ein rechtliches denken. Der Staat kann die durch ihre natürliche Verschiedenheit vorhandenen Classen der Menschen als solche besondere Classen oder Stände rechtlich anerkennen d. h. für diejenigen, welche einen Stand bilden, wegen ihrer Standesmitgliedschaft ein Recht setzen, welches von dem Rechte derjenigen, welche zu anderen Ständen gehören, verschieden ist.

Das Wort »Stand« hat daher eine zweifache Bedeutung: in der allgemeinen bezeichnet dasselbe die gesellschaftliche und in der engeren die rechtliche Verschiedenheit gewisser Classen der Staatsmitglieder. Stände im weiteren Sinne gibt es immer und überall, weil dieselben in der irdischen Natur der Menschen begründet sind; Stände im engeren Sinne kann es nur nach der Verfassung eines bestimmten Staates geben, weil dieselben nur in dem für sie gegebenen besonderen Rechte eines Staates überhaupt bestehen.

§ 3. Fortsetzung.

Das Recht eines Staates bestimmt die Rechtsverhältnisse der Staatsmitglieder. Wenn diese Rechtsverhältnisse ohne Rücksicht auf

die Verschiedenheit der Staatsmitglieder für Alle, unter welchen dieselben entstehen mögen, gleich bestimmt werden, so ist das Recht ein allgemeines (jus commune, ratio s. tenor juris); wenn dieselben für einzelne Staatsmitglieder oder eine Mehrheit derselben ungleich bestimmt werden, so ist das Recht ein besonderes, von dem allgemeinen abweichendes, oder ein Ausnahme-Recht (jus singulare v. proprium s. privilegium). Der Grund der Verschiedenheit beider Rechte liegt also nicht in der Verschiedenheit der durch dieselben bestimmten Rechtsverhältnisse, sondern in der Verschiedenheit der Personen, welche in denselben stehen.

In dem Staate, welcher alle Rechtsverhältnisse ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der in demselben stehenden Personen bestimmt, gilt das Recht als Grundsatz; in dem Staate dagegen, welcher dieselben Rechtsverhältnisse für Einige anders bestimmt, als für die Uebrigen, gilt das für die letzteren gesetzte Recht als Regel und das abweichende Recht der ersteren als Ausnahme[1]). Gleichwie nun das Recht für einen einzelnen Staatsbürger von dem für die anderen abweichen kann (Privilegium im engeren Sinne), so kann auch das Recht einer Classe von Staatsbürgern oder eines Standes im weiteren Sinne von dem regelmässigen Rechte der übrigen Staatsbürger abweichen und eben dadurch, wie im §. 2. bereits erwähnt, ein Stand im rechtlichen Sinne bestehen.

Es gibt, um das Gesagte zu veranschaulichen, manche Rechtsverhältnisse, welche nur in einem bestimmten gesellschaftlichen Stande vorkommen werden; die Aufnahme von Reisenden gegen Entgeld geschah bei den Römern nur durch den Stand der Schiffer, Wirthe und Stallbesitzer; nur unter diesen und den Reisenden pflegten daher durch Einbringen von Effecten und deren Verlust oder Beschädigung Rechtsverhältnisse zu entstehen, wie sie im prätorischen Edicte und später im 4. Buche Tit. 9. der Digesten, beziehungsweise im Tit. 55. (56.) Buch 2. des Codex: »nautae, caupones, stabularii ut recepta restituant« bestimmt wurden; dieses Recht nun war kein besonderes für die bezeichnete Personenclasse, sondern allgemeines Recht für die bezeichneten Rechtsverhältnisse, welche nur in jener Classe vorkamen; das prätorische Edict schuf keinen Stand der Wirthe u. s. w. im rechtlichen Sinne, sondern erwähnte diese Menschenclasse anstatt der nur

---

1) Vgl. *Böcking*, Pandecten, 2. Auflage 1853, Band I. §. 94. und die daselbst Note 3. angeführten römischen Rechtsquellen, namentlich l. 16. Dig. de legibus 1, 3.: „Jus singulare est, quod contra tenorem rationis propter aliquam utilitatem auctoritate constituentium introductum est" (Paulus). — Vgl. besonders auch *v. Savigny*, System des heutigen römischen Rechts, Bd. I. §§. 15. 16.

bei ihr vorkommenden Rechtsverhältnisse; dasselbe galt nicht, weil die Wirthe u. s. w. Wirthe u. s. w. waren, sondern weil die durch dasselbe bestimmten Rechtsverhältnisse nur bei diesen vorkamen.

Dagegen ist das Institut der Testamente ein solches, welches alle gesellschaftlichen Stände betrifft; die Bestimmungen des Rechts über Testamente sind allgemeine, wenn dieselben für die Testamente aller Staatsbürger gelten, und besondere, wenn dieselben für die Testamente einzelner Classen der Staatsbürger Anderes, als für die Uebrigen, festsetzen; das römische Recht hatte für die Testamente der Soldaten besondere Bestimmungen; dieselben galten nur, wenn und weil der Testirende ein Soldat war; dasselbe Verhältniss bei dem Soldaten und dem Nichtsoldaten wurde nur desswegen rechtlich verschieden bestimmt, weil die Personen verschieden waren; das römische Recht über die Soldaten-Testamente war daher ein Ausnahme-Recht (jus singulare [1]).

§. 4. Fortsetzung.

Das Recht des Staats ist entweder öffentliches, welches für die Mitglieder desselben im Verhältniss zu ihm und für die Handlungen des Staates selbst gilt, oder Privat-Recht, welches für die einzelnen Staatsmitglieder im Verhältniss zu den übrigen einzelnen Staatsmitgliedern gilt [2]).

Sowohl das öffentliche, wie das Privat-Recht, können die ihnen unterliegenden Rechtsverhältnisse für alle Staatsmitglieder gleichmässig oder für einzelne oder eine einzelne Classe derselben verschieden bestimmen: beide Rechte sind als allgemeines und als besonderes Recht denkbar. Wenn daher neben dem allgemeinen Rechte in einer jener Formen für einen gesellschaftlichen Stand ein besonderes Recht besteht, so besteht eben dadurch auch ein Stand im rechtlichen Sinne; für den Begriff des letzteren ist es gleichgültig, ob er durch das Vorhandensein eines Sonderrechts im öffentlichen oder im Privatrechte besteht. Nach diesem Unterschiede aber kann man den Stand im rechtlichen Sinne in den politischen und den privatrechlichen eintheilen. Man verbindet jedoch gewöhnlich mit dieser Bezeichnung einen anderen Begriff. Wenn man nämlich den inneren oder Rechts-Grund [3]) des Ausnahme-Rechts als Grund jener Eintheilung annimmt,

---

1) Vgl. l. 11. pr. Dig. de testam. mil. 29, 1.: „Ex militari delicto capite damnatis testam. facere licet super bonis duntaxat castrentibus: sed utrum *jure militari*, an *jure communi*, quaeritur? . . .;“ l. 20. 21. 25. 34. eodem.

2) Vgl. *Böcking* a. a. O. §. 2. und Note 1. daselbst mit *Ulpian* in l. 1. §. 2. de justitia et jure 1, 1.

3) Vgl. *Dietzel*, das Senatus consultum Macedonianum, 1856. §. 1. S. 5.

so erhält dieselbe eine andere Bedeutung, welche auch noch fürderhin damit verbinden.

Einmal kann das Ausnahme-Recht für eine bestimmte Classe desswegen bestehen, damit diese durch dasselbe den Uebrigen nach der höheren Idee des Rechts wahrhaft gleichgestellt werde; ohne das äusserlich als Ungleichheit erscheinende Ausnahme-Recht würde in Wahrheit, der Rechtsidee nach, eine Ungleichheit bestehen; so werden z. B. in allen Staaten die Willensäusserungen der Kinder mit Recht anders beurtheilt, als die der Erwachsenen; so beurtheilte das römische Recht den Rechtsirrthum der Frauen, Minderjährigen, Soldaten und Ungebildeten anders, als den der Uebrigen. Diese Personen-Classen kann man, da ihr Ausnahme-Recht auf der natürlichen Verschiedenheit von den Uebrigen und in dem dadurch begründeten Verhältnisse derselben zu den Uebrigen als Einzelnen berührt, privatrechtliche Stände nennen.

Zum anderen aber kann für eine Personen-Classe ohne jene Forderung der höheren Rechtsgleichheit desswegen ein Ausnahme-Recht bestehen, weil der Staat durch dasselbe jene Classe zur Erreichung eines Staatszwecks brauchbar machen oder ohne jeden Zweck nur von den übrigen Classen auch im Rechte unterscheiden will. Man kann diese Classen, weil ihr Ausnahme-Recht lediglich in ihrem Verhältnisse zu dem Staate seinen Grund hat, politische Stände nennen und pflegt unter Ständen im rechtlichen Sinne fast nur diese politischen Stände zu verstehen.

Das Ausnahme-Recht beider Stände kann begrifflich sowohl im öffentlichen, als im Privat-Rechte bestehen.

In Uebereinstimmung hiermit definirt *Zöpfl*[1]) den Stand im eigentlichen oder rechtlichen Sinne »als eine Classe von Personen, welchen entweder wegen ihrer Geburt oder wegen ihrer Berufsthätigkeit gewisse politische oder privatrechtliche Befugnisse zustehen oder entzogen sind, oder gewisse besondere Verpflichtungen obliegen.« *L. von Rönne*[2]) bezeichnet die früheren deutschen Stände oder »Formationen des socialen Lebens« als »Vereinigungen verschiedener Genossenschaften, deren jede ihr eigenthümliches Recht besass, ihre Genossen schützte und richtete, auch mit verschiedenartigen politischen Rechten ausgestattet und theilweise von letzteren gänzlich ausgeschlossen war.«

---

1) Grundsätze des Allgemeinen und deutschen Staatsrechts. 1856. §. 305.

2) Das Staatsrecht der Preussischen Monarchie. 1856. Bd. I. §. 106.

Auch *Walter* [1]), welcher zwar zunächst nur von den gesellschaftlichen Ständen redet, deutet das Wesen des rechtlichen Standes dadurch an, dass er »die gemeine Rechtsfähigkeit durch die Theilnahme an einem bestimmten Stande erweitert oder beschränkt« erachtet und dabei Beispiele sowohl aus dem öffentlichen als dem Privat-Rechte anführt.

Dem Preussischen Allg. Landrechte liegt dieser Begriff des Standes ebenfalls zum Grunde, indem dasselbe in den §§. 6. folg. I. 1. sagt:

> »§. 6. Personen, welchen vermöge ihrer Geburtsbestimmung oder Hauptbeschäftigung gleiche Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft beigelegt sind, machen zusammen einen Stand des Staates aus.
>
> §. 7. Die Mitglieder eines jeden Standes haben, als solche, einzeln betrachtet, gewisse Rechte und Pflichten.
>
> §. 8. Andere kommen ihnen nur in sofern zu, als mehrere derselben zusammen eine besondere Gesellschaft ausmachen.«

Ebenso redet §. 40. Allg. L.-R. I. 2. von »Rechten, die blos an den Stand gebunden sind.« Wenn es nach §. 22. der Einleitung zum Allg. Landrechte scheinen konnte, dass ein rechtlicher Unterschied der Stände nicht bestehen solle, so lehren doch die Vorschriften desselben z. B. in Betreff der Gutsunterthanen und des Adels das Gegentheil.

§. 5. »Standes-Vorrechte.«

Aus dem Bisherigen ergibt sich, dass das Wesen des Standes im engeren Sinne darin besteht, dass derselbe, sei es im öffentlichen, sei es im Privat-Rechte, in Beziehung auf dieselben Rechtsverhältnisse, in welchen auch die übrigen Staatsmitglieder stehen oder stehen können, ganz oder theilweise anderen Rechtsbestimmungen unterworfen ist, als welchen jene unterworfen sind. Je nach dem nun die allgemeine Rechtsbestimmung eine grössere oder eine geringere Rechtsfähigkeit verleihet, als die besondere des Standes, ist die Rechtsfähigkeit des letzteren entweder eine beschränktere oder eine weitere, als die der übrigen Staatsmitglieder. Wenn man daher die Erscheinungsform oder die Verwirklichung des objectiven Rechts in den einzelnen Rechtsverhältnissen oder in dem subjectiven Rechte berücksichtigt, kann man sagen, dass der Stand entweder weniger oder mehr Rechte, rechtliche Befugnisse, habe, als die übrigen Staatsmitglieder. In dem ersteren Falle haben die letzteren oder, wenn überhaupt alle

---

1) System des gemeinen deutschen Privatrechts. 1855. §. 82.

Staatsmitglieder in rechtliche Stände zerfallen, die übrigen Stände vor dem beschränkten rechtsfähigen Stande Rechte voraus, welches mit dem »Mehr Rechte haben« gleichbedeutend ist, da das »vor« oder »voraus« sprachlich ein Mehreres bezeichnet, als dasjenige, in Bezug auf welches dasselbe gesagt wird. Im anderen Falle dagegen hat der Stand, welcher rechtsfähiger ist, als die übrigen Staatsmitglieder oder die übrigen Stände, vor diesen Rechte voraus. Die Mehrzahl oder die bessere Beschaffenheit der rechtlichen Befugnisse als blosser Ausflüsse des objectiven Rechts in dem einen oder dem anderen Falle im Vergleich zu denjenigen der minder Rechtsfähigen sind demnach »Vorrechte.« Die in erweiterter Rechtsfähigkeit bestehenden Vorrechte eines Standes sind also, wenn man lediglich auf die Rechts-Folgen sieht, Rechtsbestimmungen, welche im Gebiete des öffentlichen oder des Privat-Rechts zu Gunsten oder zum Vortheile eines Standes d. h. der Mitglieder desselben als solcher bestehen und von dem Rechte der übrigen Staatsmitglieder oder der übrigen Stände abweichen. Durch die Standesvorrechte haben also die Standesmitglieder in Bezug auf einzelne Rechtsverhältnisse mehr Rechte, als die übrigen Staatsbürger haben und als sie selbst haben würden, wenn sie nicht Mitglieder des Standes wären, also nur weil sie solche Mitglieder sind[1]).

Es ist demnach einerlei, ob sich das Ausnahme-Recht bei dem bevorzugten Stande oder bei den Andern findet: das Wesen der Standesvorrechte besteht darin, dass ein Ausnahme-Recht da ist und einem Stande zum Vortheile gereicht, so dass darunter sowohl das Ausnahme-Recht des bevorzugten Standes, als dasjenige Ausnahme-Recht fällt, welches die Nichtmitglieder des Standes in der allgemeinen Rechtsfähigkeit zu Gunsten des Standes beschränkt.

Wenn nun nach dem Früheren die äusserlich als Ungleichheit erscheinende Rechtsverschiedenheit der privatrechtlichen Stände im Grunde nur der wahren Rechtsgleichheit entspricht oder doch zu entsprechen beabsichtigt, so wird man unter Standesvorrechten gemeiniglich nur die Vorrechte der politischen Stände verstehen können.

B. Im Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850.

§. 6. Bedeutung des vorhergehenden Artikels 3.

Der Artikel 3. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 lautet:

»Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Be-

---

1) Vgl. *v. Savigny,* System, Bd. I. §. 16. Seite 64. Note y. — *Böcking* a. a. O. §. 59.

dingungen die Eigenschaft eines Preussen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.«

Die Eigenschaft eines Preussen besteht in dem »ein Preusse sein« oder in der Mitgliedschaft des Preussischen Staats.

Die staatsbürgerlichen Rechte sind diejenigen, welche ein Staatsbürger als solcher hat. Da alles positive Recht im Staate — abgesehen von dem Kirchenrechte [1]) — begrifflich nur vom Staate ausgeht, so begreift der Ausdruck »staatsbürgerliche Rechte« im weitesten Sinne alles Recht unter sich. Da jedoch die schroffe Abgeschlossenheit der alten Staaten gegen jeden Fremden in den meisten heutigen Staaten nicht besteht, sondern im Privatrechte und Processe dem Fremden durchgängig, wie dem Inländer, Recht gewährt wird [2]), so begreift man heutigen Tages unter staatsbürgerlichen Rechten nur die dem Staate gegenüber zustehenden öffentlichen, welche man [3]) in staatsbürgerliche Rechte im engeren Sinne oder eigentliche politische d. h. sich auf die unmittelbare Staatsthätigkeit beziehende, und in blos bürgerliche Rechte [4]) eintheilt.

Die Verleihung der staatsbürgerlichen Rechte oder des Staatsbürgerrechts kann nur durch den Willen des Staats geschehen. Da der Wille des Staats in den verfassungsmässigen Gesetzen ausgedrückt liegt, so kann dieselbe nur durch ein Gesetz erfolgen. Der Art. 3. bestimmt also dadurch, dass die Erwerbung der Eigenschaft eines Preussen und der staatsbürgerlichen Rechte nach Verfassung und Gesetz geschehen soll, an sich etwas Ueberflüssiges; gerade so verhält es sich mit der Bestimmung in demselben Artikel, dass auch die Ausübung und der Verlust derselben nach Verfassung und Gesetz stattfinden solle, weil dieses in dem Begriffe des Staats und Rechts liegt.

§. 7. Der Artikel 4. — »Gesetz.«

Der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 enthält drei Sätze. Der letzte betrifft die Fähigkeit der Staatsbürger zu den öffentlichen Aemtern und ist für die vorliegende Untersuchung ohne Bedeutung. Der erste lautet:

»Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich.«

Wenn diese Bestimmung für sich allein da stände, würde man dieselbe nur dahin auslegen können, dass ein jeglicher Preusse bei

---

1) *v. Savigny* a. a. O. §. 9. am Ende.

2) Vgl. §§. 34—42. der Einleitung zum Allgemeinen Landrechte; §§. 5. 6. A. G.-O. I. 1.

3) Wie *v. Rönne* a. a. O. §. 86.

4) Vgl. Art. 3. 12. 68. 74. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850.

Anwendung des Gesetzes auf seine Rechtsverhältnisse gerade so, wie jeder andere Preusse, also ohne Berücksichtigung irgend einer Individualität desselben beurtheilt werden, oder richtiger, dass nur ein Gesetz oder Recht für alle Preussen bestehen solle. Dieses Ergebniss wäre ungereimt, weil darnach auf jedes Geschlecht und jedes Alter dieselbe Bestimmung anzuwenden sein würde und doch wegen der jene Verschiedenheiten hervorbringenden Natur des Einzelnen unmöglich angewendet werden könnte, wie z. B. der Art. 34. der Verfassungs-Urkunde: »Alle Preussen sind wehrpflichtig« weder bei Frauen, noch bei Kindern vernünftiger Weise die Wirkung haben kann, dass diese gegen ein feindliches Heer zu Felde ziehen. Da demnach wegen der Natur des Menschen Sonderrechte nothwendig bestehen müssen, wie auch bereits früher bemerkt worden ist, so erhellt aus dem ersten Satze des Art. 4. noch nicht, welche Gleichheit vor dem Gesetze bestehen oder welche Ungleichheit nicht bestehen soll. Da der Art. 3. nach dem Obigen hierüber Nichts bestimmt, so muss jener Satz durch den auf ihn folgenden näher bestimmt werden, wenn man nicht den Gesetzgeber einer Lücke oder einer Ungereimtheit zeihen will.

Der zweite Satz lautet:

»Standesvorrechte finden nicht statt.«

Hierdurch erhält der voraufgehende Satz in der That seine Bedeutung.

Die Preussen sollen, was die Standesvorrechte angehet, vor dem Gesetze gleich sein, oder vor dem Gesetze soll es keine Standesvorrechte geben.

Was das Wort »Gesetz« betrifft, so kann man dasselbe nur in der gewöhnlichen Bedeutung desselben auffassen, wo es die geschriebene Rechtsbestimmung des Staats in Beziehung auf alle öffentlichen und privaten Rechtsverhältnisse ist: »Gesetz« bedeutet hier also das gesammte Recht [1]) des Preussischen Staats. Eine Beschränkung desselben im Art. 4. auf öffentliches oder auf Privat-Recht kann nicht angenommen werden, weil die Verfassungs-Urkunde eine solche Beschränkung, als etwas von der sprachlichen und rechtlichen Bedeutung des Wortes Abweichendes, nicht ausspricht. Man könnte schon aus dem Gebrauche des Wortes »staatsbürgerliche Rechte« im Art. 3. und des allgemeinen Wortes »Gesetz« im Art. 4. auf die Absicht des Gesetzgebers schliessen, durch das letztere alles Recht und nicht blos

1) Da wir ein blosses Gewohnheitsrecht als allgemeine Rechtsquelle nicht kennen — §§. 1. 2. 60. der Einleitung zum allgemeinen Landrecht. —

das öffentliche, als Quelle der subjectiven staatsbürgerlichen Rechte, oder blos das private zu bezeichnen.

§. 8. Fortsetzung. »Standesvorrechte.«

Der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde kann unter den Standesvorrechten die rechtlichen Unterschiede der privatrechtlichen Stände in dem obigen Sinne nicht verstanden haben, weil diese wegen der menschlichen Natur und nach der Idee des wahren Rechts in jedem Staate sein müssen und daher nach dem Früheren keine Standesvorrechte sind. Es können also nur die politischen Stände und deren Vorrechte gemeint sein. Der Grund der Vorrechte eines politischen Standes ist, wie bereits früher angedeutet, ein zwiefacher.

Erstens nämlich können einem Stande, welcher nach der Rechtsverfassung des Staats besteht und bestehen muss, Vorrechte verliehen werden, um dadurch sein für den Staatszweck gedeihliches Bestehen zu ermöglichen; die Vorrechte, welche zwar zu Gunsten eines solchen Standes bestehen, bestehen im Grunde nur für die Erreichung des Staatszwecks und so mittelbar zu Gunsten aller Staatsmitglieder. Die bewaffnete Macht — um ein Beispiel anzuführen — ist eine verfassungsmässige, für den Bestand des Preussischen Staats nothwendige Einrichtung; dieselbe würde aber nicht in der für das Staatswohl erforderlichen Weise bestehen, wenn ihr nicht vor den übrigen Staatsmitgliedern solche Rechte zuständen, welche die für nothwendig erkannte Einrichtung nach der Meinung des Gesetzgebers bedingen, wie z. B. im öffentlichen Rechte der besondere Gerichtsstand in Strafsachen [1]) und im Privatrechte die freiere Testamentsform [2]). So ist die Volksvertretung in Preussen ein verfassungsmässiger, zum Staatsbestande gehöriger Stand [3]); um eine ungestörte Thätigkeit derselben zu erzielen, ist es für nöthig erachtet, dass die einzelnen Mitglieder ohne Genehmigung der übrigen wegen einer strafbaren Handlung (mit geringen Ausnahmen) nicht zur Untersuchung gezogen und verhaftet werden können [4]); der Grund liegt also in der Erreichung des Staatszwecks oder Staatswohls. Aus gleichem Grunde ist den Richtern eine grössere Unabhängigkeit gegeben [5]) als den übrigen Beamten [6]), indem

---

1) Verfassungs-Urkunde Art. 37. — Vgl. auch Art. 108. Abs. 2.

2) §§. 177 sqq. allgemeines Landrecht I. 12. — Gesetz vom 8. Juni 1860; denn die Testamentsfähigkeit überhaupt kann doch dem Soldaten nicht entzogen werden.

3) Verfassungs-Urkunde Art. 62 sqq.

4) Art. 84. daselbst.

5) Art. 86. sqq. daselbst.

6) Art. 98. daselbst.

ohne jene die Rechtsprechung selbst leicht gefährdet sein könnte. Da im Grunde also das Vorrecht nicht des Standes, sondern des Staates wegen besteht, ist dasselbe nicht ein Vorrecht des Standes als solchen oder ein Standesvorrecht im eigentlichen Sinne: man kann dieses besondere Recht füglich das Standesrecht nennen. Dasselbe kann im Art. 4. nicht gemeint sein, weil der concrete Staat ohne dasselbe nicht bestehen kann.

Zweitens können einem Stande blos desswegen Vorrechte zustehen, weil derselbe gerade dieser Stand ist, nicht weil dieselben zur Erreichung irgend eines verfassungsmässigen Staatszwecks erforderlich sind; der Stand ist nicht blos der unmittelbare Grund, sondern der Grund überhaupt; lediglich weil der Stand da ist, besitzt derselbe Vorrechte. Dieses kann sowohl bei einem sonst zum Staatsbestande nothwendigen Stande der Fall sein, wie wenn man z. B. den Soldaten das Recht verliehe, von jedem anderen Staatsbürger die unentgeldliche Abtretung eines gerade gefallenden Hauses zu verlangen, als auch bei einem sonst blos gesellschaftlichen Stande, welcher eben dadurch zu einem rechtlichen gemacht wäre, wie wenn man z. B. den Kaufleuten das Recht gäbe, von Niemanden wegen Schulden verklagt zu werden. Der Grund solcher Standesvorrechte liegt also auch nicht mittelbar in dem Staatswohle, sondern in dem auf reiner Willkür beruhenden Interesse für den Stand als solchen: dieselben sind Standesvorrechte im eigentlichen Sinne.

Historisch betrachtet — zerfallen dieselben in zwei Classen.

Die eine besteht aus solchen, welche einem socialen oder politischen Stande aus blossem Interesse für denselben gegeben sind.

Die andere besteht aus solchen, welche ursprünglich zwar einem politischen Stande gegeben sind, um den durch diesen beabsichtigten Staatszweck zu ermöglichen oder zu fördern, und später, nachdem der politische Stand als solcher wegen einer Aenderung des Staates aufgehört hat, bestehen geblieben, also aus Standesvorrechten im uneigentlichen Sinne oder aus Standesrechten zu eigentlichen Standesvorrechten geworden sind, wenn sie dem Stande oder einem anderen Stande Vortheil bringen. Wegen dieser ihrer historischen Natur kann man dieselben politische Standesvorrechte im engeren Sinne oder eigentliche Standesvorrechte nennen, während unter den politischen Standesvorrechten überhaupt jene beiden Classen der Vorrechte eines politischen Standes zu verstehen sind.

Indem die Preussische Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 den jetzigen Preussischen Staat gestaltete oder schuf, dessen Wesen bestimmte und die Grundzüge seines Organismus vorzeichnete,

musste dieselbe dasjenige, was zu diesem Wesen nicht gehörte, sondern etwa nur zum Wesen des früheren Staats gehört hatte, beseitigen. Mit dieser Beseitigung musste alles dasjenige fallen, was allein deswegen bestand, weil der Preussische Staat früher ein anderer gewesen war. Die Rechte also, welche ein zum Wesen des früheren Staats gehöriger, zum Wesen des jetzigen Staates aber nicht gehöriger Stand zur Erreichung des früheren Staatszwecks besass, mussten aufhören. Da jedoch auch die blosse Begünstigung eines Standes als solchen dem auf die Gleichberechtigung Aller gegründeten Geiste der Verfassungs-Urkunde fremd war, so mussten ebenfalls die Vorrechte ihr Ende erreichen, welche der frühere Staat verliehen hatte, um den Stand als solchen zu bevorzugen.

Hiernach wird durch den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde bestimmt sein, dass

1. zwar die Stände, welche der heutige Staat haben muss, um gerade dieser Staat zu sein, das für ihre gedeihliche Existenz erforderliche Ausnahme- oder Standes-Recht haben,
2. dieselben aber solche Vorrechte, welche nicht im Wesen des Staats, sondern in etwas Anderem begründet sind, welches jetzt als Willkür erscheint, nicht mehr haben und
3. diejenigen Stände, welche nur in der früheren Staatsverfassung wurzelten, keine Stände im rechtlichen Sinne sein und demnach sammt den übrigen gesellschaftlichen Ständen keine Vorrechte vor den übrigen Staatsbürgern haben sollen.

Nach der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 finden daher die politischen Standesvorrechte im weiteren Sinne sowohl im öffentlichen, als im Privatrechte nicht mehr Statt.

Diese Auslegung ist berechtigt, weil dieselbe aus dem Begriffe des Staats und der Stände, wie vorhin gezeigt, folgt und eine abweichende Bedeutung des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde weder aus dessen Worten, noch dem Zusammenhange erhellt.

§. 9. Fortsetzung.

Die geschehene Auslegung wird durch die der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 voraufgegangenen Verhandlungen bestätigt.

Zwar ist der Art. 4. derselben, was seine bisher besprochenen beiden ersten Sätze betrifft, nur eine wörtliche Wiederholung des Art. 4. der octroyirten Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 und man könnte daher zunächst auf die Motive dieser zurückgehen

wollen, welche überdies gar nicht veröffentlicht sind [1]): allein da der Gesetzgeber bei beiden Verfassungs-Urkunden verschieden war, so kann es nur auf die Motive des zweiten Gesetzgebers ankommen. Der letztere aber bestand aus der Regierung und den beiden Kammern; es werden sich daher auch die Motive dieser drei Factoren, wenn solche in der That übereinstimmend da gewesen sind, wegen der Natur derselben schwerlich ermitteln lassen, so dass namentlich die Verhandlungen in Betreff der Revision der octroyirten Verfassungs-Urkunde als solche nicht betrachtet werden können. Dennoch deuten einzelne Aeusserungen Seitens der Regierung und in den Kammern darauf hin, dass man im Allgemeinen über die oben dargelegte Bedeutung des Wortes »Standesvorrechte« einverstanden gewesen ist.

In der ersten Kammer [2]) führte deren Central-Ausschuss an, dass es nicht darauf abgesehen sein könne, den (socialen) Unterschied der Stände zu läugnen, sondern »nur darauf, dass ihnen als *Ständen* keine Vorrechte eingeräumt werden dürften, was der zweite Satz des Artikels als eine Consequenz des ersten ausdrückte.«

Der Staatsminister *Eichmann* erklärte in der National-Versammlung: »die politischen Unterschiede des Standes, die Privilegien und Vorrechte der Stände sollen aufgehoben sein; politische Standesunterschiede soll es nicht mehr geben .....«

Aehnliche Bemerkungen wurden in der zweiten Kammer gemacht.

Jenen Aeusserungen liegt der Gedanke zum Grunde, dass die gesellschaftlichen Stände, wenn sie auch früher einmal politische Stände gewesen sind, keine grössere Rechtsfähigkeit haben sollen, als die übrigen Staatsbürger, oder dass der sociale Ständeunterschied, welcher vielleicht früher zugleich ein politischer war, gegenwärtig kein politischer (rechtlicher) sein soll, weil eine solche Unterscheidung im Rechte blos wegen der gesellschaftlichen Stellung dem heutigen Rechtsgefühle widerstreitet. Dass dahin auch die Vorrechte eines gegenwärtig politischen Standes, wie z. B. des Heeres und der Volksvertretung, gehören, wenn dieselben nicht durch deren Wesen, sondern lediglich wegen der Standeseigenschaft begründet sind, leuchtet ein, weil der Grund solcher Vorrechte eigentlich nur die sociale Stellung des zugleich politischen Standes ist.

Auch *von Rönne* [3]) versteht den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde

1) *v. Rönne* a. a. O. S. 37. Note 1.

2) Vgl. die bei *v. Rönne* a. a. O. §. 106. S. 424. Note 2. angeführten Stellen der stenographischen Berichte.

3) A. a. O. S. 424. B. und S. 425. Note 1.

dahin, dass »alle politischen Vorrechte aufgehoben sein sollen, welche nach der früheren Gesetzgebung den einzelnen Mitgliedern gewisser Stände im Gebiete des öffentlichen, wie des Privat-Rechts, oder ganzen Stände-Classen als solchen zugestanden haben,« und widerlegt namentlich eine dem Sinne des Art. 4. widersprechende Meinung des Staatsministeriums vom Jahre 1856 [1]).

§. 10. Ergebniss.

Wenn wir das Ergebniss der bisherigen Untersuchung nochmals kurz zusammenfassen, so erhalten wir *folgenden dem Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 zum Grunde liegenden Gedanken:*

1. *es gibt blos gesellschaftliche d. h. hier solche Stände, welche keine verfassungsmässigen Bestandtheile des jetzigen Staats sind; dieselben waren in dem früheren Staate*
   a) *ebenfalls blos gesellschaftliche oder*
   b) *zugleich politische Stände;*

   dieselben sollen dem gleichen Rechte unterworfen sein, welchem die übrigen Staatsbürger unterworfen sind; daher soll auch dasjenige Recht der socialen Stände, welches diese haben, weil sie früher zugleich politische Stände waren, nicht mehr stattfinden;
2. *es gibt gegenwärtig auch politische d. h. solche Stände, welche nach dem Wesen des heutigen Staates bestehen und, als solche, Glieder desselben sind; dieselben sollen in so weit, als es ihre durch das Staatswesen begründete Existenz fordert, ein von dem Rechte der übrigen Staatsbürger abweichendes oder ein Standesrecht haben, nicht aber in so fern, als sie zugleich eine gesellschaftliche Stellung einnehmen, ein blosses Standes - Vorrecht besitzen.*

Alle diese Sätze beruhen wiederum auf dem einen Gedanken, dass *der blosse gesellschaftliche Stand als solcher keine Vorrechte haben oder dass die natürliche Gleichheit der Menschen auch im Rechte herrschen soll, wenn das Wesen des Staates es nicht anders erheischt.*

II. Ueber das Wesen des §. 112. Allg. Landrecht I. 6. und der §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1.

A. Der §. 112. Allg. Landrecht I. 6.

§. 11. Der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. ist ein Standesvorrecht.

Dem §. 112. Allg. Landrecht I. 6.: »Wegen erlittener Schmerzen können Personen vom Bauer- oder gemeinen Bürger-Stande, denen

1) Vgl. die angeführte Note 1. und Seite 450. Note 3. am Anfange.

dergleichen Verletzung aus Vorsatz oder groben Versehen zugefügt worden, ein billiges Schmerzengeld fordern« steht der §. 114. daselbst gegenüber:

»Bei Personen höheren Standes wird auf die dem Beleidigten durch die Misshandlung verursachten Schmerzen nur bei Bestimmung der gesetzmässigen Strafe Rücksicht genommen.«

Der §. 114. besteht schon nach dem §. 4. des Gesetzes vom 11. März 1850 (G.-S. S. 174—176.) und dem Strafgesetzbuche vom 14. April 1851 nicht mehr zu Recht. Derselbe enthielt in Beziehung auf den §. 112. nur die Verneinung der Geltung des letzteren für Personen höheren Standes. Da diese Verneinung schon in der Beschränkung des §. 112. auf Personen vom Bauer- und gemeinen Bürger-Stande liegt, so ist die Geltung oder Aufhebung des §. 114. für die Beurtheilung des Wesens des §. 112. ohne Bedeutung.

Der §. 112. bestimmt, dass

1. Personen vom Bauer- oder gemeinen Bürger-Stande wegen erlittener Schmerzen ein Schmerzengeld fordern und
2. die anderen Staatsbürger ein solches nicht fordern können.

Die Forderung eines Schmerzengeldes gehört in das Privatrecht, weil dieselbe auf der Handlung eines Privaten beruhet, in dem Anspruche eines anderen Privaten an den letzteren auf Zahlung einer Geldsumme besteht und nach Willkür geltend gemacht oder nicht geltend gemacht werden kann.

Da eine solche Forderung nur den Personen vom Bauer- oder gemeinen Bürger-Stande zustehet, anderen Personen aber verweigert worden ist, so ist der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. ein privatrechtliches Ausnahme-Recht (jus singulare). Man darf nicht etwa umgekehrt den §. 112. als allgemeines und die Ausschliessung der Anderen in demselben als Ausnahme-Recht betrachten; denn der §. 112. hebt aus allen Staatsmitgliedern nur den Bauer- und gemeinen Bürger-Stand positiv hervor und die Erwähnung der Personen höheren Standes in der negativen Bestimmung des §. 114., welche keinen bestimmten einzelnen Stand betrifft, bedeutet nur den Gegensatz der im §. 112. bezeichneten Stände oder alle übrigen Staatsmitglieder; der Gesetzgeber selbst muss sich den §. 112. als Ausnahme-Recht gedacht haben, weil er denselben nicht als in ein wohlgeordnetes Rechtssystem gehörig, sondern als aus Rücksichten des Herkommens und der Billigkeit aufzunehmend angesehen hat[1]). Und in der That

---

1) Jahrbücher für die Preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung, Band 41. S. 8., wo es in *Suarez's* amtlichen Vorträgen bei der

kann man den Anspruch auf Schmerzengeld im Allgemeinen und grossen Ganzen sowohl dem früheren, als dem heutigen Rechtsgefühle nur für widersprechend halten [1]).

Der Bauer- und gemeine Bürger-Stand sind, da die Rechtsverfassung des gegenwärtigen Preussischen Staats dieselben als Glieder des Staatsorganismus, d. h. als politische Stände nicht kennt, nur gesellschaftliche Stände.

Das Recht, wegen erlittener Schmerzen ein Schmerzengeld zu fordern, haben dieselben vor den übrigen Staatsbürgern voraus. Dieses Recht besteht zu Gunsten der einzelnen Standesmitglieder, weil dasselbe im concreten Falle seiner Geltendmachung deren Vermögen vergrössert. Dasselbe ist sonach ein Vorrecht der einzelnen Standesgenossen und daher der bezeichneten Stände selbst, weil diese nur aus Solchen bestehen, welche jenes Recht haben.

Das Wesen des §. 112. als eines Vorrechts wird am besten bei folgendem Beispiele einleuchten: wenn ein reicher Mann einen Bauer und einen armen Adeligen aus reiner Bosheit misshandelt hat und nun die beiden letzteren von ihm vor Gericht ein Schmerzengeld fordern, so wird dieses dem Bauer zugesprochen, dem Adeligen nicht, weil jener Bauer, dieser Adeliger ist.

Der Grund des Vorrechts ist der Stand selbst: nur weil der Verletzte einem jener socialen Stände angehört, soll derselbe ein Schmerzengeld fordern können; ein Bauer oder Handwerker mag noch so gebildet und gelehrt sein — er hat das Recht des §. 112., weil er Bauer oder Handwerker ist, und der reichste, vornehmste Rentier im Staate mag unwissender und ungebildeter sein, als der gewöhnlichste Bauer oder Handwerker — er hat jenes Recht nicht. Selbst wenn diese bei den privatrechtlichen Wirkungen der Misshandlungen bevorzugter Stände politische Stände wären, würde jenes Vorrecht nicht zum gedeihlichen Bestehen derselben für den Staat erforderlich sein und seinen Grund also lediglich in der zugleich gesellschaftlichen Stellung derselben haben. Der innere oder Rechtsgrund des §. 112.

Schlussrevision des allgemeinen Landrechts heisst: „das Schmerzengeld ist beinahe in ganz Deutschland üblich. *Stryck.* U. M. l. c. (= lib. 9. Tit. 2. §. 9. =). Die Wiederherstellung desselben, wenigstens in Ansehung der niederen Stände, scheint daher eben so unbedenklich, als selbst der Billigkeit gemäss zu sein."

[1]) Vgl. schon *Gajus* in l. 7. Dig. de his, qui effuderint v. dejecerint 9, 3.: „... liberum corpus nullam recipit aestimationem —" und l. 1. §. 5. eodem, l. 3. Dig. 9, 1., l. 2. §. 2. Dig. 14, 2. — Freilich sieht *Reinhard* (Neues Archiv von Ulrich, Sommer und Böle, Band 11. S. 589 sqq.) in diesen Stellen als Hauptgrund nur die Unthunlichkeit der Aestimation.

Allg. Landrechts I. 6. ist daher nicht nur gegenwärtig, sondern von Anfang an der Bauer- und gemeine Bürger-Stand als solcher, indem man keinen anderen Grund auffinden kann[1]).

Der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. enthält daher ein Standesvorrecht im Sinne des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850. Derselbe ist ein politisches Standesvorrecht nicht in dem engeren Sinne, dass er ursprünglich ein Standesrecht des Bauer- und geringen Bürger-Standes gewesen, sondern in der weiteren Bedeutung, dass jene Stände das Vorrecht blos der gesellschaftlichen Stellung wegen erhalten haben und dasselbe also lediglich in dem Verhältnisse derselben zu dem Staate beruhte.

§. 12. Die entgegenstehende Meinung.

Das Königliche Obertribunal zu Berlin hat in dem Urtheile vom 31. Januar 1859[2]) ausgesprochen:

»Der §. 112. Allg. Landrecht I. 6., nach welchem Personen vom Bauer- oder gemeinen Bürgerstande ein billiges Schmerzengeld fordern können, kann durch das allgemeine im Art. 4. der Verfassungs-Urkunde ausgesprochene Princip:

»»Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt««

schon um deswillen für nicht aufgehoben erachtet werden, weil, selbst abgesehen von dem Mangel einer Aufhebung dieser speciellen landrechtlichen Vorschrift, es sich dabei überall nicht um ein Standesvorrecht, sondern nur um die gesetzliche Berücksichtigung eines

---

1) Zwar sagt *Sommer* (in Ulrich, Sommer und Böle, Neues Archiv Bd. 13. S. 566. Nr. 2.): „Uebrigens ist die Beschränkung des Schmerzengeldes auf Personen des Bauer- oder gemeinen Bürgerstandes eine unnütze Vornehmigkeit der Gesetzgebung, die jenen Ständen gemeine Gesinnungen zutraute, weshalb denn auch das unbegreiflicher Weise noch immer bestehende Verbot der Ehen des Adels mit Frauensleuten aus den gedachten Ständen (Allg. L.-R. II. 1. §§. 30—33.) — eine Verballhornung des geschichtlich nicht ganz unbegründeten Stolzes des Adels auf reine Abstammung, ein Beamtendünkel — erlassen sein wird . . .;" aber „gemeine Gesinnungen" brauchen gerade nicht zugetraut worden zu sein; es ist am Ende für einen geringen Mann gar nicht gemein, Schmerzengeld zu fordern, wie ja auch ein vornehmer Mann eine Conventionalstrafe nicht für gemein halten mag, selbst wenn er keinen Schaden erlitten hat; jene Unterschiede der Bildung im grossen Ganzen bestehen einmal, und dies macht eben das Wesen der Stände oder die Stände selbst aus; das Gesetz soll nur nach Art. 4. der V.-U. diesen Unterschied nicht mehr berücksichtigen: der blosse Stand soll nicht Grund der Rechtsverschiedenheit sein. — Vgl. noch die Mittheilungen aus den Motiven bei *Bornemann*, Systematische Darstellung, Band II. S. 366. Note. — *Gruchot*, Beiträge, Band 4. S. 175.

2) *Striethorst's* Archiv für Rechtsfälle, Band 32. S. 190. Nr. 37.

thatsächlich bestehenden Unterschiedes der Stände, der auch jetzt noch besteht, handelt.«

In diesem Ausspruche sind

1. die Standesvorrechte und
2. die gesetzliche Berücksichtigung eines thatsächlich bestehenden Unterschiedes der Stände, der auch jetzt noch besteht,

einander als verschieden gegenüber gestellt. Ein thatsächlich bestehender Unterschied der Stände ist kein rechtlicher, weil die blosse Thatsache kein Recht ist. Darunter kann also nur der gesellschaftliche Ständeunterschied und unter dem, der auch jetzt noch besteht, der gegenwärtige Unterschied der gesellschaftlichen Stände verstanden sein. Die gesetzliche Berücksichtigung des letzteren kann nur bedeuten, dass das Gesetz bei dem einem Stande etwas Anderes bestimmt, als bei den übrigen, weil dieselben eben verschiedene sociale Stände sind oder lediglich wegen des Standes. Wenn das Gesetz bei den socialen Ständen in Betreff derselben Rechtsverhältnisse Verschiedenes bestimmt, so ist dasselbe in dieser Beziehung nicht gleich; die einzelnen Staatsbürger werden durch das Gesetz ungleich behandelt oder sind vor dem Gesetze nicht gleich. Diese Ungleichheit besteht bei dem §. 112. Allg. Landrecht I. 6. lediglich und allein deswegen, weil einzelne Staatsbürger zu der daselbst bezeichneten Classe gehören. Da diese Ungleichheit nach dem Obigen für die betreffenden Stände im Vergleich zu den anderen Staatsmitgliedern ein Vorrecht ist, so ist dieselbe ein Vorrecht jener Stände oder ein Standesvorrecht. Da ferner der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde eine solche Gleichheit der Preussen vor dem Gesetze will, dass kein Stand vor den übrigen Preussen Vorrechte hat, so ist der §. 112. auch ein Standesvorrecht im Sinne des Art. 4. Weil hiernach die gesetzliche Berücksichtigung des socialen Ständeunterschiedes im §. 112. nur in der Verleihung eines Standesvorrechts besteht, so dürfte die Unterscheidung desselben im vorliegenden Falle nicht begründet sein und durch beide Ausdrücke dasselbe Ding bezeichnet werden.

In dem Urtheile des Obertribunals vom 24. November 1856[1]) wird beiläufig dieselbe Ansicht, wie in dem zuvor erwähnten Urtheile, ausgesprochen, ohne dieselbe zu begründen. Auch die Motive eines Verbesserungs-Antrages zu dem Gesetzentwurfe vom 21. Januar 1861 über das Eherecht, welche in dem Berichte der Commission des Herrenhauses zur Vorberathung jenes Entwurfs vom 5. März 1861

1) *Striethorst,* Bd. 22. S. 345.

mitgetheilt sind[1]), nehmen an, dass der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. kein Standesvorrecht enthalte. Diese Ansicht ist jedoch nur beiläufig ausgesprochen, indem es sich damals um das Wesen der §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. handelte. Ihre Gründe werden daher auch, so weit sie sich auf die Natur der Standesvorrechte im Allgemeinen beziehen, am Besten bei der Untersuchung über das Wesen jener Paragraphen weiter unten mitgetheilt und beleuchtet werden.

B. Die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1.

§. 13. Inhalt der §§. 30—33. Allgemeines Landrecht II. 1.

Nach den §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. können adelige Männer mit Frauen aus dem Bauer- oder geringeren Bürger-Stande keine Ehe zur rechten Hand schliessen, es sei denn, dass die drei nächsten adeligen Verwandten desselben Namens und Standes in die Ehe einwilligen und das Landes-Justiz-Collegium der Provinz[2]) dispensirt, oder beim Mangel jener Einwilligung oder bei dem Widerspruche anderer gleich naher Verwandten der Landesherr dispensirt.

Wenngleich es darnach scheinen könnte, dass jene Personen wenigstens eine Ehe zur linken Hand, also doch eine wahre Ehe, eingehen dürften, so ist das Gegentheil der Fall, weil auch Ehen zur linken Hand nach den §§. 835 sqq. Allg. Landrecht II. 1. nur mit ausdrücklicher landesherrlicher Erlaubniss geschlossen werden können. Ausserdem bestimmt der §. 940. (952.) Allgem. Landrecht II. 1. wörtlich:

> »Ehen, welche die Gesetze wegen Ungleichheit des Standes verbieten, werden, wenn sie ohne die erforderliche Dispensation dennoch geschlossen werden, ebenfalls für nichtig angesehen. (§§. 30—33.)«

Jene Personen können also überhaupt eine Ehe ohne Dispensation nicht eingehen.

§. 14. Verhältniss der Ehe zum Staate.

Die Ehe, als das wahre menschliche Gattungsverhältniss, ist eine Ordnung der sittlichen Natur, welche in dem Willen Gottes

1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des durch Verordnung vom 27. December 1860 einberufenen Herrenhauses. 1861. Band. II. Anlagen. Seite 66. am Ende.

2) An dessen Stelle das betreffende Stadt- oder Kreisgericht nach §. 22. der Verfassung vom 2. Januar 1849 getreten sein würde; das Geschäftsregulativ vom 18. Juli 1850 (Justiz-Ministerial-Blatt S. 232.) §§. 5. 10. erwähnt diese Angelegenheit nicht.

ihren Grund hat[1]). Dieselbe ist die Grundlage des Staates und — abstract gedacht — früher, als dieser. An und für sich ist die Ehe zwischen jedem Manne und jeder Frau möglich. Schon früher indes wurde sie zwischen bestimmten Personen, z. B. Geschwistern, von Gott verboten[2]). Im Christenthum wurden die Bestimmungen über die Ehe von der Kirche als der göttlichen Heilsanstalt auf Erden geregelt. Da die Ehe, als Voraussetzung des Staats, mit dessen Wesen eng verbunden ist und zwischen Kirche und Staat wohl niemals die Uebereinstimmung geherrscht hat, welche nach dem Wesen beider herrschen muss, so hat der Staat selbst wegen seines Interesses bei der Ehe über diese Bestimmungen getroffen, unter welchen sich namentlich auch solche befinden, durch die unter bestimmten Personen die Ehe untersagt und die dennoch unter solchen eingegangene Geschlechtsverbindung — was den Staat betrifft — für keine Ehe erklärt wird; in so fern also kann man von einer kirchlichen und einer bürgerlichen Ehe reden[3]). Gegenwärtig haben wir uns nur mit dem positiven Rechte des Staats zu beschäftigen und daher mit den Ausdrücken Ehe und Nichtehe lediglich dessen Begriffe zu verbinden.

§. 15. Natur der Eheverbote.

Da die Ehe im Wesen der Menschen begründet ist, so muss auch der Staat, welcher nur aus Menschen besteht, die natürliche Ehe im Allgemeinen anerkennen und so zur rechtlichen machen. Seine Bestimmungen über dieselbe können daher, so weit sie von dem Wesen der natürlichen Ehe abweichen, nur als Ausnahme betrachtet werden. Da nach der Natur der Menschen eine Ehe zwischen jedem Manne und jeder Frau denkbar ist, so kann auch die Bestimmung des Staats, durch welche die Ehe zwischen bestimmten Personen, verboten wird, nur als Ausnahme-Recht gelten. Das in dieser Beziehung in den christlichen Staaten geltende Ausnahme-Recht, welches auf den Grundsätzen der Sittlichkeit beruhet und mit dem der Kirche übereinstimmt, ist so tief in dem Gefühle der Einzelnen begründet,

---

1) Vgl. die schönen Stellen: §. 1. Inst. de patria pot. 1, 9.; l. 1. Dig. de ritu nupt. 23, 2.; l. 4. Cod. de crim. exp. hered. 9, 32.; canon. 3. §. 1. Causa 27. qu. 2.; cap. 11. X. de praesumtionibus 2, 23.

2) Levit. XVIII. 7. 9. 13., XX. 17 sqq., Deuteron. XXVII. 22.

3) Dem Christen kann natürlich nur die eine wahre Ehe sein, welche seine Kirche dafür erklärt, nicht die *blos* staatliche; die Bemerkung *G. L. Böhmer's* (Principia juris canon. 1802. §. 381.), dass die weltlichen Fürsten das Recht, Ehehindernisse zu setzen, also eine Verbindung für Ehe oder Nichtehe erst später der Kirche verliehen hätten, beruht auf Missverständniss des Wesens beider Gewalten.

dass dasselbe nicht einmal den Schein der Ausnahme trägt, wie das Verbot der Ehe in auf- und absteigender Linie und unter Geschwistern. Demnach wird in den christlichen Staaten nur dasjenige Eheverbot den Charakter des Ausnahme-Rechts tragen, welches eine nach den Grundsätzen der Moral, also nach der wahren menschlichen Natur mögliche Ehe für unmöglich erklärt.

Diejenigen, welche nach dem Rechte des Staats eine, sonst mögliche, Ehe nicht eingehen können, sind in ihrer Rechtsfähigkeit beschränkt, weil die übrigen Staatsbürger ohne alle Beschränkung einander ehelichen dürfen. Das Recht der Eheverbote ist ein Ausnahme-Recht von dem der Ehefreiheit. Dasselbe kann für Einzelne oder für einen gesellschaftlichen oder politischen Stand als Verbot der Ehe überhaupt, oder für verschiedene solche Stände als Verbot der Ehe nur unter diesen bestehen.

Wie der Grund jeden Ausnahme-Rechts für einen Stand zweifach sein kann, so auch der des Eheverbotes für einen Stand.

Erstens nämlich kann einem zum Staatsbestande gehörigen (politischen) Stande aus Rücksichten des Staatswohles die Ehe überhaupt oder mit einem anderen Stande oder mit allen übrigen Staatsmitgliedern verboten sein.

Zweitens kann sowohl einem politischen, als einem socialen Stande die Ehe mit einem anderen Stande oder allen Uebrigen untersagt sein, ohne dass ein solches vermeintliches Staatswohl der Grund ist, sondern lediglich desswegen, weil einmal der betreffende Stand besteht.

Das letztere wird, wie bei allen oder doch den meisten Ausnahme-Rechten eines socialen Standes, regelmässig daher rühren, dass der Stand früher ein politischer gewesen und nach Wegfall seiner politischen Bedeutung ein blos socialer Stand geblieben ist.

Es ist möglich, dass das in Betreff eines solchen Standes bestehende Eheverbot nach den Begriffen der bürgerlichen Gesellschaft und namentlich des Standes selbst ein Vortheil ist, entweder für diesen oder für einen anderen Stand. Dieser Vortheil steht dann rechtlich einem Stande als solchem zu und ist, da die Uebrigen ihn nicht haben, ein Standesvorrecht.

§. 16. Die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. sind ein Standesvorrecht des Adels.

Nach §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. kann zwischen adeligen Männern und Bauer- oder geringeren Bürger-Frauen — abgesehen von der Dispensation — keine Ehe stattfinden. Da die Dispensation nicht ertheilt zu werden braucht, so steht die Sache im Grunde so, dass zwischen jenen eine Ehe überhaupt rechtlich unmöglich ist. Das

Verbot hat, was wenigstens den gegenwärtigen Staat betrifft, keinen anderen Grund, als den Adelsstand selbst. Die Wirkung ist, dass keine Frau aus dem Bauer- oder geringeren Bürgerstande in jenen Stand gelangt, welches letztere bei der Möglichkeit der Ehe der Fall sein würde[1]). Dadurch geschieht es, dass von jenem Stande, welcher zu den sogenannten gebildeten gehört, jedes Element aus den Ständen, welche die sogenannten ungebildeten sind, fern gehalten wird. Da aber die Bildung heuzutage den Hauptunterschied der gesellschaftlichen Stände ausmacht, so wird durch jene Fernhaltung der Ungebildetheit zum Theile die Existenz des Adels als eines gesellschaftlich höher stehenden Standes ermöglicht. — Dies ist der erste Vortheil für ihn. Es erhellet dieses um so mehr, als adelige Frauen in jeden anderen Stand hinein heirathen dürfen: durch die Verheirathung an einen Nichtadeligen tritt die Frau regelmässig aus dem Adelsstande heraus[2]), in keinem Falle aber ihr Mann in den letzteren; der Stand ist also bei einer solchen Heirath nicht interessirt oder gewissermassen in seiner Existenz bedroht.

Im Bauer- und geringeren Bürgerstande ist regelmässig weniger Reichthum, als in den höheren Ständen; da auch der Reichthum als Mittel der Bildung und eines verfeinerten Lebens zur Scheidung der socialen Stände wesentlich beiträgt, ist der Adelsstand als solcher gesicherter, wenn er nur Frauen aus solchen Ständen aufnimmt, in denen der Reichthum vorherrscht. — Dies ist der zweite Vortheil.

Der sogenannte höhere Bürgerstand hat beide Vortheile nicht.

Wenn der adelige Mann keine Frau aus den niederen Ständen heirathen kann, so wird den Frauen der höheren Stände, deren Anzahl ungleich kleiner ist, eine grössere Gelegenheit zur Ehe eröffnet, woran doch die höheren Stände und unter ihnen der Adel ein Interesse haben. — Das ist der dritte Vortheil.

Da alle drei Vortheile auf einem Ausnahme-Rechte für einen gesellschaftlichen Stand beruhen, so sind dieselben Standesvorrechte, mag man das Ausnahme-Recht abstract als objectives Recht, oder concret als subjectives Recht des Standes oder der Standesmitglieder betrachten. Die Natur der §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. als objectives Standesvorrecht oder zu Gunsten des Adels gegebene Rechtsbestimmung ist nach dem Obigen klar. Schon daraus folgt, dass die concrete Anwendung desselben auch ein subjectives Standesvorrecht schafft. Das letztere ist vorhanden:

1) §. 8. Allgemeines Landrecht II. 9.

2) Vgl. §§. 84—90. Allgemeines Landrecht II. 9.

1. weil der Stand als solcher und namentlich die Familie des Heirathslustigen wider ihren oder des Landesherrn Willen nicht zu dulden braucht, dass eine Frau aus den niederen Ständen in den Adelsstand tritt, welches Recht der höhere Bürgerstand in Beziehung auf seinen Stand nicht hat,

2. weil die adelige Frau das Recht hat, jeden Adeligen zu heirathen, welches Recht die Frauen der niederen Stände nicht haben.

Das erste ist ein Vorrecht des Adelsstandes überhaupt und der betreffenden adeligen Familie insbesondere, da diese nicht einmal den Eintritt der niederen Frau in ihre Familie zu dulden braucht; für den heirathslustigen Adeligen ist es äusserlich kein Vorrecht; aber da er unter Aufgebung des Adels jede Ehe eingehen kann [1]), so zeigt er, wenn er den Adel nicht aufgibt, dass ihm an diesem mehr, als an der Heirath, gelegen ist, und erscheint somit nicht nur bei den Ehen seiner Standesgenossen, sondern im Grunde auch bei der beabsichtigten eigenen als Interessent und Bevorzugter, da der Adel, an welchem ihm so viel liegt, zum grossen Theile durch die Unmöglichkeit solcher Ehen als höherer Stand besteht; in Beziehung auf seine Rechtsunfähigkeit (nicht, jede Ehe einzugehen, sondern,) jede Ehe ohne Aufgabe des Adels einzugehen, erscheinen die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. wenigstens als ein Vorrecht der Standesgenossen.

Das zweite ist ein Vorrecht der adeligen Frauen vor den Frauen aus dem Bauer- und geringeren Bürgerstande, weil jene jeden Mann im Staate [2]), diese dagegen nur die nichtadeligen Männer heirathen können. Dem ist nicht entgegen zu setzen, dass die Heiraths-Freiheit der ersteren das allgemeine und die Heiraths-Beschränkung der letzteren das Ausnahme-Recht sei und die adeligen Frauen schon deshalb kein Vorrecht hätten: denn das Ausnahme-Recht für die niederen Frauen besteht eben nur zu Gunsten der adeligen Frauen; wenn es keinen Adelsstand und somit keine adeligen Frauen gäbe, würde die Beschränkung eines Theils der Frauen nicht bestehen; also ist eben diese Beschränkung das Vorrecht jener. Man kann auch nicht einwenden, dass dann die nichtadeligen Männer ein Standesvorrecht vor den adeligen hätten, weil diese nur Frauen des Adels und höheren Bürgerstandes, jene alle Frauen ehelichen können: die

---

1) Vgl. Rescript vom 28. September 1816 in *v. Kamptz's* Jahrb. Bd. 8. Seite 243.

2) Denn der §. 65. Allg. L.-R. II. 1. gehört wenigstens im Principe nicht hierher, weil er nur die elterliche u. s. w. Einwilligung betrifft, welche an und für sich bei allen Ehen nöthig ist — §§. 45—58. daselbst; vgl. dazu *Koch's* Commentar zum Allg. L.-R., 2. Ausg. 1857, Anmerkung 70. zum angeführten §. 65.

unbeschränkte Heirathsfähigkeit ist das allgemeine Recht und das Ausnahme-Recht besteht ja nicht zu Gunsten der nichtadeligen Männer, sondern zu Gunsten des Adelsstandes; die §§. 30—33. II. 1. haben zwischen dem Adel und dem niederen Bürgerstande überhaupt die Grenzmauer nur zum (allerdings wichtigsten) Theile aufgerichtet. Dieselben sind also ein Vorrecht

1. des Adels überhaupt und der Familie dessen, der eine sogenannte ungleiche Ehe eingehen will, insbesondere, vor den übrigen Staatsmitgliedern, und
2. der adeligen Frauen vor den Frauen aus dem Bauer- und geringeren Bürgerstande.

Der Grund des Vorrechts ist nur das Bestehen des Adels in der bürgerlichen Gesellschaft als eines von den übrigen Theilen derselben verschiedenen Standes und hat nur dieses Bestehen desselben zum Zwecke.

Die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. enthalten also ein Standesvorrecht im Sinne des Artikel 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850.

§. 17. Beweis durch die legislativen Motive.

Suarez sagt in seinen amtlichen Vorträgen bei der Schluss-Revision des Allg. Landrechts[1]), dass die §§. 30—33. II. 1. »an sich aus dem bekannten Edicte vom 8. Mai 1739 genommen seien.« In diesem Edicte »wider die allzu ungleiche und zum Theil schändliche Heirathen derer vom Adel[2])« heisst es, dass die früheren Regenten »theils in der Magdeburgischen Polizei-Ordnung de anno 1688, theils aber in denen hiernächst *auf allerunterthänigstes Ansuchen der Magdeburgischen Ritterschaft* emanirten Edictis de anno 1697 und 1709 dero höchstes Missfallen über die gar zu ungleiche, ja gar schändliche Ehen deren von Adel bezeuget hätten;« dennoch sei höchst befremdend wahrgenommen, dass »ein solcher Missbrauch fast überall einreissen wollen, dass Edelleute von guten Familien *ihres Standes und Herkommens* dergestalt vergessen, dass durch Trieb irraisonnabler und ungezäumter Brunst sie sich zu den allerniederträchtigsten Ehen bewegen lassen, ja sogar mit solchen Personen einzugehen sich nicht schämen, welche vorhero in offenbahrer Schande gelebet. Und dann wir dergleichen *zum Despect und merklichen Nachtheil Unseres getreuen Adels, an dessen Ehre und Wohlstand* Uns gleich wohl

---

1) Jahrbücher u. s. w. Band 41. S. 106.

2) C. C. M. Cont. I. pag. 251. Nr. XVIII., abgedruckt in *Rabe*, Sammlung Preussischer Gesetze und Verordnungen, Band I. Abth. 2. S. 129.

mit gelegen, so stark einreissendes Unwesen nicht weiter zu dulden gemeinet sind .... Als setzen, ordnen und befehlen wir Kraft dieses ..« u. s. w.; die Bestimmungen des Edicts bestehen darin, dass angesessene oder zur gesammten Hand gehörige Adelige, Frauen aus den niederen Ständen nicht heirathen und im Falle der Zuwiderhandlung verschiedenen Nachtheilen unterworfen sein sollen, während die Ehe selbst eine gültige ist und auch zur Vermeidung jener Nachtheile Dispensation stattfinden kann, wenn ein armer Edelmann eine ausnehmend reiche, jedoch unbescholtene Person aus jenen Ständen heirathen will.

Die Aeusserung von *Suarez,* dass die §§. 30—33. II. 1. aus diesem Edicte genommen seien, ist also in der Hauptsache nicht richtig, weil dieselben die Nichtigkeit solcher ohne Dispens geschlossenen Ehen bestimmen. Nachdem *Suarez* sodann über den Begriff der niederen Stände gesprochen, bemerkt derselbe zum Schlusse:

3) »Das Edict erlaubt dem Edelmanne, der eine Missheirath thun will, wenn seine Verwandten die Einwilligung dazu verweigern, ad supplendum consensum zu klagen. Dies hat man nicht für schicklich gehalten; zumalen durch dergleichen Processe die Interna domus zu sehr propalirt werden, und die Verbitterung in den Familien zu sehr genährt wird. *Da bei dem ganzen Gesetze doch nur die Absicht ist, splendorem familiae bei dem Adel aufrecht zu erhalten,* so hat man dergleichen zweifelhafte Fälle lieber zur Königl. Immediat-Entscheidung verweisen wollen.«

Sowohl in dem Edicte, als in der Aeusserung von *Suarez* liegt die unverholene Absicht, den Adelsstand als solchen zu begünstigen und desswegen den adeligen Familien vor den bürgerlichen voraus das Recht zu geben, solche Ehen, welche dem Stande nicht günstig, zu verhindern.

Der Gesetz-Revisor [1]) spricht sich dahin aus:

»Die politischen Gründe dieses Verbots aber können nur darin bestehen, dass die Reinheit des Bluts erhalten werden müsse; denn über die äussere Schande, welche eine wirklich ungleiche Heirath bringt, haben bürgerliche Familien eben so gut Ursache und Befugniss sich zu beklagen, wie der Adel. Diese Rücksicht ist nun aber schon dadurch aus den Augen gesetzt worden, dass man das Verbot nur auf Frauenspersonen aus den niederen Ständen beschränkt hat. Denn ob ein Verwandter eine bürgerliche Person höheren oder niederen

---

1) Ergänzungen und Erläuterungen der Preussischen Rechtsbücher von *Gräff,* von *Rönne* u. s. w., 2. Ausgabe, Band 3. S. 23.

Standes heirathe, das muss dem Adeligen desto gleichgültiger sein, je höher er sich über alle Nichtadeligen stellt. Es wäre ein Beweis, dass er auf seinen Adelsstand schon bedeutend weniger Gewicht legte, wenn er auf diesen Unterschied achtete.«

Gerade dadurch, dass der Gesetz-Revisor »die Reinheit des Bluts« als einzig denkbaren und doch nicht mehr zu erreichenden politischen Zweck auffasst, bestätigt er, dass die §§. 30—33. ein reines Standesvorrecht vor den übrigen Bürgern sind: aber selbst die Möglichkeit der Reinerhaltung des Bluts würde nach der gegenwärtigen Staatsverfassung nur den Adelsstand und nicht mehr die Politik angehen.

Endlich heisst es auch in dem Circulare des Justizministers von *Kamptz* an sämmtliche Gerichtsbehörden »die Einwilligung in standesungleiche Ehen betreffend,« vom 20. Februar 1832 [1]), dass eine verheirathete Schwester nicht als Verwandte desselben Namens behufs Einwilligung in eine solche Ehe angesehen werden könne: »denn der Gesetzgeber hat unverkennbar *auf das actuelle Interesse, welches Verwandte gleichen Namens bei ungleichen Ehen haben, ein besonderes Gewicht gelegt.*«

§. 18. Die Ansichten der Neueren. a) Das Königliche Obertribunal zu Berlin.

Das Königliche Obertribunal hat in unseren Urtheilen ausgesprochen. dass die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. kein Standesvorrecht im Sinne des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde enthielten.

I. Das erste Urtheil ist vom 25. November 1853 [2]). Da die Ehe, um welche es sich handelte, im Jahre 1849 geschlossen war, so kam der Art. 4. der octroyirten Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 zur Sprache, welcher übrigens bis auf eine kleine Abweichung in dem für die gegenwärtige Frage bedeutungslosen Schlussatze mit dem Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 übereinstimmt.

---

1) Jahrbücher, Band 39. S. 129. — Vgl. überdies *L. F. Diek,* Die Gewissensehe, Legitimation durch nachfolgende Ehe und Missheirath. Halle, 1838. S. 229. 231., welcher die §§. 30—33. unverkennbar als Standesvorrecht des Adels ansieht. Die Lehrbücher des deutschen Privatrechts führen jene §§. als Ausnahme davon an, dass es beim niederen Adel eine Missheirath im juristischen Sinne nicht gebe, z. B. *Walter,* System des gemeinen deutschen Privatrechts, 1855. §. 461. S. 522. Anm. 17. — Vgl. ferner *v. Savigny,* System, Bd. 2. Beilage VII. S. 517 sqq., über die Eheverbote der lex Julia: der Zweck war Hebung des Senatorenstandes. — Vgl. endlich *Ulrich's* Archiv V. S. 150., wo von dem „bisher freien Connubium" der neuen Preussischen Provinzen die Rede ist.

2) Entscheidungen des K. Obertribunals, herausgegeben von *Zettwach, Decker* und *Heinsius:* Band 26. Seite 347 folg.

Die Gründe des Urtheils sind folgende:

1. Der Art. 3. der Verfassungs-Urkunde von 1848, welcher mit dem Art. 3. der von 1850 gleichlautend ist[1]), zeige, dass die Verfassungs-Urkunde über Privatrechte hier nicht habe verordnen wollen; die ausgesprochene Gleichheit der Preussen vor dem Gesetze wolle nichts anderes sagen, als dass sie den gleichen Rechtsschutz geniessen und bei ihrer Rechtsverfolgung gleich behandelt werden sollten; dies sei ein Princip, das allerdings im Wesentlichen schon vor der Verfassungs-Urkunde bestanden habe; aber daraus folge nicht, dass in letzterer etwas ganz Besonderes und Neues habe verordnet werden sollen; es habe nur das Princip deutlich und ausdrücklich ausgesprochen werden sollen.

Es ist richtig[2]), dass der Art. 3. an und für sich etwas Ueberflüssiges sagt, wenn er den Erwerb, die Ausübung und den Verlust der Eigenschaft eines Preussen und der staatsbürgerlichen Rechte, also öffentlicher Rechte, durch Verfassung und Gesetz bestimmt werden lässt. Eine solche Verbindung desselben mit dem Art. 4., dass der letztere auch nur öffentliche Rechte betreffe, dürfte jedoch aus der blossen Aufeinanderfolge nicht zu folgern sein, da jeder Artikel für sich besteht und die Ausdrücke »vor dem Gesetze« und »Standesvorrechte« ganz allgemein sind. Nur soviel scheint richtig, dass der Art. 4. nicht die privatrechtlichen Stände in dem obigen Sinne und deren Rechte, sondern die jetzigen oder früheren politischen Stände und das Recht dieser betrifft; bei dem letzteren ist es aber gleichgültig, ob dasselbe öffentliches oder Privat-Recht ist. Zudem ist die aus jener Bemerkung des Urtheils hervorleuchtende Ansicht, dass die Ehe in das Privatrecht gehöre, nicht haltbar: die Ehe selbst ist — abgesehen von ihrem sittlichen Charakter — ein Staatsinstitut, ohne welches es keinen Staat geben kann[3]), und darum ein öffentliches, das Eherecht aber dem öffentlichen Rechte angehörend; das Obertribunal selbst bezeichnet die Ehe in dem späteren Urtheile vom 24. November 1856 als ein nicht blos privatrechtliches Institut, sondern als ein solches, welches sehr wesentlich auch einen sittlichen und religiösen Charakter an sich trage[4]); nur die vermögensrechtlichen Beziehungen der Eheleute gehören dem Privatrechte an.

---

1) Oben §. 6.

2) Daselbst.

3) Von der Nothwendigkeit der Ehe für den Staat wird jetzt wohl Jeder überzeugt sein; vgl. *v. Savigny*, System, Band I. S. 346. Note (a).

4) Entscheidungen Band 34. S. 182; *Striethorst's* Archiv Bd. 22. S. 341.

Koch's [1]) Bemerkung, dass das Verbot des Connubiums zwischen gewissen Classen und Personen nicht blos privatrechtlicher Natur sei, sondern einen politischen Charakter und denselben Grund habe, wie in Sclavenstaaten das Verbot der Ehen zwischen Freien und Sclaven, ist in so fern richtig, als auch die blos im Privatrechte aus politischen Gründen zu Gunsten eines Standes bestehende Ungleichheit eine politische ist, da sie als Zweck den Staat oder Stand als solchen hat.

Die Auslegung des Art. 4., dass Gleichheit der Preussen Gleichheit im Rechtsschutze bedeute, dürfte um desswillen nicht zutreffend sein [2]), weil der jene Gleichheit der Preussen aussprechende erste Satz für sich allein jeder Deutung fähig ist und daher nur durch den zweiten Satz seine nähere Bestimmung erhalten kann [3]). Dieser berechtigt aber nicht zu der Annahme, dass er von der Gleichheit im Rechtsschutze rede, weil derselbe hiervon Nichts enthält.

Jene Auslegung ist auch in dem Commissionsberichte der zweiten Kammer vom 25. Januar 1856 ausgeführt; allein der Bericht selbst bezeichnet dieselbe als gezwungen und nicht natürlich; der Abgeordnete *Wentzel* hat dieselbe mit Fug bekämpft und selbst der Abgeordnete *Wagener*, welcher die beiden ersten Sätze des Art. 4. aufgehoben wissen wollte, hat denselben einen anderen Sinn beigelegt, indem er sie als *unrichtig* und *verwerflich* bezeichnete und *desshalb* deren Beseitigung beantragte [4]).

2. Das Obertribunal führt ferner aus, dass sich nicht annehmen lasse, durch den Art. 4. habe aller Unterschied der Stände aufgehoben werden sollen; dieser bestehe factisch und rechtlich noch fort und müsse in jedem Staate, seine Verfassung sei welche sie wolle, bestehen, weil er von Verhältnissen der Erziehung, Bildung, Lebensart, Hauptbeschäftigung und des Vermögens abhänge; nur die Standesvorrechte sollten aufhören, wohin in Bezug auf den Adelsstand die Titel 9. Thl. II. des Allg. Landrechts hervorgehobenen Vorzüge gehörten; bei den §§. 30—33. sei von einem Vorrechte des Adelsstandes nicht die Rede; dieselben enthielten nur eine, auch mit Rücksicht auf die Stellung des Adels im Allgemeinen diesen bevorzugende Beschränkung für den Einzelnen; in dem Patente vom 5. De-

1) Commentar zum Allg. Landrechte, 2. Ausgabe 1857. Anm. 35. zu den §§. 30—33. II. 1.

2) Vgl. auch die folgende Note 4.

3) Vgl. oben §§. 8. 9.

4) Siehe die betreffenden Stellen bei *v. Rönne*, Staatsrecht, §. 106. S. 425. Note 1.

cember 1848 Nr. 9. sei eine Verordnung betreffend die Aufhebung einiger Ehehindernisse vorbehalten, hierbei habe man zweifelsohne auch an jene §§. gedacht; eine solche Verordnung sei nicht ergangen und daher beständen jene Vorschriften noch.

Es ist nun zwar richtig, dass der sociale Ständeunterschied in jedem Staate thatsächlich vorhanden ist, weil derselbe seinen Grund in der Natur des Menschen hat. Es scheint aber nicht richtig, dass dieser natürliche Unterschied in jedem Staate auch rechtlich besteht und bestehen muss. Der Staat kann allerdings den vorhandenen Unterschied thatsächlich nicht wegläugnen: allein daraus folgt nicht, dass alle socialen Stände als solche (nicht als einzelne Staatsbürger) Glieder des Staatskörpers sind oder sein müssen, oder dass der Staat diesen socialen Ständeunterschied zum Vortheile irgend eines Standes berücksichtigen muss.

Koch[1]) führt Nordamerika als Staat an, in welchem es keine politischen Stände gebe; dies ist nur in so weit richtig, als die meisten socialen Stände dort eben nur sociale sind, wohingegen auch dort wirkliche politische Stände, wie die der Volksvertreter und Beamten, bestehen; aber richtig hebt *Koch* hervor, dass die factische bürgerliche Lebensstellung mit dem alten Rechtsbegriffe der politischen Stände, welche jetzt nur eine bürgerliche Stellung einnehmen, nicht vermengt werden darf.

Das Obertribunal selbst gibt dadurch, dass dasselbe die §§. 30. bis 33. II. 1. als eine den Adel im Allgemeinen bevorzugende Beschränkung des Einzelnen bezeichnet, zu, dass dieselben ein Vorzug oder Vortheil des Adels sind: da dieselben aber ein Ausnahme-Recht lediglich zum Zwecke dieses Standesvorzuges bilden, so sind dieselben ein Standesvorrecht.

v. Rönne[2]) spricht sich gleichfalls gegen die Ansicht des Obertribunals aus, indem er das Absprechen der Fähigkeit, mit einem Adeligen eine Ehe einzugehen, »eine Zurücksetzung der für unfähig erklärten Person, also eine Rechtsungleichheit der Nichtadeligen gegenüber dem Adel« nennt und die zu Note 1. erwähnte Bemerkung *Koch's* wörtlich wiederholt; ich vermisse dabei nur die Angabe, dass die Rechtsungleichheit den Vorzug oder Vortheil des Adels zum Grunde und Zwecke hat.

Was endlich die Bezugnahme des Urtheils vom 25. November

---

1) Commentar zum Allg. Landrechte, 2. Ausgabe 1857. Anm. 35. zu den §§. 30—33. II. 1.

2) Staatsrecht, §. 108. S. 450. Note 3.

1853 auf Nr. 9. des Patents vom 5. December 1848 betrifft, so kann dieselbe zweierlei bedeuten, nämlich dass hieraus hervorgehe,

1. der Gesetzgeber habe unter den Standesvorrechten des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde die §§. 30—33. nicht verstanden,
2. derselbe habe in dem Art. 4. kein Gesetz mit sofortiger aufhebender Wirkung, sondern nur ein allgemeines Princip erblickt.

Obschon jene Folgerung wegen der allgemeinen Fassung der Nr. 9. des Patentes vom 5. December 1848 nicht ohne gewichtige Bedenken zu sein scheint, so ist dieselbe dennoch für uns nicht weiter von Bedeutung, weil dieselbe die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 betrifft, wir aber nur den Sinn der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 zu erforschen haben, deren Gesetzgeber von dem der ersteren durchaus verschieden war, so dass jene nur aus sich selbst zu beurtheilen ist.

II. Das zweite Urtheil des Königl. Obertribunals ist vom 24. November 1856 [1]).

Dasselbe enthält zunächst die bereits besprochene, schon in dem ersten Urtheile gemachte Bemerkung, dass nach dem Zusammenhange des Art. 3. mit dem Art. 4. der letztere sich hauptsächlich auf staatsbürgerliche Verhältnisse erstrecken und keine unmittelbare Anwendung auf das Privatrecht gestatte. Dasselbe betrifft im Uebrigen aber schon den Art. 4. der revidirten Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 und führt in Beziehung auf diesen aus: unter die »Standesvorrechte« könne man das Verbot des §. 30. II. 1. nicht subsumiren, weil dieses seinen Worten und seinem Zwecke nach doch nur als eine Beschränkung des einzelnen adeligen Mannes bei der Wahl seiner Ehegattin aufgefasst werden dürfe; dass auch die Redactoren des Allg. Landrechts jenes Verbot nicht als ein Standesvorrecht aufgefasst, dafür spreche der 9. Titel des II. Theils, welcher speciell von den Rechten und Pflichten des Adelsstandes handle und in den §§. 34 sqq. unter den »Vorrechten des Adels« jenes Verbots nicht gedenke; dass dasselbe nicht etwa blos übersehen, zeige die Erwähnung desselben im §. 8. daselbst.

Dass das Verbot allerdings eine Beschränkung des einzelnen heirathslustigen Adeligen, aber zugleich eben dadurch eine Erweiterung der Rechtsfähigkeit der adeligen Standesgenossen, ferner eine Beschränkung der Frauen aus den niederen Ständen in ihrer Rechtsfähigkeit und eben dadurch ein Standesvorrecht wie des Adels über-

1) *Striethorst,* Band 22. S. 331—351. — Entscheidungen Band 34. S. 177—192.

haupt, so der adeligen Frauen insbesondere enthalte, nachzuweisen, ist oben versucht worden.

Dass die Redactoren des Allg. Landrechts das Verbot als ein Vorrecht des Adels aufgefasst, scheint aus der oben §. 17. mitgetheilten Aeusserungen von *Suarez* hervorzugehen, nicht aber das Gegentheil aus der Nichterwähnung desselben in den §§. 34 sqq. Allgem. Landrecht II. 9., denn

1. kann auf die Randschriften im Allg. Landrechte regelmässig eine nur sehr untergeordnete Rücksicht genommen werden, wie bereits der zweite Senat des Obertribunals in dem Urtheile vom 16. Januar 1862 [1]) ausgesprochen hat,
2. spricht §. 80. II. 9. noch von besonderen Rechten und Pflichten des Adels nach Provincialgesetzen,
3. wäre eine Erwähnung des Verbots unter den §§. 34 sqq. II. 9. überflüssig, zumal dasselbe, weil es ein Vorrecht des Standes und eine Beschränkung des Einzelnen, nicht so sehr als eine bevorzugende subjective Befugniss in die Augen fällt,
4. ist schon im §. 8. II. 9. jene Unfähigkeit der Frau niederen Standes, in den Adel zu gelangen, hervorgehoben,
5. entspricht die in den §§. 51 folg. II. 9. enthaltene Beschränkung der Bürgerlichen im Besitze adeliger Güter dem im §. 37. daselbst ausdrücklich als solches bezeichneten Vorrechte des Adels in dieser Beziehung und lässt daraus schliessen, dass die Redactoren des Allg. Landrechts sich unter einer Beschränkung der Rechtsfähigkeit der Nichtadeligen ein Vorrecht des Adels gedacht haben, wie denn auch umgekehrt die Einschränkungen der einzelnen Adeligen im Besitze von (doch meist mit eigener Hand zu bebauenden) Rusticalgründen und im Betriebe bürgerlicher Gewerbe nach den §§. 72—79. II. 9. zum grössten Theile nur ein Vorrecht des Standes als solchen sind, wenngleich dieselben theilweise auch ein solches der Bauern sein können, um diesen leichter zu einem Grundbesitze zu verhelfen [2]).

III. Das Urtheil des K. Obertribunals vom 17. Decbr. 1860 [3]) und

IV. dessen Urtheil vom 21. Februar 1862 [4]) führen keine neuen Gründe an, sondern beziehen sich lediglich auf die beiden früheren Entscheidungen.

---

1) *Striethorst*, Band 43. S. 333.

2) Beides liegt den §§. 1. 2. 6. 10. 11. 12. des Edicts vom 9. October 1807 zum Grunde. — Vgl. *Bornemann's* Aeusserung in seiner Syst. Darstellung des Pr. Civilrechts, Bd. I. S. 52. (2. Ausgabe Bd. V. S. 36.).

3) Entscheidungen Band 44. S. 153. — *Striethorst*, Bd. 40. S. 108.

4) *Striethorst*, Band 43. S. 355.

§. 19. b) Andere Auffassungen.

1. Der Oberkirchenrath zu Berlin sieht [1]) in den §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. nicht ein Standesvorrecht, sondern eine Beschränkung des Adels, dass er sich mit einer Weibsperson aus der niederen Volksklasse nicht verehelichen dürfe. Diese Meinung liegt schon dem Urtheile des Obertribunals vom 25. November 1853 zum Grunde und braucht daher hier nicht weiter berührt zu werden. Es sei jedoch vergönnt, nochmals darauf hinzuweisen, dass das Edict vom 8. Mai 1739 (oben §. 17.) im Eingange erwähnt, die Edicte von 1697 und 1709 gegen die ungleichen Ehen seien »auf allerunterthänigstes Ansuchen der Magdeburg'schen Ritterschaft« ergangen, woraus doch die Meinung der letzteren selbst über die Natur sothanen Verbots genugsam erhellet, da dieselbe keine Beschränkung für sich, sondern nur für einzelne entartete Standesgenossen zum Flor des Ritterstandes überhaupt erbittet.

2. In dem Berichte der Commission des Herrenhauses, zur Vorberathung des Ehegesetz-Entwurfs, vom 5. März 1861 [2]), sind die Gründe eines Verbesserungs-Antrags erwähnt, in welchen die §§. 30. bis 33. II. 1. ebenfalls als kein Standesvorrecht dargestellt werden; dieselben führen aus: es gebe einen Kaufmannsstand, einen Stand der Geistlichen, der Militärpersonen, die sich mancher Rechte vor Anderen erfreuten; Niemanden sei eingefallen, sie als der Verfassung widerstrebend zu betrachten; noch der §. 4. des Gesetzes vom 8. Juni 1860 bestätige die »Vorrechte« der Militärpersonen bei letztwilligen Verordnungen; eine verschiedene Behandlung, die das Gesetz verschiedenen Ständen angedeihen lasse, involvire nicht jedesmal ein Vorrecht für den einen, eine Herabsetzung für den anderen Stand; gerade so sei es kein Vorrecht, wenn der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. den Bauer- und gemeinen Bürgerstand von den übrigen Ständen trenne, wenn die §§. 701 sqq. II. 1. bei Ehescheidungen wegen Thätlichkeiten den Personen gemeinen Standes die des mittleren und höheren Standes gegenüber stelle [3]) und wenn das Gesetz vom 8. April 1857 von der ehelichen Gütergemeinschaft in Neu-Vorpommern die Adeligen, Prediger, Beamten u. s. w. ausnehme; das Vorrecht eines Standes setze ein jus singulare voraus, welches ihn über die gemeine Regel stelle; eine Beschränkung dagegen für einzelne Classen ertheile

1) Wenigstens nach der Mittheilung *Koch's* in der oben S. 31. Note 1. angeführten Anmerkung zu den §§. 30—33. II. 1.

2) Stenographische Berichte. 1861. Herrenhaus Band 2. Anlagen S. 58—69.

3) Vgl. dieselbe Bemerkung in dem Urtheile vom 24. November 1856. — Entscheidungen Bd. 34. S. 186.

damit nicht allen übrigen, die bei der allgemeinen Freiheit verblieben, ein Vorrecht; wenn die §§. 34. 35. Allg. Landrecht II. 1. die Heirathen der Militärpersonen an eine höhere Einwilligung bänden, so werde damit weder für sie, noch für diejenigen, die nach gemeiner Regel des Consenses nicht bedürften, ein Vorrecht im juristischen Sinne begründet; dieser Bestimmung stehe nun die Vorschrift der §§. 30—33., wie nach ihrer Stelle im Gesetz, so auch in der Sache ganz nahe; ein Vorrecht gewährten diese §§. weder den adeligen Männern und geringeren Frauen, noch den niederen Männern und den höheren Frauen. —

Wahr ist:

1. dass es auch in unserem Staate blos sociale Stände gibt, wie die Kaufleute und Geistlichen — letztere, soviel den Staat betrifft, Verfassungs-Urkunde Art. 12—18. —,
2. dass die Personen dieser Stände Rechte haben können, welche die Uebrigen nicht haben, weil die durch dieselben bestimmten Rechtsverhältnisse nur in diesen Ständen vorkommen, oder dass das scheinbare Ausnahme-Recht nur ein allgemeines Recht für besondere Rechtsverhältnisse ist,
3. dass auch in unserem Staate politische Stände, wie die des Militärs (Verfassungs-Urkunde Art. 35 sqq.) und der Beamten (Verfassungs-Urkunde Art. 86—98.), bestehen und die Mitglieder derselben ein von dem allgemeinen Rechte abweichendes Recht in so fern haben müssen, als ihr gedeihlicher Bestand solches fordert, wohin denn auch z. B. die freiere Testamentsform für das Militär gehört, wie schon füher bemerkt ist,
4. dass demnach das Ausnahme-Recht, welches ein verfassungsmässiger Stand haben muss, um als solcher wohl bestehen zu können und dennoch die Rechtsfähigkeit der einzelnen Mitglieder im Verhältniss zu den anderen Staatsbürgern gerade wegen der Zugehörigkeit zum Stande nicht zu beschränken, kein Vorrecht desselben und keine Herabsetzung der Uebrigen involvirt, sondern im Grunde eine Forderung des Staatswohles ist und somit allen Staatsbürgern zu Gute kommt.

Dass der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. ein Standesvorrecht enthalte, ist oben ausgeführt.

Was das Beispiel der §§. 701 sqq. Allg. Landrecht II. 1. angehet, so scheint dasselbe nicht zu passen. Denn der Sinn der §§. 699., 700., 703. daselbst ist eigentlich nur der, dass grosse Böswilligkeit eines Ehegatten gegen den anderen die Ehescheidung begründe; die Böswilligkeit kann, als etwas Inneres, nur durch Willensäusserungen

erkannt werden; die letzteren haben bei einem gebildeten und einem ungebildeten Menschen gerade wegen der Bildungsverschiedenheit regelmässig eine verschiedene Willensrichtung zum Grunde; indem nun das Allg. Landrecht den Grad der Bosheit bestimmt, welcher eine Scheidung begründen soll, muss dasselbe, wenn es diesen Grand bei allen Eheleuten gleichmässig festsetzen will, nothwendig die Willensäusserungen unterscheiden, weil diese nicht immer denselben Willensact als Ursache haben; die Bezeichnung als gemeiner, mittlerer und höherer Stand drückt nur die Verschiedenheit der Bildung aus; die Bösartigkeit des Willens aber ist bei allen als dieselbe gedacht und somit in den §§. 699—703. Allg. Landrecht II. 1. ein wahrhaft gleichmässiges Recht geschaffen [1]).

Die Ausnahme der Prediger, Adeligen, Beamten u. s. w. von der Gütergemeinschaft in dem Gesetze vom 8. April 1857 gehört ebenfalls nicht hierher; die Ausschliessung der Gütergemeinschaft durch Vertrag steht nach den §§. 412 sqq. Allg. Landrecht II. 1. allen Eheleuten frei; sonach beschränkt sich jene Exemtion darauf, dass die Prediger u. s. w. die Ausschliessung nicht erst durch einen Vertrag zu bewirken brauchen: die Gründe des Gesetzes hierfür aber können zweckmässige sein und z. B. schon auf der Wahrnehmung beruhen, dass in Neu-Vorpommern die Prediger, Beamten, Adelige u. s. w. jene Ausschliessung gewöhnlich vornehmen, so dass dann den Gerichten ein erklecklicher Zeitverlust erspart wird; in anderen Gegenden ist es anders, wie z. B. in Westfalen nach dem Gesetze vom 16. April 1860 die Gütergemeinschaft gesetzlich nur bei den Ehen ausgeschlossen ist, in welchen der Ehemann einer der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsständigen Familien angehört. Nicht für das erwähnte Gesetz, wohl aber für alle nach der Verfassungs-Urkunde erschienenen und erscheinenden Gesetze, in denen wirkliche Standesvorrechte enthalten sind, darf hier überdies bemerkt werden, dass der Gesetzgeber auf Grund der Art. 62. und 107. der Verfassungs-Urkunde von dem Art. 4. derselben eine Ausnahme und somit wahre Standesvorrechte schaffen kann, wie denn auch die Verfassungs-Urkunde selbst im Art. 65. a. b. Standesvorrechte hat.

Allerdings ist nicht jedes jus singulare ein Vorrecht; auch ein solches, welches die Rechtsfähigkeit einzelner Classen beschränkt, ist an und für sich kein Vorrecht der übrigen. Zu diesem wird dasselbe jedoch dann, wenn es keinen anderen Rechtsgrund hat, als den Vortheil oder den Bestand der übrigen Classen als solchen: die Be-

---

1) Vgl. hierüber auch *Striethorst,* Archiv, Band 17. Seite 353.

schränkung der einzelnen Classe durch das objective Recht erscheint so als subjectives Recht der übrigen Classen, des Inhalts, dass die Beschränkung zu ihrem Vortheile bestehe. Nur dann also ist das die Rechtsfähigkeit einer einzelnen Classe beschränkende jus singulare kein Vorrecht der übrigen, wenn das letztere nicht lediglich zu Gunsten der übrigen besteht und diese nicht das Recht haben, dass die Beschränkung bestehe.

Das Eheverbot der §§. 34., 35. II. 1. scheint nicht hieher zu gehören. Denn der Grund desselben liegt nicht darin, dass der Militärstand als solcher besteht, oder in der Eigenschaft dieses Standes als eines zugleich socialen, sondern darin, dass es mit dem Staatswohle nicht für vereinbar erachtet worden; wenn jeder Soldat nach Willkür heirathen könne: der Staat selbst, von dessen verfassungsmässigen Gliedern der Militärstand eines ist, ist der Grund. Es erhellt dies zunächst aus der Circ.-Verordnung vom 1. September 1793, welche als Folge der grösseren Ehe-Freiheit der Officiere angibt, dass diese »bei gänzlichem Mangel an eigenem Vermögen in eine solche Dürftigkeit versetzt werden, dass sie in Schulden versinken *und nicht mehr im Stande gewesen, ihre militärische Laufbahn fortzusetzen,* sondern durch allerhand Mittel und Wege gesucht haben, sich, ohne Invalide zu sein, in einen Civildienst einzuschleichen,« dass dieselben durch Nahrungssorgen abgehalten, »sich auf den Dienst zu appliciren und etwas auf die Erlernung der ihnen nöthigen Wissenschaften zu verwenden, wodurch die Fähigkeiten manches brauchbaren Officiers *für die Armee und den Staat* verloren gehen.« Ferner sagt die Cab.-Ordre vom 27. November 1809: »Se Königliche Majestät u. s. w. haben schon bei mehreren Gelegenheiten ausgesprochen, *dass es überhaupt mit dem Geiste der neuen Organisation in der Armee nicht vereinbar ist,* noch eben die Rücksicht auf die Soldatenfrauen und Kinder zu nehmen, die ihnen bisher widerfahren ist [1].« Der Staat hat sich bei diesem Eheverbote selbst als Grund und Zweck angesehen. Es sind nebenbei Gründe angeführt, welche das Verbot auch für den Officier zweckmässig erscheinen lassen; wenn nun der Militärstand als Staatsinstitut aufhörte, so fielen die staatlichen Gründe des Verbotes hinweg und dasselbe würde nur noch in der etwa bestehen bleibenden Eigenschaft eines socialen Standes fernerhin seinen Grund haben; hielte nun der Stand selbst darauf, als solcher socialer fortzubestehen, so bestände das Verbot zu seinem Vortheile, weil dasselbe nur ihm

---

1) Beide Verordnungen stehen abgedruckt bei *Koch,* Commentar zu den §§. 34. 35. Allg. Landrecht II. 1.

günstige Ehen zu wege bringen würde; dasselbe wäre aus einem Standesrechte ein blosses Standesvorrecht geworden.

Dass die §§. 30—33. den §§. 34., 35. ganz nahe stehen, beweiset Nichts für die innere Gleichheit, weil dann *alle* Ehe-Verbote auch in der Sache ganz nahe stehen müssten; denn das eine folgt auf das andere und zwei Dinge, welche mit einem dritten gleich sind, müssen auch unter sich gleich sein.

Was endlich die blosse Negation am Schlusse der besprochenen Ausführung jenes Antragstellers betrifft, so ist dieselbe in Ansehung der einzelnen heirathslustigen adeligen Männer und aller Nichtadeligen richtig; in Betreff des Adelsstandes aber und der adeligen Frauen ist die Affirmative nachzuweisen oben versucht worden.

3. Der Bericht der XVII. Commission des Hauses der Abgeordneten vom 10. März 1862[1]) erblickt in den §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. ein Standesvorrecht im Sinne des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde und führt diese Ansicht folgendermassen aus:

Das Obertribunal vermenge den Begriff der politischen Stände mit dem der gesellschaftlichen; der Adel sei von jeher und aller Orten als ein politischer Stand angesehen worden, dem und dessen Mitgliedern als solchen vermöge ihrer Geburt allein, dem Bürgerstande gegenüber, gewisse Vorrechte in fast allen Gesetzgebungen, auch in der unsrigen, verliehen worden seien; für alle Glieder der Staatsgesellschaft aber müsse das gemeinschaftlich bleiben, was ohne Verletzung ihrer rechtlich gleich freien und gleich heiligen persönlichen Würde und Bestimmung und ihres gleich freien Antheils am Gemeinwesen, an dessen Vortheilen und Lasten, nicht getheilt werden könne; gemeinschaftlich also für alle müsse die gleiche Anerkennung, Achtung und Schätzung der rechtlichen Freiheit und Würde als Mensch und Bürger, oder das gleiche Menschen- und Bürgerrecht bleiben; das Institut der Missheirath verletze diese rechtliche Gemeinschaft und begründe eine Rechtsungleichheit, indem sie die unebenbürtige Ehefrau zu einer Concubine, ihre Kinder zu unehelichen, herabwürdige; eine nothwendige Consequenz solcher Rechtsungleichheit auf der einen Seite aber sei die Bevorrechtigung auf der anderen, die dem Adeligen allein die Wege öffnen, sich ohne sonderliche Mühe seiner ihm nicht ebenbürtigen Gattin zu entledigen; der Unterschied der gesellschaftlichen Stände werde niemals aufhören,

1) Stenographische Berichte. 1862. Haus der Abgeordneten. 2. Band. Anlagen. S. 596—600. Die Motive des *Assmann'schen* Antrags (Daselbst S. 145.) sprechen sich über die Frage nicht aus.

der der politischen Stände aber im Sinne des Allg. Landrechts sei nicht allein nicht nothwendig, sondern auch sehr entbehrlich, wie z. B. Nordamerika zeige.

Den letzten Satz des Berichts, welcher sein Beispiel *Koch*[1]) entlehnt hat, trifft derselbe Vorwurf, welchen er dem Obertribunale macht. Denn da jeder Staat Stände im eigentlichen Sinne haben muss, d. h. eine Classe von Personen, welche der Staat als solche (von den übrigen Staatsmitgliedern unterschiedene) zu seinem Bestande nothwendig hat, so hat auch Nordamerika politische Stände, wie die Volksvertreter und die Beamten; richtig ist jedoch, dass der Staat nicht jeden (Geburts- oder Berufs-) Stand zu seinem rechtlichen Organismus nöthig hat d. h. als politischen Bedarf; unser Staat, welcher nach seiner früheren Verfassung, wo er also selbst ein Anderer war, den Adel als Glied des Staatsorganismus oder als politischen Stand ansah[2]), kennt jetzt den Adel als solchen letzteren nicht.

Die Behauptung des Berichts, dass eine Folge der in den §§. 30—33. enthaltenen, in Herabwürdigung der unebenbürtigen Ehefrau zur Concubine bestehenden Rechtsungleichheit die Bevorrechtigung des Adeligen sei, sich ohne sonderliche Mühe seiner ihm nicht ebenbürtigen Gattin zu entledigen, beruhet auf einer Verwechslung der Begriffe. Denn

1. kann hier doch nur von der rechtlichen d. h. nach dem Rechte des Staats geltenden Ehe die Rede sein.
2. ist eine Frau, welche wider das Recht des Staates mit einem Adeligen eine Geschlechtsverbindung eingehet, von Anfang an keine Ehefrau oder Gattin, sondern rechtlich eine Concubine,
3. kann sich daher der Adelige auch nicht »ohne sonderliche Mühe seiner ihm nicht ebenbürtigen Gattin entledigen,« weil er keine solche hat.

Jene Behauptung flicht hier die kirchliche Bedeutung der Ehe ein; aber dieselbe Behauptung könnte mit gleichem Grunde aufgestellt werden, wenn der Staat das Institut der obligatorischen Civil-Ehe hätte, welches einzuführen gerade dieselbe, aus denselben Mitgliedern bestehende Commission beantragte[3]): ginge nämlich Jemand ohne diese Form eine, kirchlich als Ehe geltende, Geschlechtsverbindung ein, so könnte er sich auch hinterher »ohne sonderliche

---

1) Commentar zum Allg. Landrechte, 2. Ausgabe 1857. Anm. 35. zu den §§. 30—33. II. 1.

2) §. 1. Allg. Landrecht II. 9.

3) Siehe die auf S. 39. Note 1. angeführten stenographischen Berichte S. 578 folgende.

Mühe seiner Gattin entledigen;« man kann dieses Beispiel nicht für unmöglich halten, weil eine kirchliche Trauung nicht ohne vorhergegangene Civiltrauung stattfinden dürfe; das ist ja auch bei den §§. 30—33. nach dem §. 440. Allg. Landrecht II. 11. der Fall und dennoch kommen Zuwiderhandlungen vor. Es kann daher nur von dem *staatlichen Rechte* aus deducirt werden und nach diesem kann Jemand sich seiner Gattin blos wegen seines Adels nicht entledigen: also hat auch der Adelsstand ein solches Vorrecht nicht. Somit ist in dem Berichte der Commission nur das richtig, dass die gesellschaftlichen und die politischen Stände nicht immer gehörig auseinander gehalten werden.

4. Das durch das Obertribunals-Urtheil vom 24. November 1856 vernichtete Urtheil des Appellations-Gerichts zu Königsberg[1]) sieht in den §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. ein Standesvorrecht, weil

a) der Staat sich bei der *Zulassung* von Personen des niederen Bürger- oder Bauernstandes in den Adelsstand durch die betreffende Gerichtsbehörde oder gar durch den Landesherrn selbst und, ebenso bei der *Aufhebung* dergleichen ohne Dispensation eingegangenen Ehen gleichsam ex officio durch seine richterlichen Organe betheilige, und also dem Adelsstande einen Dienst leiste, den er keinem anderen Stande leiste,

b) die adeligen Verwandten um ihres Adels willen ein Recht der Mitwirkung bei Ehen der Agnaten hätten, was Nichtadeligen abgehe, und

c) Frauen des Adels und des höheren Bürgerstandes vor denen des niederen Bürger- und Bauernstandes keines Dispensation bedürften;

die §§. 30—33. seien in der ersteren Beziehung ein Vorrecht des Adelsstandes als Ganzen und in den beiden letzteren Beziehungen ein Vorrecht der einzelnen Standesgenossen, nämlich der Verwandten und der Frauen.

Nach den früheren Ausführungen sind die §§. 30—33. ein objectives Ausnahme-Recht zu Gunsten

a) des Adelsstandes überhaupt und der betreffenden Familien insbesondere, weil durch dieselben der Eintritt der niederen Frauen in den Adel resp. die betreffende Familie verhindert wird,

b) des weiblichen Theils des Adels, weil dieser durch jene Bestimmungen eine grössere Gelegenheit und Aussicht zur Heirath erhält.

---

1) *Striethorst's* Archiv, Band 22. S. 333—338.

Das sich hieraus ergebende subjective Recht besteht also darin:

1. dass der Adelstand und insbesondere die einzelne Familie sich die Aufnahme von niederen Frauen nicht gefallen zu lassen braucht, welches der höhere Bürgerstand sich gefallen lassen muss,
2. dass die adeligen Frauen sich mit allen Männern verheirathen können, während die niederen Frauen nur die nichtadeligen Männer heirathen können.

Das letztere nun stimmt mit dem dritten Grunde des Königsberger Urtheils überein und ebenso des erstere mit den beiden andern Gründen desselben, insoweit diese das Recht das Adels und der einzelnen Familien in Betreff der Zulassung von Personen niederen Standes in den Adelstand enthalten. Dagegen ist der erste Grund, so weit er sich auf die Aufhebung ohne Dispens eingegangener Ehen bezieht, falsch, weil, wie schon gegen den Commissionsbericht des Abgeordnetenhauses bemerkt worden, eine solche Aufhebung wegen des Mangels einer Ehe nicht möglich ist: das die ohne Dispens eingegangene Geschlechtsverbindung für nichtig erklärende Urtheil spricht nur aus, dass die letztere rechtlich keine Ehe ist. Das Vorrecht besteht daher nur in der Unmöglichkeit der Ehe, nicht in der Möglichkeit der Aufhebung der Ehe.

III. Ueber die aufhebende Wirkung des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 in Beziehung auf die bis zu der letzteren bestandenen Standesvorrechte.

§ 20. Der Art. 4. hat aufhebende Wirkung.

Der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde bestimmt: »Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt.« Der erste Satz spricht nur ein allgemeines Princip aus und erhält erst durch den zweiten Bedeutung. Die in dem letzteren gebrauchte sprachliche Form des Praesens indicativi drückt nicht den gewöhnlichen Sinn dieser Form, sondern den Befehl aus. Denn wenn dieses nicht der Fall wäre, so sagte der Art. 4. entweder etwas Unwahres, wenn nämlich bei seinem Ergehen noch wirkliche Standesvorrechte bestanden, oder etwas Ueberflüssiges, wenn nämlich solche nicht mehr bestanden. Beides kann man nicht vermuthen. Der Art. 4. kann also nur bedeuten: »Standesvorrechte sollen nicht stattfinden.« Da aber diese Sprachform sowohl die Gegenwart, als die Zukunft bezeichnet, so hat der Gebrauch des Praesens indicativi nothwendig die Bedeutung, dass der Befehl sich auf die Gegenwart bezieht. Der

Art. 4. bestimmt daher: »Standesvorrechte sollen schon jetzt gegenwärtig nicht mehr stattfinden.«

Das Wort »stattfinden« bedeutet »eine Stätte, eine Stelle oder einen Platz finden.« Da die Standesvorrechte als Rechte nur unter oder in dem Rechte eine Stelle haben können und also nicht mehr haben sollen, so sollen dieselben mit anderen Worten nicht mehr im Rechte oder im Rechtssysteme sein oder selbst nicht mehr »Recht« sein. Wenn der Gesetzgeber, von welchem alles positive Recht ausgehet, sagt, dass dies oder jenes nicht mehr Recht sein soll, so ist dasselbe eben dadurch nicht mehr Recht.

Wenn also der Art. 4. sagt, dass die Standesvorrechte nicht mehr Recht sein sollen, so haben dieselben dadurch aufgehört, Recht zu sein: dieselben sind aufgehoben oder abgeschafft.

Hätte der Art. 4. nicht den Sinn, dass die Standesvorrechte sofort aufgehoben sein sollten, so könnte er nur den haben, dass sie künftig durch ein besonderes Gesetz aufgehoben werden sollten. Wenn der Gesetzgeber dies hätte bestimmen wollen, so würde er dasselbe auch gesagt haben. Man könnte dem zwar entgegnen, dass dieses geradeso umgekehrt der Fall sein würde, wenn er die sofortige Aufhebung gewollt hätte.

Allein wenn man einmal den Ausdruck als undeutlich ansehen will, so wäre doch die Undeutlichkeit bei jener Absicht des Gesetzgebers eine weit grössere, als bei dieser, weil in der auf die Gegenwart gerichteten Form eines Befehls der auf die sofortige Wirkung desselben gerichtete Wille des Befehlenden nach den Regeln der Sprache erkannt wird.

Man vergleiche nur den Art. 10. der Verfassungs-Urkunde »der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögens-Einziehung finden nicht statt.«

Es ist hierbei gewiss nicht anzunehmen, dass diese selbigen Worte erst in einem besonderen Gesetze wiederholt werden sollen, um Gesetz zu werden: und doch ist der Ausdruck »finden nicht statt« derselbe, wie im Art. 4.; das, was unter bürgerlichem Tode und unter Vermögenseinziehung zu verstehen ist, weiss Jeder; die Anwendung des Art. 10. ist daher leicht: wenn nun das Wort »Standesvorrechte« eine verschiedene Auffassung erfahren hat, muss *darum* der Art. 4. nicht sofort angewendet werden? Nein, sondern jenes Wort muss richtig ausgelegt werden; sonst hätte die Verfassungs-Urkunde etwa bestimmen müssen, dass erst durch ein besonderes Gesetz der Begriff des Wortes »Standesvorrechte« festgestellt werden solle.

Die künftige Einführung der Civil-Ehe ist bei Redaction der Verfassungs-Urkunde beabsichtigt; diese Absicht ist im Art. 19. ausgesprochen; wenn dieser Artikel hiesse: »Fortan findet nur die Civil-Ehe statt,« so würde die letztere nur durch ein besonderes Gesetz geregelt und so in der That erst eingeführt werden können; obgleich also in diesem Falle das »stattfinden« von selbst nur auf ein künftiges Gesetz bezogen werden könnte, hat der Art. 19. dennoch die künftige Einführung durch ein besonderes Gesetz ausgesprochen.

Der Art. 18. der Verfassungs-Urkunde bestimmt:

»Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist . . . . aufgehoben.«

Ohne Gewalt kann dieses nicht dahin ausgelegt werden: » . . soll später durch ein besonderes Gesetz aufgehoben werden;« und doch ist »nicht stattfinden« und »aufgehoben sein« nach dem Obigen gleichbedeutend.

Endlich aber, um die Bedeutung der Artikel 112—116. der Verfassungs-Urkunde für unsere Auslegung zu übergehen, lautet der Art. 109. so:

»Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelner Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.«

Darin liegt:

1. Gesetze, welche der Verfassung nicht zuwiderlaufen, können erst durch ein besonderes Gesetz aufgehoben werden; — das versteht sich von selbst, da dieselben durch die Verfassung nicht aufgehoben sind; —
2. Gesetze, welche der Verfassung zuwiderlaufen, bedürfen der Aufhebung durch ein besonderes Gesetz nicht; — das versteht sich abermals von selbst, da dieselben durch die Verfassung bereits aufgehoben sind; — was kann denn »zuwiderlaufen« anders bedeuten?

Wenn also die Verfassung will, dass die Standesvorrechte aufgehoben sind, so will dieselbe auch, dass die dieselben enthaltenden Gesetze aufgehoben sind, weil diese derselben zuwiderlaufen. Der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 hat demnach die bis zu derselben bestandenen, Standesvorrechte enthaltenden Gesetze aufgehoben.

§. 21. Die Meinungen Anderer.

Das Königl. Obertribunal hat in den Entscheidungen vom 25. November 1853 [1]) und vom 24. November 1856 [2]) ausgesprochen, dass die Standesvorrechte durch Art. 4. der Verfassungs-Urkunde nicht aufgehoben seien. Bestimmt ist diese Ansicht nur in der letzterwähnten Entscheidung ausgeführt: wo es heisst:

Der Art. 4. erstrecke sich hauptsächlich auf staatsbürgerliche Verhältnisse und habe eine politische Bedeutung; dergleichen allgemeine Axiome, wie sie die Verfassungs-Urkunde vielfach enthalte, hätten überhaupt ihrer generellen Fassung, wie ihrem Zwecke nach mehr die Bedeutung, die leitenden Grundsätze für die künftige Gesetzgebung vorzuzeichnen, als sie sich schon selbst zur unmittelbaren Anwendung auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten eigneten; wenigstens dürfe das immer nur mit grosser Vorsicht zumal da geschen, wo es sich frage, ob durch dieselben eine bisher bestandene besondere gesetzliche Vorschrift implicito für aufgehoben erachtet werden solle; gerade vor einem derartigen Missgriffe in der Anwendung habe Art. 109. der Verfassungs-Urkunde warnen sollen, dieser Auffassung stehe die allgemeine Auslegungsregel: Lex posterior generalis non derogat priori speciali: zur Seite.

Das Obertribunal spricht also aus, dass der Art. 4. die leitenden Grundsätze für die künftige Gesetzgebung habe vorzeichnen und nicht unmittelbar auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten habe angewendet werden wollen

1. wegen seiner generellen Fassung,
2. wegen seines Zwecks.

Bei jener Absicht des Art. 4. würde dieser kein Gesetz, sondern ein Motiv für ein künftiges Gesetz in gesetzlicher Form sein. Dies dürfte nicht anzunehmen sein, weil der künftige Gesetzgeber berechtigt ist, das Motiv nicht anzunehmen, und selbst die gesetzliche Form des Motivs wieder aufzuheben: so würde Nichts erreicht sein. Dem könnte man nun zwar den Art. 19. in Betreff der künftigen Civil-Ehe entgegen halten: allein hiermit hat es eine andere Bewandtniss, weil die sofortige Einführung der Civil-Ehe durch die Verfassungs-Urkunde nicht thunlich war.

Der erste Beweisgrund für jene Absicht des Art. 4. soll nun

---

1) Entscheidungen des K. Obertribunals, herausgegeben von *Zettwach*, *Decker* und *Heinsius*, Band 26. Seiten 347 folg.

2) *Striethorst*, Band 22. S. 331—351. — Entscheidungen Band 34. S. 177—192.

dessen generelle Fassung sein. Diese besteht darin, dass »Standesvorrechte« gesagt ist — denn dass es lediglich auf den zweiten Satz des Artikels ankommt, zieht Niemand in Zweifel; wenn man jedoch *alle* Standesvorrechte aufheben wollte, konnte man sich keines specielleren Ausdrucks bedienen; die Worte »finden nicht statt« aber haben, wie oben ausgeführt, eine so specielle Bedeutung, dass man in Bezug auf diese die Fassung des Satzes nicht generell nennen kann.

Der zweite Grund für jene Absicht des Art. 4. ist in seinem Zwecke gefunden. Dies dürfte nicht angehen, da beides dasselbe bedeutet; der Satz nämlich, dass dies oder jenes seinem Zwecke nach dies oder jenes sein wolle, scheint sich in einem Cirkel zu bewegen, da der Wille oder die Absicht durch den Zweck bewiesen werden soll und der Zweck doch nur ein anderer Ausdruck für den Willen oder die Absicht ist.

Der Art. 109. — eine nach den früheren Bemerkungen sich von selbst verstehende Bestimmung — enthält eine Warnung vor Missgriffen in Anwendung der Verfassungs-Urkunde höchstens nach beiden Seiten hin, nämlich, dass die Einen bei den der Verfassungs-Urkunde zuwiderlaufenden Gesetzen nicht ein besonderes Aufhebungsgesetz erwarten und die Anderen bei den der Verfassungs-Urkunde nicht zuwiderlaufenden Gesetzen nicht deren Aufhebung durch die Verfassungs-Urkunde annehmen sollen.

Die Rechtsregel: Lex posterior generalis non derogat priori speciali: scheint jene Auffassung nicht zu unterstützen. Dieselbe hat den Sinn, dass ein neues Gesetz, welches ein früheres Gesetz aufhebt, nicht nothwendig auch das Ausnahmegesetz aufhebt, welches neben dem früheren bestand [1]). Die Voraussetzung dieser Regel ist hier nicht vorhanden. Denn der Art. 4. betrifft keine ältere Rechtsregel, von welcher eine Ausnahme besteht, sondern die Ausnahme selbst, da die Standesvorrechte eben das jus singulare neben dem jus commune sind und das jus commune bestehen bleiben soll.

Das Urtheil vom 24. November 1856 bezeichnet die in dem vernichteten Urtheile geschehene Hinweisung auf die Urtheile des Obertribunals vom 25. October 1851 und 9. Januar 1854 als unzutreffend; es leuchtet dieses wenigstens für die vorliegende Frage nicht ein.

Wenn dort nämlich die Befugniss der Häupter der vormals reichsständischen Familien, Eide in Processen über ihre Domainen

1) *v. Savigny,* System, Band I. §. 42. zu Note (c) — *Thibaut,* System des Pandekten-Rechts, 7. Ausgabe, Band I. §. 39.

durch einen Beamten ohne Bewilligung des Gegners ableisten zu lassen, als ein Standesvorrecht angesehen und durch Art. 4. der Verfassungs-Urkunde für aufgehoben erachtet ist, so ist doch dadurch ausgesprochen, dass der Art. 4. diejenigen Gesetze, welche ein Standesvorrecht enthalten, wirklich aufgehoben habe und es nicht erst der Aufhebung durch ein besonderes Gesetz bedürfe; es kann also auf jene Urtheile nur nicht insofern Bezug genommen werden, als durch dieselben die frühere Ansicht des Obertribunals über die Natur der §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. als eines Standesvorrechts dargethan werden soll: die aufhebende Wirkung des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde aber ist darin anerkannt.

In gleicher Weise hat nach einer Verfügung des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten vom 10. November 1849 [1]) das Justizministerium sich dahin geäussert, dass der Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 nur einen allgemeinen Rechtsgrundsatz ausspreche, zu dessen Durchführung es eines Specialgesetzes bedürfe, wie denn auch ein solches in Betreff der Ehehindernisse in dem Patente vom 5. December 1848, Nr. 9. vorbehalten sei. Gründe dafür sind nicht mitgetheilt.

Ludwig von Rönne [2]) hebt besonders hervor, dass der Art. 4. keineswegs eine Verheissung oder Verweisung auf ein künftiges Gesetz, welches die in ihm ausgesprochenen Grundsätze erst in's Leben zu rufen und praktisch anwendbar zu machen habe, sondern vielmehr bestimmte dispositive Worte enthalte, welche die rechtliche Wirkung hätten, dass dadurch alle mit den Grundsätzen des Artikels unvereinbare Bestimmungen der älteren Gesetzgebung für aufgehoben zu erachten seien und folglich nicht mehr angewendet werden dürften, oder doch, insoweit dies zur Verwirklichung des Artikels erforderlich sei, im Wege der Gesetzgebung abgeändert werden müssten.

Derselbe erläutert [3]) das letztere dahin, dass die dispositiven Bestimmungen des Art. 4. so bestimmt seien, dass sie in den meisten Fällen ausreichten, um ohne Weiteres die dadurch erfolgte Aufhebung der damit unvereinbaren Vorschriften der Specialgesetze anzunehmen (Art. 109. der Verfassungs-Urkunde); indes gebe es einige Fälle, wo es erforderlich sei, an die Stelle der aufgehobenen Bestimmungen anderweite Vorschriften zu setzen, insbesondere bei

---

1) Bei *Vogt*, Kirchen- und Eherecht der Katholiken und Evangelischen in den Königl. Preussischen Staaten. 1856. Bd. II. S. 28. Note 32.

2) Staatsrecht, Band I. §. 106.

3) Daselbst S. 426. Note 2.

allen organischen Einrichtungen, wozu dann der im Art. 4. ausgesprochene Grundsatz die verfassungsmässige Nothwendigkeit für die Gesetzgebung begründe, wie die letztere dem z. B. im Strafrechte und Strafprocess schon Rechnung getragen habe.

Allein dieses lässt sich nicht einmal allgemein annehmen, weil nach dem Wegfallen des Sonderrechts sofort für Alle das allgemeine Recht gelten muss. —

Bei der Revision des Art. 4. endlich ist im Central-Ausschusse der ersten Kammer zur Sprache gekommen, ob die Bestimmung in denselben aufzunehmen, dass der Adel nicht weiter verliehen, noch aberkannt werden dürfe; es geschah dieses nicht, weil, *da der Art. 4. die Standesvorrechte aufhebe*, kein Grund vorliege, die Adelsverleihung im Sinne des Art. 48. (jetzt Art. 50.) der Verfassungs-Urkunde ferner nicht zu gestatten[1]; hierin liegt, dass die Wirkung des Art. 4. in Beziehung auf die früheren Gesetze als aufhebend angesehen wurde, da ja sonst mit der möglich gebliebenen Adelsverleihung auch die Adelsvorrechte fernerhin verliehen worden wären. —

Andere sprechen sich speciell über diese Frage nicht aus. —

IV. Ergebniss der Untersuchung.

§. 22. Der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. und die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. bestehen nicht mehr zu Recht.

Es ist im Bisherigen ausgeführt worden,

1. dass der §. 112. Allg. Landrecht I. 6. und die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. Standesvorrechte im Sinne des Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 enthalten,
2. dass der erwähnte Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 die bis zu der letzteren bestandenen, Standesvorrechte enthaltenden Gesetze aufgehoben hat.

Da nun nicht untersucht worden ist, ob jene Bestimmungen des Allg. Landrechts noch bestanden haben, also namentlich nicht schon durch den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 aufgehoben sind und durch Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 noch aufgehoben werden konnten, sondern der Fall vorausgesetzt worden ist, dass dieselben bis dahin noch bestanden, so kann man zu einem richtigen Syllogismus mit jenen beiden Sätzen nur durch den Schlusssatz gelangen:

3. dass die angegebenen Bestimmungen des Allg. Landrechts jeden-

1) Vgl. die daselbst S. 450. Note 2. angeführten stenographischen Berichte.

falls durch den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 als aufgehoben zu betrachten sind.

Damit ist die an den Anfang der Untersuchung gestellte Frage bejahet.

Mit dem §. 112. I. 6. und den §§. 30—33. II. 1. Allg. Landrecht sind dann auch diejenigen Bestimmungen desselben als aufgehoben zu betrachten, welche lediglich in jenen ihren Grund haben oder jene voraussetzen, namentlich der §. 113. I. 6., die §§. 940., 966. II. 1. und der §. 56. II. 2. Allg. Landrecht.

§. 23. Die Ansichten Anderer.

Mit dem gewonnenen Ergebnisse in Bezug auf die §§. 30—33. Allg. Landrecht II. 1. stimmen *Koch*[1]), *von Rönne*[2]), das Appellationsgericht zu Königsberg[3]), die Commission des Abgeordnetenhauses vom 10. März 1862[4]), *Vogt*[5]) und *Evelt*[6]) überein; in Bezug auf den §. 112. Allg. Landrecht I. 6. habe ich bei Niemanden eine Uebereinstimmung gefunden.

Das Königl. Obertribunal[7]) nud der im Berichte der Commission des Herrenhauses vom 5. März 1861 erwähnte Antragsteller[8]) halten sowohl den §. 112. I. 6., als auch die §§. 30—33. II. 1. Allg. Landrecht für noch zu Recht bestehend; die letzteren auch das Justizministerium[9]), soweit es den Art. 4. der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 betrifft, der Oberkirchenrath zu Berlin[10]).

---

1) A. a. O. Anm. 35.

2) Staatsrecht Bd. I. S. 450. Note 2.

3) *Striethorst* 22. Seite 333 folg.

4) Siehe S. 39. Note 1.

5) Kirchen- und Ehe-Recht II. S. 28. Anmerkung 32.

6) Das Preussische Civilrecht. 1854. §. 299. S. 388. — Gründe sind nicht vorgebracht. —

7) Siehe S. 29. Note 2., S. 33. Note 1., S. 34. Note 3., S. 34. Note 4., S. 41. Note 1.

8) Siehe S. 35. Note 2.

9) Siehe S. 47. Note 1.

10) Siehe S. 35. Note 1.

Die Besetzung des bischöflichen Stuhles und der Domcapitularstellen in der schweiz. Diöcese Basel,

von Advocat-Anwalt Dr. Carl Attenhofer jun. zu Sursee.

(Fortsetzung: Vgl. Archiv XIX, 66—91.)

Wir haben zu den im *Archiv* Bd. XIX. Heft I. mitgetheilten Actenstücken in Betreff der Wahl des Bischofes und des Domcapitels noch die nachträgliche päpstliche Bulle über Einverleibung der katholischen Bevölkerung von Aargau und Thurgau in den Verband der Diöcese Basel vom 23. März 1830 beizufügen. Sie lautet:

Papst Pius VIII.

Für das Heil der Seelen (de animarum salute) gemäss der Uns übertragenen Verwaltung der allgemeinen Kirche eifrig besorgt, richten Wir gerne die Verfügungen Unserer apostolischen Gewalt dahin, wo Wir zur Förderung ihres Wohles günstige Verhältnisse eintreten sehen. Wir haben deswegen mit geneigter Gesinnung vernommen, was zur Bewerkstelligung des Beitrittes der Kantone Aargau und Thurgau zum Bisthum Basel vom Ehrwürdigen Bruder Petrus, Erzbischof von Tarsus, Unserem Nuntius bei den Schweizern, mit den von den Regierungen dieser Kantone hiezu beauftragten Wohlgeb. Männern verhandelt wurde. Daher Wir nach genauer Untersuchung dieser ganzen Angelegenheit mit dem Wunsche für die geistliche Leitung des dortigen Volkes erspriesslich zu sorgen, in völliger Sachkenntniss, nach reiflicher Ueberlegung und Kraft apostolischer Machtvollkommenheit die katholische Bevölkerung des Kantons Aargau, nämlich sowohl die jenes Gebietstheils, der vom Bisthum Constanz getrennt wurde, als die desjenigen der ehemals unter der alten bischöflichen Kirche von Basel stand, sowie auch die katholische Bevölkerung des ebenfalls vom Bisthum Constanz getrennten Kantons Thurgau der Diöcese des Bisthums Basel, welche durch die vom Papst Leo XII., Unseren Vorfahren seligen Angedenkens, unter dem 7. Mai 1828 hinsichtlich der neuen Umschreibung jener Diöcese erlassenen Bulle jüngst errichtet wurde, auf ewige Zeiten zuweisen und zutheilen. Wir wollen aber, dass drei Domherren aus dem Kanton Aargau in das Capitel der Domkirche zu dem heiligen Urs und Victor in Solothurn aufgenommen werden, nämlich ein Residirender und zwei Nichtresidirende, forenses genannt, und dass überdies noch ein Nichtresidirender aus dem Kanton Thurgau beigefügt werde und ganz

unter den gleichen Vorschriften und Bedingungen, welche durch die erwähnte apostolische Bulle für die Domherren des Kantons Bern festgesetzt sind, die Wir daher sämmtlich Kraft dieser Bulle für die Wahlart der aargauischen und thurgauischen Domherren bestätigt und genehmigt erklären. Demzufolge wollen Wir bei der Ernennung derselben das vorzüglich und sorgfältig beobachtet wissen, dass sie nicht nur in jenen Kantonen, für welche sie eine Domherrnstelle erhalten sollten, Bürgerrecht und Wohnsitz haben, sondern überdies mit den für die Domherren überhaupt vorgeschriebenen Eigenschaften begabt seien oder der kirchlichen Verwaltung nützliche Dienste im Kanton geleistet haben. Es werden daher dem nach Vorschrift der erwähnten Bulle schon eingesetzten Domcapitel vier Domherren beigefügt werden, nämlich ein Residirender und zwei Nichtresidirende oder forenses für den Kanton Aargau und gleichfalls ein Nichtresidirender oder forenses für den Kanton Thurgau. Diese vier Domherren werden einen Bestandtheil des bischöflichen Senats bilden, im Capitel Activ- und Passiv-Stimmrecht haben, und das Recht geniessen, den Bischof zu wählen, und folglich wird das gesammte Domcapitel aus 21 Domherren bestehen, von denen 13 zu der Classe der Residirenden gehören, acht aber Nichtresidirende oder sogenannte forenses sein werden. Wir befehlen ferner und verordnen, dass die beiden Kantone Aargau und Thurgau alle jene Rechte zu geniessen haben sollen, welche im allgemeinen und überhaupt durch dieselbe apostolische Bulle den Kantonen Luzern, Bern, Solothurn und Zug verliehen wurden, sowie auch dass sie zu den nämlichen Beschwerden und Obliegenheiten verpflichtet seien, welche den erwähnten Kantonen durch eben jene Bulle auferlegt wurde.

Damit nun aber die Vollziehung dieser Verfügungen, von denen Wir einen guten Erfolg für das Heil der Seelen zuversichtlich erwarten, beschleunigt werde, übertragen Wir die Vollziehung derselben dem geliebten Sohne Michael Viale, welcher, für den apostolischen Nuntius bei den Schweizern Unsere und dieses apostolischen Stuhles Geschäfte gegenwärtig führt, und Wir ertheilen demselben alle nothwendigen und dienstlichen Vollmachten, damit er von sich aus oder durch eine andere wenigstens in kirchlicher Würde stehende Person diese Unsere Verordnung vollziehen lasse und das beschliesse, was er für diese Angelegenheit das Erspriesslichste im Herrn erachten mag. Wir wollen auch, dass er die Acten und Beschlüsse der Vollziehung an die Consistorial-Congregation zur Aufbewahrung einsende.

Diesen sollen weder apostolische Satzungen noch Verordnungen entgegenstehen, noch andere, wenn auch einer ausdrücklichen beson-

4*

deren eigenen Erwähnung würdige, selbst durch Eid und apostolische Bestätigung oder irgend einer anderen Versicherung bekräftigte Statuten, Uebungen, auch Privilegien, Indulten und apostolischen Bullen, die im Widerspruche mit dem Obenangeführten, wie immer bewilligt oder erneuert worden wären, welche alle und jede deren Inhalt Wir als in dieser Bulle vollständig und genügend ausgesprochen, und Wir von Wort zu Wort eingerückt ansehen wollen, obgleich sie sonst in ihrer Kraft verbleiben werden; Wir zum Behufe des Obenangeführten für diesmal nur insbesondere und ausdrücklich entkräften, und abgesehen von allem, was immer sonst noch entgegen stehen möchte.

Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischerringe den 23. März 1830.

Unterz. *J.* Cardinal *Albani.*

Wir werden nun vorerst der formellen Seite der aufgeführten Actenstücke unsere Aufmerksamkeit schenken. Bei dieser Betrachtung ergibt sich, dass die Wahl des Bischofs und des Domcapitels in der Diöcese Basel bestimmt wird 1. durch eine Uebereinkunft der betreffenden Kantonsregierungen mit der römischen Curie (Concordat), 2. durch päpstliche Bullen und Breven, wovon aber nur die ersteren die hoheitliche Approbation der Diöcesanständen erhielten, 3. durch die Diöcesanconferenz. Von besonderem Interesse ist aber für uns bei Betrachtung der formellen Seite der erwähnten Actenstücke das Institut der Diöcesanconferenz. Denn wenn wir nach dem Begriffe dieser Diöcesanconferenz im allgemeinen fragen, so gibt uns hierauf weder die Wissenschaft noch die Praxis der ausserhalb der Diöcese Basel gelegenen Ländern eine Antwort. Unsere Kirchen- und Staatsrechtscompendien, selbst die aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, welche im josephinischen Geiste eine Menge neuer Rechtsbegriffe zu Gunsten der Staatsomnipotenz der Kirche gegenüber erfanden, kennen das Institut der Diöcesanconferenz nicht einmal dem Namen nach. Wir übertreiben daher nicht, wenn wir sagen, dass der grösste deutsche Canonist und Staatsrechtslehrer die Antwort auf die Frage nach diesem Begriffe immer schuldig bleiben wird. Ebensowenig finden wir das Institut in dieser Ausbildung in anderen ausländischen Staaten, obschon auch da, wie z. B. in Deutschland, ebenfalls Diöcesen vorhanden, welche aus mehreren Staaten zusammengesetzt sind. Nur die Wissenschaft und die Praxis des Staatskirchenrechts der Diöcese Basel gibt uns eine Interpretation dieses obscuren Begriffes. Sehr treffend bezeichnet ein geistreicher schweizerischer Publicist diese

Conferenz mit den Worten: »das Ding, welches man im Bisthum Basel Diöcesanconferenz nennt, ist ein Unicum, ein absolutes Ausnahmswesen, sowohl im kirchlichen, als im socialen Gebiet überhaupt. Das Wort findet sich in keinem Dictionär, und wird auch ohne Erklärung aus dem Munde eines Basler Diöcesanen von keinem Fremden verstanden. Weder in Frankreich, noch in Belgien, noch in Baden, weder in Italien, noch in Oesterreich, weder im Bisthum Chur, noch St. Gallen, noch Lausanne, noch Sitten, besteht ein Ding, das so hiesse, oder unserer Diöcesanconferenz nur von weitem gliche. Die Diöcesanconferenz ist ein Bisthum Baselsche, ohne diese Specialität gibt es keine.« (Vgl. Luz. Zeitg. Jahrgang 1867, Nr. 12.)

Die Entstehung dieser Diöcesanconferenz hängt zusammen mit der Entstehung der Diöcese Basel, resp. mit der Umschreibung und Wiederherstellung derselben überhaupt. In dem Gesammtinteresse der einzelnen Kantone, an der Wiederherstellung des Bisthums Basel liegt die historische Grundlage für die Diöcesanconferenz. Insoweit dieses Gesammtinteresse in der angeführten Weise in Frage kommt, hat das Institut durchaus keinen unnatürlichen Charakter, sondern findet seine vollste und natürlichste Begründung. Wir finden daher, dass dieses Institut, wenn auch unter anderem Namen bei der gegenwärtigen Wiederherstellung des Bisthums Chur, kurz bei der Wiederherstellung und Gründung jeder Diöcese, welche aus mehreren souveränen Staaten zusammengesetzt wurde, an der Tagesordnung war. In allen diesen Diöcesen war aber mit ihrer Wiederherstellung und Gründung die Mission dieser Staatenconferenzen erfüllt, sie legten sich zur Ruhe, um nie wieder aufzustehen. In der Diöcese Basel dagegen sollte die Wirksamkeit derselben mit dem Momente der Wiederherstellung der Diöcese noch nicht geschlossen sein; hier sollte sie einen ewigen und unvergänglichen Charakter erhalten; in allen wichtigen Diöcesanfragen sollte sie auch in Zukunft ihr massgebendes Wort führen. So wurde denn durch diese Diöcesanconferenz eine neue Quelle zu Realisirung der josephinischen und gallicanischen Ideen geschaffen. Und in der That findet jenes Bevormundungssystem gegen die Kirche, wie es heute in der Diöcese Basel zur Geltung gelangt ist, in diesem Institut ihre eigentliche Grundlage. Die Ursache nun, welche diese Diöcesanconferenz in ihrer heutigen Gestaltung in's Dasein gerufen, sind weder in der Wissenschaft, noch in unserer vaterländischen Geschichte, sondern sind im naheliegenden sogenannten staatlichen Zweckmässigkeitsgrunde zu suchen. Denn nicht allein in Monarchien, sondern auch in Republiken haben die Inhaber der Staatsgewalt sich gegen jene Zeitströmung, welche sich

durch ihren democratischen und volksherrschaftlichen Charakter manifestirt mit schützenden Wehren umgeben. Das Wort Democratie ist nicht nur ein Schreckenswort für einen Napoleon oder Bismarck geworden, sondern macht auch unsere republicanische Bureaucraten zittern, die absolute Herrschaft des republicanischen, wie die des monarchischen Bureaucratismus ist durch diese Democratie bedroht. Daher das gleiche Streben bei beiden: die Theilnahme des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten so viel wie möglich zu beschränken, besonders in Fällen, wo man zum vornherein auf Opposition desselben rechnen kann. Eine solche Schranke gegen die democratische Strömung der Zeit bildet nun gerade in der Diöcese Basel diese Diöcesanconferenz. Denn durch dieses Institut wird eines der wichtigsten modernen republicanischen Grundrechte das Recht des Veto des Volkes, welches demselben bereits durch alle schweizerischen Verfassungs-Urkunden gegen alle gesetzgebenden Beschlüsse eingeräumt ist, illusorisch gemacht. Dieses geschieht vorerst dadurch, dass die meisten Beschlüsse der Diöcesanconferenz den Charakter von Staatsverträgen erhalten. So fallen die wichtigsten Conferenzbeschlüsse, wie z. B. der sogenannte Langenthalervertrag vom 29. März 1828 in die Cathegorie dieser Staatsverträge. Nun waren diese Staatsverträge bereits in allen Kantonen der Diöcese Basel bis in neuester Zeit dem Veto des Volkes nicht unterworfen, ja dieses ist sogar heute noch in drei Kantonen, resp. in den Kantonen Solothurn, Bern und Thurgau der Fall. Daneben gibt es aber sogar noch Beschlüsse der Diöcesanconferenz die nicht einmal unter der Form von Staatsverträgen erlassen, sondern die man geradezu zu einfachen Verordnungen stempelte, welche als solche nicht der Ratification der gesetzgebenden Behörde, den Grossräthen der einzelnen Kantone unterbreitet wurden. So wurden alle im Jahre 1830 erlassenen Conferenzbeschlüsse, welche sich auf die Wahl des Bischofes beziehen, die wir oben aufgeführt haben, als solche einfache Verordnungen aufgefasst. Also ohne Genehmigung des Souveräns, durch Verträge der Regierungen oder auf dem Wege der Verordnung sind diese Conferenzbeschlüsse entstanden. Gerade aber durch diesen Ausschluss des Souveräns konnte der Zweck der Diöcesanconferenz erreicht werden. Nur dadurch konnte jenes staatliche Bevormundungssystem gegen die Kirche wie ein placetum regium und die staatliche Beschränkung in betreff der Wahl des Bischofs und des Domcapitels in der Diöcese Basel zur praktischen Verwirklichung gelangen. Denn unsere Bureaucraten wissen so gut als wir, dass die überwiegende Mehrheit der Diöcesanbevölkerung von einem tief religiösen und ächt katholischen Bewusstsein beseelt

ist. Dieses katholische Bewusstsein führt aber als natürliche Consequenz die Pietät für die Rechte und Freiheiten der Kirche mit sich. Denn überall in unserer Diöcese, wo dem Volke Gelegenheit gegeben wurde, sich über die Rechte und Freiheiten der Kirche auszusprechen, hat es dieses mit imposanter Mehrheit zu Gunsten derselben gethan. Wir erinnern hier nur daran, dass im Jahre 1854 ein vom Grossrathe des Kantons Luzern ohne Einverständniss mit der kirchlichen Oberbehörde erlassenes Zehntgesetz trotz des ungünstigsten Abstimmungsmodus, den es je gegeben hat, vom Luzernervolke verworfen wurde. Wir verweisen ferner, um ein Beispiel aus der neuesten Geschichte zur Bekräftigung unserer Behauptung anzuführen, auf jene Massenpetition vom Jahre 1865, in welcher sich die Mehrheit der katholischen stimmfähigen Bürger der Diöcese Basel für Beibehaltung der bisherigen Feiertage und Abschaffung des Placetum regium aussprachen. Diese Thatsachen führen zu dem natürlichen Schlusse, dass die Diöcesanconferenz vorzugsweise darum eine Schranke gegen die democratische Zeitströmung bildet, weil dieselbe in der Diöcese Basel keinen kirchenfeindlichen Charakter involvirt, sondern im Gegentheile geradezu der Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche günstig ist.

Nachdem wir die Diöcesanconferenz im Allgemeinen betrachtet, so richten wir im Folgenden speciell unsere Betrachtung auf diejenigen Conferenzbeschlüsse, welche wir oben angeführt, resp. auf die, welche die Wahl des Bischofes und des Domcapitels bestimmen. Hier stellen wir an die Spitze die Frage nach der rechtlichen Gültigkeit dieser Beschlüsse. Die rechtliche Gültigkeit derselben ist nun erstens davon abhängig, dass sie unter der Form von Staatsverträgen und nicht auf dem Wege der Verordnung ohne Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt zu Stande gekommen. Denn die Diöcesanconferenz ruht auf einer Verbindung mehrerer Staaten zu einem gemeinsamen Zwecke. Eine solche Verbindung kann nur sein, entweder eine zufällige völkerrechtliche Verbindung, oder eine Verbindung, welche sich als ein organisches Staatensystem darstellt, die den Charakter eines politischen Gemeinwesens hat (Staatenbund, Bundesstaat). Eine dritte Vereinigung kann bei republicanischen Staaten nicht vorkommen. Die Vereinigung der Kantone der Diöcese Basel zu einer Diöcesanconferenz kann nun unmöglich unter die Cathegorie von Bundesstaat und Staatenbund fallen; da gerade das Haupterforderniss, welches dieselben als gemeinsames Merkmal an sich tragen, beziehungsweise der Charakter eines politischen Gemeinwesens in Folge dessen allein die verbundenen Staaten eine Centralgewalt mit

legislativer und vollziehender Befugniss besitzen, fehlt. Die fragliche Vereinigung der Diöcesanstände muss daher als eine blosse völkerrechtliche Verbindung aufgefasst werden. Bei solchen internationalen Verbindungen können aber Beschlüsse in Ermangelung einer legislativen und vollziehenden Centralgewalt nur durch Verträge der interessirten Staaten zur legalen Realisirung gelangen. Es ist nun ein von der Mehrheit der modernen Staatsrechtslehrer anerkannter Grundsatz, dass die Abschliessung eines Staatsvertrages insofern ein Act der Legislation ist, so dass ohne Genehmigung dieser legislativen Gewalt solche Verträge nicht einen vollgültigen rechtlichen Charakter erhalten können. *Berner* sagt im deutschen Staatswörterbuch von *Bluntschli* und *Brater* 9. Band, Seite 639 das internationale Contrahirungsrecht der Staaten wohnt bei den Trägern der Staatsgewalt: In absoluten Monarchien ist es ein ausschliessliches Recht des Monarchen. In constitutionellen Monarchien hat die Landesvertretung immer einen gewissen Antheil an demselben. In Republiken wohnt das Contrahirungsrecht principiell bei der Volksvertretung. Weil es aber unzweckmässig ist, die Abschliessung der Staatsverträge ganz auf den parlamentarischen Weg zu verlegen, so begnügt sich die Vertretung in der Regel mit der Schlussabstimmung über die von der Regierung verhandelten Verträge. —

Diese Theorie ist durch die schweizerische Praxis recipirt, und zwar datirt sich diese Recipirung nicht aus der neuesten Zeit. Denn nicht nur durch die heutigen schweizerischen Verfassungs-Urkunden, sondern auch durch diejenigen der zwanziger und dreissiger Jahre war ausdrücklich ausgesprochen, dass ohne Bewilligung des Grossrathes, resp. der gesetzgebenden Behörde kein Staatsvertrag abgeschlossen werden könne. Nun sind der oben angeführte sogenannte Langenthaler Vertrag vom 28. März 1828 in den meisten Kantonen und die ebendaselbst angeführten Conferenzbeschlüsse aus dem Jahre 1830, die Wahl des Bischofes und des Domcapitels betreffend, wie wir oben schon ausgesprochen, in allen Kantonen der Diöcese Basel ohne Genehmigung dieser gesetzgebenden Behörden zu Stande gekommen.

Wir haben bis dahin gezeigt, dass die Beschlüsse der Diöcesanconferenz in Ermangelung einer legislativen und vollziehenden Centralgewalt, ohne Vermittlung der Staatsverträge juristische Anomalien sind. Aber auch angenommen, dass, was wir mit vollem Recht bestritten, wäre richtig, angenommen, diese Diöcesanconferenz wäre mit den Befugnissen einer vollziehenden Centralgewalt ausgerüstet, so könnte dieses für unser Resultat völlig indifferent sein. Denn die Folge hievon wäre, dass die Wirksamkeit dieser Behörde

nur auf Erlasse von Verordnungen sich beziehen, nie und nimmer aber auf das legislative Gebiet sich erstrecken könnte. Nun können aber gerade der Langenthaler Vertrag und die angeführten Conferenzbeschlüsse aus dem Jahre 1830 nur unter der Form der Legislation zur rechtlichen Geltung gelangen. Wenn auch die Unterscheidung zwischen Gesetz und Verordnung öfters in der Praxis sehr schwierig ist, so kann von einer solchen Schwierigkeit in unsern concreten Fällen nicht gesprochen werden. Denn die Besorgniss vor der Willkür der Regierungsgewalt hat in allen wahrhaft constitutionellen Staaten das legislative Gebiet im Gegensatz zu den Verordnungen erweitert. Während dem in absoluten Staaten, oder in Staaten des Scheinconstitutionalismus, wie in Frankreich, das Gesetz nur die Principien feststellt, und das Detail den Verordnungen überlässt, wird in den liberalen Musterstaaten, wie z. B. in Belgien und England, auch das Detail bei allen wichtigen staatlichen Erlassen auf dem Wege der Gesetzgebung geordnet. So ist z. B. die Organisation der Gerichte und der Verwaltungen und die Besetzung derselben in den benannten Staaten ausschliesslich Sache der Gesetzgebung. Auch unsere schweizerischen Kantone stehen in dieser Beziehung auf dem Standpunkte dieser liberalen Musterstaaten. Denn nicht durch Regierungserlasse, sondern durch gesetzliche Bestimmungen sind hier die Ernennungen, und zwar nicht nur allein der Staatsbeamten, sondern auch der Gemeindebeamten fixirt. Ueberall enthalten die Verfassungs-Urkunden oder die Organisationsgesetze sehr detaillirte Bestimmungen über die Wahl dieser Beamten. Wenn nun bei uns sogar bei Fixirung der Wahl eines Botenweibels der Weg der Verordnung ausgeschlossen, um wie viel mehr muss dieses bei der Bestimmung des Wahlmodus, bei Ernennung von Stellen geschehen, welche die höchsten kirchlichen Würden in sich begreifen.

Die rechtliche Gültigkeit dieser Conferenzbeschlüsse muss aber zweitens angegriffen werden, weil der Inhalt derselben im Widerspruche mit dem des Concordates vom 28. Mai 1828 und der päpstlichen Bulle steht, welche für die Wahl des Bischofs und des Domcapitels die einzige gesetzliche Basis bildet. Denn ein Vertrag, mag dieser einen privatrechtlichen, staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Charakter haben, mag er profaner oder kirchlicher Natur sein, kann nie einseitig ausgelegt oder abgeändert werden. Dieser Satz ist so wahr, dass er ohne Preisgeben der Fundamentalgrundsatz unserer positiven Rechtsordnung nicht negirt werden kann. Ein internationaler Vertrag, als welcher sich fragliches Concordat qualificirt, kann daher durch kein neues inländisches Gesetz abgeändert werden. Eine

solche einseitige Abänderung und Auslegung würde, abgesehen von unserem obigen Raisonnement, schon aus dem Grunde, weil sie als ein öffentlicher Treubruch sich darstellt, vom rechtlichen Standpunkt aus nie eine Vertheidigung finden können. Denn wenn auch die Begriffe von Moral und Recht sich nicht denken lassen, so ist doch das Recht selbst immer wieder eine Species der Moral. Nihil justum nisi quod honestum lautet der ewige und unvergängliche Spruch, welchen nicht nur das canonische Recht, sondern schon die heidnischen Sittenlehrer kannten, und von den hervorragendsten Vertretern der Wissenschaft des modernen Staatsrechts ausgesprochen wird. So sagt *Berner*, im deutschen Staatswörterbuch von *Bluntschli* und *Brater*, XII. Band, Seite 640: »Die Unverletzlichkeit der Staatenverträge muss aber heiligster Ernst der Staaten bleiben. Das ganze Völkerrecht droht zusammen zu stürzen, so bald an die Stelle des guten Glaubens, auf dem die Staatsverträge ruhen, rabulistische Sophistik träte. Auch die innerlich abgestorbene Form eines Staatsvertrages verlangt noch diejenige Hochachtung, mit der man eine ehrwürdige Leiche zur Gruft bestattet. Die Partei, die sich auf die sogenannte Clausula rebus sic stantibus beruft, wird die andere durch Gründe zu überzeugen suchen müssen, wird ihr eine gütliche Auseinandersetzung bei der Auflösung der unhaltbar gewordenen Verträge anzubieten haben.« So weit *Berner*.

Es gibt eine Doctrine, die zwar in der Wissenschaft noch nicht zur Anerkennung gekommen, wohl aber in der staatskirchenrechtlichen Praxis öfters schon ihre Anwendung gefunden. Diese Doctrin sagt, dass der moderne Staat an Gesetzen und Verträgen, welche unter dem Absolutismus der Polizei oder Bevormundungsstaates in's Dasein gerufen, nicht gebunden ist. So trat in jüngster Zeit ein österreichischer Staatsmann, in der Beilage der Allgemeinen Zeitung Jahrgang 1867. S. 282. für die einseitige Abänderung des österreichischen Concordats mit dem Argument in die Schranken. Der Absolutismus der das Concordat geschlossen und der constitutionelle Staat von heute, sind nicht dieselben Rechtssubjecte. Und es hiesse die heutigen constitutionellen Staaten mit seiner inneren Natur in Widerspruch setzen, wenn man ihn zwingen wollte Verbindlichkeiten aufrecht zu erhalten, die seine Vorgänger eingegangen hatten, deren Erbschaft aber erst nur mit dem Bewusstsein der Nothwendigkeit ihrer Lösung angetreten.« Selbst angenommen, diese Doctrin würde vor dem Forum des Rechtes ihren Stand behaupten können, so könnte doch von einer Anwendung desselben auf das Concordat, welches im Bisthum Basel mit der römischen Curie am 26. März 1828 abge-

schlossen, nicht die Rede sein; denn gerade die Prämissen, auf welche sich diese Doctrin basirt, fehlen in unserem concreten Falle gänzlich. Allerdings ist dieses Concordat in einer Periode abgeschlossen worden, in welchem sich der Constitutionalismus noch nicht auf der gegenwärtigen Höhe befand, allerdings fällt dasselbe in eine Zeit, in welcher man das heutige Veto des Volkes noch nicht kannte. Aber in dieser Zeit des Absolutismus der staatlichen Behörden fällt auch der sogenannte Langenthaler Vertrag, welcher das Concordat abändern sollte. Ja dieser Langenthaler Vertrag trägt gerade im Gegensatze zum Concordat den Typhus dieser bureaucratischen Zeit an sich, indem ersterer in den meisten Kantonen der Genehmigung der Grossräthe nicht unterbreitet wurde, während dem letzteres wenigstens diese Genehmigung der Volksvertretung in allen Kantonen erhielt. Wenn nun schon eine einseitige Abänderung der Staatsverträge durch die Gesetzgebung vor dem Forum des Rechts nicht bestehen kann, um wie viel eher nun muss dieselbe auf dem Wege der Verordnung, wie es in dem gegebenen Fall geschah, verworfen werden. Ja diese einseitige Abänderung eines Staatsvertrages durch blosse Regierungs-Verordnungen bildet gerade wieder einen eclatanten Beleg, dass man es nicht verschmäht, mit den unsinnigsten aller Wissenschaft und Praxis Hohn sprechenden Mitteln aufzutreten, wenn es gilt, die Rechte der Kirche zu beeinträchtigen.

Wie die K. B. und der aus diesem hervorgehenden Langenthaler Vertrag, so enthält auch das päpstliche Exhortationsbreve an den Domsenat über die Wahl des Bischofs vom 15. September 1828 Bestimmungen, die mit dem Wortlaut der apostolischen Bulle und des Concordates im Widerspruch sich befinden. Von einem derogirenden Charakter dieser Bestimmungen des päpstlichen Breve dem Concordat und der apostolischen Bulle gegenüber kann aber auch hier schon aus dem Grunde nicht die Rede sein, weil jenes niemals staatsrechtliche Bedeutung erhielt, indem es der staatlichen Reception entbehrt. Dieses Breve kann daher wohl vom Standpunkte des geistlichen Gehorsams aus den Domsenat moralisch verpflichten, nie und nimmer aber ein staatliches Recht dem Concordat und der apostolischen Bulle gegenüber begründen. Abgesehen noch von der staatlichen Nichtrecipirung hat dieser Erlass einzig nur den Zweck, dem Domsenat specielle Verhaltungsmassregeln zu geben, wie er von dem ihnen eingeräumten Wahlrecht Gebrauch machen soll. Es ergibt sich daher schon aus dem Namen des Erlasses, denn unter Breven versteht man gegenwärtig die minder förmlichen, daher auch minder wichtigen Schreiben des Papstes (vgl. *Permaneder* im Freib. Kirchenlex.

Band II. St. 154,) Unter der Form der Breven werden daher in der Regel keine kirchenrechtliche Normen fixirt, sondern nur geistliche Ermahnungen und Belehrungen ertheilt. Es ergibt sich dieser Zweck vorzüglich aber auch aus dem Inhalt der angeführten Breven selbst. Die Stelle in dem Exhortationsbreve an den Domsenat: Ihr müsst gemäss dem Lobe der Klugheit, durch welches Ihr Euch empfehlet erwägen, dass die Kirche blühe, wann, wie *Ivo von Chartres* erinnert, weltliche Gewalt und priesterliche Gewalt unter sich einig gehen. Desshalb ist es Eure Obliegenheit, solche zu wählen, von denen Ihr vor dem feierlichen Wahlact in Erfahrung gebracht, dass sie etc. bedarf keiner weiteren Commentirung mehr, um sich überzeugen zu können, dass dieser Erlass nur einen moralischen, keinen rechtlichen Charakter hat.

So viel über die formelle Seite der angeführten Actenstücke, welche in der Diöcese Basel die Wahl des Bischofes und des Domcapitels näher reguliren.

Wenn wir in Folgendem der materiellen Seite unsere Aufmerksamkeit schenken, so werden wir bei dieser Betrachtung im Interesse einer geordneten Darstellung die Wahl des Bischofs für sich allein behandeln.

Wahl des Bischofs insbesondere.

In Betreff der Wahl des Bischofs gelangen wir zu dem Resultat, dass dieselbe durch das Concordat einzig und allein der Kirche, resp. dem Domsenat mit nachfolgender päpstlicher Approbation zusteht, während dem durch den Langenthaler Vertrag und durch den C. B. vom 20. October 1830 auch den Diöcesanständen ein bedeutender Einfluss eingeräumt ist. Der gewählte Bischof muss laut §. 2. des benannten Vertrages eine den Diöcesanständen angenehme Persönlichkeit persona grata sein. Zu diesem Zwecke soll laut §. 1. des aufgeführten K. B. vor jeder Wahlhandlung das Domcapitel den Abgeordneten der Diöcesanstände die Namen der Bischofscandidaten eröffnen, um nöthigen Falls das Recht des Ausschusses jus exclusionis geltend zu machen.

Dieses jus exclusionis des Staates steht aber vor allem im grellen Widerspruch mit dem kirchlichen Rechte. Denn es ist ein Grundsatz, der nicht nur allein von allen katholischen Canonisten und Kirchenhistorikern, sondern auch von vielen und hervorragenden protestantischen kirchenhistorischen Autoritäten, vergleiche z. B. *Rothe*, die Anfänge der christlichen Kirche und ihre Verfassung I. Band Seite 70, zur Anerkennung gelangt ist; ja es ist ein katholisches Dogma, an dem nicht mehr gemäkelt werden darf, dass die

Bischöfe Nachfolger der Apostel sind. Sind aber die Bischöfe die Nachfolger und in Folge dessen auch die Stellvertreter der Apostel, so ist das Episcopat keine menschliche, sondern eine göttliche Einrichtung, oder um den canonischen Ausdruck zu gebrauchen, ein Institut ex jure divino. Da aber das Episcopat eine göttliche Einrichtung ist, so ergibt sich hieraus die natürliche Schlussfolge, dass die Träger desselben nur von demjenigen Institut, welches dieses Gottesreich nach katholischer Auffassung repräsentirt, dass der Bischof nur durch freie und selbstständige Wahl der Kirche zu ernennen ist. Diese kirchliche Wahlfreiheit bei Besetzung der Bisthümer, welche sich schon aus der Natur der Sache ergibt, war daher von jeher katholisches Kirchenrecht. Bei der Wahl der Kirchenbeamten überhaupt und vorzugsweise auch bei der Wahl des Bischofs unterscheidet das Kirchenrecht aber zwei Handlungen, die collatio und designatio. Da die collatio des Papstes in der Diöcese Basel selbst von der äussersten Linken der schweizerischen Staatscanonisten, wegen dem Mangel eines Metropolitanverbandes, nicht angestritten wurde, so interessirt uns hier nur die designatio. Diese Designatio des Bischofes ist von der ältesten Zeit bis heute nach kirchenrechtlichen Grundsätzen ausschliesslich Sache der Kirche gewesen. In den ersten drei Jahrhunderten wählte nach *Cyprian* epist. LXVIII. (c. 5. VII. q. 1.) wie die Apostel, die Nachbarbischöfe nach vorhergehender Einvernahme der Geistlichen der Gemeinde (Diöcese) den Bischof. Seit dem vierten Jahrhundert wurde für die Nachbarbischöfe, wie aus den kirchlichen Quellen z. B. c. 6. d. LXIII. con. Loadci ca 324 hervorgeht, für die Nachbarbischöfe die Geistlichkeit und die Bürgerschaft, der bischöflichen Stadt in das Wahlcollegium substituirt, wobei aber die eigentliche Wahl von der Geistlichkeit ausging, indem die Mitwirkung der Bürgerschaft nur auf die Empfehlung oder Zustimmung beschränkt war. Vgl. *Walter's* Kirchenr. §. 223 der 13. Aufl., *Buss* im Kirchenlex. Bd. II. St. 24. Diese Wahlfreiheit der Kirche, resp. der Geistlichkeit erhielt sich in dieser Gestalt und Form bis in's dreizehnte Jahrhundert. Durch das canonische Recht trat im dreizehnten Jahrhundert eine Modification des Wahlmodus in der Weise ein, dass die Wahl dem Domcapitel übertragen wurde, c. 4. X. de postul. 1, 5., c. 50. X. de elect. 1, 6. Diese kirchenrechtlichen Bestimmungen in Betreff der kirchlichen Wahlfreiheit wurde auch von der Staatsgewalt recipirt und so zum Staatsrecht erhoben. Durch das calixtinische Concordat vom Jahre 1113, und speciell durch einen Vergleich zwischen Friederich III. und Papst Honorius III. 1220, und durch das Wiener oder Aschaffenburger Concordat vom Jahre 1448

wurde die kirchliche Wahlfreiheit, resp. die Freiheit der kirchlichen Designation der Bischöfe für die zu Deutschland gehörigen Landen ausdrücklich garantirt, worin das letztere Concordat als ein Grundgesetz auch nach dem Untergang des deutschen Reiches bis heute insofern Gültigkeit hat, als es nicht durch neuere Concordate eine Abänderung erlitten. Vgl. *Buss* im Freib. Kirchenlex. von *Wetzer* und *Welte*, Bd. II. S. 750. Was von den deutschen Ländern, galt auch von Frankreich, England und Spanien. Es ist freilich nicht zu verkennen, dass diese kirchliche Wahlfreiheit der Bischöfe von der Staatsgewalt in verschiedenen Zeiten und Ländern beeinträchtigt wurde, indem entweder der Staat die Designation geradezu für sich usurpirte oder wenigstens, wie es gegenwärtig in der Diöcese Basel der Fall ist, dem Staate Rechte auf dieselben eingeräumt wurden, welche materiell einer solchen Usurpation gleich kommen. Allein gerade diese oben aufgeführten staatskirchlichen Grundgesetze hatten zum Zweck, in den deutschen Staaten, wie die pragmatische Sanction von Ludwig IX. in Frankreich, die Kirche vor dieser Usurpation zu schützen. Es ist des weiteren nicht zu verkennen, dass vorzugsweise heute in vielen Ländern das Designationsrecht für den bischöflichen Stuhl den katholischen Landesfürsten eingeräumt ist. Aber wo heute dieses Recht des Landesfürsten vorhanden ist, wie z. B. in Oesterreich und Bayern, findet dasselbe einzig und allein seine legitime Basis in der Vereinbarung, welche der betreffende Landesfürst mit der römischen Curie abgeschlossen. Denn nur durch die römische Curie kann, wie wir schon oben mit Berufung auf *Richter* ausführten, gemeines kirchliches Recht eine Abänderung erleiden. Mit dem Sturtz dieser Concordate, welcher wenigstens in Oesterreich in naher Aussicht steht, wird daher auch das gemeine kirchliche Recht, resp. die Wahlrechte des Domcapitels in diesem Reiche wieder hergestellt werden. *Walter* sagt daher in seinem Lehrb. für Kirchenr. (§. 222. S. 487 der 13. Aufl.) sehr treffend: »das Recht des Collatio sowohl als des Designatio steht nach der Natur der Sache allein der Kirche zu, und kann daher vom Landesherrn als solche nicht in Anspruch genommen werden. Wohl aber kann die Kirche der Gemeinde oder in einem christlichen Staate dem Landesherrn oder auch anderen Gliedern, denen sie besondere Rücksicht schuldig sind, bei der Auswahl der Personen eine Mitwirkung gestatten, immer jedoch so, dass die Ertheilung von ihr ausgehen, damit ihr nicht eine unpassende Person aufgedrungen werden könne.«

Das staatliche jus exclusionis steht aber nicht allein im Widerspruch mit dem kirchlichen Rechte, sondern eben so evident auch mit unserer vaterländischen Geschichte. Denn die Beschränkung der

kirchlichen Wahlfreiheit, wie sie heute bei Besetzung des bischöflichen Stuhles in der Diöcese Basel an der Tagesordnung ist, gehört so wenig als die staatliche Beeinträchtigung der Selbstständigkeit der Administration des kirchlichen Vermögens und die des placetum regium zu den althergebrachten schweizerischen Rechten. Da der grösste Theil des Territoriums der gegenwärtigen Diöcese Basel, ja die ganze mittlere und östliche Schweiz früher bis zum Anfange dieses Jahrhunderts zum Bisthum Constanz gehörte, so werden wir im Folgenden nachweisen, dass den schweizerischen Regierungen in keiner Zeitperiode auch nur den geringsten Einfluss auf die Besetzung des bischöflichen Stuhles zu Constanz zugestanden wurde. In Betreff des vorreformatorischen Zeitalters können wir zwar für den Beweis nicht aus unmittelbaren, wohl aber aus mittelbaren Quellen schöpfen. Wir appelliren zu diesem Behufe an die schweizerischen rechtshistorischen Autoritäten. *Segesser* sagt in seiner Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern, resp. in dem Abschnitt, in welchem er den Luzernischen kirchlichen Verhältnissen vor der Reformation seine Aufmerksamkeit widmet, Bd. II. St. 780.: Auf die Wahl des Bischofes von Constanz selbst übte, weder der Klerus noch die Obrigkeit derjenigen Theile des Bisthums, die im Kreise der Eidgenossenschaft lagen, irgend einen Einfluss, bei streitiger Bischofswahl anerkannten sie wie im Zustande wirklicher Sedisvacanz das Domcapitel als einstweilige Autorität in bischöflichen Sachen. *Blumer*, der im I. Band seiner Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Democratie die Rechte, welche die democratischen Kantone der Kirche gegenüber vor der Reformation besassen, sehr sorgfältig und detaillirt aufgeführt hat, erwähnt mit keiner einzigen Silbe eines staatlichen Einflusses der betreffenden Regierungen auf die Wahl des Bischofs.

Was von dem vorreformatorischen, gilt auch von dem nachreformatorischen Zeitalter. In Betreff dieser Periode können wir aus unmittelbaren Quellen schöpfen. Aus einem Schreiben der fünf katholischen Orte an Gardehauptmann *Jost Segesser* vom 22. November 1570 wird das Recht der freien Wahl des Domcapitels in Constanz bei Besetzung des bischöflichen Stuhles von den benannten Orten ausdrücklich anerkannt, ja aus fraglichem Schreiben ergibt sich sogar, dass die katholischen fünf Orte sich als Protectoren für dieses Recht des Domcapitels bei der römischen Curie, das, wie es scheint von Rom aus im sechszehnten Jahrhundert bedeutend beeinträchtigt wurde, aufgetreten. Wir lassen das betreffende Schreiben, welches wir dem Luzernerischen Staatsarchiv enthoben im Interesse der Wichtigkeit der Sache hier wörtlich folgen:

»Vnser fründtlicher Gruss mit Erbiettung alles guten zu vor Gestrenger Edler vnser Lieber gethrüwer Burger vnd Rathsfründ auch lieber vnd gutter fründ. Es habend die Eerwürdigen Wolgebornen, Edlen vnd Hochgelertten Herren Thumbprobst, Dechant vnd gemeine Cappitel des Hohenstifft zu Constantz vnsere sonders lieben Herren, gutte fründ vnd Mittburger ettwas werbung kurtz verrukter tagen durch Ire Gesandten an vns gethan, sachen halb si vnd Ir Stifft berürende, an welchen den nitt allein Inen, sonder auch zum theil vns (wyl selbige thumbstifft vnd Bischoffl. Kilch zu Konstanz vnsere Mutterkilchen ist) nitt wenig wil gelegen syn. Derhalben sy vns umb fründliche hilff vnd Raath angesuchtt, mit hochflissiger pitt, wir wolltend söllig Anligen Bäpt. Hl. zum fürderlichsten zu schryben vnd trungentlichen pitten, harin Inen vnd vns gnädige willfahrung zu thun. Auch darneben alle meinung vnd substantz diser anligenden sachen die Im grund zu geschriben, nitt befelch vnd ermanung, söllichs Bapt. Ht. flyssig vnd mitt allem Ernst für zu tragen, vnd gethrüwe wärbung zu thund, damit si disz Indulthum (so sy esz billichen vrsachen begerend) gnädigklich vssgebracht werde Syend sy sondern trostlicher zuversicht söllicher vnser befürdernusz wol zu geniessen. Allso wyl dann wir vsz Mitburgerlicher schuldiger pflicht vnd sonderlich wyl die sachen (so er zu fal kenne) vns auch berüren möchtten, habend wir nit unterlassen söllen noch wöllen, Sonders vorbemelltten Herren vnsern Mitburgern (als denen so zu vns von wegen der Catholischen Religion ein sonder gutt vertrüven haben) Irem pittlichen anrüffen vnd begeren güttlichen willfaren wöllen. Langt also an dich unser ernstlich pittlich meinung, will vnd Befelch, das du in vnser aller namen Bäp. Ht. volgende meinung demüttiger pittlicher wys in gebürlicher Form flyssig fürbringest, vnd gethrüwliche werbung thuyest. Namlich vnd erstlich. Nachdem der Hochw. Fürst und Herr Marcus Sitticus, d. H. Römischen Kilchen Cardinal Bischoff zu Constanz vnd Herr der Richenow et vngefarlich vor 8 od. 9. Jaren, wie er zum Bischoffen zu Constantz erwöllet worden, sy die vorgenanntten Herren vnsere Mitburger verträst hat, das Ir Hoch. fr. G. Inen wölle ein Bull oder Indultum v. Bäp. Ht. so immer möglich vszbringen vnd zu stellen, das nach Ir Hoch. Fr. G. absterben. Ir thumb Cappittel die frye Whaal einen andern Bischoff vsz Irem mittell zu erwöllen, wi von alter her haben, vnd sölliche frye Election Inen vnd Iren nachkommen vnbenommen sin solle etc. Welches aber bishar noch nitt erfolgt doch so haltend sy es dafür, das Ir Hochf. G. an vszbringung desselbigen Indullts biszhar änderer Irer vilfalltigen geschafften halber vnd von wegen Ir langwiriger krankheit

sye verhindert worden. Oder villicht das jetzige Bäp. Ht. gedachten Irem Herren Bischouen so gering nit willfaren wöllen, dywyl aber nach solbigen absterben des Bistumb Constanz allsdann Ir Ht. (wo sy offt gemellt Indult nit haben) zu versehen heimfallen vnd daruff gedachtem Bistumb von allen Zwiffeln ettwan ein welscher oder sonst vnbekannter frömbder Bischoff, der dessen kein bericht hatte, oder die Gelegenheit nit wuszte, vffgesetzt, ingedrungen vnd überbunden wurde. Dardurch aber sy oder Ire nachkommen Irer fryen Bischofflichen Whaal dero sy vnd Ire vorfaren über die 600 Jar in rüriger possession vnd besetzung gewesen gentzlichen entsetzt, vsz welcher vrsach sy zu handhabung Ir allten vnvordenklichen Herkommens, rechten vnd gerechtigkeiten sölchem frömbden Bischoff sich one Zwyffel widersetzen vnd vermög solcher vralten fryheiten villicht vnder inen auch ein Bischoff erwellen wurden. Darusz dann allso lettschlich nütt gwüssers dann des vrallten Stiffts Constantz entliche Zerrüttung, abfaal, vndergang vnd verderbnisz ervolgen möchte, welches dann nitt allein den Nüwglaubigen Sectischen (alls jeder gerings verstands vernunftiglich by Im selbst vol ermessen mag) treffenliche sterkung Irs vnbillichen vnchristlichen vorhabens vnd den alltglaubigen Catholischen Irem Bistumb nach gehorsamen personen (deren leider doch sonst wenig) nitt minder ergernusz gegeben wurde, sonder auch vns daby genug gethund geben wurde. Derhalben söllichen übell künftiger vnruw, Zwytracht vnd zerströwung mitt zittlicher vorbetrachtung für zu kommen, vnd wyl auch vil bemellte Herrn durch Iren Herren Bischouen bisher wie obgemelldt nützid vszbringen oder erhalten mögen, vnd aber die Sachen nitt lengern oder witteren verzug gedulden können, so wellest, wie vorgemeldet by Bäpt. Ht. vmb Erlangung söllichs Indults ganz ernstlichen ob vnd anhalten, vnd sy aller ob erzellten vmbstanden vnd anliegenden vrsachen (mit söllicher Ordung wie du wohl wüssen wirst, damit Bäp. Ht. nitt achten möge alls ob man mit Hochermelldten Herren Bischouen von Constantz harin oder hardurch verunglimpfen wollte) ordenlichen vnd nach notturft berichten, vnd erinnern Sy In betrachtung der sachen vnd zu verhüttung solcher groszen vnd schädlichen uffrur, zwitracht vnd zerrüttung, so sich Im fal (das doch Gott verhütten welle) sich lichtlichen begeben möchte, Inen vnd vns harin aller gnädigste willfahrung thun vnd vilbenempten Herrn vnsern Mittburgern söllich Indultum (so mittler zytt Inen vnd vns zu guten statten kommen mag) gnädigklich gelangen zu lassen sich nitt beschweren. Das werdend dann sy, auch wir insonderheit in aller vnderthenigkeit gehorsamsten, vnd gutherzigen willen umb Ir Hl. gern beschulden vnd

verdienen. Dem allem wellest fliszig nachkommen vnd stattliche erfolgung thun, auch daby vns fürderliche antwort sampt einem bericht was kostens in dieser sachen möchte vffgangen syn (welchen ein löbliche Thumbstifft zu groszem dank wider zu erlegen ganz erbütig) zu kommen lassen. Daran beschicht vns allen ein sonder dienstlich vnd angenäm gefallen vnd werdend das jederzytt in gnaden gegen dir früntlichen zu erkennen haben, vnd gern umb dich beschulden, damit thuend wir dich in schirm göttlicher Gnaden befehlen. Datum vnd In vnser aller namen mit vnser gethrüwen lieben allten Eidgenossen der Stadt Luzern Sekret Insilgill verschlossen uff dem etc. i. i. i. Nov. anno 1570.

Schultheisz Landt-Ammann vnd Rath der fünf kath. Ortten: Luzern, Vri, Vnterwalden vnd Zug.

Aber auch im achtzehnten Jahrhundert, ja bis zum Untergang des Bisthums Constanz erlitt das freie Wahlrecht des Domcapitels zu Constanz von der staatlichen Gewalt keine Beeinträchtigung. Die Theilnahme der schweizerischen Stände beschränkte sich in dieser Zeit einzig auf das Antwortschreiben, welches auf die Anzeige der getroffenen bischöflichen Wahl von Seite des Domcapitels ganz auf dem Wege der Convenienz erfolgte, in welchem gewöhnlich die Formalität: »geben verlangtermassen unsere Beistimmung« — vorkam.

So lautet z. B. ein solches Antwortschreiben des Schultheissen und Rath der Stadt Luzern vom 13. Wintermonat 1750, welches wir dem Luzerner Staatsarchiv entnommen, wörtlich also: Zur Abfassung einer gemeinsamen Danksagung und Beglückwünschung an ihre fürstl. Gnaden, den neu erwählten Bischof von Constanz über die so höfliche und verbindliche Kundmachung ihrer einhelligen Erhebung zum Bischof geben hiemit verlangtermassen unsere unverzögerte Beistimmung.

Wie dieses staatliche jus exclusionis mit den kirchlichen Rechten und unserer vaterländischen Geschichte, so steht es auch in crassen Widerspruch mit den Principien des modernen Staates. Denn die Aufgabe des modernen Rechtsstaates besteht unter andern wie schon der blosse Name bedeutet, in dem Schutz, welcher demselben dem Rechte gewähren soll. Daraus folgt, dass die materielle Gültigkeit der staatlichen Gesetze und Verordnungen abhängig ist von der Harmonie, in der sie sich mit dem Rechte befinden. Die staatlichen Gesetze und Verordnungen müssen daher nach den Ideen des modernen Staates, ein Ausdruck des Rechtes sein, und zwar jenes Rechts, welches auf den ewigen Grundsätzen der Naturgesetze

basirt ist. Der Polizei- und Bevormundungsstaat negirt aber geradezu dieses Naturgesetz und erklärt ganz nach der heutigen völkerrechtlichen Praxis für Recht das, was er dazu macht. Von den praktischen Repräsentanten dieses Polizei- und Bevormundungsstaates, von den Despoten des verflossenen Jahrhunderts, die eine Majestätsbeleidigung mit dem Galgen bedrohten, von den absoluten Regenten des gegenwärtigen Jahrhunderts, die ohne gerichtliches Urtheil durch Cabinetsbefehl sogenannte politische Verbrecher nach Sibirien und Cayenne spediren lassen konnte, und kann die Kirche niemals hoffen, ihre Rechte und mit denselben auch die freie Wahl ihrer Bischöfe zu erlangen. Nur der moderne Rechtsstaat kann diese freie kirchliche Wahl gewähren, und zwar nicht wegen des positiven Charakters derselben, nicht darum, weil sie im canonischen Rechte oder in den Grundgesetzen des deutschen Reiches ihre Begründung gefunden, sondern weil sie ihre Basis in einem Naturgesetze hat: denn es ist und bleibt ein Naturgesetz, das keine Controverse erleiden kann. Dass Kirche und Staat zwei wesentlich verschiedene Gemeinschaften sind. Sind aber diese Praemissen richtig, so ergibt sich hieraus der unwiderlegbare Schluss, dass der Staat niemals bestimmend und leitend in die kirchliche Lebenssphäre eingreifen kann und darf, ja dass jedes staatliche Vorgehen in dieser Richtung als Ursurpation erscheint. In diese kirchliche Lebenssphäre gehört nun unstreitig das Recht der Selbstverwaltung, welches nicht nur die freie Verwaltung des Vermögens, sondern auch die freie Wahl der kirchlichen Beamten, also auch die freie Wahl der Bischöfe in sich begreift. In denjenigen Staaten, in welchen dem Bischof eine erhöhte Autorität und Bedeutung dadurch verliehen wird, dass ihm der Rang eines Staatsbeamten, oder ein Sitz in dem Parlament oder in den Kammern zugesichert ist, mag wohl der Staatsgewalt ein Einfluss auf dessen Wahl eingeräumt werden, welcher aber nie so weit ausgedehnt werden darf, dass die freie kirchliche Wahl zur blossen Illusion wird. In denjenigen Staaten aber, in welchem dem Bischof diese erhöhte staatliche Autorität und Bedeutung nicht verliehen wurde in der Diöcese Basel, in welcher der Bischof nicht nur diese staatliche Autorität und Bedeutung nicht besitzt, sondern derselbe sogar von den staatsbürgerlichen Rechten der activen und passiven Wahlfähigkeit mit dem übrigen Klerus ausgeschlossen ist, entbehrt dieser staatliche Einfluss jeder rationellen Begründung. Wie der moderne Staat als Protector des Rechts im Gegensatz zu der Willkürherrschaft des Polizei- und Bevormundungsstaates dasteht, so ist es auch vorzugsweise seine Aufgabe, denjenigen Rechten, welche man unter dem Namen der sogenannten Freiheitsrechte begreift, seinen

Schutz angedeihen zu lassen. Zu diesen Freiheitsrechten aber gehören nicht allein die politischen Rechte der Staatsbürger oder die sogenannten Volksrechte, welche je nach der republicanischen oder monarchischen Organisation eines Staates ausgedehnter oder beschränkter sind, sondern auch die sogenannten Urrechte, welche in der Unverletzlichkeit des Eigenthums und in der Personalfreiheit sich darstellen, und daher als solche die magna charta für alle constitutionellen Staaten bilden. Diese Urrechte kommen aber nicht nur dem einzelnen Menschen, den Individuen, den Personen im engeren Sinne zu, sondern erleiden eine Ausdehnung über diese hinaus auf die jurid. Person, wenn die Existenz derselben nicht in Frage gestellt werden soll. Um hier nur von der Personalfreiheit zu sprechen, so ist dieselbe in Hinsicht auf die juridische Personen vorzugsweise dadurch bedingt, dass in ihren Organen sich der selbstständige Wille dieser juridischen Personen ausspricht, so dass die ersteren als die eigentlichen Repräsentanten der letzteren betrachtet werden können. Dieses ist aber nur der Fall, wenn diese Organe, welche die betreffende juridische Person repräsentiren sollen, von ihr allein ohne alle und jede fremde Einmischung gewählt werden können. Diese Wahrheit wurde von dem Polizei- und Bevormundungsstaat in Hinsicht auf die öffentliche Corporation ganz verkannt, indem er mit der Autonomie dieser Corporation auch das freie Bestellungsrecht ihrer Beamten negiren musste. Der moderne Staat dagegen hat dieses freie selbstständige Wahlrecht sogar auf diejenige Corporation ausgedehnt, welche insofern noch als Bestandtheile des Staates betrachtet werden können, als sie keinen von dem Staat wesentlich verschiedenen Zweck haben. Der moderne Staat hat, trotzdem die Vorsteher der Gemeinden nicht nur Gemeindebeamte sind, sondern auch durch ihre staatlichen Functionen, welche ihnen in allen Staaten zugewiesen sind, zugleich den Charakter von Staatsbeamten erhalten, das freie Wahlrecht derselben den Gemeinden verliehen. Wenn auch noch nicht in allen constitutionellen Staaten dieses freie Wahlrecht in seiner ganzen Ausdehnung recipirt ist, indem in einigen Landen der Staatsgewalt noch insofern ein Einfluss eingeräumt wird, dass die Wahl des ersten Gemeindevorstehers, des Präsidenten oder Bürgermeisters von ihrer Genehmigung abhängig ist, so haben doch alle Gemeindeordnungen, die in den letzten Decennien entstanden, diese Beschränkung weggelassen. In unserer republicanischen Schweiz ist das freie Wahlrecht mit Ausschluss jeglichen staatlichen Einflusses schon längst in allen Kantonen durch die Verfassungs-Urkunden garantirt. Wenn nun in den modernen Staaten die Gemeinde, bei der,

mag man ihre Stellung so frei und selbstständig als möglich auffassen, doch in Wirklichkeit der staatliche Charakter nicht negirt werden kann, das freieste und unbeschränkteste Wahlrecht ihrer Vorsteher hat, so muss dasselbe um so eher derjenigen Corporation verliehen werden, welche diesen staatlichen Charakter nicht hat, so muss es auch der Kirche in Betreff der Wahl ihrer Vorsteher eingeräumt werden. In den Staaten, in welchen der Bureaucratismus die Freiheit und Selbstständigkeit der Gemeinden darnieder hält, in Frankreich z. B., wo die Wahl des Maires ausschliesslich der Staatsgewalt noch zusteht, involvirt, wenn auch die juridische Begründung für die staatliche Beeinträchtigung der freien kirchlichen Wahl der Bischöfe fehlt, doch nicht eine Verletzung gegen alle gesunde Logik, wie dieses in der Schweiz, und speciell auch in der Diöcese Basel der Fall ist. Denn hier, wo die Ideen des modernen Staates auch in Hinsicht auf die politischen Gemeinden ihre praktische Verwirklichung gefunden, wo die geringste Beeinträchtigung des Staates auf die Wahl eines Gemeindebeamten als eine Verfassungsverletzung mit Recht betrachtet würde, ist und bleibt die staatliche Beschränkung bei der Wahl des Bischofes einen Anachronismus, der auch durch die schönsten liberalen Phrasen nicht weggewischt werden kann. Die hervorragendsten Vertreter der modernen staatsrechtlichen Wissenschaft, unter denen wir hier namentlich diejenigen aufführen, welche am wenigsten der Parteinahme für die Kirche beschuldigt werden können, resp. *Rotteck* und *Bluntschli* sind für die freie kirchliche Wahl der Bischöfe in die Schranken getreten. *Rotteck* sagt (in der Encyclopädie der Staatswissenschaft von *Rotteck* und *Welker* Bd. IX. S. 300, 301.), die Ansprüche der Regierung auf Verleihung der Kirchenämter, oder wenigstens auf wesentliche Theilnahme daran, sei es durch ein vorbehaltenes Bestätigungsrecht, sei es durch ein Vorschlagsrecht, sei es endlich durch ein mehr oder minder ausgedehntes Recht der Ausschliessung bestimmter Personen von der Wählbarkeit, so erscheint dieselbe als durchaus unbegründet und kann blos auf historischem Boden und auf Unkosten der sonnenklarsten natürlichen Rechte erwachsen. Nur zur Abwendung und Heilung einer schlechten Kirchenverfassung mag jenes staatliche Recht vertheidigt werden. Es nimmt aber einen gefährlichen Charakter an, wenn eine der in Frage stehenden Kirche abholde Staatsgewalt es ausübt. Von der Richtung der Häupter oder Hirten hängt auch naturgemäss jene der Heerde ab, und es kann einer Regierung, welche feindselige Pläne gegen eine Kirche hegt, deren Dasein als rechtlich begründet sie einmal nicht offenbar angreifen darf, niemals schwer werden, unter den Gliedern des Klerus einzelne ehrgeizige und der

Corruption zugängliche Männer zu finden, welche die Erhebung auf einen bischöflichen Sitz mit Hingabe einiger der Regierung verfassten Glaubens- und Disciplinarartikel zu erkaufen geneigt sind. Der durch die fügsamen Prälaten bewirkte Uebertritt der mit Rom unirten griechischen Kirche in Russland zur herrschenden nicht unirten dem Willen des Czars unterworfenen zeigt in einem auffallenden Beispiele, wie viel die Staatsgewalt vermag, wenn sie ernstlich will, und die Erfolg verheissenden Mittel anzuwenden nicht verschmäht.

Bluntschli sagt in seinem allgemeinen Staatsrecht II. Band Seite 320 und 321. »Der Kirche kann das Recht aus natürlichen Gründen schon nicht bestritten werden, ihre Organe, die Beamten und Diener der Kirche selbstständig zu ernennen; denn sollen diese ihr angehören und ihr dienen, so müssen sie auch von ihrem Geiste erfüllt und nicht einer fremden Macht gewissermassen als fremde Glieder an ihren Körper geheftet worden sein. Die blosse allgemeine Vorbedingung der kirchlichen Weihe entscheidet noch nicht; auch unter den im allgemeinen Fähigen den rechten Mann für die rechte Stellung zu finden, kommt voraus dem Körper zu, an welchen diese gehört, und dessen Bedürfniss sie dient.«

Da nun das staatliche jus exclusionis auch in seiner mildesten Anwendung vor dem Forum der Geschichte und der modernen Wissenschaft seinen Bestand nicht behauptet, um so weniger kann dieses bei der rigorosen Anwendung, welche dasselbe in der Diöcese Basel erleidet, der Fall sein.

Wir haben schon oben angedeutet, dass in den meisten monarchischen Staaten der Staatsgewalt als Aequivalent für die der Kirche, resp. dem Bischof durch die Repräsentation in dem Parlamente etc. gewährten Rechte, ein Einfluss auf die Bischofswahl eingeräumt ist. Dieser Einfluss beschränkt sich aber in den benannten Staaten nur darauf, dass das Domcapitel eine Liste von sechs bis zwölf Candidaten entwirft, wovon dann die Staatsregierung Missliebige streichen kann, mit der Modification jedoch, dass wenigstens so viel auf der Liste bleiben müssen, dass eine Wahl von Seite des Capitels noch vor sich gehen kann. In der Diöcese Basel dagegen, wo von einem solchen Aequivalent nicht die Rede sein kann, hat der K. C. vom 20. October 1830 den Diöcesanständen die Befugniss verliehen, das jus exclusionis auf die unbeschränkteste und willkürlichste Weise zur Geltung zu bringen. Bei Betrachtung der formellen Seite haben wir bereits nachgewiesen, dass allen diesen K. C. die juridische Gültigkeit aus den daselbst angegebenen Gründen abgesprochen werden kann. Selbst ein grosser Theil unserer schweizerischen Staatscanonisten scheint dieses

anzuerkennen, indem in allen Vertheidigungen des staatlichen jus exclusionis die uns zu Gesicht gekommen, nur mit dem Exhortationsbreve vom 6. September 1828, resp. mit der Berufung auf die Stelle argumentirt wird, welche in der Sprache des Originals also lautet: Vestrarum proinde erit partium eos adsciscere, quos ante solemnium electionis actum noveritis, nedum praefinitis qualitatibus praefulgere, sed gubernio etiam *minus gratos non esse.* So trat seiner Zeit im Bund unter dem Titel Briefe eines katholischen Staatsmannes über die Wahl des Bischofs von Basel in einer Reihe von Artikeln eine josephinische Grösse für das unbeschränkte staatliche Ausschlussrecht auf, indem sie die oben angeführte Stelle dahin interpretirte, dass unter den für die erledigte Stelle kirchlich qualificirten Regierungsangenehmen der Angenehmste gewählt werden müsse. Selbst angenommen, dasjenige was wir oben im formellen Theile mit vollem Recht behauptet, nämlich dass aus dem Exhortationsbreve für den Staat kein Recht der Kirche gegenüber abgeleitet werden könne, wäre falsch, angenommen die staatsrechtliche Bedeutung dieses Actenstückes wäre ausser Zweifel gestellt, so könnte dennoch nie und nimmer aus der fraglichen Stelle eine Erklärung im Sinne unserer Staatscanonisten erfolgen. Abgesehen davon, dass diese Interpretation schon den grammaticalischen Grundsätzen zuwider ist, widerspricht sie geradezu dem Sinn und Geist des päpstlichen Breve. Denn nicht nur durch das Concordat und die päpstlichen Bullen, sondern auch durch das fragliche Breve ist dem Domsenat das Wahlrecht des Bischofes eingeräumt. Dieses Wahlrecht wäre aber eine blosse Spielerei, wenn der Domsenat unter den Geistlichen der Diöcese gerade denjenigen wählen müsste, welcher den Diöcesanständen der Angenehmste wäre. Der Begriff der Wahl im engeren Sinn schliesst schon die Freiheit in sich, aus beliebigen Personen Jemand für eine bestimmte Stelle zu bezeichnen. Diese Wahlfreiheit kann freilich, wie es auch in vielen Fällen geschieht, beschränkt werden. Wenn aber vom Domsenat Keiner der minder als irgend ein Anderer genehm ist gewählt werden kann, so enthält dieses nicht nur eine blosse Beschränkung, sondern involvirt geradezu die Aufhebung des Wahlrechtes des Domsenates. Wie die Interpretation des katholischen Staatsmannes schon mit der Wahlfreiheit überhaupt, die ausdrücklich in dem angerufenen Breve ihre Garantie gefunden, im Widerspruch steht, so ist dieses auch speciell noch in Hinsicht auf die canonische Wahlfreiheit der Fall. Denn nach dem klaren Wortlaut des canonischen Rechts, beziehungsweise nach c. 43. X. de elect. 1. 6. c. 25. IV. consil. lat., wird eine durch überwiegenden Einfluss bestimmte

Wahl der Bischöfe für null und nichtig erklärt, und zwar mit der Beifügung, dass derjenige, welcher eine solche Wahl annimmt, ohne Dispensation nie zu einer kirchlichen Würde gelangen kann. Die Grenzen der Beschränkung dieser kirchlichen Wahlfreiheit durch die Staatsgewalt sind durch das kirchliche Herkommen vorgezeichnet. Dieses kirchliche Herkommen erhielt in den zwei letzten Decennien sowohl unmittelbar durch die römische Curie selbst, als auch mittelbar durch die Vertreter derselben in den einzelnen Staaten zu wiederholtenmalen eine authentische Interpretation. So erhielt bei der letzten Wahl des Bischofs in Limburg, wo die Regierung (Nassau) auf der Liste von 12 Candidaten 10 Namen gestrichen, dieselbe aus den zwei nicht gestrichenen die Genehmigung nicht, weil nach canonischem Herkommen eine Wahl aus zwei nur unter ausdrücklicher päpstlicher Bewilligung auf Gültigkeit Anspruch machen kann und dieselbe im gegebenen Fall nicht ertheilt wurde. vide Beilage der Allg. Zeitung Jahrgang 1865, Nr. 33. Bei der letzten Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Köln hat die Mehrzahl der Mitglieder des Domcapitels sich an die Nunciatur in München gewendet, um durch ihre Vermittlung von der römischen Curie die Antwort auf die Frage zu erhalten, wie sie sich zu benehmen haben, wenn die Regierung alle bis auf zwei streichen sollte. Die Antwort der römischen Curie war, dass eine solche Wahl ungültig und sie als Mitglieder des Domcapitels unter diesen Umständen nicht wählen dürfen. vide Beilage der Allg. Zeitung Jahrg. 1865, Nr. 38. Aber nicht nur in ausländischen Diöcesen, sondern auch in der Diöcese Basel wurde über dieses jus exclusionis eine authentische Interpretation gegeben. So wurde im Jahre 1854 bei Anlass der bevorstehenden bischöflichen Wahl der Domsenat der Diöcese Basel vom päpstlichen Geschäftsträger der Schweiz ernstlich ermahnt, sich des Rechtes der freien Wahl nicht zu begeben, und in Concessionen nicht weiter zu gehen, als zur Eingebung einer Liste von sechs Namen, unter denen die Diöcesanstände nur drei Namen streichen können. vide Schweiz. K.-Ztg. Jahrg. 1854, Nr. 22. St. 170.

Die Interpretation, welche das staatliche jus exclusionis von Seite der kirchlichen Oberbehörde erhalten, hat sogar in akatholischen Kreisen seine vollste Anerkennung erlangt. So lässt sich in der Beilage der Allg. Zeitung Jahrg. 1866, Nr. 8. St. 115 eine protestantische Stimme hierüber also vernehmen: Gleichwie nämlich der Listenmodus die Regierung gegen missliebige Wahlen sichert, so liegt andererseits ihr die Verbindlichkeit ob, das staatliche Veto innerhalb solchen Schranken auszuüben, dass eine canonische Wahl aus den

eingereichten Listen möglich ist. Zur canonischen Wahl aus den Listen müssen in Gemässheit des kirchlichen Herkommens, und nach der Erklärung des römischen Stuhles, mindestens drei Candidaten auf der Liste gelassen werden. Entweder muss die Regierung den Listenmodus ganz adoptiren, wie er in der Kirche üblich ist, oder sie muss ganz darauf verzichten; es kann gewiss kein Vorwurf das Capitel treffen, wenn es auf ein wesentlich modificirtes neues Listenverfahren mit ausgedehntem oder gar mit schrankenlosem Veto der Regierung ohne weiteres einzugehen Bedenken trägt.

Die authentische Interpretation der kirchlichen Oberbehörden über den Listenmodus ist aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis in den meisten Staaten zur Anerkennung gelangt. In der Diöcese Basel dagegen war bei den zwei letzten Bischofswahlen nicht die kirchliche Oberbehörde, sondern der angeführte Bundescorrespondent die Autorität für die Diöcesanstände, indem getreulich die Theorie derselben in der Praxis befolgt wurde. Bei der Bischofswahl im Jahre 1854 resp. bei der zweiten seit der Gründung und Wiederherstellung des Bisthums Basel, nach dem Tode des Bischofs Salzmann beschloss zuerst die Mehrheit der Diöcesanstände auf Antrag der Stände Aargau und Solothurn, es habe der Domsenat ihnen keine Liste der Candidaten vorzulegen, sondern einfach eine Person zur Annahme oder Verwerfung. Eine solche Zumuthung wurde aber vom Domcapitel mit aller Entschiedenheit abgelehnt, und dabei ausdrücklich das Verlangen nach dem Listenmodus, und zwar in der Weise gestellt, dass von den Abgeordneten der Stände missliebige Namen gestrichen werden könnten, doch so, dass immer noch eine genügende Zahl für die Wahl verbleibe. Auf diese Erklärung hin wurde von den Diöcesanständen dem Domcapitel zugestanden, eine Liste vorzulegen, dabei aber das unbeschränkteste Wahlrecht beansprucht. Die nun von dem Domcapitel vorgelegte Liste hatte das Schicksal, dass alle Namen resp. sechs Namen gestrichen wurden. Erst da die Diöcesanconferenz dem Domsenat einige Geistliche auf confidentielle Weise als angenehme Personen unter der Betonung des unbeschränktesten Wahlrechts bezeichnet, wurde vom Domsenat eine neue Liste eingereicht, wovon drei Namen Gnade fanden, aus welchen dann der Bischof von Basel gewählt wurde. vide Schweiz. K.-Ztg. Jahrg. 1854, Nr. 22, St. 170, Nr. 31. St. 241.

Bei der Wahl des gegenwärtigen Bischofes im Jahre 1863 wurde zuerst auf der vom Domsenat eingegebenen Sechserliste, wenn nicht gerade alle Namen, doch immerhin so viele gestrichen, dass eine Wahl unmöglich war. Der Domsenat liess sich herbei, um ja

den lieben Frieden zwischen Kirche und Staat nicht zu stören, nachdem ihm vorher noch auf confidentiellem Wege von der Conferenz bedeutet wurde, welche Geistlichen als personae gratae staatlich betrachtet würden, eine neue Liste aufzustellen. Dadurch wurde bewirkt, dass nur die Hälfte der auf der Liste stehenden Namen gestrichen, und so wenigstens von einer Wahl, wenn auch nicht von einer freien Wahl des Bischofs durch den Domsenat die Rede sein konnte. Vergl. Kirchenblatt für die kath. Schweiz, Jahrg. 1863, S. 20.

Die Interpretation des katholischen Staatsmannes im Bunde, welche wie wir so eben gezeigt, in der Praxis in der Diöcese Basel getreulich copirt wurde, steht aber nicht nur im Widerspruch mit dem in dem Breve ausdrücklich garantirten Wahlrecht des Domsenates überhaupt, sondern speciell noch mit dem Sinn und Geist derjenigen Stelle des Breve, welche diese bischöfliche Wahl näher bestimmt. Die betreffende Stelle lautet also:

Ihr würdet Euch fremder Sünden theilhaftig machen, sprechen Wir mit den Vätern von Trient, wenn Ihr nicht angelegentlich dafür sorget, dass solche zu Vorstehern (Bischöfen) erwählt werden, die Ihr als die Würdigeren und der Kirche Nützlicheren gefunden habt. Allein auch das müsst Ihr gemäss dem Lobe der Klugheit, durch welche Ihr euch empfehlet, erwägen, dass die Kirche blühe, wenn mit *Ivo von Chartres* die welt- und geistliche Gewalt unter sich einig gehen; deshalb ist es Euere Pflicht, solche zu wählen, von denen Ihr vor dem feierlichen Wahlact in Erfahrung gebracht, dass sie nicht nur durch die vorgezeichneten Eigenschaften glänzen, sondern auch der Regierung nicht minder angenehm (non minus grati) sind.

Dieser Stelle kann gewiss kein anderer Sinn zu Grunde gelegt werden als dass der Domsenat durch das Gewissen gebunden ist, eine Person zu wählen, die sich durch die betreffenden kirchlichen Eigenschaften auszeichnet, dass er aber auch diese kirchlichen Eigenschaften freilich voraussetzend aus Klugheitsrücksichten nicht eine den Regierungen missfällige Personen ernenne. Währenddem das Vorhandensein der kirchlichen Eigenschaften nach dem Breve zur Gewissenspflicht gemacht wird, so wird dagegen nach demselben für die staatlichen Eigenschaften der Candidaten an die Klugheit des Domsenates appellirt. Daraus folgt, dass wenn ein Candidat nur eine persona grata der Diöcesanstände wäre, daneben aber die genannten kirchlichen Eigenschaften nicht besitzen würde, der Domsenat es nie und nimmer mit seinem Gewissen vereinbaren könnte, einen solchen zu wählen. Die Untersuchung nun, ob der Candidat die erforderlichen kirchlichen Eigenschaften besitze, ist, wie es sich aus der Natur der

Sache schon ergibt, einzig und allein Sache des Domsenates. Sehr treffend sagt daher das Kirchenblatt für die katholische Schweiz Jahrgang 1863, Nr. 8, St. 30.: Das Gewissen bindet und macht verantwortlich, die Klugheit nicht. Wenn der Domsenat einen Bischof wählen kann, der sich durch die kirchlich geforderten Eigenschaften auszeichnet, und zugleich den Regierungen angenehm ist, so ist er durch das Gewissen und die Klugheit dazu verbunden. Wäre hingegen der Regierung nur ein solcher angenehm, der die genannten kirchlichen Eigenschaften nicht besässe, so würde ihnen das Gewissen nicht gestatten, ihn zu wählen, aber selbst auch die Klugheit nicht; denn bei dieser Uebereinstimmung der geistlichen mit der weltlichen Gewalt würde die Kirche nicht blühen, sondern abstehen und zu Grunde gehen, und diese hat darum weder *Ivo von Chartres* noch *Leo XII.* gemeint.

Nach der Interpretation des katholischen Staatsmannes im Bund hat aber die Diöcesanconferenz nicht nur ein unbeschränktes, sondern auch ein willkürliches Ausschliessungsrecht, so dass sie ohne Angabe eines Grundes nach Belieben jeden von dem Domsenat vorgeschlagenen Candidaten streichen könne. Er braucht wirklich eine Verdrehung, die allenfalls einem Winkeladvocaten nicht aber einem hochgestellten Staatsmann zur Ehre gereicht, um aus dem Breve diesen absurden Schluss zu ziehen. Das unbeschränkte Ausschliessungsrecht, nach welchem unter Umständen alle Namen auf der eingegebenen Liste des Domsenates gestrichen werden können, kann doch, trotzdem es dem Sinn und Geist des päpstlichen Breve und dem kirchlichen und staatlichen Herkommen widerspricht, immer noch auf eine rationelle Basis zurückgeführt werden. Das willkürliche Ausschliessungsrecht dagegen, nach welchem ohne Angabe eines Grundes jeder Candidat gestrichen werden kann, findet nur in denjenigen Staaten, in welchem noch das Gesetz der natürliche Ausfluss des absoluten Willens des Regenten ist, eine rationelle Begründung. Abgesehen von der Natur- und Vernunftswidrigkeit, welcher in diesem Modus vorzugsweise für einen republicanischen Staat liegt, steht derselbe auch im grellen Widerspruche mit dem bisherigen kirchlichen und staatlichen Herkommen. In allen kirchlichen Concordaten, welche in neuerer Zeit mit den Staaten abgeschlossen wurden ist ausdrücklich festgesetzt, dass die Bezeichnung einer persona ingrata bei Verleihung von Kirchenämtern auf politische Thatsachen sich stützen müsse. Aber auch in denjenigen Staaten, in welchen die kirchlichen Verhältnisse nicht durch Concordate, sondern durch die Landes-Gesetzgebung geordnet sind, findet diese Maxime Anwendung.

Unter den neueren Staatsrechtslehrern ist es namentlich *Bluntschli* in seinem Staatsrecht Bd. II. S. 321., der die Ausübung des staatlichen jus exclusionis bei der Wahl der Bischöfe von solchen politischen Thatsachen abhängig macht.

Die Praxis in der Diöcese Basel hat leider die russische Theorie des Bundescanonisten recipirt, nach welcher das willkürlichste Ausschliessungsrecht der Diöcesanconferenz bei der bischöflichen Wahl geltend gemacht werden kann. So wurde bei den zwei letzten Bischofswahlen die Blüthe des Diöcesanklerus, darunter Männer, die den politischen Fractionen so fern als immer möglich standen, die ausschliesslich der Wissenschaft und der Pastoration lebten, Männer, die von den radicalen Kantonsregierungen mit bedeutenden kirchlichen Stellen beehrt wurden, von der Diöcesanconferenz als personae ingratae verworfen. Ja sogar Männer, wie ein Propst Tanner und ein Domherr Sugriss, die durch ihre Gelehrsamkeit und Pastorationsthätigkeit eine wahre Zierde der schweizerischen Kirche bilden, und die dabei das in den Augen der Regierungsmänner sehr grosse Verdienst besassen, in den vierziger Jahren gegen die Einführung der Jesuiten in Luzern aufgetreten zu sein, fanden vor diesem Diöcesangerichte keine Gnade. Weil sie den gnädigen Herren der hohen Diöcesanconferenz zufälligerweise missfallen, so sind sie zu streichen. Mit dieser Phrase glaubte man die Streichung der benannten Herren hinlänglich begründet zu haben. Diejenigen Geistlichen aber, denen man eine conservative Gesinnung zutraute, sollten gerade deswegen, weil sie das Unglück hatten, nicht der politischen Fraction der betreffenden Regierungen anzugehören, dem staatlichen Ausschliessungsverdict anheimfallen. Ohne durch irgend einen öffentlichen Act sich als politische Persönlichkeit gravirt, ohne durch actives Auftreten auf dem politischen Felde sich einen Namen erworben zu haben, genügte schon die blosse Sympathie zu der von dem radicalen Bureaucratismus geächteten Partei, um einen Geistlichen als eine missfällige Persönlichkeit von der Liste zu streichen. Einen eclatanten Beleg für diese unsere Behauptung bilden die Gründe, welche seiner Zeit für die Streichung einiger Diöcesangeistlichen, resp. der Herren Domherr Staffelbach und Stadtbibliothecar Hängi in Solothurn und Domherr Rohner aus dem Kanton Aargau von der bischöflichen Wählerliste im Bund von einem Mitglied der Diöcesanconferenz aufgeführt wurden. Wir lassen dieselben hier im Interesse der Sache wörtlich folgen. »Herr Staffelbach, residirender Domherr und Capitelsvicar, der von der Luzerner Regierung selbst zum Domherrn ernannt, und erst kürzlich von mehreren radicalen Blättern

sehr belobt, weil er die bekannte Adresse an den Erzbischof von Freiburg nicht unterschrieben habe, bot, sagt man, durchaus keinen Grund zur Streichung dar. Aber wie? merken denn unsere Gegner nicht, wenn sie dieses sagen, dass sie statt den liberalen Regierungen Inconsequenzen vorzurücken, zwei Thorheiten sagen. Welche Luzerner Regierung hat den Herrn Staffelbach zum Domherrn gewählt? Ihn wie Herrn Sch. die Regierung Siegwart's, und zwar darum, weil er und Sch. nicht durch Liberalismus und Mässigung jenem Jesuitenregimente Opposition machten. Diese Jesuitenregierung ist gesprengt und an ihre Stelle die gegenwärtige freisinnige gewählt worden. Was wäre nun das, wenn die liberale Regierung einen solchen, welcher durch das Jesuitenregiment gehoben, als einen ihrer genehmen Candidaten des bischöflichen Stuhles bezeichnen würde. Eine offenbare Lüge, eine unbegreifliche Thorheit. Herr Hängi, Caplan und Stadtbibliothecar in Solothun, dessen Verdienst darin besteht, dass er, entgegen den Beispielen der kirchlichen Oberen eine Ergebenheits- und Ermunterungsadresse an den aufrührerischen Erzbischof von Freiburg unterzeichnet und deren Unterzeichnung bei gewissen Standesgenossen und einigen Aristocraten betrieb, taugt nicht als Bischof von Basel. Herr Rohner, Domcapitular und Pfarrer in Rohrdorf, Kanton Aargau, liess der Regierung zum Trotze junge Leute bei den Jesuiten studieren, und ist den liberalen Grundsätzen in so milder Weise zugethan, dass er einem geachteten Amtsbruder seinen Liberalismus sogar im Grabe nicht vergessen kann. Wer nichts vergessen kann, dem wird auch nichts vergessen. Und darum wird Rohner auch nicht Bischof werden.«

Also ein Geistlicher, der von einer conservativen Regierung zum Domcapitular gewählt, ein Geistlicher, der eine Ergebenheitsadresse an den Erzbischof von Freiburg unterzeichnete, ein Geistlicher, der junge Leute auf seine Kosten bei den Jesuiten studieren lässt, soll unfähig sein, in der Diöcese Basel den bischöflichen Stuhl zu besteigen. Dieses tönt nicht nur sehr unfreisinnig, sondern geradezu lächerlich. Eine solche Sprache passt nicht in eine schweizerische, wohl aber in eine krähwinkelische Republik. Mit Recht sagt daher Sügnet, der frühere päpstliche Geschäftsträger der Schweiz, der nebenbei bemerkt der einzige päpstliche Vertreter in der neueren Zeit in der Schweiz war, welcher sich der hohen Gunst der liberalen schweizerischen Regierungen erfreute, in einem Schreiben an die römische Curie über die kirchlichen Zustände in der Schweiz, S. 107.: »Einer der wichtigsten Gründe, welcher für die Wiederherstellung der canonischen Wahlfreiheit bei der Ernennung der Bischöfe in der Schweiz spricht, ist, ihnen

den Charakter eines Angestellten und Beamten der Regierung zu nehmen, welchen die Ernennung durch die Staatshäupter allzu oft aufgedrückt habe. Es ist die Nothwendigkeit, der Rückkehr eines Missbrauches vorzubeugen, der an mehreren Orten allzu lange herrschte, wornach leider gar oft der Hirtenstab in die Hände der von der Regierungsgewalt Erwählten auf den gleichen Anspruchstitel hingegeben wurde wie das Schwert der Gerechtigkeit, oder der Degen des Soldaten, ich meine den illegitimen Anspruchstitel der Geburt, der Gunst oder anderwärtig nicht der Kirche geleisteter Dienste.«

Ueber den Umfang der Rechte eines Beneficiaten an dem zu seinem Beneficium gehörenden Grundstücke,

eine Entscheidung der Congr. Episcoporum et Regg. vom 6. März 1866,

mitgetheilt von Dr. jur. Christian Lingen, Priester der Erzdiöcese Köln.

Die Frage, was für ein Recht dem Beneficiaten am Beneficialvermögen zustehe, findet man oft auch in grösseren, besonders in älteren kirchenrechtlichen Werken gar nicht erörtert, oder, wo sie erörtert wird, lauten die Antworten darauf gar sehr verschieden. *Schmalzgrueber* (Jus eccl. un. p. IV. tit. 39. Nr. 148.) z. B. behandelt den Beneficiaten stillschweigend als Usufructuar, gibt aber doch besonders drei Verschiedenheiten an: 1) Merus usufructarius reficere et restaurare quidem potest, de novo tamen nihil facere potest; at vero beneficiarius potest de novo facere v. g. plantare vineam, domos de novo exstruere vel ampliare. 2) Usufructuarius facit fructus perceptos ita suos, ut libere de ipsis tam inter vivos, quam mortis causa disponere possit in quocunque casu; — sed beneficiarius non potest ita libere disponere de reditibus beneficialibus sustentationi suae superfluis. 3) Usufructuarius tenetur satisdare sive cautionem idoneam praestare, beneficiarius non item quia id in jure cautum non reperitur.

Van Espen (jus eccl. univers. p. II. tit. 32. c. 1.) führt das Recht des Beneficiaten ganz auf die Lehre vom römischen peculium zurück. Unter Anderm heisst es l. c. Nr. 10.: »Haec (sc. enarrata de peculio servorum et filiorum familias) si conferantur cum his, quae de rebus ecclesiae clericis in usum concessis dicuntur in canonibus sub hoc titulo Decretalium relatis, apparebit, non immerito titulum hunc inscribi: de peculio clericorum: hocque peculium apprime convenire cum peculio servorum et profectitio filiorum familias.«

Schulte (System etc. §. 102.): »Die Stellung des Beneficiaten zum Beneficialgute ergibt sich aus der doppelten Richtung, dass die Substanz nur in seiner Verwaltung steht, er mithin nur diejenigen Rechte in Betreff derselben ausübt, welche aus seinem Amte fliessen, dass aber die Einkünfte ihm selbst gehören. Er ist somit in Betreff des Vermögens als Nutzniesser anzusehen. Daraus folgt, dass er alle Aenderungen u. s. w. vornehmen darf, welche keine Veräusserung involviren und im Interesse der Sache liegen, welche er conserviren muss; zu Meliorationen ist er unbedingt befugt, jede Deterioration

muss er ersetzen.« ..... »Die Stellung des Beneficiaten lässt sich kurz dahin bezeichnen, dass sie *Vertreter ihrer Beneficien* sind, in Hinsicht der Substanz des Gutes mit *den Befugnissen und Verpflichtungen von Vormündern*, jedoch in mancher Beziehung nach der *Analogie des Vasallen* (*Walter*, §. 260.), in Hinsicht der Einkünfte als *procuratores in rem suam.*«

Phillips (Lehrbuch des Kirchenrechts §. 233.): »Das Beneficium ist den Klerikern von der Kirche als ein Amtseinkommen nur zu einer Nutzniessung geliehen. Dessenungeachtet darf man hier ebensowenig an einen Ususfructus im Sinne des römischen Rechtes denken, als dies bei dem *vasallitischen* Verhältnisse zulässig wäre. Sowie nicht in Zweifel zu ziehen ist, dass das letztere einen nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Entwickelung des kirchlichen Beneficialwesens geäussert, so bietet dasselbe zugleich auch eine passende, wenngleich nicht in jedem Punkte zutreffende Analogie für die Beurtheilung der Rechte des Pfründners an seinem Beneficium. Eine andere Analogie bietet das Recht *des Ehemannes an dem Dotalvermögen* seiner Frau. Bei diesem Verhältnisse des Pfründners tritt indessen noch hinzu, dass ihm gegenüber die Kirche in Bezug auf ihr Gut auch die Rechte der Minderjährigen hat und somit von ihm eine ganz besonders vorsorgliche Ausübung seines Niessbrauchs in Anspruch nimmt.«

Evelt in seiner Schrift: »Wer ist der Träger des Kirchenvermögens?« erklärt auf die Frage: »Ist das Recht des Pfründners ein dominium utile oder ein ususfructus? das erstere für unhaltbar, aber er erachtet auch die consequente Durchführung der Theorie vom Niessbrauch für unmöglich; und auf die weitere Frage: Richtet sich der Umfang des Niessbrauchs nach den betreffenden Landesgesetzen? wird dies z. B. in Betreff des preussischen Landrechts bejaht, nicht so vom Code Civil. Denn das französische Civilgesetzbuch erstrecke sich nur über die Privatrechtsverhältnisse und lasse die kirchenrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Parochien, Geistlichen und Gemeinden unberührt. Durch die in demselben enthaltenen Vorschriften über den Niessbrauch sei daher auch nur der Umfang des auf einem *privat*rechtlichen Titel beruhenden Niessbrauchsrechtes bestimmt, während der Umfang der mit einem Kirchenamte verbundenen Nutzung einer Amtswohnung etc. auch unter der Herrschaft des französischen Gesetzes aus den besondern kirchenrechtlichen Bestimmungen zu beurtheilen sei.

Dass bei diesem Auseinandergehen der Ansichten über den Charakter des dem Pfründner zustehenden Rechtes an dem Beneficial-Vermögen auch über den *Umfang* dieses Rechts, über die einzelnen

aus demselben sich ergebenden Befugnisse noch in vielen Punkten Unklarheit und Unbestimmtheit herrscht, lässt sich leicht denken. Es dürfte deshalb gewiss der nachfolgende, bei der Congregatio Episcoporum et Regularium zur Entscheidung gekommene Fall, der gerade über diese Frage handelt, von Interesse sein. Es sollen daher auch in möglichster Kürze nur die Gründe für und gegen angeführt werden, wie sie der Congregation vorlagen, damit man so ermessen könne, auf welcher Grundlage das Urtheil gefällt wurde, von welchen Motiven die Richter sich bestimmen liessen.

Der zur Entscheidung gekommene Fall ist kurz folgender: Beim Bau der Eisenbahn von Rom nach Orte wurden drei Grundstücke durchschnitten und zum Theil expropriirt, von denen das grössere und bedeutendere zur Präbende des Pönitentiar an der Cathedrale zu Gallese gehört, die beiden anderen minder bedeutenden zur Theologalpräbende an derselben Kirche. Diese Grundstücke waren bis dahin nur zur Bodencultur benutzt worden. Als es sich aber beim Eisenbahnbau herausstellte, dass in denselben nicht unbedeutende Lager von Tuff, Kies und Puzzolanerde enthalten seien, so erwarb die Eisenbahngesellschaft das Recht, jenes Material herauszuschaffen und zu ihren Zwecken zu verwenden, wodurch die zum Theil hügelichen Grundstücke ziemlich geebnet wurden. Bezahlt wurde von der Eisenbahngesellschaft an den Inhaber der Pönitentiarpräbende die Summe von 22 Scudi als Entschädigung für den expropriirten Theil des Grundstückes, 10 Scudi als Entschädigung für 8 oder 10 Eichen, die ausgehauen werden mussten, und endlich 704 Scudi 15 Baj. als Kaufpreis für das herausgeschaffte Material und als Entschädigung für den verhinderten Früchteertrag etc.; der Canonicus theologus als Inhaber der beiden anderen minder bedeutenden Grundstücke erhielt im Ganzen 78 Scudi 20 Baj. Nach Herstellung der Eisenbahn wurden die Grundstücke wieder ihrer früheren Bestimmung, der Bodencultur, zurückgegeben. Da die Inhaber oben gedachter Präbenden Miene machten, das für die Ausbeutung gedachter Grundstücke gezahlte pretium einfach als fructus beneficii für sich in Anspruch zu nehmen, statt dasselbe als Capital zu Gunsten des Beneficiums anzulegen, so wurde von der Congregatio Episcoporum et Regularium, der die Sache angezeigt worden war, wegen der Wichtigkeit des Falles, der leicht ein Präcedenzfall werden konnte, die Sache vor ihr Forum gezogen und die nöthigen Schritte eingeleitet. — Der um sein Votum befragte Bischof von Gallese war der Meinung, dass die bezeichneten Summen zu Gunsten der Präbenden angelegt werden müssten, weil das gegen jenen Preis ausgebeutete Stein- und Puzzolanlager ein dem

Beneficialvermögen entzogenes Capital sei, und deshalb auch das Surrogat dafür, der Kaufpreis nicht als fructus betrachtet werden könne. — Dasselbe beantragt der Generalvicar besonders wegen der Deteriorationen, welche dadurch jene Grundstücke erlitten hätten. Das um seine Ansicht befragte Capitel ging auf die Sache nicht ein, sondern erklärte nur, es hätte die Ueberzeugung, dass jene beiden Dignitäre vermöge ihrer bekannten Gewissenhaftigkeit die schon erhaltene oder noch zu erhaltende Summe dem zuwenden würden, dem sie rechtmässig zukommen.

Die beiden Inhaber der questionirten Präbenden wurden ebenfalls aufgefordert, bestimmte Erklärungen abzugeben und eventuell die Beweisgründe für ihre Ansprüche vorzubringen. Daraufhin erklärten nun Beide, die für das herausgeschaffte Material von der Eisenbahngesellschaft bezahlte Summe müssten sie als ihr persönliches lucrum betrachten, dagegen seien sie bereit, das pretium für die von der Eisenbahnlinie in Anspruch genommenen expropriirten Theile der Grundstücke, ferner die Entschädigungssumme für die gefällten Eichen zum Vermögen ihrer Präbende zu schlagen. Der Canonicus theologus beschränkte sich darauf, Gutachten von zwei Sachverständigen beizubringen, die bezeugen, dass durch die bezeichneten Arbeiten die zwei Grundstücke seiner Präbende meliorirt und nicht deteriorirt worden wären. Der Canonicus poenitentiarius als der weitaus am meisten Interessirte reichte eine besondere Vertheidigungsschrift seiner Ansprüche ein, deren Inhalt im Wesentlichen folgender ist:

Zunächst wird es als ein Grundsatz aufgestellt, der gar keines Beweises bedürfe, dass der Beneficiat Usufructuar seiner Präbende sei und deshalb alle Rechte des Usufructuars auch ihm zukommen müssen. Der Usufructuar eines fundus habe aber nicht blos das Recht, die gewöhnlichen Erzeugnisse des Bodens für sich in Anspruch zu nehmen, sondern quidquid inde percipi potest, wie es in der angezogenen l. 9. Dig. de usufr. et quemadm. etc. heisst, in welcher Stelle auch, was auf unsern Fall passe, entschieden sei, dass der Usufructuar Steinbrüche etc., die in dem fundus seien, ausbeuten dürfe: »Sed et si lapidicinas habeat et lapidem caedere velit vel cretifodinas habeat vel arenas, omnibus iis usurum Sabinus ait quasi bonum patrem familias. Quam sententiam puto veram.« Auch könne man nicht die Einwendung machen, an dieser Stelle sei nur von solchen Steinbrüchen die Rede, die schon zur Zeit der Bestallung des Niessbrauchs eröffnet waren; denn in derselben l. 9. cit. fahre der Jurist gleich so fort: »Sed et si haec metalla post usumfructum legatum sint inventa, cum totius agri relinquatur ususfructus, non partium, contineantur legato«

und ebenso deutlich heisse es l. 13. §. 5. eod.: »Inde est quaesitum, an lapidicinas vel arenifodinas vel cretifodinas ipse (usufructuarius) instituere possit? Et ego puto etiam ipsum instituere posse, si non agri partem necessariam huic rei occupaturus est. Proinde venas quoque lapidicinarum et hujusmodi metallorum inquirere poterit. Ergo et auri ..... et ceterorum fodinas, vel quas paterfamilias instituit, exercere poterit, vel *ipse instituere, si nihil agriculturae nocebit.*« Um zu zeigen, dass dies die richtige Auslegung der citirten Gesetzesstellen sei, beruft sich die Vertheidigungsschrift auf die Glosse zu l. 9. §. 3. D. cit., ferner auf *Voet:* Ad Pand. l. 7. tit. Nr. 24.: » ..... Si metalla etc. nondum ruta aut caesa sint, sed naturaliter cohaereant, *in fructu* ea esse responsum est, sive fodinae hae metalli, lapidis, cretae similiumve ante usumfructum acquisitum inventae fuerint, sive demum usufructu jam Constituto directae appareant,« und auf *Pothier:* Pandecten Justinian's l. 7. tit. 1. art. 4. §. 2. Nr. 28.

Sodann wird als analoger Fall die Praxis in Betreff des laudemium angeführt, welches dem dominus emphytenseos für die Zustimmung zur Veräusserung der Emphyteuse vom Emphyteuta entrichtet werden muss. Obwohl man von diesem Emolument viel weniger sagen sollte, dass es in fructu sei, so habe doch die constante Praxis dem Usufructuar und speciell dem Beneficiaten diese oft sehr bedeutenden Laudemien zugesprochen, wie mehrere citirte Entscheidungen der Rota beweisen, denen gemäss dem Beneficiaten pro tempore und nicht der Substanz des Beneficiums die Laudemien zukommen.

Die Vertheidigung sucht sodann zu beweisen, dass der Usufructuar, wofern die Ausbeutung der im Boden enthaltenen Materialien dem zur Nutzniessung bestellten fundus zum Schaden gereiche, dann nicht zum Schadenersatz verpflichtet sei, wenn es sich um Steingruben etc. handle, die schon vor Bestellung des Niessbrauchs in Betrieb waren, wohl aber dann, wenn neu angelegte das Grundstück deterioriren, im letztern Falle solle der aus jenem Betriebe erzielte Nutzen als Compensation für den dem Boden selbst verursachten Schaden dienen. Gereiche dagegen die Ausbeutung dem Boden zum Nutzen, so sei das herausgeschaffte Material ein persönlicher Gewinn des Usufructuars. Letzteres treffe aber in unserem Falle zu, da durch drei Sachverständige nachgewiesen sei, dass durch Wegschaffen der Stein- und Puzzolanmassen das Grundstück geebnet und der Boden zum Fruchtziehen geeigneter gemacht worden sei. Für obige Theorie werden dann besonders l. 18. D. de fundo dot. 23. 5.; l. 7. §. 13. D. sol. matr. 24. 3. und die Erklärungen dazu von *Garzia* de expens. et melioration. c. 22. Nr. 47. und *von Castillo* de usufr. c. 37. n. 7 sqq. allegirt.

Unzutreffend seien die Analogien vom Usufructus an einem Hochwald und vom Schatz. Denn im ersten Falle sei allerdings der Nutzniesser für ausgerottete Stämme zum Ersatz verpflichtet; aber beim Hochwald seien eben die Bäume das Capital und die fructus seien die Eicheln etc. . . . . .; durch das Ausrotten werde daher dem fundus das Capital entzogen, derselbe also deteriorirt; in unserem Falle handle es sich dagegen um einen sandigen, steinigen Boden, dessen Werth durch das Wegschaffen jenes Materials bedeutend erhöht wurde. Die Analogie mit dem Schatze gehe deshalb nicht an, weil dieser etwas vom Grund und Boden vollständig Getrenntes sei und mit demselben nichts gemein habe, mithin unmöglich unter die Categorie der fructus seu civiles seu naturales gebracht werden könne, wogegen es sich in unserem Falle um Sachen handle, die einen Theil des Bodens ausmachen und zu dessen Emolumenten gerechnet werden müssten.

Endlich wird noch mit weitläufiger Berufung auf l. 7. §. 13 et 14. D. solut. matrim.: » . . . . . Sed si cretifodinae, argentifodinae vel auri vel cujus alterius materiae sint, vel *arenae*, utique in fructu habebuntur« und auf die Erklärungen von *Barbosa:* de solut. matrim. l. Divortio §. si vir zu dieser Stelle gezeigt, dass der Tuff, Kies und Sand, um welche Materien es sich in unserem Falle handle, jedenfalls in fructu seien, also deren Ertrag dem Usufructuar, resp. dem Beneficiaten zufallen müsse.

Soweit die Ausführungen der Vertheidigung. Der Referent in dieser causa, Cardinal Mertel, glaubt noch einen Grund hinzufügen zu müssen, der zu Gunsten der Inhaber der Präbenden, zu denen besagte Grundstücke gehören, sprechen dürfte. Obwohl nämlich in einem zum Niessbrauch bestellten Hochwald die einzelnen Bäume das Capital bilden, also nicht infructu seien, so könne es doch nützlich oder gar nothwendig sein, einzelne schlechte oder schädliche Stämme auszuhauen, um das Gedeihen der anderen möglich zu machen oder zu befördern, um also den Wald zu melioriren. Bei einem Hochwald von bedeutendem Werthe dürfte nun allerdings der Beneficiat jene Lichtung nicht ohne päpstliche Genehmigung vornehmen, wäre jedoch diese Bedingung erfüllt, so fielen die so ausgerotteten Bäume ohne Weiteres in das Eigenthum des Beneficiaten und brauche der Erlös nicht zu Gunsten des Beneficiums angelegt zu werden, wie dies articulo formiter discusso in einer Causa Romana super laesione arb. von derselben Congregation entschieden sei[1]). Obwohl also nichts

1) In der hier allegirten Causa Romana handelte es sich um eine dem Laterancapitel gehörige silva non caedua, deren Lichtung nöthig geworden war.

so sehr zur Substanz eines Hochwaldes gehöre, als die Bäume selbst, so fielen doch diejenigen in das Eigenthum des Beneficiaten, welche schädlich seien und durch deren Entfernung der Wald verbessert werde. Warum soll es mit Tuff, Kies und Puzzolanerde anders sein, welche obwohl einen Theil des Grund und Bodens ausmachend, doch in unserm Falle die Productivität des Grundstückes behinderten und durch deren Wegschaffen der Boden geebnet und fruchtbarer wurde?

Soviel wurde für das von den beiden Canonici in Anspruch genommene Recht geltend gemacht. Gegen dasselbe, zu Gunsten der betreffenden Präbenden, einer Causa pia, deren Vertheidigung der Congregation, vor der verhandelt wurde, obliege, machte der Cardinal-Referent insbesondere folgende Ausführungen: Zunächst wird, um die Streitfrage genau zu präcisiren, festgestellt, dass man darüber einig sei, dass das pretium für die expropriirten Theile der betreffenden Grundstücke und für die Bäume, welche vom Grundstücke der Pönitentiarpräbende entfernt werden mussten, zu Gunsten der Beneficien angelegt werden müsse, wie dies implicite von derselben Congregation in der Causa Hortana et Verulana, Emphyteusis 28. Julii 1865 [1]) sanctionirt worden sei. Andererseits werde es auch nicht be-

---

Es wurden nun der Congregatio Episcoporum et Regularium folgende dubia vorgelegt:

I. Ob für die bezeichnete Lichtung des Gehölzes die päpstliche Genehmigung erforderlich sei?

II. Ob die daraus gelöste Summe als Capital zu betrachten sei, das zu Gunsten der Capitalsmasse angelegt werden müsse, oder vielmehr als unter die Capitularen zu vertheilende fructus?

Et quatenus affirmative ad primam partem, negative ad secundam:

III. Ob man Se. Heiligkeit bitten solle, den Capitularen die Theilung der betreffenden Summe zu gestatten?

Die Antwort lautete: Ad I. mum affirmative; Ad II. Dilata et exquiratur votum Consultoris; Ad III. Provisum in secundo.

Der Consultor führte nun in seinem Votum aus, dass die aus einem solchen Holzschlag gelöste Summe, wenn dieser nicht aus habsüchtigen Motiven vorgenommen, sondern durch den evidenten Nutzen des fundus empfohlen werde, als fructus betrachtet werden müsse, also dem Usufructuar, in unserem Falle den Capitularen zukomme. In der Plenarsitzung vom 10. December 1841 wurde nur auf die zwei letzten oben angeführten dubia entschieden:

Ad I. negative ad primam partem, affirmative ad secundam partem.

Ad II. provisum in primo.

Hierüber wurde Sr. Heiligkeit referirt, der in der Audienz vom 17. December 1841 diese, wie die frühere Entscheidung der Congregation in Allem approbirte, in Bezug auf dub. II. jedoch nur wegen der speciellen in jenem Falle zusammentreffenden Umstände.

1) In diesem Falle handelte es sich um kirchliche in Emphyteusis gegebene Grundstücke, von denen Theile wegen eines Eisenbahnbaues expropriirt

stritten, dass die Inhaber der Präbenden für den Verlust der Früchte, welchen dieselben erlitten, während der Zeit, dass die Arbeiten auf den betreffenden Grundstücken vorgenommen wurden, entsprechende Entschädigung beanspruchen dürften. Deshalb beschränke sich die Streitfrage auf die Summe, welche für die aus den Grundstücken gewonnenen Tuff-, Kies- und Puzzolanmassen gezahlt wurde.

Sodann bekämpft der Referent die beiden, wie er glaubt, unbegründeten Suppositionen in der Vertheidigung des Canonicus poenitentiarius, dass das Recht des Beneficiaten an seinem Beneficium in Allem adaequat sei dem Rechte des Usufructuars an den ihm zum Niessbrauch gegebenen (bestellten) Sachen, und ferner, dass in unserem Falle wirklich von neu eröffneten eigentlichen Stein- und Sand*gruben* (fodinae) die Rede sei, und demgemäss die hierüber geltenden Bestimmungen ohne Weiteres angezogen werden könnten.

Was die erste Voraussetzung anlange, so könne man zwar nicht läugnen, dass in vielen Punkten das Recht des Beneficiaten dem des Usufructuar gleich sei; dass dies aber durchaus und in allen Punkten und zumal in unserem Falle zutreffe, müsse verneint werden. In der That könne der Usufructuar salva substantia oder salva

worden waren. In Betreff der Bestimmung der gezahlten Entschädigungssumme, worüber zwischen dem Eigenthümer, d. i. der causa pia, und dem Emphyteuta Streit war, wurden folgende dubia gestellt:

I. Ob die Emphyteuse am gezahlten Kaufpreise als am Surrogate repräsentirt sei und fortdaure, gerade als wenn die Expropriirung nicht erfolgt wäre, oder ob sie in Bezug auf den expropriirten Theil cessire?

Quatenus negative ad primam partem, affirmative ad secundam:

II. Ob das ganze bezeichnete pretium dem Eigenthümer zukomme mit Reduction des Canon, und mit welcher Reduction?

III. Oder ob das pretium dem Emphyteuta zukomme, so jedoch, dass in dem Falle der ganze Canon ungeschmälert zu entrichten bliebe?

Quatenus negative ad utrumque:

IV. Ob und welche Theilung in casu zwischen dem Eigenthümer und dem Emphyteuta Statt finden müsse?

Die Antwort der Congregation war: Dilata et ad D. Pro-Secretarium cum SSmo. Darauf in der Audienz des Pro-Secretärs liess Se. Heiligkeit rescribiren: Ad mentem: mens est: Es müsse constant die Maxime festgehalten werden, dass der Erlös für expropriirte einer Causa pia gehörige emphyteutische Grundstücke in liegenden Gründen oder in vinculirter päpstlicher Rente angelegt werden müsse und zwar auf den Namen des Eigenthümers mit Erwähnung des Emphyteuta, welch' letzterem die Zinsen des so angelegten Capitals während der ganzen Dauer der Emphyteuse zukommen müssten. Dem Eigenthümer bleibe das Recht unbenommen, den alten Canon, ferner die Laudemien und Quindemien zu verlangen, wie es in den betreffenden Fällen Rechtens sei, sowohl in Bezug auf das angelegte Capital, als auf den nicht expropriirten Theil des Grundstücks.

proprietate sich alles das aneignen, was das zum Niessbrauch gegebene Grundstück trägt und habe die ganz freie, unbeschränkte Disposition über die so percipirten Früchte. Der Beneficiat dagegen sei nicht unumschränkter Herr der Beneficialfrüchte, sondern nur soweit, als sie ihm zum anständigen Lebensunterhalt nöthig seien. Das Uebrige sei eigentlich nicht sein, sondern müsse in opera pia verwandt werden. Freilich streite man darüber, ob dies eine obligatio ex justitia oder ex charitate sei, das verschlage aber nichts; genug, dass, wie von Allen anerkannt werde, jene Verpflichtung vorhanden sei (*Bened. XIV.*: De Syn. Dioec. l. VII. c. 2.) und *Castillo*: De Usufructu, c. 79. n. 8.: »Sed neque de jure communi praedicta aequiparatio usufructuarii et beneficiarii videtur secura, quoniam fructuarius libere de illis disponit, ut certissimum est, beneficiatus vero alio et diverso jure.« — Dieses also vorausgesetzt, dass der Beneficiat nicht einmal über die gewöhnlichen Nutzungen vollkommen freier Herr ist, so würde man dies viel weniger sagen dürfen von den ausserordentlichen und uneigentlichen Emolumenten aus dem fundus beneficialis, wie solche die aus dem Boden zu Tage geförderten Stein- und Sandmassen seien, wenn jener sonst zur Cultivirung bestimmt war. Der Grund davon liege darin, dass das Recht des Beneficiaten, wofern er seine gewöhnlichen jährlichen Einkünfte habe, restringirt werden müsse, wie dies von den gewöhnlichen über den Bedarf hinausgehenden Revenüen gesagt worden. Wenn man ferner genau zusehe, so seien Tuff, Kies und Puzzolanerde von der Substanz des Bodens abgelöste Theile: der daraus gezogene Vortheil müsse daher auch wieder der Substanz des Beneficialvermögens zu Gute kommen; und wenn das so vermehrte Capital auch grössere Revenüen abwerfe, so wären dies allein die fructus, die dem Beneficiaten zuständen. Jedenfalls sei der gegenwärtige ein neuer im Kirchenrechte nicht vorgesehener Fall; deshalb könne eine gegentheilige Entscheidung den Interessen der Kirche gefährlich werden; zudem müsse im Zweifel das Beneficium als Causa pia den Vorzug vor dem Beneficiaten haben, welche über seinen anständigen Unterhalt hinaus eigentlich nicht die Früchte lucriren könne, welche für ihn Ueberfluss seien.

Hier müsse Referent auch darauf aufmerksam machen, wie vorsichtig diese selbe Congregation zu Werke gehe, wenn es gelte, den Beneficiaten auf ganz gleiche Linie mit dem Usufructuar zu stellen. Wenn diese Gleichstellung ganz genau durchgeführt sei, so wäre damit jeder Streit über die Vertheilung der Beneficialfrüchte zwischen dem Vorgänger und Nachfolger im Beneficium und deren Erben gehoben, da das Civilrecht ganz genau die Rechte des Usu-

fructuar und seines Erben mit denen des Eigenthümers bestimme. Und doch sei, als es sich vor nicht gar vielen Jahren bei derselben Congregation de Constituenda lege, qua dividi debeant reditus beneficii inter antecessorem et successorem handelte, obwohl dazu drei ausgezeichnete Canonisten (unter denen der jetzige Präfect der Congregatio Concilii Cardinal Caterini und der Präfect der Propaganda Cardinal Barnabó) ihr Votum abgaben, nichts in dieser Beziehung entschieden und Alles in suspenso gelassen worden, weil einer der Consultoren, wie sich aus der betreffenden Relation ergibt, die Bemerkung machte und begründete, dass trotz der grossen Aehnlichkeit der Verhältnisse zwischen Usufructuar und Beneficiat doch die völlige Gleichstellung derselben zu nicht ganz gerechtfertigten Schlüssen führe, und so liess man diesen für die Praxis übrigens so wichtigen Punkt unentschieden.

An zweiter Stelle wendet sich der Referent gegen die Behauptung der Vertheidigung, dass in den quästionirten Grundstücken *eigentliche Stein- oder Sandgruben* angelegt worden seien, wobei dann die Unterscheidung gemacht werde zwischen alten und neuangelegten Gruben (fodinae antiquae et novae) und gezeigt werde, was man fodinae novae nennen könne, wer das Recht habe, die Grundstücke zu diesem letzteren Zwecke zu bestimmen, und dass die daraus gezogenen Nutzungen dem Usufructuar zukämen, wenn die Anlegung der Grube das Grundstück nicht deteriorire etc. Aber in Wahrheit liege die Sache ganz anders; denn die Canonici, Repräsentanten des Eigenthümers jener früher zur Bodencultur destinirten Grundstücke, hätten nicht ganz oder theilweise diese Bestimmung verändert und wirkliche Gruben angelegt, was nöthig gewesen wäre, um die allegirten Gesetzesstellen zu appliciren; auch pflege man sonst gar nicht Tuff, Kies und Puzzolanerde aus jenen fundi zu gewinnen, sondern die Sache sei einfach so gegangen: der Zufall wollte es, dass die Eisenbahnlinie jene Grundstücke durchschnitt und da die Eisenbahnunternehmer sahen, dass in denselben für ihren Bedarf passendes Material vorhanden sei, machten sie von den ihnen von der Regierung verliehenen Privilegien Gebrauch, nahmen ohne directes Wissen und Wollen der betreffenden Pfründner die Herausschaffung des Materials vor und luden durch öffentliche Bekanntmachung die Interessenten zur Geltendmachnng ihrer Entschädigungsansprüche ein. Die Inhaber der Präbenden verhielten sich also in der Sache ganz passiv; sie reichten ihre Ansprüche ein und empfingen die fixirte Entschädigungssumme.

Beim Lichten eines Waldes wäre das Verhältniss ein anderes.

Da trete eine Speculation, eine Mitwirkung des Beneficiaten ein, um den Wald ergiebiger und vortheilhafter zu machen. Deshalb sei es billig, dass er gleichsam als Belohnung für seine Wachsamkeit und seinen Eifer die schädlichen und das Wachsthum der andern hindernden Bäume für sich erwerbe, wie der Winzer das aus den Reben geschnittene schädliche Holz für sich nehme; und dies sei im Falle der Waldlichtung um so mehr gerechtfertigt, weil dann die Bäume, welche schädlich und hinderlich würden, ihre Bestimmung veränderten und den Charakter von Schlagholz annehmen und dadurch fructus würden in der Art und Weise, wie dies bei der silva caedua sich ergebe.

Dasselbe liesse sich vom Usufructuar sagen, der zum Vortheil des fundus dort eine Grube anlege, obwohl man hierüber Zutreffenderes bemerken könne. Seien nämlich einmal der Steinbruch, die Sandgruben etc. in Betrieb gesetzt, so wäre das herausgeschaffte Material in fructu und fiele deshalb in das Eigenthum des Nutzniessers.

Ebenso sei das von den Laudemien hergenommene Argument gar nicht am Platze. Denn diese würden als Entgelt für die Investitur, welche der Eigenthümer dem neuen Emphyteuta verleiht, bezahlt (l. 3. Cod. De jure emphyt.). Wie nun der Beneficiat als Repräsentant des Eigenthümers den dem fundus zugefügten Schaden tragen müsse, so müsse er auch die Vortheile ziehen. Sodann bezahle der neue Emphyteuta das laudemium mit Rücksicht auf die Früchte, die er als Inhaber des sog. dominium utile percipirt; nicht ohne Grund also beziehe der Beneficiat, der das Recht auf die Früchte habe, dieses Quasisurrogat derselben.

Erwäge man genauer die schon oben auseinandergesetzte Sachlage, wornach der einzige Effect in unserm Falle die Ausbeutung des Materials in jenen Grundstücken war, ohne dass diese dadurch ihre frühere Bestimmung als Culturland in die von eigentlichen Gruben verwandelt hätten, aus denen nicht bloss dieses eine Mal, sondern für immer oder lange Zeit dasselbe Material gewonnen würde, wenngleich per accidens ein solches Factum sich wiederholen könnte: so scheine es passender und richtiger, auf unsern Fall die Lehre vom Schatze anzuwenden, der zufällig im fundus beneficialis gefunden werde, wie z. B.: kostbare Kunstgegenstände, Marmorstatuen etc.

Für eine solche Analogie lägen Gründe genug vor. Der Schatz sei auch etwas, was mit der Eigenschaft des Grundstückes als fruchttragendes in keiner Verbindung stehe, wie in unserm Falle der Tuff und Aehnliches. Die Auffindung des Schatzes sei ein donum fortunae seu beneficium dei, gerade wie für unsere Beneficialgrundstücke der

Durchgang der Eisenbahnlinie den glücklichen Zufall bildete. Die Auffindung des Schatzes sei ein einziger vorübergehender Act, der sich entweder nicht wiederhole oder auch nur wieder per accidens, gerade wie in unserm Falle es sich verhielt mit dem Auffinden und Ausbeuten der betreffenden Stein- und Sandlager. Nun sei es aber eine unbestrittene Sache, dass derartige in Beneficialgrundstücken aufgefundene Schätze, Antiquitäten u. s. w. nicht dem Beneficiaten pro tempore zukommen, sondern der aus ihrem Verkaufe gelöste Preis zu Gunsten des Beneficiums capitalisirt werden müsse. Hierfür werden zwei Entscheidungen der Congregatio Concilii angeführt. Die eine wurde gegeben in einer Causa Praenestina Monumentorum, 17. Dec. 1796:

An der Cathedrale zu Palaestrina gab es zwei verschiedene Arten von Capitelspfründen. Die Inhaber der einen hiessen de massa antiqua et de numero, welche ausser den gewöhnlichen Emolumenten unter dem Titel einer Präbende getrennte praedia besassen; die andern hatten für sich ganz abgesonderte Einkünfte, weil ihre Beneficien einer ganz andern Stiftung angehörten und einem Laienpatronat unterstanden. Ein gewisser Hamilton schloss mit dem Capitel den Vertrag ab, es solle ihm gestattet sein, in allen beliebigen Besitzungen des Capitels nach alten Kunstwerken etc. zu suchen, wogegen er den dritten Theil des von Sachverständigen abzuschätzenden Werthes der gefundenen Gegenstände an das Capitel zu zahlen versprach. Es wurden in der That solche Sachen im Werthe von 900 Scudi gefunden und zwar in einem Grundstücke, dass zur Präbende de massa antiqua eines gewissen Adjutorj gehörte. Den gezahlten dritten Theil der Summe hatten die Capitularen de massa antiqua unter sich getheilt. Der Canonicus Adjutorj jedoch behauptete, weil in dem Grundstücke seiner Präbende die Sachen gefunden worden seien, deshalb müsse die gezahlte Summe zum alleinigen Vortheil seiner Präbende capitalisirt werden, worin ihm auch der Richter erster Instanz Recht gab. Die übrigen Capitularen appellirten jedoch an die Congregatio Concilii und führten das Weitere aus, das gezahlte pretium sei ein Ertrag des gemeinsamen Capitelsvermögens und für den Fall, dass es nicht als fructus betrachtet werde, müsse dasselbe zu Gunsten der massa Communis angelegt werden und nicht zu Gunsten der einzelnen Präbende, weil die Theilung der Präbenden zum Zwecke der grössern Bequemlichkeit effectuirt worden sei, ohne dass sich dadurch das Capitel des Eigenthums über die ganze massa Communis entäussert hätte. Auf die darnach aufgestellten zwei dubia:

I. An sit locus restitutioni pretii simulacrorum de quibus agitur in casu? Et quatenus affirmative:

II. An quomodo et cujus favore idem pretium sit investiendum in casu?

erfolgte folgende Entscheidung:

Ad I. Affirmative, et ad cautelam Canonici massae antiquae consulant conscientiae suae et amplius.

Ad II. Affirmative favore massae antiquae et ad Emum. Episcopum pro executione et amplius.

Der andere Fall wurde in der Congregatio Concilii am 28. Januar 1854 verhandelt: Das Capitel vom Lateran veranstaltete auf einem ihm gehörigen Grundstücke Nachgrabungen nach alten Kunstwerken. Das Ergebniss war ein günstiges; es wurden Statuen und andere Gegenstände im Werthe von 1200 Scudi gefunden. Es entstand nun die Frage, wem dieses Geld zukomme. Die einen der Capitularen behaupteten, der ganze Erlös müsse als beneficium dei et donum fortunae unter diejenigen vertheilt werden, die zur Zeit der Auffindung zum Capitel gehörten; die Andern meinten, nur die Hälfte solle unter jene Capitularen als Finderlohn vertheilt werden, die andere Hälfte gebühre dem Eigenthümer des Grundstückes, das ist der mensa capituli; eine dritte Ansicht sprach sich endlich dafür aus, die ganze Summe müsse zum Vortheil der Capitelsmasse angelegt werden. Bei dieser Verschiedenheit der Meinungen wurde der Congregatio Concilii das dubium vorgelegt: An et cujus favore constet de pertinentia ex integro vel ex parte summae retractae ex venditione monumentorum in casu? und die Antwort war: Affirmative favore mensae Capitularis ex integro. Der Entscheidungsgrund in diesen angeführten Fällen sei der gewesen, dass der Schatz nicht als fructus betrachtet werden könne und deshalb nicht dem Nutzniesser, sondern dem Eigenthümer, die in diesen Fällen den Capiteln als juristischen Personen zukomme.

Auch in unserem Falle handle es sich um einen solchen Fund; die Ausbeutung der in den Beneficialgrundstücken gefundenen Materialien und der daraus erzielte Gewinn sei auch ein donum fortunae, müsse mithin zum Vortheil der Präbende angelegt werden; denn da von einer eigentlichen ad hoc für immer angelegten Sand- etc. *Grube* nicht die Rede sein könne, so sei das gewonnene und verwerthete Material nicht in fructu, es sei im Gegentheil ein physischer und realer Theil des Beneficialvermögens und müsse als solcher auch dem Beneficium in dem als Surrogat gezahlten pretium

verbleiben, ähnlich wie dies oben von den expropriirten Theilen der Grundstücke ausgeführt und allseitig zugestanden sei.

Zuletzt unterlässt es der Referent nicht, zu Gunsten der Causae piae im Allgemeinen die Bemerkung zu machen, dass eine gegentheilige Entscheidung der Kirche wegen der leicht möglichen analogen Fälle zu grossem Nachtheile gereichen könne.

Das hierauf gestellte dubium lautete:

»Ob, wie und wem in diesem Falle das pretium gehöre?«

Die in der Sitzung vom 6. März dieses Jahres erfolgte Entscheidung der Congregatio Episcoporum et Regularium war:

»Pecuniam solutam in pretium magnae et extraordinariae effossionis lapidum, arenae et clavae spectare beneficio et investiendam esse; et ad mentem. Mens est: ut in Casu Canonici poenitentiarii data eidem indemnitate pro expensis factis et pro amissione fructuum naturalium investienda sint tantum scutata 600 praeter scutata 26 : 13 jam deposita; quo vero ad canonicum theologum Episcopo pro taxanda summa investimenti juxta normas superius expositas.«

Acta et Decreta Synodi Dioecesanae Paderbornensis

Praeside Reverendissimo et Illustrissimo Domino Conrado Martin, Episcopo Paderbornensi, Praelato Domestico et Solio Assistente Pii PP. IX. SS. theologiae Doctore etc. etc.

Diebus 8., 9. et 10. Octobris MDCCCLXVII habitae.

Quorum Actorum atque Decretorum Synodalium praeclarissimorum praeclara jam prostat editio[1]). Omissis vero Actis Decretorum brevem conspectum nostris lectoribus proponere placet.

Prooemium. .... Nobis nunc propositum est, ex magna legum ecclesiasticarum copia eas renovare atque, ubi opus erit, breviter explicare, quarum renovandam memoriam hodierni temporis et dioeceseos Nostrae rationes maxime postulare videntur. Quae igitur nunc, Fratres carissimi, Vobis proponimus, inculcamus, ordinamus, ea ex antiquo sapientiae ecclesiasticae thesauro et quidem non pauca ex postrema dioecesis Nostrae Synodo dioecesana [a. 1688[2])] et ex postrema Synodo provinciali Coloniensi (Cfr. *Archiv* vol. IX., X.) deprompta sunt; itaque non nova sunt, sed nove tantum declarata.

Pars prima. De sacro magisterio.

Cap. 1. *Quam grave doctrinae sacrae tradendae munus sit.* Quoniam fides totius vitae christianae initium et fundamentum est, neque sine ea quisquam potest Deo placere et ad filiorum ejus consortium pervenire: totius muneris pastoralis primum et quasi fundamentale officium est, fidem catholicam populo christiano tradere, praedicare, exponere.

Cap. 2. *Quaenam ad obeundum hoc tam grave munus requirantur.* .... Desiderantur in eo potissimum magna fides, magnum virtutis studium vitaeque integritas, magna pietas, non parva denique doctrina et scientia. [Quae requisita longius explicantur.]

---

1) Paderbornae, Sumtibus et typis Ferd. Schöningh. MDCCCLXVII. (XXIV et 175 pp. in 8. maj.) 1 Thlr. — De controversia quadam minutiori quam quidam juvenis *Kolkmann* (Regiminis Borussici Referendarius) proprio scripto contra illam synodum Dioecesanam movere studuit cfr. *Literar. Handweiser* 1868, Nr. 66. pag. 163 sq., Nr. 67. pag. 213 sq., nec non Neue Preuss. Zeitung 1868, Beilage Nr. 118.

2) Quae Decreta synod. Dioeces. legas in hac collectione legum Paderb.: Hochfürstlich Paderbörnische Landes-Verordnungen. Erster Theil, Paderborn 1785 (Gedruckt und zu finden bei Wilh. Junfermann) in 4. pag. 303—444.

Cap. 3. 1) *Quanam fide praediti esse debeant animarum curatores.*

Cap. 4. *De professione fidei* (juxta formam a Pio IV. praescriptam ab omnibus et singulis viris ecclesiasticis emittenda, priusquam quodcunque munus, cui cura animarum annexa est, ingrediantur.)

Cap. 5. 2) *Quonam virtutis ornamento animarum curatores praediti esse debeant.*

Cap. 6. 3) *De virorum ecclesiasticorum pietate.*

Cap. 7. 4) *De scientia, qua curatores animarum praediti esse debeant, et studio litterarum.* .... Pessime igitur errarent, qui putarent absoluto cursu theologico litterarum et imprimis scientiae sacrae studiis finem imponi posse. .... Quapropter viri ecclesiastici, quidquid iis temporis reliquum erit, sacrae doctrinae studio impendant. Sed hauriant etiam sacram doctrinam ex puris fontibus. Probatissimos quosque auctores adeant neve se abduci patiantur eorum arrogantia, qui modernae scientiae speciem prae se ferentes scholas catholicas carpunt et doctores ecclesiae contemnunt. Adeant sacram scripturam ejusque commentatores vere catholicos, qui divinos libros secundum unanimem consensum sanctorum Patrum interpretantur, adeant etiam et pervolvant unum vel alterum Doctorem ecclesiae, s. Augustinum, s. Anselmum, s. Bernardum, s. Bonaventuram, s. Thomam Aquinatem, vel alium sanctorum Patrum et Doctorum ecclesiae, qui spirant sapientiam coelestem, quae mentem humanam vere illuminat, non sapientiam vel scientiam carnalem, quae inflat. Nunquam de manibus ponant Catechismum Romanum nec non s. Concilium Tridentinum. Etiam tractatoribus rubricarum et libris liturgicis operam navent, unde ad instruendum populum christianum largam materiem depromere possunt. Laudabiliter denique etiam litteris profanis, inprimis historiae profanae et scientiis naturalibus vacabunt, ut errores, quos recentiores harum litterarum tractatores in detrimentum religionis christianae saepe dispergunt, eo felicius depugnare ab iisque fideles curae suae commissos tueri possint.

Cap. 8. *De congressibus sive conferentiis pastoralibus.* Ad studia sacrarum litterarum inter viros ecclesiasticos excitanda atque ad fovendam inter se fraternam charitatem et ad amica de fructuosa muneris pastoralis administratione consilia sua secum communicanda, teste experientia non parum adjuvant curatorum animarum congressus sive conferentiae, quae vocantur, pastorales. Hujusmodi conferentiae pastorales a summis Pontificibus saepius et summopere commendatae et ab antecessoribus Nostris in hac dioecesi jam pridem

institutae sunt. Quod ad ordinem et modum eas habendi attinet, ordinamus, quae sequuntur:

1. In quovis decanatu omnes parochi vel parochiarum administratores annuatim feria 3. post octavam festi corporis Christi in domo parochiali ejus loci, de quo antegressa conferentia conventum est, sese ad conferentiam seu synodum pastoralem congregabunt.

2. Omnes et singuli ejusdem decanatus parochi vel parochiarum administratores, nisi qui justis et gravibus causis impediti sunt, conferentiae pastorali interesse tenentur. Si qui legitime impediti sunt, certe ante diem conferentiae decano indicabunt per litteras, quibus causae excusatoriae exprimantur.

3. Conferentiae pastorali praesidebit decanus ruralis, qui si forsitan legitime impeditus sit, definitor capituli aetate major ejus locum obtinebit.

4. Ante conferentiam pastoralem in ecclesia parochiali ejus loci, ubi habebitur, missa solemnis celebrabitur atque ab eo parocho. qui a decano secundum seriem designatus est, vel inter missae solemnia homilia sive sacer sermo ad populum habebitur, vel post missam in schola vel in ecclesia coram pueris catechesis habebitur. Hujus habendi sacri sermonis vel catecheseos thema in praecedentis anni conferentia a decano consultis, si ipsi videbitur, capitularibus designandum est.

5. Conferentia incipienda et finienda est oratione secundum ordinem in Ritualis [Paderbornensis] Appendice p. 105. descriptum.

6. Quoniam conferentiis pastoralibus duplex finis propositus est, unus ut viri ecclesiastici ad studia sacrarum litterarum excitentur, alter ut communicandis inter se de administrando munere pastorali consiliis in administrando eodem munere sese invicem animent atque confortent, quaevis conferentia in duas se dividet partes, in partem scilicet theoreticam et in partem practicam. In prima conferentiae parte unus capitularium, qui secundum seriem a decano in superioris anni conferentia designatus est, elucubrationem suam de themate, quodam theologico ex iis, quae proposita vel praescripta sunt, electo praeleget. Deinde sequentur de hac eadem elucubratione colloquia aperte et ingenue quidem sed sine ira et studio instituenda, quorum exordium is faciet, qui in superioris anni conferentia a decano tanquam Referens constitutus est. Quae quidem ut scite et majore cum fructu habeantur, is, cui elucubratio exaranda est, quodnam thema elegerit tempore maturo, saltem tertio ante conferentiam mense decano indicabit, ut per hunc Referenti cunctisque aliis capitularibus maturo tempore communicetur.

Altera conferentiae pars complectetur colloquia, quae inter se instituent capitulares de habito ante conferentiam vel sacro sermone vel homilia vel catechesi, de difficilibus casibus conscientiae, de exstirpandis, qui forsitan in parochias suas irrepserunt, abusibus, de reformandis parochianorum suorum moribus ac promovendis virtutibus, de disciplina sacrorum rituum aliisque, quae ad cultum divinum vel animarum salutem pertinent, quaestionibus.

7. De habita quavis conferentia per secretarium protocollum conficiendum est ejusque copia una cum praelecta elucubratione intra quatuordecim dies ad Vicariatum Generalem transmittenda est.

Praeter hanc parochorum conferentiam quotannis habendam in quovis decanatu quotannis etiam conferentia ceterorum presbyterorum curatorum eodem, quem descripsimus, modo habenda et a decano dirigenda est, qui secundum majorem vel minorem decanatus amplitudinem aliasque rerum circumstantias eos omnes vel uno tempore et loco convocabit vel in duas seu plures partes eos distribuet.

Denique omnes hujus dioeceseos presbyteros curatos enixe et in Domino obsecramus, ut secundum locorum, quos incolunt, viciniam in circulos quosdam distributi praeter praescriptam illam, de qua sermo erat, conferentiam pastoralem saepius per annum et quidem si fieri potest singulis mensibus ejusmodi conferentias habeant, quae a praefecto ab ipsis electo dirigantur. Ad finem propositum assequendum etiam maxime utile erit, si hi conferentiarum circuli quasdam ephemerides theologicas aliasque scriptiunculas, spiritu ecclesiastico exaratas, suis expensis habeant, quae ab uno confratre alteri communicentur. Sed de circumscriptione et formatione ejusmodi circulorum ipsa, auditis desuper decanorum votis, tempore proximo ulteriora decernemus et publicabimus.

Cap. 9. *De idoneitatis ad gubernandas parochias examine.*
. . . . Quum ob singulares hujus dioeceseos rationes non sine maxima difficultate pro collatione cujusvis beneficii vacantis concursus specialis eo modo, quem s. Synodus Tridentina praescripsit (Conc. Trid. Sess. XXIV. de ref. c. 18.), institui possit: s. Sedes Apostolica indulto Apostolico (d. d. 21. mens. Dec. 1856.). Nobis concessit »facultates necessarias et opportunas habendi examina seu generales concursus semel vel bis in anno, prout necessitas postulaverit pro collationibus beneficiorum parochialium, ita ut approbatis in iisdem concursibus valide ac licite conferri queant paroeciae tam actu vacantes, quam quae infra tempus prudenti ipsius Episcopi arbitrio praefiniendum vacaverint, ea tamen conditione, ut infra elapsum ab examine tempus nihil nec quoad scientiam nec quoad mores supervenerit, quod jam

approbatos indignos juxsa prudens ipsiusmet judicium collatione reddat.«

Volumus igitur et stricte mandamus, ut nulli posthac beneficium parochiale sive sit liberae collationis Episcopalis sive jurispatronatus conferatur, qui non ejusmodi examine sive generali sive speciali quoad mores, doctrinam, prudentiam aliasque res, quae ad ecclesiam parochialem gubernandam pertinent, idoneus repertus fuerit.

Ejusmodi examen generale in hac dioecesi quotannis semel vel bis habebitur et ad omnes s. theologiae et juris canonici partes pertinebit. Sed nullus presbyter, qui non jam per quinque annos in exercenda cura animarum laudabiliter occupatus fuerit, ad hoc examen admittatur.

De Verbi divini praedicatione (Cfr. Ritualis App. pag. 72.).

Cap. 10. *Quam graviter animarum curatores ad verbum divinum praedicandum obligati sint.* .... S. Synodi igitur Tridentinae aliorumque probatorum conciliorum constitutiones amplectentes praecipimus, ut quicunque parochiales vel alias curam animarum habentes ecclesias quocunque modo obtinent, per se vel per alios idoneos, si legitime impediti fuerint, diebus saltem dominicis et festis de praecepto plebes sibi commissas pro sua et earum capacitate salutaribus verbis pascant (Conc. Trid. Sess. V. de ref. cap. 2.). Renovamus etiam postremae Synodi provincialis Coloniensis sanctionem, ut in quamvis ecclesia parochiali iisdem diebus uberior sacra concio habeatur eaque, si fieri potest, cum missa solemni conjungatur itemque ut, ubi duae vel plures missae diebus dominicis vel festivis celebrantur, praeter hanc concionem uberiorem in summo sacro habendam etiam in una alterave missa brevior quaedam exhortatio sive homilia habeatur (Cfr. Ritual. App. pag. 17. Missa.).

Praeterea renovamus, quod jam sancivimus (Cfr. Ritual. App. pag. 98. in Quadr.), ut tempore quadragesimali singulis feriis VI. vel mane intra missam vel ubi propter locorum rationes id opportunius videtur vespere una cum devotione huic sacro tempori adaptata in quavis ecclesia parochiali sacra concio habeatur, qua potissimum expositione sanctissimorum hujus temporis mysteriorum populi christiani fides nutriatur ejusque pietas excitetur, vel explicatione praeceptorum Dei et ecclesiae fideles a vitiis deterreantur, ad virtutes trahantur simulque ad dignam sacramentorum poenitentiae et communionis paschalis celebrationem praeparentur.

Cap. 11. *Quomodo hoc praedicandi munere fungendum sit.* .... 1) .... Quamquam quae ad gregem Christi alendum et recreandum juvant, formicarum ad instar graviter et impigre undecunque

comportabunt, tamen libros recentiorum scriptorum et oratorum, qui veritates christianas magis speciose et verbose quam graviter et efficaciter tractant, raro adibunt: adibunt sacram scripturam, quae vitae et veritatis fons est, adibunt ecclesiae Patres et Doctores, *qui non sectantur lenocinia rhetorum, sed veritates piscatorum.*

2) Quoniam doctrina et sapientia Christi et Christus ipse est, quem praedicare volent, abstinebunt ostendendae suae doctrinae vel eloquentiae causa a quaestionibus carnalibus, inanibus, dubiis vel incertis, difficilibus captumque auditorum superantibus et ad fidei aedificationem minus pertinentibus, unde sui ipsorum magis, quam Jesu Christi praedicatores esse viderentur. Nihil in sacro suggestu tractabunt, quod non ducat auditores ad pleniorem Dei et Jesu Christi cognitionem et amorem, ad contemptum mundi, ad odium peccati, ad refrenandas cupiditates, et ad emendandos mores, ad sectandas et amplectendas virtutes christianas, et ut uno verbo omnia complectamur, ad mortem aeternam fugiendam et ad coelestem gloriam consectandam. Proindeque cavebunt ea proferre, quae spirant proprium sui ipsorum amorem, studium ulciscendi injurias ab hominibus privatis acceptas, et quae ad animos auditorum lacessendos et exacerbandos, non conciliandos ad eos magis pervertendos, non ad eos convertendos pertinent. Nunquam igitur, etiamsi vitia in populo grassantia reprehendenda et detestanda sint, acerbe in personas privatas invehent, vel nominatim eas designando, vel quasi digito eas indicando; multoque minus ea proferent, quae revelatae confessionis suspicionem etiam levissimam movere possent.

3) Etiam quod stilum sive elocutionem, actionem, gestum pertinet, semper gravitatem et dignitatem muneris sui prae oculis habebunt. Sermone utentur simplici, gravi et efficaci: *simplici*, non ambiguo et obscuro, ut doceant et persuadeant, *gravi et efficaci*, non levi et frigido, ut excitent affectus, animos sursum elevent, ut moveant voluntates. Neque quidquam vel in elocutione vel in actione et gestu admittent, quod persona concionantis, qui Jesum Christum repraesentat, vel auctoritate suggestus, qui locus sanctissimus est, indignum sit, vel auditores jure offendere possit; »nihil igitur insolenter, nihil arroganter, nihil inverecunde, nihil petulanter, nihil contumeliose, nihil sordide, nihil scurriliter, nihil abjecte, nihil licenter aut alias indecenter et vitiose,« sed totus orationis et actionis character prae se feret modestiam, charitatem, pietatem, Dei animarumque zelum.

4. Peracta concione memores istius effati Apostoli: »Neque qui plantat est aliquid, neque qui rigat; sed qui incrementum dat, Deus,« Deum suppliciter exorabunt, ut verbum praedicatum in cordibus audi-

torum fructificet et fructus ejus maneat. Deinde si quid in concione vel praeparanda vel habenda neglexerint, se humiliabunt; et a Deo veniam deprecabuntur, denique operam dabunt et ad id divinam gratiam efflagitabunt, ut suis verbis magis magisque sua ipsorum vita respondeat iisque sua exempla pondus non demant sed addant.

Cap. 12. *De concionibus extraordinariis vel casualibus habendis.* Praeter conciones dominicales et festivas, quae ex praescripto ecclesiae pastoribus habendae sunt, etiam multae aliae occasiones se iis offerunt, ubi ad gregem suum sacra verba utiliter facere possunt. Ejusmodi occasiones sunt administratio sacramentorum, e. gr. baptismi et communionis generalis, copulatio sponsorum, festa sodalitatum, benedictiones solemnes, tempus Jubilaei, celebratio primae missae neopresbyteri et quae sunt generis ejusdem. Animarum zelus et prudentia pastoralis ipsis suggerent, quibusnam talium occasionum iis utendum sit ac *quidnam* quaeque occasione et tempore ac *quomodo* iis dicendum sit. Ubi mos introductus est, *sermones funebres* habere, ille retineatur, attamen magna cautela adhibenda est, ut in iis habendis omne vitetur, quod aut adulationem aut nimiam severitatem et rigorositatem sapit proindeque vel populum scandalizat vel propinquos defuncti irritat. Talibus sermonibus populus non scandalizandus, sed aedificandus est et propinqui defuncti non irritanda sed consolandi, omnes autem propriae mortis monendi et ad orandum pro defuncti anima adhortandi sunt. Ubi ejusmodi mos introductus non est, sine Ordinarii permissione non est introducendus talesque sermones funebres excepta singulari quadam causa intermittendi sunt (Cfr. Ritual. App. pag. 46. not. 3.).

Si prout fit aliquando ad tumulum oratio habeatur a laico et de humanis potius quam de christianis virtutibus, clerus expleto funere discedat (Con. prov. Avin. 1849, p. 65.).

Cap. 13. *De missionibus.* Inter extraordinarias conciones etiam numerandae sunt eae, quae tempore missionum habentur. Has missiones sive exercitia populi spiritualia, quae in parochiis habentur, ad populi christiani fidem confirmandam et ad reformandos mores plurimam vim habere, ecclesia docet et experientia ipsa testis est. In hac quidem dioecesi Paderbornensi jam per duo fere saecula hoc salutare missionum institutum floret, fundatum per Principem et Episcopum Ferdinandum de Fuerstenberg praesulem gratissima memoria recolendum. Et quos fructus tulerit, quot animas immortales ex barathro peccati et perniciei eripuerit et ad vitam aeternam traduxerit, id scit solus Deus, in quo et confidimus fore ut etiam in posterum in hac dioecesi sartum tectum servetur.

Pastores autem sollicite curabunt, ut parochiae suae ex eo quam saluberrimos fructus capiant. Quem in finem ordinamus, ut in omnibus dioecesis Nostrae parochiis ejusmodi missiones habeantur et singulis saltem decenniis renoventur. Parochorum erit, ad eas populum bene praeparare, priusquam incipiant ad impetrandam gratiam conversionis peccatorum preces publicas instituere, missionariis statum et necessitates parochiarum suarum ingenue patefacere et quidquid poterunt ad prosperum missionum successum conferre; iis denique peractis omnem diligentiam adhibere, ut fructus qui inde redundarunt, conserventur. Monemus etiam, ut de habitae missionis successu intra spatium unius mensis ad Ordinarium referatur.

De munere catechizandi.

Cap. 14. *De hujus muneris gravitate.* Sed si munus divini verbi praedicandi grave pondus habet, munus catechezandi non est ponderis levioris. Nam ratio, quae inter unum et alterum munus intercedit, par est, atque ea, quae intercedit inter fundamentum et superstructuram. Catechesis sacrae doctrinae fundamentum ponit, praedicatio super hoc fundamento aedificium doctrinae christianae superstruit; catechesis parvulos lacte nutrit, praedicatio adultos eosque, qui exercitatos sensus habent, cibo solidiore explet; per catechesin verbum divinum in agro humanorum cordium seminatur, per praedicationem verbi divini fructus opitulante gratia divina maturantur. Utriusque igitur muneris par est gravitas, eadem necessitas; eademque ad utrumque munus diligenter obeundum curatorum animarum obligatio est.

Cap. 15. *De habenda catechesi in ecclesia.* Hanc tam gravem obligationem parochis denuo inculcantes et decretis synodalibus antiquioribus et recentioribus, potissimum Synodi provincialis Coloniensis inhaerentes ordinamus, ut omnibus et singulis diebus dominicis in ecclesia parochiali tempore pomeridiano hora statuta tam pro pueris quam pro juventute provectiore more consueto catechesis habeatur (Cfr. Ritualis App. pag. 28.). Excipiuntur tantum eae dominicae, in quibus magna aliqua festivitas celebratur, ex. gr. dominicae in paschate et in pentecoste, vel dominicae, in quibus in ecclesia parochiali adoratio perpetua ss. sacramenti celebratur vel horis pomeridianis devotio sodalitia cum concione habetur.

Hanc catechesin in ecclesia parochiali parochi per se ipsos habere tenentur, nisi sint legitime impediti vel ob singulares locorum rationes aliud quid per Ordinariatum statutum sit.

Ubi moris est, etiam in ecclesiis filialibus et sacellis diebus

dominicis a sacellanis vel vicariis catechesis habeatur; ubi hic mos nondum introductus est, quam primum fieri possit, introducatur.

Habendae sunt catecheses juxta ordinem et normam Catechismi dioecesani, qui ratione Catechismi Romani habita profundiore et ampliore modo explicandus et cujus ejusmodi explicatio singulis bienniis absolvenda est. Cuivis catechesi salutariter praemittitur brevis dominicae evangelii explicatio. Curatores animarum catechesin suam ita adornent, ut etiam adulti et seniores exinde fructum percipiant, eosque tam privatis quam publicis monitionibus ad audiendas catecheses invitent, quoniam multi eorum etiam magis quam pueri et adolescentes institutione christiana indigent. Qui quidem ut eo magis ad audiendas catecheses allicerentur, sodalitas de doctrina christiana a Pontifice Pio V. a. 1571 erecta et pro hac dioecesi a. 1861 innovata est. Quocirca omnes parochos in Domino monemus, ut hoc salutare opus in parochiis suis promoveant.

Cap. 16. *De catechesi in schola puerorum habenda.* Huic in ecclesia singulis dominicis habendae catechesi adjungenda et a parochis vel rectoribus animarum habenda est catechesis in schola puerorum, et quidem si ullo modo fieri potest, quemadmodum praescribit Synodus provincialis Coloniensis, quotidie vel saltem bis singulis hebdomadibus. Si praeter parochum alii etiam presbyteri in parochia ex officio in cura animarum occupati sunt, etiam ii scholam puerorum ad catechesin habendam adire tenentur, et quidem tam frequenter ut, si plures scholae in parochia existunt, certe quaevis earum bis per hebdomadem vel a parocho vel ab aliis presbyteris curatis ipsi adjunctis visitetur. Ludimagistro explicationem catechismi soli relinquere, est muneris pastoralis gravissimum officium derelinquere. Ludimagistri opera utantur parochi in tradendo et explicando catechismo tanquam adjutoris vel administri, per quem pueri ad singulas catecheticas institutiones parochorum praeparentur et quando habitae sunt, iis repetantur; sed primarias muneris catechetici partes etiam in erudiendis pueris parochi ipsi iisque adsciti presbyteri subsidiarie curati suscipere in se debent. Ipsi sunt pastores, quorum vocem oviculae a tenerrima sua aetate audiant, qui noscant suos et qui a suis vicissim agnoscantur. Ipsi sunt optimi Patris-familias servi, qui ut postrema hujus dioecesos synodus ait, »cogitent se tanquam bonos hujus optimi Patris-familias ministros multo diligentiorem operam spargendae in novali Domini agro sementi impendere velle quam inimicus homo in superseminandis zizaniis (quae evelli deinde aegerrime queant) collocet« (Synod. Dioec. Pad. tit. 4.). Ipsi denique populi ipsis commissi patres spirituales sunt, proindeque

etiam istius populi parvulos in Christo gignant oportet, oportet eos lacte spirituali nutriant et panem coelestem iis frangant, et non frangant solum, sed etiam quasi manducent. Quod quidem officium si negligant, aptissimum tempus agri Dominici arandi et seminandi tempus negligunt et spem sibi praecipiunt, ex laboribus postea quacunque diligentia huic agro impensis salutares fructus percipiendi.

Nullus, ut subterfugiat hunc laborem, multitudinem aliorum suorum laborum et occupationum praetendat, nam quinam labor magis necessarius est, quam ut animae immortales in Christo gignantur? . . . .

Cap. 17. *De ratione muneris catechizandi implendi.* 1) . . . . Quodsi perpendant animarum curatores, catechesin tantam et tam arduam rem esse tamque excelsum finem ei propositum esse, per se facile intelligent, oportere se ad singulas catecheses habendas sollicite praeparare tam studio quam oratione excitandisque in se sensibus virtutum, inprimis caritatis erga Christum ac parvulos, patientiae, mansuetudinis, humilitatis. . . . .

2) Catechesin ipsam incipiant et finiant pia recitatione consuetarum orationis formularum, ut in ipsis et in pueris catechizandis ii pii et devoti sensus excitentur, qui totam catechesin debent animare.

3) Etiam catechesibus in schola habendis subjiciendus est catechismus dioecesanus, pro aetate et captu parvulorum vel minor vel major. Pro quavis catechesi, quae ne parvulis generetur taedium ultra unius horae spatium extendi non debet, certa quaedam portio determinetur, quae neque nimis angustis neque nimis amplis limitibus circumscribatur. Quavis catechesi ne multa tradant, sed multum.

4) Urgeant, ut parvuli verba catechismi accurate memoriae imprimant, sed curent, ut et ipsi catechismi verba memoriter sciant, ne deprehendantur ipsi nescire, quod a parvulis sciri postulant. Id etiam ipsis majorem explicandi facilitatem praebebit.

5) Explicent verba et propositiones catechismi verbis simplicibus, claris, concinnis, ad captum parvulorum et ad dignitatem rei accommodatis. In explicando ne justo longiores, verbosiores, loquaciores sint. Ea, quae captu sunt difficiliora vel quae ad movendam voluntatem vel cor inflectendum maxime accommodata sunt, illustrent similitudinibus, parabolis, exemplis, historiis, desumtis ex historia ecclesiastica et ex vita sanctorum, ex liturgia cultusque caeremoniis, ex consuetudine bonorum et piorum hominum, ex rerum denique natura. Ad probanda ea, quae probanda sunt, adhibeantur argumenta minus deprompta ex ratione, quam ex auctoritate divina: ex *verbo divino*, si

agitur de dogmatibus, ex *voluntate divina*, si agitur de vitae christianae praeceptis. Satis est parvulis nosse, Deum locutum esse, ut sibi persuadeant, verum esse; Deum velle, ut sibi persuadeant, bonum esse. Omnino, quoniam parvuli non pro schola, sed pro vita discunt, argumenta semper ejusmodi esse debent, ut persuasionem, quam parvulis indiderunt, etiam teneant adulti, neque ulla hominum carnalium objectione vel fallacia concutiatur. Quocirca etiam probatio taliter fulcienda est, ut objectiones, quae timendum est ne parvulis obveniant vel postero tempore obventurae sint, si non directe, tamen indirecte redarguantur. Quod motiva implendi praecepta Dei vel ecclesiae attinet, motiva supernaturalia semper locum primarium obtineant, motiva naturalia, sis proponuntur, locum secundarium. Denique veritatibus christianis explicatis, illustratis, probatis catechumeni interrogandi sunt, modo sagaciores, modo obtusiores, modo deligentiores, modo negligentiores, explorandi causa, num quae audierint, satis intellexerint et animo impresserint. Ejusmodi interrogationes *explorantes* crebrius adhibendan sunt et toti catechesi intermiscendae; sed *interrogationibus heuristicis*, quae vocantur, pro rerum natura parce et in explicandis fidei mysteriis, quae ex animo humano erui non possunt, nunquam utendum erit.

6) Sed veritates christianae non solum catechumenorum menti et memoriae imprimi, sed etiam eorum cor et voluntatem penetrare et tota eorum vita ac moribus exprimi debent. Quocirca eo nitendum totaque catechesis ita instituenda est, ut catechumeni attente et libenter audiant, ut propositis et expositis veritatibus delectentur, ut iis cor suum aperiant, ut, quemadmodum s. Augustinus ait, »audiendo credant, credendo sperent, sperando ament« (L. c. c. 4.).

Quod ut opitulante gratia divina efficiatur, catechetae ipsi amore istarum veritatum imbuti et accensi appareant neque aridis solum verbis de iis loquantur, sed loquantur verbis efficacibus et plenis amore, loquantur ex corde, loquantur etiam corporis gestu, loquantur vultu et oculis, ostendant in se ipsis, quae parvuli imitentur. Ostendant etiam catechumenis amorem suum erga ipsos, non austeritatis, severitatis, acerbitatis, morositatis, sed hilaritatis, lenitatis, paternae caritatis speciem prae se ferant exuta omni majestate, quae deterret, induant familiaritatem, quae allicit, et parvuli fiant in medio parvulorum. Etiam, si iis puniendum est, ita puniant, ut ex severitate amor perluceat; verberatus vero aliaeque poenae corporales, si iis opus erit, saltem nunquam per ipsos, sed per ludimagistros vel per parentes fiant. Timidis catechumenis dulciter et familiariter alloquendo animum addant, leviores contineant, petulantiores coerceant, lentiores

et frigidiores excitent, ferventiores refrenent, cum pauperibus, derelictis, obtusioribus leniter et mansuete agant, omnibus omnia fiant, ut omnes Christo lucrifaciant.

Cap. 18. *Parvuli ad primam sacramentalem confessionem et primam communionem sollicite praeparentur.* Ad praecipua, quae curatoribus animarum incumbunt, officia etiam illud pertinet, ut parvulos religionis praxin doceant, rectum modum orandi, ss. missam audiendi, praecepta ecclesiae implendi, praesertim vero s. sacramenta poenitentiae et eucharistiae reverenter et devote suscipiendi.

1) Quocirca renovantes Synodi provincialis Coloniensis sanctionem praescribimus, ut parvuli a pastoribus vel presbyteris subsidiarie curatis sollicite ad *primam confessionem* praeparentur; prohibemus, ne haec prima eorum confessio ultra nonum aetatis annum differatur, et ordinamus, ut saltem inde ab hoc nono aetatis anno, donec scholam frequentant, singulis trimestribus ad sacramentalem confessionem adducantur. Si pueri, qui ad sacram confessionem admissi sunt, graviter decumbunt, oleo sacro ungendi, et si emoriuntur, non more infantium, sed more adultorum sepeliendi sunt.

2) Sed singularem plane operam parochi adhibebunt, ut parvulos ad *primam communionem* bene praeparent. Sciant enim, a religione et pietate, qua primum ad hoc augustissimum sacramentum accedant, plerumque felicem vitae christianae progressum et exitum pendere seque, si hanc rem negligenter et incuriose tractent, eis damnum inferre, quod fere nunquam reparari queat. . . . .

Cap. 19. *Quonam tempore et die pueri ad primam communionem admittendi sint et quoties deinde ad s. eucharistiae sacramentum adduci debeant.* 1) Usum pueros non prius ad primam communionem admittendi, quam ex schola dimittantur, cum Synodo provinciali Coloniensi tanquam abusum reprobamus. Admittendi sunt, simulatque maturitatem ad hoc altissimum sacramentum rite suscipiendum adepti sunt, unde, si in universum non expediet, eos ante duodecimum aetatis annum ad sacram mensam admittere, quartus decimus tamen aetatis annus non facile exspectandus erit. Eos igitur pueros, qui, quum imbecillioris ingenii et indolis sint, etiam hoc aetatis suae anno minus maturi videantur, parochi speciali et privata cura disponere studebunt.

2) Annuatim, etiamsi pauci tantum pueri sint, qui ad s. mensam admitti possunt, in quavis parochia prima communio celebranda est et curent parochi, ut ea eo, quem indicat Rituale dioecesanum, ritu maxima, qua potest, solennitate et ad totius populi aedificationem celebretur.

Tanquam dies, quibus in posterum per totam dioecesin celebranda sit, unam alteramve diem dominicam vel festivam infra tempus paschale vel festum ss. Angelorum custodum designamus, quos dies deinceps nullus parochus sine Nostra dispensatione praeteribit (Cfr. Ritual. App. pag. 34.).

3. Denique parochi omnem dent operam, ut admissos ad primam communionem tam frequenti quam pio hujus altissimi sacramenti usui assuefaciant. Quocirca pueros per tres post primam communionem annos saltem quater per singulos annos omnes congregatos ad sacram mensam solenni modo adducant.

Cap. 20. *De pastorali cura scholae.* Schola ex una parte ecclesiae filia est, et ex altera parte filios et filias ecclesiae educat. Quanti igitur habenda sit, per se quisque facile intelligit; et, si per nos non intelligeremus, possemus discere ab inimicis nostris. Nam cur hi tot machinas adhibent, ut scholam a sinu ecclesiae avellant. Christiani non *nascuntur*, sed fiunt et *educantur*, et si in schola avulsa ab ecclesia non educantur, sed pervertuntur, emoriuntur ecclesiae. Scholam igitur ab ecclesia emancipare ejusque influxui subtrahere est ecclesiae ipsi mortiferam plagam infligere. Itaque sapienter Synodus provincialis Coloniensis scholarum, quae incumbit parochis. curam declarat officii pastoralis partem propriam, sine qua illius integritas salva esse nequeat (C. Pr. P. II. C. 23.). . . . .

Cap. 21. *De fidelium religiosis, quae pastoribus incumbunt, institutionibus privatis.* Sed his publicis fidelium in schola et in ecclesia religiosis institutionibus totum docendi munus pastorale non circumscribitur. Praeterea enim multae occasiones rectoribus animarum se offerunt, ubi fideles sibi commissos etiam privatim in religione ejusque officiis instituere non solum possunt, sed etiam debent. Prae omnibus debent eos privatim instituere, quos sciunt illa ignorare, quae scitu necessaria sunt necessitate *medii*, potissimum, ut s. Alphonsus (Homo apost. tract. 7. n. 35.) monet, tempore paschali; sponsos qui ad contrahendum matrimonium accedere volunt, instituere debent vel generatim in religione, si rudiores deprehenduntur, vel saltem in iis officiis, quae ad statum matrimonialem pertinent; privatim instituere debent poenitentes in sede confessionali, si deprehenderint eos ea ignorare, quae scitu necessaria sunt necessitate medii et praecepti, denique eos privatim instituere et monere debent, quos sciunt in fide periclitari.

Cap. 22. *De avertendis fidei periculis.* 1) Non vero sufficit, populo christiano sanam fidei morumque doctrinam tradere, sed etiam

pericula, quae ejus fidem bonosque mores facile pessumdare possunt, pro viribus a populo removenda et avertenda sunt.

Arceant igitur pastores fideles sibi commissos a consuetudine et familiari commercio hominum infidelium haereticorum vel hominum perversorum; arceant ab audiendis concionibus ministrorum acatholicorum; arceant a servitiis in domibus fidei catholicae inimicis, arceant pueros et juvenes a frequentandis scholis et institutis acatholicis, arceant a connubiis mixtis, arceant parentes, ne propriae et filiorum salutis immemores filios suos spe lucri, opificii vel mercaturae causa in regiones acatholicas mittant, ubi subinde sedem figentes matrimonia mixta ineant vel fidem deserant, arceant denique a legendis perversis libris, libellis, ephemeridibus, narratiunculis, historiolis, quae fidem et ecclesiam catholicam aperte vel tecte impugnant, nec non scripturarum sacrarum versionibus, quae a *societatibus biblicis* fidelibus offeruntur et obtruduntur vel quae omnino depravatae et approbatione ecclesiastica non sunt munitae.

2) Haec, quam modo diximus, pravorum librorum pestis hodie prae ceteris fidei bonisque moribus incautae praesertim juventutis pericula parat; eoque majora, quum inimici nominis christiani non solum libris magno apparatu scientiae elaboratis, sed et parvis, qui minimi veneunt vel etiam gratis obtruduntur, libris et per publicas ephemerides non litteratis modo et scientibus virus impietatis et infidelitatis insinuent, sed rudioris et infimi populi fidem simplicitatemque corrumpant (Cfr. Litterae ab Eminent. Card. de Altierii S. Indicis Congregationis Praefecto ad Catholici orbis Episcopos datae.). Omni igitur virium contentione curatos animarum fideles ab hac perniciosissima peste praeservent ab eorumque oculis et manibus ejusmodi libros et libellos, pravis bonos substituendo, eripiant.

Cap. 23. *De libris prohibitis.* 1) Sed si rectores animarum a fidelibus erga suis ejusmodi monitiones et praeceptiones obedientiam postulant, oportet etiam eos suo ipsorum exemplo obedientiae erga ecclesiam praeeant, abstinendo a legendis et retinendis iis libris, quorum lectio pel per legem naturalem divinam vel per ecclesiae prohibitiones, inprimis per decreta s. congregationis indicis vetita est. Nam haud dubium est, quin ipsa lex naturalis divina lectionem talium librorum prohibeat, quibus fides labefactari moresque boni corrumpi ac prava desideria in nobis excitari possint, qnoniam eadem lex, quae nos iubet fidem et virtutem christianam in nobis illibatam illaesamque servare, vetat etiam, ne fidem temere periculo exponamus. Si vero ecclesiae sive sacrae congregationis indicis lex accedat, eo magis ab ejusmodi librorum lectione abstinendum erit.

2) Ceterum istius s. congregationis decretis tale obsequium praestandum est, quale ipsa postulant. Alia enim tantummodo *vim disciplinarem* sibi vindicant dirigereque tantum volunt actus nostros externos, dum quorundam librorum lectionem vel retentionem nobis vetant. Ejusmodi sunt decreta, quibus proscribuntur libri sine nomine auctorum vel approbatione Ordinariorum editi, libri haeresiarcharum, qui de religione non tractant, libri, qui tractant res quasdam religionis controversas, quarum discussionem ecclesia vetuit, libri quidam rituales, litaniae et quae sunt generis ejusdem. His decretis, quae animi assensum vel dissensum non postulant, sed tantum postulant, ut libros proscriptos non legamus vel retineamus, non legendo vel retinendo i. e. per solos actus externos satisfieri apertum est. Alia vero decreta non solum vim disciplinarem, sed etiam *vim dogmaticam* sive *doctrinalem* habent, non solum actus nostros externos, sed etiam actus nostros internos dirigere volunt, non solum prohibent quorundam librorum lectionem vel retentionem, sed etiam libros ipsos tanquam haereticos, erroneos, haeresin sapientes, scandalosos similibusque notis condemnant. Hujusmodi decreta postulant etiam animi assensum vel dissensum; prohibent enim, quominus de doctrinis talium librorum aliter sentiamus, atque a. s. congregatione definitum est.

3) Sin quis, cui lectio istorum librorum prohibitorum pericula non parat, ob muneris sui rationes vel ex aliis legitimis causis eos legere sibi utile vel necesse esse existimet, ad s. Sedem Apostolicam recurrat vel ad habentes ab ea facultatem, ut legendi et retinendi istiusmodi libros licentiam impetret. Sed hac licentia impetrata caveat, ne isti libri ad heredes laicos transeant.

Cap. 24. *De librorum approbatione.* Libri, qui de rebus fidei vel religionis tractant, sine licentia et approbatione Episcopi publicari non debent. Sed ipsa hujusmodi librorum approbatio, quae in scriptis danda atque in libri fronte exprimenda est, non eo sensu accipienda est, ut isti libri in aedificationem et salutarem populi instructionem perutiles essent, sed nonnisi enunciat ex judicio approbantis Episcopi istos libros nihil continere, quod fidei catholicae vel morum disciplinae repugnet.

Pars secunda. De sacro ministerio.

I. De celebratione missae.

Cap. 1. *Sanctissimum hoc mysterium quam sancte tractandum sit.* Satis apparet, omnem operam et dilligentiam in eo ponendam esse, ut hoc augustissimum mysterium quanta maxima fieri

possit interiore cordis munditia ac puritate atque exteriore devotionis ac pietatis specie peragatur, ut ipsius mysterii magnitudo et majestas vel externa quoque specie magis eluceat et fideles ad rerum divinarum, quae in tam admirabili ac venerando sacrificio occulte continentur, contemplationem excitentur (Cf. Encyclic. Epist. PP. Pii IX. Amantissimi Redemptoris, et Conc. Trid. sess. XXII. Decret. de observandis et evit. in celebr. missae.). . . . .

Cap. 2. *Quaenam ad missam animi praeparatio adhibenda sit.* . . . . 1) Prae omnibus igitur illam praeparationem adhibebit, ut, si forte admissi peccati mortalis conscius sibi sit, contritionis et sacramentalis confessionis medicamento cor suum purget. Nam si corde impuro et mortali aliquo peccato contaminatus ad celebrandam missam accederet, trinum horribile sacrilegium committeret: unum, quod ss. eucharistiam indigne conficeret, alterum, quod indigne ministraret, tertium denique, quod indigne sumeret.

Si quem vero sacerdotem, qui sibi peccati mortalis conscius esset et copiam confessarii non haberet, necessitas ad celebrandum urgeret, et ei esset actus contritionis eliciendus et ex praescripto s. Synodi Tridentinae *quam primum* confitendum esset (Sess. XIII. cap. VII. cap. XI.).

Hae igitur duae circumstantiae concurrere debent, ut aliquis sacerdos, conscientia peccati mortalis gravatus praemissa quidem contritione, non confessione licite ad missam celebrandam accedere possit: inopia confessarii et urgens celebrandi necessitas. *Inopia* esset *confessarii*, si presbyter pro cura approbatus non adesset vel si non sine gravi difficultate vel incommodo adiri posset; et urgens ad celebrandum necessitas esset, si a parocho missa parochialis celebrari deberet, si pro ministrando viatico hostia consecranda esset, vel si omnino missa sine gravi infamia vel gravi scandalo omitti non posset.

Hae igitur duae circumstantiae si concurrant, sacerdos praemissa contritione celebret et *quam primum confiteatur.* Et haec quidem s. Synodi Tridentinae verba *quam primum confiteatur* non consilium, sed praeceptum exprimunt (Prop. 38. damn. ab Alex. VII.), idque sensu morali interpretandum est, nempe hoc sensu, ut talis sacerdos saltem intra triduum confiteatur, nisi forte ipsi citius iterum celebrandum esset. Quodsi hoc tempus tridui sine confessione sacramentali praetermitteret, graviter peccaret.

2) Deinde etiam de peccatis voluntariis venialibus vehementer dolere et devotionem actualem in nobis excitare debemus pie meditando, orando, eliciendo actus fidei, spei, caritatis, renovando denique

intentionem s. missae sacrificium celebrandi ad Deum per latriam colendum, ad Christi mortem memorandam, ad juvandam totam ecclesiam. Et ad hujusmodi quidem pietatis exercitia s. ecclesia ipsa nos quasi manu ducit per rubricas suas, per quas praescribit recitationem matutini et laudum celebrationi missae praemittendam, nec non accessum in ecclesia orandum aliasque preces, quae in induendis sacris vestibus recitari debent.

Cap. 3. *Quidnam quoad jejunium et habitum externum observari debeat.* Etiam corporis et habitus externi celebrare volenti ratio habenda est.

1) Primum enim lex ecclesiastica ab eo, qui celebraturus proindeque communicaturus est, *jejunium naturale* postulat, ita ut saltem a dimidia antecedentis diei nocte nihil omnino comederit vel biberit. Hoc praeceptum graviter obligat neque in eo admittitur parvitas materiae. Et nonnullae tantum paucae causae sunt, quae ab eo excusant, scilicet si periculum sit, ne eucharistia pereat vel male tractetur, si sacerdos post consecrationem demum recordetur, se non esse jejunum, denique si perfectio sacrificii vel communionis urgeat (Conf. Lig. Theol. Mor. Lib. VI. tract. 3.).

2) Deinde dignitas tanti mysterii postulat etiam decentem habitum externum, vultum compositum incessumque modestum, quo devotio et reverentia interna externe exprimitur. Insuper volumus et praescribimus, ut sacerdos missam celebraturus indutus sit veste nigra talari itemque ut non in ocreis (nisi forte tempestas, viarum asperitas vel valetudinis incommodum aliud quid postulat), sed in tibialibus nigris et calceis ad altare accedat.

Cap. 4. *Quaenam res externae ad missam rite celebrandam requirantur.* Sed praeterquam quoad sacerdos ipse et animo et corpore ad celebrandam missam rite dispositus esse debet, etiam adesse debent plures res externae, ut missa licite celebrari possit.

1) Primum ad missae celebrationem requiritur *locus conveniens,* nempe ecclesia consecrata vel benedicta, non violata vel exsecrata neque interdicta, vel saltem sacellum auctoritate ecclesiastica designatum.

2) Requiritur *altare* sive *ara lapidea* ab Episcopo consecrata. Altare coopertum esse debet triplice mappa lintea munda es ab Episcopo vel ejus delegato benedicta, una quidem longiore, totam mensum tegente, et duabus brevioribus vel etiam una duplicata.

Exsecratur altare, si mensa consecrata ab inferiore structura removetur, vel si notabiliter frangitur vel si reliquiae ab ea auferuntur vel sigillum solvitur. Insuper super altare crux cum crucifixo erecta

esse aeque non nimis exigua esse debet, quae ita altari adaptanda est, ut non solum a sacerdote celebrante, sed etiam a populo facile et commodo conspici possit. Itemque super altare collocentur saltem duo candelabra cum candelis hinc et inde in utroque ejus latere accensis. Candelae ex cera, non ex stearina vel ex alia materie confectae esse debent et in missis privatis duae accendantur, in missis vero cantatis et solennibus etiam plures accendi possunt.

3) Deinde ad celebrandum requiritur calix aureus vel argenteus vel saltem habens cuppam argenteam interius deauratam cum patena aurea vel argentea inaurata. Calix, qui aeque ac patena consecratus esse debet, exsecratur, si cuppa notabiliter frangitur vel si in fundo perforatur. Quum calix separatur a pede, amittit consecrationem, si cuppa est pedi fixa, secus, si pes est tornatilis et de se separabilis (Lig. Exam. Ord. de sacrif. miss.). Etiam calix de novo inauratus nova consecratione indiget.

Calici substernendum est *corporale* linteum, mundum et integrum, neutiquam auro vel serico intextum, quod benedictum esse debet; *bursa* autem corporalis benedictione non indiget. Calici superimponenda est *palla* lintea nec »a parte superiori drappo serico cooperta,« quae etiam benedicta esse debet. *Purificatorium* vero, quod etiam linteum esse debet, benedictionem necessario non postulat, nisi forte una cum aliis paramentis benedicatur. Neque velum sericum, quod calicem ab inito missae usque ad offertorium et a communione usque ad finem ex parte anteriore cooperit, benedictione indiget.

4) Ad rite celebrandum requiruntur vestes sacrae, nempe casula, stola, manipulum, amictus sive humerale linteum, camisia sive alba cum cingulo. Hae vestes mundae et integrae atque ab Episcopo vel ejus delegato benedictae esse debent. Vestes autem exsecrantur, »quando, ut ait s. Alphonsus, usum deperdunt, nempe si ab *alba* manica abscinditur, *cingulum*, si ita rumpitur, ut neutra pars cingere possit, *stola*, si non possit humeros operire, vel si pars ejus ita scinditur, ut deperdatur forma, nec sufficit, eam resarcire, destructa enim forma desinunt partes esse sacrae« (Cf. Exam. Ord. de sacrif. miss.). Colores harum vestium convenire debent officio et missae diei. Et vestes sacrae ob reverentiam tam tremendi sacrificii semper mundae, integrae et nitidae habeantur aeque atque altaris ornamenta.

5) Requiruntur denique ad celebrandum missale Romanum, festis novis et propriis instructum; minister masculus celebranti sacerdoti inserviens; denique materia valida et licita consecranda, nempe a) *hostia* ex farina triticea cum aqua naturali confecta, quae ut licite pro sacrificio adhiberi possit, debet esse formae majoris, integra, non

fracta, munda et in forma orbiculari Christi imaginem referens, b) *vinum* de vite, non acetosum vel quomodocunque adulteratum sive corruptum. Vinum inter missam cum paululo aquae misceri debet, ideoque urceoli vinum et aquam continentes cum pelvicula et manutergio mundo in parva mensa ad hoc parati adesse debent.

Cap. 5. *Quando missa celebranda sit.* Ordinarie et excepto casu necessitatis missa nonnisi celebranda est ab initio aurorae usque ad meridiem. Sed aurora computanda est ex temporum varietate, ejusque tempus aeque ac tempus meridiei non mathematice, sed moraliter accipiendum est (Cf. S. Liguori Theol. mor. lib. VI. 341.). In nocte nativitatis Domini prima missa solemnis ante auroram et jam media in nocte celebrari licet, neque tamen licet continuo post hanc solemnem missam duas alias missas ante auroram celebrare.

Hoc loco opportunum videtur duas postremae Synodi dioecesanae antiquae hujus dioeceseos ordinationes, quas jamjam recipimus et in Ritualis Nostri appendice reposuimus (Cfr. Rit. App. pag. 19. Missa.), renovare. Una his verbis concepta est: »Quo Christi fideles ecclesiae praecepto de missa audienda facilius queant satisfacere, serio mandamus, ut in omnibus curatis et vicecuratis dioecesis nostrae pagorum ecclesiis non collegiatis, dominicis et fori festis diebus missa parochialis certa et eadem semper hora fiat, aestate quidem hora octava, hieme vero hora nona, ubi vero eodem die duae missae dici consueverunt, is ordo servetur, ut prima in ipso diluculo pro plebis commoditate dicatur, ut pro majori sua quisque commoditate praecepto ecclesiae de audiendo sacro satisfacere possit, praemissa tamen singulis praedictis missis trina campanarum pulsatione.«

Altera haec est: »Ut populo major quotidie Deo serviendi sit opportunitas, curabunt ecclesiarum superiores, pastores aut eorum vices gerentes, ubi magna est missarum frequentia, ut per singulas dimidiatas aut saltem horas missa fiat, qua in re ad omnem evitandam confusionem nunquam plures una hora simul ad altare convolent, ne reliquo tempore nullus in templo sacerdos sacrificium offerens reperiatur, sed ordinate alter alteri succedat, quibus ex officio sacrificare incumbit, certamque sibi horam in catalogo celebrantium apte concinnato et in ecclesiae choro vel sacristia affixo praescriptam habeant« (Syn. Pad. P. II. tit. 5.). (Hunc catalogum a parochis tanquam rectoribus ecclesiae concinnandum et ab omnibus ministerio ecclesiae addictis presbyteris observandum esse per se intelligitur.) »Illi vero, qui pietatis studio sacram facturi sunt, si priores per spatia diversa sacrificabunt, idem intervallum observabunt; sin autem sine aliqua temporis intermissione alius alium ad sacrificandum sub-

sequatur nec post nec ante illos sacrificium offerre his integrum sit, ita cum prioribus concurrant, ut tamen non eodem temporis momento accedant, sed vel ad lectionem evangelii vel post factam corporis Christi elevationem sacrum inchoabunt: id ipsum et in monasteriis fieri exoptamus, ne dum simul plurimi sacris operantur decori domus Dei aut mysteriorum venerationi et gravitati nonnihil decedat; sic enim sacris mysteriis major accedet reverentia, populo vero ad templum quotidie venienti commodior erit sacri statim audiendi occasio« (Syn. Pad. P. II. tit. 5.).

Cap. 6. *Quoties celebrandum sit.* 1) S. ecclesia sacerdotes in Domino hortatur et monet, ut saltem diebus dominicis et festis, si autem curam habeant animarum, tam frequenter, ut suo muneri satisfaciant, missas celebrent (Conc. Trid. sess. XXIII. de ref. c. 14.).

Sed valde optandum esset, ut quivis sacerdos quotidie celebret ad idque se rite semper disponat, quoniam nihil Deo Patri offerre potest optabilius sive ad exhibendas laudes sive ad agendas gratias sive ad impetrandam indulgentiam pro peccatis, quam corporis et sanguinis Christi sacrosanctum mysterium Accedit, quod sacerdos non solum pro se celebrat, sed etiam pro bono totius ecclesiae populique christiani, cujus minister et intercessor est constitutus (Hebr. 5, 1.).

2) Quavis die celebrare licet excepta sexta majoris hebdomadis. Feria autem quinta et sabbatho ejusdem hebdomadis non licet missa privata celebrari, sed tantum unica conventualis sive parochialis in ecclesiis cathedralibus, conventualibus et parochialibus.

3) Una excepta die natali Domini non licet eadem die duas vel plures missas celebrare, nisi impetrata facultate binandi, quae ab ecclesia tantummodo ex causis gravissimis et nonnisi pro diebus dominicis et festivis in commodum populi christiani conceditur. Sed hanc binandi facultatem qui impetravit, pro secunda missa, quam celebrat, eleemosynam sive stipendium accipere non debet (Cfr. Ritual. App. pag. 20. Missae stip.). Deinde pro duabus missis, quas celebrat, si fieri potest, uno eodemque calice utatur. Quod si ob peculiares rationes fieri nequit, e. gr. si in ecclesiis longe dissitis eadem die celebrat, ei quidem licet etiam duobus calicibus uti, sed stricte observanda est instructio a S. C. R. de purificando calice, quo in prima missa usus est, edita (De die 11. Martii 1858; cf. *Archiv* VI, 32 ff., Anal. J. P. Tom. 2. p. 744—756. »Quando sacerdos.«).

Cap. 7. *Quomodo missa celebranda et quomodo ea dicenda sit.* 1) Missa, ut in bulla s. Pii V. habetur, juxta ritum, modum ac normam, quae per missale Romanum tradita est, decantanda et legenda est; neque in missae celebratione alias ceremonias vel preces,

quam quae in hoc missali continentur, addere vel recitare licet. Quocirca omnes presbyteros dioeceseos Nostrae monemus, ut *rubricas generales*, *ritum servandum in celebratione* missae et *defectus in celebratione* missarum *occurrentes* missali Romano praefixos saepe et attente perlegant et religiose observent (Cfr. Ritual. App. pag. 19. Missa initio.).

2) Quod recitationem missae attinet, missa legenda est *alte, clare*, *breviter*, *devote* et *exacte*. *Alte*, i. e. ita, ut non submisse dicantur, quae alte sunt dicenda, sed sic proferantur, ut saltem a circumstantibus audiantur. Sed etiam ex altera parte non debent alte dici, quae submisse dicenda sunt. *Clare* i. e. ut omnia verba sine mutilatione et distincta pronuntiatione recitentur. *Breviter* i. e. ut missa non dicatur *nimis morose, ne audientes taedio afficiantur.* Neque tamen ex altera parte missa *nimis festinanter* dicenda est. Convenit enim missam privatam ordinarie neque ultra horam mediam protrahere, neque celerius absolvere. *Devóte* i. e. ut preces sine distractione voluntaria recitentur. *Exacte* i. e. ut non omittatur quidquam de iis, quae dicenda sunt. Sed etiam ex altera parte non temere quidquam repetendum est (S. Lig. Ex. Ord. n. 125.).

Cap. 8. *Nonnullae antiquae Synodi dioecesanae ordinationes, quae ad celebrationem missae pertinent, renovantur* (Cfr. Rit. App. v. Missa.). Insuper ad pietatem et devotionem in populo missam audiente promovendam renovamus has sequentes postremae Synodi dioecesanae ordinationes:

1) »Curent decani, pastores et alii ecclesiarum quarumcunque Superiores, quo ab offensa Dei sese liberent, ne tam in summae quam defunctorum missae sacrificio Epistola, Symbolum fidei, Praefatio et Oratio Dominica tanquam praecipuae eorum, quae in Missa canuntur, partes cantorum vel organorum concentu mutilentur aut intercipiantur, multo minus reliquum decantandae missae sacrificium proxime post elevatam hostiam lectione submissa, absolvatur, sed omnia ex integro distincte et articulate canantur.«

2) Deinde: »Elevato corpore et sanguine Domini nostri Jesu Christi in sacrosancto Missae sacrificio pulsu tintinnabuli omnes Christi fideles adorandi Dei in sacramento vere et re ipsa praesentis admoneantur, curentque Pastores, Concionatores, Ludimagistri aliique puerorum sacrificantibus inservientium instructores, ut pulsus ille nihil puerilis insolentiae vel gesticulationis prae se ferat, sed soni sui gravitate et modestia majestati rei praesentis congruenti decorem et attentionem eidem conciliet. Celebrantibus autem semper minister adsit,

qui ipsis inserviat et respondeat corpore et moribus compositis, qui ab altari nonnisi peracto sacro cum sacerdote secedat.«

3) Denique: »Circa elevationem sacrae hostiae, antiphonae vel aliae cantiones intempestivae ne intercinantur, sed altum silentium cum recollectione animi, quod praesentibus tunc mysteriis debetur, observetur. Post elevationem calicis, si musice cantandum est, id devote et graviter fiat. Ubi vero hactenus moris fuit, ut ad elevationem majori vel alia campana signum detur, etiam imposterum observetur; ubi vero non fuit, introducatur et populus admoneatur, ut tam domi, quam foris ad dictum signum reverenter vel stet capite detecto vel in genua procumbens oret, gratias agens redemptori nostro, quod propter nos et nostram salutem descendit de coelis et incarnatus est de Spiritu Sancto et homo *factus est«* (Syn. P. l. c.).

Cap. 9. *De missis votivis.* Quamquam ordinarie ea missa legenda est, quae officio diei correspondet, tamen ex rationabili causa et diebus non impeditis missae votivae celebrari possunt. Indulto Apostolico (d. d. 2. Julii 1857. Cfr. Rit. App. pag. 45. not. 7.) pro hac dioecesi concesso in singulis parochialibus ecclesiis hujus dioeceseos etiam in duplicibus cani possunt missae de requie ter in qualibet hebdomade, exceptis tamen diebus ritus duplicis primae et secundae classis, festis de praecepto servandis, feriis, vigiliis octavisque privilegiatis (nempe feria quarta cinerum, et omnibus feriis hebdomadae majoris; vigiliis Nativitatis Domini, Epiphaniae et Pentecostes; octavis Nativitatis Domini, Epiphaniae, Paschalis et Corporis Christi).

Cap. 10. *De missae applicatione.* 1) Parochi aliique omnes animarum curam actu gerentes sacrosanctum missae sacrificium pro populo sibi commisso celebrare et applicare debent tum omnibus dominicis aliisque diebus, qui ex praecepto adhuc servantur, tum illis etiam, qui veluti festi de praecepto erant colendi juxta Constitutionum PP. Urbani VIII., quae incipit: »Universa per orbem« (Ibid. Septembr. 1642.), antequam festivi de praecepto dies imminuerentur et transferrentur. Quod vero attinet ad festos translatos dies, quando una cum solemnitate divinum officium translatum fuerit in dominicam sequentem, una tantum missa pro populo a parochis applicanda est (Cf. Encycl. Pii IX. P. P. quae incipit: Amantissimi Redempt. d. d. 3. Maii 1858.).

Inter illos vero dies, qui antea juxta memoratam Bullam in hac dioecesi tanquam dies festivi de praecepto colebantur et postea sublati vel translati sunt, referenda sunt festa sequentia:

festum s. Thomae Apostoli;
festum s. Joannis Apostoli;

festum ss. Innocentium Martyrum;
festum s. Silvestri Pap. Conf.;
festum s. Mathiae Apost.;
feria 3. post Dominicam Resurrectionis D. N. J. Ch.;
festum ss. Philippi et Jacobi Apost.;
festum inventionis crucis;
feria 3. post Dominicam Pentecostes;
festum Nativitatis s. Joannis Bapt.;
festum Nativitatis s. Jacobi Apostoli;
festum s. Annae matris B. M. V.;
festum s. Laurentii Mart.;
festum s. Bartholomaei Apost.;
festum s. Matthaei Apost.;
festum dedicationis s. Michaelis Arch.;
festum ss. Simonis et Judae Apost.;
festum s. Andreae Apostoli.

Deinde pro hac dioecesi Paderbornensi ex indulto Apostolico (annorum 1784 et 1829) in dominicam sequentem quoad officium et solemnitatem translata sunt:

festum Visitationis B. M. V.;
festum Inventionis S. Crucis;
festum s. Annae Vid.;
festum s. Michaelis Archang.;
festum Assumptionis B. M. V.;
festum Nativitatis B. M. V.;
festum Patroni principalis ecclesiae.

Quod igitur haec attinet festa, quae quoad officium et solemnitatem in Dominica celebrantur, valent verba memoratae Encyclicae: unam *tantum missa pro populo a parochis* applicandam *esse*, nec obligantur parochi applicare pro populo diebus istis festis in Calendario universali assignatis. Quod si vero contigerit, ut unum ex festis praedictis in Dominicam sequentem transferri nequeat, quia est dies impeditus, uti festum s. Annae occurrente Octava S. Liborii, manet obligatio applicandi eo die, quo missa et officium de sancto habetur. Quod denique attinet festum s. Patriarchae Josephi, quod in hac dioecesi olim Dominica secunda post Pascha et dein fer. 4. post dominicam 3, a paschate cum solemnitate celebratum dehinc die fixo 19. Martii sine solennitate et feriatione celebrabitur, parochi ad applicationem pro populo hac die tenentur, sicut fer. 4. post Dominicam tertiam a Paschate, qua festum Patrocinii ejusdem Sancti celebrabitur, eo quod hic dies festus est de praecepto secundum Breve

Leonis XII. PP. d. d. 2. Dec. 1828 (Cfr. Ritual. App. pag. 5. Laterc. fest. et pag. 21. s. v. Missae applic.).

2) Huic officio applicationis parochus per se ipsum et in ecclesia parochiali satisfacere debet, non vero per alium quendam presbyterum, ex. gr. per sacellanum vel cooperatorem suum nisi ex justa et legitima causa, nempe propter gravem infirmitatem vel legitimam absentiam. Neque tamen necesse est, ut parochus dominicis et festivis diebus ipse semper summum sacrum cantatum celebret idque pro populo applicet, sed licet ei, hoc summum sacrum sacellano vel alii sacerdoti cum alia intentione celebrandum deferre, dummodo ipse missam suam in ecclesia parochiali habendam pro populo applicet.

3) Denique per se intelligitur, quemvis beneficii possessorem vel administratorem, quoties lex fundationis beneficii sui id postulet, pro fundatoribus vel personis in litteris fundationis designatis applicare debere.

4) Applicatio ante missam, saltem ante consecrationem fieri debet, eaque valida est, si facta neque retractata est, ita ut etiam applicatio habitualis sufficiat.

Pro nominatim excommunicatis missae sacrificium directe applicari non debet.

Cap. 11. *De missae stipendio.* Sancta mater ecclesia inde ab antiquissimis temporibus permisit sacerdotibus, pro applicando missae sacrificio oblationes, eleemosynas seu stipendia manualia accipere, non quidem ut missae *pretium,* sed, quemadmodum Doctor angelicus loquitur (Summ. Theol. 2. 2. qu. 100. art. 2.), ut *stipendium necessitatis,* nempe ad sustentandas vitae necessitates. Ne tamen turpi quaestui vel etiam turpis quaestus suspicioni ansa daretur, eadem mater ecclesia non singulorum presbyterorum, sed episcoporum reliquit arbitrio, quantitatem eleemosynae sacerdotibus pro singulis missis erogandae praefinire.

Quocirca pro dioecesi hac Paderbornensi tanquam eleemosynam sive stipendium manuale pro missa non cantata praefinimus unam tertiam thaleri Borussici sive decem grossos argenteos; cavemus tamen, quominus hoc statutum ullo modo ad missas fundatas applicetur. Si quis plus ultra hanc a Nobis taxatam eleemosynam exigeret, delinqueret non solum contra legem ecclesiasticam, sed etiam justitiam commutativam laederet proindeque ad restitutionem teneretur (Cfr. Rit. App. pag. 21. Missae stip.).

Si quis stipendium accepit sub quibusdam conditionibus, quae ex. gr. certum locum vel tempus celebrandi attinent, has conditiones ex justitia servare tenetur.

Caveant sacerdotes, ne tot stipendia acceptent, ut iis demum post longius tempus satisfacere possint. Non enim licet, missas pro vivis ultra *duos menses* et missas pro defunctis *ultra mensem* differre, nisi forsitan is, qui stipendium offert, in talem missarum dilationem expresse consentiat (S. Lig. Homo apost. Tom. II. Tract. 15. ubi decr. Cong. Conc. invenitur.). Neque ex altera parte cuiquam licet missam anticipando pro iis applicare, qui primum sibi stipendium offerrent.

Is, qui majus legitimo stipendium, ipsi ultro sola liberalitate oblatum, accepit, tenetur, si obligationi susceptae ipse satisfacere non potest, id integrum ei sacerdoti dare, cui missam celebrandam committit, neque potest partem sibi retinere, quum PP. Urbanus VIII. id decreto »Cum saepe« expresse vetuerit et PP. Alexander VIII. hanc damnaverit propositionem: »Post decretum Urbani potest sacerdos, cui missae celebrandae traduntur, per alium satisfacere, collato illi minori stipendio alia parte stipendii sibi retenta.«

Non licet singula diversa stipendia legitimo minora ab uno sive a pluribus pro totidem missis accepta ad justum pretium reducere iisque per pauciores missas satisfacere, quum is, qui stipendia legitimo minora acceptat, hoc ipso censeatur suapte sponte suo juri cedere et reliquum condonare, taciteque promittat, se totidem missas celebraturum esse. Ille fructus missae sacrificii specialissimus, qui sacerdoti celebranti competit, alteri applicari nequit, neque igitur, quemadmodum PP. Alexander VII. contraria propositione condemnanda declaravit, pro eo applicando a quoquam eleemosyna acceptari debet. Ex eadem ratione per sacram congregationem declaratum est: »sacerdotes, quibus diebus tenentur missas celebrare ratione beneficii seu capellae, legati aut salarii, si eleemosynas pro aliis etiam missis celebrandis susceperint, non posse eadem missa utique obligationi satisfacere.«

Postremo omnes dioeceseos Nostrae presbyteros rogamus et in Domino obsecramus, ut, quo sanctius et augustius hoc missae mysterium est, eo majore studio non solum turpem quaestum, sed etiam quamlibet turpis quaestus speciem longe ab eo removeant.

Ne annotationes Missarum, pro quibus persolvendis jam stipendia data et accepta sunt, deperdantur, statuimus, ut in posterum omnes Missarum intentiones una cum stipendiis pro iis datis in libro singulari, huic usui tantum serviente, scribantur; simulque mandamus, ut Visitatores Nostri etiam de hac re tanti momenti vigilent.

Cap. 12. *De missarum fundationibus.* Missarum fundationes sine expressa Ordinarii licentia et approbatione fieri non possunt.

Pro fundanda missa non cantata ad minimum summa viginti thalerorum Borussicorum, et pro fundanda missa cantata ad minimum summa quadraginta thalerorum a fundatoribus deponenda est. Missae fundatae ab iis, ad quos pertinet, omni, qua par est, religione persolvendae sunt, neque ulli sacerdoti licet, earum numerum propter imminutionem redituum vel valoris pecuniae suo arbitratu reducere, sed talis missarum fundatarum reductio nonnisi S. Sedi Apostolicae vel Episcopo ab ea facultatem habenti competit. At vero ex justis causis beneficii possessor vel administrator missas fundatas, ad quas persolvendas titulo beneficii obligatus est, etiam per alium sacerdotem persolvendas curare potest, ei stipendio legitimo assignato eaque stipis parte, quae illud stipendium legitimum superat, sibi retenta.

Cap. 13. *De gratiarum actione.* Missa finita gratiarum actio nunquam intermittenda et quidem in ipsa ecclesia persolvenda est . . . .

(Schluss folgt.)

Praktische Fragen

über die kirchliche Vermögensfähigkeit und insbesondere Erbfähigkeit, und über die rechtliche Vertretung der Kirche in ihren Vermögensrechten[1]).

I. Hat ein bischöfliches Ordinariat die Vermögensrechtsfähigkeit und insbesondere die Erbfähigkeit? Ein Rechtsfall aus Bayern.

Den Ordinariaten als solchen wurde, wie wir dem Bamberger Pastoralblatt 1868 Nr. 9. entnehmen, in einem die Urtheile der Vorinstanzen bestätigenden *Erkenntnisse des Oberappellationsgerichts des Königreichs Bayern vom 9. April 1867*, erlassen in einer Streitsache der K'schen Intestaterben gegen das Ordinariat B. wegen Nichtigkeit eines Testaments, die passive Erbfähigkeit, überhaupt das Recht der juristischen Persönlichkeit in privatrechtlicher Beziehung, damit auch die Vermögensrechtsfähigkeit, abgesprochen; deshalb wurde auch das Testament, in welchem das Ordinariat B. zum Erben eingesetzt war, für nichtig erklärt. Die Entscheidungsgründe dieses Erkenntnisses lassen hierüber Folgendes entnehmen:

»Die Erbfähigkeit des Ordinariats B. würde vor Allem das Recht der juristischen Persönlichkeit voraussetzen, welche aber dem erzbischöflichen Ordinariate ebenso, wie jeder anderen Behörde der Kirche oder des Staates abgeht.

Die Lehre des römischen Rechts, wornach gewisse Beamtenvereine den juristischen Personen beigezählt werden, ist auf die heutigen Zustände nicht mehr anwendbar und es besteht kein allgemeiner Rechtssatz, welcher den Aemtern oder Behörden als solchen das Recht der juristischen Persönlichkeit beilegt.

Die Beamten-Collegien gelangen vermöge ihrer organischen Gestaltung nur insoferne zu corporativer Existenz, als ihnen eine staats- oder kirchenrechtliche auf das Gebiet des öffentlichen Rechtes beschränkte Persönlichkeit zukommt, infolge deren sie bei Erfüllung ihres amtlichen Wirkungskreises je nach ihrer Verfassung äusserliche

---

1) Eine neue umfassende Schrift über diese Fragen erscheint demnächst von Professor Dr. Adam J. *Uhrig* zu Dillingen. Als Lycealprogramm veröffentlichte derselbe bereits einen Theil davon unter dem Titel: »Das Kirchengut. Ein Versuch zur Lösung der Frage, wem das Eigenthum zustehe an den Kirchen und den aus ihnen hervorgegangenen Stiftungen. Augsburg. Kremer. 1867.« (110 S. 8.). Professor *Schulte* rühmte bereits (in Reusch's Theol. Literatur-Blatt 1868 Nr. 3.) von dieser Skizze, grossen Fleiss und umfassende Benutzung der Quellen und Literatur.

Rechtsacte vollbringen; die juristische Persönlichkeit in privatrechtlicher Bedeutung aber, deren Wesen in der Vermögensrechtsfähigkeit liegt und nur auf Verhältnisse des Privatrechts bezogen werden kann, ist den *Behörden* der Kirche oder des Staates weder im öffentlichen noch im Privatrechte zugesprochen.

Wohl sind die Kirche und der Staat, insoferne sie durch ihr Vermögen in privatrechtliche Verhältnisse eintreten, von Rechtswegen als juristische Personen erklärt, bei Collegien dagegen muss immer erst die Untersuchung der Frage hinzutreten, ob derlei Organe mit einem Corporationsvermögen ausgestattet sind, ob sie daher *ausser ihrer amtlichen auch eine privatrechtliche Thätigkeit* entwickeln und als Inhaber eines selbstständigen Vermögens gleich natürlichen Personen in den allgemeinen Verkehr eingreifen.

Diese Voraussetzung trifft bei dem erzbischöflichen oder bischöflichen Ordinariate nicht zu.

Das Ordinariat ist eine kirchliche Verwaltungsstelle, welche sich als Beratherin und Hilfsorgan des Bischofs mit Behandlung der Diöcesanangelegenheiten befasst und ihre Thätigkeit nur im Bereiche des öffentlichen Rechtes entfaltet, ohne nach ihrem Zwecke oder ihrer inneren Verfassung dazu berufen zu sein, unter dem Schutze der juristischen Persönlichkeit als Rechtssubject mit selbstständigem Vermögen in den Privatverkehr einzutreten.

Insbesondere sind die Beziehungen, in welchen die Ordinariate zum Kirchengute stehen, nicht geeignet, deren Dasein als juristische Personen zu begründen. Das Kirchengut ist Eigenthum der *Kirche*, welche in privatrechtlicher Beziehung wegen ihres Vermögens-Besitzes als *selbstständiges Rechtssubject* angesehen und auch durch die Verfassungs-Urkunde als *eigenthums-* und *erwerbsfähige Corporation* erklärt wird. Nur der Kirche als solcher kommt die Eigenthums- und Erwerbsfähigkeit zu, gleichviel ob man die *Gesammtkirche* oder die innerhalb derselben abgegrenzten *Kirchengemeinden* als das Subject des kirchlichen Eigenthums in Betracht ziehen will. Nach seiner Ausscheidung in Kirchenfabriken und Kirchenpfründen ist das *Kirchengut zur Ausstattung der Kirchen und zum Unterhalte* der in den Pfründengenuss eingesetzten *Kirchenpersonen* bestimmt, *ohne bei Erfüllung dieser Zwecke seine Rechtssubjectivität aufzugeben* und die *privatrechtliche Persönlichkeit auf die Nutzniesser oder Verwalter des kirchlichen Eigenthums zu übertragen.*

Nach dem bayerischen Verfassungsrechte steht die Verwaltung des Kirchenvermögens den edictmässig constituirten Kirchenverwaltungen unter Ueberwachung und Leitung der vorgesetzten Curatel-

behörden zu, und die Ordinariate nehmen an dieser Verwaltung dadurch Antheil, dass ihnen in einschlägigen Verwaltungsfragen das Recht der Erinnerung oder Zustimmung eingeräumt ist. Diese Einwirkung auf das Vermögen der Kirche erhebt aber die Ordinariate nicht auf den Standpunkt der juristischen Persönlichkeit, da ihre desfalls gefassten Beschlüsse nicht als Verfügungen über ein ihnen zustehendes Corporationsvermögen erscheinen, sondern nur als Verwaltungshandlungen in Bezug auf das Eigenthum einer dritten Person aufgefasst werden können.

So wenig daher den Kreisregierungen als den über die Verwaltung des Kirchenvermögens aufgestellten Curatelbehörden die juristische Persönlichkeit zukommt, ebenso wenig kann diese Eigenschaft den Ordinariaten zuerkannt werden, deren Zuständigkeit sich gleich jener der weltlichen Verwaltungsstellen auch in den vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Kirche immer nur auf dem staats- oder kirchenrechtlichen Gebiete bewegt, ohne dass sie dadurch für den Privatverkehr als Träger eines selbstständigen Vermögens befähigt werden.

Die Behauptung in der Revision, dass das erzbischöfliche Ordinariat die Angelegenheiten der Diöcese nicht vermöge erzbischöflichen Mandats besorge, sondern eine mit der im Erzbischofe concentrirten Diöcesangewalt gleichbedeutende, oder identische Amtsgewalt ausübe, ist für die vorliegende Frage ohne Belang. Die juristische Persönlichkeit eines geistlichen Collegiums wird nicht nach der Unabhängigkeit oder Selbstständigkeit seiner Amtsgewalt, sondern nach dem Umfange der vermögensrechtlichen Handlungsfähigkeit beurtheilt, und wenn es daher auch richtig wäre, *dass die Ordinariate nach ihrer Verfassung als die selbstständigen Repräsentanten der gesammten Diöcesangewalt erscheinen,* so ist damit noch nicht dargethan, dass sie auch in privatrechtlicher Beziehung als selbstständige Rechtssubjecte hervortreten, da auch die Diöcesangewalt in Bezug auf das Kirchenvermögen der Diöcese innerhalb der Grenzen der Oberaufsicht sich bewegt.

Demgemäss und da in den Streitverhandlungen auch sonst nirgends gezeigt wurde, inwieferne das erzbischöfliche Ordinariat B. allenfalls als eine mit eigenem Corporationsvermögen dotirte Stiftungsperson erscheine, gebricht es an jedem Anhaltspunkte, dem Ordinariate als eingesetztem Erben die privatrechtliche Persönlichkeit und damit die passive Erbfähigkeit zuzusprechen.«

Die hiebei gleichfalls zur Sprache gekommene Frage, ob nicht

die Ordinariate gleichbedeutend mit den Domcapiteln seien, wurde verneint mit folgender Motivirung:

»Nach der allerhöchsten Verordnung vom 7. Mai 1826 (Reg.-Blatt S. 489.) sind für die verschiedenen Geschäftsabtheilungen, in welche die erzbischöflichen und bischöflichen Stellen zerlegt sind, officielle Bezeichnungen vorgeschrieben, indem die zur Behandlung der Diöcesan-Angelegenheiten mit Ausschluss der Ehestreitigkeiten constituirte Behörde den Namen »Ordinariat« zu führen, die zur Schlichtung der Ehestreitigkeiten angeordnete geistliche Behörde erster Instanz aber unter dem Namen »Consistorium« zu bestehen hat. Bei den Erzbisthümern ist ausserdem für die Appellation in Ordinariats- und Consistorialsachen ein Collegium unter dem Namen »Metropoliticum« bestimmt. Keines dieser verschiedenen Rathscollegien ist identisch mit dem Domcapitel in seiner Gesammtheit, dessen kirchliche Amtsgewalt nicht nur bei besetztem, sondern noch mehr bei unbesetztem erzbischöflichen oder bischöflichen Stuhle über die Amtsbefugnisse der einzelnen Geschäftsabtheilungen wesentlich hinausreicht. Es ist daher unzulässig, die Bezeichnungen »Ordinariat« und »Domcapitel« für gleichbedeutend zu erklären und beide Organe unter den Gesichtspunkt desselben kirchlichen Instituts zu stellen.«

II. Ueber die letztwillige Zuwendung an eine katholische Kirche und Schule ohne Bezeichnung einer bestimmten Kirche.

Ueber diese Frage gibt ein Rechtsfall aus dem *ehemaligen Herzogthum Nassau* mit den hier folgenden Urtheilen der drei Instanzen näheren Aufschluss:

1. Bescheid des herzoglich nassauischen Justizamtes zu Wiesbaden vom 5. August 1857,

in Sachen

des katholischen Kirchenvorstandes zu Nieder-Gladbach, Herzoglichen Amts Schwalbach, Kläger

gegen

die Herzogliche Landesregierung als Vertreterin des Centralwaisenfonds, Beklagte

wegen Erbherausgabe.

In der Klage ist angegeben, am 6. Januar 1843 hätten Johannes Fuhr und dessen Ehefrau von der Springer-Mühle, Herzoglichen Amts Schwalbach, vor dem Herzoglichen Landoberschultheissen Schapper und dem Schultheissen Höhe ein Testament errichtet, worin sie

die katholische Kirche und Schule zu Niedergladbach und den Herzoglich Nassauischen Centralwaisenfonds, jede zu $^1/_3$ ihres Nachlasses eingesetzt hätten; — die Ehefrau Fuhr sei im Jahre 1843, und Johannes Fuhr selbst am 30. März 1849 kinderlos gestorben, ohne ein weiteres Testament zu hinterlassen; — in Gemässheit des erwähnten Testamentes sei also die katholische Kirche zu Niedergladbach zu $^1/_3$ zur Erbschaft der Joh. Fuhr's Eheleute berufen worden, und sie habe dieselbe auch angetreten — in Folge eines von dem Herzoglichen Amt zu Schwalbach erlassenen Immissionsdecretes besitze aber die Beklagte den ganzen Fuhr'schen Nachlass, weshalb gebeten wird, dieselbe schuldig zu erkennen, den dritten Theil desselben nebst den vom 7. Mai 1849 gezogenen und noch vorhandenen, sowie mit den seit der Insinuation der Klage zu ziehenden Früchten an den Kläger herauszugeben. —

Die Beklagte hat die Angabe des Klägers hinsichtlich der Errichtung eines Testamentes durch die Fuhr's Eheleute zugegeben, dagegen in Abrede gestellt, dass in diesem Testamente die katholische Kirche zu Niedergladbach zu $^1/_3$ des Nachlasses als Erbe eingesetzt worden sei, sowie, dass dieselbe durch ihre Vertreter den Nachlass angetreten habe. Sie hat zu dem Ende ihrer Exceptionalhandlung eine Abschrift des fraglichen Testaments beigelegt, — und beide Theile suchen nun je nach ihrem Standpunkte darzulegen, dass die behauptete Erbeseinsetzung stattgefunden resp. dass sie nicht stattgefunden habe.

Um den vorhandenen Beweismitteln nicht vorzugreifen, kann über diesen Punkt jetzt eine Entscheidung nicht erfolgen, vielmehr ist dieselbe dem Endurtheile vorzubehalten und es ist dem Kläger lediglich der Beweis seiner Behauptung aufzuerlegen. — Was dabei die behauptete Erbantretung betrifft, so bedarf es hierüber keiner Beweisauflage; da der Wille des die katholische Kirche zu Niedergladbach vertretenden Klägers sich durch die Klage ausgesprochen hat. —

In der Einredehandlung hat die Beklagte angeführt, in dem fraglichen Testamente hätten die J. Fuhr'schen Eheleute sich gegenseitig zu Erben eingesetzt und weiter bestimmt, dass dasjenige, was nach dem Ableben des Längstlebenden von ihrem Vermögen noch vorhanden sei einer von diesem zu benennenden katholischen Kirche, einer Schule und dem Herzoglich Nassauischen Centralwaisenfonds zu gleichen Theilen zufallen solle; — Johannes Fuhr als der längstlebende habe es aber unterlassen, eine katholische Kirche und eine Schule zu benennen — und es sei daher der ganze Nachlass dem

Centralwaisenfonds überwiesen worden. Der Kläger hat nun aus dem Testamente selbst darzulegen gesucht, dass die katholische Kirche zu Niedergladbach zu $^1/_3$ des Nachlasses zum Erben eingesetzt sei und nur gleichsam eventuell hinzugefügt, Johannes Fuhr habe es nicht unterlassen, diejenige katholische Kirche zu bezeichnen, welche den Nachlass zu $^1/_3$ erhalten solle; er habe nämlich am 26. März 1849 im Beisein mehrerer Zeugen dem damals zu Niedergladbach fungirenden Priester Lang auf der Springer-Mühle das mit seiner verstorbenen Ehefrau am 6. Januar 1843 errichtete Testament in Abschrift überreicht und ihn beauftragt frei und bei gesunden Verstandeskräften, die katholische Kirche und Schule, welche die $^2/_3$ des Nachlasses auf den Todesfall erben sollten, und die Art und Weise der Verwendung zu bestimmen. Diesen Auftrag habe er am 27. und 29. März 1849 vor Zeugen wiederholt und der Priester Lang habe hierauf die katholische Kirche zu Niedergladbach bestimmt. —

Würde nun auf diese Geschichtserzählung des Klägers die Klage gefusst, so würde darin eine wesentliche und daher *unzulässige Veränderung des Klagevortrags* zu finden sein und sie muss daher dermalen ausser Acht gelassen werden, zumal nach der Fassung der Klage und der Replic es nicht Intention des Klägers zu sein scheint aus dem von dem Kläger dem Priester Lang gegebenen Auftrage das Klagerecht herzuleiten.

Es wird daher erkannt:

Würde der Kläger innerhalb einer für Beweis und Gegenbeweis unter dem Rechtsnachtheile des Verlustes der Beweismittel anberaumten Frist von 21 Tagen Beweis darüber antreten:

> dass Johannes Fuhr und dessen Ehefrau, Anna Maria, geborene Schmidt von der Springer-Mühle in einem unter dem 6. Januar 1843 von dem Herzoglichen Landoberschultheissen Schapper und dem Schultheissen Höhe errichteten Testamente die katholische Kirche zu Niedergladbach zu einem Dritttheile ihres Nachlasses zu Erben eingesetzt haben

so soll weiter gehen, was Rechtens.

Etwaige Appellation gegen diesen Bescheid muss innerhalb der ersten zehn nach der Insinuation dieses folgenden Tage bei Gericht angezeigt werden.

Wiesbaden, den 5. August 1857.

Herzoglich Nassauisches Justizamt.

(gez.) Duebell.

2. *Decret des Herzoglich Nassauischen Hof- und Appellationsgerichts zu Wiesbaden vom 16. October 1857,*

auf die Rechtfertigung der Appellation von Seiten des katholischen Kirchenvorstandes zu Niedergladbacch, Herzoglichen Amts Schwalbach, Klägers und Appellanten,

gegen

die Herzogliche Landesregierung zu Wiesbaden, als Vertreterin des Centralwaisenfonds, Beklagte und Appellatin,

wegen Herausgabe einer Erbschaft.

In Erwägung:

1) Dass der klagende Kirchenvorstand das Miterbrecht der katholischen Kirche zu Niedergladbach an dem, im Besitze der Beklagten befindlichen Nachlasse des Johannes Fuhr und dessen Ehefrau auf der Springer-Mühle, und zwar zu einem Dritttheile, auf das Testament derselben vom 6. Januar 1843 gründet,

2) dass nach den Erklärungen der Beklagten in der Exceptionsschrift, womit eine Abschrift jenes Testamentes vorgelegt wurde und der Replikschrift beide Theile den wörtlichen Inhalt jenes Testaments übereinstimmend dahin angaben, dass sich darin die beiden Fuhr'schen Eheleute wechselseitig zu Erben in der Art einsetzten, dass der Längstlebende frei über den Nachlass verfügen könne, mit der Beschränkung, dass dasjenige, was jener hinterlasse einer von dem Letztverstorbenen oder Längstlebenden zu bestimmenden katholischen Kirche und Schule als Schenkung auf den Todesfall zufalle, welche Disposition von den Testatoren mit dem Beifügen genehmigt wurde: »dass die katholische Kirche und Schule und Herzoglich Nassauischer Centralwaisenfonds den Nachlass des Letztlebenden erhalten solle und zwar zu gleichen Theilen, also zu je ein Dritttheil;«

3) dass die Beklagte jedoch bestreitet, dass der klagende Kirchenvorstand aus jenem Testamente Rechte herleiten könne, weil der längstlebende der Testatoren es *unterlassen* habe von der ihm ertheilten Befugniss der Benennung einer katholischen Kirche Gebrauch zu machen, daher jene Erbeinsetzung der Kirche wegen Unbestimmtheit der Erben unwirksam sei, während der Kläger diese Auffassung bestreitet und eventuell, worüber er in hiesiger Instanz eine Beweisauflage verlangt, die Benennung der klagenden Kirche als Erbin durch den von Johannes Fuhr hierzu beauftragten Priester Lang behauptet.

4) Dass nach den noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen cfr. l. 26. (27.) Cod. de Sacros. eccl. (1, 2.) Nov. 131. cap. 9.

in dem Falle, wenn Christus zum Erben eingesetzt und eine gegentheilige Absicht des Erblassers nicht ausgesprochen ist, die Pfarrkirche des Wohnorts des Testators die Erbschaft erhalten solle, welche gesetzliche Vorschrift unzweifelhaft dann, wenn eine Kirche, ohne nähere Bezeichnung derselben zur Erbschaft berufen ist, zur Anwendung kommen muss,

Vergl. *Mühlenbruch* in Glück's Pandecten Bd. 39. §. 1438. P. 446. 399. *Sintenis*, Civ.-Recht 1. Bd. §. 15. not. 46. S. 116.

und ebenso dann entscheidend ist, wenn die Bestimmung der erbberechtigten Kirche im Testamente vorbehalten, von dem Erblasser aber später unterblieben ist, da in einem solchen Falle der Testator ohne Bezeichnung einer Kirche gestorben ist, und gerade für diesen Fall durch jene, zur Aufrechterhaltung der Testamente ad pias causas erlassene gesetzliche Vorschrift die Bestimmung der Kirche getroffen ist;

5) dass es unter diesen Umständen, da die Parteien über den Wortinhalt des Testaments einig sind und die Beklagte auch *nicht* behauptet, die *Willensmeinung* der Testatoren sei auf Einsetzung einer *andern* Kirche gerichtet gewesen, da ferner die klagende Kirche diejenige des Wohnorts der Fuhr'schen Eheleute, welche sich zur katholischen Religion bekannten, ist, der Einleitung eines ganz zwecklosen Beweisverfahrens um so weniger bedarf, als selbst dann, wenn späterhin eine andere nach der Vertheidigung der Beklagten jedenfalls bis jetzt noch unbekannten Kirche durch eine weitere Verfügung des Erblassers als Erbin bezeichnet worden sein und mit der Erbschaftsklage auftreten sollte, dadurch der Beklagten, wenn sie jene Erbrate nicht mehr besitzt, kein Nachtheil erwachsen könnte;

cfr. *Flach*, Entscheid. III. Bd. S. 126. Not. 6.

6) Dass daher eine Prüfung, in wiefern das Vorbringen des Klägers in der Replik erheblich sein könnte, nicht erforderlich, vielmehr die Beklagte schon jetzt nach der Klagbitte, jedoch mit der Einschränkung zu verurtheilen ist, dass fructus percipiendi percepti non extantes nicht vom Tage der Immission der Beklagten in den Nachlass, sondern erst von der Zeit der Mittheilung der Klage an, den 11. März laufenden Jahres, zuerkannt werden können, wird unter Mittheilung des Duplicats der Num. 6759 nebst Anlage C. an die Beklagte mit Aufhebung des Urtheils des Herzoglichen Justizamts dahier vom 5. August laufenden Jahres erkannt:

Dass die Beklagte als Vertreterin des Centralwaisenfonds

schuldig sei, Ein Dritttheil des in ihrem Besitze befindlichen Nachlasses des Johannes Fuhr und dessen Ehefrau von der Springer-Mühle, und zwar erforderlichen Falls nach einem zu errichtenden Inventar nebst den bis zum 11. März laufenden Jahres gezogenen noch vorhandenen und den von da an gezogenen und zu ziehen gewesenen Früchten dem Kläger herauszugeben, unter Verurtheilung der Beklagten in sämmtliche Processkosten.

Wiesbaden, den 16. October 1857.

Herzoglich Nassauisches Hof- und Appellations-Gericht, Civ.-Senat.
(L. S.) gez. Flach.

3. Decret des Herzoglich Nassauischen Oberappellations-Gerichts vom 26. Februar 1858

auf die Rechtfertigung der Berufung Herzoglicher Landesregierung als Vertreterin des Centralwaisenfonds, Beklagten, Appellatin, Oberappellatin und Adhäsin, gegen den katholischen Kirchenvorstand zu Niedergladbach, Herzoglichen Amts Langenschwalbach, Kläger, Appellanten, Oberappellaten und Adhärenten

wegen Herausgabe einer Erbschaft.

Unter Mittheilung des Duplicats der Nr. 1727 an den Kläger, der Nr. 14. an die Beklagte, und in Erwägung:

1. dass die Klage sowohl in der Klagschrift, als in der Replik, aus dem Inhalte des gemeinschaftlichen Testamentes der Eheleute Fuhr zur Springer-Mühle vom 6. Januar 1843 abgeleitet wird, eine Klageänderung daher nicht vorliegt;

2. dass der Inhalt des über diese Testamentserrichtung von dem Herzoglichen Landoberschultheissen zu Langenschwalbach errichteten Protocolls, wie in pos. 2. der Entscheidungsgründe voriger Instanz erwähnt, von beiden Theilen gleichlautend angegeben, die bestrittene Auslegung dieses Inhaltes aber lediglich aus der Fassung der beurkundeten Bestimmungen abgeleitet ist, mithin die Entscheidung über diese Auslegung einer vorgängigen Beweisführung nicht bedarf;

3. dass am Schlusse des fraglichen Protocolls der bestimmte Ausdruck des Willens der Erblasser beurkundet ist, der katholischen Kirche und Schule, sodann dem Centralwaisenfond den Nachlass des letztlebenden Ehegatten je zu einem Dritttheile hinterlassen zu wollen, und diese Bestimmung eine vollständige Abänderung und Ergänzung der vorhin ausgedrückten Schenkung auf den Todesfall zu Gunsten einer erst noch zu bestimmenden katholischen Kirche und Schule enthält, auf welche der Vorbehalt näherer Bezeichnung der eingesetzten Kirche und Schule nicht zu beziehen ist;

4. dass *unter der Einsetzung der katholischen Kirche ohne*

nähere Bezeichnung nach gesetzlicher Interpretation, wie in voriger Instanz nachgewiesen wurde, die Pfarrkirche des Wohnortes des Testators, in dem vorliegenden Falle daher diejenige zu Niedergladbach zu verstehen, eine begründete Beschwerde der Beklagten daher in dem Erkenntnisse voriger Instanz nicht enthalten ist;

5. dass die Klagbitte rücksichtlich der gezogenen Früchte auf die davon bei Zustellung der Klage noch vorhandenen beschränkt war, eine weiter gehende Verurtheilung der Beklagten, ganz abgesehen von der Frage, in wiefern eine Verpflichtung derselben wegen Bezugs der damals nicht mehr vorhandenen Früchte zu begründen wäre, unstatthaft war, während die Verurtheilung rücksichtlich des Inventars dahin richtig aufzufassen ist, dass dasselbe auf Erfordern des Klägers zu errichten sei, weshalb auch die Adhäsivbeschwerden als begründet nicht zu achten sind;

wird die Berufung gegen das Decret Herzoglichen Hof- und Appellationsgerichtes dahier vom 16. October v. J. ad Num. 7104. abgeschlagen, mit Vergleichung der Kosten dieser Instanz.

Dem Kläger wird bekannt gemacht, dass ihm der auf ihn fallende Theil der hiesigen Stempeltaxen mit 2 fl. 20 kr. zur Last gesetzt worden ist.

Wiesbaden, den 26. Februar 1858.

Herzoglich Nassauisches Oberappellations-Gericht.

L. S. (gez.) Musset.

III. Ist eine Pfarrkirche für sich als eine juristische Person zu betrachten und kann ein angekauftes Grundstück auf deren Namen im Grundbuche eingetragen werden?

Gerichtsbehörden im ehemaligen Herzogthum Nassau verneinten diese Frage, indem sie die protestantische Anschauung, wornach die Kirchengemeinde als Corporation das Subject des Kirchenvermögens ist, auf die katholischen Kirchenverhältnisse übertragen wollten. Das Cultministerium veranlasste endlich Abhilfe. Wir lassen die betreffenden Actenstücke folgen.

1. Decret der Königl. Landoberschultheisserei zu Eltville vom 12. Januar 1867,

der Kaufvertrag zwischen dem Kirchenvorstande von Hallgarten einer- und Bernhard Kitzinger Eheleute von der andernseits betreffend.

Den Contrahenten wird hiermit eröffnet, dass ihrem Antrage vom 30. November v. J. um Eintrag der angekauften Parzelle auf

den Namen der Pfarrkirche Hallgarten nicht entsprochen werden kann, *da die Pfarrkirche für sich als eine moralische Person nicht zu betrachten ist, wohl aber die Kirchengemeinde.* [?!]

Es muss ihnen daher überlassen bleiben, den geeigneten Antrag auf Eintrag der angekauften Parzelle auf den Namen der Kirchengemeinde Hallgarten im Stockbuche dahier zu stellen.

Eltville, am 12. Januar 1867.

Königl. Landoberschultheisserei.

(gez.) Stamm.

2. *Erlass des bischöflichen Ordinariats zu Limburg vom 14. December 1866 an den Herrn Decan Müller zu Oestrich.*

Auf Bericht vom 11. Dec. 1866, die Einfriedigung des Kirchhofes zu Hallgarten betreffend.

Die Beanstandung der Königlichen Landoberschultheisserei gegen die Anerkennung der juristischen Persönlichkeit der Kirche kann als eine begründete nicht anerkannt werden. Es steht ausser allem Zweifel, dass die gemeinen Rechte den Tempeln diese Persönlichkeit beigelegt haben. Wir wollen zum Beweise hiefür nur auf die L. 15. C. 1. 2. de ss. ecclesiis hinweisen, in welcher Kaiser Zeno verordnet hat:

»Si quis donaverit aliquam rem — personae Martyris vel Prophetae aut Angeli *tanquam ipsi postea Oratorium aedificaturus* — cogitur opus perficere *et perfecto operi dare ea quae donatione continentur.* Idem et in Xenodochiis et Nosocomiis et Ptochiis locum obtinet, licentiam dando Episcopis et Oeconomis convenire ipsos;«

sowie auf die L. 27. C. ibid., in welcher Kaiser Justinian bestimmt hat:

»Si quidem D. N. J. Christum scripsit quis heredem vel ex asse vel pro parte, manifeste videri, ipsius civitatis vel castelli vel agri in quo constitutus erat defunctus, *ecclesiam sanctissimam institutam esse heredem.* Eodem obtinente et si legatum vel fideicommissum relictum sit, *ut ipsa competant sanctissimis ecclesiis* . . . . §. 1. Si vero unius ex Archangelis meminerit vel venerandorum Martyrum, *nulla facta aedis mentione,* — si quidem aliquis sit in illa civitate vel vicinia ejus *venerabilis locus* in honorem illius reverendissimi Archangeli vel Martyris constructus, *videri ipsum scriptum esse heredem;* si vero nullus talis locus est in illa civitate viciniave ejus, *tunc venerabilia loca quae in metropoli ejus sunt, videri instituta;* — si vero

illic nullus talis locus apparet, *denuo ecclesias, quae in illo loco sunt*, capere id debere.«

In gleichem Sinne wie das Römische Recht spricht sich auch das canonische Recht in zahlreichen Stellen aus, wie dies aus Professor Dr. *Schulte* in dessen Dissertation de rerum ecclesiasticarum Domino (Berolini 1851, typis G. Schade) pag. 47 seq. des Näheren zu ersehen und allbekannt ist. Wir wollen hier nur c. 1. X. de test. et ult. volunt. (III. 26.) hervorheben, woselbst es heisst:

»Quorundam ad nos relatione pervenit, quod Atellanae civitatis *Episcopus* condito testamento in octo unius substantiae suae nurum *haeredem instituit, ecclesiam suam in residuis quatuor.* Hortamur igitur, ut sollicite hoc discutias et quidquid ipsum habuisse patuerit, a qualibet persona detineri nullatenus patiaris nisi hoc solum quod eum ante episcopatus ordinem proprium habuisse constiterit. Quidquid vero *ecclesiae* ante ipsius consecrationem fuisse cognoveris vel in episcopatus ordine praedictum Episcopum acquisivisse, *in ejusdem ecclesiae dominio* conservetur.«

Es wird überflüssig sein noch an die gesetzlichen Bestimmungen über die Restitution der Kirchen zu erinnern.

Dass die Nassauische Gesetzgebung hieran Etwas geändert habe, ist nicht zu begründen, und wird vielmehr im Gegentheile durch viele gesetzliche Bestimmungen z. B. §§. 1. und 7. des Edictes vom 2. März 1816 in Betreff des Wirkungskreises der Rechnungskammer und §. 24. des Edictes vom 5. Juni 1816 in Betreff der Gemeinde-Organisation widerlegt.

Wir glauben nicht zweifeln zu dürfen, dass eine Mittheilung des Vorstehenden, womit die gerichtliche Praxis bis heute durchaus übereinstimmt, die Königliche Landoberschultheisserei veranlassen werde, ihr Bedenken gegen die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Pfarrkirche zu Hallgarten fallen zu lassen. Sollte übrigens ein hierauf gerichtetes Schreiben des Herrn Pfarrverwalters Bölke wider alles Erwarten erfolglos bleiben, so hätte der Kirchenvorstand *nach amtlich erklärter Verweigerung der Verbriefung* des Kaufvertrages an das Königliche Amt zu Eltville und eventuell weiterhin an den Civilsenat des Königlichen Hof- und Appellationsgerichtes zu Wiesbaden zu recurriren und den Recurs mit dem Inhalte dieses Schreibens kurz zu begründen.

Der weitere Verlauf der Sache ist Uns zu berichten.

Bischöfliches Ordinariat.

(gez.) Dr. Klein.

3. *Decret des Königl. Amtes zu Eltville vom 28. Januar 1867.*

Auf den von dem Herrn Pfarrverwalter Bölke zu Hallgarten, gegen das Decret der Königl. Landoberschultheisserei dahier vom 13. Jan. d. J. den Kaufvertrag zwischen dem Kirchenvorstand von Hallgarten einerseits und den Bernhard Kitzinger Eheleuten von da anderseits erhobenen Recurs betreffend.

In Erwägung:

dass, da der Kirche nicht, wie dem Fiscus als Subject des Staatsvermögens, sondern nur als universitas (congregatio fidelium), juristische Persönlichkeit zusteht (*Böhmer* J. E. P. Tom. II. pag. 278.), diese Congregation, also die Kirchengemeinde als Träger dieser juristischen Persönlichkeit erscheint, mithin auch die Verbriefung des fraglichen Vertrags auf die Kirchengemeinde zu erfolgen hat,

wird das Decret der Königl. Landoberschultheisserei dahier bestätigt und der Recurs verworfen.

Eltville, den 28. Januar 1867.

Königliches Amt.
gez. Padelinetti.

Hallgarten.
Zur Abgabe an Herrn Pfarrverweser
Bölke von da.

4. *Erlass des bischöflichen Ordinariats zu Limburg vom 1. Februar 1867 an Herrn Decan Müller zu Oestrich.*

Auf Bericht vom 30. v. Mts., die Einfriedigung des Kirchhofs zu Hallgarten betreffend.

Herr Pfarrverwalter Bölke hat dem Civilsenat des Königlichen Hof- und Appellationsgerichtes zu Wiesbaden einfach Abschrift seines Recursgesuches an das Königliche Amt Eltville und des darauf erhaltenen Decretes vorzulegen und auf den Inhalt seines Recursgesuches mit dem Beifügen sich zu beziehen, dass die von dem Königlichen Amte geltend gemachte Ansicht des Canonisten *Böhmer* hier als massgebend nicht in Betracht kommen könne, weil

a) *Böhmer* das kirchliche Recht *der Protestanten* dargestellt habe, welches in allen die Natur und das Wesen der von Christus gestifteten Kirche betreffenden Punkten ganz wesentlich von dem *katholischen* Kirchenrechte abweiche, um welches allein es sich im vorliegenden Falle handle; und weil

b) die obschwebende Frage nicht nach der *Ansicht* eines beliebigen, wenn auch angesehenen Canonisten zu entscheiden sei, sondern nach den *gesetzlichen Bestimmungen*, welche ganz unzweifelhaft *die Kirchen* (»heiligen Häuser,« wie c. 26. C. I. de Ss. Eccl. I. 2. habe) *und kirchlichen Institute*, nirgends aber *die Parochianen* als Eigenthümer des örtlichen Kirchengutes bezeichnen, wie dies in der Recurseingabe an das Königliche Amt Eltville bereits nachgewiesen sei und aus *Walter*, Kirchenrecht 12. Auflage §. 251. (»Es liegt in der Natur der Sache, dass das Eigenthum am Kirchengute zunächst *der örtlichen Anstalt*, wofür es *erworben oder gestiftet ist*, beigelegt wird .... die Vorstellung, dass das Eigenthum am Kirchengute *der Pfarrgemeinde als einer Corporation* zustehe, *hat sowohl den Geist dieses Verhältnisses wie den Bildungsgang des kirchlichen Eigenthums gegen sich.*«)

Schulte, System des katholischen Kirchenrechts 2. Thl. §. 94. (.... *Wie ist es möglich, dass im Ernste die Religionsgemeinden als Eigenthümerinnen angenommen werden? .... Einer Widerlegung dieser Ansicht aus der Geschichte bedarf* es wohl schon deshalb nicht, weil offenbar der grösste Theil des Kirchengutes gewiss nicht von Gemeinden herrührt, *und es völlig unerklärlich ist*, wie bei den Ansichten und dem Geiste der Kirche die Gemeinden Eigenthümer von Gütern geworden sein sollen, die nicht von ihnen herkamen, *zumeist vor ihnen bestanden*, da bekanntlich die Gemeinden ursprünglich nur die Kirchen, Begräbnissstätten, Klöster, u. s. w. anbauten;«)

Seitz, Recht des Pfarramtes der katholischen Kirche, Band 1. Seite 300 folgende und

Evelt, Die Kirche und ihre Institute auf dem Gebiete des Vermögensrechtes (Soest, 1843), des Näheren ersehen werden könne, welche Schriftsteller das ganz Verfehlte und dem Dogma wie der Verfassung der katholischen Kirche durchaus Widersprechende der Ansicht *Böhmer's* und seiner Meinungsgenossen in's hellste Licht gesetzt, und unter Anderem hervorgehoben hätten, dass eine Menge mit reichem Vermögen ausgestatteter Kirchen, z. B. alle sog. Collegiat-, Wallfahrts- und Ordenskirchen, nicht die geringste Beziehung zu irgend einer Kirchengemeinde als Trägerin ihrer juristischen Persönlichkeit habe.

Die Berichtsanlagen gehen anbei zurück.

Limburg, den 1. Februar 1867.

Bischöfliches Ordinariat.

5. Decret des Königl. Hof- und Appellations-Gerichts zu Wiesbaden vom 26. März 1867,

auf die Beschwerde des Pfarrverwalters Bölke zu Hallgarten wegen verweigerter Verbriefung eines Immobilienkaufs auf die Pfarrkirche zu Hallgarten betreffend.

Dem Beschwerdeführer wird eröffnet, dass, da der der amtlichen Entscheidung zu Grunde gelegte Rechtssatz —

cfr. auch *von Savigny* Syst. des heut. R. Bd. II. S. 266.,
Staatslexicon von *Rotteck* und *Welker* Bd. VIII. S. 216.,
Rechtslexicon Bd. VI. S. 127.

auch in der einschlagenden Particulargesetzgebung

cfr. Edict vom 9. October 1827, die Bildung des katholischen Centralkirchenfonds

Ausdruck gefunden hat, der erhobenen Beschwerde keine Folge gegeben werden kann.

Wiesbaden, den 26. März 1867.

Königl. Hof- und Appellations-Gericht, Civ.-Senat.
(gez.) Jeckeln.

6. Vorstellung des bischöflichen Ordinariats zu Limburg vom 14. Juni 1867 an Se. Excellenz den Herrn Staats- und Minister der geistlichen Unterrichts- und Medicicinal-Angelegenheiten Dr. von Mühler etc. etc. zu Berlin.

Ew. Excellenz

belieben aus dem ergebenst beigebogenen Actenverfolge zu ersehen, dass die Königliche Landoberschultheisserei zu Eltville mittelst Decretes vom 12. Januar l. J. den *Eintrag eines für die katholische Pfarrkirche zur allerseligsten Jungfrau Maria in Hallgarten gekauften Grundstückes deshalb verweigert hat, weil dieselbe als eine moralische Person nicht zu betrachten sei,* [?!] und dass die von dem Verwalter der Pfarrei Herrn Bölke hiergegen beim Königlichen Amte und weiterhin beim Königlichen Hof- und Appellations-Gerichte zu Wiesbaden erhobene Beschwerde erfolglos geblieben ist, weil diese Stellen ebenfalls die Ansicht hegen, die Kirchen seien keine Rechtssubjecte. Die bischöfliche Behörde hatte gehofft, das genannte Hofgericht von der Nothwendigkeit einer Remedur-Verfügung überzeugen zu können, ist aber auf ihr desfallsiges Schreiben vom 27. v. Mts. [siehe das folgende Actenstück Nr. 7.] benachrichtigt worden, es müsse dem Pfarrverwalter Bölke vom Hofgerichte überlassen werden, sich an die ihm vorgesetzte Behörde zu wenden, wenn er sich durch das bezügliche Decret beschwert erachte.

Für Ew. Excellenz wird es keines Nachweises bedürfen, dass es sich in der betreffenden Sache nicht um eine Beschwerniss des handelnd aufgetretenen Pfarrverwalters drehe, sondern um eine Beeinträchtigung der Kirche auf dem Gebiete des Vermögensrechtes von der allergrössten Erheblichkeit und Tragweite, und dass auch wenn sich jener Geistliche nicht beschwert erachtete, darum doch der Bischof die Ausserkraftsetzung der ergangenen Bescheide der Landesoberschultheisserei, des Amtes und des Königlichen Hof- und Appellations-Gerichtes veranlassen müsse.

Dass diese Bescheide im directesten Widerspruche stehen sowohl mit den Bestimmungen des gemeinen Rechtes, als mit der Particulargesetzgebung im vormaligen Herzogthum Nassau, mit den vom Königlichen Amte und dem Königlichen Hof- und Appellations-Gerichte citirten Autoren, mit der eigenen Amtsverwaltung und Rechtsprechung der betheiligten Behörden, und endlich mit der ganzen in unbestrittener Geltung stehenden Einrichtung und Manutention der katholisch-kirchlichen Vermögensverwaltung in Nassau, dies ist bereits, wie ich glaube, so überzeugend in dem vorgedachten Ordinariatsschreiben dargethan worden, dass ich mich einfach auf dasselbe beziehen und es dabei bewenden lassen kann, hier eine Zusammenstellung der in Bezug genommenen Stellen Nassauischer Edicte beizufügen: ich werde jedoch, falls Ew. Excellenz irgendwo Lücken in der Beweisführung finden oder noch weiteres Material zum Erweise der in voller allseitiger Anerkennung stehenden Rechtspersönlichkeit der katholischen Kirchen in Nassau desideriren sollten, mit Vergnügen mich so eingehend äussern als es nöthig werden wird, um in vollste Evidenz zu stellen, dass sowohl das Königliche Amt als das Königliche Hof- und Appellations-Gericht die von der Königlichen Landoberschultheisserei ganz unerklärlicher Weise mit einem Male verneinte Frage, ob Kirchen Rechtssubjecte, moralische Personen seien, unbedingt sofort hätten bejahen müssen, und dass beide Gerichtsstellen diese rein praktische Rechtsfrage durchaus irrthümlicher Weise mit der davon völlig verschiedenen rein theoretischen confundirt haben, wie die unbestreitbar gesetzlich und factisch vorliegende Rechtspersönlichkeit der Kirchen wissenschaftlich zu construiren sei, ob durch Festhaltung der alten christlichen Ansicht von der Rechtsfähigkeit des Herrn und seiner Heiligen, wie sich dieselbe historisch angeschlossen hat an die heidnisch-römische Ansicht von der Besitz- und Erbfähigkeit der Gottheiten, oder aber durch Zuhülfenahme und Uebertragung der Grundsätze von den Corporationen auf die zu einer Pfarrgenossenschaft vereinigten Gläubigen.

Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir Ew. Excellenz ganz ergebenst um hochgefällige Einschreitung bei dem Königlichen Herrn Justizminister zu bitten, damit Hochderselbe, als in die bezügliche Competenz des frühern Herzoglich Nassauischen Staatsministeriums zur Beaufsichtigung der Mittel-Gerichte eingetreten (Nassauisches Gesetz vom 24. Juli 1854 §. 1. pos. 4.), das Königliche Hof- und Appellations-Gericht zu Wiesbaden geneigtest anweise, das beschwerende Decret vom 26. März l. J. aufzuheben und dahin zu verfügen, dass der katholischen Pfarrkirche zur allerseligsten Jungfrau in Hallgarten (oder deren Fonds) das Eigenthum des angekauften Grundstückes in dem Stockbuche der Gemeinde Hallgarten zugeschrieben werde.

Mit Rücksicht auf die Länge der Zeit, während welcher der Gegenstand bereits schwebt, glaube ich schliesslich um thunlichste Beförderung der Erledigung desselben bitten zu dürfen, und geharre hochgefälliger Mittheilung des erfolgten Endbescheides.

Limburg an der Lahn, den 14. Juni 1867.

Der Bischof von Limburg

(gez.) † *Peter Joseph.*

7. Vorstellung des bischöflichen Ordinariats zu Limburg v. 27. Mai 1867 an das Königliche Hofgericht zu Wiesbaden.

Auf Bericht des Herrn Decans Müller zu Oestrich vom 17. v. Mts. die Einfriedigung des Kirchhofes zu Hallgarten betreffend.

Herr Pfarrverwalter Bölke zu Hallgarten hat Uns mit der Bitte um geeignete Verfügung das Decret vom 26. März l. J. ad Nr. 2796 und 3032 vorgelegt, wodurch geehrte Stelle dessen Beschwerde wegen verweigerter Verbriefung eines Immobilienkaufs auf die Pfarrkirche zu Hallgarten deshalb abgewiesen hat, weil der der amtlichen Entscheidung zu Grunde liegende Rechtssatz, dass der Kirche nur als congregatio fidelium juristische Persönlichkeit zustehe, auch in der einschlagenden Particulargesetzgebung Ausdruck gefunden habe.

Da dieser Bescheid, falls er in Kraft bliebe, praktisch die Folge haben würde, dass die Pfarrkirche zu Hallgarten nicht in den Besitz der für sie angekauften Grundfläche kommen könnte, und principiell derselben überhaupt die Erwerbfähigkeit benähme, ja sämmtliche katholische Kirchen in Nassau ihrer bisher anerkannt gewesenen Rechtspersönlichkeit beraubte, so müssen Wir pflichtmässig dahin wirken, dass die Decretur des Königlichen Hof- und Appellations-Gerichtes vom 26. März l. J. wieder aufgehoben werde. Zu diesem Zwecke wenden Wir Uns unmittelbar an den verehrlichen Gerichtshof, indem

Wir unterstellen, dass derselbe, da es sich nicht um ein Processdecret handelt, durch keine Competenz-Bestimmung abgehalten sei, den in Rede stehenden Bescheid durch einen andern, Unserer Reclamation günstigen zu ersetzen.

Bekanntlich ist die an das Königliche Hof- und Appellations-Gericht gelangte Beschwerde des Herrn Pfarrverwalters Bölke dadurch veranlasst worden, dass die Königliche Landoberschultheisserei zu Eltville mittelst Decrets vom 12. Januar l. J. dem Kirchenvorstande zu Hallgarten (und den Bernhard Kitzinger's Eheleuten dortselbst als Mitcontrahenten) eröffnet hatte, dem Antrage auf Eintrag der angekauften Parzelle *auf den Namen der Pfarrkirche* zu Hallgarten könne nicht entsprochen werden, »*da die Pfarrkirche für sich als eine moralische Person nicht zu betrachten sei*, wohl aber die Kirchengemeinde;« und dass demnächst auf die vom Herrn Pfarrverwalter Bölke hiergegen erhobene Beschwerde vom Königlichen Amte zu Eltville unterm 28. Januar l. J. die angegriffene Eröffnung der der Landoberschultheisserei mit der Motivirung bestätigt wurde, »dass der Kirche nicht wie dem Fiscus als Subject des Staatsvermögens, sondern nur als universitas (congregatio fidelium) juristische Persönlichkeit zustehe, also die Kirchengemeinde als Trägerin dieser juristischen Persönlichkeit erscheine.«

Wir müssen offen gestehen, dass Wir ausser Stande sind, zur nöthigen Klarheit über bezügliche Auffassung des Königlichen Amtes Eltville zu gelangen, da es für den vorliegenden praktischen Fall doch wohl ganz allein darauf ankommt, ob die Pfarrkirche zu Hallgarten erwerb- und besitzfähig sei, nicht aber auf eine rechtswissenschaftliche Entscheidung der Frage nach dem Träger eben dieser Besitz- und Erwerbfähigkeit, resp. nach dem Eigenthümer des Vermögens dieser Kirche, gerade sowie bei dem Verlangen der Verbriefung eines Immobilienkaufes für den Nassauischen Domänenfiscus Unseres Wissens niemals die Streitfrage in Betracht gezogen worden ist, wem dieser Fiscus gehöre, ob dem durchlauchtigsten Herzoglichen Hause oder dem Staate Nassau. Wir wenden Uns denn auch zunächst zur Prüfung des von der Königlichen Landoberschultheisserei ausgesprochenen Satzes, dass die Pfarrkirche zu Hallgarten nicht als moralische Person, d. h. nicht als erwerb- und besitzfähig zu betrachten sei, und erweisen mit Leichtigkeit aus dem Rechte wie aus in die Augen springenden Thatsachen die Besitz- und Erwerbfähigkeit aller katholischen Tempel als über jeden Zweifel erhaben. Um zunächst einige solche Thatsachen hier anzuführen, legen Wir drei von Herrn Pfarrverweser Bölke amtlich ausgestellte Declarationen bei, deren

erste der Eintrag der Pfarrkirche als einer res sacra extra commercium unter Nr. 7. des Brandcatasters der Gemeinde Hallgarten, die zweite das Vorliegen von Schuld- und Pfandverschreibungen und Kaufcontracten für den der Pfarrkirche gehörigen Fond, und die dritte das regelmässige Geführtwerden einer jährlichen, von der verordneten Staatsbehörde revidirten *Rechnung über eben diesen Fond* documentirt. Diesen Schriftstücken fügen Wir eine decanatsamtlich beglaubigte Series von Auszügen aus den Schuld- und Pfandverschreibungen zu Gunsten des Fonds der Pfarrkirche zu Oestrich bei, darunter *zwei vom Herzogl. Landoberschultheissen Hammer ausgefertigte.* Wäre es nöthig, so liessen sich solche Nachweise *für alle katholischen Kirchen in Nassau* beibringen, denen nicht wie z. B. der hiesigen Domkirche und der Wallfahrtskirche zu Bornhofen durch die letzte Säcularisation ihr Vermögen genommen worden ist. — Was sodann die gesetzlichen Bestimmungen betrifft, so haben Wir deren in dem abschriftlich beigebogenen Rescripte vom 14. December v. J. ad N. O. E. 3085. und vom 1. Februar l. J. ad N. O. E. 266. aus dem gemeinen Rechte und unserer Particular-Gesetzgebung angeführt. Um nicht allzu weitläufig zu werden, enthalten Wir Uns einer Vermehrung der dortigen Citate und begnügen Uns auf diejenigen Stellen des Römischen Rechtes hinzuweisen, welche *Thibaut*, System des Pandectenrechts 8. Aufl. §. 1014. Note x. für den Satz citirt, dass alle *unbeweglichen* Sachen *der Kirchen* (und milden Stiftungen) und *alle* Sachen der *Römischen* Kirche der praescriptio longi temporis nicht fähig seien, und auf diejenigen des canonischen Rechtes, welche *Walter,* Kirchenrecht 12. Aufl. §. 253. Note 10 und 11. als Beweisstellen für das Vindications- und Restitutionsrecht der Kirchen bei ungültigen oder nachtheiligen Veräusserungen, sowie *Schulte*, System des Kirchenrechts §. 165. S. 676—685. als solche für den Rechtssatz bezeichnet, dass wie durch Anweisung des Grund und Bodens zum Bau einer Kirche und den wirklichen Bau, so *auch durch deren Dotation das Patronatsrecht an derselben erworben werde.* Die gesetzliche Anschauung über den Fragepunkt gipfelt in der bekannten Bestimmung, dass keine Kirche *ohne entsprechende Dotation* für ihre Unterhaltung und verschiedenartigen Bedürfnisse *erbaut werden solle* c. nemo Ecclesiam 9. de Consecr. dist. 1. c. cum sicut 8. de Consecr. Eccles. und c. 1. de Censibus; sodann Pontif. Rom. de benedictione et impositione primarii lapidis pro ecclesia aedificanda gleich im Eingang, und de Eccles. Dedicatione in der Allocutio Pontificis ad populum, woselbst auch die Strafbestimmungen des Conciliums von Trient Sess. 22. cap. 11. de Ref. und Sess. 25. c. 12. de Ref. gegen die Usurpatoren *der Güter und*

Zehnten einer Kirche in extenso allegirt werden. Die im corpus juris civilis wie im corpus juris canonici klar statuirte Besitz- und Erwerbfähigkeit der christlichen Tempel wird demgemäss von allen Lehrern des Römischen und canonischen Rechtes als etwas ausser aller Frage Liegendes behandelt. So schreiben z. B. *Walter*, Kirchenrecht 12. Aufl. §. 251.: »zunächst ist die Pfarrkirche oder das kirchliche Institut als das Subject desselben (Eigenthums am Kirchengut) zu betrachten;« *Schulte*, Kirchenrecht 2. Th. S. 487.: »Das canonische Rechtsbuch wie auch das Römische reden stets von Sachen *der einzelnen Kirchen*, deren proprietas, res propriae, res ad jus et proprietatem alicujus ecclesiae spectantes, woraus sich zur Genüge nur *die* Anschauung einzig und allein folgern lassen kann, dass es die einzelne Kirche u. s. w. als Eigenthümerin ansehe;« *Schenkl*, jus eccles. §. 359.: »Qui bona usibus ecclesiae sacrarunt, haec bona modo speciali voluerunt esse deo sacrata *ecclesiisque propria*;« *Mühlenbruch* in Glück's Commentar 40. Th. §. 1438. b. S. 15.: »Durch die öffentliche Anerkennung der christlichen Kirche war auch zugleich *die juristische Persönlichkeit derselben* anerkannt; doch hielt Kaiser Constantin es für nöthig, der Kirche die Erbfähigkeit ausdrücklich zu verleihen. Nun hatten aber *die einzelnen Kirchen* und sonstigen religiösen Anstalten in vermögensrechtlicher Beziehung *ihre selbstständigen*, von denen *der übrigen verschiedenen Interessen;* es bedurfte daher besonderer rechtlicher Bestimmungen darüber, wie es gehalten werden solle, wenn Jemand ohne nähere Bezeichnung der Kirche oder Anstalt liberale Anordnungen geradezu für die Kirche oder für solche Zwecke treffe, welche mit derselben in genauer Verbindung stehen. Hiervon ist bereits am a. O. ausführlich gehandelt worden (B. 39. S. 445—466.). Andere gesetzliche Bestimmungen betrafen den Fall, wenn die Verfügung sich auf eine noch nicht vorhandene Stiftung bezog — wenn also *die Stiftung einer Kirche* oder einer anderen religiösen Anstalt dadurch beabsichtigt wurde;« B. 39. S. 466.: »Ganz willkürlich ist übrigens die Meinung mancher Juristen, dass die Einsetzung von J. Christo oder eines Erzengels oder Heiligen ebenfalls als Einsetzung der Armen zu behandeln sei. Zu dieser Meinung haben wohl die Aeusserungen unserer Rechtsquellen die nächste Veranlassung gegeben, dass *die Kirche ihr Vermögen* zur Unterstützung der Armen zu verwenden habe, weshalb denn dasselbe auch im canonischen Rechte das Vermögen der Armen genannt wird. *Dadurch kann aber die Kirche nicht aufhören, das eigentliche Subject dieses Vermögens zu sein;* mithin muss es bei der Bestimmung des canonischen Rechtes bleiben, dass eine solche Erbeseinsetzung

auf die dem Heilande oder dem genannten Heiligen *gewidmete Kirche* zu beziehen sei, oder, gibt es eine solche an dem Wohnorte des Erblassers oder in dem Lande nicht, *auf die übrigen Kirchen.«* — In gleicher Weise sprechen sich auch der vom Königlichen Amte Eltville citirte *Böhmer* und die vom Königlichen Hof- und Appellations-Gerichte citirten Schriftsteller aus. So sagt *Böhmer*, I. Par. Sect. V. c. 1. §. 7.: »Possint vero bona ecclesiastica considerari vel *quatenus a sola ecclesia* adhuc possidentur et ab *illa* inde omnis utilitas percipitur; vel quatenus illis qui ecclesiae vel proxime vel remote inserviunt, concessa sunt, ut inde fructus percipiant.« §. 8.: »Refero ergo ad bona ecclesiastica illud omne *quidquid est in ejus (sc. ecclesiae) patrimonio jure quocunque* et ex quo *ecclesiae reditus* augentur, unde et *subsellia huc referri possunt* .... oritur inde universitas rerum et jurium *ad ecclesiam pertinentium*, uti est in ipsa ecclesia, paroecia, abbatia cum suis pertinentiis, dominiis ac territoriis.« §. 15.: »Qui quasi pater ecclesiae est h. e. *qui eam exstruxit* ..... *dotem ecclesiae quam exstruxit sufficientem constituere debet*, adeo ut episcopus non possit consentire in exstructionem ecclesiae *nisi prius constet de dote ad conservationem ejus sufficiente.«* §. 32.: »Inde apparet, ecclesiam illa bona (sc. ecclesiastica seu parochialia) *possidere jure humano.«* Cap. 3. §. 2.: »bona ecclesiastica *patrimonium ipsius ecclesiae* facta sunt.« §. 5.: » .... quamvis *olim* bona ecclesiastica fuerint bona universitatis, ecclesiasticae, *postea* tamen desierunt talia esse, *et patrimonium templi vel potius Cleri facta sunt.«* Jus eccles. prot. T. 3. Lib. 3. tit. 48. §. 10.: »quod *templa sine idonea dote* subsistere non possent.« §. 40.: »Equidem ut talis destructio praecaveatur, cautum est antiquis legibus, ut nulla ecclesia *sine sufficiente dote aedificaretur.«* §. 41.: »Extrema hujus canonis verba docent, *bona* ecclesiarum ruinis involutarum quae refici nequeunt, aliis unienda esse.« §. 55.: »Id itaque evictum est, postquam *dos* sufficiens ecclesiis noviter exstructis tribui coepit, *ex ejus reditibus* hoc onus (sc. refectionis) praestandum fuisse.« *Richter* in *Rotteck's* und *Welker's Staatslexicon* Aufl. von 1847, B. 8. s. v. Kirchenvermögen S. 212.: »Von dieser Zeit an ist der Satz, *dass die Kirchen* und kirchlichen Institute *als juristische Personen* des Vermögenserwerbes fähig seien, *ein anerkannter*, auch in die neueren Gesetzgebungen aufgenommener *Theil des Rechtes.«* — *Jacobson* im *Weiske'schen Rechtslexicon* s. v. Kirchengut S. 147.: »Die gemeinen Kirchensachen bilden das eigentliche Kirchenvermögen, *patrimonium, peculium ecclesiae.«* S. 135.: »Veräusserung bezeichnet hier jede dauernde Veränderung *eines der Kirche zugehörigen Objectes*, also *nicht nur förmliches Aufgeben des*

Eigenthums durch Verkauf u. s. w.« S. 132: »*Als Vertreter der Kirche* können sie (sc. die Verwalter des, wie es S. 129. heisst, *der Kirche* überhaupt *eigenthümlich zugehörigen Gutes*) auch *für dieselbe* Process führen, handeln dabei aber nur in ausdrücklichem oder stillschweigendem Auftrage der geistlichen Oberen und müssen sich auf Verlangen des Gegners ordentlich legitimiren. Verfahren sie ohne höhere Genehmigung, so verpflichten sie *die Kirche* nur soweit als eine vortheilhafte Entscheidung erstritten ist, wie sie überhaupt bei Eingehung lästiger Verträge ohne Autorisation der Oberen *die Kirche* nur soweit *obligiren*, als eine in rem versio erfolgt ist.« S. 118.: »Justinian bestimmte nachher, dass wenn Christus zum Erben ernannt sei, darunter *die Kirche des Wohnortes des Testators* zu verstehen sei; ist ein Erzengel oder ein Märtyrer eingesetzt, so ist es *die diesem gewidmete Kirche* des Wohnortes, oder *wenn es dort an einer solchen fehle, die der Hauptstadt der Provinz.* Im Falle des Zweifels solle *die Kirche* den Vorzug haben, *zu der der Erblasser besondere Zuneigung während seines Lebens gezeigt*, und wenn dies nicht nachweisbar, *die ärmste Kirche.*« Ferner s. v. Kirchen-Gebäude S. 105.: »Die weltliche Gesetzgebung bestätigte dies und trug überhaupt für *eine gehörige Dotation der einzelnen Kirchen Sorge.* Jede sollte wenigstens einen mansus haben, der von allen Zinsen befreit nur für den bestimmten Zweck zu gebrauchen sei.« S. 106.: »Auch nach der Aufhebung der alten Vertheilung des Kirchengutes wurde doch nicht überall *die Kirchenfabrik selbst* abgeschafft, vielmehr nach und nach eine solche, wo es thunlich war, wieder begründet. Dazu nahm man einen Theil der Oblationen, welche nach bestandener Observanz verschieden dem Pfarrer *und der Kirche* zugewiesen wurden, *die der Kirche zugefallenen Geschenke und Legate* . . . .« —

Die Erwerb- und Besitzfähigkeit der Kirche als juristischer Personen steht denn auch, dem gemeinen Rechte und der allgemeinen Doctrin entsprechend, in Nassau bis zur Stunde in anerkannter Wirksamkeit, wie die fast täglich vorkommenden Gesuche der Kirchenvorstände um die Ermächtigung zur Annahme von an ihre Kirchen legirten Messstiftungscapitalien und die bezüglichen jährlichen Veröffentlichungen der Vermächtnisse an katholische Kirchenfonds im Intelligenzblatte sattsam beweisen. Eben darum hat es sich auch noch niemals ereignet, dass die Rechtspersönlichkeit einer Kirche processualisch bestritten worden wäre: doch sind zur Einsicht die beigebogenen Erkenntnisse des Amtes Wiesbaden vom 5. August 1857, des geehrten Gerichtshofes selber vom 16. October 1857 ad N. H. und A. G. 7104. und des Oberappellations-Gerichtes vom 26. Februar 1858

ad Nr. 24. in Sachen des katholischen Kirchenvorstandes zu Niedergladbach gegen den Centralwaisenfonds wegen Herausgabe einer Erbschaft ein ganz evidenter Beweis dafür, dass alle drei Gerichtsstellen wie die gegnerische Partei die Erbfähigkeit der katholischen Kirche zu Niedergladbach, *und damit im Princip die gesetzliche Erwerbfähigkeit der katholischen Kirchen überhaupt,* als irgend einer Anfechtung unterliegend nicht von ferne betrachtet haben. Auch die Darstellung der im Trierisch gewesenen Theile des Bisthums geltenden Bestimmungen über die Kirchenbaulast in Flach's Entscheidungen unsers Oberappellations-Gerichtes Th. 2. S. 17 folg. enthält Stellen, so gleich im §. 1. Abs. 1., welche ausser Zweifel setzen, dass die Nassauische Jurisprudenz die Pfarrkirchen als erwerbfähig betrachte. Unter so bewandten Umständen dürfen Wir wohl mit Zuversicht erwarten, dass Königl. Hof- und Appellations-Gericht den Recurs des Herrn Pfarrverwalters Bölke bei weiterer gefälliger Erwägung vollkommen begründet finden und die Königliche Landoberschultheisserei Eltville zur Verbriefung des in Rede stehenden Immobilien-Ankaufes für die katholische Pfarrkirche zur allerseligsten Jungfrau Maria in Hallgarten anweisen werde.

Hiermit könnten Wir dieses ergebenste Schreiben schliessen, wenn nicht die geehrte Stelle in ihrem Decrete vom 26. März l. J. sich dahin ausgesprochen hätte, dass der dem amtlichen Bescheide zu Grund gelegte (angeblich von *Böhmer* gelehrte) Rechtssatz auch von *Savigny*, dem *Rotteck'schen* Staats- und dem *Weiske'schen* Rechtslexicon aufgestellt worden sei und in dem Edict vom 9. October 1827 Ausdruck gefunden habe. Dies nöthigt Uns die Aufmerksamkeit des Königlichen Hof- und Appellations-Gerichtes darauf hinzulenken, dass die Ansicht, als ob das kirchliche Vermögen nicht gegenüber dem Staate und anderen Religionsgemeinschaften Eigenthum der *Gesammtkirche,* und innerhalb der Kirche nicht eigenthümliches Stiftungsvermögen der *einzelnen* es zu ihrem Theile stiftungsmässig besitzenden *kirchlichen Institute,* Stiftungen und Corporationen (Klöster, Capitel u. s. w.) resp. ihrer verschiedenen Titel (Gott, Christus, Maria, Engel und Heilige) sei, sondern Eigenthum der Parochianen, der Gemeindeglieder, abgesehen davon, dass sie alles und jedes Anhaltes in den Gesetzen entbehrt, schon deshalb auf dem katholischen Rechtsgebiete Geltung nicht beanspruchen kann, weil sie absolut unverträglich ist mit dem katholischen Dogma resp. der Lehre der heiligen Schrift von der Person unseres *seiner heiligen Menschheit nach* zum Erben des Weltalls gesetzten Erlösers, dem alle Gewalt übergeben im Himmel und auf Erden Hebr. 1, 2., Matth. 28, 18.; von der Kirche als dem

Hause Gottes (1. Tim. 3, 15.,), als dem Leibe und der Braut Christi (Ephes. 1, 22. und 123., 5, 23 folg.; Apost. 19, 7.); von der kirchlichen Hierarchie, welche, den Papst als Stellvertreter des unsichtbaren Hauptes der Kirche an der Spitze, Christum den Herrn zu vertreten hat (Matth. 16, 18. 19.; 18, 17.; Joann. 20, 21.; Auctor. 20, 28.), und von der Zusammengehörigkeit der im Himmel triumphirenden, auf Erden streitenden und im Reinigungsorte leidenden Kirche als einer von ihrem göttlichen Stifter geordneten und unzertrennlichen Einheit (Ephes. 1. 20—23.; 4, 4—7.). Die gedachte Ansicht, mit dem protestantischen Widerspruche gegen den Charakter der Kirche als einer von Christus gestifteten Anstalt zur sichtbaren Vertretung seines prophetischen, hohenpriesterlichen und königlichen Amtes enge zusammenhängend, ist auch längst auf das Gründlichste von

Generalstaatsprocurator Dr. *Seitz:* Rechte des Pfarramts der katholischen Kirche (Regensburg 1841) Bd. 1. S. 100 folg., und: das rechtliche Verhältniss der katholischen Bischöfe Deutschlands (Mainz 1854) S. 40 folg.;

Stadtgerichtsdirector *J. Evelt:* die Kirche und ihre Institute auf dem Gebiete des Vermögensrechtes (Soest 1845);

Oberappellationsgerichtsrath Dr. *Elvers* in Schäfer's Archiv für praktische Rechtswissenschaft (Regensburg 1853) Bd. 1.; und

Professor Dr. *Schulte* in Prag: Dissertatio inauguralis de rerum ecclesiasticarum Domino secundum praecepta juris ecclesiastici catholicorum communis (Berolini 1851) und: Kirchenrecht Thl. II. §. 94.

widerlegt worden, und hat namentlich *Evelt* die Unverträglichkeit derselben mit dem katholischen Dogma, *Schulte* die absolute Haltlosigkeit derselben gegenüber dem positiven Rechte in gelungenster Weise dargethan. Sie zählt auch keinen einzigen namhaften katholischen Kirchenrechtslehrer der Gegenwart zu ihren Vertretern, und hat deren auch in der Vergangenheit niemals gehabt. Erst zu Kaiser Josephs II. Zeiten haben Hofcanonisten behufs Rechtfertigung der Staatsvergewaltigungen dieses Fürsten am Kirchengute es gewagt, dieselbe zu verlautbaren. Zum Belege hiefür erlauben Wir Uns auf die äusserst charakteristische Stelle in *Glück's* Commentar Thl. 2. §. 167. hinzuweisen, wo es u. A. heisst: »dass die res divini juris von den heidnischen Römern als ein Eigenthum der Götter sind angesehen worden, habe ich schon oben (S. 461.) bemerkt. An diesen Sachen konnte sich daher kein Mensch einiges Recht zueignen . . . . . Ob nun gleich diese Grundsätze das Gepräge des heidnischen Aberglaubens unverkennbar an sich tragen (— wie sehr *Glück* hierin irrt,

ist aus *Elvers* in der oben angeführten Abhandlung und aus *Evelt* l. c. zu ersehen —), so erhielten sie sich dennoch .... auch unter den christlichen Kaisern. Man glaubte, dass geweihte Sachen durch die Consecration eine gewisse innere Heiligkeit bekämen und ein besonderes Eigenthum Gottes oder Christi oder der Heiligen würden, denen sie wären geweiht worden. *Die Verordnungen der christlichen Kaiser sowohl als der Concilien und der Päpste geben uns hiervon die unwiderleglichsten Beweise* .... Allein *heutigen Tages* denken selbst die Katholiken über das Eigenthum der zum Gottesdienste geweihten Sachen richtiger. Ich will zum Beweise nur einen der grössten Canonisten unseres Zeitalters, den *Joseph Valentin Eybel«* (— derselbe ist bekanntlich schon längst verschollen; *Philipp's* Kirchenrecht Bd. 3. S. 374. nennt ihn mit *Rautenstrauch* als einen der »eifrigsten Vertheidiger der verderblichen Lehren des Febronianismus, der durch seine Schrift: Was ist der Papst? Veranlassung zu seiner Condemnation und zu seiner Beschämung durch einen ausgezeichneten protestantischen Schriftsteller — *Joh. von Müller* — gegeben habe) »reden lassen, welcher in seiner vortrefflichen Einleitung in das katholische Kirchenrecht Grundsätze davon vorträgt, *die mit dem Lehrbegriff des protestantischen Kirchenrechts auf das Genaueste übereinstimmen.* Es ist richtiger, sagt dieser *aufgeklärte* Katholik, wenn ich dasjenige, was zum Dienste Gottes bestimmt wird, vielmehr Gott *geweiht* als Gott *geschenkt* oder Gott *zum Eigenthum gegeben* nenne .... Fragt man nun aber, wo denn das Eigenthumsrecht hinkomme, dessen sich derjenige begibt, der seine Sache einer Kirche opfert, so ist diese Frage sehr leicht zu beantworten. Es kommt nämlich auf denjenigen, *dem diese Kirche gehört* .... Haben nun sämmtliche Mitglieder eines Staates zu gemeinschaftlicher Einrichtung und Ausübung des Gottesdienstes mit einander beizutragen, so ist das Eigenthum von dieser ganzen Stiftung beim ganzen Staat *oder bei dem Fürsten, auf welchen Alles, was der Staat Eigenthümliches hat, mittelst des Unterwerfungsvertrages übertragen worden ist.* Haben aber nur einzelne Gemeinden im Staate unter sich zur Stiftung gottesdienstlicher Sachen beigetragen, so sind zwar dieselben derjenigen Gemeinde von der Bürgerschaft eigen, welche sie zu ihrer Religionsübung auf ihre gemeinschaftliche Kosten angeschafft hat; allein das majestätische Recht der obersten Aufsicht in Religions- und Kirchensachen steht dem Landesfürsten auch über die den kirchlichen Gemeinden im Lande gehörigen Güter zu, *vermöge welcher er sich in den Fällen, wo es die Bedürfnisse des ganzen Staates erheischen, dieses Kircheneigenthums seiner Bürger auch wider ihren Willen*

zur Rettung oder Erhaltung des Staates zu bedienen berechtigt ist. Haben endlich einzelne Personen . . . . . hat aber der Stifter verordnet, dass die bestimmten Güter dazu verwendet werden sollen, an irgend einem Orte eine Kirche zu einem öffentlichen Gottesdienste einer christlichen Religionspartei zu erbauen und einzurichten; so sind dergleichen Güter als öffentliche Sachen dem Staate oder *desselben Regenten* mit dieser Bedingung übergeben worden, *dass wenn die Bedürfnisse oder der Nutzen des Staates nicht eine andere Bestimmung desselben erfordern sollten,* sie nach dem Willen und Verlangen desjenigen, der solche gestiftet hat, verwendet werden sollen.«

Dem hier in crassester Weise behaupteten staatsabsolutistischen Rechte der Kirchenberaubung nun, welches bekanntlich die französische Schreckensregierung bald darauf mit der Verfolgung der christlichen Religion praktisch gemacht hat, *nicht aber der Rechtsfähigkeit der einzelnen Kirchen*, treten *Rotteck*, das Rechtslexicon und *Savigny* an den im Decrete des geehrten Gerichtshofes citirten Stellen in anerkennenswerther Weise entgegen; *letztere vertreten sie vielmehr ausdrücklich,* wie die oben ausgehobenen Stellen aus *Böhmer*, *Rotteck* und dem Rechtslexicon evident beweisen und folgende Aeusserungen *Savigny's* l. c. S. 244.: »Die zweiten (sc. *juristische Personen*) pflegt man mit dem allgemeinen Namen *Stiftungen* zu bezeichnen. Die hauptsächlichsten Zwecke derselben bestehen in: Religionsübung (*wohin die höchst mannigfaltigen kirchlichen Institute gehören*), Geistesbildung, Wohlthätigkeit. (Anmerk. Wie unpassend es ist, den Namen der Corporationen für *alle juristischen Personen* zu gebrauchen, lässt sich leicht an manchen Stiftungen recht auffallend wahrnehmen. Wollte man z. B. ein Hospital als eine Corporation ansehen, wer wären denn die einzelnen Mitglieder, deren collective Einheit als Subject des Vermögens betrachtet werden könnte? Die in dem Hospital verpflegten Kranken gewiss nicht; denn diese sind blos Gegenstände der Wohlthätigkeit, nicht Theilhaber an dem Vermögen der Anstalt. Das wahre Subject der Rechte ist also ein als Person anerkannter Begriff, nämlich der Zweck der Menschenliebe, der an diesem Orte, auf bestimmte Weise, durch bestimmte Mittel, erreicht werden soll.) Auch hier aber finden sich nicht selten Uebergänge, die eine scharfe Begrenzung beider Classen ausschliessen; ja sogar Institute derselben Art haben in verschiedenen Zeiten bald der einen, bald der andern Classe angehört. So z. B. sind die Domcapitel und Chorherrenstifter zwar kirchliche Institute, zugleich aber wahre Corporationen. Die höheren Lehranstalten waren bei ihrer Entstehung wahre Corporationen, und zwar nach Verschie-

denheit der Länder bald der Lehrer, bald der Scholaren; in neueren Zeiten aber sind sie immer mehr Unterrichtsanstalten des Staates geworden: sie erscheinen nun nicht mehr als Corporationen, obgleich noch immer als juristische Personen, d. h. *des Vermögens fähige Subjecte.*« S. 264.: »Seitdem nun unter der Herrschaft christlicher Fürsten *die kirchlichen Institute* als *juristische Personen* auftreten, welches ist hier der Punkt, wohin wir die Persönlichkeit zu versetzen haben, oder wie haben wir uns genau das Subject *der ihnen zustehenden Vermögensrechte* zu denken.« S. 271.: »Der entscheidende Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist derselbe, *welcher oben für die individuelle Persönlichkeit der einzelnen Kirchen*, insbesondere *der Parochien*, geführt worden ist. Denn auch milde Stiftungen sind durchaus fähig, sowohl unter einander, als mit dem Staate, den Städten, *den Kirchen*, in so mannigfaltigen Rechtsverhältnissen zu stehen, wie sie nur unter Voraussetzung *juristischer Selbstständigkeit* möglich sind.« S. 267.: »Sie wollen damit (sc. mit dem Satze, dass die individuelle Kirchengemeinde, die Corporation *der zu einer bestimmten Kirche gehörenden Christen*, Inhaber des Kirchenvermögens sei), abweisen die Meinung derjenigen, welche entweder alles Kirchengut überhaupt *der Universalkirche*, oder das in jedem bischöflichen Sprengel befindliche Kirchengut *dieser Diöcesankirche* als Gemeingut zuschreiben. Sie führen gegen diese Meinung als entscheidend den Grund an, dass zwischen dem Pfarrvermögen zweier Parochianen Rechtsverhältnisse aller Art vorkommen können, namentlich Erwerb und Verlust durch Verjährung, sowie die Errichtung von Prädialservituten, welches nur unter Voraussetzung von zwei gänzlich getrennten Vermögensmassen möglich sei.«

Was *Savigny* hier sagt, gilt namentlich auch von dem (S. 266 folg.) von ihm für *seine Meinung* citirten *Gonzalez Tellez*, so dass die Lehre dieses Canonisten dienlich ist, die Ansicht *Savigny's* klar zu stellen. Wie wenig es nun die Meinung des *G. Tellez* auch nur von ferne ist, dass die Kirchen keine Besitzfähigkeit hätten, geht aus jeder Seite seines berühmten Commentars zum Lib. III. Tit. 13. de reb. Eccl. unzweifelhaft hervor, indem er z. B. zum cap. 1. u. A. Nr. 4. sagt: »cum *dominium rerum cujusque Ecclesiae* non in communi ad Ecclesiam, sed in particulari *ad talem spectet* .... et Ecclesia, *penes quam dominium residet*, *est res inanimata atque ita consensum praestare non potest.*« Und wie absolut unmöglich es ist, das Wort »communitas,« dessen *G. Tellez* an der durch *Savigny* angeführten Stelle sich bedient, von den *Parochianen* zu ver-

stehen, beweisen die unmittelbar folgenden Worte: »persona singularis non ut talis, sed ut pars et membrum communitatis habet in ipsis rebus *jus utendi ad sustentationem*, cum hac tamen differentia, quod alius est tantum membrum simplex, *ut Canonicus*, et *illum tantum habet usum;* alius vero est *membrum principale* et *caput totius communitatis*, *ut Episcopus*, qui habet *dispensationem et distributionem*,« sowie die vorher im Contexte stehenden Worte: »dominium rerum Ecclesiae residere penes Ecclesiam illam particularem, *cui talia bona applicata sunt pro dote*,« welchen Wir aus dem Commentar zum cap. 5. h. t. die weiteren beisetzen (Nr. 10.): »Est enim valde conveniens Ecclesiae, *ut ei conserventur bona propria*, ex quibus sumptus exhibeat ad alendos ministros et instauranda aedificia, *cum sine bonis temporalibus stare non possint;*« und (Nr. 13.): »Accedit, quia Ecclesia ipsa, *penes quam dominium residet*, *expers est animi seu consensus;* unde cum alienatio explicari debeat *per ejus Praelatos* et *illi* tantum sint *administratores*, possunt res ipsas distrahere.« Wäre noch irgend ein Zweifel möglich, ob *Gonzalez Tellez* nicht vielleicht doch unter der communitas die Parochianen, keineswegs aber die der Kirche vorgesetzten Kleriker verstehe (zu cap. 1. h. t. Nr. 4. und 5. spricht er ebenfalls wie an den eben angeführten Stellen von *Canonici* und dem *consensus clericorum*), und ob er wirklich den Kirchen ohne alle Bezugnahme auf Parochianen die Rechtsfähigkeit vindicire, so müsse derselbe jedenfalls vollkommen bei Lesung desjenigen schwinden, was der Autor zum Lib. III. Tit. 40. de consecr. Eccles., namentlich zu cap. 5. lehrt, woselbst er z. B. gleich anfangs schreibt: »qui fecit *Ecclesiam consecrare*, *tenetur eam dotare*,« und Nr. 2.: »probavi, jus patronatus acquiri ex *constructione* Ecclesiae et (ex) ejus dotatione.«

Bei so bestimmter Festhaltung der Rechtspersönlichkeit der einzelnen Kirchen und kirchlichen Institute Seitens der betreffenden Schriftsteller kann Unseres Dafürhaltens über den allein zulässigen Sinn ihrer Ansicht, dass die Gemeinden (und nicht Christus, Gott, der Titularheilige der Kirche oder die Gesammtkirche) Subjecte des Vermögens ihrer Kirche seien, ein Zweifel nicht obwalten, und aus derselben mit Recht um so weniger gefolgert werden, dass der Pfarrkirche zu Hallgarten die Erwerbfähigkeit abzusprechen sei, als die gedachten Autoren (für *Böhmer* beziehen Wir Uns gerade auf die vom Königlichen Amte citirte Stelle, resp. auf J. E. Prot. Tom. II. Lib. 3. Tit. 5. §. 31.) ja nach dem letzten Subjecte des *den Kirchen gehörigen, in deren Besitz befindlichen Vermögens* forschen, und als denselben gewiss nicht entgangen ist, dass nicht selten *in einer und*

der nämlichen Pfarrei (Gemeinde) *mehrere Kirchen mit eigenthümlichem Vermögen bestehen* (z. B. in der hiesigen und in der Frankfurter Stadtpfarrei drei!), welche jedes Rechtsgeschäft unter sich machen können — Kauf, Tausch, Schenkung u. s. w., was Alles unstatthaft und undenkbar wäre, wenn nicht die betreffenden Kirchen, sondern die Gemeinden, für deren religiöse Bedürfnisse sie bestimmt sind, Eigenthümerinnen ihres Vermögens im civilrechtlichen Sinne sein würden. Wir können hier die Bemerkung nicht unterdrücken, dass es im höchsten Grade befremden müsse, wenn den Kirchen *die ihnen nach klaren Gesetzestexten zustehende Rechtspersönlichkeit ab-* und den Gemeinden, *im Gegensatze zu den Pfarreien als vermögensfähigen Instituten,* also den Parochianen *ohne jeden gesetzlichen Text* die Rechtspersönlichkeit wollte zugesprochen werden.

Es erübrigt Uns noch darauf hinzuweisen, dass auch in dem vom Königlichen Hof- und Appellations-Gericht für den abweisenden Amtsbescheid angezogenen Edicte vom 9. October 1827 ausdrücklich unter §. 1. pos. 16. der Rechnungsüberschüsse *der Localkirchenfonds* gedacht, sonach die Besitzfähigkeit der einzelnen Kirchen (und zwar nicht blos der Pfarrkirchen!) anerkannt wird, und dass die pos. 17. vorbehaltene Beiziehung der Kirchen*gemeinden* zur Deckung *eines Fondsdeficits* offenbar Nichts für deren *auch sonst nirgendwo, namentlich auch nicht in einem Nassauischen Gesetze, ausgesprochene Corporationsberechtigung* beweisen kann, am Wenigsten zum Nachtheile der Rechtspersönlichkeit der Pfarrkirchen, denen ja häufig wegen Unzulänglichkeit *ihres Dotalvermögens* die Parochianen Steuerbeiträge zahlen müssen — wohl ein gewichtiges Argument dafür, dass dieselben nicht *Eigenthümer* der Pfarrkirche und ihres Vermögens im civilrechtlichen Sinne sein können. Dem erlauben Wir Uns die Bemerkung beizufügen, dass unstreitig im Sinne *Savigny's* u. s. w. die Katholiken Nassaus als das Eigenthumssubject für den katholischen Centralkirchenfonds gelten müssen, dass aber das Königliche Hof- und Appellations-Gericht gewiss dessen ungeachtet diesem Fonds die Rechtspersönlichkeit nicht wird absprechen wollen. Die Anwendung auf den rubr. Fall ergibt sich von selbst.

Schliesslich bitten Wir um baldgefällige Erledigung dieses ergebensten Schreibens und demnächstige Rückgabe der Anlagen.

Limburg, den 27. Mai 1867.

Bischöfliches Ordinariat.

(gez.) Dr. Klein.

8. Erlass des Königl. preuss. Cultministeriums dd. Berlin, den 18. September 1867.

Aus Anlass des gefälligen Schreibens vom 14. Juni c. habe ich zur Erledigung der von Ew. Bischöflichen Hochwürden gegen die Verfügungen des Amtes in Eltville vom 28. Januar d. J. und des Hof- und Appellations-Gerichts zu Wiesbaden vom 26. März d. J., wodurch die Beurkundung eines Kaufvertrages über Immobilien auf den Namen der Pfarrkirche in Hallgarten als Käuferin verweigert wurde, erhobenen Beschwerde, die Vermittelung des Herrn Justiz-Ministers in Anspruch genommen.

Da der Gegenstand der Beschwerde nicht zu der, den Geschäftsgang betreffenden Oberaufsicht des Justizministers über die Gerichte gehörte, sondern eine Frage des materiellen Rechts betraf, worüber von den Gerichten im Instanzenzuge zu entscheiden war, so hat der Herr Justizminister die gedachte Beschwerde dem vormaligen Königlichen Ober-Appellationsgericht in Wiesbaden, von welchem nach Lage der Verhandlungen eine Entscheidung noch nicht erfolgt war, zur ressortmässigen Verfügung überwiesen.

Von dem letzteren ist unter dem 22. August c. die abschriftlich beifolgende Verfügung erlassen worden, wodurch die erhobene Beschwerde ihre Erledigung gefunden hat.

Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen- Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten

Ulrich.

An

des Bichofs von Limburg Herrn Dr.
Blum Bischöfliche Hochwürden
zu Limburg.

9. Decret des Königl. Ober-Appellationsgerichts zu Wiesbaden vom 22. August 1867,

auf die Beschwerde des Kirchenvorstandes zu Hallgarten, Königlichen Amts Eltville,

wegen verweigerter Verbriefung eines Immobilienkaufs auf den Namen der Pfarrkirche daselbst.

Dem Beschwerdeführer wird auf seine gegen das Decret des Königlichen Hof- und Appellations-Gerichts dahier am 26. März d. J. ad Nr. 2796 und 3032 erhobene Beschwerde eröffnet, dass die Königliche Landoberschultheisserei zu Eltville angewiesen worden ist, auf desfallsigen erneuerten Antrag der Contrahenten, den von dem Kirchenvorstande zu Hallgarten mit Bernhard Kitzinger und dessen Ehefrau abgeschlossenen Immobilienkauf vorschriftsmässig zu verbriefen und demnächst die Ueberschreibung im Staatsbuche in den für das übrige Vermögen der Localkirche bestehenden Artikel mit dem Eintrage des katholischen Kirchenfonds als speciellen Erwerbers zu bewirken.

Wiesbaden, den 26. August 1867.

Königliches Oberappellations-Gericht.

(Fortsetzung folgt.)

Erlasse

des Fürstprimas Erzbischofs Johannes Simor von Gran über die Volks-Erziehungsvereine in Ungarn.

1. Cura scholae et institutionis prolium in eadem commendatur, et de coetibus sic dictis scholaribus. (Nr. 1214.)

Qui historiam primis labiis degustavit, novit profecto, Ecclesiam Catholicam esse matrem scholarum, et institutionis pubi succrescenti impertiendae, ut adeo historiam institutorum litterariorum recensere idem sit, ac elogia Ecclesiae in erigendis ac conservandis scholis, in custodiendis et ab interitu vindicandis litteris ac litterarum adminiculis enarrare. Notae sunt scholae claustrales, quae tot fere numero exstiterant, quot claustra erigebantur. Quis porro ignorat parvisia, sive scholas elementares, in porticu, sive atrio aedium sacrarum exstructas, ac a pube parochiana institutionis in litteris hauriendae causa frequentatas. Nimirum ut Ecclesia divinae, quam ab Unigenito Dei Filio accepit missioni docendi his verbis: »euntes docete omnes gentes, baptizantes eos in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti, docentes eos servare omnia, quae mandavi vobis[1])« curatius responderet, institutioni, quam in Ecclesia impertivit, scholasticam omni tempore addidit, ministris suis gravem injungendo obligationem, ut ad impertiendam tam illam, quam etiam hanc institutionem solertissime incumberet. Quis constitutiones Summorum Pontificum, aut Synodorum decreta recensere valeat, quorum tenore omnibus ad vineam Domini vocatis operariis inculcatur, praecipuam muneris sui partem esse: nedum palmites (nempe adultos fideles) viti Evangelicae, seu Christo Domino insitas, per charitatem Dei ac crebra virtutum exercitia Eidem unitas conservare, aut verbo et exemplo purgare a vitiis, ut fructuum plus afferant; verum etiam succrescentes olivarum novellas, (parvulos videlicet), necessariis doctrinae Christianae principiis ita excolere, ut illae quoque expectatum tempore suo faciant fructum[2]). Quod cum ita sit, non miremini FF. et FF. in Christo dilectissimi, quod eidem argumento inhaeream et instem, ut juventutis educationem ac institutionem summopere curae cordique habeatis. Succrescentem pubem instruere juxta christianae vitae praecepta, atque eorum cordibus habitum virtutis et pietatis paulatim imprimere, sacrorum ministrorum merito praecipuum munus reputa-

1) Matth. 28, 19. 20.
2) Joannes 15, 1—7.

tur. Etenim si suum decorem conservet Ecclesia, si verae pietatis specimina etiam nunc inter fideles conspiciantur, si patriae leges atque instituta quid firmamenti habeant, si denique multarum familiarum ingenita quasi sit religio, et morum honestas haereditate ad posteros transmittatur intacta, profecto haec omnia a recta prolium et adolescentium educatione ac formatione maxime sunt repetenda; prout vicissim ubi prolium educatio et institutio culpa parentum ac pastorum negligitur, illa oculis objiciuntur tristia sane ruditatis ac moralis depravationis spectacula, quae in circularibus ddto 30. Augusti h. a. Nr. 754. dimissis litteris adumbravi. Hinc est, quod quicunque humanae societatis malis mederi efficaciter intenderint, initium suae missionis ab hominum incunabulis repetant, sit necesse. Nec id ignorat adversa Religioni et recto in Civitate ordini impietas, quae dum homines pervertere et corrumpere connititur, juventutem suis telis maxime impetit.

Quum Vos magistri atque duces populi in via salutis sitis, parvulos convocate, in medio eorum munus doctoris agere in deliciis habete; dum adhuc tenelli sunt, eis viam, quae ad templum Domini et ad atrium ejus, nempe scholam ducit, ostendite; grandiores contra mundi illecebras, contra falsas atque perversas doctrinas praemunite; scholas quotidianas frequentissime adite, visitate; dominicales vero instituite, fovete. Scio quidem e querimoniis Cleri Dioecesis, quam antehac per decennium gubernavi, sed ex illis etiam, quae Vos mihi e decanalibus congregationibus vestris proposuistis, in quantas rem scholarem procuraturi offendatis difficultates, quarum haud postrema, imo vix non palmaris ac praecipua ab indolentia, ut ne dicam supina multorum parentum in prolibus suis ad scholam expediendis negligentia provenit, quae eo difficilius removetur, quo rarius ii Vobiscum cooperantur, qui possent, ac vi muneris sui etiam deberent Vobis in depellenda parentum incuria ac negligentia ope et auctoritate sua adesse. Interim quod vestrarum partium est, indefesso zelo ac diligentia agite. Ante omnia hic etiam bono exemplo praelucete. Videat populus, quod scholam frequentissime adeatis, experiatur, quod in eadem libenter commoremini, convincantur proles, quod in Vobis etiam intra septa aedium scholarium patres sui amantissimos habeant. Et procul dubio diligentem institutionis in schola frequentationem multum promovistis; omnem vero in casum obturavistis ora eorum, qui clamant, Cleri seu incuriae seu ignaviae tribuendum, quod scholae elementares tam multum desiderari abs se patiantur. Sine hoc exemplo verba vestra, quibus parentes ac proles monetis, obsecratis, arguitis ac increpatis, non multum, imo nihil habebunt roboris et efficaciae;

loquemini velut aes sonans, aut cymbalum tinniens, eritis sicut vox clamantis in deserto. »Coepit Jesus facere et docere« [1]) ergo prius fecit, dein docuit. En norma in omni ramo muneris pastoralis sequenda tutissima, quia per Dei Filium consecrata. Procul dubio non effugerunt attentionem vestram molimina, recentissimo tempore eo directa, ut res scholaris per coadunandos coetus sic dictos scholares promoveretur, qui non praecipiuntur, sed dumtaxat commendantur. Molimina haec tantum abest, ut reprobari debeant, ut potius laudari mereantur. Negari enim nequit, multorum ad eundem finem operandum unitis viribus illum facilius obtineri. Verumtamen coetus scholares e homogeneis elementis conflatos esse oportet, alioquin non concordiam, qua res parvae crescunt, sed discordiam parient, qua res etiam magnae et stabiliter constitutae dilabuntur. Ecclesia Catholica suas scholas heterogeneis influxibus patere tam parum vult, quam parum hujusmodi influxus alieni a sacris Catholicis cives suas in scholas et instituta educatoria ac litteraria patiuntur. Coetus proinde illos dumtaxat promovebitis vestra etiam ope vestroque studio, qui e viris catholicis coaluerint; imo hujusmodi coetibus ipsi quoque nomina vestra dabitis, illis velut adminiculis ad provehenda materialia scholae emolumenta, et quod caput rei est, ad excitandum et acuendum studium parochianorum vestrorum circa scholam, et quae in illa impenditur institutionem, nec non ad diligentiorem reddendam scholae frequentationem a succrescente pube usuri.

Denique serio apud animum vestrum perpendite, per curam, quam geritis animarum, nihil instantius a Vobis requiri, quam ut proles, dum litteras discunt, eodem tempore bonis moribus solidius informentur et in doctrina catholica profundius instruantur.

Datum Strigonii, die 25-a Octobris, 1867.

2. Statuta coetuum scholasticorum catholicorum. (*Nr. 1722.*)

In subnexo communico cum DD. Curatis statuta coetuum scholarium catholicorum erigendorum, coordinandorum et dirigendorum, quae statuta usitatis in hac Archi-Dioecesi linguis [Hungarica, Germanica, Slovatica] concinnata insuper in pluribus exemplaribus ad singulum VADiaconalem Districtum, respective ad quamlibet parochiam dimittuntur, quorum aequa repartitio DD. VADiaconis committitur. Circa utilitatem hujusmodi coetuum sive unionum scholasticarum et conditionem, sub qua illas utiles, proficuas, ac ideo erigendas ac promovendas censeo, in circularibus dd. 25. Octobris h.

---

1) Act. 1, 1.

a. Nr. 1214. exaratis litteris me enunciavi, ibidem igitur dicta repetere nolo. Novitate rei alii allicientur, alii deterrebuntur, hi clarificandi, illi manuducendi sunt. Cum omne initium durum esse soleat, coadunatio coetuum hujusmodi difficultate haud carebit, nec obices deerunt, qui nonnisi assiduo labore, solerti cura et prudentia removebuntur. Confido fore, quod DD. Curati hoc quoque respectu nihil abs se desiderari patiantur, quos simul provoco, ut de erectis coetibus scholaribus de tempore ad tempus ad Officium Dioecesanum referant.

Budae, die 20. Decembris 1867.

Statuten der Volks-Erziehungs-Vereine.

Zu Folge des von Sr. Exc. dem Herrn Cultus- und Unterrichts-Minister Baron Josef von Eötvös an die Behörden gerichteten Privat-Aufrufes [vgl. *Archiv* XIX, 317.], werden im ganzen Lande Volks-Erziehungs-Vereine gebildet, bei deren Bildung und Wirksamkeit massgebend folgende Regeln dienen können.

I. Titel und Zweck der Volks-Erziehungs-Vereine.

1. In Betrachtnahme dessen, dass die Unterstützung und Beförderung der Volks-Erziehung zum kräftigsten Hebel für das Familienglück und Staatswohl dient, soll in jedem Pfarrbezirke der Kirchensprengel Ungarns ein Verein gebildet werden.

2. Ein dermassen gebildeter Verein wird den Titel »Katholischer Volks-Erziehungs-Verein« führen.

3. Der Zweck des Vereines besteht darin: die Angelegenheiten der Volks-Erziehung im Allgemeinen geistiger und materieller Weise zu unterstützen und zu befördern, und rücksichtlich dieses Zweckes sein Wirken neben den bestehenden Schulbehörden auf die Volks- und Normalschulen, im strengeren Sinne genommen, sowie auf die Kinderbewahr-Anstalten hilfreich auszubreiten.

II. Mitglieder des Vereins.

4. Den Verein bilden Stiftungs-, Unterstützungs- und ordentliche Mitglieder.

5. Stiftungs-Mitglieder sind jene, die zu Gunsten des Vereines ein- für allemal ein zinsbares Capital von wenigstens 20 Gulden sichern.

6. Ordentliche Mitglieder sind die Ortspfarrer und Lehrer, denen die Volkserziehung schon ihrem Berufe nach obliegt, und auch Jene, die zur Beförderung der Vereinszwecke monatlich 10 kr., oder jährlich auf einmal einen Gulden entrichten.

7. Unterstützungs-Mitglieder sind alle Jene, die das Wirken des Vereines auf was immer für eine Art befördern.

8. Vereins-Mitglieder können im Allgemeinen ohne Unterschied

des Geschlechtes und Alters jene Gläubigen der katholischen Pfarrgemeinden werden, welche die Beförderung der Volks-Erziehung anstreben.

9. Der Volks-Erziehungs-Verein kann auch ohne Vorhandensein von Stiftungs-Mitgliedern sich constituiren.

III. Die Vereins-Beamten.

10. Den Verein leitet der Vorstand, und im etwaigen Verhinderungsfalle der Unter-Vorstand. Ausserdem hat der Verein einen Schriftführer, einen Cassier, und einen mit der unmittelbaren Leitung der Vereins-Angelegenheiten betrauten, und aus einer gewissen Anzahl bestehenden Ausschuss.

IV. Die Art der Vereins-Bildung.

11. In der Gemeinde hat Jeder das Recht, die Bildung eines solchen Vereines anzuregen; wenn dies unterbliebe, werden es die Pfarrer und Lehrer als berufsmässige Volkserzieher unternehmen.

12. Sobald in einer Gemeinde zehn, für die Vereinszwecke geeignete Personen sich melden, kann der Verein gebildet werden.

13. Die sich meldenden Personen halten unter dem Vorsitze des Anregers eine Berathung, in welcher sie mit allgemeiner Stimmenmehrheit den Vorstand wählen, der allsogleich den Vorsitz übernehmend und die sich Gemeldeten zusammenzählend, den Verein für constituirt erklärt.

14. Der also constituirte Verein wählt auf gleiche Weise mit Stimmenmehrheit den Unter-Vorstand, den Schriftführer, den Cassier und den Ausschuss.

15. Alle Beamten und in Folge dessen auch sämmtliche Ausschuss-Mitglieder können nur aus den Stiftungs- und ordentlichen Mitgliedern gewählt werden, und zwar die Letzteren zur Zahl der Vereins-Mitglieder in dem Verhältnisse wie 6 zu 24; zu deren Zahl auch Ersatz-Mitglieder gewählt werden können.

16. Der Pfarrer und Lehrer sind in Anbetracht ihres Berufes stete Ausschuss-Mitglieder; wenn aber in der Gemeinde zwei oder mehrere Lehrer wirken, dann haben selbe unter sich zu bestimmen, welcher von ihnen in den Ausschuss treten solle; indessen können von der Versammlung auch die übrigen zu Ausschuss-Mitgliedern gewählt werden.

17. Die Verpflichtung der eingetragenen Mitglieder dauert ein Jahr, nach welchem Jedem freisteht, aus dem Vereine zu treten.

18. Nach gleicher Art können auch Filial- oder selbstständige Frauen-Vereine gebildet werden, deren Hauptaufgabe die Beförderung der Kinderbewahr-Anstalten und der Mädchenschulen sein wird.

V. Wirkungskreis der Vereins-Beamten.

19. Der Vorstand leitet das ganze Gebahren des Vereines; beruft die Mitglieder zu den General- und Ausschuss-Versammlungen; bestimmt Ordnung und Mass der Amtsverrichtungen; vertheilt unter den Ausschuss-Mitgliedern Mühe und Arbeit; weist bis zu einer gewissen von der General-Versammlung bestimmten Summe die Ausgaben an; unterschreibt die Protokolle, und verfertigt die vorschriftsmässigen Ausweise. Der Vorstand nimmt die neuen Mitglieder auf, ist aber gehalten, ihre Aufnahme nachträglich der General-Versammlung vorzulegen.

20. Der Unter-Vorstand ersetzt im Verhinderungsfalle den Vorstand und hat die Aufgabe, dem Vorstand in allen Dingen behilflich zu sein.

21. Die Pflicht des Cassiers ist: die eingeflossenen Gelder zu überwachen, selbe getreulich zu bewahren, auf die Anweisung der General-Versammlung (oder des Vorstandes oder des Ausschusses bis zu einer gewissen Summe) zu verausgaben, über die Einnahmen und Ausgaben eine genaue Rechnung zu führen.

22. Der Schriftführer hat bei den General- und Ausschuss-Versammlungen den Gang der Berathungen und die gefassten Beschlüsse zu Protokoll zu nehmen, und bei allen, im Interesse des Vereines zu fassenden schriftlichen Aufsätzen dem Vorstande beizustehen.

23. Die Aufgabe des Ausschusses wird sein: die Gegenstände für die General-Versammlung vorzubereiten, selbe durch seine Aufschlüsse bei den gepflogenen Berathungen zu beleuchten, die gemachten Beschlüsse durch alle möglichen ihm zur Verfügung stehenden Mittel auszuführen, die Jahresrechnungen zu prüfen, und das Ergebniss derselben der General-Versammlung zu unterbreiten.

24. In der letzten General-Versammlung des Jahres, nachdem die Beamten über ihr Gebahren Bericht erstattet haben, legen sie ihr Amt nieder, worauf eine neue Wahl geschieht.

VI. Von den Vereins-Versammlungen.

25. Der Verein hält General- und Ausschuss-Versammlungen.

26. Die General-Versammlungen werden das Jahr zweimal, oder nöthigen Falls auch öfter abgehalten. Die vorschriftsmässigen General-Versammlungen treten zur Frühlings- und Herbstzeit zusammen.

27. Die Ausschuss-Versammlungen hält jeden Monat der Vorstand, oder in dessen Verhinderungsfalle der Unter-Vorstand, und zwar stets an dem einstimmig bestimmten Tage und Orte.

28. In der General-Versammlung wird über den geistigen und materiellen Zustand des Vereines und der Schule Bericht erstattet; es

wird ferner über die etwaigen Mängel verhandelt, über deren Abhilfe Pläne und Vorschläge beantragt, besprochen und festgesetzt.

29. Auch werden daselbst die neu aufgenommenen Mitglieder verkündet oder vorgestellt, die von den Unterstützungs-Mitgliedern und anderen Wohlthätern zu Gunsten des Vereines gebrachten Opfer veröffentlicht, und die Ausschliessung aus dem Vereinsbande der die Vereins-Statuten übertretenden Mitglieder beschlossen.

30. Die General-Versammlung weist die Gelder an und ermächtigt den Vorstand und den Ausschuss zur Anweisung gewisser Summen.

31. Der General-Versammlung werden die Rechnungen des Cassiers vorgelegt, und von derselben das Absolutorium des Rechnunglegers angeordnet.

32. Die General-Versammlung hat das Recht zu verordnen: dass die von den Schulbehörden zurückgewiesenen Vereins-Vorschläge, oder wegen der Abhilfe gewisser Mängel unterbreiteten, aber von denselben nicht erledigten Recurse der obersten Schulbehörde übermittelt, oder hinsichtlich dieser anderseitige Vorkehrungen getroffen werden sollen.

33. Die General-Versammlung betraut den Ausschuss, bei Beachtung jener Rechte, welche den ordentlichen Schulbehörden und dem Schulpatronate eigen sind, einen massgebenden Einfluss sich zu verschaffen, dass die Lehrerstellen mit brauchbaren und würdigen Fachmännern besetzt werden.

34. Zum Wirkungskreis der General-Versammlung gehört es endlich, über alles Jene zu verfügen, was zur Erreichung des Vereins-Zweckes als nöthig und wünschenswerth sich darbietet, nämlich:

a) für die Verbreitung, Beförderung und Aufrechthaltung des Vereines zu sorgen;

b) den katholischen Geist der Volksschulen innerhalb seines Wirkungskreises zu wahren;

c) mit geeigneten Mitteln auf die den Schulunterricht ihrer Kinder hindernden Eltern einzuwirken;

d) dafür zu sorgen, dass gute und zweckmässige Bibliotheken errichtet, die bestehenden fortwährend vermehrt, richtige statistische Daten über das Schulwesen verschafft, zum Gedeihen der Volksbildung, des rationellen Feldbaues und Gewerbes entsprechende Mittel angewendet werden; ferner dahin zu trachten, dass das Ansehen des Lehrers gehoben, der zwischen den Eltern und dem Lehrer entstandene Zwiespalt nach möglicher Weise ausgeglichen, und die wohlthätige Beziehung der Schule zum Leben bewerkstelliget werde;

e) dahin zu streben, dass die Waisen-Kinder genährt, bekleidet,

in die Schule geschickt, und dort mit den nöthigen Lernmitteln versehen werden;

f) der mit vorzüglichen Fähigkeiten begabten und frommen Kinder sich anzunehmen, und selbe in ihrer Fortbildung zu unterstützen, und deshalb

g) für die Errichtung eines nöthigen Stipendium-Fondes,

h) für die erforderliche Pensionirung der Lehrer und ihrer Wittwen, wie auch für die Unterstützung ihrer Waisen;

i) für die Abstellung der in der Schule wahrgenommenen Mängel und für die Deckung der nothwendigen Bedürfnisse, so wie auch für das Beischaffen der zum Aufblühen des Schulwesens dienenden Mittel Sorge zu tragen.

j) Mittelst der ordentlichen Schulbehörden zu einer zweckmässigen Eintheilung der Ferien,

k) zur Bestimmung der richtigen Erziehungs- und Unterrichts-Methode, oder der heilsamen Schuldisciplin, zu Ausarbeitung guter und zweckmässiger Schulbücher;

l) zu vorschriftsmässiger Entsetzung der ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Lehrer mitzuwirken; dann theils von den in der Versammlung anwesenden Fachmännern, theils aus eigener Erfahrung sich Kenntniss zu verschaffen:

m) ob von Seite der Schüler wie auch der Lehrer der Schulbesuch und die Beobachtung der vorschriftsmässigen Unterrichtsstunden pünktlich geschehe?

n) ob hinsichtlich der Zahl der schulpflichtigen Kinder hinlängliche Lehrkräfte angewendet werden?

o) ob die Schüler in der Kenntniss der Obstcultur, der Bienenzucht, des Feldbaues und der Gärtnerkunst praktisch eingeübt werden?

p) ob reine, gesunde Schulgebäude und Lehrerwohnungen bestehen, ob selbe im guten Zustande erhalten werden; ob die Schulkinder dem Geschlechte nach in den Classen abgesondert seien?

q) ob die Lehrzimmer gehörig eingerichtet, mit Lehr- und Hilfsmitteln versehen seien?

r) ob die Lehrer eine anständige und angemessene Versorgung haben, und ob ihre Bezahlung auch richtig ausgefolgt werde?

s) ob das Schulgeld pünktlich einbezahlt und richtig verwaltet werde?

t) ob die Stipendien und Gratis-Bücher gerecht und unparteiisch ausgetheilt werden?

u) ob das unbewegliche Schulvermögen fruchtbringend verwaltet werde?

35. Indessen ist es selbstverständlich, dass der Verein bei allen diesen Beziehungen an der Seite der Schulbehörden nur aushilfsweise und denselben untergeordnet thätig sein könne.

VII. Die Protokolle.

36. Die über die gepflogenen Berathungen verfassten Protokolle werden in der Versammlung authenticirt, von dem Vorstand unterzeichnet, und in dem bei ihm sich befindlichen Archive aufbewahrt.

37. Der Verein hat ein eigenes Siegel und

38. Seine Versammlungen sind dem Publicum stets zugänglich.

Die neuen bürgerlichen Kirchengesetze in Oesterreich.

1. Gesetz vom 25. Mai 1868 (R.-G.-Bl. Nr. 47. [1]*),*

wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden erlassen werden.

Wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich das folgende Gesetz zu erlassen, wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden eingeführt werden.

Artikel 1. Das unter Berufung auf das Patent vom 5. November 1855, R.-G.-Bl. Nr. 195., erlassene und mit 1. Jänner 1857 zur Wirksamkeit gelangte kais. Patent vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., mit dem diesem Patente als erster Anhang beigegebenen Gesetze über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, sowie dem weiters beigegebenen und in dem Gesetze selbst bezogenen zweiten Anhange: »Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthumes Oesterreich in Betreff der Ehesachen« sind für die Königreiche und Länder, für welche das gegenwärtige Gesetz

---

1) Nach Massgabe des kais. Patentes vom 27. December 1852 (R.-G.-Bl. 260.) wird die verbindende Kraft dieses Gesetzes mit dem Anfange des 45. Tages nach Ablauf des 26. Mai 1868, an welchem das Stück 19. des Reichsgesetzblattes erschienen ist, beginnen.

erlassen wird, ausser Kraft gesetzt. An die Stelle dieser aufgehobenen Gesetze treten auch für Katholiken die Vorschriften des von dem Eherechte handelnden zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches vom 1. Juni 1811 und der hiezu nachträglich erflossenen Gesetze und Verordnungen, in soweit dieselben zur Zeit, als das Patent vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., in Kraft trat, bestanden haben und durch das gegenwärtige Gesetz nicht abgeändert werden.

Artikel 2. Wenn einer der nach den Vorschriften des allg. bürgerl. Gesetzbuches zum Aufgebote der Ehe berufenen Seelsorger die Vornahme des Aufgebotes oder einer von den zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung berufenen Seelsorgern, welcher von den Brautleuten deshalb angegangen wurde, die Vornahme des Aufgebotes oder die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hinderungsgrunde verweigert, so steht es den Brautleuten frei, das Aufgebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde zu veranlassen und die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe vor dieser Behörde abzugeben. Rücksichtlich dieser den Ehewerbern aller Confessionen gestatteten eventuellen Eheschliessung vor der weltlichen Behörde gelten die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches mit den nachstehenden Abänderungen:

§. 1. Als die zur Vornahme des Aufgebotes und zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung berufene weltliche Behörde hat die k. k. politische Bezirksbehörde, in jenen Städten aber, welche eigene Gemeindestatute besitzen, die mit der politischen Amtsführung betraute Gemeindebehörde einzutreten, und es wird diejenige politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde hiezu als competent anzusehen sein, in deren Amtsbezirk der die Eheschliessung verweigernde Seelsorger seinen Amtssitz hat.

§. 2. Um das Aufgebot und die Eheschliessung bei der weltlichen Behörde verlangen zu können, haben die Ehewerber vor dieser Behörde die Weigerung des competenten Seelsorgers entweder durch ein schriftliches Zeugniss desselben oder durch die Aussage von zwei im Amtsbezirke wohnenden eigenberechtigten Männern nachzuweisen. Wird ein solcher Beweis nicht erbracht, so liegt es der politischen Behörde ob, an den betreffenden Seelsorger eine Aufforderung des Inhaltes zu richten, dass derselbe das Aufgebot vornehmen und beziehungsweise die Erklärung der Einwilligung zur Ehe entgegennehmen oder mittelst ämtlicher Zuschrift die entgegenstehenden Hindernisse anzeigen wolle. Erfolgt hierauf aus Gründen, welche in den Staats-

gesetzen nicht enthalten sind, oder ohne Angabe von Gründen eine ablehnende Antwort des Seelsorgers oder geht innerhalb eines Zeitraumes von längstens acht Tagen, in welche die Tage des Postenlaufes nicht einzurechnen sind, keine Antwort ein, so hat die politische Behörde nach Beibringung der durch die Vorschriften des allg. bürgerl. Gesetzbuches sammt Nachtrags-Verordnungen vorgeschriebenen Ausweise und Behelfe das Aufgebot und den Eheschliessungsact sofort vorzunehmen.

§. 3. Alle Functionen und Entscheidungen, welche nach den Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches sammt Nachtrags-Verordnungen dem Seelsorger übertragen sind, stehen im Falle einer Eheschliessung vor der weltlichen Behörde der competenten politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde zu.

§. 4. Gegen Entscheidungen der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde in Ehesachen steht den Ehewerbern das Recht des Recurses an die k. k. politische Landesstelle und gegen die Entscheidungen dieser letzteren das Recht des Recurses an das k. k. Ministerium des Innern offen, ohne dass der Recurs an eine bestimmte Frist gebunden oder durch gleichlautende Entscheidungen der beiden unteren Instanzen ausgeschlossen ist.

§. 5. Das Aufgebot einer vor der weltlichen Behörde abzuschliessenden Ehe ist von dieser Behörde durch öffentlichen Anschlag sowohl an der eigenen ämtlichen Kundmachungstafel, als auch im Requisitionswege durch öffentlichen Anschlag bei dem Gemeindeamte des Wohnortes eines jeden der Brautleute vorzunehmen. Wenn bei einer k. k. politischen Bezirksbehörde regelmässig Amtstage abgehalten werden, so hat das Aufgebot auch mündlich an einem oder mehreren Amtstagen zu erfolgen. Zur Gültigkeit der Ehe wird jedoch nur die Vornahme des schriftlichen Aufgebotes mittelst Anschlages erfordert. Der das Aufgebot enthaltende Anschlag soll durch drei Wochen an der Kundmachungstafel der politischen Behörde und der betreffenden Gemeindeämter affigirt bleiben, bevor zur Eheschliessung geschritten werden kann. Aus wichtigen Gründen kann die k. k. politische Landesstelle diesen Aufgebotstermin verkürzen und unter dringenden Umständen das Aufgebot auch ganz nachsehen. Die Aufgebotsnachsicht wegen bestätigter naher Todesgefahr kann gegen das im §. 86. des allg. bürgerl. Gesetzbuches vorgesehene eidliche Gelöbniss der Brautleute auch von der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde ertheilt werden.

§. 6. Die Requisition und Delegation einer anderen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung

der Einwilligung kann über Ansuchen der Brautleute von Seite der competenten politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde nach den im allg. bürgerl. Gesetzbuche (§. 81. und 82.) für Pfarrämter bestehenden Vorschriften geschehen.

§. 7. Die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe muss vor dem Vorsteher der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde oder vor einem Stellvertreter des Vorstehers in Gegenwart zweier Zeugen und eines beeideten Schriftführers abgegeben werden.

§. 8. Ueber den Act der Eheschliessung ist ein Protokoll aufzunehmen und sowohl von den Brautleuten als von den Zeugen und den beiden Amtspersonen zu unterzeichnen.

§. 9. Die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde führt über die bei derselben vorgekommenen Aufgebote und Eheschliessungen das Aufgebotsbuch und das Eheregister und fertigt aus diesen Registern über Ansuchen ämtliche Zeugnisse aus, welche die geschehene Verkündigung und beziehungsweise Eheschliessung mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden darthun. Ein solches Amtszeugniss über den vorgenommenen Act der Eheschliessung hat die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde den ordentlichen Seelsorgern beider Brautleute von Amtswegen zu übersenden.

§. 10. Rücksichtlich der Scheidung und Trennung der Ehe gelten für die vor der weltlichen Behörde geschlossenen Ehen gleichfalls die Bestimmungen des allg. bürgerl. Gesetzbuches, wobei die den Seelsorgern zugewiesenen Functionen der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde obliegen, in deren Sprengel sich der Amtssitz des zu diesen Functionen gesetzlich berufenen Seelsorgers befindet.

§. 11. Es bleibt den Eheleuten, welche ihre Ehe vor der weltlichen Behörde abgeschlossen haben, unbenommen, nachträglich auch die kirchliche Einsegnung ihrer Ehe von einem der Seelsorger jener Confession, welcher ein Theil der Eheleute angehört, zu erwirken.

Artikel 3. Mit dem Tage, an welchem die Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes beginnt, wird in den Königreichen und Ländern, für welche dasselbe gegeben ist, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken wie der übrigen christlichen und nichtchristlichen Confessionen ausschliesslich durch diejenigen weltlichen Gerichte ausgeübt, die vor dem 1. Jänner 1857, mit welchem Tage die geistlichen Ehegerichte in Wirksamkeit traten, nach den Jurisdictionsnormen vom 22. December 1851 und 20. November 1852 hiezu berufen waren. Diese weltlichen Gerichte haben nach denjenigen Gesetzen und Verordnungen, welche zur Zeit, als das Patent vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., in Wirksamkeit getreten, für Ehe-

streitigkeiten was immer für einer Art bestanden, und insbesondere nach den über Ehestreitigkeiten im zweiten Hauptstücke des allgem. bürgerl. Gesetzbuches und im Hofdecrete vom 23. August 1819, Just.-G.-S. Nr. 1595,. enthaltenen Bestimmungen zu verfahren, soweit die letzteren nicht durch die Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes eine Aenderung erleiden.

Artikel 4. Zur Einführung des gegenwärtigen Gesetzes werden folgende Uebergangsbestimmungen verfügt:

§. 1. In soferne es sich um die Gültigkeit einer Ehe handelt, welche unter der Geltung des Patentes vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., geschlossen wurde, ist dieselbe nach den Bestimmungen dieses Patentes und der damit erlassenen Vorschriften zu beurtheilen. Die Trennung, sowie die Scheidung von Tisch und Bett in Ansehung einer vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes geschlossenen Ehe ist dagegen von dem Tage dieser Wirksamkeit nur nach den Bestimmungen des bürgerl. Gesetzbuches und nach den im gegenwärtigen Gesetze getroffenen Anordnungen zu beurtheilen.

§. 2. Ebenso ist das Verfahren bei Untersuchung und Verhandlung über die Ungültigkeitserklärung eben sowohl als über die Trennung und Scheidung von Tisch und Bett hinsichtlich einer vor Wirksamkeit dieses Gesetzes geschlossenen Ehe nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu pflegen.

§. 3. Die unter der Geltung des Patentes vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen verlieren die ihnen nach Massgabe dieses Patentes und der demselben beigegebenen Gesetze zukommenden Wirkungen nicht.

§. 4. Alle am Tage der beginnenden Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes auf Grund des Patentes vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., bei einem geistlichen oder weltlichen Gerichte in erster oder höherer Instanz oder was immer für einer Behörde anhängigen Verhandlungen sind durch die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zuständigen weltlichen Gerichte und beziehungsweise Administrativ-Behörden fortzuführen und dahin zu übertragen.

§. 5. In soweit es sich um die Aufgabe und sonstigen Vorbereitungen einer Ehe handelt, ist sich bis zu dem Tage, an welchem die Wirksamkeit dieses Gesetzes beginnt, gleichfalls an die Vorschriften des Patentes vom 8. October 1856, R.-G.-Bl. Nr. 185., und der demselben beigegebenen Gesetze zu halten, in soweit die Ehe auch noch innerhalb dieses Zeitraumes zum Abschlusse kommt. Wenn dieses letztere jedoch nicht der Fall ist, so müssen die Aufgebote, sowie die sonstigen Vorbereitungen zum Eheabschlusse während der

Wirksamkeit dieses Gesetzes in Gemässheit der Vorschriften desselben neuerlich vorgenommen werden.

Artikel 5. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes werden die Minister der Justiz, des Cultus und des Innern betraut, von welchen die erforderlichen Ausführungs-Verordnungen zu erlassen sind.

2. Gesetz vom 25. Mai 1868 (R.-G.-Bl. Nr. 48.),

wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche erlassen werden.

Gültig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich folgendes Gesetz zu erlassen:

§. 1. Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.

§. 2. Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einflusse jeder Kirche oder Religionsgesellschaft.

§. 3. Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungs-Anstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich.

§. 4. Es steht jeder Kirche oder Religionsgesellschaft frei, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung dieser Rechte entsprochen wird.

§. 5. Die Benützung von Schulen und Erziehungs-Anstalten für bestimmte Glaubensgenossen ist Mitgliedern einer anderen Religionsgesellschaft durch das Gesetz nicht untersagt.

§. 6. Die Lehrämter an den im §. 3. bezeichneten Schulen und Erziehungs-Anstalten sind für alle Staatsbürger gleichmässig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben. Als Religionslehrer dürfen nur diejenigen angestellt

werden, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als hiezu befähigt erklärt hat. Bei anderen Schulen und Erziehungs-Anstalten (§. 4.), ist diesfalls das Errichtungsstatut massgebend. Die Wahl der Erzieher und Lehrer für den Privatunterricht ist durch keine Rücksicht auf das Religionsbekenntniss beschränkt.

§. 6. Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, sowie in den Lehrerbildungs-Anstalten bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz zur Leitung und Beaufsichtigung des Unterrichtswesens berufenen Organe. Religionsbücher können jedoch erst dann diese Genehmigung erhalten, wenn sie von der bezüglichen confessionellen Oberbehörde für zulässig erklärt worden sind.

§. 8. Das Einkommen der Normalschulfonde, des Studienfondes und sonstiger Stiftungen für Unterrichtszwecke ist ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniss zu verwenden, in soweit es nicht nachweisbar für gewisse Glaubensgenossen gewidmet ist.

§. 9. Der Staat übt die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen durch das Unterrichtsministerium aus.

§. 10. Zur Leitung und Aufsicht über das Erziehungswesen, dann über die Volksschulen und Lehrerbildungs-Anstalten werden in jedem Königreiche und Lande a) ein Landesschulrath als oberste Landesschulbehörde, b) ein Bezirksschulrath für jeden Schulbezirk, c) ein Ortsschulrath für jede Schulgemeinde bestellt. Die Eintheilung des Landes in Schulbezirke erfolgt durch die Landesgesetzgebung.

§. 11. Der bisherige Wirkungskreis der geistlichen und weltlichen Schulbehörden, und zwar: a) der Landesstelle, der kirchlichen Oberbehörden und Schuloberaufseher; b) der politischen Bezirksbehörde und der Schuldistrictsaufseher; c) der Ortsseelsorger und Ortsschulaufseher hat, unbeschadet der Bestimmung des §. 2., an die im §. 10. bezeichneten Organe überzugehen.

§. 12. In den Landesschulrath sind unter dem Vorsitze des Statthalters (Landeschefs) oder seines Stellvertreters Mitglieder der politischen Landesstelle, Abgeordnete des Landesausschusses, Geistliche aus den im Lande bestehenden Confessionen und Fachmänner im Lehrwesen zu berufen. Die Zusammensetzung der im §. 10 lit. b und c. bezeichneten Bezirks- und Ortsschulräthe wird durch die Landesgesetzgebung festgestellt.

§. 13. Durch die Landesgesetzgebung sind die näheren Bestimmungen in Betreff der Zusammensetzung und Einrichtung des Landes-, Bezirks- und Ortsschulrathes, dann die gegenseitige Abgren-

zung des Wirkungskreises derselben, ferner die näheren Bestimmungen rücksichtlich des Ueberganges des Wirkungskreises der bisherigen geistlichen und weltlichen Schulbehörden an den Landes-, Bezirks- und Ortsschulrath festzustellen. Ebenso ist durch das Landesgesetz zu bestimmen, ob und wieferne ausnahmsweise auch Abgeordnete von bedeutenden Gemeinden in den Landesschulrath einzutreten haben.

§. 14. Die §§. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 8. und 9. treten mit dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes in Wirksamkeit und werden alle mit diesen Paragraphen im Widerspruche stehenden, bisher gültigen Gesetze und Anordnungen ausser Kraft gesetzt. Das mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Juni 1867 genehmigte Regulativ betreffend die Einsetzung eines Landesschulrathes für die Königreiche Galizien, Lodomerien und das Grossherzogthum Krakau, bleibt unberührt.

§. 15. Mein Minister des Unterrichtes ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

3. Gesetz vom 25. Mai 1868 (R.-G.-Bl. Nr. 49.),

wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden.

Gültig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich das nachfolgende Gesetz, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden, zu erlassen.

I. In Beziehung auf das Religionsbekenntniss der Kinder.

Artikel 1. Eheliche oder den ehelichen gleichgehaltene Kinder folgen, soferne beide Eltern demselben Bekenntnisse angehören, der Religion ihrer Eltern. Bei gemischten Ehen folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der Religion der Mutter. Doch können die Ehegatten vor oder nach Abschluss der Ehe durch Vertrag festsetzen, dass das umgekehrte Verhältniss stattfinden solle, oder dass alle Kinder der Religion des Vaters oder alle der der Mutter folgen sollen. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. Im Falle keine der obigen Bestimmungen Platz greift, hat derjenige, welchem das Recht der Erziehung bezüglich eines Kindes zusteht, das Religionsbekenntniss für solches zu bestimmen. Reverse an Vorsteher oder Diener einer Kirche, oder Religionsgenossenschaft oder an andere Personen über das Religionsbekenntniss, in welchem Kinder erzogen und unterrichtet werden sollen, sind wirkungslos.

Artikel 2. Das nach dem vorhergehenden Artikel für ein Kind

bestimmte Religionsbekenntniss darf in der Regel so lange nicht verändert werden, bis dasselbe aus eigener freier Wahl eine solche Veränderung vornimmt. Es können jedoch Eltern, welche nach Artikel 1. das Religionsbekenntniss der Kinder vertragsmässig zu bestimmen berechtigt sind, dasselbe bezüglich jener Kinder ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben. Im Falle eines Religionswechsels eines oder beider Elterntheile, beziehungsweise der unehelichen Mutter, sind jedoch die vorhandenen Kinder, welche das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Betreff des Religionsbekenntnisses ohne Rücksicht auf einen vor dem Religionswechsel abgeschlossenen Vertrag so zu behandeln, als wären sie erst nach dem Religionswechsel der Eltern, beziehungsweise der unehelichen Mutter, geboren worden. Wird ein Kind vor zurückgelegtem siebenten Jahre legitimirt, so ist es in Betreff des Religionsbekenntnisses nach Artikel 1. zu behandeln.

Artikel 3. Die Eltern und Vormünder, sowie die Religionsdiener sind für die genaue Befolgung der vorstehenden Vorschriften verantwortlich. Für den Fall der Verletzung derselben steht den nächsten Verwandten ebenso wie den Oberen der Kirchen und Religionsgenossenschaften das Recht zu, die Hilfe der Behörden anzurufen, welche die Sache zu untersuchen und das Gesetzliche zu verfügen haben.

II. In Beziehung auf den Uebertritt von einer Kirche oder Religionsgenossenschaft zur andern.

Artikel 4. Nach vollendetem 14. Lebensjahre hat Jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung und ist in dieser freien Wahl nöthigenfalls von der Behörde zu schützen. Derselbe darf sich jedoch zur Zeit der Wahl nicht in einem Geistes- oder Gemüthszustande befinden, welcher die eigene freie Ueberzeugung ausschliesst.

Artikel 5. Durch die Religionsveränderung gehen alle genossenschaftlichen Rechte der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft an den Ausgetretenen ebenso wie die Ansprüche dieses an jene verloren.

Artikel 6. Damit jedoch der Austritt aus einer Kirche oder Religionsgenossenschaft seine gesetzliche Wirkung habe, muss der Austretende denselben der politischen Behörde melden, welche dem Vorsteher oder Seelsorger der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft die Anzeige übermittelt. Den Eintritt in die neu gewählte Kirche oder Religionsgenossenschaft muss der Eintretende dem betreffenden Vorsteher oder Seelsorger persönlich erklären.

Artikel 7. Die Bestimmungen des §. 768. lit. a) allg. bürgerl. Gesetzbuches, vermöge welcher der Abfall vom Christenthum als Grund der Enterbung erklärt wird, dann die Verfügungen des §. 122. lit. c) und d) Strafgesetzes, womit derjenige, welcher einen Christen zum Abfalle vom Christenthum zu verleiten oder eine der christlichen Religion widerstrebende Irrlehre auszustreuen sucht, eines Verbrechens schuldig erklärt wird, sind aufgehoben. Es ist jedoch jeder Religionspartei untersagt, die Genossen einer anderen durch Zwang oder List zum Uebergang zu bestimmen. Die näheren Bestimmungen des gesetzlichen Schutzes hingegen, soweit er nicht durch die Strafgesetze gegeben ist, bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten.

III. In Beziehung auf Functionen des Gottesdienstes und der Seelsorge.

Artikel 8. Die Vorsteher, Diener oder Angehörigen einer Kirche oder Religionsgenossenschaft haben sich der von den berechtigten Personen nicht angesuchten Vornahme von Functionen des Gottesdienstes und der Seelsorge an den Angehörigen einer anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft zu enthalten. Eine Ausnahme kann nur für jene einzelnen Fälle eintreten, in welchen durch die betreffenden Seelsorger oder Diener der anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft um die Vornahme eines diesen zustehenden Actes das Ansuchen gestellt wird, oder die Satzungen und Vorschriften dieser letzteren die Vornahme des Actes gestatten. Ausser diesen Fällen ist der bezügliche Act als rechtlich unwirksam anzusehen, und es haben die Behörden auf Ansuchen der beeinträchtigten Privatperson oder Religionsgenossenschaft die geeignete Abhilfe zu gewähren.

IV. In Beziehung auf Beiträge und Leistungen.

Artikel 9. Angehörige einer Kirche oder Religionsgenossenschaft können zu Beiträgen an Geld und Naturalien oder zu Leistungen an Arbeit für Cultus- und Wohlthätigkeitszwecke einer anderen nur dann verhalten werden, wenn ihnen die Pflichten des dinglichen Patronates obliegen, oder wenn die Verpflichtung zu solchen Leistungen auf privatrechtlichen, durch Urkunden nachweisbaren Gründen beruht, oder wenn sie grundbücherlich sichergestellt ist. Kein Seelsorger kann von Angehörigen einer ihm fremden Confession Taxen, Stolgebühren u. dgl. fordern, ausser für auf deren Verlangen wirklich verrichtete Functionen, und zwar nur nach dem gesetzlichen Ausmasse.

Artikel 10. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels 9. finden auch auf Beiträge und Leistungen für Unterrichtszwecke volle Anwendung, ausser wenn die Angehörigen einer Kirche oder Re-

ligionsgenossenschaft mit Angehörigen einer anderen vermöge der gesetzlichen Einschulung Eine Schulgemeinde bilden, in welchem Falle die Eingeschulten ohne Unterschied der Confession die zur Errichtung und Erhaltung der gemeinsamen Schule und zur Besoldung der an derselben angestellten Lehrer erforderlichen Kosten, jedoch mit Ausschluss der Kosten für den Religionsunterricht der einer andern Confession Angehörigen zu tragen haben. Eine zwangsweise Einschulung in die Schule einer anderen Confession findet nicht statt.

Artikel 11. Alle in den Bestimmungen der vorstehenden Artikel 9. und 10. nicht begründeten Ansprüche der Geistlichen, Messner, Organisten und Schullehrer, dann der Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten einer Kirche oder Religionsgenossenschaft auf Beiträge und Leistungen von Seite der Angehörigen einer anderen sind als erloschen zu betrachten.

V. In Beziehung auf Begräbnisse.

Artikel 12. Keine Religionsgemeinde kann der Leiche eines ihr nicht Angehörigen die anständige Beerdigung auf ihrem Friedhofe verweigern: 1. wenn es sich um die Bestattung in einem Familiengrabe handelt, oder wenn 2. da, wo der Todesfall eintrat oder die Leiche gefunden ward, im Umkreis der Ortsgemeinde ein für Genossen der Kirche oder Religionsgenossenschaft des Verstorbenen bestimmter Friedhof sich nicht befindet.

VI. In Ansehung der Feier- und Festtage.

Artikel 13. Niemand kann genöthigt werden, sich an den Feier- und Festtagen einer ihm fremden Kirche oder Religionsgesellschaft der Arbeit zu enthalten. An Sonntagen ist jedoch während des Gottesdienstes jede nicht dringend nothwendige öffentliche Arbeit einzustellen. Ferner muss an den Festtagen was immer für einer Kirche oder Religionsgenossenschaft während des Hauptgottesdienstes in der Nähe des Gotteshauses Alles unterlassen werden, was eine Störung oder Beeinträchtigung der Feier zur Folge haben könnte. Dasselbe ist bei den herkömmlichen feierlichen Processionen auf den Plätzen und in den Strassen zu beobachten, durch welche sich der Zug bewegt.

Artikel 14. Keine Religionsgemeinde kann genöthigt werden, sich des Glockengeläutes an Tagen zu enthalten, an welchen dasselbe nach den Satzungen einer anderen Kirche oder Religionsgesellschaft zu unterbleiben hat.

Artikel 15. In Schulen, welche von Angehörigen verschiedener Kirchen oder Religionsgesellschaften besucht werden, soll, soweit es ausführbar ist, dem Unterricht eine solche Eintheilung gegeben

werden, bei welcher auch der Minderheit die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ermöglicht wird.

VII. Schlussbestimmungen.

Artikel 16. Alle diesen Vorschriften widerstreitenden Bestimmungen der bisherigen Gesetze und Verordnungen, auf welcher Grundlage sie beruhen und in welcher Form sie erlassen sein mögen, ebenso wie allfällige entgegenstehende Gepflogenheiten sind, auch insoferne sie hier nicht ausdrücklich aufgehoben wurden, fernerhin nicht mehr zur Anwendung zu bringen. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die religiöse Erziehung der in öffentliche Pflege genommenen Kinder.

Artikel 17. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Artikel 18. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes sind der Minister des Cultus und Unterrichtes, sowie die übrigen Minister, in deren Wirkungskreis die Vorschriften desselben zur Anwendung kommen, beauftragt, und haben sie die zu solchem Vollzuge erforderlichen Verordnungen zu erlassen.

4. *Rundschreiben des österr. Cultusministers v. Hasner an die Bischöfe vom 1. Juni 1868.*

Seine Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. v. M. dem Gesetze, wodurch die Bestimmungen des II. Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuchs über das Eherecht der Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden erlassen werden; ferner dem Gesetze, wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche erlassen werden; endlich dem Gesetze, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden, die Allerhöchste Sanction zu ertheilen geruht.

In Folge dessen wird der Herr Justizminister das Erforderliche wegen Uebernahme der Gerichtsbarkeit in Ehesachen durch die weltlichen Gerichte veranlassen und mir liegt die Pflicht ob, jene legislativen Acte vorzubereiten und diejenigen Verfügungen zu treffen, welche durch die beiden letztgenannten Gesetze und namentlich in Beziehung auf die neu zu organisirende Schulaufsicht vorgezeichnet sind.

Indem ich mich beehre hievon amtlich in Kenntniss zu setzen, halte ich eine Hinweisung auf die genannten Gesetze selbst nicht [illegible] [illegible] ihres Inhaltes einzugehen, und füge

nur, um jedem möglichen Zweifel im Vorhinein zu begegnen, bei, dass, was namentlich die Angelegenheit der Ehen von Katholiken anbelangt, zwar die durch das Patent vom 8. December 1856 anerkannten geistlichen Ehegerichte als solche in Hinkunft nicht mehr fortbestehen können, dass aber andererseits ebenso unzweifelhaft das verfassungsmässige Recht der Kirche, ihre inneren Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, daher die für den Gewissensbereich erforderlichen und lediglich pro foro interno gültigen Verfügungen auch in Ehesachen zu treffen, hiedurch vollkommen unberührt bleibe.

Im Hinblicke aber auf die mannigfachen Missdeutungen, welche der Standpunkt der Regierung bei den vorbereitenden Verhandlungen über diese Gesetze erfahren hat — halte ich es für meine Pflicht, dieser meiner Eröffnung noch Folgendes beizufügen.

Die Regierung verkennt keineswegs die Tragweite jener Veränderungen, welche das Verhältniss des Staates zur Kirche durch die vorliegenden Gesetze in Oesterreich erfahren hat. Allein, wie sie dieselben als die nothwendige Consequenz jener Grundsätze betrachtet, welche in den Staatsgrundgesetzen mit bindender Kraft niedergelegt sind, so ist sie auch von der Ueberzeugung getragen, dass auf dem Boden der Freiheit der Kirche, welche diese gewährleisten, für die reichen Mittel der letzteren ein weites und unanfechtbares Feld segensreicher Wirksamkeit eröffnet ist.

Die Freiheit der Kirche zu schützen, die ihr gebührende Achtung mit allen berechtigten Mitteln der Staatsgewalt aufrecht zu erhalten, ist die ernste Absicht der Regierung, und jede Einmischung der Staatsgewalt in das eigenthümliche Gebiet der Kirche wird ihr stets ferne liegen.

Deshalb aber glaubt sie auch, dass die durch die obigen Gesetze veränderte Stellung der Kirche zum Staate jenes Verhältniss freundlicher Gegenseitigkeit zwischen beiden, dessen Wohlthätigkeit und Nothwendigkeit für den Staat wie für die Kirche sie vollkommen anerkennt, nicht zu trüben braucht und es ist ihr lebhafter Wunsch, wie ihre Hoffnung, dass sich dasselbe auf der neugeschaffenen Grundlage nur um so segensreicher entfalten und befestigen werde.

5. Zur neuen Schulgesetzgebung wird von einem Rundschreiben des Unterrichtsministers an die Statthalter [illegible]

welches sich mit der Organisation des Unterrichts an den Volksschulen beschäftigt, und gewissermassen als ein Programm des Ministeriums in dieser Frage angesehen werden kann. [illegible]

stellt sich principmässig auf den Standpunkt des Staatsgrundgesetzes vom 21. December v. J., nach welchem die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschule dem Reichsrathe zusteht. Die nähere Ausführung dieser Grundsätze wird theils durch die Landtage, theils im Wege der Executive erfolgen. Das Ministerium beabsichtigt zunächst einen Gesetzentwurf über die Organisation, den Wirkungskreis und die Einführung der Orts- und Bezirksschulräthe, sowie des Landesschulraths den Landtagen vorzulegen. Sind die neuen Schulaufsichts-Organe eingesetzt, so wird die Regierung die Reform der Lehrerbildungsanstalten in Angriff nehmen und, da dieser Gegenstand zur Competenz des Reichsraths gehört, bei diesem einen einschlägigen Gesetzentwurf zur verfassungsmässigen Behandlung einbringen. Die Ausführung des Gesetzes, sowie die Feststellung des Lehrplanes sieht das Ministerium als Sache der Executive an. Bezüglich des Lehrplanes wird mitgetheilt, dass an Stelle der alten Dreitheilung (Trivialschulen, Hauptschulen, Hauptschulen mit Unter-Realschulen) eine Zweitheilung in Elementar- und Bürgerschulen nach deutschem Muster beabsichtigt ist. Ferner bereitet die Regierung den Entwurf eines an den Reichsrath zu leitenden Volksschul-Gesetzes vor, welches die leitenden Grundsätze für die Schuleinrichtung, den Schulbesuch, die Zweitheilung der Volks-Schule, die Fortbildungs-, Arbeits- und Fabriks-Schulen, die Anstellung und Entlassung, die Rechts- und Pflichtverhältnisse der Lehrer, die Erfordernisse der Schulgebäude, die Bestreitung des Dotationsaufwandes und den Privatunterricht normiren wird. Die Details würden dann entweder gleichfalls im Wege der Landesgesetzgebung, also mittels Vorlagen an die Landtage oder im Wege der Executive geordnet werden.

6. Sanctissimi Domini Nostri Pii divina providentia Papae IX. Allocutio habita in Consistorio Secreto die 22. Junii 1868.

Venerabiles Fratres. Nunquam certe fore putavissemus, Venerabiles Fratres, ut post Conventionem a Nobis cum Austriae Imperatore et Rege Apostolico, bonis omnibus exsultantibus, tredecim fere ab hinc annis initam cogeremur hodierno die gravissimas deplorare aerumnas, et calamitates, quibus inimicorum hominum opera nunc in Austriaco Imperio catholica Ecclesia miserandum in modum affligitur ac divexatur. Siquidem divinae nostrae religionis hostes non destiterunt omnia conari, ut eamdem Conventionem destruerent, et maximas Ecclesiae, Nobis, et Apostolicae huic Sedi inferrent injurias. Etenim die vigesima prima mensis Decembris superiori anno infanda sane ab Austriaco Gubernio veluti Status fundamentum lata lex est,

quae in omnibus Imperii regionibus etiam catholicae religioni unice addictis valere, et vigere omnino debet. Hac lege omnis omnium opinionum, et librariae artis libertas, omnis tum fidei, tum conscientiae, ac doctrinae libertas statuitur, et civibus cujusque cultus facultas tribuitur excitandi educationis, doctrinaeque instituta, et omnes cujusque generis religiosae Societates aequiparantur, et a Statu recognoscuntur. Equidem ubi primum id dolenter agnovimus, Nostram vocem statim attollere optavissemus, sed longanimitate utentes tunc silendum censuimus, ea praesertim spe sustentati fore ut Austriacum Gubernium justissimis Venerabilium Fratrum Sacrorum in Austria Antistitum expostulationibus dociles praebens aures vellet saniorem induere mentem, et meliora suscipere consilia. Sed inanes Nostrae fuere spes. Namque idem Gubernium die vicesima quinta Maii hoc anno aliam edidit legem, quae omnes illius Imperii populos etiam catholicos obligat, et jubet, filios ex mixtis conjugiis natos sequi debere patris religionem, si masculi sint, si vero feminae religionem matris, et septennio minores debere parentum a recta fide defectionem sectari. Insuper eadem lege plane omnis deletur vis promissionum, quas merito, atque optimo jure catholica Ecclesia omnino exigit, ac praescribit antequam mixta contrahantur matrimonia, et ipsa apostasia tum a catholica, tum a christiana religione ad civile jus elevatur, et omnis Ecclesiae auctoritas in sacra coemeteria de medio tollitur, et catholici coguntur humare in suis coemeteriis haereticorum cadavera, quando iidem haeretici propria non habeant. Ipsum praeterea Gubernium eadem die vicesima quinta Maji hujus anni non dubitavit de Matrimonio quoque legem promulgare, qua leges ad commemoratae Nostrae Conventionis normam editas plane abolevit, et in pristinum vigorem restituit veteres Austriacas leges Ecclesiae legibus vehementer adversas, et matrimonium etiam, uti dicunt, civile omnino improbandum asseruit, confirmavit, quando cujusque cultus auctoritas deneget matrimonii celebrationem ob causam, quae nec valida, nec legalis a civili auctoritate recognoscatur. Atque hac lege Gubernium idem omnem Ecclesiae auctoritatem, et jurisdictionem circa matrimoniales causas, omniaque tribunalia de medio sustulit. Legem quoque de scholis promulgavit, qua omnis Ecclesiae vis destruitur, ac decernitur supremam omnem litterarum, disciplinarumque institutionem, et in scholis inspectionem, ac vigilantiam ad Statum pertinere, ac statuitur, ut religiosa dumtaxat institutio in popularibus scholis a cujusque cultus auctoritate dirigatur, utque variae cujusque religionis Societates aperire possint peculiares, et proprias scholas pro juventute, quae illam credendi normam profitetur, utque ejusmodi quoque scholas

supremae Status inspectioni subjiciantur, ac doctrinae libri ab auctoritate civili approbentur, iis tantum libris exceptis, qui religiosae institutioni inservire debent, quique ab auctoritate cujusque cultus approbandi sunt.

Videtis profecto, Venerabiles Fratres, quam vehementer reprobandae, et damnandae sint ejusmodi abominabiles leges ab Austriaco Gubernio latae, quae catholicae Ecclesiae doctrinae, ejusque venerandis juribus, auctoritati, divinaeque constitutioni, ac Nostrae et Apostolicae hujus Sedis potestati, et memoratae Nostrae Conventioni, ac vel ipsi naturali juri vel maxime adversantur. Nos igitur pro omnium Ecclesiarum sollicitudine Nobis ab ipso Christo Domino commissa Apostolicam vocem in amplissimo hoc vestro consessu attollimus, et commemoratas leges, ac omnia, et singula, quae sive in his, sive aliis in rebus ad Ecclesiae jus pertinentibus ab Austriaco Gubernio seu ab inferioribus quibusque Magistratibus decreta, gesta, et quomodolibet attentata sunt, Auctoritate Nostra Apostolica reprobamus, damnamus, et decreta ipsa cum omnibus inde consecutis eadem Auctoritate Nostra irrita prorsus, nulliusque roboris fuisse, ac fore declaramus. Ipsos autem illorum auctores, qui se catholicos esse praesertim gloriantur, quique memoratas leges, acta vel proponere, vel condere, vel approbare, et exsequi non dubitarunt, obtestamur, et obsecramus, ut meminerint Censurarum, poenarumque spititualium, quas Apostolicae Constitutiones, et Oecumenicorum Conciliorum decreta contra invasores jurium Ecclesiae ipso facto incurrendas infligunt.

Interim vero summopere in Domino gratulamur, meritasque tribuimus laudes Venerabilibus Fratribus Archiepiscopis et Episcopis Austriaci Imperii, qui episcopali robore tum voce, tum scriptis Ecclesiae causam, et praedictam Nostram Conventionem impavide tueri, ac defendere, et gregem officii sui admonere non destiterunt. Atque vel maxime optamus, ut Venerabiles Fratres Hungariae Archiepiscopi, et Episcopi egregia eorum Collegarum exempla imitantes, velint pari studio et alacritate omnem in Ecclesiae juribus tutandis, et in eadem Conventione propugnanda impendere operam.

In tantis autem, quibus Ecclesia luctuosissimis hisce temporibus ubique affligitur, calamitatibus, non desinamus, Venerabiles Fratres, ferventiori atque studio in humilitate cordis nostri Deum exorare, ut omnipotenti sua virtute velit nefaria omnia suorum, et Ecclesiae suae sanctae inimicorum consilia disperdere, impiosque eorum conatus reprimere, [illegible] frangere, et illos ad justitiae, salutisque semitas sua misericordia reducere.

In der vorstehenden Allocution erklärt der heilige Vater diejenigen Bestimmungen der drei neuen Gesetze und der sog. Staatsgrundgesetze Oesterreichs für nichtig und unverbindlich, welche der Lehre und den Rechten der katholischen Kirche widersprechen, und somit insbesondere auch die gegen das Concordat gerichteten Bestimmungen. *Soweit die neuen österr. Staats-Gesetze in Bezug auf kirchliche Gegenstände dem Kirchengesetze, namentlich auch dem Concordate in Bezug auf die Ehe, Schule u. s. w. widersprechen, gilt für die Katholiken das kirchliche und nicht das Staatsgesetz.* So erklärt der heilige Vater, und in diesem Sinne haben sich auch die österreichischen Bischöfe grösstentheils schon ausdrücklich in Erlassen an ihren Klerus und in Hirtenschreiben ausgesprochen. Wir werden die betreffenden bischöflichen Erlasse theils vollständig, theils im Auszug mittheilen und den Inhalt der neuen Gesetze eingehend erörtern. Es wird sich daraus näher ergeben, wie unsere Anschauung über die neuen Gesetze vielfach von derjenigen abweicht, die man sogar in sonst katholischen Blättern, namentlich auch in den „Kölnischen Blättern" zu verbreiten sucht[1]). Wir verweisen einstweilen vorzugsweise auf die bei dem päpstlichen und primatialen Buchhändler Carl Sartori zu Wien und Gran erschienenen „*Katholischen Stimmen aus Oesterreich,*" von denen Nr. 3. und 4. die nach Form und Inhalt durchweg ausgezeichneten Reden der katholischen Minorität des Herrenhauses *über das Ehegesetz und Schulgesetz* enthalten und Nr. VIII. die sehr lesenswerthe „erste bischöfliche Stimme über die confessionellen Gesetze," die des hochw. Bischofs Dr. *Joseph Fessler* von St. Pölten mittheilt. Auch verweisen wir auf die praktischen eingehenden Ausführungen zu den neuen Gesetzen im Wiener Diöcesanblatt 1868 Nr. 17 ff.

Nach dem Pesther Lloyd hat der Minister des Innern Dr. *Giskra* den Statthaltern in einem Rundschreiben aufgetragen, auf's Aeusserste den klerikalen Agitationen entgegenzutreten und Gesetzwidrigkeiten, die etwa durch die päpstliche Allocution da oder dort beim Klerus angeregt werden könnten, ohne jede Rücksicht zu ahnden. Inzwischen scheinen aber die Arbeiter- und dgl. Vereine für ihre antiklerikale Agitation freies Spiel zu haben, namentlich um Demonstrationen gegen die Allocution in's Werk zu setzen, bei denen natürlich wieder der löbliche Gemeinderath der intelligenten Reichshauptstadt Wien auch nicht zurück bleiben durfte. Der frühere Erlass des Ministers Giskra an die Statthalter von Oberösterreich und Steiermark (*Archiv* XIX, 323 f.), der schon einer Agitation gegen die damals noch bevorstehende confessionelle Gesetzgebung vorbeugen sollte, hat von Seiten der Bischöfe und des Klerus von Linz und Seckau eine energische verdiente Zurechtweisung erhalten. (Vgl. Katholische Stimmen: Nr. IX. und X.) Sehr zeitgemässe Streiflichter auf jene ministeriellen Tendenzen wirft Nr. V. der Katholischen Stimmen: *Die Priesterverfolgung in Tyrol von 1806—1809 von Albert Jäger;* eine vor 24 Jahren vor einem gemischten Publicum gehaltene Vorlesung, die 1852 in den Denkschriften der Wiener Academie erschien. Sie weist nach, wie damals die bayerische Regierung unter der Leitung des Illuminaten Monteglas das Tyrolervolk durch die rücksichtslosesten kirchlichen Neuerungen in seinen heiligsten Gefühlen und Ueberzeugungen tief verletzte, aber auch die Erfahrung machen musste, dass auf solche Weise die Gemüther nicht gewonnen werden.

---

1) Den Vorwurf, den wir nach fruchtlosen oftmaligen freundschaftlichen Vorstellungen den Kölnischen Blättern im *Archiv* XIX, 467. machten, weisen dieselben in Nr. 133. sehr heftig als *ehrlose Verläumdung* zurück. Wir würden uns aufrichtig freuen, wenn es *in Zukunft* eine [illegible] sein würde zu sagen, die Kölnischen Blätter vertheidigten nach Möglichkeit die [illegible] Tendenzen des Ministeriums Beust-Giskra. Die Kölnischen Blätter [illegible] Gelegenheit auch eine Anzahl den Herausgeber des Archivs [illegible] unrichtiger Behauptungen auf, die wir aber, [illegible] Hauptfrage unwesentlich, auf sich beruhen lassen.

Literatur.

Die kirchliche Lehrgewalt von Gerhard Schneemann (Stimmen aus Maria-Laach. X.) Freiburg i. Br. Herder 1868. 228 S. gr. 8.

Der fleissige Verfasser dieser Stimme aus Maria-Laach hat hier die Begründung und Vertheidigung einer Materie übernommen, die einen der wesentlichsten Unterschiede der katholischen Kirche von allen anderen christlichen Religionsgenossenschaften begründet und deshalb von letzteren, sowie vor Allem von dem sogenannten modernen Liberalismus stark angefochten wird.

In einer längeren Vorrede (S. 5 — 23.) vertheidigt sich der Verfasser gegen mehrere ihm im Bonner Literaturblatt an seinen Schriften über »die kirchliche Lehrgewalt und ihre Träger« und »der Papst, das Oberhaupt der Gesammtkirche« gemachte Ausstellungen, und behandelt dabei auch die Frage, ob die päpstliche Encyclica vom 8. December 1864 als eine Entscheidung ex cathedra d. h. als unfehlbar anzusehen sei, was er bejaht. (Man vgl. dazu jetzt *Dieringer* im Bonner Literaturblatt 1868, Nr. 12., S. 396 ff.)

Das Werk selbst handelt in fünf Abschnitten von den Thesen 2, 8—15, 21, 23, 32, 33 des Syllabus. Der 1. Abschnitt beschäftigt sich mit dem Beweise der Existenz der kirchlichen Lehrgewalt (S. 27—40.). Christus übertrug seine Gewalt zu lehren den Aposteln, von welchen die Kirche dieselbe erhielt. Abgesehen von der heiligen Schrift erklärt sich diese allgemein verbindliche Lehrgewalt aus der Natur einer die Glaubenseinheit bezweckenden kirchlichen Gesellschaft, zumal da es für die meisten unmöglich ist, durch eigenes Studium sich die Ueberzeugung der Wahrheit zu bereiten. Wenn der Liberalismus diese Auctorität nur für die Ungebildeten anerkennen will, so widerspricht er damit seinem Princip der Gleichheit; ebenso unlogisch und falsch sind alle übrigen Einwände gegen die kirchliche Lehrgewalt. Dieselbe ist aber, wie der Verfasser nach der communis opinio annimmt, kein besonderer Theil der kirchlichen Gewalt überhaupt, sondern unter die potestas jurisdictionis zu subsumiren.

Der 2. Abschnitt behandelt die Unfehlbarkeit der kirchlichen Lehrgewalt (S. 40—51.). Christus hat der Kirche in mehreren Verheissungen den göttlichen Beistand zugesichert, indem er sie auf Petrus den Felsenmann gründen will, ihr die Kraft des heiligen Geistes gesendet und bei ihr bleiben will bis an das Ende der Welt. Hieraus folgt, dass die Kirche unmöglich im Glauben irren kann, wie dies auch immer die Apostel und die katholische Kirche bis auf den heutigen Tag festgehalten haben. Die Unfehlbarkeit der Kirche ergibt sich übrigens schon von selbst aus dem Zwecke der letzteren,

welche den (natürlich einheitlichen) Glauben an Gott erhalten und also auch in ihren Entscheidungen darüber unfehlbar sein muss. Im Begriff der Wahrheit liegt die Einheit und diese hat die Kirche nur durch ihre Unfehlbarkeit bewahren können.

Im 3. Abschnitt (S. 52—103.) wird der Gegenstand der kirchlichen Lehrgewalt besprochen. Letztere bezieht sich auf den Glauben, sowohl auf die Predigt der Glaubenslehren, als auf die Definition eines Dogma's, und ist hierin unfehlbar. Die widersprechenden Thesen des peruanischen Priesters Vigil, der u. A. die Meinung »die Königin der Welt« nennt, werden als völlig unhaltbar nachgewiesen; ebenso die Bestreitung der Unfehlbarkeit der Kirche in der Entscheidung dogmatischer Thatsachen d. h. »des Sinnes eines nicht inspirirten Textes in seiner Beziehung zum Glauben.« Ferner wird der Beweis erbracht von der Unfehlbarkeit der Kirche in Bezug auf die Folgerungen aus den Glaubenswahrheiten, ebenso wie in Bezug auf den Einklang der allgemeinen kirchlichen Disciplin mit der Glaubens- und Sittenlehre. Die nicht unfehlbaren kirchlichen Lehren betreffend, wird vor allem die Gefährlichkeit des temerarium als »Verwegenheit in der Aufstellung von Meinungen, die sich auf den Glauben beziehen,« hervorgehoben und hierbei die Verurtheilung Galilei's, sowie das Institut der congregatio indicis beleuchtet. Zum Schlusse folgt eine nähere Erörterung und Präcisirung der wahren Freiheit der Wissenschaft.

Den wichtigsten Theil der Broschüre bildet der 4. Abschnitt (S. 104—215.) über die Unfehlbarkeit des Papstes und der allgemeinen Concilien. Letztere begründet der Verfasser kurz durch die heilige Schrift und die Geschichte, da gegen die Infallibilität des Gesammtepiscopats nur grundlose und unüberlegte Einwände, wie die Vigil's, vorgebracht werden können. Desto länger verweilt er aber bei dem Beweise der Unfehlbarkeit der päpstlichen Glaubensentscheidungen ex cathedra und gibt zuerst eine längere dogmenhistorische Entwicklung dieser Frage, indem er die Leugnung der päpstlichen Unfehlbarkeit seitens der Jansenisten und Gallicaner als der übereinstimmenden Ueberzeugung der damaligen Zeit widersprechend darstellt und für die heutige allgemeine Herrschaft jener Ueberzeugung eine grosse Anzahl von Belegen aus allen Ländern der Welt beibringt. Sodann geht der Verfasser über zu den Beweisgründen der Unfehlbarkeit der päpstlichen Entscheidungen ex cathedra in Glaubenssachen und nachdem er jene genau definirt als »Lehrentscheidungen des Papstes in Sachen des Glaubens und der Sitten, zu deren Annahme er die ganze Kirche verpflichtet,« schöpft er aus Matth. 16, 18. und

Luc. 22, 32. und aus der Tradition mit besonderer Hervorhebung der darauf bezüglichen Väterstellen die Beweise für die päpstliche Infallibilität. Die Gewalt des Papstes zur endgültigen Entscheidung in Glaubenssachen, der dem Papste von allen Priestern geschworene Gehorsam, die Stellung des Papstes als Mittelpunkt der Kirche, lassen sich nur mit der Unfehlbarkeit in Einklang bringen, wie auch die Kirche in allen Zeiten fest an der Ueberzeugung von der Glaubensreinheit des römischen Stuhles festhielt. Die gegnerischen Einwürfe von der sog. Liberius-Honorius-Frage, dem angeblichen Unterschiede zwischen der Kirche und dem Papste und der angeblichen Aufhebung der bischöflichen Gewalt durch die päpstliche Unfehlbarkeit werden treffend widerlegt und das Verhältniss der Auctorität des Bischofs zu der des Papstes klar auseinandergesetzt.

Der 5. Abschnitt enthält schliesslich eine kurze Erläuterung des §. 2. des Syllabus (S. 215—224.), worin in Anknüpfung an die verschiedenen Arten der göttlichen Offenbarungen der Unterschied zwischen der natürlichen Erkenntniss und dem Glauben, zwischen den natürlichen Wissenschaften und der Theologie seine Erklärung findet, und als das richtige Verhältniss zwischen beiden die Behandlung der speculativen Theologie nach den Principien der scholastischen Methode hingestellt wird.

Was die Behandlung des Stoffes betrifft, so zeichnet sie sich (besonders im Anfang) durch logische Klarheit im Einzelnen aus, welche durch treffende Beispiele und Vergleichungen gefördert wird. Doch hätte Einzelnes hier und da einer etwas genaueren Erörterung bedurft, wie z. B. das S. 154. erwähnte Schreiben des heiligen Leo I. an den heiligen Florian. Auch wäre es der Uebersichtlichkeit des Ganzen bei der Lectüre förderlicher gewesen, wenn statt der Eintheilung in ganz kurze Nummern die Hauptabschnitte in längere mit Ueberschriften versehene Paragraphen zerlegt worden wären. Die Darstellung ist nicht ohne innige Wärme und von überzeugender Gründlichkeit. Die Beweise und Deductionen sind meist scharf, wenn auch zuweilen etwas künstlich zugespitzt. Im Allgemeinen scheint der Verfasser aber, wenn er einige abweichende Ansichten, wie u. A. die Pichler's bespricht, die Ueberzeugung von der päpstlichen Unfehlbarkeit für verbreiteter anznnehmen, als sie es (wenigstens in Deutschland) in der That ist, wiewohl jedenfalls die Mehrzahl der Katholiken und zwar mit Recht daran festhält. Ist es ja eines der grossen Verdieuste des Ordens, dem der Verfasser angehört, jene These immer mit vielem Erfolg vertheidigt zu haben. Hoffentlich wird zu ihrer Befestigung auch die vorliegende Schrift einen wesentlichen Beitrag liefern.

Frankfurt am Main. Dr. *Justus Richard Fösser.*

[illegible] Dr. Vering zu Heidelberg.

Die apostolischen Protonotare,

von Dr. Micke, K. Regierungs-Referendarius in Breslau.

§. 1. Einleitung.

In den bisher über die Römische Curie erschienenen Abhandlungen ist der Protonotare meistens nur stiefmütterlich, häufig gar nicht gedacht[1]); und doch zählen sie zu den ältesten Instituten der christlichen Kirche, ja sie feiern beinahe zugleich mit derselben ihr Geburtsfest. Es haben ihre Schicksale im Laufe der Zeit so gewechselt und einen so interessanten Entwicklungsgang genommen, dass sie schon desshalb einen berechtigten Platz in der Rechtsgeschichte der christlichen Kirche einnehmen.

Die Art der Behandlung unseres Thema's wird daher eine historische sein. Als Quellen dienen uns hauptsächlich der liber pontificalis und die Concilienacten, für die spätere Zeit vornehmlich die in den Bullarien gesammelten Constitutionen der Päpste.

§. 2. Ueber die kirchlichen Notare im Allgemeinen und deren verschiedene Stellung.

Notarius muss in seiner ursprünglichen Bedeutung mit Schreiber übersetzt werden; genauer versteht man darunter — der Etymologie des Wortes folgend — einen Schreiber, der mit notae, mit Abkürzungen[2]), schreibt, also einen Stenographen. Die kirchlichen Notare sind demnach im Dienste der Kirche stehende Schreiber. Diese

---

1) In der *Revue des sciences ecclésiastiques* dir. par. M. l'abbé D. Bouix 1867. August bis Novemberheft veröffentlichte abbé *Renaud* vier Artikel: *des protonotaires apostoliques, leur origine, leurs fonctions et leurs prérogatives* und ein Auszug daraus erschien (56 S. 8.) zu Paris bei Poussielgue frères. Kritische Bemerkungen eines Abonnenten der Revue zu jenen Artikeln brachte das Januarheft und eine Antwort *Renaud's* das Maiheft 1868 derselben Zeitschrift. (D. R. d. A.)

2) *Schmalzgrueber* in tit. X. de judiciis (2, 1.) n. 14. *Brissonius,* lexicon juris sive de verb. quae ad jus pertinent significatione lib. XIX. Frankfurt 1587. s v. notarii lib. XII. S. 385. 386. *J. A. Schmid,* de notariis ecclesiast. tum occid. tum orient., ed. J. Chr. Leyschner. Lipsiae 1756 cap. II. §§. 1.—7. *Oesterley,* das deutsche Notariat; I. Theil: Geschichte des Notariats, Hannover 1842. S. 5 fgg. *Thomassini,* vetus et nova eccles. discipl., Parisiis 1691. P. I.

ihrer ursprünglichen Beschäftigung entsprechende Bedeutung ist indess im Laufe der Zeiten durch die vielseitige Verwendung, welche die Notare gefunden haben, und durch die daraus hervorgehende Gliederung in verschiedene Gattungen unpraktisch geworden, und es lässt sich daher für das Wort notarius ecclesiasticus eine allgemeine, auf alle Fälle passende Uebersetzung kaum finden; der Begriff von notarius ecclesiasticus gestaltet sich bei den verschiedenen Arten von kirchlichen Notaren und zu den verschiedenen Zeiten verschieden.

Nach der äusseren Stellung der Notare, je nachdem sie im Dienste der Päpste, Bischöfe, Aebte oder anderer kirchlichen Personen stehen, unterscheidet man:

I. apostolische Notare,

II. bischöfliche Notare, Notare der Aebte[1]) u. s. w.

Dies ist die Haupteintheilung. Die apostolischen Notare gruppiren sich wieder in zwei Classen, die wohl auseinander zu halten sind:

1) in die *notarii apostolica auctoritate creati,*

2) in die *notarii sedis apostolicae* oder protonotarii apostolici.

Letztere sollen unsere fernere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Sie unterscheiden sich von den ersteren, den notarii apostolica auctoritate creati wesentlich und haben eigentlich nur das mit ihnen gemein, dass sie ebenfalls *päpstliche* Notare sind. Im Uebrigen ist ihre Stellung eine ganz andere. Sie sind ein rein kirchliches Institut, ihre Thätigkeit bezieht sich meist auf res spirituales. Die notarii apostolica auctoritate creati erscheinen dagegen als die Vorläufer unserer heutigen weltlichen Notare und waren im Mittelalter in Deutschland und Italien die Personen, welche die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufnahmen. Sie hatten es meist mit res temporales zu thun und concurrirten mit den notarii imperatoris auctoritate creati.

Wir gehen auf die Functionen derselben nicht näher ein, wenden uns vielmehr zu den notarii apostolicae sedis, oder wie sie gewöhnlich heissen, zu den apostolischen Protonotaren.

Dieselben zerfallen wiederum in zwei Hauptclassen, und demgemäss unsere Abhandlung in zwei Haupttheile.

Die erste Classe resp. der erste Theil umfasst:

---

lib. II. c. 104. de notariis etc. *Jac. Cuiacii* opp. omn. Mutinae 1782 pars poster. comment. in lib. IV. priores Cod. Just. I. 54. tom. X. *Bouix*, tractatus de judic. eccles. Bd. I. S. 480.

1) Capitul. III. a. 803. c. 3. (Monum. Germ. ed. *Pertz* St. tom. I. S. 115.) Appendix ad St. Greg. epistol. (*Migne,* Patrol. cursus etc. Bd. 77. col. 1346. n. 1299.) *Oesterley,* a. a. O. S. 421 fgg.

die *protonotarii participantes* (de numero participantium, numerarii oder ordinarii),

der zweite Theil:

die *protonotarii non participantes* (supranumerarii oder extraordinarii).

Bei den letzteren unterscheidet man aber wiederum:

a) die *protonotarii ad instar participantium,*

b) die *protonotarii honorarii* oder *titulares.*

Unsere Hauptaufmerksamkeit widmen wir dem ersten Theile. Nur kurz und durchaus nicht mit Beanspruchung der Vollständigkeit gedenken wir der protonotarii non participantes. Der Grund liegt in der Sache selbst. Das Collegium der protonotarii participantes gehört heute noch zu den bevorzugtesten und mit den mannigfachsten Privilegien ausgestatteten der Römischen Curie; die Mitglieder desselben sind im Besitz einer wirklichen dignitas, sind wirkliche Prälaten. Die protonotarii supranumerarii bekleiden dagegen keine eigentliche Dignität, repräsentiren vielmehr nur einen Personat, mit welchem der Papst verdiente Kleriker, analog der Vertheilung von Orden an weltliche Personen, auszeichnet. Wenn die protonotarii supranumerarii nun auch wirkliche officiales und familiares des Papstes, ausserdem unter Umständen auch ermächtigt sind, die einzelnen Functionen des Protonotariats auszuüben, so ereignet sich doch für letzteren Fall die Gelegenheit so selten, dass man gewiss keinen Irrthum begeht, von dieser in den protonotarii supranumerarii latenten und sehr selten frei werdenden Dignität zu abstrahiren und mehr den Personat im Auge zu behalten. Dazu kommt noch, dass die meisten und wichtigsten Privilegien, welche die protonotarii supranumerarii besassen, in der neuesten Zeit durch die Päpste Pius VII. und Pius IX. so abgeschwächt und zum Theil ganz aufgehoben worden sind, dass jetzt nur ein matter Schimmer von dem früheren Glanze übrig ist.

Wir unterscheiden bei unserer Darstellung im ersten Theile vier Zeitabschnitte je nach den Päpsten, welche wesentlich verändernd auf die Fortbildung unseres Institutes eingewirkt haben. Es ist natürlich nicht möglich, bei der Betrachtung einer Zeitperiode ängstlich blos bei dieser stehen zu bleiben und nicht auch Rücksicht auf die folgenden zu nehmen; ein theilweises Hinübergreifen mag also der Uebersicht wegen entschuldigt sein.

Folgende Päpste begründen nun im obigen Sinne einen Zeitabschnitt: 1) *Clemens I.* (93—341[1]), 2) *Julius I.* (341—1585),

1) Die Regierungszeit der einzelnen Päpste bestimmen wir nach den Angaben des Annuario Pontificio.

3. *Sixtus V.* (1585—1838), 4) *Gregor XVI.* (1838 bis zur Gegenwart.)

Es beschäftigt uns übrigens hauptsächlich die juristische Natur des Protonotariats; alle übrigen, dem jus caeremoniale angehörigen, Bestimmungen ziehen wir nur insofern in den Kreis unserer Betrachtung, als sie zweckdienlich, d. h. eine Erkenntnissquelle im obigen Sinne werden können.

I. Die Protonotarii participantes.

§. 3. Die Zeit von Clemens I. bis Julius I. (93—341 n. Chr.).

Die Protonotare führen ihren Ursprung bis auf den Regionar-Klerus zurück, in welchem sie durch die Regionar-Notare vertreten waren [1]).

Der Name »protonotarius« ist durch spätere Gewohnheit entstanden; die gewöhnliche Bezeichnung, wie sie in den Quellen, besonders den päpstlichen Constitutionen und Concliien-Acten vorkommt, und in den ersten christlichen Jahrhunderten die alleinig gebräuchliche ist, ist: notarius apostolicus [2]), notarius sedis apostolicae, oder wie sie die Päpste nennen: notarii nostrae sedis, nostrae ecclesiae [3]), notarii ecclesiastici [4]); bisweilen, jedoch erst später, heisst es auch: protonotarius sedis apostolicae [5]).

Fragen wir warum das Gewohnheitsrecht den notarii apostolicae sedis den Namen protonotarii beilegte, so ist die Antwort die, dass die notarii apostolicae sedis speciell im Dienste der Päpste standen, ein wirkliches kirchliches Institut bildeten und sich in dieser Beziehung wesentlich von den kirchlichen Notaren im Allgemeinen unterschieden resp. auszeichneten, da diese eine kirchliche Würde nicht bekleideten, sondern Kleriker der niederen Ordnungen waren, welche sich mit Schreiben, später mit Abfassen von Urkunden beschäftigten [6]).

---

1) *Phillips,* Kirchenrecht. Bd. 6. S. 316 fgg.

2) Lib. pontif. tom. I. S. 89. 91. Ich habe die Ausgabe benützt, welche unter dem Titel: »Anastasii bibliothecarii de vitis Roman. Pontif. A. B. Petro Apostolo ad Nicol. I. Romae« erschienen ist. Dass Anastasius nicht der Verfasser des lib. pontif. ist, ist bekannt. (Vgl. *Giesebrecht,* Allg. Monatschr. Jahrgang 1852 S. 102 fgg. S. 257 fgg.) *Holstenii* collect. rom. bipart. etc. Romae 1662. S. 239. *Rigantii* comment. in reg. canc. Romae 1745. ad reg. I. §. 4. Band 1. *Wetzer* und *Welte,* Kirchenlexicon Bd. 8. S. 830. *Barbosa,* de jure ecclesiast. Lugduni 1687. lib. I. c. 23.

3) Greg. M. ep. lib. V. ind. XIII. ep. 29. (*Migne* a. a. O. col. 755. n. 757.).

4) Acta concilior., Ausg. von *Harduin.* Bd. I. col. 290. A.

5) *Acta concil.* a. a. O. Bd. 8. col 492. D.

6) *Schmid* a. a. O. S. 51 fgg. *Binterim,* Denkwürdigkeiten u. s. w. Bd. 1. Th. 2. S. 47 fgg. Vita Epiphanii Picinensis (*Migne* a. a. O. Bd. 63. col.

Um die bevorzugte Stellung der notarii apostolicae sedis vor den übrigen kirchlichen Notaren zu bezeichnen, nannte man sie πρῶτοι notariorum oder protonotarii. Papst Pius II. erzählt uns dies in seiner const. »Cum servare« ausdrücklich mit folgenden Worten: »Quos vulgo protonotarios quasi per excellentiam quandam non abs re consuetudo vocat.«

Die ersten Nachrichten von dem Protonotariat datiren aus der Regierungszeit des Papstes Clemens I., welcher von 93—102 n. Chr. regierte. Von ihm erzählen uns die Quellen:

> »Hic septem urbis regiones divisit septem notariis singulas singulis attribuens, qui passiones martyrum et res ab iis gestas diligentissime conquisitas litteris mandarent.«

Dies berichtet sowohl der lib. pontif. in der Lebensgeschichte Clemens I.[1]), als Platina, de vit. pontif.[2]), und ebenso bezeugt es das conc. Lateranense, was unter Julius V. und Leo X. gefeiert wurde[3]). Gleichfalls ist diese Notiz in das Brev. Rom. ad 23. Novembr. in II. nocturn. lect. IV. übergegangen.

Zunächst geht also aus den angeführten Worten hervor, dass Papst Clemens I. bestimmt hat, über die Thaten und Leiden der Martyrer Acten zu führen, dann, dass er dieses Geschäft sieben Notaren übertrug, weil sich diese wegen ihrer Fertigkeit im Schnellschreiben am Meisten dazu eigneten[4]). Dieser letztere Umstand, nämlich die Auswahl von gerade sieben Notaren, hat Viele veranlasst, anzunehmen, Clemens I. habe eine neue Eintheilung der Stadt Rom, welche nach einer Bestimmung von Kaiser Augustus, wie uns Sueton in seinem Leben des Augustus (Cap. 30.) mittheilt, in vierzehn Regionen zerfiel, vorgenommen und habe die Anzahl der Regionen um die Hälfte verringert, so dass jedem Notar eine Region zufiel. Sagittarius[5]) geht sogar so weit und bezweifelt, dass Clemens I. die Regionarnotare eingesetzt habe, da er sich nicht denken könne, wie bei der Unterdrückung und Verfolgung des Christenthums Clemens I.

208.). *Greg. M.* ep. lib. V. ind. XIII. ep. 15. (*Migne* a. a. O. Bd. 77. col. 735. n. 739.). *Act. conc.* a. a. O. Bd. 2. col. 314. D. col. 318. E. col. 150. E. col. 139 B. *Thomassinus* a. a. O. c. 104. de notariis etc.

1) A. a. O. S. 8.

2) S. 23.

3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9. col. 1776. D.

4) Historiae Pontif. Rom. et S. R. E. Cardinal. ab initio nasc. eccles. ad Clem. IX. *Alphons. Ciaconii* cum not. ab Aug. Oldoino recogn. Romae 1677. Bd. 1. col. 151. 153.: »Quia ipsorum (sc. martyrum) et facta et dicta mirabili celeritate per notas quasdam designabant.«

5) De martyr. militia c. 1. §. 12.

eine neue Eintheilung der Stadt Rom gewagt habe. Er schreibt desshalb die Gründung des Protonotariats dem Papste Anterus zu, welcher im dritten Jahrhunderte regierte. Abgesehen davon, dass es sonderbar ist, zu glauben, eine neue Distribution der Stadt durch Clemens I. könne sich nicht blos auf die geistliche Verwaltung derselben bezogen haben — woran er doch trotz aller Verfolgung nicht wäre gehindert worden — so kommt noch dazu, dass Clemens I. in der That die bestehenden Regionen nicht verändert, sondern jedem der sieben Notare zwei Regionen zugewiesen hat. Unser Gewährsmann für diese Ansicht ist *Alph. Ciaconius*[1]):

> »Hic (Clemens I.) pontificum ornamenta instituit et septem notarios ordinavit, quibus urbis regiones XIV. divisit, ut singuli res gestas martyrum sollicite et diligenter per regiones suas conquisitas describerent. Quorum umbram Romanae sedis protonotarii, qui participantes vocantur, ante septem, nunc XII. tenent.«

Zugleich dient diese Stelle als Beweis, dass die ursprünglich zum Schreiben der Martyreracten eingesetzten Notare die Vorläufer der heutigen Protonotare sind, eine Meinung, die übrigens überall als unbestritten gilt[2]).

Dadurch, dass der Geschäftskreis der sieben Notare in örtlicher Beziehung sich nach den Regionen der Stadt richtete, erhielten sie den Namen notarii regionarii, eine Bezeichnung, die besonders in den Quellen der älteren christlichen Zeit neben den oben genannten häufig vorkommt[3]).

Man hat, wie die Bischöfe die Nachfolger der Apostel, so die Protonotare häufig die Nachfolger der Evangelisten genannt, da sie wie diese alles auf die christliche Kirche Bezügliche aufzeichneten[4]). Dieser Vergleich, zu welchem das spätere Ansehen der Protonotare in der Kirche geführt hat[5]), ist indess sehr gewagt und beruht

1) A. a. O. Bd. 1. col. 89.

2) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9. col. 1776. D. *Schmid* a. a. O. S. 48. *Faber,* de protonotariis apostolicis. Bononiae 1672. S. 1. 2. *Cohellius,* Notitia Cardinalatus. Romae 1653. S. 199. Daher verehrt noch heut das Collegium der Protonotare den heiligen Clemens als seinen Patron und führt dessen Bild in seinem Wappen. Vgl. *Analecta jur. Pontif.,* Troisième Série; première partie du second volume. Rome, 1858. XXVI. livraison. col. 725. n. 98.

3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 3. col. 703. D. *Jaffé,* Regesta Rom. Pontif. Berolini 1861. S. 235.

4) *Lib. pontif.,* a. a. O. S. 55.

5) *Cherubinus,* schol. II. ad bullam Pii II. »Cum servare.« *Joann. Bapt. Parolettus* in clericali palaestra; pars III. c. 6. lit. P. vers. VIII.

keineswegs, wie dies bei den Bischöfen der Fall ist, auf einer historischen Grundlage.

So bestand das neu gegründete Institut lange Zeit hindurch ohne Veränderung; es wird wenigstens in den uns überlieferten Quellen Nichts von einer solchen erwähnt. Die erste weitere Nachricht bringt wieder der lib. pontif. in der Lebensgeschichte des Papstes Anterus I., der von 238—239 den päpstlichen Stuhl einnahm und gerade wegen einer neuen die Regionarnotare betreffenden Einrichtung vom Präfecten Maximus zum Tode verurtheilt wurde. Der lib. pontif. lässt sich darüber folgendermassen aus:

»Hic acta martyrum a notariis exquisivit et in ecclesia recondidit, propter quod a Maximo Praefecto martyr effectus sit [1]).«

Anterus I. gründete also durch diese Bestimmung für die von den Regionarnotaren geschriebenen Martyrer-Acten ein eigenes Archiv, das scrinium, und bestimmte, dass dieselben gesammelt und dahin abgeliefert werden sollten. Die Veranlassung zu dieser Massregel lag jedenfalls in dem Bestreben der Heiden, die Documente, welche der Nachwelt die Thaten der Martyrer und zugleich die Greueln ihrer Verfolger und Peiniger überliefern sollten, zu vernichten. In diesem Sinne rechtfertigt sich auch der Schluss der oben angeführten Worte des lib. pontif.:

»propter quod a Maximo Praefecto martyr effectus sit [2]).«

Diese von Papst Anterus I. getroffene Einrichtung war Veranlassung, dass man die Regionarnotare auch öfter scriniarii nannte, von dem scrinium, worin die Acten aufbewahrt wurden [3]).

Unter Papst Fabianus, der auf Anterus I. folgte und bis 253 regierte, erhielten die sieben Regionarnotare noch sieben Subdiaconen, denen sie untergeordnet wurden [4]), zur Unterstützung [5]). Ausserdem wurde je zwei Regionen noch ein Diacon vorgesetzt, der wiederum Subdiaconen und Notare unter sich hatte. Es mochte vorgekommen

---

1) A. a. O. S. 19.

2) *Zaccaria,* Diss. sopra i notaj. ecclesiast. (*Raccolte,* di dissert. Ital. Bd. 1. S. 169.)

3) *Gomes,* in reg. cancell. prooem. tit. de ordine et officio protonotarior.: »Quia Anterus Papa ejus nominis primus statuerat, res martyrum gestas notariis conscriptas scriniis ecclesiae recondi, fortassis ab eo tempore scriniarii sunt appellati.« Vgl. *Act. conc.* a. a. O. Bd. 3. col. 710. D. Bd. 6. Th. 2. col. 1819. B. *Jaffé* a. a. O. S. 302. 303. *Oesterley* a. a. O. S. 78 fgg.

4) *Alph. Ciacon.* a. a. O. col. 151.: »Septem notariis septem subdiaconos praefecit.«

5) *Lib. pont.* a. a. O. S. 21. *Platina* a. a. O. S. 56. *Alph. Ciacon.* col. 155.

sein, dass die Bestimmung von Anterus I., die Acten zu sammeln und in das Archiv abzuliefern, oft von den Notaren nicht genau beachtet wurde. Zur Vermeidung solcher Unordnung setzte ihnen Papst Fabianus die Diaconen und Subdiaconen vor, welche die Notare an ihre Pflicht erinnern und darauf halten mussten, dass die Acten ihrem neuen Aufbewahrungsorte übergeben wurden. So sind unzweifelhaft die Worte zu verstehen, die wir im lib. pont. in der vita Fabiani lesen[1]):

> »Hic regiones divisit diaconibus et fecit septem subdiaconos, qui septem notariis imminerent, ut gesta martyrum in integrum colligerent.«

Fügen wir dieser Notiz noch folgende bei, die eines Theils bei *Alph. Ciacon.* a. a. O. col. 151., anderen Theils bei *Platina* a. a. O. S. 56. zu finden ist, nämlich:

> »Septem notariis septem subdiaconos praefecit;«

und:

> »Fabianus autem pontifex septem diaconis regiones divisit qui a notariis martyrum res gestas colligerent;«

so wird unsere eben ausgesprochene Ansicht unzweifelhaft bestätigt.

Diese Diaconen und Subdiaconen wurden indess nicht in das Collegium der Regionarnotare, das nach wie vor aus sieben Mitgliedern bestand, eingereiht. Auffallend erscheint es allerdings, dass unter Papst Sylvester I. (314—337) vierzehn zum Schreiben der Martyrer-Acten angestellte Notare erwähnt werden[2]). Hier sind, wie dies manchmal geschieht, die Subdiaconen mit den Regionarnotaren verwechselt worden. Keineswegs kann aber aus dieser Stelle, wie *Oesterley*[3]) irrthümlich thut, geschlossen werden, dass unter Sylvester I. das Collegium der Regionarnotare vierzehn Mitglieder gezählt habe. In den Bullen der Päpste vor Sixtus V. ist immer, wenn überhaupt davon die Rede ist, gesagt, dass es stets nur sieben Regionarnotare gegeben habe, und so ganz besonders in dem §. 2. der const. »Romanus Pontifex,« durch welche Sixtus V. die Zahl der Mitglieder des Collegiums auf zwölf erhöhte (vgl. weiter unten).

---

1) *Alph. Ciacon.* a. a. O. col. 151.

2) Can. vel const. Sylvestri episc. urb. Romae et dom. Constant. Aug., qualiter ecclesiast. gradus custodiantur vel religio; act. l. c. 1. (*Act. conc.* a. a. O. Bd. 1. col. 290. A.): »Notarii ecclesiastici quastuordecim, qui gesta diversorum martyrum suscipientes« etc.

3) A. a. O. S. 83.

§. 4. 2) Von Julius I. bis Sixtus V. (341—1585 n. Chr.).

Mit Papst Julius I., der von 341—352 regierte, beginnt eine neue Periode für das Protonotariat. Die ursprüngliche Bestimmung desselben, die Martyrer-Acten zu führen, war durch die Aufnahme der christlichen Kirche in den römischen Staat durch Kaiser Constantin unpraktisch geworden. Man liess das Institut aber doch nicht eingehen. Papst Julius I. wies durch ein besonderes Gesetz den Regionarnotaren einen neuen Geschäftskreis an und sicherte dadurch ihre fernere Existenz.

»Hic constitutum fecit« — so lauten die Worte des lib. pontif. [1]) — »ut ..... notitia, quae omnibus pro fide ecclesiastica est, per notarios colligeretur et omnia monumenta in ecclesiam per primicerium notariorum confecta celebrarentur, sive causationem vel instrumenta, aut donationes, vel commutationes vel traditiones, aut testamenta, vel allegationes aut manumissiones clerici in ecclesia per scriniarum sanctae sedis celebrarent [2]).«

Im Allgemeinen sollen also die Protonotare fernerhin Alles sich auf den christlichen Glauben Beziehende aufzeichnen und sammeln, eine Beschäftigung die ihrer bisherigen sehr ähnlich ist. Specielle Functionen werden ihnen bei den Rechtsgeschäften der Kleriker angewiesen; sie sollen die Instrumente und Urkunden anfertigen. Dabei wird es jedem Kleriker zur Pflicht gemacht, sich eines Protonotars zu bedienen [3]).

Weitere Schlüsse können wir aus den dürftigen Notizen der uns erhaltenen Quellen nicht ziehen, zumal wir den Wortlaut des Gesetzes selbst nicht kennen. Alle Details über die den Protonotaren neu angewiesene Thätigkeit fehlen. Das Gesetz selbst scheint etwas allgemein gefasst gewesen zu sein, denn es ist durch die auf Julius I. folgenden Päpste auf die mannigfaltigste Weise interpretirt, und die Protonotare sind in der verschiedensten Art verwendet worden. Die Bestimmung von Julius I.:

»ut notitia, quae omnibus pro fide ecclesiastica est, per notarios colligeretur«

ist eine solche, aus der sich alles Mögliche machen lässt — und so ist auch aus den Protonotaren alles Mögliche gemacht worden. Bald

---

1) A. a. O. S. 55.

2) *Greg. M.* ep. lib. VI. indict. XIV. ep. 12. (*Migne*, a. a. O. col. 805. n. 801.).

3) *Alph. Ciacon.* a. a. O. col. 233.: »Hic constitutum fecit, ut nullus clericus caussam quamlibet in publico ageret, nisi in ecclesia per notarios stipularetur.«

erscheinen sie als Gesandte der Päpste, bald als ihre Vertreter auf den Concilien. So schickte z. B. Papst Hormisdas (514—523) gemäss der Bestimmung der Synode zu Rom unter Anderen »Hilarium, notarium suprascriptae sedis« an den Kaiser Anastasius, um die Einheit der Kirche wieder herzustellen[1]); und später in derselben Angelegenheit an den Kaiser Justinus unter Anderen den Notar Petrus[2]). Auf dem zweiten Concil zu Ephesus 449 erscheint neben dem Bischof Julianus, dem Presbyter Renatus und dem Diacon Hilarius der Notar Dulcitius als Vertreter des Papstes Leo I. (440—461) »qui vice sua sancto conventui intersit et communi sententia, quae domino sint placitura, constituat[3]).« Ferner gibt Papst Pelagius I. (555—560) seinem Gesandten »ad correptionem excessuum« den Notar Proiectus bei: »ut participato consilio, quae rationabilia sunt, exsequi non morentur[4]).« Ein besonders interessantes und anschauliches Bild von der verschiedenen Stellung und Verwendung der Protonotare bietet sich unter Papst Gregorius I. (590—604) dar, welcher jenes allgemein lautende Gesetz von Julius I. am Allgemeinsten verstanden hat. Er schickt seine Notare mit wichtigen Aufträgen in die entferntesten Provinzen[5]), so z. B. in einer Criminaluntersuchung nach Sardinien[6]), nach Sicilien[7]). Sie bestätigen in seinem Namen die Bischofswahlen[8]), fungiren als Inquirenten und Vollstrecker der Urtel[9]), visitiren die Klöster[10]) u. s. w. Vornehmlich erscheinen sie auch als Schreiber der päpstlichen Briefe[11]), ein Umstand, aus dem sich später für sie, besonders für den Primicerius ein wichtiges Privileg abgeleitet hat, von dem weiter unten die Rede sein wird.

---

1) *Lib. pontif.* a. a. O. S. 89. *Jaffé* a. a. O. S. 65. n. 485.

2) *Lib. pontif.* a. a. O. S. 91.

3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 2. col. 86. D.

4) Collect. Rom. *Holst.* a. a. O. S. 239.

5) *Greg. M.* ep. lib. VIII. indict. I. ep. 26. (*Migne* a. a. O. col. 928. n. 915.).

6) *Greg. M.* ep. lib. II. indict. X. ep. 49. (*Migne* a. a. O. col. 590. n. 613.).

7) *Greg. M.* ep. lib. X. indict. III. ep. 23. (*Migne* a. a. O. col. 1081. n. 1082. n. 1056. n. 1056.).

8) *Greg. M.* ep. XI. indict. IV. ep. 3. (*Migne* a. a. O. col. 1121. n. 1094.).

9) *Greg. M.* ep. lib. III. indict. XI. ep. 41. lib. IX. indict. II. ep. 46. (*Migne* a. a. O. col. 637. n. 654. col. 678. n. 960.).

10) *Greg. M.* ep. lib. X. indict. III. ep. 23. (*Migne* a. a. O. col. 1081. n. 1082.).

11) *Greg. M.* ep. lib. V. indict. XIII. ep. 29. (*Migne* a. a. O. col. 755. n. 757.): »Hanc autem epistolam Paterio notario ecclesiae nostrae subscribendam dictavimus.«

Dadurch, dass die Protonotare, wie wir eben gesehen haben, so vielfach von den Päpsten ausgezeichnet und mit so wichtigen Missionen beauftragt wurden, wuchs ihr Ansehen in der ganzen Kirche [1]). Sie nahmen im Laufe der Zeit ziemlich dieselbe Stellung bei den Päpsten, wie die Römischen Notare bei den Römischen Kaisern, ein.

Wie bereits erörtert, gab es sieben Regionarnotare; die sieben Subdiaconen, die ihnen von Papst Fabianus zur Aushilfe beigegeben worden, gehörten nicht zu ihnen. Obwohl diese sieben Notare ursprünglich kein besonderes Collegium bildeten — denn die älteren Quellen erwähnen nichts davon — so ist doch anzunehmen, dass insofern eine collegialische Verfassung bestand, als eines von den Mitgliedern, wohl das älteste, über die anderen eine gewisse Aufsicht übte. Im Laufe der Zeit, als das Ansehen der Notare immer stieg, entwickelte sich eine organische Gliederung. Wie bei den Notaren der Römischen Kaiser fand auch hier bei den päpstlichen Notaren die Bildung einer besonderen Notarenschule, eines Notaren-Collegiums, Aufnahme [2]). Leider lassen uns die vorhandenen Quellen über die Zeit dieses Ereignisses in Ungewissheit. Wir wissen nur so viel, dass unter Papst Julius I. die päpstlichen Notare bereits in Schulen organisirt waren. Dieser Papst erwähnt nämlich zuerst unter seinen Vorgängern und Nachfolgern einen primicerius notariorum [3]). Möglicher Weise stammt von ihm, dem zweiten Gründer unseres Institutes, auch die Organisation desselben her. Anderweitig wird auch ein secundicerius genannt [4]). Einen tertiocerius und quartocerius führen die Quellen zwar nicht auf, was aber noch nicht gegen deren Existenz spricht. Die Bezeichnung tribunus et notarius für secundicerius kommt, wie in den Römischen Rechtsquellen, so auch in den unsrigen häufig vor [5]).

Die Namen: primicerius und secundicerius notariorum drängen uns zu der Annahme, da genauere Nachrichten über die ursprüng-

---

1) So sehen wir z. B. auf dem Concil zu Constanz (1417) die Protonotare gleich hinter den Cardinälen folgen, und dann erst die Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe u. s. w. *Act. conc.* a. a. O. Bd. 8. col. 465. B.: »Praesentibus ibidem reverendissimis patribus dominis cardinalibus, protonotariis, patriarchis, archiepiscopis, episcopis« etc.

2) *Biblioth. Patr.* Bd. 8. S. 70.: »Surgentio viro venerabili primicerio *scholae* notariorum in scrinio dedit« — sc. Vigilius Papa (538—555) — »ecclesiae collocandum subdiaconi Aratoris poëma.«

3) *Lib. pont.* a. a. O. S. 55.

4) *Greg. M.* ep. lib. VII. indict. XV. ep. 32. (*Migne* a. a. O. col. 890. n. 880.).

5) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 1. col. 175. D.

liche Einrichtung und Organisation des päpstlichen Notaren-Collegiums ebenfalls fehlen, dass, wie die Ausdrücke für die Vorsteher desselben römischen Ursprungs sind, auch die innere Verfassung des ganzen Collegiums den römischen Notarenschulen entnommen sei. Und in der That finden sich, soweit wir aus den dürftigen Quellen entnehmen können, zwischen beiden viele Aehnlichkeiten. Wie unter den Notaren der Römischen Kaiser, so genoss auch hier unter den päpstlichen Notaren der Primicerius besondere Vorrechte. Er war nicht nur der Vorsteher der Notare, sondern auch der Vorgesetzte aller niederen Kleriker. Indess ist Letzteres nicht unbestritten. *Binterim* hat wenigstens [1]) diese Ansicht angegriffen und derselben entgegengestellt, dass auf dem im Jahre 963 zu Rom abgehaltenen Conciliabel [2]) nach dem primicerius notariorum noch erwähnt würden: »Sergius, primicerius defensorum, Leo, primicerius scholae cantorum.« Dieser Einwurf fliesst aus einer mangelhaften Kenntniss des Institutes der judices palatini; er lässt sich bei genauer Betrachtung der Stellung und Rangordnung derselben sofort widerlegen [3]).

Die judices palatini, deren sieben an der Zahl waren und die in folgender Reihenfolge aufgeführt werden:

1) der primicerius notariorum,
2) der secundicerius notariorum,
3) der arcarius,
4) der saccellarius,
5) der primiscrinius.
6) der primicerius defensorum,
7) der nomenculator oder amminiculator,

gehören der ältesten Periode der Römischen Curie an und sind nur in derselben zu finden. Allmählich verschwanden sie vollständig aus deren Organismus und gingen meist in den sich später bildenden und heut noch bestehenden Instituten auf. Sie gehörten lediglich dem niederen Klerus an, nahmen aber unter demselben den ersten Rang ein [4]). Der Vornehmste von ihnen war der primicerius notariorum.

---

1) Denkwürdigkeiten etc. a. a. O. S. 51. in der Note.

2) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 6. Th. 1. col. 627.

3) Ueber die judices palatini handelt ausführlich *Phillips* a. a. O. Bd. 6. S. 343 fgg.

4) Der *Append. ord. Rom.* (*Mabillon,* Mus. Ital. Bd. 2. S. 570.) enthält ein Schriftstück, welches speciell über die judices palatini handelt und in welchem es am Ende heisst: »Et Romae clerici sunt« — nämlich die judices palatini — »ad nullos unquam alios ordines promovendi.« Vgl. *Giesebrecht*, Geschichte der deutschen Kaiser, 3. Ausg. Bd. 1. S. 877. 878. 869. *Blume,* Rhein.

Er wird immer zuerst genannt und steht weit über dem von *Binterim* erwähnten primicerius defensorum, der nur die sechste Stelle einnimmt. Wenn nun einerseits feststeht, dass die judices palatini die Ersten des niederen Klerus waren, andererseits dass der primicerius notariorum der Erste der judices palatini war [1]), so folgt daraus, dass der primicerius notariorum auch allen niederen Klerikern vorstand. Der primicerius defensorum ist als judex palatinus, um wie viel mehr als niederer Kleriker dem primicerius notariorum untergeben. Er macht letzterem dadurch, dass er auch primicerius heisst, — dies mag wohl *Binterim* zu seiner irrigen Meinung geführt haben — den vorzüglicheren Rang nicht streitig, ist vielmehr nur der Vorsteher eines Theiles des niederen Klerus, der defensores; der primicerius notariorum hingegen führt neben seinem Präsidium über die Notare die Oberaufsicht über die gesammten Kleriker und hat deshalb die Vorsteher der einzelnen Theile des niederen Klerus unter sich.

Aus dem eben Gesagten folgt die Unhaltbarkeit des von *Binterim* gemachten Einwurfes und besonders die Irrigkeit der Annahme, dass jeder primicerius gleichen Rang habe. Hiermit hätten wir den Zweck, den wir mit Betrachtung der judices palatini herbeiführen wollten, erreicht, wenn nicht die Fortsetzung derselben für unsere Protonotare weitere interessante Momente bieten möchte.

Wir haben eben gesehen, dass der primicerius notariorum unter den judices palatini die erste Stelle einnahm. Ihm zunächst folgte, wie aus der oben angeführten und nach der Rangordnung aufgestellten Reihenfolge hervorgeht, der secundicerius notariorum. Folgen wir weiter den Worten des bereits erwähnten Schriftstückes, dem wir die bisherigen Resultate verdanken, so erhalten wir nähere Auskunft über die Functionen der beiden uns interessirenden Palatinalrichter.

> »Judicum alii sunt palatini, quos ordinarios vocamus, alii consulares, distributi per judicatus, alii pedanei a consulibus creati. In Romano vero imperio et in Romana usque hodie ecclesia septem judices sunt palatini, qui ordinarii vocantur, quod ordinant imperatorem et cum Romanis clericis eligunt Papam. Quorum nomina haec sunt: Primus prmicerius, secundus, qui dicitur secundicerius, qui ab ipsis officiis nomen accipiunt. Hi dextera levaque vallantes imperatorem quodammodo cum illo videntur regnare, sine quibus aliquid magnum non potest constituere

Mus. für Jurisprud. V. S. 129—131.) hat dieses Schriftstück neuerdings auf Grund einer Vaticanischen Handschrift herausgegeben.

1) C. 1. §. 13. D. 25. (*Mabillon* a. a. O.).

imperator. Sed in Romana ecclesia in omnibus processionibus manuatim ducunt Papam cedentibus episcopis et ceteris magnatibus et in majoribus festivitatibus octavam super omnes episcopos legunt lectionem.« etc.

Nach dem Inhalte vorstehender Worte kommen der primicerius und secundicerius notariorum als judices palatini in einer doppelten Stellung in Betracht, das eine Mal dem Römisch-Deutschen Kaiser, das andere Mal dem Papste gegenüber. Es beruht dieselbe auf dem Verhältniss, in welchem sich der Papst resp. das Palatium zum Kaiser befand [1]). Der deutsche König war als Römischer Kaiser Patricius von Rom. Diese Schutzherrlichkeit des Kaisers über die Kirche liess nicht nur den Papst, sondern auch seine Beamten in eine nahe Beziehung zu dem Kaiser treten; er erschien ihnen gewissermassen neben dem Papste als ihr zweiter Herr. In Betreff der judices palatini machte sich diese zwischen Papst und Kaiser getheilte Oberherrlichkeit in der Art geltend, dass der Papst den judex palatinus ernannte, der Kaiser ihn bestätigte und in sein Amt einführte [2]). Diese ursprünglich dem Gewohnheitsrecht angehörende Sitte befestigte Lothar im Jahre 824 durch ein besonderes Gesetz [3]). Ein analoges Verhältniss finden wir in späterer Zeit in Deutschland wieder, wo die Notare theils vom deutschen Kaiser, theils vom Papste ernannt wurden. Die ersteren hiessen notarii imperatoris, die letzteren apostolica auctoritate creati. Die Befugnisse und Stellung von beiden waren gleich; der Kaiser räumte, mit Rücksicht auf seine Rechte gegenüber den päpstlichen Beamten, dem Papste die Macht ein, auch in dem kaiserlichen Beamtenorganismus gewisse Befugnisse auszuüben.

Da die judices palatini — als »ordinarii, quod ordinant imperatorem et cum Romanis clericis eligunt Papam« — unter sämmtlichen judices die hervorragendste Stelle einnahmen und der primicerius notariorum unter ihnen der Erste war, so folgt, das der primicerius auch über sämmtlichen Richtern stand: er war primicerius *omnium* judicum. Ihm gebührte der Vorsitz im Palatinen-Gericht; ausserdem hatte er das Recht, die judices dativi zu ernennen, welche dann

1) Ausführlich handelt darüber: *Gregorovius*, Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. Bd. 2. S. 487 fgg. Bd. 3. S. 473 fgg. *Giesebrecht* a. a. O. S. 859. *v. Savigny*, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter. Bd. 1. S. 473 fgg. Bd. 7. S. 12—14. (II. Ausg.) Ueber die getheilte Macht des Papstes und Kaisers vgl. *Cenni*, monumenta dominationis pontificiae, und libellus de imperatoria potestate (Monumenta Germaniae a. a. O. hist. tom III. 720.).

2) *Giesebrecht* a. a. O. S. 859.

3) Monum. Germ. II. tom. I. 239.

dem Kaiser zur Bestätigung vorgestellt wurden. Ueber diese letztere Befugniss gibt uns eine interessante Urkunde, die zuerst *Blume* im Rhein. Mus. [1]) und neuerdings *Ozanam* [2]) edirt haben, Auskunft. Unter dem Titel:

»Quomodo judex constituendus sit?«

lesen wir Folgendes:

> »Quando judex constitui debet, veniat autem ad imperatorem, et ducat eum primicerius. Tunc dicat imperator: »»Primiceri, vide, ut non sit servus alicujus neque ita pauper, ut nullam perdat animam in acquirenda sibi pecunia [3]).««

Die Stellung des primicerius resp. secundicerius zum Papste war nicht minder erhaben und bevorzugt, als sie gegenüber dem Kaiser war, von dem es heisst, dass er ohne den primicerius und secundicerius etwas Grosses nicht ausführen konnte [4]).

Der primicerius notariorum gehörte in der älteren Zeit der christlichen Kirche neben dem Archidiacon und dem Archipresbyter zu denjenigen, die bei eingetretener Sedisvacanz den päpstlichen Stuhl verwalteten [5]) und sodann den neuen Papst mit wählten [6]). In ersterer Beziehung heisst daher der primicerius oft servans locum sedis apostolicae [7]). Die meisten und wichtigsten Aufträge übertrugen die Päpste, wie den Protonotaren überhaupt, so ganz besonders dem primicerius [8]). Er war der beständige Begleiter des Papstes, gewissermassen sein Geheimsecretair. *Ligonius* [9]) nennt daher mit Recht den primicerius und secundicerius assessores Pontificis [10]).

---

1) Bd. 5. S. 125.

2) »Documents inédits« S. 138. als Schluss der »Graphia aureae urbis Romae.«

3) *Giesebrecht* a. a. O. S. 877.

4) Append. ord. Rom. (*Mabillon* a. a. O. S. 570.).

5) C. un. X. de offic. primic. (1, 25.). Vgl. *Eman. Gonzalez Telez*, comment. perpet. in decret. Greg. IX. Frankfurt a. M. 1690. Bd. 1. S. 632.

6) *Thomass.* a. a. O. c. 103. Vgl. die oben angeführten Urkunden de judicibus palatinis.

7) *Beda*, hist. eccl. Angl. lib. II. c. 19. (*Migne* a. a. O. Bd. 95. col. 113.). *Phillips* a. a. O. S. 251. 360. Not. 25. und Bd. 5. S. 727.

8) *Lib. pont.* a. a. S. 116. »Ambrosium primicerium notariorum ablegat,« (sc. Zacharias Papa (741—752) »ad Luitprandum Longobardorum regem.« *Jaffé* a. a. O. S. 185. Nr. 1743.

9) »De regno Italiae.« 3. a. 768. lib. III. S. 132. »Praestabat eo tempore in urbe opibus et auctoritate Christophorus primicerius, siquidem primicerius et secundicerius assessores Pontificum erant atque lateralius incedentis tegebant et proximum locum post praefectum urbis sive ducem tenebant.«

10) Auf dem Conciliabel zu Rom finden wir sogar einen primicerius die Würde eines Cardinaldiacons bekleiden. Vgl. *Act. conc.* a. a. O. Bd. 6. Th. 1. col. 627.

Diesen wichtigen Functionen gemäss nahm der primicerius und mit ihm der secundicerius auch nach Aussen hin nach dem jus caeremoniale einen ausgezeichneten Platz ein. Die in dem bereits oben angeführten Schriftstücke enthaltene und mit den Worten beginnende Notiz: »Sed in Romana ecclesia« etc. gibt uns in Verbindung mit einer Stelle aus dem ordo Romanus darüber Aufschluss[1]):

»Diebus solemnibus ..... praecedunt pontificem pedestres ad stationem. Qui autem equitantes eum praecedunt, hi sunt: diacones, primicerius et duo notarii regionarii.«

Diese Sitte und dieses Ceremoniell bei öffentlichen Aufzügen und festlichen Gelegenheiten hat sich bis auf den heutigen Tag, und ganz besonders in Betreff des primicerius und secundicerius, welche heute von sämmtlichen Protonotaren repräsentirt werden, erhalten[2]). In den Anal. jur. Pontif.[3]) wird ein Beispiel davon aus unseren Tagen erwähnt, nämlich die im Jahre 1846 erfolgte Krönung des jetzt regierenden Papstes. Bei dieser Feierlichkeit resp. der damit verbundenen festlichen Procession gingen die Protonotare, und zwar sowohl die participantes als die ad instar unmittelbar hinter den assistirenden, jedoch vor den übrigen Bischöfen. Der Verfasser des genannten Artikels in den Anal. jur. Pontif. will diese äussere Bevorzugung aus dem jus caeremoniale erklären. Bekanntlich tragen die Protonotare bei feierlichen Aufzügen die cappa magna und das rochettum, die Bischöfe hingegen nur das mantellettum und rochettum. Wie die cappa magna nun das vorzüglichere Kleid sei, so gebühre auch den Protonotaren als den Trägern desselben der Vorrang. Diese Erklärung ist auf eine Verwechselung von Ursache und Folge basirt und lässt uns darüber im Ungewissen, warum die Protonotare die cappa magna tragen. Nicht weil die cappa magna mehr angesehen ist als das mantellettum, gehen die Protonotare bei diesen Aufzügen den nicht assistirenden Bischöfen vor, sondern weil ihnen diese Präcedenz nach dem Gewohnheitsrecht zukommt und ihnen[4]) später auch gesetzlich verliehen worden ist, tragen sie die cappa magna. Dabei ist zu bemerken, dass dieses Gewohnheitsrecht allerdings nicht nur contra

---

1) *Ord. Rom.* I. (*Mabillon* a. a. O. S. 4.).

2) *Wetzer* und *Welte* a. a. O. Bd. 8. S. 831. Sixtus V. hat zwei Protonotaren diese Präcedenz bei feierlichen Processionen noch besonders gesetzlich garantirt. Const. »Laudabilis sedis« §. 8. *Magnum Bullarium* Rom. a Leone M. usque ad Innoc. X. opus absolut. Laert. Cherubini. Lugduni 1655. Bd. 2. S. 508. S. 118. dieser Abh.

3) A. a. O. col. 701. n. 32.

4) Eigentlich nur zwei Protonotaren.

legem, sondern auch contra rationem ist; contra legem, weil Papst Pius II. im Jahre 1459 durch die const. »Cum servare [1]« die Präcedenz aufgehoben, Papst Sixtus V. [2]) dieselbe nur für zwei Protonotare wiederhergestellt hat, in Betreff der übrigen Protonotare aber unseres Wissens keine positive Bestimmung existirt, aus welcher sie ihr Privilegium herleiten könnten. Dasselbe ist aber auch contra rationem.

Bekanntlich hängt Stellung und Rang in der Kirchenverfassung von der Fülle der Jurisdictions-Gewalt ab. Auf dieser beruht die majoritas und obedientia und daraus folgt von selbst die praeeminentia, praelatura, praepositura. Daher sehen wir auch die judices palatini, wie die oben angeführte Urkunde bestätigt, in jeder Beziehung bevorzugt und erhaben. Unter ihnen ist wiederum der primicerius notariorum der Erste, weil er die umfassendste Jurisdiction hat; er folgt unmittelbar den Cardinälen [3]). Im Laufe der Zeit ging das Institut der judices palatini, wie bereits erwähnt, unter und löste sich in anderen Behörden auf, der primicerius notariorum verlor um das fünfzehnte Jahrhundert seine Jurisdictions-Gewalt [4]). Daher erliess Pius II. 1459 jene beregte Constitution. Er stellte dadurch ein der nunmehrigen Jurisdictions-Befugniss entsprechendes Rangverhältniss zwischen den Protonotaren und den Bischöfen her [5]). Die Protonotare haben seit dieser Zeit ihre Jurisdiction nicht vermehrt, am allerwenigsten ihre frühere Gewalt [6]) wiedererlangt; daher fehlt die ratio für das bestehende Gewohnheitsrecht.

Trotz der einschränkenden und das Ansehen der Protonotare schmälernden Constitution Pius II. sind dieselben doch auch heut noch bis auf die vier prelati di fiochetti die ersten Prälaten der Römischen Curie.

Jene, nämlich der gubernator urbis [7]) (im Annuario Pontificio

1) *Bullar. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 386. Vgl. *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9. col. 1391. D. Vgl. S. 205. dieser Abh. und dann Anh. I. doc. I. Nr. 4. 8.

2) Const. »Laudabilis sedis« §. 8.

3) *Ord. Rom.* I. II. XI. (*Mabillon* a. a. O. S. 4. 48. 141.

4) Der saccellarius ging schon gegen Anfang des vierzehnten Jahrhunderts im thesaurarius auf. Der primicerius notariorum behauptete noch am Längsten seine Stellung als judex palatinus. Vgl. *Phillips* a. a. O. S. 429. 356.

5) Dies ist unzweifelhaft die ratio dieses Gesetzes, nicht aber, wie *Cherubinus* schol. II. ad bullam Pii II. meint, der Umstand, dass die Bischöfe die Nachfolger der Apostel, die Protonotare die der Evangelisten seien.

6) Oder richtiger diejenige des primicerius und secundicerius.

7) *Anal. jur. pontif.* a. a. O. col. 701. n. 31. *Phillips* a. a. O. S. 448.

vicecamerarius genannt)[1]), der auditor camerae, der thesaurarius und der major domus gehen ihnen deshalb vor und folgen gleich hinter den assistirenden Bischöfen[2]), weil sie nächst diesen die grösste Fülle der Jurisdiction besitzen; sie theilen mit einander die Gerichtsbarkeit über die Stadt Rom, während der Papst in Gemeinschaft mit den Cardinälen und Bischöfen dieselbe über den ganzen Erdkreis ausübt[3]).

Doch kehren wir wieder zu den judices palatini und dem primicerius notariorum zurück. Wie wir gesehen haben, wurden die ersten beiden Stellen der Palatinalrichter aus den Regionarnotaren besetzt; der primicerius und secundicerius notariorum waren als solche ipso jure judices palatini[4]). Dadurch wurden indess die übrigen Regionarnotare von diesem Amte keineswegs ausgeschlossen, wie dies in den Quellen vorkommende Beispiele beweisen[5]). Zweifellos hat dieser Umstand und die stete Mitgliedschaft des primicerius und secundicerius in diesem hohen Richtercollegium zu einer gewissen Verschmelzung des letzteren mit dem der Regionarnotare resp. Protonotare geführt. Dabei übertrugen die als judices palatini fungirenden Notare, das Ansehen, was sie in ihrer besonderen Stellung genossen, auf das ganze Collegium, dem sie eigentlich angehörten, und liessen auch die Mitglieder desselben, welche nicht judices palatini waren, an deren Ehren Theil nehmen. Keineswegs ist aber diese Verschmelzung eine vollständige gewesen, und daher nicht zu billigen, wenn Einige wie *Giesebrecht* in ihren Behauptungen so weit gehen, dass sie die judices palatini mit den Notaren identificiren. *Giesebrecht* will nämlich[6]) alle Palatinalrichter der Zunft der Notare angehörig wissen. Nach seiner Meinung seien nicht nur der primicerius und secundicerius, sondern überhaupt die sieben ersten Notare von selbst als

---

1) Seit dem siebzehnten Jahrhundert ist der vicecamerarius zugleich immer gubernator urbis, daher die Verwechselung beider. *Phillips* a. a. S. 432.

2) *Annuario Pontificio* 1866. S. 356.

3) Auch die prelati di flochetti rangiren unter einander nach dem Verhältniss ihrer Jurisdiction. Der erste ist der gubernator urbis; er hat die Criminal- und Civiljurisdiction über die ganze Stadt Rom, und die Macht, Capitalstrafen zu verhängen. Ihm folgt der Auditor camerae mit gleicher Gewalt, jedoch nur über die Curialen und ohne die Befugniss, Criminalstrafen auszusprechen. Der nächste ist der thesaurarius mit Civilgerichtsbarkeit. Endlich folgt der majordomus, dessen Forum noch beschränkter ist. *Bangen,* die römische Curie. S. 354. Pii V. const. „Cum apostolicae." *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 312. Innoc. VIII. const. „Apprime." *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 450. *Phillips* a. a. O. S. 542. 543.

4) *Lib. pontif.* a. a. O. n. 274.

5) *Lib. pontif.* a. a. O. n. 265. 275. 294.

6) A. a. O. S. 857.

solche judices palatini gewesen. Mit den sieben ersten Notaren können nur — *Giesebrecht* spricht sich darüber nicht näher aus — die Regionarnotare gemeint sein, denn diese nehmen, wie wir gesehen haben, unter allen Notaren die erste Stelle ein. Wir hätten somit nach *Giesebrecht* die *Regionar*notare als ständige judices palatini zu betrachten. Wäre dies richtig, so müsste bei Erwähnung der einzelnen notarii regionarii auch der Charakter als judex palatinus vermerkt sein. Nun finden wir aber in den Quellen keineswegs immer den betreffenden Zusatz, sondern nur manchmal heisst es z. B. notarius et saccellarius[1]) u. s. w. Daraus folgt — will man solche Zusätze nicht für willkürlich erklären — dass nicht jeder Regionarnotar Palatinalrichter war, sondern nur derjenige, bei welchem dies ausdrücklich hervorgehoben wird. Ausserdem steht *Giesebrechts* Ansicht der ordo Romanus[2]) entgegen. Bei der dort beschriebenen feierlichen Procession werden nämlich ausser allen sieben judices palatini noch zwei notarii regionarii aufgezählt. Wie oben ausgeführt, bestand das Collegium der letzteren aber nur aus sieben Mitgliedern, Palatinalrichter gab es ebenfalls nur sieben; wären nun, wie *Giesebrecht* will, die sieben Regionarnotare judices palatini gewesen, so müssten wir, um die zwei Regionarnotare, die uns ausserdem der ordo Romanus noch nennt, unterzubringen, das Collegium der Regionarnotare aus neun Mitgliedern bestehen lassen. Letzteres wäre aber, wie bereits erörtert, ganz unhistorisch.

Die bisherige Betrachtung hat uns in den Stand gesetzt, das Verhältniss der Protonotare zu den Palatinalrichtern kennen zu lernen, und gerade aus demselben ihr heut noch bestehendes Ansehen zu erklären. Sie eröffnet uns aber auch die Möglichkeit, eine interessante Verwandtschaft der Protonotare mit den Notaren der Römischen Kaiser[3]) sowohl in Bezug auf die geschichtliche Ausbildung, als auch auf ihre Thätigkeit wahrzunehmen, eine Verwandtschaft, welche keineswegs zufällig ist, sondern ihren Grund in dem gleichen Geburtsorte

1) *Lib. pontif.* a. a. O. n. 275. 294.

2) I. a. a. O. S. 4.

3) Ueber die römischen Notare vgl. *Brissonius* a. a. O. S. 385. 386. *Forcellini,* lexicon univers. latinit. s. v. „notarius," „nota," notare." *Cuiacius* a. a. O. pars prior tom. II. ad tit. C. Just. de primic. etc. (12, 7.). *Jac. Gothofredi*, comment. ad tit. C. Th. de primic. etc. (6, 10.). Lugduni 1665, Bd. 2. *Jac. Guterius,* de officio domus Augustae publ. et priv. III. 9. de primic. notariorum. (In novo thesauro antiquit. Rom. congesto ab Alb. Henr. de Salengre 1719. Bd. 3.). *Otto, Schilling, Sintenis*, das corp. jur. civ. deutsch. Bd. 7. S. 1054. 1055.

beider Institute und besonders darin hat, dass das Papstthum, an Stelle des römischen Kaiserthums tretend, Einrichtungen und Sitten des letzteren hinübernahm, deren Charakter, wenn auch den Verhältnissen entsprechend umgestaltet, sich nicht so sehr veränderte, um nicht noch deutlich den eigentlichen Ursprung zu verrathen.

Wie die Notare der römischen Kaiser, so gelangten auch die Protonotare aus einer niedrigen zu der einflussreichsten Stellung. Besonders ausgezeichnet ist bei beiden der primicerius und secundicerius. Wie der Papst die Protonotare (vgl. oben), so verwandte der Kaiser seine Notare zu den wichtigsten Sendungen[1]). Wie die Notare der römischen Kaiser in dem consistorium principis[2]), so nehmen die Protonotare in dem consistorium pontificis Urkunden über die gepflogenen Verhandlungen auf (vgl. unten). Auch äusserliche Aehnlichkeiten, wie gleichartige Benennung finden sich vor[3]). Die römischen Notare, wenigstens der primicerius, secundicerius und die tribuni et notarii, sind Mitglieder des kaiserlichen Palatiums und werden als solche häufig proceres genannt[4]); ebenso pflegen der primicerius und secundicerius der päpstlichen Notare in ihrem Verhältniss zum päpstlichen Palatium als proceres cleri aufgeführt zu werden[5]). Bei den römischen Schriftstellern findet sich sogar für primicerius notariorum der Ausdruck protonotarius vor[6]).

§. 5. Die Thätigkeit der Protonotare auf den Concilien.

Eine Frage, die Viele mit grosser Aengstlichkeit zu beantworten suchen[7]), nämlich, wo resp. in welcher Ordnung die Protonotare bei den Concilien gesessen haben, kann hier um so eher übergangen werden, als dies einerseits nicht so wesentlich ist, andererseits in den verschiedenen Zeiten sehr verschieden war Viel wichtiger und interessanter sind die Functionen, die von den Protonotaren auf den Concilien ausgeübt wurden. Wenn wir die Acten derselben durchblättern, finden wir fast auf jeder Seite der Protonotare erwähnt. Alle hieher gehörigen Stellen zusammenzutragen, würde zu weit führen. Unser Zweck wird schon erreicht, wenn wir aus der grossen Zahl von Bei-

---

1) L. 1. C. Th. de mandat. princip. (1, 3.).

2) *Cuiac.* a. a. O. *Gothofred.* a. a. O. l. 7. C. Th. de privil. etc. (6, 35.). *Cassiod.* form. c. 16. (Barbaror. leg. antiquae Ausg. v. *Canciani.* Venedig 1781. Bd. 1.)

3) Vgl. oben.

4) L. 28. C. Just. de legibus (1, 14.). cit. l. 37. 39. §. 1. de appellat. et consultat. (7, 62.); l. 13. §. 1. a. a. O. de judiciis (3, 1.)

5) *Lib. pontif.* a. a. O. n. 263.

6) *Socrat.* H. E. VII. 23. *Ammian. Marcellin.* XXV. 8. 18.

7) *Schmid* a. a. O. S. 60 fgg.

spielen nur einige auswählen. Als besonders geeignet erscheinen hiezu: die unter Martin I. (649—655) abgehaltene Lateranensische Synode[1]), das unter Julius II. (1503—1513) abgehaltene fünfte Lateranensische Concil[2]), und endlich noch in gewisser Beziehung das Concil zu Constanz[3]), welches unter den beiden Gegenpäpsten Johann und Martin gefeiert wurde.

Wie überall, so nimmt auch auf den Concilien der primicerius den ersten Rang unter den Notaren ein. Er ist in unmittelbarer Nähe des Papstes und gewissermassen sein erster Minister. So eröffnet der primicerius, obgleich Papst Martin selbst zugegen ist, die genannte Lateranensische Synode und setzt mit folgenden Worten den Zweck derselben auseinander:

»Theophylactus, primus notariorum apostolicae sedis, dixit:
Penetrantem coelos Jesum in omni verbo et opere ut condecet imitando, veneranda vestra beatitudo congregavit ad se sanctos ejus sacerdotes, ordinantes testamentum ejus super sacrificium immaculatum in odorem spiritualis suavitatis, propter commentatam novitatis ad inventionem, quae utique incognita eis non est, sicuti nec alii cuiquam, in quo zelus pietatis consistit. Verum tamen ut ab ea subtiliter enarretur in aversionem quidem hujusmodi haereseos, conservationem autem orthodoxae fidei, pro quo videlicet regulari apostolicaque auctoritate congregavit eos beatitudo vestra. Ideoque, utpote in sapientia omnia perficiens, dignetur competenter modum enarrare hujus Deo placitae in id ipsum convocationis; quatenus gesta synodalia ordinabiliter initium consequantur: ad aperiens, ut condecet, rationem conventionis his qui congregati sunt: quibus et praefulges per magnam atque apostolicam summitatem, praepositam omnibus sacerdotibus, in universo mundo consistentibus[4]).«

Wie hier als Vertreter des Papstes, so erscheint derselbe primicerius Theophylactus kurze Zeit darauf als Vertreter der Synode selbst. Er gibt dem Papste im Namen derselben über dieses und jenes Aufschluss, meldet die vor die Synode Geladenen an und erbittet für sie vom Papste die Erlaubniss zum Eintritt:

»Theophylactus, primicerius notariorum, dixit:
Suggero vestrae sacratissimae beatitudini, quoniam prae foribus

1) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 3. col. 691 fgg.
2) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9.
3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 8.
4) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 3. col. 691.

adstat venerabilis secreti vestri, Stephanus reverentissimus episcopus Dorensis ..... aditum sibi expetens in vestra sanctissima synodo [1]).«

Ebenso erstattet er dem Papste Bericht über die eingegangenen Schriftstücke, hebt die wichtigsten hervor und beantragt deren Verlesung [2]).

Eine untergeordnetere Stellung und demgemäss eine weniger hervorragende Thätigkeit ist den übrigen Protonotaren angewiesen. Ihre Hauptverwendung bezog sich auf das Vorlesen der von dem Papste nach dem Antrage des Primicerius ausgewählten Schriftstücke, welche sie nöthigen Falls aus dem Griechischen in's Lateinische übersetzten. Sie waren also im modernen Sinne die vereideten Translatoren und Dolmetscher des Concils. Ein Beispiel dieser Art bietet uns ebenfalls die beregte Lateranensische Synode:

»Et accipiens Anastasius notarius regionarius apostolicae sedis de graeco in latinam linguam interpretatum relegit in his« etc. [3])

Auf dieser Versammlung werden überhaupt vier Protonotare erwähnt, von denen jeder abwechselnd in gedachter Art handelnd auftritt: Anastasius [4]), Exuperius [5]), Theodorus [6]) und Paschasius [7]).

Ausser dieser mehr mechanischen Beschäftigung war den Protonotaren eine ungleich wichtigere Function in der Aufnahme der Verhandlungen und dem Anfertigen der Concilien-Acten gegeben. Die betreffenden Urkunden genossen dann öffentlichen Glauben. In dieser Beziehung ertheilt uns das Concil zu Constanz Aufschluss:

»Petierunt per dominos protonotarios sedis apostolicae, ac notarios concilii praedicti, ceteros tabelliones ibidem praesentes, unum vel plura fieri, publicum vel publica, instrumentum et instrumenta, ad perpetuam rei memoriam [8]).«

Interessant ist auch folgende Notiz aus dem fünften Lateranensischen Concil:

»In his scriptis continentur ordinationes, statuta ..... et in publicam formam redacta per nos protonotarios, notarios et

1) *Act. conc.* a. a. O. col. 710. E.
2) *Act. conc.* a. a. O. col. 727.
3) *Act. conc.* a. a. O. col. 711.
4) *Act. conc.* a. a. O.
5) *Act. conc.* a. a. O. col. 727.
6) *Act. conc.* a. a. O. col. 734.
7) *Act. conc.* a. a. O. col. 738.
8) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 8. col. 465. C. col. 467. A.: „Et mandavit dicta synodus fieri publica instrumenta per protonotarios et notarios concilii.“

scribas infra scriptos, ad id per eundem sanctissimum dominium nostrum Papam (sc. Julium II.), ipso approbante concilio, deputatos [1]).«

Diese Deputation wird in prorog. sess. s. f. genannt:

»Item dilectos filios Nicolaum Lipamanum, Franciscum Spinulam, Alphonsum de Lerma et Paulum de Cesis, notarios, qui videndi omnes scripturas, quae in eodem concilio fient, curam habeant specialem; ita quod concorditer et ordinate fiant sicut decens est, et omnibus ordinatis in praefato concilio se subscribant [2]).«

Diese Stellen setzen uns noch näher die Theilnahme der Protonotare bei dem Verfertigen der Urkunden auseinander. Die Urkunden selbst werden von den Notaren redigirt, hierauf den Protonotaren zur Revision vorgelegt und von ihnen vollzogen [3]). Die Protonotare nehmen also auch hier wie überall unter den gewöhnlichen Notaren die vorzüglichere Stellung ein, sind ihnen sogar, wie aus folgenden Worten hervorgeht, vorgesetzt:

»Nec non dilectos filios magistrum Benedictum Trulletti, Bernardum Sculteti, Bernardinum de Conteras, Franciscum de Atavantis, praefati concilii notarios et scribas, qui notariis supradictis *subalternent* [4]).«

Dass diese supradicti notarii [5]) aber auch wirklich notarii apostolicae sedis, also Protonotare waren, ist weiter unten ausdrücklich vermerkt:

»Deinde infrascripti officiales in supradicta schedula contenti, ad pedes praefati sanctissimi nostri, tactis sacrosanctis scripturis, praestiterunt corporale juramentum et quilibet eorum praestit, de fideliter exercendo officia eis commissa: videlicet reverendus pater dominus Alphonsus de Lerma et Paulus de Cesis [6]) protonotarii apostolici de numero« etc. [7])

Eine interessante Eigenthümlichkeit, deren wir schon oben kurz gedacht haben, finden wir hier bestätigt. Der Papst selbst pflegte

---

1) *Acta conc.* a. a. O. Bd. 9. col. 1575. B.

2) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9. col. 1599. E.

3) Aehnliche Functionen üben die Protonotare noch heut in der Ritus-Congregation (vgl. unten).

4) *Act. conc.* a. a. O. col. 1600. A.

5) Nämlich die *Act. conc.* a. a. O. col. 1599. E. genannten.

6) Dies sind die supradicti notarii: oben (*Act. conc.* a. a. O. col. 1599. E.) werden sie nur als Notare aufgeführt.

7) *Act. conc.* a. a. O. col. 1600. B. col. 1599. E.

nämlich in früherer Zeit seine Notare officiell nie Protonotare zu nennen, wogegen in der Kirchensprache allgemein die letztere Bezeichnung gebräuchlich und durch Gewohnheitsrecht vollständig eingebürgert worden ist. So spricht Julius II. am Ende der ersten Session des beregten Lateranensischen Concils nur von seinen Notaren, während kurz darauf dieselben Notare von dem Verfasser der Concilien-Acten Protonotare genannt werden [1]).

Endlich können wir noch in doppelter Weise die Thätigkeit der Protonotare auf den Concilien betrachten: einmal ihre Wirksamkeit bei dem Einsammeln der Stimmen, das andere Mal bei der Abnahme von Eiden. Das erstere Geschäft lag eigentlich den zu diesem Zweck besonders berufenen scrutatores ob, einige Protonotare wurden denselben nur beigegeben, um Unregelmässigkeiten zu verhüten, überhaupt um für den gesetzmässigen Gang dieser Procedur eine grössere Garantie zu haben. Das fünfte Lateranensische Concil liefert wiederum den Beleg für die eben aufgestellte Behauptung. Nachdem der Entwurf einer Bulle des Papstes Julius II. zum Zweck der Genehmigung Seitens des Concils vorgelesen worden, wird zur Abstimmung in folgender Weise geschritten:

»Qua perlecta (sc. bulla), idem reverendus pater dominus Alexander episcopus petiit ab patribus exsistentibus in concilio, an placerent reverendis paternitatibus contenta in schedula seu bulla. Et immediate scrutatores votorum una cum protonotariis et notariis iverunt ad recipiendum vota patrum [2]).«

Was den zweiten Punkt, die Thätigkeit der Protonotare bei Eidesabnahmen, betrifft, so gibt uns darüber das Concil zu Constanz in der zwanzigsten Session Aufschluss. Ehe wir die Worte selbst folgen lassen, nur Einiges über den Inhalt der Eide selbst. Nachdem die Debatten geschlossen, die Abstimmung erfolgt war, mussten nämlich sämmtliche Mitglieder des Concils eidlich geloben, die Beschlüsse desselben unverbrüchlich zu befolgen beziehungsweise auszuführen. Diese Eide wurden unter Berührung der Evangelien mit der Hand geleistet und jedem Einzelnen abgenommen. Die Protonotare waren es nun gewöhnlich, die, mit der Ausführung dieser Vorschrift beauftragt, zu allen Mitgliedern hingingen und ihnen den Eid in der bestimmten Weise abnahmen. Die Acten des Concils zu Constanz sprechen sich darüber Folgendermassen aus [3]):

---

1) *Act. conc.* a. a. O. col. 1600. E.
2) *Act. conc.* a. a. O. col. 1646. B.
3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 8. col. 480. B.

»Domini vero de concilio ibidem stantes, nemine discrepante, responderunt, placet. Approbaruntque dicta capitula, et juraverunt ea fideliter observare, videlicet domini cardinales et praelati ad pectora sua, ceteri vero domini ad sancta evangelia corporale praestitere jurament, scrutantibus hujusmodo juramenta a dextro latere dominis Joanne de Trembleio, sedis apostolicae et sacri Constantiensis concilii protonotario« etc.[1])

Die wenigen Beispiele werden hinreichen, uns ein Bild von der Verwendung der Protonotare auf den Concilien zu machen. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass sich in der neuesten Zeit darin Nichts geändert, ihre auf Gewohnheitsrecht beruhende Thätigkeit vielmehr nur die Bestätigung erhalten hat[2]).

Nicht selten legten die Umstände den Protonotaren die Verpflichtung auf, noch nach dem Schluss der einzelnen Concilien ihre darauf bezügliche Thätigkeit fortzusetzen beziehungsweise zu vollenden. Sie wurden nämlich oft damit betraut, die Verhandlungen des Concils von denjenigen Bischöfen, welche nicht daran Theil genommen hatten, als Zeichen der Zustimmung vollziehen zu lassen und ihnen aufzutragen, den Inhalt derselben in ihrer Diöcese bekannt zu machen. In diesem Sinne schreibt Benedict II. (684—685) an den Regionarnotar Petrus:

»Monet illum, ut acta synodalia sexti concilii (quorum gratia a Leone II. in Hispaniam missus erat) episcoporum Hispaniae subscriptione numiri curet[3]);«

und Leo II. (682—683) an Simplicius:

»Narrat acta concilii: definitionem transmittit, cui episcopi subscribant, petant, ut ea in sua ditione omnibus innotescere curet[4]).«

§. 6. Die Protonotare als Schreiber und Datarien der päpstlichen Briefe und Bullen.

Schon am Anfang unserer Untersuchung haben wir hervorgehoben, dass die Protonotare nach ihrer ursprünglichen Beschäftigung,

---

1) Vgl. noch *Act. conc.* a. a. O. col. 830. A.: „Quibus sic lectis et completis, reverendi patres Jacobus Rhodini sedis apostolicae protonotarius, et Joannes litterarum apostolicarum corrector tenens librum evangeliorum a parte dextra, et a parte sinistra dominus Thomas Poltensis dictae sedis protonotarius et venerabilis dominus Jacobus Moresim, sacri palatii apostolici caussarum auditor, tenentes libros sanctorum evangeliorum, accesserunt ad dominos in hac sessione praesentes, recipientes ab eis juramenta."

2) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 695. n. 14.

3) *Act. conc.* a. a. O. Bd. 3. col. 1751. *Jaffé* a. a. O. S. 169. n. 1636.

4) *Act. conc.* a. a. O. col. 1732. *Jaffé* a. a. O. S. 168. n. 1633.

der Etymologie des Wortes gemäss, Schreiber waren. So sehr sich auch die Zeiten und Verhältnisse geändert und ihre Functionen umgestaltet haben, so waren sie doch nicht im Stande, dem Berufskreise der Protonotare einen vollständig neuen Charakter aufzudrücken; dieselben blieben mehr oder weniger, was sie waren, nämlich Schreiber.

Ihr bereits geschildertes Verhältniss zum Papste resultirt aus dem Umstande, dass sie ursprünglich seine Schreiber waren. Die unmittelbare Nähe beim Papste und das ihnen durch genanntes Amt geschenkte Vertrauen wussten sie zur Erhebung aus ihrer subalternen Stellung zu benützen. Anfänglich war ihre Arbeit rein mechanischer Natur: die Päpste dictirten ihnen in die Hand [1]). Ihre Zuziehung bei der Aufnahme von Urkunden verschaffte ihnen eine selbstständigere Stellung, die zuerst durch die oben erwähnte Constitution Julius I. war angebahnt worden. Nebenbei erscheinen sie aber immer noch als Schreiber der päpstlichen Briefe, sowohl der Privatbriefe als der litterae decretales. Dabei war es Sitte, dass der betreffende Notar unter die von ihm geschriebenen Schriftstücke seinen Namen mit einem seine dabei stattgehabte Thätigkeit bezeichnenden Zusatze vermerkte. Im Laufe der Zeit, als die Kirche sich weiter ausdehnte, der Papst dadurch mehr in Anspruch genommen wurde und nicht mehr Zeit übrig behielt, die Briefe u. s. w. den Notaren selbst zu dictiren, wurde es nothwendig, diese Geschäfte durch Anstellung von eigenen Secretären zu theilen. Letztere mussten die Verfügungen des Papstes expediren, die Notare die Expeditionen copiren und ausfertigen.

Eine solche Veränderung machte sich seit Papst Hadrian I. (771—795) geltend. Bis auf diesen Papst erschienen nämlich die meisten päpstlichen Schriftstücke in der vorhin beregten Form. Hadrian I. verordnete in einer uns dem Wortlaute nach unbekannten, dem Inhalte nach durch ihre praktische Ausführung wohl bekannten Constitution, dass fortan jede amtliche Verfügung des Papstes dem primicerius oder secundicerius zur Expedition vorgelegt, von ihm mit dem »datum« versehen, hierauf von einem Notar copirt und von beiden unterschrieben werden sollte. Wenn sich auch diese Einrichtung nur beschränkt mit der Gegenzeichnung unserer Minister vergleichen lässt, so wurde damit jedenfalls dem das »datum« bei-

---

1) *Greg. M.*, ep. lib. VI. indict. XIV. ep. 14. (*Migne* a. a. O. col. 805. n. 801.): „Hanc autem manumissionis paginam Paterio notario scribendam dictavimus." Ebendas. lib. V. indict. XIII. ep. 29. (*Migne* a. a. O. col. 755. n. 757.): „Hanc epistolam Paterio notario ecclesiae nostrae scribendam dictavimus."

fügenden primicerius oder secundicerius eine gewisse Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Urkunde auferlegt, wenn nicht gar, wie dies heutzutage bei der Ertheilung von Gnadensachen der Fall ist[1]), die Gültigkeit derselben von dem »datum« abhängig gemacht.

Wie schon bemerkt, ist uns der Wortlaut des Gesetzes, dem diese Einrichtung ihren Ursprung verdankt, nicht bekannt. Ebenso wenig wird in den einschlägigen Quellen dem Papst Hadrian I. die Auctorschaft ausdrücklich zugeschrieben, meistens wird die Sache als unwichtig übergangen. Wenn wir gerade aus entgegengesetzten Gründen näher darauf eingehen, so wird dies weiter unten seine Rechtfertigung finden.

Trotz der mangelhaften Nachrichten und trotz der verschiedenen Ansichten[2]) müssen wir bei unserer Behauptung stehen bleiben und Hadrian I. als den Verfasser jenes Gesetzes bezeichnen. Seit seiner Regierungszeit und zwar zuerst seit dem ersten December 781 erschienen fortan alle päpstlichen Briefe u. s. w. am Schluss mit folgendem Zusatz:

»scriptum per manum . . . . . . notarii,«

»datum per manum . . . . . . primicerii, secundicerii.«

Diese Thatsache, welche sich durch unzählige Beispiele constatiren lässt[3]), rechtfertigt von selbst unsere Meinung.

Es ist nicht schwer, in vorstehender Bestimmung die ersten Anfänge und gewissermassen den Keim zu der heut noch bestehenden und sehr wichtigen Behörde, der dataria apostolica, zu finden. Wir würden natürlich zu weit gehen und irren, wollten wir die Functionen des heutigen Datarius schon vollständig in jener Bestimmung des gedachten Papstes suchen. Bekanntlich gehört es zum Ressort des heutigen Datarius, die in foro externo erbetenen Gnadensachen der Entscheidung des Papstes unterzubreiten, die entschiedenen zu expediren, mit dem »datum« zu versehen und die Expeditionen zur Ausfertigung zu überweisen[4]). Abgesehen also davon, dass der heutige Datarius eine eigene Behörde ist, wogegen der primicerius und secundicerius notariorum damals nur nebenbei in gedachter Art functionirten, so wurde zu jener Zeit in Betreff der mit dem »datum« zu

---

1) *Bangen* a. a. O. S. 399. *Mejer*, die römische Curie; (in der Zeitschrift f. d. Recht und die Polit. der Kirche, herausg. v. *Jacobson* und *Richter*, Bd. 1. Leipzig 1847, S. 101.). *Phillips* a. a. O. S. 364 fgg.

2) *Cohellius* a. a. O. S. 200. und *Rigantius* a. a. O. Bd. 4. S. 109. vindiciren für Stephan VII. (896—897) diese Einrichtung.

3) *Jaffé* a. a. O. S. 203 fgg.

4) *Bangen* a. a. O. S. 399. 400.

versehenden Urkunden rücksichtlich ihres Inhalts auch kein Unterschied gemacht, vielmehr lediglich alle dem primicerius oder secundicerius vorgelegt [1]).

In dieser Beziehung und in Anbetracht dessen, dass der Datariat ursprünglich mit der päpstlichen Cancellei vereinigt war und sich erst später, ungefähr seit Anfang des vierzehnten Jahrhunderts, definitiv erst seit Martin V. (1417—1431) von dieser absonderte [2]), können wir in dem primicerius und secundicerius notariorum auch die Vorläufer des heutigen cancellarius resp. vicecancellarius sehen. Ungefähr seit Paschalis I. (817) [3]) übernahm der bibliothecarius die durch Hadrian I. dem primicerius und secundicerius übertragenen Functionen. Der Name bibliothecarius ging allmählich in dem des cancellarius auf; letzterem begegnen wir zuerst in einer Urkunde aus der Zeit Johann XIX. (1027) [4]). Dabei wurde es Sitte, dass sich der cancellarius, sowie früher der bibliothecarius häufig durch einen vicebibliothecarius vertreten wurde, nun auch in dem vicecancellarius einen Vertreter anschaffte [5]). Sehr oft war diese Vertretung eine sehr lange und ist heutzutage eine ewige geworden, d. h. es wird gar kein cancellarius, sondern nur ein vicecancellarius ernannt [6]). Insofern erscheinen der primicerius und secundicerius notariorum die Vorläufer des heutigen vicecancellarius.

In ihrer neuen Beschäftigung wurden der primicerius und secundicerius, wie wir gesehen, von den übrigen Protonotaren in der Weise unterstützt, dass letztere die betreffenden Schriftstücke copirten. Dadurch und dass sie oft ihre Geschäfte von Anderen, den abbreviatores im früheren Sinne, versehen liessen [7]), sind sie die Vorgänger der heutigen abbreviatores geworden. Die zeitweise Vertretung wurde wie beim cancellarius eine immerwährende; und so traten später die abbreviatores allmählich ganz an Stelle der Protonotare. Diese Umstände einerseits und besondere päpstliche Constitutionen andererseits verdrängten die Protonotare immer mehr aus der apostolischen Cancellei. So beschränkte schon Martin V. durch

---

1) *Gomes,* in reg. canc. Bl. 3.

2) *Phillips* a. a. O. S. 386. *Rigantius* a. a. O. Bd. 1. S. 15. n. 132. S. 16. n. 140. gibt ein Verzeichniss der Datarien von Martin V. bis Clemens XII. *Cohellius* a. a. O. c. 37. S. 242.

3) *Phillips* a. a. O. S. 370.

4) *Phillips* a. a. O. S. 374.

5) Ebendas. S. 376.

6) Ebendas. S. 380. Vgl. *Bangen* a. a. O. S. 436. 437.

7) Vgl. Anh. I. doc. II. n. 4.

die Constitution »In apostolicae[1]« ihre diesfällige Thätigkeit auf die Mitwirkung bei der Abfassung von Bullen für die Verleihung der Patriarchate, Erzbisthümer, Bisthümer und der im Consistorium zu vergebenden Abteien. Eine noch viel geringere Beschäftigung liegt ihnen heute ob. Alexander VI. (1492—1503) bestimmte nämlich bei Einsetzung des Summator[2]), was von Pius V. (1566—1572) bestätigt[3]) wurde und heut noch gilt, dass bei allen durch die Consistorien zu vergebenden Beneficialsachen die Expedition der Bullen und Breven per viam camerae[4]) und zwar erst dann erfolgen sollte, wenn ein Protonotar seine Signatur darunter gesetzt hätte. Gegenwärtig wird dieses Geschäft nicht von einem Protonotar, sondern von dem Secretär des Collegiums besorgt[5]).

Es führten auch die Protonotare in früherer Zeit ein canonisches, d. h. ein durch canones geregeltes Leben. Einen interessanten Beitrag zur näheren Kenntniss liefern in dieser Beziehung einige von *Johann Merkel* im Jahre 1847 veröffentlichten, aber bisher unseres Wissens sehr wenig bekannten Urkunden, welche wir unten im Anhange I. folgen lassen[6]).

Zum Schluss der zweiten, die Zeit von Julius I. bis Sixtus V. umfassenden Periode nehmen

die Protonotare als Verfertiger öffentlicher Urkunden und ihre Thätigkeit in den Consistorien

unsere weitere Aufmerksamkeit in Anspruch. Den ersten Punkt an-

---

1) Vom 1. April 1418. §. 2. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 316. *Cohellius* a. a. O. c. 28. S. 227. D.

2) Const. „In eminenti." *Bull. M.* a. a. O. S. 473.

3) Const. „Pontifice dignum." *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 309. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 693. n. 8. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 7.

4) *Bangen* a. a. O. S. 441.

5) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. *Moroni* a. a. O.

6) *Merkel* nimmt in der jenen Documenten vorhergehenden Vorrede das Verdienst in Anspruch, dieselben zuerst veröffentlicht zu haben. Niemand wird dies bestreiten, aber es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass bereits *Gomes* in reg. canc. Bl. 3. 4. die Kenntniss der zu Grunde liegenden Quelle selbst verräth und uns wenigstens den Inhalt derselben in detaillirter Weise mitgetheilt hat. Dabei bezieht er sich ebenso wie *Merkel* auf einen „codex membraneus." Mit Gewissheit lässt sich freilich nicht, wohl aber mit grosser Wahrscheinlichkeit behaupten, dass *Gomes* und *Merkel* denselben codex benutzt haben; unzweifelhaft ist wenigstens, dass beiden schliesslich gemeinschaftliche Quellen gedient haben.

Dieser cod. membr. ist nach *Merkel* (praef. S. 3. 4.) ein Bononiensis und soll, dem vierzehnten Jahrhundert angehörend, einen magister Franciscus de Bononiä, welcher Vorlesungen über die ars notariae hielt, zum Verfasser haben.

langend, so ist bereits desselben in mehrfacher Beziehung gedacht worden. Es bleibt nur noch übrig zu erwähnen, dass auch die Päpste gemäss der Bestimmung Julius I. die Protonotare bei der Vornahme von Rechtsgeschäften zugezogen und von ihnen darüber Urkunden, welche öffentlichen Glauben genossen, anfertigen liessen [1]). Dieser Umstand und ihre Verwendung auf den Concilien brachte es dahin, ihnen auch in den Consistorien eine Stelle anzuweisen.

Nach einer alten Sitte, deren Ursprung, wie eben bemerkt, auf keinem bestimmten Gesetze, sondern auf dem Gewohnheitsrechte beruht und seine Erkläruug wiederum in der sehr allgemein gefassten Constitution Julius I. findet, mussten und müssen noch heut die Protonotare in den Consistorien, sowohl den publicis als den semipublicis, das Protokoll führen und die gepflogenen Verhandlungen in authentische Form redigiren [2]). Pius II. hebt dies rücksichtlich der öffentlichen Consistorien in seiner Constitution »Cum servare« mit folgenden Worten hervor:

> »In Consistoriis vero publicis, ubi de rebus, quae gerunt, ut authentica conficiant documenta, rogari *consueverunt*, quattuor ex iis, qui numerarii dicuntur.« etc. [3])

Sixtus V. bestätigte dieses Gewohnheitsrecht, änderte formell nur dies, dass es fortan genüge, statt vier Protonotare nur wenigstens einen zuzuziehen, wenn nur derselbe die aufgenommenen Verhandlungen unterschreiben und untersiegeln würde [4]).

Auf dieselbe Art functioniren sie in den ausserordentlichen oder semipublicis consistoriis [5]), in welchen über die Canonisation

---

1) *Greg. M.* ep. lib. VI. indict. XIV. ep. 14. (*Migne* a. a. O. col. 805. n. 801.) Sie liquidirten dafür, wie unsere heutigen Notare, ihre Gebühren. Zwar wird dies nirgends ausdrücklich erwähnt, geht aber aus einer Vorschrift Gregor's des Grossen hervor, nach welcher ausdrücklich einzelne Geschäfte kostenfrei von ihnen bearbeitet werden mussten. „Quia enim .... ordinando .... confirmationis hujus epistolam notarius scribit, sicut pontificem manum non decet, quam imposuit, vendere, ita minister vel notarius non debet in ordinatione ejus vocem suam vel calamum venundare. Pro ordinatione ergo omnino aliquid dare prohibes." (*Append. ad Greg. M. ep., Migne* a. a. O. col. 1337. n. 1290., vgl. lib. VI. indict. XIV. ep. 8. col. 801. n. 798. lib. IV. indict. XII. ep. 27. col. 699. n. 707.) Vgl. *Lib. pont.* a. a. O. S. 99. „Bonifacius — sc. II. (530—532) — notariis regionariis dedit scutellam de acquisitis hereditatibus."

2) *Bangen* a. a. O. S. 74 fgg. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 695. n. 14. *Barbosa* a. a. O. I. 23. n. 3. *Faber* a. a. O. S. 106.

3) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 386.

4) Const. „Laudabilis sedis" §. 16. (*Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 509.).

5) *Bangen* a. a. O. S. 76. *Faber* a. a. O. S. 107.

eines Martyrers solenner Beschluss gefasst wird[1]). *Bangen* vergleicht a. a. O. S. 148. ein ausserordentliches Consistorium hinsichtlich der äusseren Formen treffend mit einem Concil. Eine passende Anwendung dieses Vergleichs lässt sich für unsere Protonotare machen. Auf beiden Feldern sind ihre Functionen beinahe dieselben.

Ihre Thätigkeit bei den Consistorien setzt eine förmliche Rogation voraus, eine Gewohnheit[2]), welche Benedict XIV. zum gesetzlichen Erforderniss machte.

§. 7. 3) Von Sixtus V. bis Gregor XVI. (1585—1838).

Sixtus V. (1585—1590) hat zwei Gesetze speciell den Protonotaren gewidmet und durch dieselben ihre Rechte und Privilegien, welche bis dahin grösstentheils nur durch die Autorität des Gewohnheitsrechtes respectirt worden waren, legalisirt. In der const. »Romanus Pontifex vom 16. November 1585[3]), welcher wir zuerst unsere Aufmerksamkeit schenken wollen, sind allgemeine Bestimmungen enthalten; speciellere Vorschriften gibt die andere Constitution »Laudabilis sedis« vom 15. Februar 1586[4]).

Durch erstgenanntes Gesetz traten folgende Veränderungen ein:

Das Collegium der Protonotare, welches bisher aus sieben Mitgliedern bestanden hatte, wurde um fünf vermehrt und letzteren mit den übrigen sieben völlig gleiche Rechte und Pflichten einge-

---

1) Das Ceremoniell findet sich ausführlich in den Anal. jur. Pontif. mit folgenden Worten beschrieben: „Disons un mot de consistoires qui ont leu pour les canonisations. Les protonotaires participants assistent à ces consittoires. On les invite a y venir pour exercer leur ministère. Aussitôt après que la canonisation a été votée, le procureur fiscal fait instance aux protonotaires en leur demandant de dresser un acte public du vote, à quoi le doyen des protonotaires répond par le mot: „Conficiemus," en appellant les cameriers secrets comme témoins. Le jour de la canonisation solennelle lorsque le Pape a prononcé le decret qui la sanctionne, l'avocat consistorial qui en a fait la postulation, s'adresse aux protonotaires et les prie de dresser l'acte public de la canonisation pour l'éternelle mémoires et le doyen des protonotaires répond: „Conficiemus" et prend les camériers secrets pour témoins." Vgl. *Moroni* a. a. O. Bd. 15. S. 257. *Bouix* a. a. O. S. 143 fgg.

2) *Aug. Patricius*, caeremoniale st. eccles. Rom. III. 19. „Protonotariorum officium est notare ea, quae in publicis consistoriis geruntur, *cum rogantur* a procuratore fiscali." Dass die Rogation ursprünglich nur auf Gewohnheitsrecht beruhte, sagt Pius II. ausdrücklich in der oben angeführten Constitution. Vgl. dagegen für die heutige Zeit: *Bened. XIV. opera omnia.* Prati 1839, Bd. 1. de servos. Dei beatific. etc. lib. I. c. 21. S. 140. n. 9. Eine Probe eines solchen solennen Canonisationsbeschlusses gibt *Car. Catharius*, syllab. advocator. consistorial. S. 210. D. Vgl. *Moroni* a. a. O. Bd. 15. S. 248 fgg.

3) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 506 fgg.

4) *Bull. M.* a. a. O. S. 507 fgg.

räumt[1]). Ausdrücklich ist dabei bemerkt, dass diese fünf neuen Protonotare mit den vorhandenen sieben Ein Collegium bilden und an den Privilegien Theil nehmen sollten,

> »quibus ante ipsum collegium et septem illius notarii quovis modo, conjunctim vel separatim potiebantur, utebantur et gaudebant[2]).«

Sogar hinsichtlich der Anciennität zwischen den alten und neuen Mitgliedern sollte kein Unterschied bestehen[3]).

Der §. 4. derselben Constitution vergrösserte den vorigen Bestimmungen entsprechend auch die Einkünfte der Protonotare, und zwar um jährlich 1980 Scudi. Die Zahlung derselben sollte Seitens der apostolischen Kammer an das Collegium erfolgen, die Vertheilung an die Mitglieder desselben aber letzterem zustehen[4]). Zur Sicherheit wurde ihnen ein Pfandrecht an den »mobilia, immobilia, jura, actiones et emolumenta ac reditus, proventus, praesentia et futura camerae apostolicae« eingeräumt, welches Recht sich nach römischen Begriffen als eine hypotheca generalis an dem Vermögen der päpstlichen Kammer characterisirt.

Wenn wir, einem bekannten juristischen Grundsatze folgend, nach der ratio vorstehenden Gesetzes fragen, so ist die Antwort darauf nicht in den jene Constitution einleitenden Worten zu suchen, die eben nichts weiter als eine Einleitungsformel sind, das wahre Motiv finden wir durch eine kurze historische Reflexion.

Im Laufe der Zeit war es Sitte, um nicht zu sagen, Unsitte geworden, dass die meisten officia der Römischen Curie für vacabilia, d. h. für käuflich erklärt wurden. So erging es auch unserem Protonotariat: unter Papst Sixtus IV. (1471—1484) wurde es ebenfalls ein officium vacabile[5]). Die Höhe der Kaufsumme richtete sich natürlich nach den Einkünften des betreffenden Amtes. Ursprünglich war das Salär der Protonotare sehr gering, die Naturallieferungen der apostolischen Kammer, welche wir in den *Merkel*'schen Documenten, besonders unter III. (Anhang I.) specificirt finden, sorgten

---

1) §. 2. a. a. O. „Ut eorum officia omnino similia et aequalia, in omnibus et per omnia, ejusdem que juris, potestatis, jurisdictionis et auctoritatis exsistant.“

2) §. 3. a. a. O.

3) Ebendas. „Ita quod quinque notariis eidem collegio adscribendi cum aliis septem nunc exsistentibus omnino pares et aequales exsistant et nullum inter eos discrimen neque differentia prioritatis adsit.“

4) Ausdrücklich werden noch die Fonds genannt, bei denen diese Summe zu verausgaben sei.

5) „Hic — sc. Sixtus IV. — primus vendidit officia protonotariatus.“ *Alph. Ciacon.* a. a. O. Bd. 3. col. 7. F.

für ihren Lebensunterhalt. Nebenbei verschafften sie sich, wie bereits oben bemerkt [1]), eine Einnahme durch die Gebühren für Aufnahme von Urkunden. Später nahmen sie auch zu Folge ihrer Beschäftigung in den Consistorien, der Cancellei und den Congregationen (vergl. unten) an den Sporteln dieser Behörden Theil [2]). Diese Umstände bewirkten keine geringe Erhöhung ihrer Einkünfte, da die gedachten Behörden einen grossen Geschäftskreis und grosse Einnahmen hatten. Wenn in Folge davon die für das Officium zu zahlende Kaufsumme gleichfalls in die Höhe ging, so brachte dies dem päpstlichen Schatz einen nicht unbedeutenden Zufluss. Letzteren so viel wie möglich zu vergrössern, war das fernere Streben der Päpste. Diesen Zweck glaubten sie dadurch zu erreichen, dass sie einerseits die Einkünfte der Protonotare vermehrten, indem sie ihnen an allen möglichen Behörden eine kleine Thätigkeit zuwiesen — freilich oft auf Kosten eines prompten Geschäftsganges — und ihnen dafür an den in Folge dessen erhöhten Taxen einen Antheil festsetzten [3]), andererseits dass sie die Mitgliederzahl der käuflichen Stellen selbst vermehrten. Letzteren Weg hat Sixtus V. durch Publication des in Rede stehenden Gesetzes gewählt, und damit ausserdem eine in unseren Tagen beliebte Finanzoperation verbunden. Um nämlich die Kaufsumme noch weiter zu vergrössern, beziehungsweise die durch die Einsetzung von fünf neuen Mitgliedern geschwächten Einkünfte auf dem status quo zu erhalten, vermehrte er die Einnahmen des Collegiums um jährlich 1980 Scudi und bestellte, wie wir gesehen, mit dem Vermögen der apostolischen Kammer Sicherheit. Was ist dies Anderes als eine freiwillige Anleihe in Form eines Rentenkaufs?

Moroni [4]) erzählt uns, dass zur Zeit Sixtus V. das Protonotariat für 12500 Scudi käuflich war und dass alle Einkünfte eines Protonotariats zusammengerechnet die Summe von 660 Scudi also eine

---

1) S. 206. dieser Abh. Not. 1.

2) Die Höhe derselben war durch verschiedene päpstliche Constitutionen genau bestimmt. Vgl. *Bangen* a. a. O. S. 451 fgg.

3) Deshalb werden die protonotarii ordinarii auch participantes genannt, d. h. participantes emolumentorum. Oft findet sich für alle Inhaber von officia vacabilia dieser Zusatz. Vgl. *Alph. Ciacon.* a. a. O. Bd. 2. col. 1464. B. *Mejer* a. a. O. S. 107. Das Kaufgeschäft selbst characterisirt sich als ein Rentenkauf. Vgl. *Dernburg*, das Pfandrecht. Bd. 1. S. 422 fgg. Ueber die damit zusammenhängenden und oft das Geschäft durch Hingabe von Darlehen vermittelnden societates st. officii vgl. *Neumann*, Geschichte des Wuchers in Deutschland. S. 457. *Endemann*, die nationalöconomischen Grundsätze der canonistischen Lehre. Jena 1863. S. 53.

4) A. a. O. Bd. 56. S. 7.

ungefähr $5^1/_4$ procentige Rente ergaben. Durch oben gedachtes Gesetz verschaffte mithin Sixtus V. dem päpstlichen Schatze eine augenblickliche Einnahme von 62500 Scudi — und das war die ratio legis. Innig hängt damit die zweite sich auf die Protonotare beziehende Constitution desselben Papstes zusammen; sie vermehrte die Privilegien und Vorrechte derselben und erhöhte dadurch die Kauflust.

Dieses Verhältniss dauerte bis Pius VII. (1800—1823) fort. Einige Veränderungen führte die französische Invasion herbei, und zwar insofern, als nach der Rückkehr des Papstes die kirchlichen Angelegenheiten überhaupt und auch speciell die der Protonotare neu geordnet wurden. Danach wurde bestimmt, dass fortan das Protonotariat nicht mehr käuflich sein sollte. Auch die Einnahmen wurden geregelt respective bedeutend vermindert[1]). Sie betragen seit dieser Zeit für das ganze Collegium 638 Scudi, und zwar 168 Scudi für den in der Capelle assistirenden Protonotar, 126 Scudi für die Assistenz in der Cancellei, 144 Scudi für sechs Promotionen[2]), 200 Scudi als Pauschquantum für die ehemalige Participation an den Taxen der Cancellei und der Consistorien[3]).

Trotz der Missbilligung, die das beregte Gesetz Sixtus V. und überhaupt das ganze Institut der käuflichen Aemter verdient, lässt sich doch Manches zur Entschuldigung anführen. Einmal war die ganze Bestimmung eine Finanzmassregel und verdient schon deshalb eine mildere Beurtheilung, das andere Mal setzte die Zahlung der vorgeschriebenen Summen den Candidaten noch nicht in den Besitz des Protonotariats, vielmehr war dazu die Erfüllung noch mehrerer gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erforderlich. In der früheren Zeit war allerdings die Wahl des Papstes Mangels anderer Bestimmungen unbeschränkt, gewöhnlich berechtigte schon ein niederer Ordo zum Protonotariat, allmählich werden noch andere Eigenschaften für die Bekleidung desselben verlangt. So wurde es seit Einführung des Cölibats Sitte, dass nur Ehelose diese Würde erlangen

---

1) *Moroni* a. a. O. S. 10. 11. Alle Einkünfte beziehen die Protonotare nunmehr aus der apostolischen Kammer; an den Taxen der einzelnen Behörden nehmen sie nicht mehr Theil. Gleichwohl wird noch immer für sie liquidirt, d. h. die apostolische Kammer bezieht die Liquidate in ihren Namen. Ein Beispiel einer solchen Kostenrechnung aus der neuesten Zeit theilt *Mejer* a. a. O. S. 209. mit: „Pro protonotariis apostolicis 7, 20 scut."

2) Const. „Laudabilis sedis" §. 3. Benedict's XIV. const. „Inter conspicuos" §. 26.

3) *Moroni* a. a. O.

konnten, und dass nachherige Verheirathung den Verlust derselben nach sich zog[1]). In den *Anal. jur. Pontif.*[2]) wird allerdings behauptet, dass schon von jeher Ehelosigkeit als Bedingung gegolten hat, indess ist diese Ansicht irrig und wird durch mehrere Beispiele widerlegt[3]). Dagegen galt schon früh der Grundsatz, dass illegitimi nur mit besonderer Dispense Protonotare werden konnten[4]). Ausführliche Bestimmungen erliess erst Papst Paul II. (1469—1471). Er verlangte von jedem Candidaten des Protonotariats das 21. Lebensjahr, für die Nachkommen der »sublimiores« war das 17. Jahr nachgelassen, dagegen galt diese Ausnahme nicht rücksichtlich des Tragens des Rochetts[5]). In der neueren Zeit sind durch Pius VII. in Betreff der protonotarii supranumerarii ähnliche und noch weiter gehende Vorschriften gegeben worden[6]). Eine analoge Anwendung derselben auf die protonotarii participantes ist indess — wie in den *Anal. jur. Pontif.* irrthümlich geschieht[7]) — nicht zulässig, da der letzteren in der beregten Constitution in keiner Weise gedacht ist. Es ist daher auch nicht aus *diesem* Gesetze das Requisit des Doctorats für die protonotarii participantes her zu leiten; dasselbe wird vielmehr schon in einer Verordnung Alexander's VII. (1655—1667) gefordert[8]). Sixtus V. hat ausserdem bestimmt, dass diejenigen Protonotare, welche doctores utriusque juris sind, zugleich referendarii utriusque signaturae sein sein sollten[9]). Eine grosse Streitfrage herrscht darüber, ob den Regularen der Zutritt zu dem Protonotariat zu gestatten ist[10]). Wir können die Erörterung derselben umgehen,

1) *Moroni* a. a. O. S. 11. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 697. n. 18.

2) A. a. O.

3) *Phillips* a. a. O. S. 356. *Lib. pontif.* a. a. O. n. 365.

4) C. X. 1. X. de filiis presbyt. ordin. vel non (4, 17.) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 697. n. 19.

5) *Faber* a. a. O. S. 21. *Rigant.* a. a. O. Bd. 4. S, 109. n. 80. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 696. n. 17.

6) Const. „Cum innumeri.“ *Bull. Rom. continuatio* herausgegeben von Barbèri, Bd. 15. S. 141. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 739 fgg.

7) A. a. O. col. 696. n. 17.

8) Dieser Papst verlangte zu jeder Prälatur das Doctorat, und insofern ist diese Bestimmung für die Protonotare, da sie Prälaten sind, ebenfalls massgebend. Dieselbe const. „Inter ceteras“ vom 11. Juni 1659 gibt noch andere Erfordernisse zur Erlangung der Prälatur an; dieselben kommen also aus dem angeführten Grunde auch für die Protonotare zur Anwendung. Vgl. *Bangen* a. a. O. S. 52, *Moroni* a. a. O. Bd. 55 s. v. prelato. *Faber* a. a. O. S. 70 fgg. Ausserdem cap. „Statutum“ (c. 1.) de rescript. in VI. (1, 3.) Conc. Trid. XXV. c. 10. de ref.

9) Const. „Laudabilis sedis“ §. 15. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 509. Vgl. S. 232 fgg. dieser Abh.

10) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 697. n. 21.

da die Sache sich meist auf die protonotarii supranumerarii bezieht und daher nicht viel auf sich hat. Schliesslich ist noch zu bemerken, dass derjenige Candidat, welcher im Besitz der erwähnten Eigenschaften vom Papste zum Protonotar ernannt worden ist, noch einen besonderen Eid zu leisten hat[1]).

Wir wenden uns nunmehr zur Betrachtung der anderen von Sixtus V. erlassenen und unsere Protonotare betreffenden Constitution. Sie beginnt mit den Worten »Laudabilis sedis[2])« und trägt als Datum den 5. Februar 1586, ist also kurze Zeit nach der eben besprochenen Verordnung „Romanus Pontifex,« welche vom 16. November 1585 datirt, erlassen. Nichtsdestoweniger scheint ihr die durch letztere erfolgte Vermehrung der Protonotare unbekannt zu sein; denn sie hält noch an der Zahl »sieben« fest[3]). *Jacobson*[4]) sucht diesen Widerspruch einfach dadurch zu beseitigen, dass er die const. »Laudabilis sedis« vom 5. Februar 1585 datirt sein lässt, also die Angaben in den Bullarien für Druckfehler hält. Wenn wir auch zugeben müssen, dass dergleichen Fehler bei Zahlen leicht unterlaufen können, so würde doch für gegenwärtigen Fall bei der Sorgfalt, mit welcher dergleichen Gesetzsammlungen besorgt werden, die Annahme eines solchen gewagt erscheinen, ist aber selbst davon abgesehen schon um deshalb zu verwerfen, weil am Ende der beregten Constitution Jahr und Datum nicht nur in Zahlen, sondern auch damit übereinstimmend in Worten ausgedrückt ist[5]). Der in Rede stehende Anachronismus findet nur scheinbar statt und liegt in der That nicht vor. Er erklärt sich ganz einfach durch die bereits angeführte Ueberschrift der angeblich widersprechenden Constitution. Die Worte »Sequuntur privilegia pro supradictis septem notariis *antiquioribus*« setzen in dieser Fassung nothwendig die Kenntniss der durch die andere Constitution erfolgten Vermehrung der Proto-

1) Vgl. darüber *Bouix*, tract. de Cur. Rom. S. 684 fgg., wo die Eidesformel und das Ceremoniell bei Ableistung desselben genau erwähnt ist. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 20.

2) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 507 fgg.

3) Vgl. die Ueberschrift: „Sequuntur privilegia pro supradictis septem notariis antiquioribus."

4) *Herzog*, Realencyclop. f. prot. Theol. u. Kirche. Bd. 12. S. 265. Im Uebrigen stimmen Alle in Betreff des Jahres 1586 überein. Vgl. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 10. *Wetzer* und *Welte* a. a. O. Bd. 8. S. 381. *Faber* a. a. O. S. 25.

5) „Datum anno millesimo quingentesimo octogesimo sexto."
„Die 14. Aprillis 1586 praesentes litterae apostolicae praesentatae fuerunt in plena camera apostolica" *Bull. M.* a. a. O. S. 507.

notare voraus; im Gegensatz zu den neuen Protonotaren bezeichnen sie die bereits vorhandenen als antiquiores. Die Privilegien der letzteren sind zwar den neuen mit verliehen, werden aber mit Rücksicht darauf, dass die neu creirten Stellen noch nicht besetzt waren, in Bezug auf ihre gegenwärtigen Inhaber, die sieben notarii antiquiores, aufgezählt.

Die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes sind folgende:

Nachdem in §. 1. der Entstehung der Protonotare kurz gedacht ist, werden in §. 2. die bis dahin bestehenden Rechte, Privilegien und Einkünfte bestätigt.

§. 3. gibt dem Collegium die Befugniss, Doctoren zu promoviren, sowohl in beiden Rechten, als in der Theologie als in jeder anderen »licita facultas.« Vorher müsse jedoch ein Examen mit Hinzuziehung von zwei oder drei Doctoren der Facultät, welcher der Candidat angehöre, abgehalten werden. Dabei genügte die Anwesenheit selbst nur Eines Protonotars. Dieses Privilegium ist vielfach gemissbraucht und Veranlassung zu einem grossen und langen Streite mit den Consistorial-Advocaten geworden, denen ganz besonders das Recht zustand, Doctoren der Rechte zu promoviren[1]). Schon Urban VIII. (1623—1644) fühlte sich daher bewogen einschränkende Bestimmungen zu erlassen. Die Zahl der zu Promovirenden — früher unbeschränkt — wurde auf jährlich vier festgesetzt[2]). Ausserdem wurde der bisherigen Unsitte, Abwesenden, also ohne Ablegung eines Examens, die Doctorwürde zu verleihen[3]), entschieden entgegengetreten und dieselbe auf's Strengste verboten. Unerlässlich war ein examen rigorosum und zwar »personaliter et collegialiter habendum[4]).« Endlich musste der Candidat eine »persona familiaris et pauperis[5])« sein, jegliche Bezahlung war daher verboten[6]). Bene-

---

1) *Benedict's XIV.* const. „Inter conspicuos“ §. 22. *Opp. omn.* a. a. O. Bd. 15. S. 413. Clemens VIII. (1592—1605) hatte nämlich den Consistorialadvocaten ausschliesslich das Recht gegeben, „in urbe“ und „in curia romana“ Promotionen vorzunehmen. Urban VIII. änderte dies wesentlich zu Ungunsten der Privilegirten ab. *Faber* a. a. O. S. 80.

2) Breve vom 5. September 1629. *Benedict. XIV. opp. omn.* a. a. O. S. 414.

3) Man begnügte sich die Clausel „ac si esset praesens“ in das Diplom zu setzen. Da die Promotionen gut bezahlt wurden, war dies eine sehr reichliche Einnahme für das Collegium. Daher die Unzahl von Doctoren, die in dieser Zeit entstanden.

4) *Bened. XIV. opp. omn.* a. a. O.

5) *Bened. XIV.* a. a. O. §. 25. S. 415.

6) *Faber* a. a. O. S. 80. *Cohellius* a. a. O. S. 202. A.

dict XIV. (1740—1758) gab neue Vorschriften[1]) »praedictas litteras (sc. Sixti V. et Urbani VIII.), quatenus opus erat, eatenus limitans, revocans et abolens.« Er gestattete dem Protonotaren-Collegium anfänglich vier, dann sechs Personen »etiamsi non familiares nec pauperes — dummodo tamen in urbe praesentes exsistant, aliaque necessaria requisita illis suffragentur« — jährlich zu promoviren[2]). Ein Examen musste in jedem Falle vorausgehen und zwar sollte dies — wie schon von Urban VIII. angeordnet — »personaliter et collegialiter« abgehalten werden. Alle bisher mit Abwesenden vorgenommenen Promotionen wurden daher für nichtig erklärt. »Promotionum rogitus intra mensem ad Archivum Urbanum per secretarium collegii hujusmodi vel per ipsos promotos et laureatos deferri omnino debebat.« Alle diese Bestimmungen von Urban VIII. und Benedict XIV. beziehen sich indess nur auf die Promotionen in beiden Rechten. Bei den anderen Facultäten waren Promotionen seltener und daher auch weniger Gelegenheit zu Missbräuchen[3]). In der neueren Zeit hat Pius IX. wesentliche Veränderungen getroffen, deren Betrachtung der nächsten Periode aufbewahrt bleiben muss[4]).

Wir kehren zu der Constitution von Sixtus V. zurück.

§. 4. gibt den Protonotaren das »jus notarios et tabelliones publicos creandi ac creatus de tabellionatus et notariatus officiis hujusmodi per pennam et calamare, ut moris est, recepto prius ab iis solito juramento investiendi[5]) [6]).«

Im §. 5. ertheilt Sixtus V. den Protonotaren die Befugniss:

---

1) Const. „Inter conspicuos." *Bened. XIV.* a. a. O. §. 23. S. 414.

2) *Bened XIV.* a. a. O. S. 415. „Si numerus uno anno non est completus, subsequenti anno redintegrari non potest." §. 26. a. a. O. Da auch „nec pauperes" promovirt werden durften, fiel das von Urban VIII. zu Gunsten der pauperes erlassene Verbot, irgend welche Zahlung zu nehmen, fort; und heute bezieht ja noch das Collegium, wie wir gesehen, für sechs Promotionen die fixe Summe von 144 Scudi. S. 210. dieser Abh.

3) Const. „Quamvis peculiares" v. Pius IX. (Anh. III.).

4) Schon Leo XII. gab in Betreff des abzulegenden Examens neue Bestimmungen. Die Erwähnung derselben erscheint passender in der nächsten Periode statt zu finden, da Pius IX. in gedachtem Gesetz ausdrücklich auf dieselben Bezug nimmt.

5) *Oesterley* a. a. O. Bd. 1. S. 161 not. 19. theilt einen solchen Eid, wie er in Deutschland geschworen wurde mit. Wahrscheinlich mussten die von den Protonotaren gewählten Notare denselben Eid leisten, den Paul III. (1534—1549) für die von den Referendarien ernannten vorgeschrieben hatte. Const. „Debita consideratione" §. 29. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 737, wo die Formel angegeben ist.

6) Durch Pius IX. aufgehoben. Vgl. Anh. III.

»spurios, bastardos, manseres, incestuosos et alios ex quovis illicito et damnato coitu procreatos legitimandi, ita, ut sit, ac si illi legitimati de legitimo matrimonio procreati essent.«

Diese Legitimation wirkte im weitesten Umfange, so dass alle Nachtheile[1]), die frühere Päpste für die illegitimi bestimmt hatten, dadurch aufgehoben wurden.

Der §. 6. gibt dem Collegium die Autonomie innerhalb seiner Sphäre, d. h. das Recht, sich selbst Statuten vorzuschreiben.

Der §. 7. erklärt die Protonotare zu »veri et indubitati familiares et continui commensales ac praelati domestici« und ertheilt ihnen alle Privilegien derselben. Diese Bestimmung enthält Nichts Neues, erkennt blos das bestehende Verhältniss gesetzlich an. Schon in dem ersten Document (Nr. 4.) der von *Merkel* veröffentlichten Urkunden (s. u. Anh. I.), werden der vicecancellarius und die Notare als »tanquam peculiaris et specialis familia pape« bezeichnet; Nr. 1. und 8. a. a. O. führt sie als commensales auf. Ihr Verhältniss als Hausprälaten ist unter Nr. 4. berührt. Ausserdem hatte bereits Paul III. die Protonotare ausdrücklich zu »veri familiares papae« erklärt[2]). Dasselbe wiederholte Julius III. (1550—1555), indem er die »praelati, qui ex palatio apostolico panem quotidie habent vel habere possunt,« in die Reihe der »veri familiares, commensales et praelati domestici« aufnahm[3]). Dass die Protonotare aber das jus panem habendi hatten, ist bereits bewiesen worden; ausserdem wird es noch besonders in dem §. 8. des beregten Sixtinischen Gesetzes anerkannt.

Es möchte hier der passende Ort sein, eine mit dem jus ex palatio apostolico panem habendi zusammenhängende Frage zu erörtern, nämlich die Reservationen der Beneficien der Protonotare. Julius III. erklärte nämlich die »beneficia eorum ecclesiarum praelatorum, qui ex palatio apostolico panem habent, ipsi pontifici« für reservirt. Demnach sind auch die Beneficien der Protonotare dem Reservationsrechte des Papstes unterworfen. Schon vor Julius III. hatte Benedict XII. (1334—1342) durch die im Jahre 1335 erschienene Constitution »Ad regimen« dasselbe bestimmt[4]); für Deutschland ist indessen die reservatio ex constitutione »Ad regimen« in

1) Vgl. darüber *Gregor's XI.* const. 8. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 289. *Pius IV.* const. 9. §. 54. a. a. O. Bd. 2. S. 16. *Pius* V. const. 117. a. a. O. S. 323. Aufgehoben durch Pius IX. Vgl. Anh. III. u. S. 227. dieser Abh.

2) Paul's III. const. 3. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 700. §. 1.

3) Julius III. const. 21. *Bull. M.* a. a. O. S. 802. §. 1.

4) C. 13. X. vag. commun. de praeb. et dignit. (3, 2.), übergegangen in die erste Cancelleiregel §. 4. vgl. *Rigant.* a. a. O. Bd. 1. S. 100 fgg.

Betreff der Protonotare dahin modificirt worden, dass sich dieselbe nur auf die Beneficien der protonotarii participantes beziehen sollte [1]). Später wiederholte dieselbe Bestimmung noch einmal Alexander VII. [2]) in einer Constitution vom Jahre 1666, in der es ausdrücklich heisst:

> »Beneficia protonotariorum in constitutione »ad regimen« esse reservata ubicunque decedant etiam extra romanam curiam et extra duas dietas [3]).

Am Ende des §. 8. der const. »Laudabilis sedis« wird den Protonotaren das Recht eingeräumt:

> »temporibus obitus et coronationis Romani Pontificis vestes lugubres ratione obitus [4]), et violaceas [5]) ratione coronationis«

zu tragen, ausserdem noch verordnet, dass:

> »in cavalcatis pontificalibus duo ex ipsis notariis equitare possint cum mantellonibus immediate post praelatos assistentes [6]).«

Genannte Bestimmungen finden sich zum Theil schon im ordo romanus vor, wenn auch da meist, wie wir oben gesehen haben, nur der primicerius und secundicerius als Inhaber dieser Vorrechte erscheinen [7]).

Die beiden folgenden §§. 9. und 10. haben es mit den Emolumenten der Protonotare zu thun. §. 9. befreit letztere von dem Zahlen der Taxen »pro expeditis litteris,« eine Bestimmung, die ebenfalls schon in den *Merkel*'schen Documenten enthalten ist [8]). §. 10. sichert ihnen auf jede Weise die Einkünfte, die sie »pro expeditionibus ecclesiarum cathedralium, metropolitanarum,« überhaupt derjenigen Beneficien, deren expeditio ihnen nach Martin's V. Einschränkungen (vgl. oben) noch zustand [9]), erhielten; und zwar

---

1) Concordata Vindobonensia inter Nicol. V. et imp. Fridericum III. inita a. 1448. *Koch*, Sanctio pragmatica. Argentor. 1789. 4. S. 210 fgg. *Emminghaus*, corp. jur. germ. 2. Ausg. S. 103—105. Ueber das in Frankreich bezüglich der Protonotare geltende Reservationsrecht vgl. *Bouix*, tract. de Curia Rom. S. 691 fgg.

2) 1655—1667.

3) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 706. n. 44. Vgl. ausserdem die Bestimmungen Urban's VIII. v. J. 1623. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 4. S. 26.

4) Weil sie zur Familie des Papstes gehören.

5) Weil sie wirkliche Prälaten sind.

6) Vgl. Anh. I. doc. I. Nr. 4. 8.

7) *Joh. Diac.* de eccles. Lateranensi (*Mabillon* a. a. O. S. 570.). Vgl. Ord. Rom. I. (*Mabillon* a. a. O. S. 4.).

8) Doc. II. Nr. 7. (s. u. Anh. I.). Hier ist die Befreiung selbst auf Verwandte der Protonotare ausgedehnt. „Item tenebantur et tenentur scriptores scribere gatis litteras pro personis notariorum, *fratrum* et *nepotum* suorum.“

9) Vgl. Martin's V. const. „In apostolicae“ §. 2. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 316., wo auch die Taxen genau angegeben sind. Vgl. doc. II. n. 12 (Anh. I.).

sollten ihnen diese Gebühren jedenfalls gezahlt werden, selbst wenn einzelne Sachen, dem gewöhnlichen Expeditionswege entzogen, per viam secretam oder per cameram gegangen wären [1]).

§. 11. ertheilt den Protonotaren die Erlaubniss:

»deferendi arma pro ipsis et eorum familiaribus continuis commensalibus actu inservientibus [2]).«

§. 12. ermächtigt sie, über ihr Vermögen von Todes wegen zu verfügen, über ihr Familienvermögen unbeschränkt, über das, was sie der Kirche verdanken, bis auf 2000 Kammer-Ducaten. Auch sollte ihnen dieses Recht noch nach Niederlegung ihres Amtes zustehen [3]).

§. 13. erkennt die »exemtio protonotariorum ab omni jurisdictione ordinariorum et quoad caussas civiles, et quoad causas criminales« an [4]). Dieses Privilegium bestand ebenfalls schon lange, denn selbst die Constitution Leo's X. (1513—1521) »Regimini [5]),« von der man bis jetzt allgemein behauptet hat, dass sie zuerst die Protonotare eximirt habe [6]), bestätigt nur das schon vorhandene Recht. Bereits in den *Merkel*'schen Urkunden [7]) lesen wir:

»Item vicecancellarius et notarii nullius jurisdictionis subsunt, nisi spetiali domni pape.«

Diese Exemtion ist indessen keine so allgemeine und in folgenden Fällen beschränkt:

1) Rücksichtlich ihrer Beneficien stehen die Protonotare unter der Jurisdiction desjenigen Ordinarius in dessen Diöcese das Beneficium liegt [8]).

2) Ist durch die genannte päpstliche Bestimmung dem c. 6. in VI. de sentent. ex com. (5, 11.) nicht derogirt, wonach es gestattet ist, vim vi repellere, somit dem Ordinarius das Recht zu-

1) *Bangen* a. a. S. 140. n. a. S. 441. n. 6.

2) Durch Pius IX. aufgehoben. Vgl. Anh. III. und S. 227. dieser Abh.

3) Ueber die Grundsätze des canonischen Rechts rücksichtlich der Testirbefugniss der Kleriker, und inwiefern obige Bestimmung den Protonotaren ein Privileg einräumte, vgl. *Walter*, Lehrbuch des Kirchenrechts §. 262. *Schulte*, Syst. des Kirchenrechts, Bd. 2. S. 527 fgg., wo auch alle bezüglichen Beläge aus den Quellen verzeichnet sind.

4) Bestätigt durch Pius IX. Anh. III. S. 227. dieser Abh.

5) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 1. S. 558. §. 4. vgl. conc. Lateran. V. sess. X. *Act. conc.* a. a. O. Bd. 9.

6) *Faber* a. a. O. S. 90. *Benedict XIV.* de synodo dioec. Moguntinae 1842. Bd. 1. S. 204.

7) Doc. II. n. 18. (Anh. I.)

8) *Faber* a. a. O. S. 88. *Cohellius* a. a. O. S. 200.

steht, über einen Protonotar, der Injurien gegen ihn begeht, seine Jurisdiction und sein Ansehen gefährdet, Censuren und kirchliche Strafen zu verhängen [1]).

3) In der exemtio quoad criminales caussas hat Gregor XV. (1621—1623) die Bestimmung Sixtus V., dass gegen einen Protonotar Niemand eine Strafe aussprechen könnte »nisi mandato papae,« dahin abgeändert [2]), dass es nunmehr den Ordinarien gestattet ist, »tanquam apostolici delegati« gegen »exemti tam saeculares tam regulares« mit Censuren und Strafen vorzugehen. Die declaratio congreg. conc. interpret. [3]) hat dies nicht blos auf die »delicta notoria et populo scandalum dantia,« sondern auf alle Vergehen bezogen [4]).

§. 14. erlaubt dem Protonotaren-Collegium, jährlich einen Ehrenprotonotar zu ernennen, der jedoch weder exempt sein, noch an den übrigen Privilegien Theil nehmen sollte.

Die Bestimmung des §. 15., wonach diejenigen Protonotare, die Doctoren beider Rechte sind, »utriusque signaturae referendariorum numero adscribuntur et unus ex iis antiquior in signatura gratiae semper assistere potest,« ist schon oben erwähnt worden. Sie sanctionirt ebenfalls wieder die bereits bestehende Gewohnheit; denn schon im doc. II. n. 1 fgg. (Anh. I.) finden wir die Protonotare als Vorläufer der referendarii utriusque signaturae fungiren.

Die §§. 16. 17. 18. haben die Thätigkeit der Protonotare in den Consistorien, der Capelle und bei den Canonisationen zum Gegenstand.

§. 16. hebt ganz besonders hervor, dass die »instrumenta unius ex iisdem notariis manu suscripta et sigillo ejus munita plenariam fidem in judicio et extra urbem ubique locorum habeant.« Der Inhalt des §. 17. wird passender weiter unten [5]) erörtert werden [6]).

Die §§. 19. 20. enthalten liturgische Vorschriften.

§. 19. bestimmt: »ut iisdem septem notariis aureae argenteaeque

---

1) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 704. n. 41.

2) Const. „Inscrutabili" §. 6. *Bull. M.* a. a. O. Bd. 3. S. 403.

3) Ad dubium XIII. *Bull. M.* a. a. O. S. 404.

4) Durch dieses Gesetz hat Gregor XV. die Vorschriften des Concils von Trient erweitert. Vgl. *Walter* a. a. O. §. 152. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 704. n. 41.

5) Bei der Beschäftigung der Protonotare in den Congregationen. S. 131.

6) §. 18. verordnet „ut consistoria et capellae a papae cursoribus illis insinuandae sint. Caudelas, palmas, Agnus dei, ejusdem qualitatis prout episcopi assistentes recipiant." Vgl. ord. rom. XIV. und XV. (*Mabillon* a. a. O. S. 376. 509.) Heute wird nur der Decan der Protonotare, der eigentliche Nachfolger des Primicerius, von den apostolischen Cursoren benachrichtiget. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 695 n. 13. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 13.

monetae in die coronationis cujus libet romani pontificis dictae camerae clericis dari solitae distribuerentur et darentur [1]).« Diese Münzen hatten nicht den Zweck, den Protonotaren ein Geschenk zu machen, sondern sie wurden ihnen zur Vertheilung unter das Volk gegeben. Alexander VII., welcher die durch Sixtus V. und Urban VIII. verliehenen Rechte und Privilegien der Protonotare bestätigte [2]), fügte zu dem Krönungstage des Papstes noch den Tag der Besitzergreifung eines jeden Protonotariats und die Feste der Apostelfürsten Petrus und Paulus hinzu [3]).

§. 20. hängt mit einer Bestimmung Hadrian's VI. (1522—1523) zusammen [4]), nach welcher in der päpstlichen Capelle stets drei Protonotare, und »si papae personaliter contigerit celebare,« alle assistiren sollten [5]). Sixtus V. wies ihnen in jenem §. eine weitere Thätigkeit im unmittelbaren Dienste des Papstes an und verordnete, dass zwei Protonotare die päpstliche Schleppe tragen sollten, »si Princeps, et eorum Oratores, et Patriarchae, nec non Archiepiscopi et Episcopi assistentes deessent [6]).«

Die §§. 21. und 22. geben den Protonotaren, »qui in presbyteratus ordine constituti fuerint,« in liturgischer Beziehung Vorrechte.

§. 21. das »jus utendi mitra et quibuscunque aliis pontificalibus ornamentis etiam in cathedralibus ecclesiis de illorum tamen Praesulum, si praesentes sint, si vero absentes absque illorum consensu;«

§. 22. gestattet ihnen den Gebrauch eines altare portatile und

---

1) Vgl. ord. rom. VIII. (*Mabillon* a. a. O. S. 233. n. 12. S. 268. n. 39.), wo am Krönungstage des Papstes nicht blos an die Kleriker Münzen vertheilt wurden, sondern auch missilia in populum erfolgten.

2) Breve vom 4. September 1656 „Ex Rom. Pontif.“ §. 4. Bull. Rom. a Leone M. ad Bened. XIV. Luxemburg 1727—1758. Bd. 6. S. 137.

3) *Moroni* a. a. O. S. 10. Früher erhielt der Primicerius auch am Weihnachts- und Osterfeste Münzen, die jedoch, wie es scheint, nicht zum Austheilen, sondern als Geschenk gegeben wurden. Vgl. *ord. rom. XI.* a. a. O. S. 29. n. 22.

4) *Moroni* a. a. O. S. 7. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 694. n. 9.

5) Die Assistenz in der Capelle wird schon im doc. I. n. 4. (Anh. I.) erwähnt. Ebenso wird im ord. rom. III. a. a. O. S. 57. der Primicerius als assistens papae aufgeführt.

6) Steht jedenfalls mit der Stellung in Verbindung, welche der primicerius und secundicerius notariorum früher bei öffentlichen Aufzügen einnahmen. Vgl. *Joh. Diacon.* a. a. O. (*Mabillon* a. a. O. S. 570.).

Cohellius a. a. O. S. 210. D. erklärt obige Bestimmung falsch, indem er einem Protonotar *immer*, und zweien *unter den erwähnten Bedingungen* das Recht des Schleppentragens einräumt.

erlaubt ihnen, in Gegenwart ihrer Verwandten und Diener zu celebriren[1]).

In §. 23. werden alle vorgenannten Rechte und Privilegien auch denjenigen Protonotaren verliehen, die ihr Amt nach zehnjähriger[2]) Bekleidung niederlegen würden. Das Tragen des Rochettes sollte ihnen indessen nur ausserhalb der Stadt erlaubt sein, ausserdem rangiren sie in der apostolischen Kammer unter Verlust ihres Sitzes in der Capelle hinter den auditores sacri palatii[3]).

Das Protonotariat geht aber verloren[4]):

1) durch Tod,
2) durch freiwillige Niederlegung,
3) durch Ordensprofess[5]),
4) durch Verheirathung[6]),
5) durch Erhebung zum Cardinalat oder zu Vorstehern von bischöflichen und Abbatial-Kirchen, »quae administrationem habent,«
6) durch Entziehung desselben zur Strafe.

Jene in §. 23. den durch zehn Jahre activ gewesenen Protonotaren zugesicherte Vergünstigung würde aber blos bei Nr. 2. bestritten ob noch bei Nr. 3. eintreten[7]).

§. 24. betrifft die Ausführung vorstehenden Gesetzes und ernennt zu Executoren den vicecancellarius, summator, den generalis auditor camerae u. s. w.

§. 25. enthält die übliche clausula derogatoria »non obstantibus,« die sich hier besonders auf die Constitutionen und Concilienschlüsse »contra exemtos emanata« bezieht. Die Bestimmungen des Concils von Trient werden ausdrücklich aufrecht erhalten. Sie betreffen die Aufhebung der Exemtion von der Jurisdiction der Ordinarien rücksichtlich der in ihrer Diöcese belegenen Beneficien[8]). Von anderweitigen Ausnahmen ist schon oben die Rede gewesen.

§. 26. endlich, der letzte dieser Constitution, bestimmt, »ut praesentium transumptis, etiam impressis, manu pro tempore existentis

---

1) Durch Pius IX. beschränkt und an gewisse Bedingungen geknüpft. Anh. III. S. 227. dieser Abh.

2) Später wurden noch kürzere Fristen bestimmt, so z. B. durch Urban VIII. blos drei Jahre. *Moroni* a. a. O. S. 20.

3) Vgl. l. 2. C. Just. de primic. etc. (12, 7.), wonach der Primicerius nach niedergelegtem Amt sogar magister officiorum wurde.

4) *Moroni* a. a. O. S. 11.

5) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 697. n. 21.

6) Ebendas. col. 697. n. 18.

7) Die Niederlegung muss aber „annuente pontif." erfolgen. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 697 n. 21.

8) *Walter* a. a. O. §. 152.

decani, ac antiquioris ex dictis septem notariis subscriptis, et praefati collegii sigillo munitis, eadem fides in judicio et extra adhibeatur, quae praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae.«

Wir haben nun noch für diese Periode

von der Beschäftigung der Protonotare bei den einzelnen Congregationen

zu handeln. Die Entwicklung dieser ihrer Thätigkeit hat gleichfalls von einer Verordnung Sixtus V., die schon ein Jahr nach Publication des letzt gedachten Gesetzes erschien, ihren Gang genommen; und ist durch die Nachfolger desselben gefördert worden.

Sixtus V. gründete durch die Constitution »Immensa aeterni« vom 21. Januar 1587 die sacra congregatio sacrorum rituum[1]); und wies ihr neben vielen anderen Functionen auch die Processe über die Canonisationen zu:

»Diligentem quoque curam adhibeant circa canonisationem Sanctorum[2]).«

Diesem neuen Institute verdankten die Protonotare eine neue Verwendung. Schon vor Existenz der genannten Congregation war ein Protonotar bei diesen Processen thätig gewesen; entsprach jedoch diese Zuziehung ihrer ursprünglichen Beschäftigung, dem Führen der Martyrer-Acten. Ein interessantes Beispiel finden wir bereits im ordo romanus[3]), wo der Geschäftsgang einer Canonisation genau erörtert wird. Zwar sind dabei die Protonotare nicht ausdrücklich genannt, aber ohne Zweifel dürfen wir die Bemerkung, dass die Inquisition des zu Canonisirenden von authentischen Personen geführt werden sollte, auf die Protonotare, als die Verfertiger authentischer Urkunden über die Thaten der Martyrer, beziehen. Sixtus V. erkannte dies im §. 17. der oben betrachteten Constitution »Laudab. sedis« auch ausdrücklich an, beschränkte nur die Zahl der damit zu beauftragenden Protonotare auf Einen. Dieser Eine wurde in die neue Behörde mit übernommen. Da indessen in der Gründungsbulle über die Functionen desselben Nichts Genaueres gesagt war, blieb das bisherige Gewohnheitsrecht die Grundlage, dessen Anwendung und weitere Ausbildung man in der wechselnden Thätigkeit der Protonotare bei der Congregation wahrnimmt. Ursprünglich versah, wie uns Benedict XIV. be-

---

1) Ueber die Rit. Congreg. vgl. *Phillips* a. a. O. S. 652 fgg. *Bangen* a. a. O. S. 204 fgg. *Benedict XIV.* a. a. O. lib. I. c. 16—19. *Gardellini,* decreta authentica congreg. sacr. rit. Romae. 1824. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 10. Bd. 16. S. 264 fgg. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 694. n. 11.

2) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. S. 618.

3) *Ord. rom. XIV.* a. a. O. S. 418 fgg.

richtet[1]), ein protonotarius e numero participantium die Geschäfte eines Secretärs der Congregation; später wurde noch ein Protonotar als Consultor zugezogen. Letzterer war zugleich der erste Notar der Congregation[2]). Seinen Geschäftskreis bestimmte Urban VIII. in einem Decret vom 12. März 1642 dahin:

»SSmo. D. N. sic annuente, indultum est protonotariis de numero participantium, primo, quod in processibus fabricandis et praecipue in examinandis testibus super martyrio alicnjus Servi Dei, hic in curia, omnino intervenire debeat R. P. D. protonotarius pro tempore S. C. Secundo, quod examen praefatum debeat esse subscriptum ab ipso D. protonotario. Tertio quod *notarius,* qui examen praefatum recipiat, in hoc actu ipsi D. *protonotario subordinatus* censeatur, et reputetur[3]).

Nach Beendigung des Processes erfolgt die solenne Canonisation in einem der nächsten ausserordentlichen Consistorien[4]). Welche Functionen hier die Protonotare zu erfüllen haben, ist bereits oben gezeigt worden[5]).

Die Acten werden in dem Archiv aufbewahrt, das von Urban VIII. eigens für die Congregation gegründet worden ist[6]). Innocenz XI. (1676—1689) bestimmte, dass der Protonotarius der Congregation den Schlüssel dazu aufbewahren und alle Jahre ein Inventar aufnehmen sollte. Von diesem wurden vier Exemplare gefertigt; das eine behält der Protonotar, das andere bekommt der Promotor, das dritte der Secretär und das vierte bleibt im Archiv[7]). Ausserdem erhält der Protonotar der Congregation zugleich mit den Consultoren ein in Oel gemaltes und den Canonisirten darstellendes Bild[8]).

Die Wahl des Protonotars stand früher der Congregation zu, wie dies eine Menge Beispiele beweisen. Später nahm dieses Recht der Papst in Anspruch. Heute wird daher von ihm der Protonotar

---

1) A. a. O. I. 16. n. 1.

2) So sehen wir in dem Annuario Pontif. von 1866 Luigi Colombo als Protonotar der Rit. Congreg. fungiren, den Protonotar Bartolini als Secretär derselben aufgeführt. S. 357.

3) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 694. n. 11. *Moroni* a. a. O. S. 10. *Matta,* de canonisatione sanctor. III. 2. S. 467. *Benedict XIV.* a. a. O. I. 17. S. 105. n. 2.

4) Vgl. für die frühere Zeit *ord. rom.* a. a. O. S. 419 fgg.

5) S. 94. 95.

6) *Bened. XIV.* a. a. O. I. 19. S. 120. n. 7.

7) *Decreta Innocentis XI.* §§. 5. 6. bei *Benedict XIV.* a. a. O. S. 120. n. 8.

8) *Moroni* a. a. O. S. 10. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 695. n. 11.

der Congregation ein für alle Mal ernannt; im Falle der Verhinderung des Letzteren ein anderer speciell substituirt.

Ausser in der Ritus-Congregation wirken die Protonotare noch in der congregatio de propaganda fide [1]). Der Grundgedanke zu letzterer Behörde war von Gregor XIII. (1572—1585) gefasst, von Clemens XIII. (1592—1605) weiter verfolgt und von Gregor XV. (1621—1623) endlich zur Ausführung gebracht worden. Durch die Bulle »Inscrutabili« bestimmte derselbe Papst, dass die Protonotare, deren ursprüngliche Beschäftigung sich auf die Martyrer der ersten christlichen Zeit bezogen habe, nunmehr ihre Thätigkeit den Martyrern, welche für die Ausbreitung des Glaubens gekämpft hätten, widmen und deren Thaten und Verdienste ebenfalls aufzeichnen sollten, damit auch die Nachwelt darüber glaubwürdige Documente erhielte [2]). Im §. 11. der genannten Bulle wird speciell ein Protonotar dazu erwählt. Anfänglich stand wie bei der Ritus-Congregation diese Wahl der congreg. de propag. fide zu, später überwies sie Urban VIII. durch Decret vom 6. Februar 1626 dem Papste zu [3]).

Die Functionen des Protonotars der Congregation wurden in einem Decret vom 30. Juni desselben Jahres dahin bestimmt:

I. »Ut facilius et certius relationem in eadem s. cong. facere valeat de gestis martyrum, qui quocunque in loco orbis terrarum a die institutae cong. de prop. fide passi sunt, aut in futurum patientur, testes in romana curia repertos, aut reperiendos d. ptis. gestis informatos recipere, et examinare possit, eorumque examina seu processus in publicam, et authenticam formam redigere, et examinibus, ac processibus praefatis ab eo subscri-

---

1) Ueber die congreg. de prop. fid. vgl. *Bangen* a. a. O. S. 257. *Mejer*, die Propaganda u. s. w. Göttingen 1852. *Moroni* a. a. O. Bd. 16. S. 241 fgg. Const. „Inscrutabili" *Bull. M.* a. a. O. Bd. 3. S. 421.; const. „Romanum decet Pontif." *Bull. M.* a. a. O. S. 422. Alle Decrete und Constitutionen, welche sich auf diese Congregationen beziehen und von derselben erlassen sind, enthält das *Bullar. Pontif. sacr. congreg. de prop. fide. Romae,* 1839—1841. 5 Bde. 4., und *Append. ad Bullar.* 2 Bände 4.

2) Vgl. *Phillips* a. a. O. S. 667.

3) „Patres veterum Pontificum permoti exemplo unanimi consensus censuerunt unum ex protonotariis apostolicis in ipsa Congregatione adscribendum esse, qui confessorum, et martyrum gesta, quae in ea referentur, scribat, ut et tantorum virorum praestantissima virtus ad Dei gloriam, iptorum laudem immortalitati conferatur, et posteris exempla verae fortitudinis ad imitandum relinquantur, et cum inter Patres disceptaretur de protonotario apostolico in Congregatione adsciscendo SS. D. N. Cardinalibus omnibus approbantibus, elegit in protonotarium S. Congregationis R. D. Petrum Lanesium." *Moroni* a. a. O. S. 8. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 694. n. 10. *Cohellius* a. a. O. S. 48 fgg.

ptis, et subsignatis, plena fides, sicut ptor. septem notariorum a Clemente I. praefato institutorum attestationibus et scripturis habeatur.

II. Quod de ptis. gestis martyrum scripturas quascunque undequaque Romam allatas examinare, et illis, cum opus fuerit, in curia recognosci facere per habentis notas manus, et sigilla in eadem curia repertos.

III. Quod quarumcunque scripturarum ad martyrum gesta pertinentium, quae ad ejus manus perveniens, transumpta conficere, illasque authenticare possit, et valeat, transumptisque ptis. ab eo subscriptis, et subsignatis plena fides, sicut originalibus, penes ipsum existentibus adhibeatur [1]).«

Dies ist im Wesentlichen noch heute die Stellung und Beschäftigung des Protonotars der Propaganda [2]). Ausser diesem sind noch andere Mitglieder als Consultoren thätig, zwar nicht als Protonotare, sondern Kraft specieller Berufung. Daher finden wir auch in dem Annuario Pontificio nur den Protonotar der Propaganda als Protonotar aufgeführt, wogegen diejenigen Protonotare, welche Consultoren sind, mit dem blossen Namen erwähnt sind [3]). Der Secretär der Congregation wird im Verhinderungsfalle gewöhnlich durch einen Protonotar vertreten [4]).

Wie wir sehen, sind die Functionen der beiden bei genannten Congregationen angestellten Protonotare einander sehr ähnlich. Der einzige Unterschied besteht eigentlich blos darin, dass der Protonotar der Ritus-Congregation seine Geschäfte durch den Notar derselben, allerdings unter seiner Leitung und Aufsicht, besorgen lässt. Daher ist ihm auch derselbe in dieser Beziehung — »in hoc actu« — untergeordnet, und haben die von letzteren verfassten Protocolle nur Gültigkeit und Glaubwürdigkeit, wenn sie vom Protonotar unterschrieben sind. In der Propaganda tritt dagegen der designirte Protonotar selbst thätig und verhandelnd mit den Zeugen auf. Er liefert der Ritus-Congregation erst das Material zu den Canonisations-Processen.

Schliesslich ist noch zu bemerken, dass, wenn auch in beiden Congregationen nur ein Protonotar ein Amt bekleidet, das Recht

---

1) *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 9. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. *Bangen* a. a. O. S. 264.

2) *Annuario Pontificio* 1866. S. 304. „Thomassetti, protonotario apostolico."

3) Ebendas. S. 306. 308. 314. 315. 316. 318. 322. 334. 335. 339.

4) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 694. n. 10. *Moroni* a. a. O.

dazu doch dem ganzen Collegium zusteht und nur im Namen desselben von diesem Einen ausgeübt wird[1]).

§. 8. 4) Von Gregor XVI. (1838) bis zur Gegenwart.

In dieser Periode sind besonders zwei Gesetze zu erwähnen, welche speciell den Protonotaren gewidmet und in Bezug auf die beiden näher betrachteten Constitutionen Sixtus V. erlassen sind. Das eine rührt von Gregor XVI.[2]) her und derogirt die const. »Roman. Pontif.,« das andere von Pius IX.[3]) und derogirt, wenigstens zum Theil, die const. »Laudabilis sedis.« Einige Veränderungen in Betreff der Einkünfte hatte, wie schon oben erörtert, Pius VII. vorgenommen.

Zur Zeit Gregor's XVI. war das Collegium der Protonotare bis auf Ein Mitglied ausgestorben und drohte daher bald ganz zu erlöschen[4]). Dies suchte, wie einst Julius I. bei ähnlicher Veranlassung, Gregor XVI. zu verhindern. Er erliess die genannte Constitution »Neminem certe latet« und reconstruirte das Collegium. Es ist daher nicht unangemessen, wie Clemens I. den ersten, Julius I. den zweiten, so Gregor XVI. den dritten Gründer des Protonotariats zu nennen, und ebenso wie von den beregten Päpsten, so auch von ihm eine neue Periode zu datiren. Ausserdem bestimmte jenes Gesetz, dass das Collegium fortan nicht mehr aus zwölf, sondern wie ursprünglich nur aus sieben Mitgliedern bestehen sollte. Dadurch wurde die const. »Romanus Pontif.« von Sixtus V. aufgehoben[5]). Alle

---

1) Auch in dieser Periode erscheinen sie nebenbei noch als Verfertiger von Urkunden über Rechtsgeschäfte; sie nehmen die Acte freiwilliger Gerichtsbarkeit zwischen hochgestellten Personen auf. So redigirte und beglaubigte unter Clemens XIII. der protonotarius participans Barberini, der nachherige Papst Urban VIII. die pacta dotalia bei der Eheschliessung der österreichischen Erzherzogin Margaretha mit Philipp III., König von Spanien; ebenso die instrumenta sponsalia zwischen einem österreichischen Erzherzog und einer spanischen Prinzessin Isabella. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 8. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 696. n. 15. *Faber* a. a. O. S. 107.

2) Const. „Neminem certe latet“ vom 8. Februar 1838.

3) Const. „Quamvis peculiares“ vom 9. Februar 1853. Beide Gesetze sind bis jetzt in keinem Bullarium zu finden, da keines derselben bis in die Zeit ihrer Publication reicht. Ich habe mir den Text direct aus der apostolischen Kammer kommen und im Anhang unter Nr. II. beziehungsweise III. abdrucken lassen.

4) Anh. II.

5) „Sixti V. Constitutioni Derogantes, qua praescriptum est Collegium Protonotariorum Apostolicorum participantium duodecim conflari numero, idem ipsum Collegium ad primaevam ejus institutionem revocamus; ideoque praecipimus, ut posthac septem tantummodo constet viris, qui et laude virtutum et eximiis in rem et Sacram et publicam meritis probatissimi, a Nobis, et a Romanis Pontificibus Successoribus Nostris erunt ad legendi.“ Anh. II.

Rechte und Privilegien, welche den Protonotaren von Sixtus V. verliehen und zur Zeit von ihnen besessen wurden, sollten ihnen verbleiben.

Diese neu geregelten Verhältnisse erhielten sich ohne Aenderung bis auf den gegenwärtigen Papst Pius IX. Durch die const. »Quamvis peculiares« vom 9. Februar 1853[1]) wurden diese Rechte und Privilegien vielfach beschränkt und die Bestimmungen Sixtus V. zum Theil ausser Kraft gesetzt, insofern dies nicht schon von Urban VIII. und Benedict XIV. geschehen war.

Durch jene Constitution wurde Folgendes verordnet:

1. Das Recht der Protonotare, Doctoren der Philosophie, Medicin und der übrigen Facultäten zu promoviren wird aufgehoben[2]);
2. dagegen bleibt ihnen das Recht, alljährlich vier Personen zu Doctoren der Theologie und vier zu Doctoren der Rechte zu promoviren[3]). Dabei sollen sie aber an folgende Bedingungen gebunden sein:
   a) müssen die Candidaten in der Stadt gegenwärtig sein[4]);
   b) muss ein Examen vorhergehen, das von wenigstens fünf Protonotaren, deren Zahl im Behinderungsfalle durch Zuziehung von Professoren des archigymnasium romanum vervollständigt werden kann, abzuhalten ist[5]);
   c) bei dem Examen selbst sind die von Leo XII. in der const. »Quod divina sapientia« gegebenen Vorschriften zu beobachten[6]);
   d) vor der eigentlichen Promotion müssen dem Papste bei Strafe der Nichtigkeit die Namen der Doctoranden genannt werden;
   e) ist die Congreg. S. R. E. Cardinalium studiis moderandis praeposita von jeder Promotion in Kenntniss zu setzen; ausserdem muss die Bestimmung, »ut ad normam praefatae constitutionis Benedicti XIV.[7]) nota rogitus promotionum

1) Anh. III.

2) §. 3. der const. „Laud. sed." dadurch aufgehoben.

3) Sollten in einem Jahre nicht so viel Promotionen stattfinden, so darf dies nicht in dem nächsten nachgeholt werden. Dies war bereits schon von *Benedict XIV.* angeordnet. Const. „Inter conspicuos" §. 26. (opp. omn. a. a. O. S. 415.).

4) Ebenfalls schon von *Benedict XIV.* bestimmt, vgl. a. a. O. §§. 23. 24. S. 414. 415.

5) Schon theilweise durch *Benedict XIV.* a. a. O. §. 23. angeordnet.

6) *Bull. Rom. continuat.* a. a. O. Bd. 16. S. 85. Const. „Quod div. sap." vom 28. August 1824. Es kommen hier in Betracht die §§. 18. n. 199. 200. §. 20. n. 220 fgg. §. 21. n. 229 fgg.

7) *Benedict XIV.* a. a. O. §. 26. Vgl. S. 214. dieser Abhandlung.

nominibus, et cognominibus infra mensem a die cujuslibet promotionis computandum ad Archivium urbanum per Secretarium Collegii ejusdem, vel per ipsos promotos deferatur, ac postquam ejusmodi nota ad Archivium praedictum delata sit, promotus ad lauream doctoralem pro legitime promoto haberi debeat ad quosvis juris effectus, alias doctoratus nullus sit atque irritus, nec promoto ulla ratione suffragetur,« befolgt werden [1]).

3. Das dem Collegium durch Sixtus V. zugestandene Recht, jährlich einen Titular-Protonotar zu ernennen [2]), darf es jetzt nur consulto papa ausüben. Dieser Protonotar ist »mere titularis« und nicht ad instar, ist »absque exemtionibus et privilegiis [3]).« Die Befugniss, Notare und Tabellionen zu wählen, wird ihnen gänzlich genommen [4]).
4. Wird der §. 5. der const. »Laudab. sed.« von Sixtus V. aufgehoben, der ihnen das Recht verliehen hatte, uneheliche Kinder zu legitimiren [5]).
5. Ebenso ist ihnen nicht mehr gestattet, Waffen zu tragen [6]).
6. Wird ihre Exemtion von der Jurisdiction des Ordinarius ausdrücklich anerkannt [7]);
7. auch das »privilegium altaris portatilis« bestätigt, dessen Ausübung aber an gewisse Bedingungen geknüpft [8]).

II. Die Protonotarii non participantes.

§. 9. Im Allgemeinen.

Mit diesem Namen bezeichnet man alle diejenigen Protonotare, die ausser den in Rom befindlichen sieben noch existiren. Oft heissen sie auch extraordinarii im Gegensatz zu den ordinarii, den Mitgliedern des Collegiums; ferner honorarii oder titulares [9]), weil sie kein officium haben.

Schon frühzeitig pflegten die Päpste gewissen verdienten Per-

---

1) Anh. III.

2) Const. „Laudab. sed.“ §. 14. Vgl. S. 218. dieser Abhandl.

3) *Pius VII.* const. „Cum innumeri“ vom 15. December 1818. *Bull. Rom. contin.* a. a. O. Bd. 15. S. 141. §. 5. n. 11.

4) §. 4. der const. „Laud. sed.“ dadurch derogirt. Vgl. S. 214. dieser Abh.

5) Vgl. das Nähere S. 215. dieser Abh.

6) §. 11. der const. „Laudab. sed.“ dadurch aufgehoben. Vgl. S. 217.

7) Bereits im §. 13. a. a. O. von Sixtus V. verliehen. Vgl. S. 217.

8) §. 22. a. a. O. S. 219. Ueber die Bedingungen siehe const. „Quamvis peculiares“ a. f. (Anh. III.).

9) Heute versteht man darunter eine besondere Gattung der Ehren-Protonotare.

sonen den Titel eines apostolischen Protonotars zu verleihen. Gewöhnlich nimmt man als Zeit der Entstehung dieser Gewohnheit das zwölfte und dreizehnte, einige sogar erst das vierzehnte Jahrhundert an [1]). Unzweifelhaft sind aber beide Angaben unrichtig, und fällt diese Sitte in den Anfang des zehnten Jahrhunderts. Von Leo V. (903) wird uns nämlich berichtet, dass er alle scriptores apostolici zu »sui et notarii sedis apostolicae« gemacht habe [2]). Ursprünglich übte der Papst dieses Ernennungsrecht allein aus, im Laufe der Zeit verlieh er es auch Anderen, so z. B. Sixtus V. dem Collegium der Protonotare selbst [3]). Ferner besassen es die in der Capelle des Papstes assistirenden Bischöfe [4]), und die apostolischen Legaten und Nuntien [5]). Oft bedurfte es keiner besonderen Ernennung, da mit gewissen Aemtern und Dignitäten das Protonotariat schon von selbst verbunden war. So werden z. B. die canonici St. Joh. de Laterano [6]), St. Petri [7]), und St. Mariae majoris [8]), basilicae vaticanae [9]) und auch die Canonici mehrerer auswärtigen Capitel, z. B. in Florenz [10]), mit Erlangung des Canonicats Protonotare [11]).

Zwischen diesen vom Papst und den »ab inferioribus« oder »ratione officii« ernannten Protonotaren bestand ursprünglich kein weiterer Unterschied, als der eine, dass der Protonotar, welcher von einem Anderen als dem Papste gewählt worden und sein Diplom verloren hatte, den Inhalt desselben nur durch Zeugen beweisen konnte, ein vom Papst ernannter dagegen in gleichem Falle berechtigt und verpflichtet war, den Beweis durch Extraction der »registra, quae in palatio adsunt,« zu führen [12]). Dieser blos formelle und un-

1) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 725. n. 98. *Maroni* a. a. O. Bd. 56. S. 23.

2) *Rotae decis* 70. l. 1. „Scriptores omnes pro tempore existentes fecit suos et sedis apostolicae notarios."

3) Vgl. oben. Die Formel, welche das Collegium bei Ernennungen zu gebrauchen pflegte, siehe bei *Faber* a. a. O. S. 11. §. 14. der const. „Laud. sed." S. 218. dieser Abh.

4) *Corradus*, praxis dispens. V. 6. n. 50.

5) *Faber* a. a. O. S. 7. Die Formel S. 16. Vgl. *Phillips* a. a. O. Bd. 6. S. 393.

6) Const. Paul's III. vom 22. December 1534.

7) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 707.

8) Ebendas.

9) Durch Bestimmung von Sixtus IV. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 707. n. 47. *Bened. XIV.* opp. omn. a. a. O. Bd. 17. S. 374.

10) Durch Indult Clemens VII. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O.

11) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 708. n. 49. *Moroni* a. a. O. S. 22.

12) *Faber* a. a. O. S. 8. n. 5.

bedeutende Unterschied weisst indess schon auf den sich später zwischen den protonotarii ad instar und den protonotarii titulares sich herausbildenden hin.

Die Rechte und Privilegien der Ehrenprotonotare und der eigentlichen Mitglieder des Collegiums waren in früherer Zeit gleich, mit der alleinigen Ausnahme, dass die ersteren — wie ihr anderer Name »non participantes« schon sagt — an den Einkünften der letzteren keinen Antheil hatten.

Mit der Ernennung der Ehrenprotonotare wurde ein grosser Missbrauch getrieben. Es entstanden bald so viele, dass sich die Päpste zu wiederholten Malen über deren grosse Anzahl missbilligend aussprachen[1]), und nach Massregeln suchten, um diesem Uebelstande abzuhelfen. So wurden später nur den unmittelbar vom Papste gewählten Protonotaren die Rechte und Privilegien der Mitglieder des Collegiums zugestanden, die der »ab inferioribus« und »ratione officii[2])« ernannten erlitten mannigfache Beschränkungen. Dadurch theilten sich die Ehrenprotonotare in zwei Classen:

1. die protonotarii ad instar, so genannt, weil ihr Privilegium ein privilegium ad instar participantium ist,
2. die protonotarii titulares im eigentlichen Sinne.

Die Zeit dieser Begebenheit ist sehr bestritten; Einige meinen, dass der bekannte Baronius (unter Clemens VIII. 1592—1605) der erste Protonotar ad instar gewesen sei[3]).

Trotz der erwähnten Beschränkungen waren die Missbräuche noch nicht beseitigt. Die Protonotare selbst waren es, welche ihre Privilegien in ungebührlicher Weise ausdehnten und daher sehr oft zu Klagen Anlass gaben. Besonders fühlten sich die Bischöfe beschwert; sie glaubten durch die den Protonotaren eingeräumten und oft überschrittenen Rechte ihr Ansehen beeinträchtigt und gefährdet[4]). Das Drängen der verletzten Bischöfe und die häufigen Anfragen an die Ritus-Congregation — denn meist betraf die Sache rituelle Vorschriften — veranlassten Pius VII. und Pius IX. die Rechte und Privilegien beider Classen von Ehrenprotonotaren genau zu bestimmen beziehungsweise vielfach zu begrenzen.

---

1) Sixtus IV. (1471) c. un. X. vag. commun. de treuga et pace (1, 9.). Conc. provinciale de Sevilla 1512. c. 44. (*Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 726. n. 100. *Bened. XIV.* de synodo dioeces. a. a. O. Bd. 1. S. 270. *Bened. XIV.* const. „Quamvis paterna." (*Opp. omn.* a. a. O. Bd. 15. S. 94.)

2) Ueber die Versetzung dieser in die Classe der protonotarii ad instar siehe weiter unten.

3) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 706. n. 45. *Moroni* a. a. O. S. 8.

4) *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 718 n. 89 fgg. col. 737. n. 136 fgg.

§. 10. Die protonotarii ad instar.

Auf diese bezieht sich die bereits genannte Constitution Pius IX. [1]) Die Rechte, welche dieselben danach noch geniessen, und wie dieselben dem Ernennungs-Diplom jedes Mal beigefügt werden, sind Folgende:

»Privilegia Protonotariorum Apostolicorum ad instar participantium, ex Bullis ac Scripturis desumpta, quae in Archivo collegii Protonotariorum Apostolicorum de numero participantium asservantur:

I. Sunt familiares Summi Pontificis ac Praelati domestici [2]), ita tamen, ut jurisdictioni subjiciantur Ordinariorum [3]).

II. Utuntur Rochetto, Cappa, Mantelletta et Mantellone in equitationibus Pontificalibus [4]).

III. Lugubria induunt vestimenta in morte Pontificis, violacea in assumptione successoris [5]).

IV. In equitationibus Pontificalibus immediate sequuntur Episcopos solio assistentes, praecedunt vero Episcopos solio non adsistentes, quia hi habent tantum modo mantellettam.

V. In capella Papali locum habent post Eminentissimos Cardinales diaconos, scilicet in parte posteriori [6]).

VI. Si in capella Papali deficiant participantes, locum et functiones ipsorum accipiunt, ita ut etiam privilegio gaudeant sedendi in scamno Episcoporum, post ultimum, si unus tantum sit Protonotarius.

VII. Extra Urbem in solemnibus poterunt inducere omnia Pontificalia, habito tamen ordinariorum consensu [7]).

VIII. In Urbe et extra, cum in collegiatis, tum in cathedralibus ac patriarchalibus, praecedunt omnes canonicos ac dignitates praeter Episcopos.

XI. Eo quod sint Protonotarii, sunt etiam referendarii utriusque signaturae [8]).

X. Jus habent insuper utendi pileo Pontificali ac semi-Pontificali, cordulis floccisque ac casarello rosaceis, sericis etiam, cir-

---

1) „Quamvis peculiares." Anh. III.

2) §. 7. der const. „Laud. Sed." S. 215. dieser Abh.

3) §. 13. a. a. O. mit Anh. III, S. 217.

4) S. 51. 52. §. 8. s. f. a. a. O. S. 216.

5) §. 8. a a. O. S. 216.

6) §. 18. der const. „Laud. sed. S. 218. n. 6. dieser Abh. Anh. I. doc. Nr. 4.

7) §. 21. a. a. O. mit Anh. III. S. 219. dieser Abh.

8) §. 15. a. a. O. S. 218. 232 fgg.

cumornato; et ferunt quotidianum pileum cum cordulis ipsis et casarello.

XI. Habent indultum privatioratorii, ab Ordinario visitandi atque approbandi, in quo diebus etiam solemnioribus in consanguineorum et affinium secum cohabitantium, necnon famulorum suorum praesentia missam vel per se celebrare, vel per quemcumque sacerdotem saecularem vel cujusvis ordinis regularem rite probatum celebrare facere libere possint et valeant [1]).

XII. In eodem oratorio fruuntur stationibus cum indulgentiis quae lucrantur in Urbe, visitando stationales ecclesias.

XIII. Absente Protonotario, in ipso oratorio licet celebrare missam, dummodo aliquis de supradictis in articulo undecimo sit praesens et dummodo ipse Protonotarius domicilium non permutaverit, aut hoc oratorii privilegio uti velit aliunde.

XIV. Jus habent testandi ac disponendi inter vivos usque ad ducatos auri camerae bis mille [2]).

Ex secretaria collegii Protonotariorum Apostolicorum de numero participantium, die . . . . . N. N. secretarius collegii.«

Der Tenor eines solchen Ernennungsdecretes lautet wie folgt:

Pius PP. IX.

»Dilecte Fili, salutem et Apostolicam Benedictionem. Cum viros ecclesiasticos vita, doctrinaque ministerium quod gerunt exornantes praecipua benevolentia prosequimur, tum iis pro re ac loco in significationem propensae Nostrae voluntatis aliquem honorem deferimus ad praemium atque incitamentum virtutis. Jam vero cum certo Nobis testimonio constiterit, te, dilecte fili, in eo numero esse, quippe et vitae morum, ac religionis exemplo Sacerdotale munus apprime tueris, ac scientia praeclara rerum sacrarum illud idem adornas, ideo tecum, ut supra, facere constituimus. Peculiari ergo honore te augere volentes, et a quibusvis excommunicationis, suspensionis, et interdicti, aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris, et poenis quovis modo vel quavis de causa latis, si quas forte incurreris, hujus tantum rei gratia absolventes ac absolutum fore censentes Auctoritate Nostra Apostolica Praesentibus Literis te Protonotarium Apostolicum ad instar participantium non tamen de numero participantium cum omnibus et singulis privilegiis, honoribus, et praerogativis eidem muneri adversis, juxta nuperrimam Constitutionem ea de re a Nobis editam [3]). Volumus

---

1) Anh. III.

2) §. 12. a. a. O. S. 217.

3) „Quamvis peculiares.“ Anh. III.

autem, ut, priusquam incipias hujus concessionis beneficio perfrui, in manibus alicujus personae in ecclesiastica dignitate constitutae professionem fidei juxta articulos pridem ab hac Apostolica Sede propositos, ac solito te obliges fidelitatis debitae juramento [1]). Non obstantibus Constitutionibus et Sanctionibus Apostolicis, aliis quibusvis etiam juramento confirmatione Apostolica et quavis firmitate alia roboratis statutis et consuetudinibus, caeterisque contrariis quibuscumque.

Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die ..... Pontificatus Nostri Anno .....

L. S. V. Cardinalis .....

Registratum fuit in Archivio Collegii Illustrissimorum Apostolicorum de Numero Participantium sub die .... — N. N. Secretarius Collegii.«

Nach dem Annuario Pontificio betrug im Jahre 1866 die Zahl der Protonotare ad instar 153 [2]).

Wie Artikel IX. der Privilegien besagt, und schon erörtert worden, sind die Protonotare, sowohl die participantes als die ad instar, zugleich referendarii utriusque signaturae [3]). Als solche haben sie folgende Rechte:

1) Können sie nicht blos das Wappen Farnese führen beziehungsweise ihrem Familienwappen einfügen lassen, sondern dürfen auch vermöge der Bulle »Quem ad modum« von Sixtus V. [4]) in ihr Familienwappen das des Papstes aufnehmen.

2) Haben sie den vollständigen usus Pontificalium, Mitra, Ring, Hirtenstab [5]), und können, wenn sie Abteien in Commende haben, in diesen die solenne Benediction ohne Weiteres ertheilen.

---

1) Ueber das Ceremoniell, unter welchem den Protonotaren ad instar die Insignien übergeben werden, siehe *Bouix,* tract. de Curia Romana S. 684., wo auch die Eidesformel mitgetheilt ist. Dass die Protonotare schon frühzeitig vereidet wurden, berichtet Papst Gegor I., indem er vor einer Sendung einen notarius apostolicae sedis auf den Eid verweist, den er „apud sacratissimum corpus beati Petri apostoli" geleistet hätte. *Greg. M.* ep. lib. XIII. ind. VI. ep. 34. (*Migne.* a. a. O. Bd. 77. col. 1285. n. 1241.).

2) S. 357 fgg.

3) Jeder Protonotar muss dr. utr. jur. sein, weil er Prälat ist und zur Prälatur das Doctorat gefordert wird. Letzteres hatte Alexander VIII. im Jahre 1659 durch die Constitution „Inter ceteras" angeordnet. Schon vorher hatte Sixtus V. alle promovirten Protonotare zu referendarii utr. signat. gemacht. Da also seit Alex. VII. alle Protonotare Doctoren sein müssen, folgt, dass sie auch alle refer. utr. sign. sind. Vgl. S. 211.

4) Vom 22. September 1586. *Bull. R.* a. a. O. Bd. 2.

5) Vgl. Art. VII. X. der obigen Privilegien; ausserdem §. 21. der const. „Laud. sed." S. 219. dieser Abh.

3) Haben sie ausnahmsweise das Recht der gratiae exspectativae, der pluralitas beneficiorum, auch einschliesslich der Präbenden. Die Eigenschaft einer bestimmten Nationalität, falls sie für Beneficien oder Präbenden erforderlich wäre, kann ihnen nicht entgegenstehen. Sie können die Früchte der Beneficien beziehen, auch wenn sie wegen Studien abwesend sind; können sich in persönlichen und Curatbeneficien durch Andere vertreten lassen und haben sogar das Recht, selbst Beneficien zu verleihen.

4) Besitzen sie das Indult, sich einen approbirten Beichtvater erwählen zu können, dem der Papst eo ipso die Facultät verleiht, sie von allen mit Ausnahme von fünf dem heiligen Stuhle reservirten Fällen zu absolviren, sie ferner loszusprechen von den canonischen Censuren, wenn sie in solche gefallen wären, und ihre Gelübde in andere fromme Werke zu verwandeln.

5) Können sie vor Tagesanbruch Messe lesen und auch in ihrer Gegenwart lesen lassen.

6) Können sie in den verbotenen Zeiten nach dem Rathe ihres Arztes Fleisch essen.

7) Sind sie befugt, über ihre beweglichen und unbeweglichen Vermögensstücke, welche sie erworben haben, zu disponiren[1]).

8) Sind sie an die Reihenfolge der canonischen Tagzeiten nicht gebunden.

9) Können sie Beneficien resigniren und vertauschen.

Ausser vorstehenden Privilegien besitzen sie als referendarii utr. signaturae noch diejenigen Vorrechte, die ihnen Papst Paul III. in seiner Bulle »Debita consideratione« vom 30. Juli 1540 eingeräumt hat[2]).

§. 11. Die eigentlichen Titular-Protonotare.

Die Rechte und Privilegien, welche denselben heut noch zukommen, sind von Pius VII. durch die Bulle »Cum innumeri« vom 15. December 1818 folgendermassen festgestellt worden[3]):

I. »Igitur jus erit protonotariis titularibus extra urbem dumtaxat, et quando eo loci, ubi degunt, non adsit summus pontifex, uti habitu praelatitio, videlicet veste talari, et palliolo nuncupato mantelletto nigri coloris.

1) Vgl. Art. XIV. der obigen Privilegien; und §. 12. der const. „Laud. sed." S. 217. dieser Abth.

2) *Bull. M.* a. a. O. Bd. 2. Vollständig zusammengestellt bei *Buonacorsi*, del protonotariato; S. 43 fgg. S. 32. *Moroni* a. a. O. 3. v. referendario; *Archiv* für Kirchenrecht XVIII, 160.

3) *Bull. Rom. contin.* a. a. O. Bd. 15. S. 143 fgg. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 739 fgg.

II. Eo habitu praelatio nigri coloris cum rochetto subtus palliolum uti poterunt protonotarii in publicis supplicationibus, aliisque ecclesiae functionibus; in reliquis vero rochettum dimittant, simulque sciant sese, licet forte, plures insimul conveniant, non exinde constituere collegium, nec corporatos censeri.

III. Usus collaris, et caligarum coloris violacei omnino interdicitur, item et vitta seu cordula in pileo coloris violacei, seu etiam, quo nonnullorum audacia erupit, rosacei, aut rubei, quae nigri dumtaxat coloris esse poterunt: ejusdem coloris sit pariter pileum cum lemniscis stemmatibus imponendum.

IV. Protonotarii titulares, qui dignitate aut canonicatu potiuntur, habitum gestent sui ordinis, non vero praelatitium in choro, eoque considcant in loco, quem ex beneficio eos deceat: quod si habitu praelatitio uti velint, distributionibus quotidianis priventur, quae sodalibus accrescant.

V. Habitu praelatitio induti omnibus clericis, sacerdotibus simplicibus, et etiam canonicis praeferendi sunt singulatim sumptis, non vero in collegium coeuntibus. Neutiquam etiam praeferendos se esse arbitrentur, aut apostolicis nunciis, aut utriusque signaturae referendariis, aliisve ex Romanae curiae, praesulibus, etiamsi nullum ex sui muneris insignibus ii gestent, dummodo de ipsorum gradu non lateat, item nec antecellant vicariis generalibus, aut capitularibus, aut abbatibus.

VI. Sacrum operantes a simplicibus sacerdotibus minime differunt; idcirco sacras vestes induant in sacrario, uno tantum ministro utantur, ipsique calicem deferant, detegant, cooperiant: item libri missarum folia evolvant; vetantur praeterea palmatoriam, canonem, annulum, pileolum adhibere.

VII. Quando adstant ad sacra cum habitu praelatitio non genuflectant, sed caput inclinent, uti in more est apud canonicos cathedralium: dupli ductu thurificentur: consideant vero in loco per caeremoniale Episcoporum constituto.

VIII. Conficere possunt acta de causis beatificationis, et canonizationis servorum Dei: quo tamen privilegio uti nequeant si eo loci alter sit e protonotariis participantibus.

IX. Item rite eliguntur in conservatores ordinum regularium, in judices synodales, in commissarios apostolicos, et judices a summo pontifice adsciscendos pro causis ecclesiasticis, et beneficiariis. Item apud ipsos professionem fidei recte emittunt, qui ex officio ad eamdem adstringuntur. Item ceram ipsis pensiones transferri possunt ab iis, qui eo gaudent privilegio.

X. Beneficia eorum, qui protonotariatum titularem per apostolicas literas, vel per diploma collegii protonotariorum participantium assequuti sunt, nonnisi ab apostolica Sede conferri possunt.

XI. In civilibus negotiis, nec non in criminalibus, atque in vitae disciplina, ordinariis locorum obnoxios plane se esse noverint, nullaque ratione ab ipsorum jurisdictione liberos se commiscantur.

XII. Etsi habitum praelatitium non gestent, gaudent tamen privilegio fori, dummodo in habito, et tonsura incedant.

XIII. Familiaribus papae minime accensentur, cum hoc privilegio gaudeant protonotarii dumtaxat e participantibus, vel Romanae curiae praelati, qui ex pontificis benignitate iisdem aequiparantur.

XIV. Quae hic percensentur privilegia ea sunt, quibus dumtaxat protonotarii titulares donatos se sciant, qui secus facere, aliisque praeter memorata privilegiis ac juribus uti auserint, si ab ordinario, tamquam ab apostolica Sede delegato, semel, et bis admoniti non paruerint, eo ipso privatos delato honore se sciant.

XV. Tandem qui protonotariatu titulari donati sint, vel per apostolicas literas, vel alio legitimo diplomate, nequeant uti ipsius juribus ad hujusce decreti praestitutum constabilitis, nisi antea, vel apostolicas literas, vel diploma ipsum in officio secretarii collegii protonotariorum de numero participantium exhibuerint, qui in codicem referat nomen, cognomen, aetatem, patriam, qualitates novi protonotarii titularis, ac praeterea diem ad quam, vel breve, vel diploma datum est.

Idem porro protonotariatus privilegium in secretaria protonotariorum participantium recognitum exhibeant ordinario, apud quem, vel apud aliam personam in ecclesiastica dignitate constitutam fidei professionem, et fidelitatis juramentum emittant.

Quibus peractis fas ipsis sit habitum sui gradus induere, officium tenere, uti privilegiis, honoribus, praerogativis, quorum notula typis impressa, et ab aliquo ex protonotariis participantibus subscripta, et obsignata iisdem tradetur, ne quid adversus haec decreta, ex ipsorum ignoratione peragi contingat.

Quare tum literae apostolicae in forma brevis, tum diplomata, quibus protonotarii titulares creantur, concinnanda erunt juxta hujusce decreti sententiam, ne qua ibidem ab eo aliena describantur.«

Die bereits oben erwähnte Veranlassung zu vorstehendem Gesetz, nämlich die Ueberhebung der Titular-Protonotare, sowie den

Zweck desselben, ihre Privilegien zu beschränken, kann man in jedem Worte lesen. Pius VII. führt ihnen eigentlich nur Alles das vor, was sie nicht thun dürfen; er zählt gewissermassen die von ihnen gemachten Prätentionen auf, um sie in Zukunft auf das Strengste zu verbieten, so z. B. ganz besonders in Art. XI. XIV. Die etwa noch verbleibenden Vorrechte sind sehr unbedeutend und deren Ausübung ist mit allerhand nachtheiligen Folgen verbunden [1]. Ausserdem ist heutzutage die Zahl der zu ernennenden und existirenden Titular-Protonotare sehr gering. Diejenigen, welche früher »ratione officii« diesen Titel hatten (vgl. oben), sind bereits von Pius VII. in der nämlichen Constitution »Cum innumeri« unter die Protonotare ad instar aufgenommen worden [2].

Endlich hat der gegenwärtige Papst Pius IX. die frühere Sitte, in jeder Diöcese einen Titular-Protonotar zu wählen, abgeschafft und nur die Ernennung eines notarius apostolicus gestattet [3].

§. 12. Schlusswort.

Hiermit hätten wir die letzten Schicksale der Protonotare betrachtet; die in der Einleitung angedeutete Mannigfaltigkeit derselben hat sich bis in unsere Tage fortgepflanzt. Fragen wir nun zum Schluss nach dem Resultate aller dieser Vorgänge, nach der Stellung, welche sich die Protonotare nach dieser bewegten und veränderlichen Zeit errungen haben, so ist die Antwort im Allgemeinen dahin abzugeben, dass, sowie das Wort »Notar« im Laufe der Zeit seine Bedeutung, so auch dem entsprechend die Protonotare ihre Functionen verändert haben, so dass ersteres wiederum das bezeichnet, was die Protonotare heute sind. Sie sind im modernen Sinne des Wortes die ersten Notare der Römischen Curie und somit der ganzen Kirche [4]. Alle wichtigeren kirchlichen Acte werden von ihnen aufgenommen; letztere geniessen vor dem forum ecclesiasticum denselben öffentlichen Glauben, der den Urkunden der heutigen weltlichen Notare vor dem forum saeculare beigelegt ist.

---

1) Vgl. Art. IV.

2) §. 8. der cit. Constitution. Vgl. *Anal. jur. Pontif.* a. a. O. col. 708. n. 49. *Moroni* a. a. O. Bd. 56. S. 22.

3) *Bangen* a. a. O. S. 62.

4) Vgl. S. 225. Not. 1. dieser Abh.

Anhang.

I. Documenta aliquot quae ad Romani Pontificis Notarios et Curiales pertinent.

I. Hec sunt debita, consuetudinis et ceremonie ex approbato more antiquorum.

1. Inprimis mensa vicecancellarii et notariorum omnium una erat[1]) semel in die, in qua nullus, cujuscunque esset preeminentie, conditionis status, audebat comedere, nec debebat, nisi de summi pontificis licentia speciali: qui tenebantur, omnibus aliis quibuscunque abreviatoribus exclusis, litteras dubias examinare de jure et de stilo, abreviatoribus advocatis.

2. Consuevit etiam cancellaria habere communes senescalcum, coquum et hostiarium, qui assumebatur de commum omniuni voluntate, et nisi aliquid delinquerent, erant perpetui.

3. Item omnis suppelles, que pertinebat ad mensam et coquinam, communi contributione emebatur, que postmodum facta inutilis, dictis ipsorum officialibus debebatur. Et quando curia transferebatur de loco ad locum, sumptibus camere papalis portabatur.

4. Item equitante domno papa per civitatem vel locum vicinum, tenebatur vicecancellarius sequi ipsum, concomitantibus notariis omnibus, tanquam peculiaris et specialis familia pape[2]); et debet vicecancellarius et deinde notarii, auditor contradictarum et corrector sedere post presbiteros cardinales, quando domnus papa celebrat, quibuscunque prelatis post sedentibus.

5. Tenebatur etiam vicecancellarius et notarii antedicti assistere pape in camera ad exequenda mandata ejus; cardinales autem, propter eorum status excellentiam, in consistorio et diversis officiis.

6. Consuevit etiam ultimus notariorum, quando papa transfert se de loco ad locum, specialiter ipsum sequi, pro quo hospitia in itinere specialiter reservantur, et percipit partes omnium absentium pro se.

7) Item nullus officialium cancellarie, quando sic regulariter, ut predicitur, vivebatur, audebat meditinam sumere, vel sibi minuere sine vicecancellarii speciali licentia, faciliter obtinenda.

---

1) Diese Gewohnheit dauerte nur so lange, bis der vicecancellarius aus der Zahl der Cardinäle ernannt zu werden pflegte. *Gomes* a. a. O. Bd. 3. In der Zeit, in welcher diese Documente entstanden sind, war dies also noch nicht der Fall (13. Jahrh.). Dies beweist auch Nr. 4. dess. doc. II., wo der vicecancellarius als hinter den Cardinälen sitzend erwähnt wird.

2) Vgl. S. 115. 116. dieser Abh. §. 8. der const. „Laud. sed." S. 216. dieser Abh. und S. 162 fgg. ebendaselbst.

8. Item tenebantur predicti omnes, simul auditore contradictarum et correctore adjunctis, visitare domnum papam in natalis et resurrectionis dominice festivitatibus, et consueverunt bibere et comedere species cum domno papa. Quibus etiam domnus papa consuevit dare species grossas aromaticas propriis manibus habundantes. Et in istis festivitatibus consueverunt recipere comunionem de manibus pape immediate post diaconos cardinales [1]).

II. Incipiunt consuetudines cancellarie [2]).

1. Consueverunt itaque notarii ex ordine legere quascunque petitiones coram domno papa, exceptis dignitatibus episcopatuum, abbatiarum et aliorum superiorum.

2. Item exceptis dispensationibus clararum, illustrium et superillustrium personarum, quas legere non debebant, prout in provinciali cancellarie plenius continetur.

3. Item solummodo notarii consueverunt et debent facere abreviatores, et alii non, cujuscunque preeminentie, conditionis et status fuerint.

4. Item iidem notarii solummodo, vel eorum abreviatores, de ipsorum mandato, signare consueverunt [3]) omnes notas et grossas provisionum, et formas pauperum, et quascunque alias gratias et justitiam [4]) continentes; et qui secus faceret, derogaret officio notarie. Et si sorte cardinalis aliquis gratiam aliquam impetrabat, mittebat eam sub sigillo suo expediendam ad notarium, quem volebat: qui notarius scribebat in margine grosse mittende ad cancellariam: »Non legi, set domnus talis cardinalis mandavit.«

---

1) Vgl. Note 2. auf S. 237. dieser Abh. und ausserdem *Ord. rom. XI.* (*Mabillon* a. a. O. S. 129.)

2) Hier wird der Geschäftsverkehr der Cancellei in jener Zeit und die Thätigkeit der Protonotare insbesondere geschildert. Aus Nr. 1—4. geht hervor, dass der Vicecancellarius mit den Protonotaren noch die Functionen des späteren Datarius ausübte, dass also um diese Zeit das Datariat noch mit der cancellei vereinigt war. (S. 204. dieser Abh.) Einige Sachen, die später dem Datarius zufielen, sind allerdings auch jetzt schon, wie Nr. 1. 2. besagt, von der Cancellei abgezweigt.

3) Vgl. S. 204. dieser Abh. über die Stellvertretung der Protonotare durch die abbreviatores.

4) Hier üben die Protonotare die Geschäfte der späteren und heute noch bestehenden referendarii utriusque signaturae aus; sie halten, wie letztere heut noch, dem Papste über alle Justiz- und Gnadensachen mündlichen Vortrag und versehen die Expeditionen, bevor sie zur Cancellei gehen, mit ihrer Signatur. *Bangen* a. a. O. S. 371. 372 fgg. 397. *Phillips* a. a. O. S. 498 fgg. *Petr. Anton. Danielli*, justit. canon., civ. et crim. cum recent. praxi rom. curiae, Bd. 4. Tit. 41. Rom. 1759.

5. Item tenebantur scriptores pape, examinati per vicecancellarium, presentari notariis, quando de novo fiebant.

6. Item quando scriptor aliquis negligenter vel inobedienter se gerebat in officio suo, sive erga vicecancellarium, sive erga notarios, suspendebatur ab officio citra ammotionem totalem; vel alias puniebatur ad simplicem denuntiationem notarii pro arbitrio vicecancellarii.

7. Item tenebantur et tenentur scriptores scribere gratis litteras pro personis notariorum, fratrum et nepotum suorum [1]), et pro regesto ab eisdem nihil dari consuevit.

8. Item tenentur litteras factas sibi rescribendas gratis sive per manus notarii seu abreviatorum, rescribere sine aliqua dilatione, preponendo eas omnibus aliis, nisi essent negotia curie; super hoc credendo simpliciter scripto seu correctioni notarii vel abreviatoris.

9. Item etiam hujusmodi littere rescribende consueverunt bullari gratis.

10. Item in signum jurisdictionis, quam habent vicecancellarius et notarii in scriptores, consuevit vicecancellarius primo pro vice sua et postea qualibet notarius successione per se unum de scriptoribus facere distributorem notarium grossandarum generalem, cujus officium durat per VI. menses, et qui habet taxare grossatos secundum taxationem antiquam, vel consideratione ipsius habita, si littera major vel minor occurrat.

11. Item vicecancellarius per se ipsum tantum facit rescribendarium.

12. Consuevit autem habere cancellaria in procurationibus et enxeniis, quantum habent duo cardinales; et de provisionibus prelatorum, quantum habet unus cardinalis: et ista dividundur equaliter inter vicecancellarium et notarios, eo excepto, quod auditor contradictarum et corrector simul habent tantam partem quantam habet unus notarius [2]).

13. Item unus quisque notariorum singulariter sua die debet habere specialem pittantiam a domno papa, videlicet: XVIII. panes, item X. catias vini, item X. frusta carnium, que faciebant unum magnum castratum cum dimidio; et de aliis omnibus equivalentia frusta. Et hoc diebus carnium. Aliis vero diebus, pisces vel ova. Et si aliquis notariorum non esset praesens, vel non esset plenus eorum numerus, presentes, etiamsi esset unus tantum, debent recipere totum quod reciperent alii; si numerus esset plenus.

---

1) Vgl. S. 216. dieser Abh. §. 9. der const. „Laud. sed."
2) Vgl. S. 216. §. 10. der const. „Laudab. sed."

14. Vicecancellarius autem cum uno quoque notariorum singulis diebus recipit partem suam.

15. Item quilibet notarius debet habere a curia pape quolibet mense XXX. prebenda equorum, et per quamlibet ebdomadam pro clavis equorum V. soldos antiquorum provisinorum, qui valebant quasi totidem parvorum turonensium antiquorum.

16. Et est sciendum quod corrector non debet habere aliud officium, quam officium correctorie; nec debet esse scriptor vel abreviator.

17. Item debet habere cancellaria hospitia gratis, etiamsi cardinales non habeant.

18. Item vicecancellarius et notarii nullius jurisdictioni subsunt, nisi speciali domni pape [1]).

19. Item notarii consueverunt habere cartas, quando specialia negotia ibi a curia committuntur.

20. Similiter et scriptores consueverunt habere a curia cartas pro omnibus litteris quas scribunt, cujuscunque condictionis existant; que carte debent emi de pecunia bulle.

21. Item consueverunt esse VI. notarii numero, et aliquando VII. de gratia speciali, cui domnus papa faciebat dari equivalentem vivandam, intactis portionibus aliorum.

22. Item habent potestatem notarii post vicecancellarium, capiendi falsarium quemlibet litterarum apostolicarum, illarum precipue, quas in propriis cameris falsaverunt, et captum ad eundem vicecancellarium mittendi puniendi.

23. Similiter et procuratorum, qui falsitatem committeret, in signis camerarum, vel in audientia, vel multo fortius in cancellaria.

24. Item quando papa cum prelatis recipit pabulum caritatis in die Jovis sancta, vel die coronationis, debent vicecancellarius et notarii habere de coquina papali pro eorum libito voluntatis; quod si mensa non servatur, debent habere quilibet pro se enxenia habundantia.

25. Item debet habere vicecancellarius regestrum aput se, notariis exclusis.

26. Item potest vicecancellarius, quoscunque abreviatores vult, vocare ad examinationem litterarum.

III. [2]) 1. Cancellaria debet habere omni die qua dantur carnes, a curia:

---

1) Vgl. S. 217. dieser Abh. §. 13. der const. „Laud. sed."

2) Vgl. S. 209. dieser Abh.

XVIII. petias carnium in computatis pictantiis. Item
XXXVI. panes. Item
XVI. catias vini: — de quibus debet dare senescalcus vicecancellarii singulis nctariis semel in ebdomada:
XVIII. panes,
VI. cacias vini, item
X. petias carnium, item
X. catias vini; — ita quod vicecancellario remanent pro qualibet die,
XVIII. panes,
VI. cacias vini et
VIII. petias carnium.

Et si numerus notariorum plenus non fuerit, tunc partes absentium debent dividi inter vicecancellarium et notarios praesentes.

2. Item debet habere vicecancellarius singulis VII. diebus ebdomade, III. prebendas anone; diebus vero sabbati, VII. prebendas anone; item XXXVI. panes; item XVI. cacias vini; item XXXVI. ova appanataria[1]), et totidem a coquina, de quibus non debet dare partem alicui.

3. Diebus vero Veneris et jejuniorum consuevit recipere cancellaria cicera non cocta, de quibus, si aliquis notarius voluerit, partem consuevit sibi dari.

4. Item consuevit habere vicecancellarius singulis mensibus XXIV. soldos pro ferris equorum et paleis.

5. Item debet habere singulis mensibus pro caulibus et foliis III. libras, de quibus tenetur dare auditori contradictarum XV. soldos, et correctori XV. soldos.

6. Item debet recipere per duas vices in anno XII. libras, videlicet VI. libras pro duabus gonellis pro dimidio anno, et VI. alias pro alio dimidio.

7. Item debet recipere certam quantitatem pecunie pro barberio, et certam pro togaleis.

8. In quadragesima autem panis et vinum dividitur modo predicto. Pisces vero, qui dantur ter in ebdomada, et fiscus, qui dantur bis in ebdomada, dividuntur in duas equales partes, quarum una pars est vicecancellarii, et alia debet dividi inter notarios. De piscibus autem debent habere notarii aliquantulum meliorem partem, sicut et de carnibus.

9. In nativitate autem Domini et aliis sollempnibus festivitatibus

1) Vielleicht zu lesen: a panataria.

fieri consueverunt pittantie, tam de piscibus, quam de carnibus crudis, que dividuntur sicut vivande.

IV.[1]) Incipiunt jura, consuetudines, debita et ceremonie cancellarie.

1. Curia de uno loco ad alium procedente, senescalcus cancellarie debet recipere cottidie vivandas pro domno vicecancellario et notariis, sive omnes sint praesentes, sive non. Debet etiam dividere vivandas absentium inter presentes.

2. Item si est ibi vicecancellarius vel notarius solus, alter ipsorum debet vivandas illas percipere et habere.

3. Item quando curia vadit de loco ad locum, cancellaria debet in pictantiis pro tercia parte plus recipere.

4. Item si curia in loco, in quem devenerit, ab archiepiscopo vel episcopo, quocunque prelato aut comunitate loci fiat procuratio in cibis, cancellaria debet recipere pro duobus cardinalibus; si vero fiat in pecunia, debet recipere pro uno cardinali, sicut in provintiali scriptum est.

5. Item si procuratio sit necessaria, prior notariorum vel alius, qui reciperet eam, debet illam conservare ac dividere inter vicecancellarium et notarios.

6. Item si curia perveniat ad locum aliquem, in quo resideat, et aliquis notariorum non adesset, vivanda diei sue non debent in diem aliam comutari.

7. Item si aliquis vellet comutare diem suum in alium, non potest, nisi ordo successionis daret ei.

8. Item si notarius absens fuerit, debet habere partem de omni pecunia, quod communicari cancellarie provenerit ex quacunque causa, ac si praesens esset, nisi legationis officio fungeretur.

9. Item vicecancellarius et omnes notarii debent habere quolibet mense a curia XVI. ferros cum clavis ad ferrandum equos, et ista debent dividi inter omnes.

10. Item vicecancellarius ot notarii debent habere a domno papa unum somarium, quandocunque curia transferret se de loco ad locum, ad portandum coquinam et alia utensilia ad opus mense cancellarie. Item debet habere annonam pro eodem somario, et vivandam pro famulo, qui ducit illum.

11. Item si aliqua vasa enea sive ferrea necessaria sint coquine cancellarie, quilibet notarius debet ponere partem suam, tam ad emendum, quam ad reparandum illa: et ad ista tenentur tam absentes quam presentes.

1) Bei *Merkel* Nr. V.

12. Item vicecancellarius debet habere a domno papa duos somarios per viam, quando curia est in itinere constituta, et vivandas pro famulis, et annonam pro somariis.

13. Item vicecancellarius solus non potest facere seu recipere senescalcum cancellarie sine conscientia notariorum. Similiter sit de coquo, portario et brodario.

14. Item nullus istorum debet excludi sine conscientia notariorum; et est ratio, quia sunt familiares communiter vicecancellarii et notariorum.

15. Item in vivandis et denariis, quos quilibet offitialium eorundem recipit, vicecancellarius et notarii contribuere debent.

16. Item vicecancellarius, auditor et corrector debent habere domos a curia gratis, ubicunque fuerint: et quilibet per se, et etiam senescalcus cancellarie, pro se et coquo, portario et brodario, debet habere domum a curia ita magnam, quod possint in ea simul manere.

17. Item dictus auditor debet habere unum somarium a curia, et vivandam pro famulo, et annonam pro somario. Item eodem modo debet habere corrector.

18. Item auditor et corrector iidem debent habere similiter unam partem in pecunia, sicut unus notarius.

19. Item enxennia, que mittuntur comunitati cancellarie, non debent dividi sine presentia senescalci seu familiaris vicecancellarii vel prioris notariorum, et de predictis enxenniis auditor contradictarum et corrector debent habere simul talem partem, simul notarius unus.

20. Item divinis enxenniis debet vocari famulus cujuslibet ad recipiendum partem domini sui, et primo debet recipere famulus vicecancellarii, postea famulus prioris notariorum, deinde per ordinem quilibet.

21. Item de dictis enxenniis causa curialitatis consuevit dari aliquid senescalco, coquo, portario et brodario.

22. Item senescalcus et coquus nullam habent potestatem recipiendi vel excludendi portarium aut brodarium sine conscientia vicecancellarii et notariorum.

23. Item senescalcus debet habere a vicecancellario et a quolibet notariorum XL. soldos provisionum annuatim pro vestimentis suis, videlicet XX. soldos in Pentecosten, et XX. in festo omnium Sanctorum, et debent etiam absentes contribuere, nisi legationis officio fungerentur.

24. Item coquus debet habere IV. libras provisionum annuatim

vicecancellario et notariis, et debent etiam absentes contribuere, nisi legationis officio fungerentur.

25. Item in nativitate Domini senescalcus debet habere IV. soldos provisionum pro oblationibus a quolibet, et totidem in Pascha. Item debet coquus habere II. soldos provisionum pro oblationibus a quolibet in eisdem festivitatibus. Item portarius debet habere XII. denarios provisionum pro oblationibus in eisdem festivitatibus. Item in eodem modo debet habere brodarius. Item predicti, senescalcus, coquus, portarius et brodarius debent quilibet pro se recipere vivandas, sicut consuetum est.

II. Sanctissimi Domini Nostri Gregorii Divina providentia Papae XVI. Constitutio qua Collegium Protonotariorum Apostolicorum Participantium ad primaevum numerum ac splendorem restituitur.

(Romae. Ex Typographia Reverendae Camerae Apostolicae 1838.)

Gregorius Papa XVI. Ad perpetuam rei memoriam.

Neminem certe latet, vel a primis Ecclesiae temporibus crudelissimo ethnicorum saeviente in Christianos furore, extitisse viros pietate, prudentia, studioque Religionis spectatos, qui a S. Clemente I. ad perquirenda Sanctorum Martyrum acta, eaque litteris tradenda, praepositi, primum *Notariorum*, deinde ob muneris praestantiam *Protonotariorum* nomen habuerunt[1]). Progredientibus autem aetatibus, et restituta Ecclesiae pace, cum meliores, novique dies Catholico Orbi illucescerent, hujusmodi honorificentissimum munus ad virtutem in animis fovendam vel maxime accomodatum, non modo minime sublatum, verum etiam ampliori honore, et dignitate merito auctum. Nam qui eo fungebantur, in gravioribus Apostolicae Sedis negotiis obeundis ab Romanis Pontificibus adhibiti fuere; et quidem interdum missi vel ad sedandas turbas ab haereticis excitatas, vel ad Sacrum Antistitum probandam vitae rationem, vel ad Canonum disciplinam tuendam restituendamque[2]). Qua de re, ex Benedicti XIV. Praedecessoris Nostri sententia, jure meritoque evenisse existimandum, ut Protonotarii, quippe praecipui Summi Pontificis administri, illustribus Pontificiae benevolentiae testimoniis fuerint honestati, ac praeceteris ab Sixto V. fel. rec., qui cum eos septem dumtaxat designatos reperisset, duodecim deinceps esse jussit[3]), eosque amplioribus privilegiis donatos, ac peculiaribus nonnullis auctos reditibus, quibus magis

1) S. 181 fgg. dieser Abh.
2) S. 186 fgg.
3) Const. „Rom. Pontif." S. 207 fgg.

magisque eorum dignitati possent consulere[1]). Amplissimum hoc Antistitum Collegium, quod de numero participantium appellatum est, sartum tectumque stetit usque ad hujusce vertentis saeculi exordium, quo ob temporum vices, numquam satis collugendas, tanta rerum immutatio oborta. Verum Pio VII. rec. me. in Urbem reduce, rebus que ex communi omnium Voto compositis, quamquam Collegium idem vel omnino, vel majori ex parte suum censum amisisset, nihilo tamen minus ejus nobile munus retinuit; jura, quae ad Antistites in illud cooptatos pertinent, plane servavit; eaque emolumenta ex ejusdem muneris exercitio illis obvenientia, percipere haud intermisit[2]). Sed quum temporis progressu eorum plures diem obierint supremum, alii vero ad Majores Dignitates evecti; quumque ob tot gravissimas acerbasque curas, quibus Supremum Romani Pontificis Ministerium pressum fuit, de illo Collegio nondum cogitationes susceptae, factum est, prout humanarum rerum conditio postulat, ut in praesentia pene extinctum habeatur. Unus enim, qui hic in Urbe restat, haud potuit singulas sociorum partes rite sustinere; Romano Pontifici in solemnibus sacris obeundis adstare; in sacra consilia coire, et in acta Servorum Dei conficienda, quemadmodum praecipuum eorum munus, suam operam conferre.

Nos igitur in Apostolicae Sedis Majestate tuenda servandaque summopere incumbentes, ne munera Protonotariis ipsis demandata, intercidant, in id curas Nostras intendimus, ut memoratum Collegium non modo integrum intactumque vigeat, verum etiam pristinum splendorem decusque retineat. Motu itaque proprio ac certa scientia, Nostraeque potestatis plenitudine, Sixti V. Constitutioni[3]) Derogantes, qua praescriptum est Collegium Protonotariorum Apostolicorum participantium duodecim conflari numero, idem ipsum Collegium ad primaevam ejus institutionem revocamus; ideoque praecipimus, ut posthac septem tantummodo constet viris, qui et laude virtutum, et eximiis in rem et Sacram et publicam meritis probatissimi, a Nobis, et a Romanis Pontificibus Successoribus Nostris erunt ad legendi; Iis vero sic adlectis et renunciatis, omnia et singula jura, privilegia, indulta, honores, et emolumenta[4]), quibus iidem Protonotarii Apostolici participantes, exercitii titulo, adhuc potiti sunt, omnino conferimus, adjicimus, et attribuimus. Decernentes praesentes Litteras semper firmas, validas, et efficaces existere suosque plenarios et integros effectus

---

1) Const. „Laud. sed." S. 212 fgg.
2) S. 210 fgg.
3) „Romanus Pontifex." S. 225. dieser Abh.
4) S. 210. dieser Abh.

sortiri et obtinere, ac illis ad quos spectat et pro tempore spectabit in omnibus et per omnia plenissime suffragari, et ab eis inviolabiliter observari, sicque in praemissis per quoscumque judices ordinarios et Delegatos etiam Causarum Palatii Apostolici Auditores judicari et definiri debere, ac irritum et inane si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari. Non obstantibus Sixti V. commemorata Constitutione, aliisque Constitutionibus, et Ordinationibus Apostolicis, caeterisque contrariis quibuscumque. Volumus autem ut earumdem praesentium Transumptis, seu exemptis etiam impressis Manu alicujus Notarii publici subscriptis, et sigillo personae in Ecclesiastica Dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae adhiberetur ipsis praesentibus si forent exhibitae vel ostensae.

Datum Romae apud Sanctum Petrum Sexto Idus Februarii Pontificatus Nostri Anno octavo.

Gregorius PP. XVI.

III. Pius PP. IX.

Ad perpetuam rei memoriam.

Quamvis peculiares facultates ac privilegia nonnullis personis, seu Collegiis ad eorum remuneranda merita vel dignitatem amplificandam ex Romanorum munificentia Pontificum concessa atque attributa sint, ea tamen moderanda censemus, et vero etiam abroganda, quum minus opportuna temporibus ac bono publico minus consentanea deprehendamus. Antiquissimum porro est in hac Romana Ecclesia Collegium septem Notariorum a S. Clemente I. Praedecessore Nostro ad consignanda literis posterisque Martyrum gesta institutorum, qui post modum ob muneris praestantiam Protonotarii dicti sunt [1]), et pluribus, singularibusque privilegiis decorati. Ipsis quidem fel. me. Sixtus V. Praedecessor Noster nedum antiqua privilegia confirmavit, verum nova etiam, atque ampliora largitus est per Apostolicas suas sub plumbo datas Literas Nonis Februarii anni MDLXXXVI. [2]) Quum vero idem Collegium Protonotariorum ob praeteritas rerum vices ad paucos redactum paene extinctum esset, paternas ad illud curas convertens recol. me. Gregorius XVI. Decessor Noster per suam Constitutionem VI. Idus Februarii anni MDCCCXXXVIII. [3]) editam ipsum ad pristinum septenarium numerum, veteremque splendorem restituit. Jam vero singularia inter privilegia memoratis compre-

---

1) S. 181. fgg. dieser Abh.

2) „Laudabilis sedis."

3) „Neminem certe latet" Anh. II.

hensa Literis Sixti PP. V. aliaque Nos esse animadvertens, quae neque praesenti temporum conditioni, neque publicae rei bono convenire compertum sit; idcirco alia ex iis moderanda, seu quibusdam subjicienda conditionibus, alia vero penitus abroganda existimavimus. Et quidem privilegium promovendi ad gradum doctoratus in utroque jure ex commemoratis Sixti V. Literis Collegio Protonotariorum impertitum [1]) jamdiu moderatus est, ac coarctavit fel. me. Benedictus XIV. per Apostolicas suas sub plumbo datas Literas IV. Kal. Septembris An. MDCCXLIV. [2]) quibus definivit, edixitque, licere Protonotariis Apostolicis quatuor dumtaxat personis in singulos annos, eisque non absentibus, sed realiter in Urbe praesentibus doctoralem lauream in utroque jure deferre, praevio tamen diligenti ac severo examine per ipsosmet Protonotarios personaliter, ac collegialiter instituendo juxta Apostolicas in forma Brevis Literas Urbani VIII. die V. Septembris an. MDCXXIX. evulgatas; quem postea personarum numerum idem Benedictus XIV. in ipsis illis supra memoratis Literis ampliavit in benevolentiae, et honoris testimonium erga Protonotariorum Collegium; ipsis quippe concessit, ut in posterum non quatuor tantum singulis annis, verum sex personas in Urbe tamen praesentes doctoris laurea in alterutro, sive utroque jure decorare possent servata forma, ac conditionibus inibi praescriptis, et explicatis. Nos igitur commune bonum prae oculis habentes motu proprio, certa scientia, ac matura deliberatione Nostra supra memoratis Apostolicis Literis tum Sixti V., tum Urbani VIII., Benedicti XIV., et Gregorii XVI. Praedecessorum Nostrorum, quatenus opus est, et in iis dumtaxat, quae Constitutioni huic Nostrae adversantur, derogantes, Protonotariis Apostolicis de numero participantium vulgo appellatis privilegium deferendi doctoris gradum seu lauream in Theologia, et in alterutro, vel utroque jure ratum habemus, ac confirmamus, servatis tamen conditionibus infra explicandis; in Philosophia vero, in Medicina aliisque artibus, seu scientiis ac facultatibus omnino tollimus, ac abolemus. Volumus autem atque mandamus, ut quatuor dumtaxat personis in facultate Theologica, ac quatuor itidem in alterutro, vel utroque jure in urbe tamen praesentibus doctoris gradum deferre valeant, utque de hujusmodi personis doctoris gradum petentibus antea ad Nos, Nostrosque in Apostolica Sede Successores referre debeant, secus concessio doctoralis laureae nulla atque irrita sit. Praecipimus etiam, quod jam a

---

1) §. 3. der const. „Laud. sed.", S. 213 fgg. dieser Abh.

2) „Inter conspicuos." *Bened. XIV.* opp. omn. a. a. O. §. 23. S. 214. S. 213. dieser Abh.

Benedicto XIV. Praedecessore Nostro praescriptum est[1], ut si dictus numerus personarum ad gradum doctoris promovendarum uno anno quavis de causa non sit completus, minime absolvi, et compleri possit annis subsequentibus. Jubemus praeterea, ut ad instituendum candidatorum examen Protonotarii conveniant numero saltem quinque; quod si, aliquibus eorum impeditis, hujusmodi numerum pertingere nequeant, ad illum explendum Archigymnasii Romani professores adsciscant, denique ut in hujusmodi examine omnia servare debeant, quae de periclitanda scientia promovendorum ad gradum doctoralem praescripta sunt per Leonem XII. Praedecessorem Nostrum in sua Constitutione »Quod divina sapientia[2]« si secus fecerint, concessionem doctoralis laureae irritam declaramus. Volumus insuper atque mandamus, ut de laureis collatis certiorem faciant quolibet anno Congregationem S. R. E. Cardinalium studiis moderandis praepositam, utque ad normam praefatae Constitutionis Benedicti XIV. nota rogitus promotionum descriptis promotorum nominibus, et cognominibus infra mensem a die cujuslibet promotionis computandum ad Archivium urbanum per Secretarium Collegii ejusdem, vel per ipsos promotos deferatur, ac postquam ejusmodi nota ad Archivium praedictum delata sit, promotus ad lauream doctoralem pro legitime promoto haberi debeat ad quosvis juris effectus, alias doctoratus nullus sit atque irritus, nec promoto ulla ratione suffragetur[3]. In exercendo autem privilegio quo iidem Protonotarii gaudent, ex memorata Sixti V. Constitutione[4] unum scilicet Protonotarium quotannis creandi absque tamen exemptionibus et privilegiis, hoc est mere titularem[5], volumus, ac jubemus, ut in posterum, nisi consultis antea Nobis, Nostrisque in Apostolica Sede Successoribus, neminem ad hujusmodi honorem, et gradum promovere possint et valeant. Facultatem vero notarios, seu tabelliones publicos creandi dictis Protonotariis prorsus adimimus. Praeterea omnino tollimus, atque abrogamus privilegium juxta antedictam Sixti V. Constitutionem[6] Protonotariis eisdem attributum spurios scilicet, aliosque ex quovis illicito concubitu procreatos legitimandi ad successionem quorumcumque bonorum sive ex testamento, sive ab intestato, eosque idoneos declarandi ad quosvis honores, dignitates et officia sive publica sive privata exercenda prout fusius hac

1) §. 26. der const. „Inter conspicuos" S. 214. dieser Abh.
2) S. 226. dieser Abh.
3) S. 214. dieser Abh.
4) §. 14. const. „Laud. sed." S. 218. dieser Abh.
5) S. 229. 233 fgg. dieser Abh.
6) §. 5. a. a. O. S. 214. dieser Abh.

super re in memoratis Sixti PP. V. Literis continetur. Item irritum esse volumus, planeque abrogamus alterum privilegium [1]), ut tam Protonotarii Apostolici ipsi, quam eorum consanguinei, affines et familiares sive in Urbe sive in tota Ecclesiastica ditione arma prohibita absque speciali permissu, et licentia deferre possint et valeant. Quoniam vero consueverunt Romani Pontifices praeter septem Protonotarios vulgo participantes appellatos aliis etiam Ecclesiasticis viris hujusmodi honorem deferre ita tamen, ut licet de participantium numero minime sint, ad eorum instar censeantur, idcirco ut majus inter eos discrimen extet, volumus ac mandamus, ut septem Protonotarii participantes a locorum Ordinariis, eorumque jurisdictione liberi, atque exempti Nobisque, et Apostolicae Sedi immediate subjecti maneant juxta Sixti PP. V. concessionem [2]), alii vero Protonotarii ad instar participantium sive ad hunc honorem jam electi, sive in posterum eligendi locorum Ordinariis juxta communis juris regulas subjecti omnino sint ac censeantur, quemadmodum ipsos tenore praesentium Ordinariorum jurisdictioni plane subjicimus, ac proinde sine illorum assensu nunquam poterunt Pontificalia exercere. Insuper Protonotariis participantibus privilegium Altaris portatilis [3]) ratum habemus, ac confirmamus ea tamen lege, ac conditione, ut illud in alineae habitationis domibus erigere nunquam possint nisi ipsi occasione itineris, seu hospitii gratia in iisdem domibus diversentur, utque Missa, quam super idem altare portatile decenti semper in loco erigendum diebus etiam solemnioribus vel per se celebraverint vel per alium Sacerdotem saecularem seu regularem rite probatum celebrari fecerint, tum Protonotariis ipsis, eorumque consanguineis et affinibus cohabitantibus, tum personis eorum famulatui, seu comitatui addictis, nunquam vero aliis personis in Ecclesiastici praecepti implementum suffragetur. Protonotariis vero ad instar participantium, qui jam creati sint, vel in posterum creabuntur, idem altaris portatilis privilegium tollimus, eisque dumtaxat concedimus indultum privati Oratorii ab Ordinario visitandi, atque approbandi, in quo diebus etiam solemnioribus in consanguineorum et affinium secum cohabitantium, nec non famulorum suorum praesentia, Missam vel per se celebrare, vel per quemcumque Sacerdotem saecularem, vel cujusvis Ordinis regularem rite probatum celebrare facere libere possint et valeant. Haec Nos statuimus, decernimus, atque mandamus non obstantibus Nostra et Cancellariae

1) §. 11. der const. „Laud. sed." S. 217. dieser Abh.

2) §. 13. S. 217 fgg. dieser Abh.

3) Bereits durch §. 22. const. „Laud. sed." gestattet. S. 219. dieser Abh.

Apostolicae regula de jure quaesito non tollendo, nec non superius memoratis Sixti V., Urbani VIII., Benedicti XIV., et Gregorii XVI. Praedecessorum Nostrorum Literis, aliisque Constitutionibus, et Ordinationibus. Apostolicis speciali licet mentione dignis, nec non praefati Collegii Protonotariorum etiam juramento, confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis statutis et consuetudinibus, privilegiis quoque, indultis, et Literis Apostolicis in contrarium praemissorum quomodolibet concessis confirmatis et innovatis; quibus omnibus et singulis illorum tenores praesentibus pro plene et sufficienter expressis ac de verbo ad verbum insertis habentes illis alias in suo robore permansuris ad praemissorum effectum hac vice dumtaxat specialiter et expresse derogamus ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum Romae apud Sanctum Petrum sub annulo Piscatoris die IX. Februarii An. MDCCCLIII. Pontificatus Nostri An. VII.

A. Card. *Lambruschini.*

Zur Berichtigung

der von dem Agenten Peter Sassi ertheilten Antworten auf die an den Apostolischen Stuhl gerichteten Anfragen des Hochwürdigsten Bischofs von Mainz über die Information bei Ausführung der Ehedispensbreven der Datarie,

von Dr. Herm. Jos. Schmitz, Priester der Erzdiöcese Köln.

Im Archiv XVIII. 486—487 wurden die Antworten auf einige von dem Hochwürdigsten Bischof von Mainz an den Apostolischen Stuhl gerichtete Anfragen über die Ausführung der Ehedispensbreven der Datarie mitgetheilt.

Die Datarie, von der P. Sassi behauptet, dass sie ihm ein Mandat zur Beantwortung der Anfragen des Hochwürdigsten Bischofs von Mainz ertheilt habe, ist kein interpretirendes Organ der römischen Curie. Die Vorbereitung und Formulirung der ordentlichen Gnadenertheilungen des Papstes in foro externo bildet den Gegenstand ihres Geschäftskreises. Nur in Bezug auf diese Formulirung und die Beifügung des Datums in den Breven gilt von dem Datarius, dass er organum mentis et vocis Papae ist[1]. Ueber die Interpretation der in den Dispensbreven angewandten Formel und die sich daraus ergebenden Pflichten des Executors conformirt die Datarie gleich der Poenitentiarie ihre Ansicht den Auctoren, die in dieser Materie allgemein als massgebend angesehen werden. Eine officielle Entscheidung hierüber zu geben, kann ihr schon darum nicht zustehen, weil die Congregatio Concilii Tridentini in allen Fragen, die irgendwie im Tridentinum berührt sind, einzig competent ist und der Datarie wie jedem andern Dicasterium gegenüber ihre Inhibitorien erlässt, sobald ein conciliarer Fall vor deren Forum gezogen wird[2]. In ganz ähnlicher Weise verhält sich die Datarie zu Incidenzfragen bei Verleihung der Beneficien. Entstehen solche, so sistirt sie gewöhnlich die Beförderung des Gnadengesuches oder verweist, aber officiell nur in seltenen Fällen, die Parteien je nach der Natur der schwebenden Frage an die entsprechenden Organe der römischen Curie. Die Datarie übt zwar auch eine contentiöse Jurisdiction bei Verleihung der Beneficien über die Rechtsansprüche Dritter aus, aber sie entscheidet summarisch und zwar nur in possessorio über die Ausübung,

---

1) *Bangen*, die Röm. Curie S. 403; *Card. de Luca*, Relat cur. Rom. disc. IX. n. 23.

2) *Fagnani* Cap. Quoniam de constit. n. 38.

über den Quasibesitz der Rechtsansprüche in dem einzelnen ihr vorliegenden Falle. Ihre Urtheile entscheiden nicht über das Recht selbst (nicht in petitorio) und praejudiciren somit nicht dem Rechte selbst, sofern dasselbe vor einem competenten Forum der Römischen Curie geltend gemacht wird, dessen Entscheidungen alsdann die Datarie bei zukünftigen Verleihungen respectiren muss. Die vorgenommene Verleihung des Beneficiums kann daher nicht rückgängig gemacht werden; es ist sogar die Datarie keinem Forum in dieser Beziehung verantwortlich [1]). Nur in ausserordentlichen Fällen gestattet der Papst, dass eine Klage gegen die Datarie wegen Nichtbeobachtung canonischer Regeln und Vorschriften bei Verleihung der Beneficien erhoben und so die stattgefundene Verleihung des Beneficium's annullirt werde [2]). Diese Beschränkung der Datarie auf die

---

1) *Card. de Luca* l. c. n 33.

2) Die äusserst mangelhafte Darstellung dieser jurisdictio contentiosa der Datarie bei *Card. de Luca, Theod. Aneyden, Moroni.* Dizionario storico-ecclesiast. Vol. XIX. und *Bangen* l. c. veranlasst mich, hier einer vor der Congregatio Concilii verhandelten Causa ausführlicher zu erwähnen, durch die Mancher über die Praxis der Datarie willkommene Aufklärung erhalten wird. Die Causa ist betitelt: „Montisfalisci Jurispatronatus die 22 Septembris 1866." Angela Bufalari e Terra Cryptarum stiftete im Jahre 1605 testamentarisch ein Beneficium und reservirte in perpetuum ein Patronatrecht „favore domus et familiae suae de Bubalariis habitantibus in praedicta terra Cryptarum eaque familia extincta favore aliorum de Bubalariis habitantibus in Civitate Castri." Die an erster Stelle berechtigten Patrone übten ihr Recht zuletzt im Jahre 1646 aus; seitdem bis zum Jahre 1863 hatte die Datarie das Beneficium vergeben, da dasselbe stets entweder durch Erledigung in Curia oder durch Resignation in die Hände des Papstes vacant geworden war. Bei wieder erfolgter Erledigung des Beneficium's extra Curiam im Jahre 1863, machten Mehrere ein Ernennungs- und Vorschlagsrecht geltend. Da aber Niemand sich als zur Familie Bubalaria gehörig ausweisen konnte, so vergab die Datarie nach Verlauf der zur Praesentation gestatteten drei Monate auch dieses Mal frei das Beneficium. Ludwig Bufalari gleich Andern von der Datarie abgewiesen, erwirkte nun vom Papste die Erlaubniss, (die nicht nothwendig gewesen wäre, wenn die Datarie das Beneficium als zu den gratiae minores gehörend, selbstständig durch die Gewährung per concessum verliehen hätte,) über sein Patronatrecht in petitorio vor der Congregatio Concilii Tridentini verhandeln und entscheiden zu lassen. Es geschah dies zunächst in den Comitien vom 12. August 1865, in denen auf das Dubium: „An constet de existentia jurispatronatus favore Ludovici Bufalari?" geantwortet wurde: „Dilata et pro nunc audiantur ministri Datariae Apostolicae." In dem Folium vom 22. September 1866 wurde die Causa wiederum proponirt und zunächst das Schreiben des Pro-Datar an die Congregatio Concilii veröffentlicht. Es heisst darin: „Hae sunt literae Emmi Pro-Datarii." In riscontro all' interpellanza ordinata da codesta S. Congregazione nella causa Montisfalisci Jurispatronatus si fa un dovere il sottoscritto Cardinale Pro-Datario di esporre quanto dai Ministri della Dataria si è

formelle Erledigung der Gnadenacte ist übrigens schon durch ihre Einrichtung bedingt, da sie kein gremium von Cardinälen und Consultoren, wie die übrigen Tribunale und Congregationen besitzt.

---

creduto rilevare in proposito. Nonv'ha bisogno d'intrattenersi sulla collazione del Beneficio in discorso già eseguita con relative lettere apostoliche a favore del Sacerdote Pietro Federici. Non dimostrandosi, come conveniva, dai pretesi Patroni la discendenza dalle linee chiamate, abbenchè per l'esame delle prodotte ragioni fosse loro accordato l'ulteriore tempo di circa quattro mesi dal 1 Ottobre 1863; epoca in cui fu da Monsignor Vescovo trasmesso il relativo incarto fino al 22 Genaro 1864, epoca della seguita collazione; ed essendo d'altronde già prima dell' esibita della nomina inutilmente trascorsi i termini della legge, non chè quei prefissi dal Vescovo con suo publico editto: non avrebbe potuto la Dataria non restar ferma nel possesso di liberamente conferire in cui trovavasi da oltre anni 170. Ma di ciò non si contende nel giudizio promosso innanzi la S. Congregazione, nè avrebbe potuto questionarsi a senso del noto Cap. Consultationibus de Jurep. in 6. „Per ciò che riguarda il merito della questione, che ora si agita in petitorio sul preteso giuspatronato sarà della S. Congregazione decidere sulla norma dei documenti prodotti in atti, se resti provato, che l'attore Ludovico Bufalari realmente discenda de domo et de familia sua de Bubalariis come volle la Fondatrice. Der Pro-Datar führt dann weiter aus, dass die Conjecturen, die der Kläger in Ermangelung eines directen Beweises anführe, um darzuthuen, dass Laura Bufalari, von der er abstamme, zur Familie der Stifterin gehöre, der Praesumtion weichen müssten, welche die Datarie vermöge der Verleihung des Beneficiums während 170 Jahre für sich habe. Zudem sei Laura Bufalari höchstens eine Cognate der Stifterin, die das Patronatrecht durch die Worte de domo et familia Bubalariis zu einem Agnatizium gemacht habe. Ein Solches aber gehe von dem letzten Agnaten auf die Erben über und werde so der Verjährung unterworfen. Darauf fährt der Pro-Datar fort: „E qui fa d'uopo avvertire, che sebbene il Pontefice possa riservarsi e conferire anche i Beneficii di giuspatronato Laicale, ciò che non usa citra magnam et urgentem necessitatem, peraltro ciò eseguendo fa nelle relative Bolle espressa menzione del giuspatronato e rispettiva pertinenza, e vi deroga espressamente per quella volta: Riganti Comm. in leg 24 Concell. n. 78 et seq. all' effetto appunto di preservarlo per le ulteriori vacanze. In contrario nel caso nulla vi ha, che accenni a tale presentazione, poichè riscontrate le proteste eseguite dal 1691 in poi si è rilevato, che in tutte si è conferito il Beneficio come di libera collazione senza cenno alcuno di giuspatronato. Le parole in ciascuna Bolla usate (ivi) nullusque de illo (Beneficio) praeter nos hac vice disponere potuerit et possit" si riferiscono alla spettanza della collazione alla Santa Sede, in esclusione della collazione Vescovile in virtù delle riserve Apostoliche in precedenza nominate, non già alla esistenza di un giuspatronato, di cui non si fa la minima menzione, ed è in questo senso, che sogliono dette parole adoperarsi in tutte le proviste dei Beneficj riservati." Hiergegen führte Ludwig Bufalari in seiner Vertheidigung an, dass die Stifterin nur bestimmt habe, dass das Patronatrecht ad alios de Bubalariis habitantibus in civitate Castri übergehe, ohne hier die Worte de domo et familia hinzuzusetzen; somit sei es nicht nothwendig, den Beweis zu führen, dass die Bubalarii Castrenses von der Stifterin abstammen. Uebrigens deuteten Indicien, Praesumptionen und selbst notarielle Acte darauf

Eine officielle Antwort der Datarie auf die vom Hochwürdigsten Bischof von Mainz gestellten Anfragen konnte daher in Anbetracht ihrer sonstigen Praxis nicht wohl erfolgen. Aber auch das musste auffallend erscheinen, dass ein Agent Auftrag erhalten haben sollte, auf die gestellten Anfragen nach eigener Kenntniss in so bestimmter Form Antwort zu geben.

Diese und ähnliche Bedenken veranlassten Aufträge an mich, über die Antworten P. Sassi's an der Datarie selbst Erkundigungen einzuziehen. Ich constatire zunächst, dass Subdatar Monsignore Vici erst durch mich Kenntniss von den Anfragen des Hochwürdigsten Bischofs von Mainz und den ertheilten Antworten erhielt. P. Sassi wurde zur Verantwortung gezogen und gestand, dass er sich mit den Anfragen vergebens an die Poenitentiarie gewandt habe und daher die vorliegenden Antworten selbst mit Zuziehung eines Advocaten verfasst habe. Der Substitut des Subdatar: Monsig. Merosi-Gori veranlasste eine Besprechung der Anfragen des Hochwürdigsten Bischofs von Mainz in der nächsten Sitzung der Datarie und theilte mir das

---

hin, dass Laura Bufalari mit der Stifterin blutsverwandt sei. Unter domus und familia seien in jure patronatus nicht nur Agnaten, sondern auch Cognaten zu verstehen, besonders wenn keine Agnaten mehr vorhanden seien. Congreg. Conc. Nullius seu Sublacen. Canonicatus 23. April 1853 §. Quod eo magis. Montis Alti Canonicatus 14. Decemb. 1762. Rota in Veliterna Jurispatronatus 14. Decemb. 1853 coram Serafini. Endlich verändere der Apostolische Stuhl bei Verleihung eines Beneficiums durch die Datarie nicht die Natur des Beneficium, da hierzu eine ausdrückliche Derogation erforderlich sei. Die Verleihungsbulle enthalte aber nicht nur den Grund der jedesmaligen Reservation „per vacationem in Curia vel ob renuntiationem ad favorem," sondern auch die Clausel „nullusque de illo (beneficio) praeter nos hac vice disponere possit vel potuerit," welche sich auf die Ausschliessung der Patronen nicht aber auf die der bischöflichen Curie bezöge, die nie ein Verleihungsrecht beansprucht habe. Piton. de Contr. Patr. Alleg. 100. Rota in Recent. Decis. 90. n. 27. part. 12. Decis. 330. n. 31. p. 9. t. 2. In Erwägung der beiderseits vorgebrachten Gründe antwortete die Congregatio Concilii auf das Dubium: „An constet de existentia jurispatronatus favore Ludovici Bufalari in casu? „*Affirmative.*" Aus den hier geschilderten Verhandlungen geht hervor 1) die Datarie entscheidet in possessorio, 2) der Kläger kann die Verleihung des Beneficium nicht mehr rückgängig machen, aber in petitorio vor der Cong. Conc. auftreten, 3) die Datarie ist der Cong. Conc. über die vorgenommene Verleihung nicht verantwortlich, 4) die Congr. Conc. ist einzig competent in der Interpretation der von der Datarie angewandten Clauseln. Der Pro-Datar interpretirte nämlich die Clausel „nullusque de illo (Beneficio) praeter nos hac vice disponere potuerit et possit" dahin, dass damit die bischöfliche Collation ausgeschlossen werde. Indem die Congr. Conc. zu Gunsten des Klägers entschied, adoptirte sie implicite seine Interpretation der Clausel, dass nämlich die Ausübung des Patronatrechtes durch dieselbe ausgeschlossen werde.

Resultat derselben mit. Dasselbe lautete dahin „dass die Datarie auf die vorliegenden Fragen keine Antwort ertheilen könne, da es gegen ihre Praxis sei, Fragen in Massima (theoretische Fragen) zu entscheiden. Die Antworten P. Sassi's seien ungenau und unrichtig; statt ihrer sei das „consulantur auctores“ zu beobachten.“

Zugleich wurde jedoch Monsig. Merosi-Gori in der Sitzung beauftragt, mich über die Ansicht der Datarie in den gestellten Fragen zu informiren, aber mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass diese Mittheilungen keine grössere Autorität als die einer persona fide digna haben sollten. Hiernach unterscheidet die Datarie bei Ausführung der Ehedispensen eine zweifache Information eine simplex und eine solemnis. Die Erstere wird durch die Clausel in den Dispensbreven angedeutet: „se diligenter informet et si per informationem eandem preces veritate niti.“ Bei dieser Information simplex ist kein richterliches Verfahren und somit auch keine Beeidigung der Zeugen nothwendig. Die informatio solemnis wird durch die Clausel vorgeschrieben: „per informationem exactam a personis fide dignis rite et recte examinatis canonice habitam preces veritate realiter ac omni mendacii et fraudis suspicione prorsus remota niti.“ Bei dieser informatio solemnis muss die cognitio eine judicialis sein, mithin eine Beeidigung der Zeugen vorgenommen werden; es genügt aber ein summarisches Verfahren. — Nach dieser Unterscheidung, bemerkt Monsign. Merosi-Gori weiter, lasse sich leicht die richtige Antwort auf die vom Hochwürdigsten Bischof von Mainz gestellten Fragen folgern. Denn muss hiernach quoad primum geantwortet werden: „Affirmative; pro memorata discrepantia verborum judicialiter aut extrajudicialiter procedendum est,“ so sei damit schon quoad secundum, tertium et quartum vorgesehen. Quoad quintum et sextum sei zu bemerken, dass das Zeugniss des Pfarrers genüge, doch seien die Orts- und Personen-Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Eine Beeidigung der Zeugen sei aber hier nicht erforderlich, da zur Giltigkeit der Dispens nur über Art und Grad des Hindernisses sowie über die Gründe zur Ertheilung derselben wahrheitsgemäss berichtet werden müsse.

Uebrigens sei eine officielle Antwort auf die gestellten Fragen nur von der Congregatio Concilii zu erwarten. Soweit die Mittheilungen des Monsign. Merosi-Gori, der sich diese Sache mit grosser Bereitwilligkeit und vielem Eifer annahm.

Dr. Raich knüpft an die Antworten P. Sassi's eine Untersuchung an, durch die er deren rechtliche Begründung aus den drei berühmtesten Schriftstellern, welche diesen Gegenstand eingehend behandelt

haben, nachzuweisen sucht. Er gesteht zu, dass Pyrrhus Corradus eine förmliche Beeidigung der Zeugen verlangt. Zur Begründung dieser Ansicht beruft sich Pyrrhus Corradus auf c. licet. 2. §. testes autem, de testibus und c. tua nos de consang. et affin., nicht aber, wie R. glaubt, auf die vom Römischen Inquisitions-Tribunal erlassene Instructio „pro examine illorum testium, qui inducuntur pro contrahendis matrimonis.“ Diese gehört offenbar zu der folgenden Untersuchung über die Feststellung der libertas status, wie schon aus den einleitenden Worten erhellt: „Quo vero ad alia requisita circa matrimonium contrahendum necessaria.“ Die übrigen Auctoren stimmen allerdings gleich *Sanchez* und *Reiffenstuel* darin überein, dass keine judicialis cognitio bei Ausführung der Ehedispensen erforderlich sei. *Schmalzgrueber*, tom. 9. tit. XVI. de Matrim. n. 225. findet diese Ansicht darin begründet, dass die Information in den Dispensbreven der conscientia und dem arbitrium des Executors anheimgestellt werde. *Thomas de Rosa* tractatus de Executoribus litterarum Apostolic. part. I. cap. VIII. n. 11.; cap. XII. n. 6., fordert zwar ein schriftliches Verfahren; er nennt dasselbe aber einen actus extrajudicialis zu dem keine Beeidigung der Zeugen erforderlich sei, da der Executor keine contentiosa, sondern eine voluntaria jurisdictio ausübe; so lange daher kein legitimus condradictor auftrete, könne der Executor extrajudicialiter vorgehen, da die Clausel nur sage: „cujus *conscientiam* oneramus.“ Nach De Justis tract. de dispensat. matrim. l. I. cap. VI. n. 262. genügt ebenfalls eine cognitio extrajudicialis, da der Papst in dem Dispensbreve sich auf die Worte beschränke: „diligenter informes.“ *Petrus Giovine* endlich behandelt in seinem jüngsten Werke [1]) de Dispensat. Matrim. consultationes canonicae tom. II. consultatio XXX. §. 56. die Clausel: „de praemissis te diligenter informes;“ er findet eine cognitio summaria und extrajudicialis hinreichend, so lange kein contradictor auftrete, da die Information dem Gewissen des Executors anheimgestellt werde. Zum Beweise beruft er sich ausserdem auf Trid. Sess. 22. cap. 5. de ref. Rota Mediolanens. Matrim. die 17. Junii 1602. *Garcias* de Benef. part. 6. cap. 2 n. 249.

Somit sind die Autoren mit fast vollständiger Einstimmigkeit allerdings der Ansicht, dass weder eine cognitio judicialis noch eine Beeidigung der Zeugen bei der Execution der Ehedispensen erforderlich

---

1) Dieses zeichnet sich mit Ausnahme einiger wenigzweckdienlicher Untersuchungen im ersten Bande, durch grosse Correctheit und praktische Anlage aus und ist darum namentlich für die Praxis zu empfehlen.

sei. Der Grund dieser ihrer Uebereinstimmung liegt nahe. Sie knüpfen nämlich ihre Untersuchungen entweder direct an die mildere Clausel „de praemissiste diligenter informes“ an oder erwähnen wenigstens nur dieser zum Beweise ihrer Ansicht. Kein Einziger unter ihnen, selbst nicht der jüngste: *Petrus Giovine* erwähnt der andern Clausel: „per informationem exactam a personis fide dignis rite et recte examinatis canonice habitam.“ Ihre Deductionen sind somit vollkommen zutreffend, aber nur mit Rücksicht auf jene Clausel, die sie vor Augen hatten. Eine allgemeine Regel aber über die Pflichten des Executors aus ihren Abhandlungen herzuleiten oder zu begründen, wie R. versucht, geht um so weniger an, als sie selbst es als Grundsatz aufstellen und öfters einschärfen, dass der Wortlaut der Clauseln für die Art und Weise der Execution einzig massgebend sei. In der Wahl dieser Clauseln richtet sich die Datarie nach den Zeitverhältnissen. So ist die Clausel „per informationem exactam a personis fide dignis rite et recte examinatis canonice habitam“ erst seit dem Anfange dieses Jahrhunderts in Gebrauch, namentlich seitdem Papst Gregor XVI. durch seine literae ad Cardinalem Pro-Datarium Pacca die 22. Novemb. 1836 [1]) die Ertheilung der Dispens für den ersten Grad der Affinität und den ersten gemischten Grad der Consanguinität erschwerte und eine gewissenhafte Beobachtung der Clauseln bei der Execution der Breven den Ordinarien einschärfte.

Wir können endlich die Ansicht des Dr. R. nicht theilen, dass der Unterschied in der Form, wie er in den Breven für die genannten Grade der Schwägerschaft und Blutsverwandtschaft obwaltet, kein gerichtliches Verfahren zu begründen scheine. Denn eine grössere Umsicht einzuschärfen, ohne dass die Information aufhöre, eine Sache des Gewissens des Executors zu sein, kann nicht der Zweck desselben sein, da ja auch in jenen Fällen, wo die Clausel „te diligenter informes“ angewandt ist, der Executor zur grösstmöglichen Umsicht unter Androhung canonischer Strafen (Benedicti XIV. Constit. Ad Apostolicae; Pii V. Constit. Sicut accepimus) verpflichtet ist. Die Anwendung dieser wesentlich verschiedenen Clausel kann somit nur die Vorschrift eines richterlichen Verfahrens bezwecken. Dasselbe soll zunächst die Ertheilung der Dispens für die Bittsteller erschweren. Die Kirche ist aber auch selbst aus den verschiedenartigsten Gründen dabei interessirt, dass für so nahe Grade eine Dispens so selten als möglich ertheilt werde. Sie

---

1) Siehe Analecta jur. Pontif. tom. I. p. 749.

tritt somit bei der Execution dieser Breven gleichsam als pars laesa auf und will hier ihre Rechte durch den Executor judiciell gewahrt wissen. Zudem treffen bei dieser Clausel nicht die Gründe zu, welche die Auctoren einstimmig für ihre Ansicht anführen, dass die Formel „te diligenter informes" ein gerichtliches Verfahren nicht erfordere. Sie überlässt die Information nicht dem Gewissen des Executors, sondern verlangt, dass dieselbe durch Zeugen, die rite vernommen werden sollen, in canonischer Weise erworben werde. Endlich deuten die technischen Ausdrücke dieser Clausel auf ein richterliches Verfahren hin. Die Zeugen sollen rite, also juxta leges vernommen werden; was für leges gemeint seien, sagt das Wort canonica. Eine canonische Information kann aber nur diejenige genannt werden, deren Modus durch das canonische Recht vorgeschrieben, respective eingeführt wurde, im Gegensatze zu einer solchen, die dem Civilrechte eigen wäre, oder einer solchen, die dem arbitrium oder dem Gewissen des Executors überlassen ist. Von der erstern Bedeutung kann hier nicht die Rede sein; die andere liegt um so näher, als die Clausel „te diligenter informes" die Information ausdrücklich als eine Sache des Gewissens bezeichnet. In dieser Bedeutung versteht aber das canonische Recht unter einer Information nur eine cognitio judicialis mit Beeidigung der Zeugen. *Maschat* institut. Canon. auctae a Giraldi lib. V. tit. I. §. III.

Ueber die Ehen zwischen Italienern und Schweizern.

(Aus den Katholischen Schweizer-Blättern 1868, S. 72 ff.)

In Folge eines Concordates der Schweiz mit dem Königreiche Sardinien vom 19. November 1827 wurden die Erfordernisse festgestellt, welche bei Verehelichungen zwischen Angehörigen der Schweiz und des Königreiches Sardinien zu erfüllen sind. Durch die politischen Vorgänge der letzten Jahre und durch Abfassung eines neuen Gesetzbuches für das neue Königreich Italien kam eine Verwirrung und Unsicherheit in das Verfahren der bezüglichen Beamten bei solchen Verehelichungen, so dass die italienische Gesandtschaft in Bern im Juni letzten Jahres dem hohen Bundesrathe einschlägige Erklärungen und Actenstücke übermittelte. Durch gütige Vermittlung der Staatscanzlei des Kantons Thurgau in den Besitz dieser Schriftstücke gelangt, geben wir dieselben in getreuer Uebersetzung, die drei ersteren aus dem Französischen, den Auszug aus dem Civilgesetzbuch aus dem Italienischen. Wir glauben dadurch für manche Geistliche verschiedenen Verlegenheiten vorzubeugen. Ueber den kirchlichen Charakter dieses italienischen Ehegesetzes sich auszusprechen, ist vor der Hand überflüssig.

1. *Schreiben des italienischen Gesandten an Seine Excellenz den Präsidenten des eidgen. Bundesrathes.*

Bern, den 5. Juni 1867.

Die häufigen Uebertretungen des italienischen Gesetzes in seinen Verordnungen in Betreff der in der Schweiz zwischen zwei Italienern oder zwischen einem Italiener und einem Fremden abgeschlossenen Ehen haben die Aufmerksamkeit des Unterzeichneten, Geschäftsführers S. M. des Königs von Italien auf sich gezogen. Diese Verletzungen, welche, der Mehrzahl nach, der ganz begreiflichen Unwissenheit der obgenannten Verordnungen zugeschrieben werden müssen, sind Ursache von fortwährenden Zwistigkeiten zwischen den kantonalen und Gemeindebehörden und der königlich italienischen Gesandtschaft.

Niemand würde den schweren Nachtheilen entgehen, die aus diesen Unordnungen entstehen. Wenn man vernachlässigen würde, die Bedingungen zu erfüllen, welche das italienische Civilgesetzbuch den, nach der gesetzlich eingeführten Form abgeschlossenen Ehen auferlegt, so ist die Ehe selbst nichtig, kann im Königreich nicht

als gültig anerkannt werden, und kann deshalb auch am Bürgergute keinen Antheil haben.

Indem die Nichtbeachtung der Bestimmungen der italienischen Gesetzgebung völlig den Italiener trifft, betrifft sie auch den Schweizerbürger, der sich durch eine Heirath mit ihm verbunden hat.

Die Kantonal- und die Gemeindebehörden der Schweiz ersuchen oft diese königliche Gesandtschaft um eine Acte, wodurch die Schweizerbürgerin, die mit einem italienischen Bürger sich verehelicht, das Bürgerrecht in der Gemeinde desselben erhält. Die Gesandtschaft hat allemal geantwortet, indem sie den Art. 9. des Civilgesetzbuches citirt hat: »Die fremde Frau, die sich mit einem Bürger verheirathet hat, erhält das Bürgerrecht und behält es auch als Wittwe.« Diese Behörden, welche einen so gerechten Werth darauf setzen, die Rechte ihrer Untergebenen in Schutz zu nehmen und sich zu versichern, dass sie die neuen Rechte ihrer neuen Lage geniessen, werden leicht einsehen, wie wichtig es ist, buchstäblich die Verordnungen des italienischen Gesetzes zu vollziehen, — Verordnungen, an deren Vollziehung die Gültigkeit der Ehe liegt, und, folglich die Anerkennung der Schweizerbürgerin, als einer italienischen Bürgerin und ihre Zulassung zur Nutzniessung der Rechte, welche das neue Vaterland ihr gewährt.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, beiliegend Seiner Excellenz dem Herrn Präsidenten der Eidgenossenschaft mehrere Exemplare eines Eheformulars, das die Verordnungen des italienischen Gesetzes enthält, zu übergeben. Er bittet den schweizerischen Bundesrath, die Kantonsbehörden der Eidgenossenschaft davon in Kenntniss zu setzen, mit Ausnahme der fünf französischen Kantone, und des Kantons Tessin, wo sich Consuln des Königs befinden.

Der Unterzeichnete zweifelt nicht, dass auf eine solche Art die Ehen von Italienern, welche in Zukunft in der Schweiz geschlossen werden, die weisen Einrichtungen des Königreiches Italien nicht mehr verletzen werden.

Der Unterzeichnete bietet zum Voraus seinen innigsten Dank Seiner Excellenz dar und erneuert ihm die Versicherung seiner höchsten Achtung.

sig. *R. de Martino.*

2. Besondere Bestimmungen für die Schweiz.

Nachdem das neue Gesetz in Kraft getreten ist, ist im Königreiche die Legalisation der Acten (die vorher nothwendig war) aufgehoben worden.

Die Ehe, welche in einem fremden Lande zwischen italienischen

Bürgern, oder zwischen einem Italiener und einem Fremden stattfindet, ist gültig, wofern sie nach der in diesem Lande eingeführten Form geschlossen wird. Das Civilgesetzbuch stellt indessen folgende Bedingungen auf:

1. Die Verkündigung muss durch den Civilbeamten des Geburtsortes des Italieners geschehen.

2. Der italienische Bürger darf den Verordnungen des zweiten Abschnittes des 1. Capitels des 5. Titels des Civilgesetzbuches nicht zuwider gehandelt haben.

Sie werden dieses beifolgend in einer Copie dieser Verordnungen des Civilgesetzbuches finden.

3. Der Fremde selbst ist auch den Hindernissen des obgenannten 2. Abschnittes, Capitel 1. des 5. Titels unterworfen.

Wenn sodann die Behörde, welche der Eheschliessung assistiren muss, vom italienischen Civilbeamten den Schein empfangen hat, der constatirt, dass die Civilverkündigung im Königreiche stattgefunden habe;

Wenn es den gesetzlichen Wegen zufolge, über die die Ortsbehörde verfügt, sich ergibt, dass der italienische Bürger durch seine Heirath keine der obgenannten Bedingungen des 2. Abschnittes vom 1. Capitel des 5. Titels verletze;

Wenn der Schweizerbürger, der sich durch eine Heirath mit einem Italiener verbindet, sie ebenfalls nicht verletzt:

Dann wird die Ehe, die nach der durch das Gesetz desselben Ortes eingeführten Form gefeiert wird, im Königreich Italien gültig sein.

Wir müssen zuletzt noch jede Behörde, die der Ehe eines Italieners assistirt, bitten, deren Vollzug bald mitzutheilen, da derselbe innerhalb einer Zeit von drei Monaten nach seiner Rückkehr nach Italien seine Ehe in das Civilregister der Gemeinde, wo er seinen beständigen Wohnsitz aufschlagen wird, einschreiben lassen muss.

Der Artikel 367. des Civilgesetzbuches legt dem italienischen Bürger die Pflicht auf, innerhalb drei Monaten dem nächsten consularischen oder diplomatischen Agenten eine Copie der Heirathsurkunde zu übergeben.

Wenn nun alle Vorschriften vollzogen werden, die wir soeben mitgetheilt haben, so wird die Ehe in Italien alle Civilrechte geniessen.

Der Geschäftsführer S. M. des Königs von Italien.

3. *Formular* [1]).

Gesuch eines schweizerischen Civilbeamten an einen italienischen, um in Italien die Verkündigung der Ehe vorzunehmen.

Der Civilbeamte von ... Gemeinde ... Kanton ... (Schweiz) ist ersucht worden, zur Verkündigung der Ehe zu schreiten, welche sich vor ihm zu schliessen vornehmen

Gatte.

Angabe. Name, Taufname, Gewerbe, Geburts- und Wohnort des Gatten, — wenn es mehr oder weniger wichtig ist, auch die Namen, Taufnamen, Profession und Wohnort des Vaters und der Mutter des Gatten.

Gattin.

Angabe. Name, Taufname, Gewerbe, Geburts- und Wohnort der Gattin, — wenn es mehr oder weniger wichtig ist, auch die Namen, Taufnamen, Gewerbe und Wohnort des Vaters und der Mutter der Gattin.

Nach den Bestimmungen der italienischen Gesetze ist diese Verkündigung gleichfalls geschehen in der Gemeinde ... Provinz ... wo der Gatte seinen Wohnort (oder Gut) gehabt hat, welches er wieder verlässt. — Der Civilbeamte von ... ist ersucht, diese Formalität zu vollziehen, indem er diese Ankündigung an den zwei aufeinander folgenden Sonntagen verkündigt, welche dem Empfang des gegenwärtigen Gesetzes folgen.

Localität des Kantons ... (Schweiz).

Datum, ... Monat ... Jahr ...

Unterschrift des schweizerischen Civilbeamten.

4. *Auszug aus dem Civilgesetzbuche des Königreiches Italien.*

Von der Ehe.

Zweiter Abschnitt.

Von den Erfordernissen für Eingehung einer Ehe.

§. 55. Der Mann muss das achtzehnte, die Frau das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt haben, um eine Ehe eingehen zu können.

§. 56. Es kann Niemand eine weitere Ehe eingehen, der bereits durch eine vorhergehende gebunden ist.

§. 57. Eine Frau darf sich innerhalb zehn Monaten nach der Auflösung oder Annullirung der Ehe nicht wieder verheirathen, ausgenommen den im Artikel 170. erwähnten Fall [2]). Dieses Verbot erlischt mit dem Tage der Niederkunft der Frau.

---

1) Gemäss dem Artikel 42. der Verordnung vom 15. September 1865 — für die Vollziehung des Civilgesetzbuches. Dieses Ansuchen muss der italienischen Gesandtschaft zugeschickt werden zur gesetzlichen Legalisation.

2) Der Artikel 107. lautet:
Die offenbare und dauernde Impotenz, wofern sie der Verehelichung vorausging, kann vom andern Ehegatten als Grund der Nichtigkeit der Ehe geltend gemacht werden.

§. 58. Die Ehe ist untersagt: in gerader Linie zwischen allen — ehelichen oder ausserehelichen — Ascendenten und Descendenten und den Verschwägerten der gleichen Linie.

§. 59. In der Seitenlinie ist die Ehe untersagt:

1) zwischen den ehelichen oder ausserehelichen Schwestern und Brüdern,
2) zwischen den Verschwägerten im nämlichen Grade,
2) zwischen Oheim und Nichte, Tante und Neffe.

§. 60. Die Ehe ist untersagt:

Zwischen Adoptiveltern und Adoptivkindern und deren Descendenten,
Zwischen den Adoptivkindern der nämlichen Person,
Zwischen dem Adoptivkind und den Kindern der Adoptiveltern.
Zwischen dem Adoptivkind und dem Ehegatten des Adoptators, und zwischen dem Adoptator und dem Ehegatten des Adoptivkindes.

§. 61. Den wegen Geisteskrankheit Bevogteten ist die Verehelichung untersagt.

Ist die Bevogtung erst beantragt, so ist die Trauung so lange zu verschieben, bis die richterliche Behörde endgültig abgesprochen hat.

§. 62. Wer durch Criminalurtheil als Thäter oder Mitschuldiger einer an der Person eines der Ehegatten begangenen oder versuchten freiwilligen Tödtung überführt wurde, darf sich mit dem andern Ehegatten nicht verehelichen.

Wurde blos die Versetzung in Anklagezustand ausgesprochen oder die Verhaftung angeordnet, so ist die Verehelichung zu verschieben, bis die Aburtheilung erfolgt ist.

§. 63. So lange ein Sohn nicht das 25. und eine Tochter nicht das 21. Jahr zurückgelegt, kann von ihnen ohne Einwilligung von Vater und Mutter keine Ehe geschlossen werden. Sind die Eltern diesfalls uneinig, so ist die Zustimmung des Vaters genügend.

Ist eines der Eltern gestorben oder in die Unmöglichkeit versetzt, seinen Willen kundzugeben, so genügt die Einwilligung des andern.

Zur Verehelichung eines Adoptivkindes, das noch nicht das 21. Jahr erfüllt hat, ist nebst der Einwilligung der Eltern auch diejenige des Adoptators erforderlich.

§. 64. Personen unter 21 Jahren, deren Eltern gestorben oder in die Unmöglichkeit versetzt sind, ihren Willen kund zu geben, dürfen keine Ehe eingehen, ohne die Einwilligung der Grossväter und der Grossmütter; sind der Grossvater und die Grossmutter [1]) diesfalls nicht einig, so genügt die Einwilligung des Grossvaters.

---

1) Der nämlichen Linie.

Uneinigkeit zwischen Beiden ersetzt die Zustimmung.

§. 65. Sind weder Eltern, noch ein Adoptator, noch Grossväter oder Grossmütter vorhanden, oder ist keines derselben in der Lage, seinen Willen zu äussern, so ist bei Personen unter 21 Jahren zur Verehelichung die Einwilligung des Familienrathes erforderlich.

§. 66. Die Bestimmung des Art. 63. ist auch auf die gesetzlich anerkannten, ausserehelichen Kinder anwendbar. Beim Abgang von wirklichen oder Adoptiveltern, welche die Einwilligung ertheilen könnten, wird letztere vom Vormundschaftsrath ausgesprochen.

Demselben kommt es auch zu, die Einwilligung zur Verehelichung der nicht anerkannten ausserehelichen Kinder zu ertheilen, wenn keine Adoptiveltern da sind.

§. 67. Verweigern die Ascendenten oder der Familienrath oder der Vormundschaftsrath die Einwilligung, so kann der volljährige Sohn hiegegen an den Appellationshof recurriren.

Für eine Tochter oder einen minderjährigen Sohn kann der Recurs von den Verwandten oder Verschwägerten oder von der Staatsanwaltschaft ergriffen werden.

Es wird eine bestimmte Sitzung für Aburtheilung des Falles anberaumt und diese erfolgt von Seite des Appellhofes nach Anhörung der Parteien und des Staatsanwaltes bei geschlossenen Thüren.

Anwälte oder andere Vertheidiger werden nicht zugelassen.

Der Spruch des Hofes wird keine Motive enthalten: es kann darin lediglich der Einwilligung erwähnt werden, welche vor dem Hofe selbst ertheilt werden sollte.

§. 68. Treffen gewichtige Gründe zusammen, so kann der König in Bezug auf die unter Ziffer 2. und 3. des Art. 59. bezeichneten Hindernisse Dispens ertheilen.

Ebenso kann er von der Altersvorschrift dispensiren, — und der Mannsperson, welche erst vierzehn Jahre zurückgelegt hat, sowie der Frauensperson, welche erst zwölf Jahre zurückgelegt hat, die Ehe gestatten.

Das Veto der Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz gegen die Wahlen der Capitel.

§. 1. Die Freiburger Wahlliste. (Feststellung der Streitfrage.)

Am Dienstag den 14. April 1868 wurde der um die Freiheit der katholischen Kirche so hochverdiente Hochwürdigste Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari heimgerufen [1]). Auf die ordnungsgemässe Einladung des am 15. April 1868 von dem Erzbischöflichen Domcapitel in freier Wahl ernannten Capitelsvicars, Domdecans Dr. Lothar Kübel, Bischofs von Leuca i. p. vom 5. Mai 1868 versammelte sich das Erzbischöfliche Domcapitel am 6. Mai 1868 zur Aufstellung der Liste der Candidaten für den Erzbischöflichen Stuhl.

In geheimer Wahl wurden mit absoluter Majorität gewählt resp. auf die gemäss der Bulle ad dom. greg. custod. dem Landesfürsten vorzulegende Liste gesetzt:

1. Bischof, Capitelsvicar Dr. Lothar Kübel,
2. Geistlicher Rath Johann Baptist Miller, Pfarrer in Krozingen,
3. Official, Domcapitular Dr. Johann Baptist Orbin,
4. Domcapitular Carl Weickum.

Vor Aufstellung der Liste wurde dem Domcapitel mitgetheilt, dass Seitens der Regierung nichts entgegen stehe, wenn das Wahlcollegium auf die Liste auch solche Candidaten setze, welche dem Klerus der Erzdiöcese nicht angehören.

In der Voraussetzung, dass der heilige Stuhl gleichfalls nichts dagegen erinnere, setzte das Domcapitel ferner auf die Liste:

5. Weihbischof Dr. Joh. Ant. Friedrich Baudri, Generalvicar des Erzbischofs von Köln,
6. Dr. Matthias Eberhard, Bischof von Trier,
7. Dr. Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz und
8. Dr. Conrad Martin, Bischof von Paderborn.

Am 6. Mai 1868, also innerhalb der in der citirten Bulle vorgeschriebenen Frist [2]), brachte das Erzbischöfliche Domcapitel diese Liste der Candidaten zur Kenntniss des Landesherrn — mit der Bitte um höchste Entschliessung, ob und welcher von den Candidaten Sr. Königl. Hoheit, dem Grossherzog weniger genehm sei.

Dieses Schriftstück wurde am 8. Mai 1868 abgesendet, kam

1) Vgl. *Hermann v. Vicari*, Erzbischof von Freiburg. Sein Leben und sein Wirken. Mit dem Portrait des Erzbischofs. Sechste, theilweise umgearbeitete Auflage. Zürich und Stuttgart. L. Woerl. 1868. 52 S. 12.; *C. Zell* im Katholik. 1868. Maiheft S. 513—29.

2) Von einem Monat vom Tag der Erledigung des Erzbisthums gerechnet.

also etwa am 9. Mai in die Hände des Landesherrn und wohl am 10. Mai 1868 in das Ministerium. Schon am 11. Mai 1868 erstattete diese Stelle Seiner Königl. Hoheit darüber Vortrag. Höchstderselbe beschloss am 18. Mai 1868 sub Nr. 562 im Grossh. Staatsministerium:

»Der Grossherzog habe geruht, aus der vom Domcapitel zu Freiburg vorgelegten Liste der Candidaten für den Erzbischöflichen Stuhl auf Grund des Art. I. der Bulle ad dom. greg. custod., sowie des Breve's Leo XII. vom 28. Mai 1827 die vier Candidaten:

Weihbischof Baudri von Köln,
Bischof Eberhard von Trier,
» Ketteler von Mainz,
» Martin von Paderborn,

ohne jedoch *hierdurch auswärtige*, nicht zum Diöcesanklerus gehörige *Geistliche von der Liste* künftig *auszuschliessen*, *als nicht wählbar* zu erklären, da die Grossherzogl. Regierung nicht in der Lage sei, den vier genannten Candidaten das badische Staatsbürgerrecht [1]) zuzusagen.«

Ferner haben Seine Königl. Hoheit »allergnädigst ausgesprochen, dass die Candidaten aus dem Diöcesanklerus

Domdecan und Weihbischof Kübel,
Pfarrer Miller von Krozingen und
Domcapitular Weickum

als minder genehm bezeichnet werden.«

»Zugleich haben Se. Königl. Hoheit das Ministerium des Innern zu ermächtigen geruht, dem Domcapitel zu eröffnen, dass Allerhöchstdieselben auf Grund obiger Entschliessung der Vorlage einer ergänzten Candidatenliste entgegen sehen.« Diese Staatsministerial-Entschliessung wurde sofort durch Erlass Gr. Min. des Innern vom 18. Mai 1868 Nr. 6474 dem Erzbischöfl. Domcapitel mitgetheilt: »Da hiernach *nur ein* Candidat als *nicht minder angenehm auf der Liste* bleibe, werde der ergänzten Candidatenliste entgegen gesehen.«

Inzwischen trafen die an das Hochwürdigste Domcapitel auf dessen Schreiben vom 17. April 1868 gerichteten »litterae Apostolicae Pii P. IX.« vom 4. Mai 1868 bei dem genannten Capitel ein. Der heilige Vater spricht hierin seinen Schmerz über den Verlust des Hochseligen Erzbischofs Hermann mit den Worten aus:

»Non potuimus non vehementer dolere, . . . cum amiserimus Antistitem, qui ob egregias . . . virtutes Nobis carissimus, in ista regenda Dioecesi omnes boni pastoris partes explere et episcopali

1) Die einzig hier als lex specialis massgebende Bulle ad dom. greg. cust. verlangt den Nachweis des bad. Indigenats nicht. Es gehören die *preuss.* hohenzollerischen Geistlichen zum Klerus der Diöcese Freiburg.

fortitudine catholicae Ecclesiae causam, ejusque doctrinam, jura, libertatem impavide propugnare tantopere gloriabatur .....«

Der heilige Stuhl billigt, dass das Domcapitel sofort in durchaus freier, canonischer Wahl einen Capitelsvicar bestellt habe:

»Ex eisdem vestris Litteris libentissime intelleximus, Vos istius vacantis Ecclesiae procurationi ... prospicere ... cupientes ex Sacror. Canonum praescripto rite elegisse Vicarium Capitularem istum Venerabilem Fratrem Lotharium Episcopum Leucensem i. p. i., vestrique Collegii Decanum.«

Ueber die bevorstehende Wahl spricht sich der heilige Vater also aus:

»Cum a Vobis ex Apostolicae Sedis privilegio novus istius Archiep. Ecclesiae Antistes sit eligendus, haud possumus, quin ... hortemur ... servantes, quae Trid. praesertim Synodus (Sess. 24. c. 1. de ref.) docet, velitis ecclesiasticum virum eligere, qui ... praeter alias egregias dotes, quae ad Episcopale munus ... obeundum ... requiruntur, sacerdotali zelo ac fortitudine praestet in Ecclesiae juribus viriliter tuendis, quemadmodum nuper defunctus Antistes summa cum sui nominis laude egit. Quo facilius tanti momenti res a Vobis confici queat, hisce Litteris facultatem vobis facimus, ut in eligendorum elencho a Vobis accuratisseme faciendo et isti civili Gubernio exhibendo ponere etiam possitis *plures ecclesiasticos viros* ad *istum Dioecesanum Clerum minime pertinentes*, non obstantibus in contrarium facientibus quibuscunque. Id tamen ea lege concedimus, ut novi Antistitis *electio* a Vobis fieri *nunquam possit*, nisi *ab* eodem *Gubernio tres saltem in elencho relicti* fuerint, qui eligi possint.«

Hierauf und auf Art. 1. der berührten Bulle von 1827 gestützt, erwiderte das Erzbischöfl. Domcapitel am 27. Mai 1868 dem Ministerium des Innern: »gemäss dieser Bulle habe das Capitel der Metropolitankirche sich durch Vorlage der Candidatenliste an Se. Königl. Hoheit den Grossherzog . . . vor der Wahl zu vergewissern, ob vielleicht einer der Candidaten dem Durchlauchtigsten Landesherrn minder genehm sei, welchen sodann das Capitel aus dem Verzeichniss zu streichen habe. In *jedem Falle* müsse aber die *übrig bleibende Anzahl noch hinreichend* sein, dass aus ihr der neue Vorsteher der Kirche von dem Domcapitel nach *canonischer* Vorschrift *frei gewählt* werden könne. Wir kennen *kein Breve,* das dem Gr. Gubernium ein *weiter gehendes* Recht als diese Bulle einräumt.«

Demgemäss, sowie nach den eben erwähnten «Litterae Apostolicae« vom 4. Mai 1868 sei das Capitel »berechtigt und verpflichtet, nach den Bestimmungen des Kirchenrechts und nach *seiner Ueber-*

zeugung die Liste der Candidaten Seiner Königl. Hoheit ... zur Kenntniss zu bringen. ... Die Beschränkung, auf die Liste solche zu setzen, welche dem Diöcesanklerus angehören, sei im vorliegenden Falle durch die frühere, auch im Staatsministerial-Erlass vom 18. d. M. aufrecht erhaltene *Erklärung* der Gr. Regierung, sowie durch den Ausspruch des Apostolischen Stuhles vom 4. d. M. — entfallen.«

»Die ... vorgelegte Candidatenliste entspreche deshalb durchaus der ... berührten Bulle ... Das Recht des Capitels bezüglich dieser Liste sei durch Vorlage derselben an den Landesherrn erschöpft.« *Auf der Liste* müssten auch nach der erwähnten, »neuesten päpstlichen Interpretation mindestens drei Candidaten stehen« bleiben, um deren Belassung gebeten wird, da das Capitel »sich zur Abänderung beziehungsweise Ergänzung dieser Liste nicht für befugt halte.«

Schon am 30. Mai 1868 erwiderte Gr. Ministerium des Innern, die Regierung bestehe darauf, dass die Liste ergänzt werde. Die Candidatenliste des Capitels »entspreche in formaler Beziehung den Vorschriften des Art. I. der *Bulle* ad dom. greg. custod. In vorliegender Sache sei diese *und* die Vorschrift des *Breve* Leo XII. vom 28. Mai 1827 *massgebend.*«

»Es sei in der Bulle nur gesagt, dass auf *der* Liste, *auf Grund welcher eine* canonische *Wahl* durch das Capitel vorgenommen werden soll, die übrig bleibende Anzahl der Candidaten noch hinreichend sein müsse, um eine ... Wahl zu ermöglichen. Der Art. I. der Bulle enthalte keine Bestimmung über die Zahl der auf die Liste zu setzenden Candidaten ... auch keine Norm, *wie viele Candidaten* die Regierung als minder angenehm von der Liste *streichen* zu lassen befugt sei. ... Der Art. I. wolle, dass *nur eine dem Landesherrn nicht weniger angenehme Persönlichkeit* den Erzbischöfl. Stuhl besteigen könne.« Hiernach, gemäss den in diesem Ministerial-Erlasse citirten Noten des heiligen Stuhles vom 10. August und 24. September 1819, 16. Juni 1825 und 6. Januar 1827, der Regierungsdeclaration von 1818 und der Note der oberrheinischen Regierungen vom 4./7. September 1826, sowie kraft des Breve's vom 28. Mai 1827 (auf welche Documente wir zurück kommen werden), »können bei uns in *ganz gleicher* Weise wie in Preussen personae minus gratae den Erzbischöflichen Stuhl nicht besteigen.« Das spreche auch das landesherrliche Bisthumsfundations-Instrument aus.

Das Erzbischöfl. Domcapitel beharrte lediglich auf seiner Liste und der heilige Stuhl billigte die Nichtergänzung derselben.

Es ist also kein Streit darüber, ob die Liste den vereinbarten Bestimmungen entspreche, ob die vorgeschriebene Anzahl von Candi-

daten darauf gesetzt seien, ob sie rechtzeitig dem Landesherrn vorgelegt wurde, ob die Candidaten wählbar seien, resp. ob in casu auch Nichtdiöcesanpriester resp. »Ausländer« auf die Liste gesetzt werden durften. Die Frage ist nur die:

»*Hat die Regierung das Recht, alle ihr nicht »angenehme« Candidaten,* überhaupt alle vom Domcapitel auf die Liste Gesetzten *zu streichen?* Hat folgeweise das Capitel die Pflicht, *so lange die Liste zu ergänzen* oder zu erneuern, *bis die Regierung drei personae gratae* auf derselben *belässt?*

Die Gr. Regierung bejaht, das Erzbischöfl. Domcapitel verneint diese Fragen. Beide Theile stützen sich auf die berührte Vereinbarung von 1827, welche wir deshalb jetzt darzulegen haben.

§. 2. Die Convention von 1827. 1. Geschichte der Vereinbarung.

Sowohl die *Geschichte* dieses Uebereinkommens, als der *Wortlaut,* die *Usual-*, *Doctrinal-* und die *authentische Interpretation* desselben spricht dafür, dass das Domcapitel die Liste der Candidaten ohne jede Rücksicht auf den Umstand, ob dieselben der Regierung genehm sein können, aufzustellen habe und dass diese nur berechtigt ist, *dieser* Liste ein *gemässigtes Veto* entgegen zu setzen. Nach diesem Uebereinkommen darf das Capitel aus eigenem Recht, also abgesehen von einer weiteren Autorisation des heiligen Stuhles, nur *Eine* Liste zur Kenntniss des Landesherrn bringen und Höchstderselbe kann daraus *nur so viele Candidaten als minder genehm* erklären, *dass aus* der auf der Domcapitelschen Liste *übrig bleibenden Anzahl* der Candidaten das Domcapitel in freier Wahl den neuen Vorsteher *wählen* kann. Das beweist die Geschichte des Uebereinkommens von 1827.

Die Regierungen des Königreichs Württemberg, des Grossherzogthums Baden und Hessen-Darmstadt, des Kurfürstenthums Hessen und des Herzogthums Nassau traten in Frankfurt a./M. am 24. März 1818 zu Conferenzen zusammen, welche später zur Errichtung der oberrheinischen Kirchenprovinz führten. Sie stellten zuerst die »Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in den deutschen Bundesstaaten« fest. Diese »Grundzüge« beruhen ausgesprochener Massen auf den febronianistisch-josephinischen Ideen *v. Wessenberg's*[1]), *Werkmeister's*[2]) und *Koch's*[3]),

1) *Wessenberg,* Die deutsche Kirche, ein Vorschlag zu ihrer Begründung. 1815.

2) *Werkmeister,* Entwurf einer neuen Verfassung der deutschen katholischen Kirche (*Nationalkirche*) in dem deutschen Staatenbunde. 1816.

3) *Koch,* Kirchenrechtliche Untersuchungen über die Grundlage zu den künftigen katholisch-kirchlichen Einrichtungen in Deutschland. 1816.

welche schon früher als der Lehre und der Disciplin der katholischen Kirche widersprechend vom heiligen Stuhle verworfen worden waren [1]). Ein wesentlicher Theil dieser Grundzüge wurde in die von den erwähnten Regierungen im Staatsvertrag vom 7. October 1818 festgestellte »Declaration« an den heiligen Stuhl aufgenommen. Die »Grundzüge,« insbesondere Das, was für die Declaration nicht passend erschien, sind in die »Kirchenpragmatik« vom 14. Juni 1820 eingereiht worden. Ein Theil der Kirchenpragmatik wurde in die Regierungs-Verordnung vom 30. Januar 1830 aufgenommen, während der übrige Theil der »Grundzüge« resp. Kirchenpragmatik in das am 13. Mai 1820 verabredete Bisthums-»Fundations-Instrument« zusammen gefasst wurde.

Die den »Grundzügen« voran gegangenen »Grundsätze« sprechen sich über die Besetzung der Bisthümer so aus; »den Erzbischof und die Bischöfe ernennt der Landesherr in seiner doppelten Eigenschaft als Landesherr und Dotator.« Diese Bestimmung wurde in den »Grundzügen« beibehalten. Dagegen wurde hier das dem Domcapitel in den »Grundsätzen« eingeräumte Vorschlagsrecht dahin modificirt: »Sämmtliche Landdecane der Diöcese wählen aus ihrer Mitte . . . für jeden Fall einer Bischofswahl . . . eine der gesetzlichen Zahl der Domcapitulare gleiche Anzahl von Decanen. . . . Diese bilden mit den Domherren das Wahlcollegium. Vor der Wahl steht dem Landesherrn das . . . Recht zu, die exclusivam zu ertheilen. Die Wahl geschieht in Gegenwart eines landesherrlichen Commissärs auf die . . . Art des canonischen Scrutiniums. Jedes Mitglied der Diöcesangeistlichkeit ist unter Voraussetzung seiner Tauglichkeit wählbar.«

Dieses »Wahlcapitel soll *drei* [2]) taugliche Personen erwählen, aus welchen der Landesherr denjenigen benennt, welcher (vorbehaltlich der päpstlichen oder — »erzbischöflichen Bestätigung«) »die bischöfliche Würde erhält.«

In der »Declaratio [3])« heisst es: »V. Ad antiquam ecclesiae Germanicae disciplinam conservandam promotio ad dignitatem episcopi etiam in posterum per viam electionis fiet.« Ueber die Zusammensetzung des Wahlcollegiums ist hier dasselbe wie in den »Grundzügen« gesagt, ebenso auch über die Zahl der dem Landesherrn zu

1) *v. Longner*, Beiträge zur Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz (Tübingen 1863) S. 408 ff., cf. *Buss*, Wiederherstellung des canon. Rechts (Stuttgart 1853) S. 12 ff.

2) In den „Grundsätzen" hiess es „*vier* Personen."

3) Abgedruckt bei *Longner* a. a. O. S. 632. und in „Deutsche Blätter für Katholiken und Protestanten" (Heidelberg. Winter 1840). IV. Heft S. 75.

designirenden Geistlichen und über dessen »Designation.« Nur das passive Wahlrecht ist dahin erweitert: »per scrutinium . . . eliguntur tres dioecesani viri . . . natione *Germani* indigenae.«

Dieselbe Bestimmung ist auch in die »Kirchenpragmatik« übergegangen mit dem Zusatz, resp. der Abänderung: »§. 19. Das Wahlcollegium« (Domcapitel und Decane) »wählt durch absolute Stimmenmehrheit drei Geistliche aus dem Diöcesanklerus. Unter diesen wird Derjenige als *Bischof proclamirt*, den das *landesherrliche Veto nicht ausschliesst.* Der ganzen Wahlhandlung wird ein landesherrlicher Commissär beiwohnen. §. 20. Zum Bischof kann nur ein Geistlicher gewählt werden, welcher ein Deutscher von Geburt und *Staatsbürger* des Staates, worin sich der erledigte Bischofssitz befindet *oder einer der Staaten ist*, welche sich *zu dieser Diöcese vereinigt haben.*« Die vorgängige landesherrliche Exclusive ist also hier aufgegeben.

Diese Bestimmung (§. 20.) der Kirchenpragmatik[1] ist im §. 15. der Verordnung vom 30. Januar 1830 reproducirt, während das Bisthumsfundations-Instrument vom 16. October 1827 ausser jenem §. *20.* (der mit Art. I. der Bulle ad dom. greg. custod. congruirt) vorschreibt:

»1. So oft der Erzbischöfliche Sitz zu Freiburg erledigt ist, hat das Capitel innerhalb eines Monats vom Erledigungstag an gerechnet, Uns ein Verzeichniss derjenigen *Diöcesangeistlichen* vorzulegen, welche dasselbe für würdig und tauglich hält, der Kirche mit Frömmigkeit und Weisheit vorzustehen. Sollten unter diesen Candidaten Uns *minder angenehme Personen* sich befinden, so wird das Capitel dieselben auf Unsere Erinnerung aus dem Verzeichnisse *streichen.* Hierauf hat das Capitel zur Wahl des neuen Erzbischofs zu schreiten, wobei es verpflichtet ist, nur eine solche Person zu wählen, von welcher es *vor dem* feierlichen *Wahlact* sich die Gewissheit verschafft hat, dass dieselbe . . . Uns *wohlgefällig* sei. Wir behalten Uns vor, zu der Wahlhandlung einen landesherrlichen Commissarius abzuordnen, ohne dessen Zustimmung die Wahl nicht verkündet, noch irgend ein Schritt zu deren Vollziehung geschehen darf.« So sind in das *Fundations-Instrument* von 1827 lediglich die *Grundsätze der Declaration* und *Kirchenpragmatik* von 1818/20 aufgenommen und ist hiernach das in der Bulle von 1827 dem Landesherrn eingeräumte Recht

---

1) Abgedruckt bei *Longner* a. a. O. mit der Verordnung vom 30. Januar 1830. Letztere steht auch in *Walter* fontes jur. eccles. (Bonnae. Marcus. 1862) S. 340. und in dessen Kirchenrecht XII. Aufl. S. 780.

des *beschränkten Veto* in das früher (1820) beanspruchte *Designationsrecht* verwandelt worden. Das dem *heiligen Stuhl vorgelegte Erzbisthumsfundations-Instrument*[1]) vom 23. December 1820 enthält den obigen, im Fundations-Instrument *von 1827 enthaltenen Zusatz betreffs der Wahl nicht.*

Als 1819 die Verhandlungen über die Verhältnisse der oberrheinischen Kirchenprovinz zwischen den betreffenden Regierungen und dem heiligen Stuhl begannen, erwiderte Letzterer auf die berührte Declaration in der berühmten esposizione dei Sentimenti des Cardinals Consalvi vom 10. August 1819[2]):

»13. Diese Bestimmungen (der Declaration) sind der Disciplin der deutschen Kirche zuwider, welche man beibehalten will. Dieser Disciplin gemäss sollen . . . zur Wahl der Bischöfe und Erzbischöfe *nur* allein die wirklichen *Domherren* der bischöfl. und erzbischöfl. Capitel zugelassen werden. . . . Der heilige Vater . . . musste in der neuen Wahlart, . . . die bestimmte Tendenz bemerken, *in der Kirche* einen Geist der Democratie einzuführen . . . um nach und nach . . . auch dem Volke zu den Bischofswahlen Zugang zu verschaffen und alle die Unordnungen wieder zurück zu rufen, welchen abzuhelfen die Kirche gezwungen war.« Das von den Regierungen beanspruchte *Nominationsrecht* »gesteht der heilige Stuhl sogar den katholischen Fürsten nicht als ein der *Krone* anklebendes Recht zu. Ebensowenig könnte er es . . . *protestantischen Fürsten* als eine Folge des Patronatsrechts zugestehen, welches aus der den Bisthümern ausgesetzten Dotation[3]) entspringt. . . . *Akatholiken* können des *Patronatrechts nicht theilhaftig* werden.« Der heilige Stuhl erklärt sich aber bereit, wenn der modus acceptirt werde, dass das Capitel »drei Subjecte wähle, damit Seine Heiligkeit aus denselben den neuen Bischof auswähle, er mit Beobachtung der ihm obliegenden Pflichten alle *Rücksicht* auf denjenigen nehmen werde, zu dessen Gunsten die . . . Souveräns ihm ihre *Wünsche* zu erkennen geben werden — in favore de quale i rispettivi Sovrani le faranno sentire le loro premure.«

---

1) Die Fundation resp. Dotation des Erzbisthums stützt sich auf §. 35. R. D. H., die *vereinbarten* Erectionsbullen und das Fund.-Instr. von *1820*. Denkschrift des oberrhein. Episc. von 1853 S. 102.

2) „Esposizione dei Sentimenti di Sua Santità sulla Dichiarazione de'Principi e Stati Protestanti riuniti della Confederazione Germanica," abgedruckt in: „Die neuesten Grundlagen der teutsch-katholischen Kirchenverfassung" (Stuttgart. Metzler. 1821) S. 354.

3) Die Dotation wurde nicht ex liberalitate und nicht ex patrimon. bonis, sondern kraft Rechtspflicht aus dem säcularisirten Kirchenvermögen gemäss §. 35. R. D. H. gegeben.

Sollte dieser »Vorschlag nicht beliebt werden, so . . . gesteht der heilige Vater diesen Fürsten zu, dass sie, ehe das Capitel zur Wahl schreitet, jene *gemässigte Ausschliessung* (quella moderata exclusione) ausüben können, welche Se. Heiligkeit der brittischen Regierung hinsichtlich der Bisthümer in *Irland* in Gegengabe . . . der *Emancipation* der *Katholiken* zugestehen wollte. In dieser Voraussetzung würde das Capitel, ehe es zur canonischen Wahl schreitet, der Regierung die Liste der Candidaten überreichen, *von welcher* die Regierung diejenigen Subjecte streichen könnte, die ihr weniger genehm wären (Sogétti che gli fossero meno graditi), wenn nur *in der Liste* so viele stehen blieben (purchè ri manesse nella Nota un numero sufficiente per la libera elezione) als zur freien Wahl des Bischofs hinreichend wären.«

In der Antwortsnote der Gesandten der oberrheinischen Regierungen (v. Schmitz-Grollenburg und v. Türkheim) d. d. Rom 3. September 1819[1]) beharrten diese auf dem Mitwahlrecht der Landdecane »doyens ruraux,« weil die neuen Domcapitel nicht mehr so zahlreich besetzt werden »le nombre des chanoines sera trop borné!« Das Designationsrecht der Landesherren wurde ebenfalls aufrecht erhalten, da es *nur* das Recht des *Veto* sei, »en ne reservant pour les princes que le *droit* du *Veto*. Les mots: »designabit eum, qui fiat episcopus« n'ont dû indiquer autre chose.« Die Religion des Landesherrn sei seine persönliche Angelegenheit und könne die Ausübung landesherrlicher Rechte oder des Patronats nicht hindern, welches als dingliches[2]) auf dem Eigenthum beruhe.

Die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz beanspruchten das Recht, *alle* vom Wahlcollegium *vorgeschlagenen Candidaten bis auf Einen zu streichen*[3]). Die Gesandten derselben schlugen deshalb in dieser Note vor, den Artikel V. der Declaration dahin zu modificiren: »ex his fiet episcopus, *quem* summus territorii princeps, *caeteros recusando*, pro tali agnoscit.«

In der Antwort des Cardinals Consalvi vom 24. September 1819 wird die Zulassung der Landdecane zum Wahlcollegium wiederholt zurückgewiesen. Das Nominationsrecht sei auch den katholischen Fürsten nie als Souveränitätsrecht concedirt worden. Von einem

---

1) Abgedruckt in den „neuesten Grundlagen" a. a. O. S. 317.

2) Es fehlt aber an der res, cui annexum *est* juspatr.

3) Der preussische Gesandte Niebuhr sagte in seiner Depesche d. d. Rom 19. Februar 1819 voraus, dass der heilige Stuhl nie darauf eingehen werde, „dem protestantischen Landesherrn die Wahl des Bischofs aus drei vorgeschlagenen Subjecten zu überlassen."

Patronat, welches nur bei beneficia minora zulässig ist, könne hier und ebensowenig von dem Privileg eines *Nominationsrechts* an protestantische Fürsten die Rede sein. Eine factische Nomination d. h. die Berücksichtigung der Wünsche der Regierung bei der Bischofsernennung könne, ähnlich wie bei der Verhandlung Della Genga's mit Württemberg von 1807, zugegeben werden.

Das *beanspruchte Veto,* alle Candidaten bis auf Einen zu streichen sei »*keine Wahl* mehr, sondern *eine nominatio*[1]).« Wenn das Capitel *drei Personen* wählen solle, so müsse die *Auswahl* hieraus dem *heiligen Stuhl* überlassen werden; andernfalls solle das Capitel nur Eine Person wählen, sich aber »vor der Wahl« durch Einreichung der Candidatenliste »überzeugen, welche Person weniger genehm sei, so jedoch, dass eine *hinreichende Zahl* zur *freien Wahl* des Capitels übrig bleibe.« Es werde »nicht möglich sein, dass nicht zum wenigsten drei oder vier Personen unter den Candidaten der Regierung genehm wären.«

So hat also der heilige Stuhl ausgesprochen, dass bei der Wahl des Bischofs durch das Capitel die Regierung *nirgends positiv,* sondern nur negativ dadurch einwirken könne, dass sie einer relativ *begrenzten Anzahl* von *Candidaten* das *passive Wahlrecht entziehe.*

Das ist das s. g. *irische Veto*, wonach das Capitel vor der Wahl *Eine* Candidatenliste der Regierung einreicht, welche diese *bis* auf eine zur Wahl ausreichende Anzahl von Candidaten purificiren kann[2]).

Die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz glaubten damals auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu können. Nach dem Regierungsantritt des Grossherzogs Ludwig von Baden wurden aber von der badischen Regierung *Separatverhandlungen* mit dem heiligen Stuhle geführt, welche schliesslich zum Abschlusse des Uebereinkommens von 1827 führten.

Der heilige Stuhl verwarf in den Noten vom 17. Februar und 23. Juni 1823 die ihm bekannt gewordenen »Grundzüge« und die »Kirchenpragmatik« der oberrheinischen Regierungen[3]).

1) *Mejer,* Das Veto deutscher protestantischer Staatsregierungen gegen katholische Bischofswahlen (Rostock. Stiller. 1868) S. 26. 30.

2) In der betreffenden Note des Cardinals Litta vom 26. April 1815 an Poynter, den apostolischen Vicar in London, heisst es: „Sanctitas Sua non dubitabit permittere, ut ... exhibeant Candidatorum notulam Regiis Ministris, ut Gubernium, si forte quis invisus ... sit, quamprimum, illum indicet ut expungatur, ita tamen, ut numerus sufficiens supersit, ex quo Sanctitas Sua libere ... eligere possit." *Mejer* a. a. O. S. 10. Das Project scheiterte.

3) *v. Longner* a. a. O. S. 522. 556. In dem (im Erzbischöflichen Archiv sich befindlichen) „Memoria del Card. Antonelli ... al Conte de Leiningen, Inviato

Die badische Regierung bevollmächtigte im September 1824 den österreichischen Geschäftsträger in Rom *v. Genotte* — Namens des Grossherzogthums mit dem heiligen Stuhl die Verhandlungen zu Ende zu führen. Dieser sprach in der Note vom 16. Juni 1825 an die vereinten Regierungen das Ultimatum des heiligen Stuhles mit den Worten aus, welche 1827 als Artikel 1. in die Bulle ad dom. gregis custod. aufgenommen wurden. Der badische Bevollmächtigte, Ritter v. Genotte nahm dieses päpstliche Ultimatum einfach und ohne Vorbehalt an. Der badische Minister von Berstett erklärte in der Note vom 8. Juli 1826 an den heiligen Stuhl:

»Der Grossherzoglich Badischen Regierung ist es gelungen, die anderen Höfe zu dem Entschluss zu vereinigen, sich fernerhin *nicht* mehr auf die s. g. *Kirchenpragmatik* zu stützen (de ne plus s'appuyer sur les principes contenus dans la soi-disant Pragmatic) und *darein* zu *willigen*, dass das *Ultimatum wörtlich* in die *Ergänzungsbulle* eingerückt und veröffentlicht werde (de consentir que l'Ultimatum fût inséré litteralement dans la Bulle supplémentaire et publié de même).«

Die Note erwähnt, dass die *»anderen Höfe«* — ein *»ähnliches* Breve wie das an die preussischen Capitel in Betreff der *ersten Bischofswahlen«* wünschen. »Der Grossherzog habe indessen die Höfe von Hessen-Darmstadt, Kassel und Nassau bestimmt, diese *Breven nur in dem Sinne zu begehren, welcher vollkommen* mit *dem Ultimatum übereinstimmt.* Son Altesse Royale a dû se contenter ... d'avoir décidé les Cours de Hesse Darmstadt ... de ne demander ces lettres Apostoliques que dans un sens, qui s'accorde parfaitement avec l'Ultimatum.«

Das *Ultimatum* wurde von der *badischen Regierung »purement* et simplement« *angenommen* und von derselben für Baden die Erlassung *eines Breve's nicht verlangt*, wie solches aus den nachstehenden Worten der berührten, badischen Note hervorgeht: »Le Grand-Duc, mon auguste maître, a insisté sur *l'acceptation pure* et *simple* de *l'Ultimatum* ... Son Altesse m'a chargé de declarer expressement à Votre Eminence, qu'elle est décidée à *accepter* la *bulle supplementaire,* dans laquelle serait *inseré* l'Ultimatum du 16. Juin 1825 ... et de la publier pour ses sujets, persuadée que la Cour de Rome

straordinario di S. Alt. R. il Principe-Reggente di Baden. 5 Giugno 1854" ist eine Note des Card. Consalvi vom 25. Februar 1823 erwähnt, worin der heilige Stuhl „*beharrt* bei *der Darlegung* vom *10. August* und 24. September 1819 und *gegen* die *Kirchenpragmatik protestirt.*"

saura résoudre . . . les difficultés *secondaires*, résultantes de la demande des *autres états* réunis concernant les lettres Apostoliques.« In der Note des Cardinals Antonelli an die badische Regierung vom 5. Juni 1854, in welcher die eben erwähnte vom 8. Juli 1826 inserirt ist, wird noch ausdrücklich hervor gehoben, dass die von den nichtbadischen Regierungen wegen des *Breve's* »erhobenen Schwierigkeiten sich nur auf die *ersten Wahlen* der Bischöfe und Domherren bezogen — che le difficoltà insorte si riferivano unicamente alle prime elezioni dei Vescovi e dei Canonici.«

»In diesem Sinne der unbedingten Annahme des Ultimatums,« dass also *durch* das *Breve* die *Bulle* ad dom. greg. custod. *nicht geändert* werden wolle, »fasste [1]) der heilige Stuhl die gemeinschaftliche Note der oberrheinischen Regierungen vom 4./7. September 1826 auf, da *sie ja* von *Freiherrn v. Berstett mitunterzeichnet* war.« Da »überdies auch die anderen Höfe sich nicht mehr auf die Grundsätze der Pragmatik stützten« d. h. sie aufgegeben hatten; so konnte mit dem in jener Regierungsnote vom 4./7. September ausgesprochenen Wunsche »que le choix ne tombe que sur des personnes, qui aient l'agrément des gouvernements« den Letzteren nur das im Art. 1. der Bulle ad dom. greg. custod. garantirte Recht gewahrt werden wollen [2]).

Dieser rechtlichen Auffassung gab der heilige Stuhl förmlichen Willensausdruck in der *an Baden* gerichteten Note des Cardinal-Staatssecretärs Somaglia vom 8. *Januar 1827:* »Seine Heiligkeit rechnet auf die *unbedingte* und *einfache Annahme* des *Ultimatums,* welche bereits von Sr. Königl. Hoheit dem *Grossherzog geschehen* ist . . . und dass der *Vollzug* der Bulle provida solersque *und der andern*, welche derselben zur *Ergänzung* dienen wird, mit . . . Loyalität und wahrem Interesse für das Wohl der . . . Katholiken geschehen wird. Contando però la Santita Sua sulla *pura* e *simplice* accettazione dell' Ultimatum fattasgià da S. A. R. il Gran Duca, . . . e nella *positiva* certezza, che la publicazione della Bolla Provida solersque, e dell' altera che servira alla medesima di complemento . . . sara fatta . . . con quel sentimento di baltà, e di vero interesse per il bene dei . . . Cattolici.«

Wenn also auch in der *vorhergehenden* Note desselben Cardinals vom 6. *Januar 1827,* in welcher übrigens ebenso constatirt ist, dass

---

1) Aus der Note des Card. Antonelli vom 5. Juni 1854.

2) Wie aus der bad. Note vom 8. Juli 1826 ersichtlich ist, wurde ja das Breve „im Sinne der Bulle" begehrt.

die Regierungen den fraglichen Artikel 1. der Bulle ad dom. greg. custod. acceptirt hätten, ein *ähnliches* Breve wie an die preussischen Capitel in Aussicht gestellt ist; so sollte damit offenbar die Bulle nicht derogirt werden.

Den Wortlaut der Note vom 6. Jan. 1827 kenne ich nicht. Der Ministerialerlass vom 30. Mai 1868 Nr. 7034 gibt hiervon nur einen Auszug [1]). Die Note vom 8. Januar 1827 steht, wie oben angegeben in der Note des Cardinals Antonelli an den badischen Gesandten vom 5. Juni 1854. Sie ist jünger als die vom 6. Januar 1827 und daher entscheidend. Der *heilige Stuhl nahm* also *weder Vorbehalte* noch *Bedingungen* der *Regierungen an* und beharrte lediglich auf der Annahme der Bulle ad dom. greg. cust. Deshalb und da diese ja die Bullen bedingungslos acceptirten, haben sie damit (wie ausdrücklich) auf das in der aufgegeben Kirchenpragmatik verlangte Recht resignirt, dass *nur* eine *persona grata* den *Bischöflichen Stuhl* besteige.

In dem Breve vom 28. Mai 1827 wie es durch obigen Ministerial-Erlass vom 30. Mai 1868 dem Capitel mitgetheilt wurde, ist ebenso dem Capitel zur Pflicht gemacht, gemäss der *Bulle* sein Wahlrecht auszuüben. Die Regierungen haben hiergegen keine Einsprache erhoben. Sie haben zwar erkannt und in der Instruction [2]) für ihren Abgesandten ausgesprochen, die Bulle könne dahin ausgelegt und

1) Dieser Auszug lautet: „ces quatres premiers articles (des Ultimatums oder der Bulle ad dom. greg. cust.) pris dans *leur sens propre* et *naturel* auraient dû convaincre les Princes ... que le Saint Père desire autant qu' Eux, qu'il ne soit porté à l'Episcopat ... que des personnes ... *dignes* et *aptes* à couvrir ces places ... et qui *par cela même soient appréciables par leurs Souverains* et *susceptibles* de leur *agrément* ... Le Saint Père ... veut encore donner aux Princes ... une nouvelle marque d'égards particuliers, en ôtant de son côté et autant que *peut se faire*, toute espèce d'obstacle à un arrangement ..."

„Sa Sainteté *après avoir fait expédier* la Bulle (ad dom. greg. cust.) ... adressera à l'Archévêque et aux Evêques de la province ecclésiastique établie *après concert* entre les hautes parties *par* la susdite *Bulle*... Provida solersque et aux Chapitres de leurs églises un *Bref semblable* à celui que ... Pius VII. adressa dans le mois de Juillet 1821 aux Chapitres des Eglises du royaume de *Prusse*."

2) Die Grossherzogliche Regierung theilte dieser Tage einen Auszug aus der „Instruction" an den „Geschäftsträger" der vereinigten Regierungen (v. Kölle) vom 4. August 1826 auf das päpstliche Ultimatum mit. In jener heisst es: „Es könnten ... sämmtliche Candidaten mit Ausschluss eines Einzigen minus gratae sein und ... wenn *keine Wahl mehr möglich* wäre ... die Liste zur Anfertigung einer anderen zurück gegeben werden müsste. ... Es könnte die Proposition so gedeutet werden, als bezöge sich der Ausdruck minus gratae personae nur auf eine *Comparation* unter den auf die Liste gebrachten ..."

angewendet werden, »dass die Capitel bei einer von ihnen zu treffenden Wahl *nur personas minus* gratas auf die *Wahlliste* setzen.« Es falle also eine unzweideutige[1]) Erklärung des heiligen Stuhles nöthig. Diese wurde aber *nicht* im Sinne der Regierungen *gegeben*. Es wurde dem Verlangen derselben, dass nur eine der Regierung absolut *genehme* Person gewählt werden könne, d. h. dass die zur Wahl erforderlichen Candidaten der Regierung genehm sein müssen, *nicht statt gegeben*. Das *Breve* enthält davon nichts, und die *damit übereinstimmende Bulle* von 1827 *besagt das Gegentheil*.

In der höchsten Zuschrift des Grossherzogs Ludwig an den heiligen Stuhl vom *3. Juni 1827*, in welchem für die Verkündung der *Bulle* vom 11. April 1827 (Ad dom. greg. custod.) gedankt wird, ist *des Breve's* auch *nicht gedacht*. »Die besagte *Bulle*«, heisst es in dieser Zuschrift, »bietet ein glückliches *Ergebniss* unserer Unterhandlung für die Wiederherstellung der Ordnung ... in der katholischen Kirche Süddeutschlands. ... Ich kann den Entschluss der verschiedenen Staaten, welche die Provinz von Freiburg bilden ... Euerer Heiligkeit verbürgen, *getreulich* das *Abkommen* zu *vollziehen*, welches soeben getroffen worden.«

Hiernach ist der Art. 1. der *Bulle* ad dom. greg. custod. das in *vorliegender* Frage massgebende, vertragsmässige Recht. Die Regierungen sind also *nicht berechtigt*, etwas zu *verlangen*, was *in jener Bulle* ihnen *nicht ausdrücklich* zugesichert ist. Sie sind aber noch weniger befugt, die durch den Abschluss des Uebereinkommens *aufgegebenen Ansprüche* geltend zu machen, also zu verlangen, dass der Regierung *angenehme* Candidaten auf die Liste gesetzt oder *nur eine persona Gubernio grata gewählt* werde.

§. 3. 2. Vollzug der Vereinbarung von 1827.

So war die Repristination der Frankfurter »Kirchenpragmatik« durch die Verordnung der vereinigten Regierungen vom 30. Januar 1830[2]) und das cit. Bisthumsfundations-Instrument von 1827 entweder ein rechtlich nichtiger Act oder ein Vertragsbruch. Im ersteren Falle konnten und wollten die Regierungen die cit. Bulle

1) In der „Instruction" steht: „Diese Betrachtungen rechtfertigen das Verlangen der Regierungen, dass jede Undeutlichkeit in diesem Punkte durch eine vollkommen *genaue, keine verschiedenartige Deutung zulassende Erklärung* wie die Note sie bezeichnet, beseitigt werde."

Der Papst möge ein „ähnliches Breve" wie das an die preussischen Capitel erlassen.

2) Abgedruckt bei *Walter*, Kirchenrecht. Bonn 1856. S. 730.

nicht alteriren. Sie ist also die einzig hier massgebende Vorschrift, welche von dem einen Contrahenten nicht einseitig interpretirt werden darf. Im andern Falle kann die Regierung sich nicht auf diese, von ihr selbst verletzte Vereinbarung berufen, von welcher der andere Contrahent gleichfalls zurücktreten kann.

Der heilige Stuhl erliess gegen jene Verordnungen von 1827 und 1830 das bekannte Breve Pervenerat non ita pridem [1]), wodurch er *gegen die Rechtsgültigkeit* dieser einseitigen, *für die Kirche nicht verbindlichen Regierungsacte* [2]) *protestirte:* »Libera est institutione divina, ... intemerata Sponsa ... Christi ... Principes obligata publice fide polliciti sunt, se plane liberam ... Ecclesiam praestaturos ... quod ad plenum jus ... jurisdictionis Episcopalis.« Durch die Note des Cardinals Bernetti vom 5. October 1833 an die badische Regierung wurde »gegen das Edict« vom Jahre 1830 und »*andere gleichartige Acte*« der Regierung protestirt und die »*vollständige Beobachtung* der *getroffenen Uebereinkommen* verlangt ... ed a domandarne la pronta ed assoluta revoca e la piena osservanza delle stipolate convenzioni [3]).« In dem Breve vom 4. December 1843 an den Bischof von Rottenburg wird ebenso die erwähnte *Bestimmung* im *Bisthumsfundations-Instrument* von 1827 als die *Kirche nicht bindend* zurück gewiesen.

Die Regierungs-Entschliessung vom 3. März 1853 auf die Bischöfliche Denkschrift von 1851 erklärte die Vereinbarung von 1827 dahin, es sei Pflicht der Wähler: »nur solche Personen auf den bischöflichen Stuhl oder zu Domcapitularen zu wählen, von welchen sie sich vor dem Wahlact Gewissheit verschafft, dass sie dem Landesherrn *besonders wohlgefällig* seien.« Die Denkschrift des oberrheinischen Episcopats vom 18. Juni 1853 [4]) erwiderte: »die Befugniss, welche die Bulle ad dom. greg. cust. den Landesherren einräumt, besteht in dem Rechte, personae *minus gratae* von der *Candidatenliste* zu streichen, ein — sehr ... weitgehendes, allen Ansprüchen des Staats ... genügendes Recht. Es ist den Bischöfen nicht ge-

---

1) *Walter* a. a. O. S. 733. *Walter*, fontes S. 345.

2) *Mohl*, Staatsrecht des Königreich Württemberg II. S. 535. *Richter*, Kirchenrecht (Leipzig 1858) S. 160. constatiren, dass diese einseitigen, staatlichen Bestimmungen kein Recht erzeugen.

3) Aus der cit. Note des Card. Antonelli von 1854.

4) S. 101. Die Denkschrift erklärt die aus der Verordnung von 1830 und dem Bisthumsfundations-Instrument abgeleitete (noch der Regierungs-Entschliessung von 1853 zu Grund liegende) Mitwirkung der Regierung bei dem *Wahlact* für ebenso unzulässig, als jene Regierungs-Verfügungen.

stattet, dieses Recht zu erweitern. . . . Der Landesherr kann mehr als einen Candidaten streichen . . . jedoch so, dass wie die . . . Bulle . . . stipulirt, *eine für eine wirkliche Wahl zulängliche Zahl* von Candidaten *auf der Liste stehen bleibe. Jede . . . weitere Einwirkung* der Regierungen *auf die Wahlen* müssen wir als rechtlich *unzulässig* und verderblich . . . erklären. . . . Die bei der Constituirung der Bisthümer erlassenen *Breven . . . wiederholen rein* und einfach die *Bestimmungen der . . . Bulle* ad dom. greg. cust. . . ., *ohne irgend etwas zu ändern* oder zuzusetzen. . . . Sie beziehen sich auf die *damalige erste Besetzung*. . . . Sie haben *nicht* die Natur von Gesetzen oder *dispositiven Erlassen*, sondern von . . . *Ermahnungsschreiben.*«

Bei den von 1856—1859 zwischen dem heiligen Stuhle und der Badischen Regierung über die Convention vom 28. Juni 1859 gepflogenen Unterhandlungen erkannte die Letztere auch (wie noch in der cit. Staatsministerial-Entschliessung vom 18. Mai 1868) an, dass für die vorliegende Frage *lediglich* die *Bulle* ad dom. greg. cust. resp. das berührte Breve *massgebend* sei. Deshalb beantragte der Badische Bevollmächtigte (Brunner) [1], dass dem Domcapitel resp. Erzbischof für den Fall, dass »nur personae minus gratae auf die Liste« gesetzt würden »die Vorlage einer neuen Liste« aufgegeben werde. Die Regierung sei in diesem Fall sonst »nicht in den Stand gesetzt, zu verhindern, dass eine ihr nicht genehme Person gewählt werde.« Der Behauptung des Staatsraths Brunner: »durch das Breve wollte der Regierung mehr eingeräumt werden und könne das Capitel nur eine der Regierung *positiv* genehme Person wählen« — trat der päpstliche Bevollmächtigte mit der Erklärung entgegen: »dies sei der Sinn der Breven nicht, diese seien überhaupt nur als *Vollzugsinstruction* der . . . *Bulle* zu betrachten. Letztere sei durch die Breven *nicht geändert* worden.«

Das Ansinnen der Regierung, sie für berechtigt zu erklären, alle Candidaten aus der Liste streichen, eine neue oder ergänzte Liste verlangen zu dürfen, wurde vom heiligen Stuhl abgelehnt. Die Regierung hat also auch hier zugegeben, dass sie gemäss der cit. Bulle so viele Candidaten als *nicht* minder genehm erklären müsse, als zur freien Wahl des Capitels erforderlich sind. Das beweist der Wortlaut des Art. 1. der Convention und der dazu gehörigen päpstlichen Instruction vom 28. Juni 1859, wonach an der Bulle und den

1) So wurde uns von einer Seite mitgetheilt, welche bei den Verhandlungen betheiligt war.

Breven von 1827 »in dem *Sinne* festgehalten werden soll, welchen die *Worte* geben.«

An diesem Rechtsverhältnisse konnte und wollte das badische Gesetz vom 9. October 1860, wodurch die Convention von 1859 beseitigt wurde, nichts ändern. Vielmehr hat dasselbe (§. 17.) die gegen die Freiheit der Kirche erlassenen *Verordnungen* (Kirchenpragmatik, Verordnung von 1830 und die daraus abfliessenden Bestimmungen des Bisthumsfundations-Instruments) *aufgehoben*. Gemäss §. 8. des Gesetzes vom 9. October 1860 hat die Kirche die Kirchenämter frei zu besetzen, »unbeschadet der auf . . . *Rechtstiteln* beruhenden *Befugnisse*.« Der einzige Rechtstitel für die Mitwirkung der Regierung bei der Bischofswahl ist aber die Vereinbarung von 1827.

§. 4. 3. Interpretation der Vereinbarung von 1827.

Das Gesetz vom 9. October 1860 (§. 7.) garantirt in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Staats- und Kirchenrecht[1]) die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche, die kirchlichen Angelegenheiten zu ordnen und zu verwalten. Daraus, wie aus dem in kirchlichen Rechtsverhältnissen massgebenden Kirchenrecht folgt, dass die Kirchenämter durch die Kirche verliehen werden. (§. 8. des Gesetzes vom 9. October 1860.)

Die Freiheit der kirchlichen Aemterbesetzung folgt aber auch aus dem jetzigen Verhältnisse zwischen der Kirche und den »modernen Staaten« Deutschlands. Diese sind keine *confessionell*-christlichen mehr, weil die Gesetze, Einrichtungen und Handlungen des »Staats« den christlichen Principien nicht mehr angepasst werden[2]). Dem positiven Christenthum als solchem wird kein Einfluss auf politische oder bürgerliche Verhältnisse gestattet. In den Motiven der Badischen Regierung zum neuen Schulgesetz von 1868 spricht Hochdieselbe geradezu das Princip der *Trennung des Staats von der Kirche* aus.

Das daraus folgende Correlat der *allgemeinen freien Religionsübung* und Bekenntnissfreiheit ist allgemein anerkannt. Es ist jeder antichristlichen Secte gestattet, ihre Angelegenheiten frei vom Staate zu besorgen, nach ihrer Ueberzeugung zu leben, sofern sie mit den Strafgesetzen nicht in Conflict kommt und ihre Vorsteher frei zu wählen. Hieraus, sowie aus dem *jetzt* bestehenden Vereinsrecht folgt,

---

1) *Schulte*, Quellen des Kirchenrechts (Giessen 1860.) S. 396. *Zöpfl*, Staatsrecht (Heidelberg 1855.) I. S. 134. II. S. 831 ff.

2) *Bluntschli*, Staatsrecht I. S. 535.

dass die katholische Kirche die *gleiche Freiheit* haben muss, *nach ihrer Verfassung* ihre Vorsteher zu bestellen[1]). Es folgt ferner daraus, dass alle Rechte, welche der Staat auf Grund der früheren nicht mehr bestehenden Verhältnisse, der früheren Verbindung von Kirche und Staat und des aufgehobenen Systems der Staatsbevormundung über kirchliche Verhältnisse ausgeübt hat, jetzt entfallen. Der »moderne Staat« kann seinem Wesen nach *nur politische* und *bürgerliche Rechte, nicht* aber *kirchliche Befugnisse* ausüben. Es steht ihm also *keine Mitwirkung* bei Besetzung der *kirchlichen Aemter* zu[2]).

Sieht man aber auch von der seit 1827 durchaus veränderten Stellung des Staates gegenüber der Kirche und — den Staatsbürgern ab; so kömmt man dennoch zu dem Resultat, dass die Regierung bei der Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles nur ein relatives, beschränktes Veto hat.

Die Besetzung dieses Kirchenamts steht nach dem bestehenden Recht dem heiligen Stuhle zu[3]), wenn nicht durch Herkommen oder päpstliches Privileg dem Capitel das Wahl-, katholischen Fürsten ein Nominations- oder akatholischen Regierungen ein sonstiges Mitwirkungsrecht hiebei eingeräumt wurde. Eines solchen Privilegs bedurfte also die Regierung, da die Regel die freie Besetzung der Kirchenämter durch die Kirche ist[4]). Sie konnte und kann sich dieses nicht durch eine staatliche Bestimmung, sondern nur durch die Concession der Kirche verschaffen, weil der Staat wohlerworbene Rechte achten muss und nur die Kirche über kirchliche Verhältnisse verfügen kann.

Hiernach, wie nach dem früher Gesagten, kann also die Regierung ihre Mitwirkung bei Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles nur auf das Uebereinkommen mit dem Papst, auf das von dem heiligen Stuhl in der Bulle ad dom. greg. cust. concedirte *Privileg* stützen.

Die betreffende Stelle dieser Bulle lautet nach der officiellen[5]) Uebersetzung:

»So oft der erzbischöfliche . . . Sitz erledigt sein wird, wird das

---

1) *Bluntschli*, Staatsrecht I. S. 252 ff.

2) *Walter*, Naturrecht und Politik (Bonn 1863.) S. 485.: „Die Freiheit der Kirche bezieht sich nicht blos auf ihre Lehre ... sie muss für die Disciplin ..., die Einsetzung der Aemter, die Anstellung der Kirchenbeamten ... gelten."

3) *Ferraris*, prompt. bibl. s. v. „Episcopus" Art. II.

4) Cit. §. 8. Ges. vom 9. October 1860.

5) Regierungs-Blatt 1827 S. 235.

Capitel der betreffenden Cathedralkirche Sorge tragen, dass innerhalb eines Monats vom Tag der Erledigung an gerechnet, die Landesfürsten des betreffenden Gebiets von den Namen der zu dem Diöcesan-Klerus gehörigen Candidaten, welche dasselbe nach den canonischen Vorschriften würdig und tauglich erachtet, die erzbischöfliche ... Kirche fromm und weise zu regieren, in Kenntniss gesetzt werden. Wenn aber vielleicht *einer* von diesen Candidaten dem Landesfürsten *minder angenehm* sein möchte (si forte vero aliquis ex Candidatis ipsi summo Territorii Principi minus gratus extiterit); so wird das Capitel ihn aus dem Verzeichniss streichen; nur muss die *übrig bleibende Anzahl* der Candidaten *noch hinreichend sein*, dass aus ihr der neue Vorsteher gewählt werden könne. Dann aber wird das Capitel zur *canonischen Wahl eines* aus den *noch übrigen Candidaten* zum Erzbischof ... nach den *gewöhnlichen canonischen Formen vorschreiten.*«

Nach dieser klaren Bestimmung darf das Capitel

1) nur *Eine* nach obiger Vorschrift angefertigte Liste dem Landesherrn vorlegen,

2) der Landesherr hat kein weiteres oder anderes Recht, als so viele Candidaten aus dieser (Einen) Liste zu streichen, dass aus den übrig gebliebenen, nicht als personae minus gratae erklärten Candida*ten* das Capitel noch frei den Erzbischof wählen kann. Er hat also kein absolutes sondern nur ein relatives Veto und darf nicht alle oder nicht alle Candidaten bis auf Einen streichen. Er darf nur die von der Bulle statuirte Anzahl als weniger genehm, muss also die zur Wahl erforderliche Anzahl als nicht weniger genehm erklären.

3) Das Capitel ist also nicht verpflichtet resp. nicht befugt, die Liste zu ergänzen oder eine neue Liste vorzulegen, oder gar nur personae gratae auf die Liste zu setzen; sondern nur, aus den vom Landesherrn »übrig« zu lassenden, also nicht als personae minus gratae zu erklärenden Candidaten den Erzbischof frei zu wählen.

Diese Interpretation entspricht nicht blos dem *Wortlaut,* sondern auch dem *Grund* und *Geiste* des Gesetzes. Es muss unterstellt werden, dass der Gesetzgeber oder die Contrahenten sich richtig ausgedrückt haben, dass sie dasjenige sagen wollten, was durch die Worte dieser Bestimmung bezeichnet ist [1]).

Es versteht sich von selbst, dass die von den Contrahenten ihren Vertretern ertheilte *Instruction,* der dem andern Contrahenten nicht erklärte oder von diesem nicht acceptirte Wille des einen

---

1) L. 25. §. 1. de leg. III. (1, 32.) l. 6. §. 1. de V. S. 50, 16.

nicht massgebend ist[1]). Das gilt insbesondere von der cit. Instruction vom 4. August 1826, mit welcher die badischen Separatnoten vom 8. Juli 1826 und 3. Juni 1827 nicht übereinstimmen. Ebenso ist es eine bekannte Regel der logischen Interpretation, dass der Sinn des Sprechenden[2]), also hier des Papstes, von welchem Bulle und Breve ausging, von Bedeutung ist. Der heilige Stuhl hat sich aber ganz klar ausgesprochen, dass er keine positive, sondern nur eine negative Mitwirkung, kein Nominations- sondern nur ein bedingtes Exclusionsrecht der Regierung sulasse. Diese hat es nicht erreicht, dass das Capitel nur genehme Personen auf die Liste zu setzen, nur eine genehme Person zu wählen, sich über eine solche mit der Regierung (etwa durch *Vorlage mehrerer Listen*) zu verständigen habe. Diese Ansinnen wurden vom heiligen Stuhl nicht acceptirt. Trotzdem und obgleich die dem Begehren der vereinigten Regierungen nicht entsprechende Bestimmung in der Bulle steht, hat die Regierung sie *pure* angenommen. Sie hat durch diese Handlung auf ihren Anspruch, dass eine persona Gubernio grata gewählt werden müsse, stillschweigend verzichtet[3]). Sie hat zugestimmt, dass ihr nur das in der Bulle begrenzte Recht, *einen Theil der Candidaten zu streichen*, im Uebrigen aber dem Capitel das selbstständige Wahlrecht zustehe. Das ist auch die *ausgesprochene* Absicht des heiligen Stuhles, von welchem als dem Concedenten präsumirt wird, dass er mit aller Vorsicht[4]), also *für die Freiheit* der Kirche gehandelt und sich demgemäss in der Bulle, und resp. dem Breve von 1827 ausgesprochen habe.

Würde man mit der Regierung das Capitel für verpflichtet halten, so lange eine neue Liste vorzulegen oder dieselbe zu ergänzen, bis die Regierung drei ihr genehme Personen auf der Liste belassen würde; so hätte diese gerade das ihr vom heiligen Stuhl verweigerte positive Mitwirkungsrecht resp. ein unbeschränktes Veto. Wenn das Capitel nur der Regierung angenehme Personen auf die Liste setzen und wählen darf; so ist seine *Wahl illusorisch* und die Regierung hat in der That das Nominationsrecht. Gerade dieses Recht wurde ihr aber ausdrücklich verweigert.

Könnte das Domcapitel angehalten werden, nicht blos »aliquis« irgend einen aus den Candidaten, sondern alle, oder alle bis auf

1) *Puchta*, Pandecten §. 64., l. 54. de Obl. et act. 44, 7.; Cod. IV. 22.: „plus valere quod agitur, quam quod simulate concipitur."

2) L. 96. de R. J. l. 66. de judic.

3) *Savigny*, System III. §. 131. l. 142. de R. J. 50, 17.

4) L. 67. de R. J. 50, 17.

Einen zu streichen; so würde dies den Wortlaut und den Sinn der Bulle geradezu umkehren[1]). Das Domcapitel hätte dann, insbesondere wenn und weil es eine andere, durch fremde Einwirkung erzeugte Liste aufstellen müsste, nicht mehr das Recht, einen auf *seiner* Liste befindlichen Candidaten zu wählen. Es müsste *nicht den Mann seiner Wahl*, sondern den direct oder indirect von der Regierung gewollten, »wählen.« Ja es wäre dies keine »canonische Wahl« mehr; da diese nur aus der Ueberzeugung der *Wähler* hervorgehen kann.

Qui dicit de uno, negat de altero. Wenn die Regierung nur »aliquis« irgend einen, oder »einen oder den andern« der Candidaten streichen kann; so folgt daraus, wie aus dem *Schluss* der citirten Stelle, dass sie noch einige, und zwar die zur freien Wahl erforderliche Anzahl von Candidaten auf der vom *Domcapitel* aufgestellten Liste stehen lassen muss.

Ueberdies werden Rechtsgeschäfte gegen denjenigen interpretirt, der sich etwas bedingt[2]) — in dubio pro libertate, zum Vortheil des Verpflichteten[3]) und gegen den Antragsteller[4]). Es war also Sache der (und spricht deshalb gegen die) Regierung, für die ihrem Verlangen entsprechende Fassung des Uebereinkommens zu sorgen. Ihre Absicht, ja der von ihr vor oder nach der Uebereinkunft einseitig ausgesprochene Wille, als der nur des Einen Contrahenten, kann dem Wortlaut und Sinn des *Uebereinkommens* nicht derogiren[5]).

Wenn also hiernach die Regierung nur eine beschränkte Anzahl der auf der Liste des Domcapitels befindlichen Candidaten als »*weniger genehm*« erklären darf, so folgt argumento e contrario, dass sie die zur freien Wahl des Capitels erforderliche Anzahl der vom Capitel aufgestellten Candidaten als »*nicht weniger genehm*« erklären muss. Sie ist nicht berechtigt, direct oder indirect zu verlangen, dass ihr *positiv genehme* Personen auf die Liste gesetzt, oder *gewählt* werden.

Das ist durch legale Interpretation des heiligen Stuhles gegenüber der Nassauer Regierung 1841 entschieden worden[6]), welche sich

1) L. 41. 80. de V. O. 45, 1.

2) L. 34. d. R. J.

3) L. 38. §. 18. d. V. O. 45, 1., l. 179. de R. J.

4) L. 39. de pact. 2, 14.

5) L. 99. de V. O.

6) Das Breve des Card. Lambruschini vom 17. September 1841 an das Domcapitel in Limburg ist abgedruckt im „Katholik" (Mainz, Kirchheim. 1842.)

bei dieser beruhigt und auf die unmittelbar darauf folgende Wahl nicht eingewirkt hat.

Es geht auch hieraus hervor, dass der Regierung keinerlei directe Einwirkung auf die Aufstellung der Liste und die Wahl, sondern nur das Recht zusteht, eine *beschränkte* Anzahl von Candidaten aus der Liste zu entfernen.

§. 5. 4. Das Breve vom 28. Mai 1827.

Ein weiter gehendes Recht hat das Breve vom 28. Mai 1827 der Regierung nicht eingeräumt.

Im Archiv oder in der Registratur des Erzbischöflichen Domcapitels in Freiburg, und ebenso bei den Domcapiteln von Mainz und Limburg[1]) findet sich dieses Breve nicht vor. Das bei *Longner* (Beiträge etc. S. 602.) abgedruckte Breve an das Domcapitel von *Rottenburg* ist aber im dortigen Archiv aufbewahrt. Es ist ein in feierlicher Form ausgefertigtes Breve, mit der eingenhändigen Unter-

---

Bd. 83. S. XVII—XXI. und lautet: „Deputatus a ducali Gubernio, in electionis, de quo agitur, negotio ... postquam *praeter sensum* omnino enuntiatae Constitutionis (Leonis XII. ann. 1827 in id vulgatae) ... *praesens* interfuisset confectioni elenchi Candidatorum atque insuper pridie ante electionem Ser. Ducis voluntatem declarasset de delendis DD. Bohn, H. u. H. tanquam ipsi Duci minus gratis ... retulerit, Celsitudinem Suam satisfacere judicasse desiderio Dni. Foelix ... Broenner, Haas et Schütz, qui ... ab episcopali officio ... alienos se praebuerint ... A celsissimo Principe speciale hoc accepisse mandatum manifestandi Capitulo, quod in electione ... ex *duobus candidatis* ... nempe ... parocho Petro Mohr, aut parocho Petro Josepho Blum, unum in Episcopum eligere vellent .... Ser. Ducis ... mandato ... Capitulum fuisse adactum, ut inter *duos* tantummodo eosque praesignatos, electionem suam contineret."

„Id autem, quo minus cum sacrorum Canonum praedictaeque *Constitutionis* praescripto cohaeret, eo magis electorum libertatem, laedere, et celebratam laicae potestatis abusu electionem redolere nemo unus non videt. Quid vero ... Parochus P. J. Blum a Capitulo ... interrogatus ... in ipsa electione ineunda ... declaravit, se nequaquam idoneum ... ad tantum onus ferendum existimare ... illud suscipere non posse; qua declaratione data DD. Capitulares eum amplius eligere noluerunt. Illuc adducta res est, ut ... suffragia in unum ... virum, ... Mohr unice ex Candidatorum albo superstitem, *necessario* deberent intendere ... Mohr a ven. Capitulo ... interrogatus declaravit ... si Capitulares eum electuri essent in Episcopum L. votis ipsorum se assensurum. ... Ob *suspicionem ambitus* ... et electionem factam *abusu* laicae potestatis Electus nullo modo apostolicae Sedi probatus esse posset.

Sanctiss. Dominus ... censuit *indulgendum*, ut Capitulum *novo* Candidatorum *elencho* ante confecto, ad aliam electionem ... valeat procedere.

Sanctissimus merito confidit, per Serenissimum Nassoviensem Ducem cautum omnino fore, ne suo nomine *electionis libertati ullatenus detrahatur*."

1) Das beweisen die neuesten, dem Domcapitel in Freiburg zugekommenen Notizen aus Limburg und Mainz.

schrift »Leo P. P. XII.« versehen und datirt — »Romae die 22. *Martii* anno *1828.*«

Der Auszug, welchen *v. Longner*[1]) und *Mejer*[2]) aus dem angeblich an die Domcapitel von Freiburg und Limburg gerichteten Breve vom *28. Mai 1827*, mittheilt, ist aus den »Blättern für Protestanten und Katholiken.« (Heidelberg, 1840.) IV. Heft. S. 104. entnommen. Auch hier befindet sich ein blosser Auszug ohne Quellenangabe, so dass dieser auch dem Breve an das Domcapitel in Rottenburg entnommen sein *kann.*

Das auf Seite 101. ebendaselbst abgedruckte Breve an den Erzbischof (Boll) von Freiburg vom 21. Mai 1824 (soll heissen 18*27*) befindet sich dagegen in legaler Ausfertigung im Erzbischöflichen Archiv Freiburg. Es handelt von den *ersten* Wahlen: »commendamus ... ut quae Apostol. litteris ... ad dom. greg. custod. decrevimus religiosissime servari enitaris ... *prima* ... *vice eligere* ... Canonicos ... id ob oculos habendum ... ut eligendi ... pietate ... effulgeant, neque sint Serenissimo Principi *minus grati.*« ...

Die Abschrift des Breve's von 1827, welche durch Erlass Gr. Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1868 dem Erzb. Domcapitel mitgetheilt wurde, ist keiner Ausfertigung, sondern einem *nicht unterfertigten Concept* oder *Project des* fraglichen *Breve's* entnommen[3]).

---

1) *v. Longner,* Beiträge S. 652.

2) *Mejer,* Das Veto S. 31.

3) Das geht aus dem nachstehenden Abdruck dieser Regier.-Abschrift hervor:

*Dilectis filiis Decano et Canonicis Archiepiscopalis Ecclesiae Friburgensis**).

Eodem exemplo
Dilectis Filiis Decano et Canonicis
Ecclesiae cathedralis Limburgensis.

Leo P. P. XII.

Dilecti Filii salutem et Apostolicam Benedictionem.

Capitulo Limburgensi scribatur: Re Sacra isthic pro locorum conditione ordinata Episcopum vobis Superiori in Consistorio praefecimus ven: Fratrem Jacobum Brand. Mandatum etc.

Re Sacra isthic pro locorum conditione ordinata Archiepiscopum Superiori in Consistorio Vobis praefecimus venerabilem fratrem Bernardum Boll.

---

*) Dieser Passus und die Worte: „eodem exemplo“ bis „mandatum etc.“ stehen in dem an das Domcapitel in Rottenburg gerichteten Breve nicht.

In der inzwischen aus Rom erhaltenen Abschrift dieses Breve's stehen die Worte: „Dilectis filiis“ bis „Friburgensis,“ dagegen fehlt selbstverständlich der Passus: „Eodem exemplo“ bis „Limburgensis,“ und ebenso der am Rand gedruckte von: „Cap. Limb.“ bis „Mandatum etc.“

Aus dieser Abschrift geht hervor, dass das Capitel gemäss und wie in der Bulle von 1827 vor der Wahl sich vergewissern soll, welche personae — minus gratae seien.

Wir wollen davon absehen, ob dieses Breve wirklich eröffnet wurde[1]), und ob ihm nicht die materiellen Erfordernisse eines perfecten, *zweiseitigen* fehlen[2]). Diese Erfordernisse finden sich bei dem Art. 1. der Bulle ad dom. greg. cust. und ebenso z. B. bei der Instruction des heiligen Stuhls an den Erzbischof von Freiburg vom 28. Juni 1859 vor. Beide Verträge wurden auch von den beiderseitigen Contrahenten promulgirt. Sie wurden ihrem Wortlaut nach vor ihrer Erlassung und Verkündigung *der Regierung zur Annahme* mitgetheilt und ausdrücklich acceptirt. Letzteres ist wenigstens nicht nachweislich[3]) mit dem fraglichen Breve geschehen. Der heilige

---

Mandatum vero Eidem dedimus, ut juxta felicis recordationis Praedecessoris Nostri Constitutionem = *Provida solersque* = nec non juxta ea, quae Nostris Litteris, quarum initium = *Ad Dominici Gregis custodiam* = sancita fuere, vestrum Collegium constitua. Suo ipsum jam perfunctum officio censentes, scribimus ad Vos ut excitatam expectationem pro delati muneris gravitate sustinere, caeterisque integritate vitae, ac sedula sacrorum procuratione anteire contendatis. Cum autem per memoratas Apostolicas litteras (Bulle) privilegium Antistitem eligendi statis quibusdam legibus vobis detulerimus, id etiam speciatim Vos admonitos volumus, ut gravissima hac in actione gloriam omnipotentis Dei, Religionis utilitates, incolumitatem gregis, aeternam salutem Vestram revolvatis animo = alienis enim vos peccatis communicaretis, dicimus cum Tridentinis Patribus = nisi quos digniores et Ecclesiae magis utiles judicaveritis, non quidem precibus, vel humano affectu, aut ambientium suggestionibus, sed eorum exigentibus meritis praefici diligenter curetis [. = Cum porro ex Ivonis Carnotensis monitu, *florere*]*) inspiciatur et *fructificare* Ecclesia, quando *Regnum et Sacerdotium inter se conveniunt*, Vestrum erit partium, eos adsciscere, quos ante solemnem electionis actum noveritis, praeter qualitates caeteras ecclesiastico jure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari nec Serenissimo Principi minus gratos esse. Id ob oculos habeatis opus est, quando etiam juxta sancitas in iisdem Nostris Litteris conditiones jus erit Vobis Collegas eligendi. Confidimus sane mandatis hisce Nostris, quae et populi istius universi vota sunt, apprime Vos esse obtemperaturos, idque a Vestra in Nos fide atque observantia certo praestolamur. Vobis interim, Dilecti Filii, Apostolicam Benedictionem ex animo impertimur.

Datum Romae apud Sanctum Petrum die XXVIII. Maji anno 1827. Pontificatus Nostri anno IV.**)

1) *Schulte*, Quellen S. 76. 156. c. 19. X. de priv.

2) *Puchta*, Pandecten S. 369.

3) Privilegien müssen *ausdrücklich* acceptirt werden: beneficia non obtruduntur l. 69. R. J. c. 6. X. de priv. 5, 33.

---

*) Die eingeklammerte Stelle ist von uns aus dem Rottenburger Breve entnommen und zu Obigem zugesetzt. Sie steht auch in der Seite 287 Note * berührten, authentischen, römischen Abschrift, welche mit obigem Text genau übereinstimmt.

**) Die Unterschrift Leo P. P. XII. fehlt. Im Rottenburger Breve steht sie.

Stuhl hat nur die Erlassung eines *ähnlichen* Breve's wie das an die westpreussischen Bischöfe in Aussicht gestellt.

Wenn wir auch das Breve als rechtsbeständig betrachten, so folgt daraus für die Regierung kein weiteres Recht, als es die cit. Bulle gewährt. Die nichtbadischen Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz verlangten, wie wir gesehen, die Zusicherung, dass das Capitel eine der Regierung angenehme Person [1]) wähle. Dieses Begehren weist aber die oben erwähnte päpstliche Note vom 6./8. Januar 1827 zurück. Sie besteht auf der unbedingten Annahme der Bulle, wonach diese positive Mitwirkung der Regierung ausgeschlossen ist.

Dem *Begehren* der *Erlassung eines Breve's* wie es für die übrigen Regierungen von Seiten der badischen Regierung in der badischen Note vom 8. Juli 1826 und in der Note der vereinigten Regierungen vom 4./7. September 1826 erhoben wurde, ist aber zugleich beigefügt, dass es mit *der Bulle übereinstimmen*, also das hier schon gewahrte Recht der Regierung nicht erweitert werden solle. Der heilige Stuhl bestand jedenfalls noch in der Note vom 8. Januar 1827 auf der unbedingten Annahme der Bulle ad dom. greg. cust. und diese erfolgte durch die badischen Noten vom 8. Juli 1826 und 3. Juni 1827.

Entweder haben also die Regierungen begehrt und der heilige Stuhl hat consentirt, dass das Breve nur das in der Bulle gewahrte Recht der Regierung dem Domcapitel zur Beachtung einschärfe, oder sie haben sich mit ihrem in der Bulle gewahrten Rechte, nicht begnügt und ein derselben *irgendwie derogirendes*, d. h. *ein weiteres* [2]) Recht verlangt. Im ersten Falle ist unsere Interpretation des Breve's richtig [3]). Im zweiten fehlt es am consensus, weil der heilige Stuhl ja stets erklärte und erklärt, dass die Bulle einfach unbedingt gelten müsse, derselben also nicht derogirt werden dürfe.

Die Geschichte, der Wortlaut und der Sinn des Breve's vom 28. Mai 1827 und der Noten vom 6./8. Januar 1827 spricht dafür, dass dasselbe eine zum *Vollzug* der *Bullen*, speciell über die erfor-

---

1) Die Note vom 6. Januar 1827 sagt, die für das fragliche Kirchenamt würdigen und tauglichen Personen sollten wegen dieser kirchlichen Eigenschaften der Regierung genehm sein.

2) Von einer „Lücke" der Bulle, welche das Recht klar begrenzt, kann hier nicht die Rede sein. Das absolute Veto *derogirt* aber die Bulle!

3) Deshalb hat auch Hannover sich mit den Bestimmungen der Bulle: Impensa Romanorum vom 26. März 1824, welche im Art. XIII. dieselbe Bestimmung wie der Art. 1. der Bulle ad dom. greg. cust. enthält, begnügt und kein Breve verlangt. Die oberrheinischen Regierungen verlangten aber nur dieselben Verhältnisse wie in Hannover.

derlichen *Eigenschaften* des zu *Wählenden* vom heiligen Stuhl *erlassene Instruction* ist.

Das Breve selbst räumt der Regierung kein weiteres Recht als die Bulle ad dom. greg. cust. ein, *wiederholt* vielmehr *die Worte* der *letzteren,* dass keine persona minus grata gewählt werden solle. Es sagt aber nicht, dass die Regierung alle auf der Liste befindlichen Candidaten als personae minus gratae erklären dürfe. Es sagt auch nicht, dass nur eine persona grata gewählt werden dürfe, sondern weist auf die Bulle hin, wodurch das Verfahren und das Recht der Regierung und des Capitels definirt ist.

Eine positive Mitwirkung der Regierung, z. B. die Bezeichnung von personae gratae ist canonisch unzulässig [1]). Ebenso uncanonisch, weil gleichbedeutend, ist das absolute Veto der Regierung. Das Breve lässt deshalb nur das relative, *begrenzte* Veto zu.

Das Breve ist als neuere Bestimmung im Zweifel in dem Sinn zu interpretiren, in welchem es am wenigstens von der älteren (der Bulle) abweicht [2]). Das gilt insbesondere hier, weil auch bei der Zusage des Breve's die Bulle als gültig erklärt wurde und weil, wie erwähnt, das Breve gegen die dadurch begünstigte Regierung, gegen den Bedingenden ausgelegt wird. Die Imputation, dass der Papst gleichzeitig zwei sich widersprechende Bestimmungen (in der Bulle und dem Breve) erlassen habe, ist ohnehin rechtlich unzulässig [3]).

Wie erwähnt ist das Breve eine Vollzugsinstruction. Die Bulle ad dom. greg. cust. ist das Gesetz. Eine Vollzugsmassregel darf aber dem Gesetz nicht widersprechen [4]), das *Breve* kann also *der Bulle* nicht derogiren.

Das Breve spricht sich nur im *Allgemeinen* darüber aus, dass das Capitel sich vor der Wahl vergewissern solle, dass die Wahlcandidaten dem Landesfürsten nicht weniger genehm seien. Den modus über dieses Vergewissern, die Zahl, welche der Landesherr als minder genehm erklären kann, also gerade *das in Frage stehende Recht bestimmt nicht das Breve, sondern die Bulle.* Diese ist also für unsere Frage die *specielle,* das Breve aber die generelle Bestimmung; folglich [5]) ist die durch den Art. 1. der genannten Bulle getroffene Disposition der des Breve's vorzuziehen, das *Breve ist der Bulle gemäss anzuwenden.*

---

1) C. 14. X. h. t. de elect. 1, 6.
2) L. 35. C. de inoff. test. 3, 28.
3) *Thibaut,* Pandecten §. 35 ff.
4) C. 42. de reg. jur., in VI. 5, 12. *Zöpfl,* Staatsrecht §. 438 ff.
5) L. 80. de R. J.

In der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821 ist keine Bestimmung über die Mitwirkung der *preussischen* Regierung bei den Wahlen der Capitel enthalten. Dagegen hat die preussische Regierung mit dem heiligen Stuhl das Breve[1]) vom 16. Juli 1821 *vereinbart*, wodurch die westpreussischen Capitel verpflichtet werden, sich vor der Wahl zu vergewissern, dass sie keine dem Könige minder genehme Personen wählen. Es ist also hier den Capiteln überlassen, der Regierung eine Liste vorzulegen, oder über Einzelne mit ihr in's Benehmen zu treten. Die Capitel sind an die vorgelegte Liste nicht gebunden, wie die der oberrheinischen Kirchenprovinz. Die Regierungen der Letzteren haben also ein grösseres und wirksameres Recht bezüglich der Liste. Aus diesem Recht folgt aber auch die Pflicht, bei der *einmal* als in *gültiger Form conficirt anerkannten Liste zu beharren* und *daraus* nur die vorgeschriebene Anzahl zu streichen. In den westpreussischen Bisthümern ist das Recht der Regierung nur *allgemein* durch das berührte Breve, welches mit dem vom 28. Mai 1827 *übereinstimmt*, begrenzt. In der oberrheinischen Kirchenprovinz ist es durch *die Bulle speciell* definirt. In Preussen ist deshalb die Definition über das *Recht* der *Regierung* bezüglich der minder genehmen Personen *streitig*[2]), in Baden aber durch die das Breve ergänzende Bulle *entschieden*. Preussen hat das sogenannte *irische Veto* nicht[3]), Baden hat es aber *angenommen*.

Wie erwähnt, ist sowohl das Wahlrecht des Freiburger[4]) Domcapitels als die berührte Mitwirkung der Regierung ein Privileg des heiligen Stuhles. Im Zweifel wird aber gegen ein solches singuläres Recht interpretirt und darf es *nicht ausgedehnt* werden[5]). Es ist ebenso ein juristisches Axiom, dass jede Obligation mit deren Erfüllung oder Ausübung erlischt[6]).

Die Liste, aus welcher die Regierung zu streichen, das Domcapitel zu wählen berechtigt resp. verpflichtet ist, bildet einen integrirenden Theil des Wahlacts. Bekanntlich darf aber kein Theil einer nach kirchlicher Vorschrift celebrirten resp. promulgirten cano-

---

1) Abgedruckt bei *Walter*, fontes jur. eccles. (Bonnae, Marcus. 1862.) S. 262. und im *Archiv* für kathol. Kirchenrecht (Innsbruck, 1861) Bd. VI. S. 169.

2) *Mejer* a. a. O. S. 1. 51. stellt den neuesten Streit hierüber bei der jüngsten Kölner Erzbischofswahl dar.

3) *Mejer*, Das Veto ... S. 49.

4) Da dieses Recht erst 1827 und zwar ausdrücklich als Privileg (also nicht auf Herkommen beruhend) vom heiligen Stuhl constituirt wurde.

5) C. 15. X. de verb. sign. 5, 40., l. 14. de leg. 1, 3., l. 141, 142. R. J. c. 1. de const. in VI. 1, 2.

6) *Puchta*, Pandecten S. 351.

nischen Wahl wiederholt oder abgeändert werden[1]). So steht einer kirchlichen Corporation auch das jus variandi nicht zu. Das Domcapitel hat nur das Privileg, *Eine gültige* Liste der Regierung mitzutheilen. Nach bestehendem Recht ist dem Capitel, wenn es eine ungültige Wahl vorgenommen hat, nur kraft des im Art. 3. der Bulle ad dom. greg. cust. verliehenen Privilegs gestattet, noch einmal zu wählen. Exceptio firmat regulam. Es hat also nicht das Recht[2]), folglich auch *nicht die Pflicht*, die der *Regierung* mitgetheilte, als *legal anerkannte* und *acceptirte Liste* der Candidaten *abzuändern*, aufzuheben *oder* zu *ergänzen*. Die Regierung anerkennt die Legalität der Liste und dass die *vorgeschriebene Anzahl von Candidaten* auf derselben stehen. Impossibilium nulla obligatio[3]), und da jeder Pflicht ein Recht entspricht, ist das Domcapitel berechtigt, auf seiner Liste zu beharren.

Hiernach hat das Capitel sein Recht bezüglich der Liste consummirt und seiner Pflicht ist vollständig genügt. Mehr kann die Regierung von ihm nicht verlangen[4]). Sie kann nur so viele Candidaten *aus der Liste* als minder genehm erklären, dass aus der übrig bleibenden Anzahl noch eine freie Wahl möglich ist. Auch die Regierung darf ihr dessfallsiges Privileg nicht ausdehnen und eine andere oder ergänzte Liste, eine *nochmalige Erfüllung* einer *getilgten Schuld* verlangen.

Das Capitel hat allerdings die Pflicht, keinen auf der Liste stehenden Candidaten zu wählen, welchen die Regierung als minder genehm erklärt hat. Die Regierung kann diese Pflichterfüllung aber erst in Anspruch nehmen, wenn sie *vorher* die aus ihrem Recht abfliessende Pflicht erfüllt[5]) und nicht alle, oder alle Candidaten bis auf Einen gestrichen hat. Sie darf also *nicht selbst* die *Erfüllung der Rechtspflicht* dem Domcapitel *unmöglich* machen[6]). Qui culpa sua damnum sentit, damnum sentire non intelligitur. Daraus folgt, dass das *Breve* mit der Bulle nirgends in Antinomie steht und *der Regierung kein weiteres Recht als die Bulle einräumt.*

---

1) C. 58. h. t. 1, 6. *Reiffenstuel,* Jus can. (Venetiis 1717.) tom. 1. tit. 6. §. 12. n. 290.

2) Die kirchlichen Bestimmungen drohen dem Wahlcollegium, welches gegen dieselben verstösst, mit Censuren und Verlust des Wahlrechts pro hac vice c. 7. §. 3. 25. de elect. 1, 6.

3) L. 114. 185. R. J.

4) L. 117. R. J.: „non potest videri minus solvisse is, in quem amplioris summae actio non competit.“

5) L. 24. §. 2. de loc. 19, 12., l. 25. de act. emt. vend. 19, 1.

6) L. 2. §. 1. i. f. de reb. cred. 12, 1.

§. 6. Usuelle und doctrinelle Interpretation. Schlussfolgerungen.

Die seit 1827 eingehaltene Praxis bezüglich der Wahlen des Domcapitels spricht dafür, dass die Regierung das Recht wenigstens bis jetzt nicht beansprucht hat, alle Candidaten bis auf Einen als minder genehm zu erklären und die Ergänzung der als legal und vollständig anerkannten Liste zu verlangen.

Auf die Mittheilung der Liste der Candidaten für die erst jüngst besetzte Domdecanei erklärte Gr. Ministerium des Innern durch Erlass vom 6. December 1865 Nr. 17189, und 7. September 1867 Nr. 11341, dass auf Vorlage einer legalen Liste »die das *Verwerfungsrecht beschränkende* Bestimmung *der Bulle* in Anwendung komme.« Auf die Erklärung des Herrn Erzbischofs vom 28. October 1867, dass die Regierung berechtigt sei, »den einen oder andern Candidaten als minder genehm zu bezeichnen, damit Er alsdann einem *der* übrig gebliebenen das Domdecanat übertrage,« erwiderte die Regierung am 1. November 1867, dass von vier *auf die Liste* gesetzten, »inländischen« Candidaten zwei als nicht weniger genehm erklärt werden. Durch Staatsministerial-Erlass vom 14. November 1867 wurde Geistlicher Rath Kübel und Pfarrer Miller als nicht weniger genehm erklärt und der Herr Erzbischof ernannte den Ersteren zum Domdecan.

Ausser *Longner* [1]) und *Brück* [2]), welche die Geschichte der Verhandlungen über das Concordat von 1827 behandelt haben, erklärt sich auch *Niebuhr* [3]) und *Mejer* [4]) dafür, dass die Regierung die cit. Bulle unbedingt angenommen, das Breve ihr *kein weiteres* Recht als diese Bulle einräume, dass also die Regierung *nur das Recht habe*, die *Liste bis auf eine zur Wahl genügende Anzahl* zu *reduciren*. Sogar Staatsrath *Nebenius* [5]) gibt zu, dass die Bulle ad dom. greg.

1) *v. Longner* erklärte in einem Briefe vom 23. Mai 1868 auf Befragen: „Ich halte die badische Regierung durchaus nicht für berechtigt, auf Grund des erwähnten *Breve's* Alle bis auf Einen aus der Liste zu streichen und eine neue zu verlangen. Das Breve geht nicht über den Inhalt der Bulle ad dom. greg. cust. hinaus."

2) Oberrheinische Kirchenprovinz (Mainz 1868).

3) Der preussische Gesandte Niebuhr war in Rom bei der Unterhandlung der oberrheinischen Regierungen betheiligt, cf. dessen Depeschen bei *Mejer,* Propaganda II. S. 395 ff.

4) A. a. O. S. 31.: „Das Breve räumt nicht mehr als die Bulle ein." S. 49.: „Wenn die Negative so weit geht, *Alle ausser Einem auszuschliessen*, würde sie in die *positive Mitwirkung* umschlagen, welche ... den Nichtkatholischen nicht gestattet ist." S. 50. 51.

5) Die katholischen Zustände (Karlsruhe, Müller. 1842.) S. 62. 106.

cust. die Norm für das Recht der Regierung sei, dass sie »die zur Wahl noch hinlängliche Anzahl auf der vom Capitel vorgelegten Liste stehen zu lassen habe.«

Wie erwähnt hat der heilige Stuhl wiederholt erklärt, dass die Regierung die Kirchenpragmatik, folglich das daraus abfliessende Bisthumsfundations-Instrument, also auch das Recht aufgegeben habe, dass der zu wählende Erzbischof der Regierung »wohlgefällig« sein müsse. Diese habe vielmehr nur das Recht, die auf die Liste gesetzten Candidaten bis auf *drei* als minder genehm aus der Liste zu entfernen [1]).

Aus dem Gesagten folgt:

1) Nach der Absicht des Uebereinkommens von 1827 soll die Regierung es wohlwollend aufnehmen, wenn das Capitel die durch ihre Frömmigkeit, Bildung, Weisheit und Standhaftigkeit als katholische Oberhirten tauglichsten und würdigsten Candidaten auf die Liste setzt. Sie soll also Solche, welche diese Eigenschaften haben, insbesondere wenn sie die wirklichen Rechte des Staats nicht verletzten, nicht als minder genehm erklären. Bei dieser Verbindung von Staat und Kirche soll das Capitel solche Priester auf die Liste setzen, welche im Besitz der kirchlich erforderlichen Eigenschaften und keine durch ihr Verschulden dem Landesherrn unangenehme [2]) Persönlichkeiten sind. Diese beiderseitigen Verpflichtungen sind aber ihrer Natur nach nicht rechtliche, sondern moralische und sie beruhen auf dem Grundsatze der concordia inter sacerdotium et imperium.

2) Dagegen fordert das Princip der Trennung von Staat und Kirche, der absoluten und allgemeinen Religionsfreiheit, die Freiheit

1) Der Ministerial-Erlass vom 30. Mai 1868 sagt bezüglich des Breve's vom 4. Mai 1868: „Wenn der heilige Vater dem Wahlkörper eröffnet, es solle das Capitel eine Wahl nur vornehmen, falls die Regierung wenigstens drei Candidaten auf der Liste gelassen, so ... besagt diese Auslegung des Art. 1. der Bulle nur, es könne *auf Grund dieser Liste* nicht gewählt werden.“ Allein, nicht das Capitel hat das Recht und die Pflicht, wenigstens drei auf der Liste stehen zu lassen. Das Capitel ist also daran nicht Schuld, dass die zur Wahl erforderliche Zahl nicht auf der Liste belassen wurde. — Debita aliena braucht es nicht zu tilgen. Der heilige Vater sagt ausdrücklich, es müssten auf der *vom Domcapitel* (ein für allemal) eingereichten Liste drei stehen bleiben. Die Argumentation der Regierung beruht also auf einer mutatio elenchi. Cf. oben §. 5. i. f.

2) Im vorliegenden Falle setzte das Capitel nur Einen Diöcesanpriester auf die Liste, welcher 1861 noch als persona non minus grata, 1867 aber als minus grata erklärt wurde, die übrigen wurden noch 1867 als person. non minus gratae erklärt. Solche Rücksichten *kann* man aber auch factisch nur bei Reciprocität einhalten.

der kirchlichen Aemterbesetzung, also die Nichteinmischung des Staats bei Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles.

Der indifferente oder gar der Kirche abgeneigte Staat ist gar nicht in der Lage, zur Bestellung eines *katholischen* Oberhirten mitzuwirken.

3) Kraft positiven, gemeinen Rechts ist die Kirche befugt, die kirchlichen Stellen ohne Einmischung der Regierung zu besetzen. Die Mitwirkung derselben kann nach dem in der *vorliegenden kirchlichen* Sache massgebenden Kirchenrecht erst durch ein Privileg des heiligen Stuhles rechtlich existent werden und sich nur so weit erstrecken, als das Oberhaupt der Kirche concedirt hat.

4) Die badische Regierung hat bei dem und durch den Abschluss des Uebereinkommens von 1827 die Kirchenpragmatik aufgegeben. Sie hat damit zugesichert, die *derselben entnommenen* Verordnungen von 1827 (Bisthumsfundations-Instrument) und 1830 nicht zu erlassen, d. h. sie hat sich verpflichtet, nichts der Bulle Widerstreitendes anzuordnen. Die Bulle von *1827* und das Bisthumsfundations-Instrument wurden von der Regierung *am gleichen Tage* — 16. October 1827 — publicirt, und zwar nur die Erstere im Regierungs-Blatt. Das Bisthumsfundations-Instrument kann also der Bulle nicht derogiren. Die Kirchenpragmatik und das daraus abfliessende Bisthumsfundations-Instrument von *1827* ist durch das Gesetz vom 9. October 1860 aufgehoben.

5) Sie hat die erwähnte Bulle von 1827 insbesondere deren Bestimmung über die Bischofswahl einfach und ohne Bedingung oder Vorbehalt angenommen. Ihre Separatübereinkommen und ihre separaten Zusicherungen prävaliren als authentische Interpretation oder als lex particularis der gemeinschaftlichen Erklärung der oberrheinischen Regierungen, welche indessen die cit. Bulle gleichfalls acceptirt haben.

6) Sie hat hiernach das Breve nur in dem Sinne verlangt, in welchem es vollkommen mit der Bulle übereinstimmt. Der heilige Stuhl hat kein der Letzteren derogirendes d. h. das *Recht der Regierung erweiterndes Breve* zugesagt.

Das Breve ist eine vom heiligen Stuhle an das Capitel über die Eigenschaften des zu Wählenden erlassene Instruction. Durch dessen *Inhalt wird* nirgends das in der Bulle fixirte Recht der Regierung abge*ändert* oder erweitert.

7) Das Breve bestimmt über die vorliegende Frage nichts anderes als die Bulle, und nur im Allgemeinen. Die Bulle aber begrenzt

das Recht der Regierung und des Capitels, ist also als Specialgesetz massgebend.

8) Durch die Annahme der Bulle und dadurch, dass die Regierung sich mit diesem *neben* der Bulle bestehenden Breve beruhigt hat, ist von der Regierung anerkannt, dass ihre Mitwirkung bei der fraglichen Wahl durch die *Bulle*[1]) begrenzt ist.

9) In Preussen existirt kein solches Specialgesetz. Die preussiche Regierung hat das sogenannte irische Veto nicht, wohl aber haben es Hannover und die oberrheinischen Regierungen angenommen. Das Verfahren bei Besetzung der Bisthümer ist also in West-Preussen anders als in letzteren Ländern, obgleich das Breve von 1827 mit dem von 1821 fast gleichlautend ist.

10) Die Mitwirkung der Regierung bei der Besetzung der erledigten Erzbischöflichen Kirche stützt sich also hiernach und gemäss §. 8. des Gesetzes vom 9. October 1860 auf den Art. 1. der Bulle Ad dom. greg. custod. Sie ist hiernach darauf beschränkt, dass ihr die *vom Domcapitel* in *voller Freiheit* aufgestellte Candidatenliste vorzulegen ist und dass sie *daraus* so viele als minder genehm erklären darf, dass aus der übrig bleibenden Anzahl das Capitel frei und canonisch wählen kann.

11) Die Regierung hat nicht das Recht, (gemäss der aufgegebenen *Kirchenpragmatik*) zu verlangen, dass nur ihr »wohlgefällige« Personen auf die Liste gesetzt oder gewählt werden, noch, dass die legal conficirte und acceptirte Liste geändert oder ergänzt werde.

12) Das Capitel ist nur berechtigt und verpflichtet, *Eine* Liste der Candidaten in vorgeschriebener Weise aufzustellen, dem Landesherrn zur Kenntniss zu bringen, und auf Grund *dieser* Liste zu wählen.

13) Die Regierung hat kein absolutes Veto, sondern nur das Recht die erwähnte *beschränkte* Anzahl der auf der Liste stehenden Candidaten als minder genehm zu erklären. Daraus folgt ihre *Rechtspflicht*, die *zur Wahl erforderliche Anzahl* der *auf der Liste* befindlichen Candidaten *nicht* als minder genehm zu bezeichnen[2]). Sie

---

1) Die Bulle ist im Regierungs-Blatt 1827 Nr. XXIII. publicirt, und ausdrücklich ist deren Bestimmung über die „Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles die landesherrliche Genehmigung ertheilt." Das Breve wurde nicht promulgirt und es ist in der landesherrlichen „Verkündigung" der Bulle des Breve's nicht einmal gedacht.

2) Der heilige Stuhl hat ja in der cit. Note vom 24. September 1819 ausdrücklich erklärt, das von der Regierung beanspruchte, aber aufgegebene, Veto.

darf ihr Privileg nicht ausdehnen, und eine weitere Einwirkung auf die Liste oder Wahl verlangen [1]).

14) Die Regierung darf es durch Streichung aller, oder der Candidaten bis auf Einen — dem Domcapitel nicht unmöglich machen seine Rechtspflicht zu erfüllen, d. h. auf Grund *seiner* Liste eine persona nec minus grata zu *wählen.*

15) Wenn die Vereinbarung von 1827 nicht mehr massgebend ist, gilt das gemeine Recht, also die freie Wahl des Capitels. Deshalb und nach Obigem cessirt jene Rechtspflicht, jene unmöglich gemachte Obligatio des Capitels, wenn die Regierung darauf beharrt, dass alle auf der Liste befindlichen Candidaten bis auf Einen gestrichen werden.

Alle auf der Liste befindlichen Candidaten bis auf Einen zu streichen, sei eine nominatio, welche der heilige Stuhl protestantischen Fürsten nicht gestatte.

1) Durch Breve vom 6. Juli 1868 hat der heilige Stuhl auf die Anfrage des Capitels Freiburg vom 27. Mai 1868 erwidert: gemäss der Bulle ad dom. greg. custod. vom 11. April 1827 und dem Breve vom 28. Mai 1827 könne dieses Capitel dem Begehren der Regierung, dass es seine Liste ändern oder ergänzen solle, nicht entsprechen.

Das Domcapitel erwiderte mit Bezug hierauf am 18. Juli 1868 auf den cit. Ministerial-Erlass vom 30. Mai 1868: es sei weder „berechtigt, noch verpflichtet, die von ihm vorgelegte Candidatenliste vom 6. Mai 1868 zu ergänzen."

Das Charfreitagsedict des bayer. Cultus-Ministers von Gresser (1868).

Die in Speyer erscheinende Pfälzer Zeitung 1868 Nr. 87. meldet: Das Staatsministerium des Innern beider Abtheilungen hat unterm 21. März bezüglich der Agitation gegen das Schulgesetz an die sämmtlichen Regierungspräsidenten ein Ausschreiben erlassen, worin denselben aufgegeben wird, den Vorgängen, welche auf die bezeichnete Agitation Bezug haben, sorgfältige Aufmerksamkeit zuzuwenden, jedoch freie Meinungsäusserungen nicht zu hindern, aber ungesetzlichen Ausschreitungen jeder Art kräftig entgegenzutreten und eine Parteinahme der Beamten gegen den Regierungsentwurf absolut nicht zu dulden. Wir können heute aus Mangel an Raum das bezeichnete Ausschreiben nicht mittheilen, werden es aber, mit Randglossen versehen, im nächsten Blatte bringen. Eine andere, vom Cultusministerium allein ausgegangene Verfügung lautet nach der „Südd. Presse" wörtlich:

»*Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.*

Nach den bestehenden Vorschriften haben Geistliche, welche sich um Anstellung oder Beförderung auf kirchliche Pfründen des allerhöchstlandesherrlichen Patronats bewerben, Zeugnisse der politischen

Behörden über ihr Verhalten im allgemeinen und über die Führung der mit dem Pfarramte verbundenen staatsamtlichen Functionen vorzulegen. Dessgleichen bildet das staatsbürgerliche Verhalten eines Geistlichen da wo es sich um die Genehmerklärung seiner Person im Sinne des Art. XI. Abs. 6. des Concordats, oder um die landesherrliche Bestätigung einer erwirkten Privatpräsentation handelt, Gegenstand der Erwägung.

Den bezüglichen Zeugnissen ist bekanntlich Gültigkeit auf die Dauer von zwei Jahren vom Tage ihrer Ausfertigung zugestanden. In Zeiten lebhafter politischer Bewegung kann es indess nicht fehlen, dass der Inhalt älterer Zeugnisse mit Vorkommnissen aus der jüngsten Vergangenheit nicht mehr übereinstimmt. In solchen Fällen sind jene Zeugnisse werthlos und muss das, um was es sich dabei handelt, in anderer Weise erhoben werden. Dies kann geschehen einerseits durch Anführung actenmässig begründeter oder notorischer Thatsachen, andererseits durch die sofort anzuordnende rasche und verlässige Feststellung des staatsbürgerlichen Verhaltens der betreffenden Bewerber.

Ist deren eine grössere Anzahl vorhanden, so genügt dabei auf jene sich zu beschränken, welche in Vorschlag gebracht werden wollen.

Hiebei wird es kaum der wiederholten Bemerkung bedürfen, dass die königl. Staatsregierung nicht gewillt sein kann, dem ehrenwerthen Stande der Geistlichkeit eben so wenig wie anderen Classen der Staatsangehörigen eine völlig unabhängige Auffassung der Tagesfragen und die freie Beurtheilung derselben innerhalb der gesetzlichen Schranken zu verkümmern. Ebenso sehr liegt aber in der Natur der Sache, dass etwaiger Missbrauch dieser Freiheit durch Entstellung und Herabwürdigung von Regierungshandlungen auch von den Inhabern kirchenamtlicher Stellungen im Interesse der Staatsordnung überhaupt nicht geduldet, und insbesondere in Fällen der Eingangs bezeichneten Art nicht unbeachtet gelassen werden könne.

Die oben angeführten Stellen werden demgemäss beauftragt, nach vorstehenden Directiven pflichtgemäss zu verfahren.

Den protestantischen kirchlichen Oberbehörden ist unterm Heutigen in demselben Betreffe geeignete Mittheilung zugegangen.

München, den 10. April 1868.

Auf Seiner königlichen Majestät allerhöchsten Befehl:

v. Gresser.«

Die landesherrlichen Patronatsrechte in der Diöcese Breslau preussischen Antheils,

von Licentiat Militärpfarrer Swientek zu Creuzburg in Oberschlesien.

Im Jahre 1862 brachte das *Archiv* für katholisches Kirchenrecht im zweiten Hefte des VII. Bandes zwei Beiträge zum Patronatsrechte von Dr. *Schulte*, und zwar über den Erwerb des Patronatsrechts durch Nichtkatholiken und die Patronatsrechte säcularisirter Bisthümer, Stifter, Abteien etc. Daran schloss sich ein Nachtrag von Dr. *Vering* über die Patronatsverhältnisse in Preussen und den Kölner Patronatsstreit, schliesslich auch über die Patronatsverhältnisse in Schlesien. Der §. 2. der Vereinbarung der Bischöfe von Paderborn und Münster mit der Regierung im Jahre 1853: Alle diejenigen Stellen dagegen, zu welchen aufgehobene Stifter, Klöster oder andere kirchliche Corporationen als Corporationen vermöge eines wirklich vorhandenen Patronatsrechts präsentirt haben, unterliegen wie bisher, so auch ferner dem fiscalischen Patronatsrechte, — wurde als rechtlich nicht begründet beanstandet. Wenn nach den Grundsätzen des kirchlichen Rechts dem Staate keinerlei Succession zustehe, so könne auch gemäss der in §. 15. und 18. der preussischen Verfassung garantirten Selbstständigkeit der Kirche nach dem bürgerlichen Gesetze kein solcher Anspruch mehr anerkannt werden. Das Patronat ist ein jus spirituali annexum. Geistliche Rechte können nicht auf Laien übergehen. Dr. *Schulte* sogar wurde nicht zugegeben, dass die einem Stifte oder Kloster zustehenden Realpatronate mit den Gütern bei der Säcularisation übergangen seien.

In Schlesien fand bei der Besetzung der von der Säcularisation im Jahre 1810 berührten Pfarreien nach einer Cab.-Ordre vom 30. September 1812 eine Alternativa mensium zwischen der Regierung und dem Fürstbischof von Breslau Statt. Als aber die preussische Verfassungs-Urkunde der Kirche die freie Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zurückgab und als insbesondere auch ausdrücklich durch die preussische Verfassungs-Urkunde jedes Patronat, das nicht auf besonderem Rechtstitel beruhe, aufgehoben wurde, nahm der fürstbischöfliche Stuhl mit Recht das ausschliessliche freie Besetzungsrecht der säcularisirten Stellen in Anspruch. Dem Cardinal Melchior von Diepenbrock gegenüber wurde von Seiten des Staates kein Widerspruch dagegen erhoben, als dieser selbstständig die fraglichen Beneficien besetzte. Alsbald aber nach seinem Tode, schon während der

Sedisvacanz, wurde von der Regierung die frühere Besetzung wieder beansprucht. Es wurden nun für die betreffenden Pfarrstellen bei deren Erledigung blosse Administratoren bestellt. Endlich kam am 30. September 1867 eine, am 18. Februar 1868 vom Fürstbischof, am 16. März 1868 vom Könige ratificirte Vereinbarung zu Stande, die hier folgt.

Vereinbarung zwischen der Königlichen Staatsregierung und dem Fürstbischöflichen Stuhle von Breslau wegen des Besetzungsrechts derjenigen Pfarreien und Curatien der Diöcese Breslau, auf welche sich die Allerhöchste Ordre vom 30. September 1812 bezieht:

§. 1. Die in der gedachten Allerhöchsten Ordre vom 30. September 1812 bezüglich der Pfarreien und Curatien, welche vor der Säcularisation im Jahre 1810 von den Fürstbischöfen von Breslau oder dem Domcapitel daselbst, oder von den durch die gedachte Säcularisation aufgehobenen geistlichen Stiftern und Klöstern in der Diöcese Breslau besetzt worden oder in einem Patronatsverhältnisse gestanden haben, angeordnete, seit der Verfassung streitige Alternativa mensium zwischen dem Allerhöchsten Landesherrn und dem Fürstbischof von Breslau findet nicht ferner statt. An ihre Stelle tritt eine reale Scheidung der Pfarreien und Curatien in solche, bei denen ein landesherrliches Patronatsrecht von Seiten des Fürstbischofs anerkannt wird, und in solche, welche der freien bischöflichen Collatur anheim fallen.

§. 2. Der Fürstbischof erkennt bei denjenigen Pfarreien oder Curatien, welche in dem diesem Abkommen als Beilage A. beigefügten Verzeichnisse namentlich aufgeführt sind, das ausschliessliche landesherrliche Patronatsrecht Sr. Majestät des Königs nebst dem darin begründeten Präsentationsrechte an. Dieses Verzeichniss ist zur Beglaubigung von beiden Theilen unterschrieben worden.

§. 3. Dagegen werden die in dem als zweite Beilage sub B. angeschlossenen, in gleicher Art beglaubigten Verzeichnisse (s. S. 306.) aufgeführten Stellen dem Fürstbischofe von Breslau zur freien Collatur überlassen.

§. 4. Die competente Königliche Behörde präsentirt zu jenen Stellen, welche nach §. 2. dem landesherrlichen Patronatsrecht anheimfallen, nur solche Geistliche, bezüglich deren sie sich durch eine vorgängige vertrauliche Verständigung mit dem Fürstbischof vergewissert hat, dass derselbe als Diöcesan-Ordinar gegen ihre canonische, beziehungsweise nach den Diöcesanstatuten erforderliche Qualification und moralische Würdigkeit Nichts zu erinnern findet.

Dem Präsentirten wird sodann der Fürstbischof die Investitur

unverweilt, spätestens mit dem Ablauf eines Jahres nach angebotener Verwaltung der Stelle zu Theil werden lassen.

§. 5. Bei mehreren der in Rede stehenden Pfarr- und Succursal-Kirchen befinden sich eine oder auch mehrere Hilfs-Seelsorgerstellen, deren Inhaber Capläne, Localisten, Curaten d. h. Titularcuraten, zu welch' letzteren namentlich die Curaten an den früheren Klosterkirchen zu Breslau gehören, genannt werden, sowie die zur Aushilfe in Archipresbyteriaten bestimmten Kreisvicarstellen, welche in den vorerwähnten beiden Verzeichnissen nicht besonders aufgeführt werden.

Alle diese Stellen sind nur beneficia manualia ad nutum revocabilia. Sie sind daher zu einer eigentlichen Providirung für eine der in den §§. 2. und 3. bezeichneten Formen nicht angethan und zwar um so weniger als sie ihrer Natur nach nur Durchgangspunkte für die jungen Geistlichen bilden. Die Verleihung aller dieser Stellen steht dem Fürstbischofe zu, wie sie denn auch demselben seither ausschliesslich zugestanden hat.

§. 6. Gehören zu einer, in dem gegenwärtigen Abkommen inbegriffenen Hauptkirche matres adjunctae oder Filialkirchen, welche ebenfalls von der Säcularisation vom Jahre 1810 berührt sind und unter den Gesichtspunkt der Allerhöchsten Ordre vom 30. September 1812 fallen, so wird der Grundsatz als massgebend betrachtet, dass dieselben bezüglich des Besetzungs- resp. Präsentationsrechtes der Hauptkirche folgen (Siehe Colonne »Seelsorgsstelle« in den beiden unten folgenden Verzeichnissen).

Wo bei der Besetzung einer Seelsorgsstelle Privatpatronat concurrirt, ist solches in den oft erwähnten Verzeichnissen unter der Colonne »Bemerkungen« erwähnt.

§. 7. Sollten etwa Stellen übersehen worden sein, so wird bezüglich des Patronats resp. des Besetzungsrechts derselben ein Separatabkommen vorbehalten, bis zu dessen Zustandekommen aber wegen etwa erforderlicher Besetzung Verständigung in der bisherigen Weise stattfinden.

§. 8. Bei den diesem Abkommen vorangegangenen Verhandlungen sind einige Pfarreien erwähnt worden, welche hier auszuscheiden waren, weil bei ihnen der vorliegende Gegenstand der Ausgleichung nicht zutrifft. Diese Pfarreien sind: Neusalz, für welche schon vor der Säcularisation 1810 Königliches Patronat bestanden: Wahlstatt, Gräfenhain, welche nach der Säcularisation durch den Verkauf der gleichnamigen Güter mit dem Patronatsrecht Privatpatrone erhalten haben, sowie Chorzow, woselbst das zu Hospitalgrund

bei Beuthen O./Schl. vorhandene Hospital zum heiligen Geist schon durch Jahrhunderte vor der Säcularisation das Patronat besessen hat.

§. 9. Hinsichtlich der Lasten und Leistungen, zu denen, sei es aus Patronatsnexus, sei es in Folge der stattgefundenen Einziehung der geistlichen Güter, der Königliche Fiscus seither verpflichtet war, wird durch gegenwärtiges Abkommen nichts geändert, vielmehr bleiben die diesfälligen bisherigen Verpflichtungen des Königlichen Fiscus überhaupt und insbesondere auch bei denjenigen Stellen, welche dem Fürstbischöflichen Stuhle zu freier Conferirung eingeräumt sind, unverändert fortbestehen.

Breslau, den 30. September 1867.

gez. Dr. *Krätzig,* gez. *Juppe,*
Geh. Ober-Regierungs-Rath. Fürstbischöflicher Consistorialrath.

Im Nachfolgenden die fürstbisch. und königl. Ratifications-Urkunden:

Ich ertheile hierdurch dem etc. nach Inhalt der unter dem 30. September 1867 von dem Commissarius Sr. Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten Herrn Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. Krätzig mit meinem Bevollmächtigten Herrn Consistorial-Rath Juppe, aufgenommenen Verhandlung und deren drei Beilagen, in Ansehung des Besetzungsrechtes der von der Säcularisation im Jahre 1810 und der Allerhöchsten Ordre vom 30. September 1812 berührten kirchlichen Stellen in meinem Bisthum getroffenen Abkommen mit der nachträglich vereinbarten Modification, dass von den darnach dem ausschliesslichen landesherrlichen Patronatsrecht künftig anheimfallenden Stellen noch die Pfarreien: Bodland, Silberberg und Jarischau mit Beckern meiner freien bischöflichen Collatur überlassen werden, meine Zustimmung und Genehmigung.

Urkundlich unter meiner Unterschrift und meinem Fürstbischöflichen Siegel.

Breslau, den 18. Februar 1868.

Fürst-Bischof.

(L. S.) gez. *Heinrich.* gegengez. Dr. *Herrmann.*

Auf Ihren Bericht vom 28. v. M. will Ich dem Abkommen, welches nach Inhalt der unter dem 30. September a. pr. zu Breslau von dem Ihrerseits abgeordneten Commissarius, Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Krätzig mit dem Bevollmächtigten des Fürstbischofs von Breslau, Consistorial-Rath Juppe aufgenommenen Verhandlung und deren drei Beilagen in Ansehung des Besetzungsrechtes der von der

Säcularisation im Jahre 1810 berührten kirchlichen Stellen im Bisthum Breslau geschlossen und mit der nachträglich vereinbarten Modification, dass von den darnach dem ausschliesslichen landesherrlichen Besetzungsrecht künftig anheimfallenden Stellen noch die in dem unter den Beilagen befindlichen Verzeichniss littera A. unter Nr. 1. 23. und 95. aufgeführten Pfarreien Bodland, Silberberg und Jarischau mit Beckern der freien bischöflichen Collatur überlassen werden sollen, von dem Fürstbischof von Breslau genehmigt worden ist, hierdurch, unter Gutheissung der gedachten Modification, Meine landesherrliche Bestätigung ertheilen. Sie haben hiernach sowohl den Fürstbischof von Breslau als auch den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien mit Nachricht resp. Anweisung zu versehen.

Berlin, den 16. März 1868.

An den Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten.

gez. *Wilhelm.*
gegengez. v. Mühler.

Das k. Oberpräsidium machte den Inhalt der Vereinbarung in folgender Weise bekannt (vgl. Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln 1868. Stück 24. S. 127 ff.).

»Nachdem zur Ausgleichung der seit Einführung der Verfassung vom 31. Januar 1850 hervorgetretenen Differenzen zwischen der Königlichen Staatsregierung und dem Fürstbischöflichen Stuhl von Breslau wegen des Besetzungsrechtes der von der Säcularisation im Jahre 1810 berührten Pfarrstellen, auf welche sich die Allerhöchste Ordre vom 30. September 1812 (G.-S. S. 185.) bezieht, entsprechende Verhandlungen stattgefunden haben, ist durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 16. März c. genehmigt, dass

A. für nachstehende Seelsorgerstellen in der Provinz Schlesien

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Creuzburg	Oppeln	Bodland	
Kunzendorf	dito	dito	
Naselwitz	Breslau	Bohrau	
Prisselwitz	dito	dito	Wegen der bei den Adjuncten Jackschenau und Wiltschau concurriren die beiden Gutsherrschaften als Privat-Patrone.
Thomaskirch	dito	dito	
Bolkenhain	Liegnitz	Bolkenhain	Wegen der früheren Adjuncten, jetzt Tochterkirchen a. Wolmsdorf concurrirt Privatpatron. b. Schweinhaus concurrirt Privatpatron.

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Giesmannsdorf	Liegnitz	Bolkenhain	Wegen Filia Thomasdorf Privatpatron.
Seitendorf, Adjuncta von Kauffung	dito	dito	Wegen Kauffung und Filia Katschdorf concurriren die Privatpatrone.
Hennersdorf	Breslau	Brieg	
Pfarrkirche St. Dorothea zu Breslau	dito	Breslau	
Pfarrkirche St. Mauritius zu Breslau	dito	dito	
Pfarrkirche St. Vincentius zu Breslau	dito	dito	
Baitzen mit Filiale Ober-Pomsdorf	dito	Camenz	Die Localie Alt-Altmannsdorf besetzt als solche der Fürstbischof.
Frankenberg	dito	dito	
Heinrichswalde	dito	dito	
Hennersdorf mit Filia Gierichswalde	dito	dito	
Maifritzdorf mit Filia Dorndorf und Filia Folmersdorf	dito	dito	
Reichenau mit Filia Schrom und Filia Wolmsdorf	dito	dito	
Bockau	dito	Canth	Wegen Adjuncta Borganin concurrirt Privatpatron.
Kostenblut mit Filia Viehau	dito	dito	
Protzan mit Filia Kaubitz	dito	Frankenstein	
Zölfing, Adjuncta v. Grossen-Bohrau	Liegnitz	Freistadt	Wegen Grossen-Bohrau concurrirt Privatpatron.
Ottmuth	Oppeln	Gross-Strehlitz	
Lichtenberg	dito	Grottkau	
Woisselsdorf	dito	dito	Die zu diesem Pfarrverbande gehörige Filial-Localie Leuppusch besetzt als solche der Fürstbischof.
Seitsch	Breslau	Guhrau	
Quilitz	Liegnitz	Hochkirch	
Herrmannsdorf	dito	Jauer	
Pombsen	dito	dito	
Kommornik	Oppeln	Klein-Strehlitz	
Gräditz	Breslau	Költschen	Wegen Adjuncta Faulbrück und Filia Kreisau concurrirt Privatpatron.
Kaltenbrunn mit Adjuncta Seiferdau	dito	dito	
Strehlitz bei Zobten mit Adjuncta Guhlau	dito	dito	
Gross-Nimsdorf	Oppeln	Kostenthal	Gutsherrschaft Grötsch ist Compatron.
Kostenthal	dito	dito	
Deutmannsdorf	Liegnitz	Lähn	
Merzdorf	dito	dito	
Schmottseiffen	dito	dito	
Albendorf mit Filia Bertelsdorf	dito	Landeshut	
Liebau	dito	dito	
Neuen	dito	dito	
Oppau	dito	dito	

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Schömberg	Liegnitz	Landeshut	
Trautliebersdorf	dito	dito	
Wittgendorf	dito	dito	
Birngrütz	dito	Liebenthal	Wegen Adjuncta Neu-Kemnitz concurrirt Privatpatron.
Klein-Röhrsdorf	dito	dito	Wegen der früheren Adjuncta, jetzt Filia Wünschendorf, concurrirt Privatpatron.
Langwasser	dito	dito	Wegen Adjuncta Spiller und Filia Johnsdorf concurrirt Privatpatron.
Ullersdorf mit Filia Hennersdorf	dito	dito	
Klemmerwitz, Adjuncta von Liegnitz	dito	Liegnitz	
Cosel	Oppeln	Lohnau	
Lohnau	dito	dito	
Cattern	Breslau	St. Mauritz	Gutsherrschaft des anderen Antheils concurrirt als Compatron.
Oltaschin	dito	dito	Wegen Adjuncta Bettlern concurrirt Privatpatron.
Würben mit Filia Jankau	dito	dito	
Zottwitz	dito	dito	
Frauwaldau mit Filia Klein-Graben	dito	Militsch	
Berzdorf mit Filia Dobrischau	dito	Münsterberg	
Gross-Nossen	dito	dito	
Poln.-Neudorf	dito	dito	
Weigelsdorf	dito	dito	
Windischmarchwitz, Tochterkirche von Namslau	dito	Namslau	Concurrirt mit der privatpatronatlichen Pfarrkirche zu Namslau und mit den Privatpatronen von Wilkau und Jacobsdorf.
Birkenbrück	Liegnitz	Naumburg a. Q	
Kesselsdorf	dito	dito	Wegen Adjuncta Sirgwitz concurrirt Privatpatron. Von Kesselsdorf ist Gutsherrschaft Neuland Compatron.
Naumburg a. Q. mit Adjuncta Ullersdorf	dito	dito	
Bösdorf	Oppeln	Neisse	
Camöse	Breslau	Neumarkt	
Kunzendorf (Wachtel-Kunzendorf)	Oppeln	Neustadt	
Neukirch mit Adjuncta Herrmannsdorf	Breslau	St. Nicolai	
Nippern	dito	dito	Wegen Adjuncta Nimkau concurrirt Alt Kgl. Patronat; wegen Gr.-Bresa Privatpatronat.
Wilzen	dito	dito	
Ober-Glogau (Pfarrkirche)	Oppeln	Ober-Glogau	Den Curatus zu Ober-Glogau stellt Fürstbischof an.

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Schönau	Oppeln	Ober-Glogau	
Langewiese	Breslau	Oels	Wegen Adjuncta Domatschine concurrirt Privatpatron.
Lossen	dito	dito	
Margareth mit Filia Wüstendorf	dito	dito	
Lasswitz mit Filia Lobedau	Oppeln	Patschkau	
Chroszinna	dito	Proskau	
Zelasna	dito	dito	
Rosenberg mit 3 Tochterkirchen zu Gross-Borek, Alt-Rosenberg u. Wendrin	dito	Rosenberg	
Altkirch	Liegnitz	Sagan	
Briesnitz mit Filia Rengersdorf	dito	dito	Wegen Adjuncta Peterswaldau und Filia Merzdorf concurriren Privatpatrone.
Kalkreuth, Filia von Dittersbach	dito	dito	Wegen Dittersbach, der Adjuncta Ober-Mednitz und Nieder-Gorze concurriren die Privatpatrone.
Neuwaldau mit Filia Reichenbach und Niebusch	dito	dito	
Schönbrunn	dito	dito	
Brinitze	Oppeln	Schalkowitz	
Nieder-Leschen	Liegnitz	Sprottau	
Waltersdorf mit Filia Ottendorf	dito	dito	
Bertholdsdorf mit Filia Sasterhausen	Breslau	Striegau	
Ossig mit Filia Weicherau	dito	dito	
Rokitsch	Oppeln	Ujest	
Köchendorf	Breslau	Wansen	
Klein-Kreidel mit Adjuncta Gross-Kreidel	dito	Wohlau	
Städtel Leubus mit Filiale Alt-Läst	dito } Liegnitz }	Wohlau	
Schawoine	Breslau	Zirkwitz	

unter Aufhebung des bisherigen alternirenden Besetzungsrechtes, in jedem Falle die Präsentation von den *Königlichen Staatsbehörden* vorzunehmen ist, wogegen

B. nachfolgende Seelsorgsstellen:

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Beuthen	Oppeln	Beuthen O. S.	
Kuhnau mit Adjuncta Kotschanowitz	dito	Bodland	
Lowkowitz	dito	dito	
Gross-Tinz mit Filia Gleinitz	Breslau	Bohrau	
Thauer, Adjuncta von Rothsürben	dito	dito	Rothsürben ist Privatpatronat.
Alt-Reichenau	Liegnitz	Bolkenhain	Wegen Filiale Adelsbach concurrirt Privatpatronat.
Michelau	Breslau	Brieg	

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Curatie zum heiligen Kreuz und St. Aegidii	Breslau	Breslau	
Pfarrkirche zu St. Adalbert zu Breslau	dito	dito	
Pfarrkirche zu St. Corpus Christi und St. Nicolai zu Breslau, letztere mit Filia Gross-Mochbern	dito	dito	
Sand-Pfarrkirche B. Mariae Virg. zu Breslau	dito	dito	
Pfarrkirche St. Mathias zu Breslau	dito	dito	
Pfarrkirche St. Michael zu Breslau	dito	dito	
Camenz	dito	Camenz	
Wartha	dito	dito	
Canth mit Filia Neudorf und Adjuncta Paschwitz	dito	Canth	
Schurgast	Oppeln	Falkenberg	Wegen der Tochterkirchen Norok und Arnsdorf concurriren die Privatpatrone.
Schönwalde	Breslau	Frankenstein	
Bielitz	Oppeln	Friedewalde	
Friedewalde mit Filia Gross-Briesen	dito	dito	
Hennersdorf	dito	dito	
Nieder-Hermsdorf mit Filia Mannsdorf	dito	dito	
Mogwitz mit Filia Petersheide	dito	dito	
Volkmannsdorf mit Filia Rennersdorf und Filial-Localie Prockendorf	dito	dito	
Zabrze	dito	Gleiwitz	
Dompfarrei zu Gross-Glogau	Liegnitz	Gross-Glogau	
Stadtpfarrei zu Gross-Glogau	dito	dito	
Klopschen	dito	dito	
Himmelwitz	Oppeln	Gross-Strehlitz	
Koppendorf, Filia von Falkenau	dito	Grottkau	Wegen Mater-Falkenau besteht Privatpatronat.
Grottkau mit Filia Nieder-Tarnau und Filial-Localie Endersdorf	dito	dito	
Kraschen	Breslau	Guhrau	Wegen Adjuncta Gleinig concurrirt Privatpatronat.
Hochkirch mit Filia Kreidelwitz	Liegnitz	Hochkirch	
Klein-Helmsdorf	dito	Jauer	
Friedersdorf mit Filia Fröbel und Filial Alt-Kuttendorf	Oppeln	Klein-Strehlitz	
Gorkau	Breslau	Költschen	
Gross-Wierau mit Adjuncta Goglau	dito	dito	Concurrirt wegen Filia Pilzen die dasige Gutsherrschaft.
Zobten am Berge	dito	dito	
Broschütz	Oppeln	Kostenthal	
Dittmerau	dito	dito	
Walzen	dito	dito	

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archypres-byteriat.	Bemerkungen.
Lähn mit Filia Lähnhaus	Liegnitz	Lähn	Wegen Adjuncta Schönwaldau concurrirt Privatpatron.
Löwenberg mit Filia Görisseifen und Filia Ludwigsdorf	dito	dito	
Grüssau und Hermsdorf	dito	Landeshut	
Liebenthal mit Filia Krummöls und Ottendorf	dito	Liebenthal	
Goldberg	dito	Liegnitz	
Kaltwasser	dito	dito	
Rothbrünnig mit capella publica in Hohendorf	dito	dito	Wegen Adjuncta Brockendorf concurrirt Privatpatron.
Märzdorf	Breslau	St. Mauritz	
Alt-Heinrichau	dito	Münsterberg	
Frönsdorf	dito	dito	
Heinrichau	dito	dito	
Kreikau	dito	dito	
Wiesenthal	dito	dito	
Hennersdorf, Adjuncta von Strehlitz	dito	Namslau	Concurrirt mit den Privatpatronen von Strehlitz, Grammschütz, Lorzendorf und Buchelsdorf.
Altstadt Neisse (Neuland)	Oppeln	Neisse	
Deutsch-Kamitz mit Filia Heidau	dito	dito	
Pfarrkirche Neisse mit Filial-Localie Neundorf	dito	dito	
Curatialkirche zu Neisse	dito	dito	
Neunz	dito	dito	
Oppersdorf mit Filia Ritterswalde	dito	dito	
Reinschdorf	dito	dito	
Riemertsheide mit Adjuncta Lassoth	dito	dito	
Waltdorf	dito	dito	
Bischdorf	Breslau	Neumarkt	Wegen Adjuncta Borne concurrirt Privatpatron.
Polnisch-Schweinitz	dito	dito	Wegen Adjuncta Rackschütz concurrirt Privatpatron.
Localie Kerpen	Oppeln	Ober-Glogau	
Gross-Zöllnig	Breslau	Oels	
Klein-Zöllnig	dito	dito	
Kunersdorf	dito	dito	
Maleschwitz	dito	dito	Wegen Adjuncta Zindel concurrirt Privatpatron.
Sadewitz	dito	dito	
Groschowitz	Oppeln	Oppeln	
Pfarrei Oppeln	dito	dito	
Filial-Curatie Oppeln	dito	dito	
Gläsendorf mit Adjuncta Seifersdorf	dito	Ottmachau	
Gross-Carlowitz	dito	dito	
Kalkau	dito	dito	
Kamnig	dito	dito	
Köppernig	dito	dito	
Nowag	dito	dito	
Ottmachau mit Filia Woitz	dito	dito	

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Rathmannsdorf mit Filial-Localie Hermsdorf	Oppeln	Ottmachau	
Stephansdorf	dito	dito	
Wiesau mit Filial-Localie Dürr-Arnsdorf	dito	dito	
Gostiz	dito	Patschkau	
Kamitz	dito	dito	
Lindenau mit Filia Gauers	dito	dito	
Patschkau mit Adjuncta Alt-Patschkau und Filial-Localie Gesäss	dito	dito	
Schwammelwitz	dito	dito	
Heinersdorf, Localie mit Pfarrrechten	dito	dito	
Köben	Breslau	Preichau	Wegen Adjuncta Guhren concurrirt Privatpatron.
Krehlau mit Filia Wischitz	dito	dito	
Preichau mit Filia Aeschen	dito	dito	
Queissen	dito	dito	
Thiemendorf	dito	dito	
Comprachtczytz mit Adjuncta Polnisch-Neudorf	Oppeln	Proskau	
Chrzumczytz	dito	dito	
Woinowitz	dito	Ratibor	
Heidersdorf	Breslau	Reichenbach	
Reichenbach	dito	dito	
Kreuzendorf mit den Tochterkirchen Proschau, Michelsdorf und Belmsdorf	dito	Reichthal	
Reichthal mit Filia Gross-Butschkau und Adjuncta Glausche	dito	dito	
Schmograu mit Filia Droschkau	dito	dito	
Wallendorf mit Filia Gross-Schweinern	dito	dito	
Eckersdorf	Liegnitz	Sagan	Wegen der Adjuncten Petersdorf und Nieder-Buchwald concurrirt Privatpatron.
Naumburg a. B. (Probstei-Kirche)	dito	dito	Wegen der Stadtkirche zu Naumburg a. B. concurrirt Privatpatron.
Pfarrei Sagan mit der Hospitalkirche, Bergelkirche und Begräbnisskirche	dito	dito	
Czarnowanz	Oppeln	Schalkowitz	
Gross-Döbern	dito	dito	
Metschlau mit Filia Giessmannsdorf	Liegnitz	Sprottau	
Sprottau mit Filia Ebersdorf und Eulau	dito	dito	
Striegau mit Adjuncta Zedlitz und Filia Lüssen	Breslau	Striegau	Wegen Adjuncta Häslicht concurrirt Privatpatron.
Schimmerau	dito	Trachenberg	
Strehlen	dito	Wansen	
Wansen mit Filia Alt-Wansen	dito	dito	
Curatie Leubus	dito	Wohlau	

Seelsorgs-Stelle.	Reg.-Bez.	Archipresbyteriat.	Bemerkungen.
Mönchmotschelnitz	Breslau	Wohlau	
Stuben mit Filia Neudorf	dito	dito	
Altewalde	Oppeln	Ziegenhals	
Bischofswalde mit Filia-Localie Giersdorf	dito	dito	
Borkendorf	dito	dito	
Deutsch-Wette	dito	dito	
Lindewiese mit Filia Greisau	dito	dito	
Neuwalde mit Fila Ludwigsdorf	dito	dito	
Ziegenhals mit Filia Langendorf	dito	dito	
Kapsdorf	Breslau	Zirkwitz	
Kottwitz	dito	dito	
Kotzerke	dito	dito	
Trebnitz	dito	dito	
Alt-Zülz	Oppeln	Zülz	
Steinau O/S. mit Filia Steinsdorf	dito	dito	
Bodland	dito	Bodland	
Silberberg	Breslau	Frankenstein	
Jarischau mit Adjuncta Beckern	dito	Striegau	Wegen Adjuncta Rauske concurrirt Privatpatron.

der *freien bischöflichen Collatur* anheimfallen.

Breslau, den 7. April 1868.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Schlesien. *Schleinitz.*

Indem das Fürstbischöfliche General-Vicariat-Amt dieses Abkommen mittheilt, nennt es dasselbe ein *gütliches.* »Die Differenzen wären durch ein gütliches Abkommen geregelt worden.« Diese Bezeichnung ist jedenfalls die richtigste Eine Notiz des Schlesischen Kirchenblattes bemerkte, das Abkommen wäre auf Grund des Realpatronats getroffen. Abgesehen davon, dass sich gegen das von Dr. *Schulte* zugegebene, mit dem Stift oder Kloster i. e. mit den Gütern übergegangene Realpatronat Manches principiell einwenden lässt, und für eine so allgemeine neue Grundlage Roms Approbation nöthig wäre, leuchtet eine consequente Durchführung dieses Princips bei dem Abkommen nicht immer ein, z. B. Kunzendorf (Nr. 3.) ist königlich, Lowkowitz und Kuhnau bischöflich, und doch gehörten diese drei Pfarreien in gleicher Weise zum Matthiasstift resp. unter den Prälaten in Commende Neuhof. Ein Splittergericht wäre aber hier um so weniger an der Stelle, als dem hochwürdigsten Fürstbischofe von Breslau resp. seinem tüchtigen Commissarius für die definitive Ordnung der Patronatsstreitigkeiten der grösste Dank gebührt und ihm der grössere und bessere Theil der Pfarreien zugefallen ist; z. B. Bodland, das erste bischöfliche Beneficium, war bisher immer königlich, es gehörte zu keinem Stifte. Auch seitens der Staatsregierung ist ein Wohlwollen an den Tag gelegt worden, für welches die Diöcese Breslau gern dankar ist.

Zur Durchführung der preuss. Verfassungs-Urkunde im ehemaligen Herzogthum Nassau (1868)

bedarf es dem Anschein nach, damit auch dort die kirchliche Freiheit und Selbstständigkeit in's Leben trete, gegenüber der Bureaucratie noch mancher Kämpfe und fester, zäher Ausdauer darin von Seiten der dortigen Katholiken und besonders des bischöflichen Ordinariats von Limburg. Wir sahen (im *Archiv* XX, 128 ff.) wie nassauische Gerichtsbehörden eine Pfarrkirche für sich nicht als eine juristische Person betrachten und daher ein angekauftes Grundstück nicht auf deren Namen im Grundbuche eintragen wollten, bis das preussische Cultministerium hier endlich Abhilfe schaffte. Es schweben schon wieder Streitigkeiten wegen Anerkennung *der Rechtsfähigkeit der katholischen Capelle zu Soden*, und wegen *Anerkennung der Rechtsfähigkeit des Bisthums*. Das Hof- und Appellationsgericht zu Dillenburg hatte im Jahre 1859 sogar die vermögensrechtliche Persönlichkeit des Bisthums überhaupt geläugnet. Wir haben uns über diese juristische Monstrosität im Anschluss an die dadurch veranlasste vortreffliche Schrift von Professor *Schulte* (»Die Erwerbs- und Besitzfähigkeit der deutschen katholischen Bisthümer.« Prag. 1860.) schon im *Archiv* VI, 373 ff. des Näheren ausgesprochen. Im Jahre 1862 wollte das Hofgericht zu Dillenburg die juristische Persönlichkeit des Domcapitels zu Limburg läugnen. Die Absurdität dieser Behauptung wurde in einer besonderen Abhandlung vom Oberhof-Gerichtsrath Dr. *Rosshirt* jun. im *Archiv* IX, 131 ff. eingehend dargelegt. Ein Decret desselben Hofgerichts zu Dillenburg vom 30. November 1866 gesteht nun zwar die Vermögensfähigkeit des Bisthums Limburg zu, aber dieselbe soll horribile dictu durch den mit Nassauischem Edicte vom 9. October 1827 als pia causa errichteten katholischen Centralkirchenfonds vertreten resp. absorbirt werden. Der Bischof und das von ihm mit Wahrnehmung der bischöflichen Verwaltungs- und Jurisdictionsrechte mandirte Ordinariat sollen in Nassau nicht die bischöflichen Rechte ausüben. *Schulte* hat in seiner oben genannten Schrift bereits die Unhaltbarkeit jener angeblichen Rechte des Centralkirchenfonds in Betreff des Bisthumsvermögens auf Grund des in Nassau geltenden positiven Rechtes ausführlich nachgewiesen. Und jetzt nachdem die preussische Verfassungs-Urkunde ausdrücklich die Verwaltung des Kirchenvermögens den nach dem Kirchengesetz dazu berufenen Organen zuspricht, ist jener Ausspruch des Dillenburger Hofgerichts völlig ungereimt. Man kann nur umgekehrt aus der Verfassungs-Urkunde folgern, dass jetzt auch der

sogenannte Centralkirchenfond den kirchlichen Behörden zur Verwaltung übergeben werden muss. Hoffentlich wird das preussische Cult.-Ministerium auch in dieser Frage bald den begründeten Ansprüchen der Kirche gerecht werden, und ebenso auch die Umwandelung der nassauischen Communalschulen in Confessionsschulen eintreten lassen, eine Forderung, die im Völkerrecht und in der preuss. Verfassungs-Urkunde begründet ist und auch nicht mit dem nassauischen Schuledict von 1817 in Widerspruch steht.

Einige Streitfragen über die *Besetzung kirchlicher Stellen* sind bereits im Sinne der preussischen Verfassungs-Urkunde gelöst, eine Anzahl schweben noch. Man ersieht dies aus folgender

Mittheilung der königl. Regierung zu Wiesbaden den 20. April 1868 an den hochw. Bischof Dr. Blum zu Limburg a. d. L.

Ew. Bischöfliche Hochwürden gereicht es uns zu lebhafter Befriedigung, nunmehr mittheilen zu können, dass uns von dem Herrn Oberpräsidenten nähere Bestimmungen des Herrn Ministers der geistlichen etc. Angelegenheiten über die Vollziehung der Artikel 15., 16. und 18. der Verfassungs-Urkunde in Beziehung auf die Verhältnisse der katholischen Kirche in dem Bisthum Limburg zugegangen sind. Obgleich nach dem dessfallsigen Erlasse des Herrn Ministers verschiedene Punkte vorerst einer näheren Erörterung noch bedürfen, so haben doch bereits einige andere Fragen von wesentlicher Bedeutung ihre definitive Regelung gefunden.

Zunächst sind wir ermächtigt worden, von der bisher *staatlicherseits geübten Mitwirkung bei Ernennung der Decane* abzusehen.

Ferner werden wir die staatliche Bestätigung der kraft *freier bischöflicher Collatur* bestellten Pfarrer und sonstigen Beneficiaten, sowie die Genehmhaltung der von Privatpersonen Ew. bischöflichen Hochwürden zu Beneficien präsentirten Candidaten und der einem Pfarrer beizugebenden Coadjutoren, sofern hier ein *fiscalisches Patronatsrecht nicht concurrirt*, endlich die für gewisse Fälle vorbehaltene Genehmigungserklärung der Pfarrverwalter nicht weiter geltend machen, vorausgesetzt, dass es sich nicht um Zulassung von Ausländern handelt. Die Frage, welche Pfarreien und Beneficien, als der freien bischöflichen Collatur unterliegend anzusehen seien, hängt selbstredend mit der Feststellung derjenigen kirchlichen Stellen zusammen, bezüglich deren das staatliche Ernennungsrecht auf Grund eines vorliegenden Patronats, oder besonderen Rechtstitels in Gemässheit des Artikels 18. der Verfassungs-Urkunde auch fernerhin bestehen bleibt. Es werden daher namentlich bezüglich dieses Punktes nähere Erörterungen im Einzelnen nothwendig werden, welche

nach Verfügung des Herrn Ministers *möglichst beschleunigt* werden sollen [1]).

Wegen der Verhandlungen über die hier berührte Frage erwarten wir zunächst noch höhere Weisung und glauben vorerst nur bemerken zu sollen, wie der Herr Minister von der Voraussetzung ausgeht, dass zur Vermeidung etwa zu besorgender Schwierigkeiten der gegenwärtige Zustand in der hier fraglichen Beziehung vorläufig intact erhalten werde.

Bei der *Besetzung der Vorsteher- und Lehrerstellen des Priesterseminars*, der *Anstellung des Generalvicars, der Officialen, Vicariats- und Officialatsräthe, Secretäre und sonstigen Bischöflichen Beamten* wird ein Mitwirkungsrecht nicht weiter in Anspruch genommen.

Endlich werden wir, wie dies bereits von uns in letzter Zeit geschehen ist, von der *Mitwirkung rücksichtlich der Festsetzung der portio congrua bei erledigten Pfarreien absehen.*

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulsachen.

---

1) Nach anderen Blättern berichtete der Bad. Beob. Nr. 194.: Vom Mittelrhein 14. Aug. 1868: In der letzten Zeit waren von Seiten des Ordinariats Generalvicar Dr. Klein und Domcapitular Dr. Rau als Delegirte in Wiesbaden anwesend, um mit der Regierung das Collationsrecht der Pfarreien und Beneficien neu zu ordnen, mussten aber alsbald erfahren, dass die preussische Regierung für ein starkes Drittel der Pfarreien das Patronat beansprucht, und zwar ohne dass ihr legale Gründe zur Seite stehen. Beharrt dieselbe auf ihrer Forderung, so wird sie einen Kirchenstreit von weittragender Bedeutung heraufbeschwören. Ebenso verweigert die Regierung den im Mainzer Seminar gebildeten Theologen aus den annectirten Rheinprovinzen den Tischtitel, weil dasselbe keine preussische Anstalt ist. — Pfarrer Mathias war der einzige Geistliche in der Diöcese Limburg, der dem neuen Regimente den Eid der Treue auch dann noch verweigerte, nachdem Cultminister von Mühler die Erklärung abgegeben, dass der verlangte Eid keine andere Verbindlichkeit in sich schliesse, als die dem Unterthan und Geistlichen ohnehin obliegenden. Herr Mathias wurde nun zur Räumung des Pfarrhofes aufgefordert.

Das Mainzer Journal berichtete weiter aus Wiesbaden 27. August: „Das bischöfliche Ordinariat hat die Vorschläge zur Besetzung von 17 Pfarreien nach *Kassel gelangen* lassen, so dass also vom 1. October an die meisten der erledigten Pfründen wieder definitiv besetzt sein werden. Man ist dahin übereingekommen, bis zur ausgemachten Sache und unter einstweiligem Absehen von dem königl. Patronat den zuletzt unter dem Herzog Adolf vereinbarten Modus (vgl. *Archiv* VI, 375 ff.) für Bestellung der Pfarrer beizubehalten; daher auch für diesmal schon die Präsentation der Bewerber stattgefunden hat. Die Verhandlungen mit dem Geh. Oberregierungs-Rath Krätzig haben auch zur Folge gehabt, dass den Candidaten der Theologie der Tischtitel nach wie vor wird verliehen werden. Ebenso soll darnach die Zahl der in Limburg residirenden Domcapitulare zunächst um zwei und späterhin um einen dritten vermehrt werden."

Praktische Fragen

über die kirchliche Vermögensfähigkeit und insbesondere Erbfähigkeit, und über die rechtliche Vertretung der Kirche in ihren Vermögensrechten.

(Fortsetzung: Vgl. Archiv XX, 119—148.)

IV. *Die linksrheinischen Kirchenfabriken sind keine von der Kirche verschiedene juristische Person und ihre Angelegenheiten sind blos solche der Kirche; es ist daher gesetzlich nach dem Art. 15. der preussischen Verfassungs-Urkunde zu Processführungen für die Kirchenfabriken nur noch die bischöfliche Autorisation, nicht auch die der Regierung nothwendig.*

Das königl. Ober-Tribunal zu Berlin hält noch immer an der entgegengesetzten, schon wiederholt in unserem *Archiv* VII, 256 ff., X, 268 ff., XI, 1 ff., XII, 147 ff., XV, 3 ff., XVII, 99 ff., 353 ff., und anderwärts, zuletzt von *Gerlach* (Das Verhältniss des preussischen Staates zur katholischen Kirche. 2. Aufl. Paderborn 1867. I. Abtheil. S. 123 ff.) so gründlich widerlegten verfassungswidrigen Ansicht fest. So auch in einem Urtheil vom 12. November 1868, welches im Archiv für das Civil- und Criminalrecht der königl. preussischen Rheinprovinzen, N. F. Bd. 54. Heft 3. Abtheil. II. S. 58 ff. abgedruckt ist, und in einem dort in derselben Zeitschrift angezogenen weiteren Urtheil vom 26. November 1867. Die rheinischen Regierungsbehörden haben schon wiederholt versucht, auch im Verwaltungswege jene Ansicht des Ober-Tribunals zur Geltung zu bringen. Das königl. Cult-Ministerium hat aber stets die nach der ganzen Entstehungsgeschichte der betreffenden *Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde* allein richtige Auslegung derselben in jener Frage festgehalten. So ist dies auch neuestens wieder geschehen in dem folgenden

Erlass des königl. preussischen Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 23. April 1868

an die königliche Regierung zu Düsseldorf.

Der (Tit.) remittire ich, dass mittelst Berichts vom 31. v. Mts. (IV. 1972) den Process über das Eigenthum der katholischen Kirche zu Knechtsteelden betreffend, eingesandte Urtheil des Rheinischen Senats des Königlichen Ober-Tribunals vom 12. November v. J. mit dem Bemerken, dass der Inhalt desselben mir keine Veranlassung gibt, von der bisherigen Auffassung und Behandlung des Vermögens der linksrheinischen *Kirchenfabriken*, als »*Kirchenvermögen*« und

Angelegenheiten der Kirche abzugehen, da diese Behandlung den ausdrücklichen Bestimmungen der §§. 2. und 3. des Gesetzes vom 14. März 1845 Ges.-S. S. 163., der Praxis der Provincialgerichte und dem Erkenntniss des zweiten Senats des Königlichen Ober-Tribunals vom 5. Juli 1862 (Entsch.-Bd. S. 303.) entspricht. Als *Cultus-Sachen* werden die Angelegenheiten der Kirchenfabriken auch durch die Ressortbestimmungen der Art. 72., 73., 93. und 97. des Kaiserl. Decrets vom 30. December 1809, sowie durch die in der Allerhöchsten Ordre vom 4. December 1826 (*Hermens*, Bd. 2. S. 678.) in Bezug genommenen Allgemeinen Verwaltungs-Instructionen qualificirt.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten etc.
I. A.: *Krätzig.*

An
die Königl. Regierungen zu Köln,
Coblenz, Trier, Aachen.
Abschrift zur Nachricht.

Oesterreichische Gesetze und Verordnungen

über die vermögensrechtliche Stellung, Einkünfte, Besteuerung des Klerus und der religiösen Orden.

(Fortsetzung. Vgl. Archiv XIV, S. 92—121., 401—473.; XV, 33—66.; XVI, 223—263.; 417—436.; XVII, 76—93.; XVIII, 125—138.; XIX, 440—456.)

206) *Cult.-Ministerialerlass vom 20. Juli 1860, Z. 10,452.,*

an die Statthalterei in Dalmatien,

betreffend den Beginn des Genusses der Pfründeneinkünfte bei ersten Capiteldignitäten.

In Erledigung des Berichtes ..... findet man der k. k. ..... zu eröffnen, dass der von dem heiligen Stuhle auf Grund des Artikels XXII. des Concordates ausgehende Act der Collation einer ersten Capitelwürde die canonische Institution auf diese Würde einschliesst, wie dies auch bei der päpstlichen Confirmation ernannter Bischöfe der Fall ist, welche nach Massgabe des Artikels XXVII. des Concordates am Tage dieser Confirmation das Recht auf den Genuss der Temporalien des Bisthums erlangen. Wenn demnach in den hierämtlichen Erlässen vom 31. Juli 1858, Z. 12,288., und vom 22. Mai 1860, Z. 7506., betreffend die Flüssigmachung der Bezüge der Dompropsteien zu Cattaro und Zara für die Domherren L..... und S..... der erforderliche Einklang vermisst wird, so kann dies nur einem Missverständnisse zugeschrieben werden.

207) *Cult.-Ministerialerlass vom 31. Juli 1860, Z. 10,868.,*

an die Landesregierung in Krain,

betreffend die Verwaltung und Aufbewahrung des Vermögens der dem deutschen Ritterorden incorporirten Pfarr- und Seelsorgskirchen.

Was die in dem Berichte vom 30. December 1859, Z. 17,265., besprochene Verwaltung und Aufbewahrung des frei eigenthümlichen und Stiftungsvermögens der dem deutschen Ritterorden incorporirten Pfarr- und Seelsorgskirchen anbelangt, so muss grundsätzlich festgehalten werden, dass der Umstand, vermöge dessen eine Kirche, an der die pfarrliche Seelsorge geübt wird, einem regularen Orden incorporirt ist, auf die Verwaltung des freien oder belasteten Vermögens derselben keinen Einfluss hat. Für die Einhaltung dieses Grundsatzes bei den deutschen Ordenspfarren spricht überdies die Allerhöchste Entschliessung vom 23. Februar 1833, zufolge deren bei diesen Pfarren die Incorporation mit dem Orden an und für sich keine Ausnahme von der Concurrenz bei Pfarrbaulichkeiten begründet, welche

sonst bei den Patronatspfarren der nämlichen Provinz einzutreten hat. Da bei solchen Baulichkeiten das Kirchenvermögen in erster Linie in Anspruch genommen wird, so liegt es im Interesse der gesetzlichen Concurrenten, dass dieses Vermögen in derselben Weise verwaltet werde, wie das anderer Kirchen, deren Baulichkeiten im gesetzlichen Concurrenzwege bewerkstelligt werden.

Uebrigens ist es Sache des fürstbischöflichen Ordinariates bei der bevorstehenden Regelung der Kirchenvermögensverwaltung auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. October 1858 in Erwägung zu ziehen, ob ausreichende Gründe vorhanden sind, um für die Verwaltung und Aufbewahrung des Kirchenvermögens der Pfarren des deutschen Ritterordens ohne Verletzung anderer Interessenten ausnahmsweise Bestimmungen zu treffen. Jedenfalls muss darauf bestanden werden, dass auch bei diesen Pfarren nach Massgabe der bezogenen Allerhöchsten Entschliessung das landesfürstliche die Bewahrung des Kirchenvermögens betreffende Recht gewahrt bleibe.

208) *Cult.-Ministerialerlass vom 6. August 1860, Z. 8557.*,

an die Landesregierung in Kärnthen,

betreffend die Gebühr, welche die Verweser erledigter Pfründen für persolvirte Stiftungsverbindlichkeiten ansprechen können.

In Erledigung des Berichtes . . . . . findet man der k. k. . . . . . zur weiteren Verständigung des Herrn Fürstbischofs von Gurk zu eröffnen, dass zufolge des von der bischöflichen Versammlung des Jahres 1856 gestellten Antrages die Provisoren erledigter Pfarren nicht gehindert werden sollen, den Beitrag zu ihrem Unterhalte, welcher in Form eines Messstipendiums gegeben wird, zu empfangen, weshalb sie nicht zu verpflichten sind, die bei der Pfarre vorhandenen Stiftungen anders als gegen das von dem Bischofe festgesetzte Stipendium zu entrichten. Dieser Antrag, welcher offenbar nur darauf abzielte, die Pfarrprovisoren nicht in die Lage zu bringen, dass sie aus Anlass der Erfüllung der Pflichten ihres Amtes ausser Stande gesetzt werden, ein ihnen sonst zu Gebote stehendes Current-Messstipendium zu empfangen, ist durch die Allerhöchste Entschliessung vom 3. October 1858 genehmiget, sonach festgesetzt worden, dass die Pfarrprovisoren fortan nicht verpflichtet werden, die bei der Pfarre vorhandenen Stiftmessen, wie bisher, ohne Bezug eines Emolumentes zu persolviren, sondern dafür das in jeder Diöcese übliche, von dem Bischofe gebilligte Manualstipendium in Rechnung bringen können.

Hiernach erscheint es nicht zulässig, in den von dem Herrn Fürstbischofe von Gurk befürworteten diesfälligen Unterschied der

Bedeckung gestifteter Verbindlichkeiten einzugehen. Ein Widerspruch mit den kirchlichen Vorschriften kann hierin nach hierortiger Ansicht nicht erblickt werden, als durch dieselben die unverkümmerte Hintangabe von Messstipendien an den jeweilig persolvirenden Priester nur bezüglich der sogenannten Manualstipendien angeordnet ist und diese Anordnung auf die Emolumente für die Erfüllung gestifteter Verbindlichkeiten nicht auszudehnen sein dürfte.

209) *Cult.-Ministerialerlass vom 7. August 1860, Z. 11,344.*,
an die Statthalterei in Galizien,
betreffend die Concurrenz kirchlicher Pfründner zur Bestreitung der Kosten von Wasserschutzbauten.

Da durch Wasserschutzbauten, in soferne dieselben nicht aus öffentlichen Rücksichten geführt werden, dem betreffenden Realbesitze entweder ein Vortheil zugeführt oder von demselben ein voraussichtlicher Nachtheil abgewendet wird, so ist es angemessen, dass zur Bestreitung der aus solchen Bauten erwachsenden Kosten Jene herangezogen werden, die bei der Erhaltung und Melioration des Realbesitzes oder bei dem zu erzielenden Zuwachse an demselben interessirt sind. Erscheint unter den Betheiligten eine kirchliche Pfründe, so wird der Nutzniesser derselben zu verhalten sein, die Baukostenbeiträge abzustatten, welche auf das seiner Nutzniessung anheimgegebene Reale entfallen. In wieferne dem kirchlichen Pfründner ein Anspruch auf Ersatz der aus diesem Anlasse gemachten Auslagen zustehe, hängt davon ab, ob durch die geführten Wasserschutzbauten eine Melioration der geschützten Grundstücke oder ein Zuwachs an derselben erzielt, bloss die Erhaltung des bedrohten Grundstückes und dessen Ertragsfähigkeit angestrebt wird. Im ersten Falle ist der bereits in einigen Theilen der Monarchie zur Geltung gebrachte Grundsatz festzuhalten, dass Auslagen, welche von kirchlichen Pfründnern zum Zwecke von Wirthschaftsverbesserungen gemacht werden, sich zu einer Vergütung nicht eignen, weil diese in der gegenwärtigen Erhöhung des Erträgnisses gefunden werden muss. Dasselbe gilt auch im zweiten Falle bezüglich der über die Congrua dotirten kirchlichen Pfründner, weil es, abgesehen von der gesetzlichen Verpflichtung des Nutzniessers, billig ist, dass der Beneficiat dasjenige, was ihm das Beneficium über den anständigen Unterhalt abwirft, zunächst zur Erhaltung des Dotationsstockes der Pfründe aufwende. Nur dann, wenn bei Unterlassung des Wasserschutzbaues eine Schmälerung der Congrua zu besorgen ist, werden mit Berücksichtigung der obwaltenden Umstände bei der Bestreitung solcher Bauauslagen Jene in's Mitleid zu ziehen sein, denen es obliegt, den Abgang an der Congrua zu ersetzen.

Hiernach ist man ausser Stande, den von der k. k. . . . . . in dem Berichte vom 31. August 1859, Z. 34,814., gestellten Antrag zu genehmigen, zufolge dessen die auf eine Anzahl von kirchlichen Pfründen im Gesammtbetrage von 898 fl. 62·5 kr. ö. W. entfallenden Kosten, welche aus den Sumpfentwässerungsarbeiten im Jaryczowka-Thale erwachsen sind, auf den ohnehin überbürdeten Religionsfond übernommen werden sollen, ohne vorher zu untersuchen, ob die Beneficiaten, auf deren Pfründen Concurrenzbeiträge entfallen, durch deren Leistung in ihrer Congrua verkümmert werden. Auch kann nicht unbemerkt bleiben, dass der Religionsfond keineswegs als Eigenthümer der zu ihm im Patronatsverhältnisse stehenden kirchlichen Pfründen anzusehen sei, indem in dieser Beziehung mit Rückblick auf die Bestimmungen des Concordates zwischen dem Religionsfonde und anderen Pfründenpatronen kein Unterschied obwaltet.

210) *Cult.-Ministerialerlass vom 10. August 1860, Z. 11,424.,*

an sämmtliche Länderstellen,

betreffend die Erfordernisse zur Umschreibung und Devinculirung der Staatsobligationen der Kirchen, kirchlichen Anstalten, Stiftungen und Pfründen.

Im Einvernehmen mit dem k. k. Finanzministerium sind in Ansehung der Erfordernisse zur Umschreibung und Devinculirung der Staatsobligationen, welche als ein Eigenthum von Kirchen, kirchlichen Anstalten, Stiftungen und Pfründen sich darstellen, jene Vorschriften für massgebend erklärt worden, die zufolge der Ministerialverordnung vom 20. Juli 1860 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 162.) bei der Veräusserung kirchlicher Güter zur Richtschnur zu dienen haben, weil die in Folge der Umschreibung ausgefertigte neue Schuldverschreibung eine von der in der alten Obligation genannten, verschiedene physische oder moralische Person als Eigenthümer bezeichnet, und die Devinculirung in der Regel nur zu dem Zwecke angestrebt wird, um mit einem durch die Staatsobligation repräsentirten Capitale, dessen Erträgniss zu einem bestimmten Zwecke gewidmet ist, frei verfügen, dasselbe in einer mit dem bisherigen Vinculum der Staatsobligation nicht im Einklange stehenden Richtung verwenden zu können.

Hiernach hat das k. k. Finanzministerium die k. k. Staatsschuldendirection unter dem 30. Juli 1860, Z. 44,102., angewiesen, die Umschreibung und Freischreibung der Staatsobligationen, welche zu dem Eigenthume einer Kirche, kirchlichen Anstalt, Stiftung oder Pfründe gehören, nur dann zu veranlassen, wenn nach Massgabe der bezogenen Ministerialverordnung die Erklärung der betreffenden politischen Landesstelle beigebracht wird, dass den besonderen, über die

Veräusserung des Kirchengutes bestehenden Vorschriften genügt worden sei.

Was ferner jene Fälle anbelangt, in denen die irrthümliche Vinculirung (oder Intestirung) einer Staatsobligation zu berichtigen kömmt, so sollte sachgemäss auch zu solchen Berichtigungen die Nachweisung der zur Umschreibung oder Devinculirung erforderlichen Förmlichkeiten in Anspruch genommen werden, was allezeit geschieht, wenn die Berichtigung der Intestirung oder des Vinculums zu Gunsten eines Privaten gefordert wird.

Damit aber die Behörden mit dem Her- und Hinsenden der irrig intestirten oder vinculirten Staatsobligationen, und die Cassen mit der Ausfertigung und Incontrirung neuer Schuldverschreibungen nicht über das Mass unausweichlicher Nothwendigkeit belästiget werden, so hat man sich mit dem genannten Ministerium dahin geeinigt, dass in den erwähnten Fällen, wenn die Berichtigung der Intestirung oder des Vinculums einer Staatsobligation, welche für eine Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung oder Pfründe lautet, nicht zur Folge hat, dass die Obligation in das Eigenthum einer anderen Kirche, kirchlichen Anstalt oder Pfründe übergehe, die irrige Intestirung oder Vinculirung in der Weise sanirt werden könne, dass auf der Rückseite der Obligation durch eine entsprechende, von der betreffenden Vermögensverwaltung unterfertigte, und mit dem Kirchensiegel bestätigte Erklärung angedeutet werde, wie die Intestirung oder das Vinculum richtig zu lauten habe. Sollte die Vermögensverwaltung durch die ihr vorgezeichnete Instruction nicht ermächtigt sein, auf eigene Verantwortlichkeit auf der Rückseite der Obligation eine derartige Erklärung anzumerken, so erscheint es angezeigt, dass in den Inhalt derselben auch die erlangte Auctorisation aufgenommen werde.

Von dem Voranstehenden hat die k. k. . . . . . zur angemessenen Information der Kirchenvermögens-Verwaltungen und kirchlichen Pfründner den bischöflichen Ordinariaten die Mittheilung zu machen.

211) *Cult.-Ministerialerlass vom 20. August 1860, Z. 11,995.,*

an die Statthaltereien in Ofen, Temesvár und Agram

betreffend die Aufhebung der Bestimmung des §. 6. der ungarischen Pfarreinrichtungs-Directiven vom Jahre 1787.

Mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. August 1860 haben mich Seine k. k. Apostolische Majestät zu der Erklärung zu ermächtigen geruht, dass die im §. 6. der ungarischen Pfarreinrichtungs-Directiven vom Jahre 1787 enthaltene Vorschrift, durch welche gewisse Classen von Güterbesitzern statt des Religionsfondes zu bestimm-

ten Leistungen verpflichtet wurden, auf solche Fälle keine Anwendung zu finden habe, in welchen es sich darum handelt, nach Aufhebung des herrschaftlichen Unterthänigkeitsbandes neue Lasten zu übernehmen, dass jedoch für dasjenige, was inzwischen in dieser Beziehung bereits geleistet worden sein sollte, ein Ersatz aus dem Religionsfonde von der Verwaltung der kaiserlichen Familiengüter, sowie der Cameral- und Fondsgüter nicht in Anspruch zu nehmen sei und ebenso von den Besitzern geistlicher Güter erwartet werde, dass sie einen solchen Ersatz nicht in Anspruch nehmen werden. . . .

Hiervon sind die politischen Unterbehörden zur Darnachachtung, dann die bischöflichen Ordinariate zur Verständigung der betreffenden Seelsorgsgeistlichkeit in die Kenntniss zu setzen.

212) *Cult.-Ministerialerlass vom 5. September 1860, Z. 8003 und 12,546.*,

an die Statthalterei in Agram,

betreffend die Verpflichtung der Pfarrpfründner zur Herstellung der Pfarrwirthschaftsgebäude.

Betreffend die Verpflichtung der Pfarrpfründner zur Herstellung und Erhaltung der Pfarrwirthschaftsgebäude wird die k. k. . . . . . über die Berichte . . . . . hiemit auch weiterhin auf die bestehenden in dem Erlasse vom 4. April 1857, Z. 3446., berufenen Allerhöchsten Bestimmungen vom Jahre 1808 mit dem Beifügen gewiesen, dass unter dem für die Verpflichtung der Pfarrpfründner zur Herstellung und Erhaltung der Pfarrwirthschaftsgebäude als Minimum mit dem Betrage jährlicher 500 fl. festgesetzten Pfarreinkommen nur das den Pfarrpfründnern für ihre Person aus ihrem *Grundbesitzthum* verbleibende reine Einkommen, somit keineswegs auch jenes Einkommen zu verstehen sei, welches denselben aus *andern* Bezugsquellen zufliesst.

Die Nachweisung des Pfarreinkommens hat übrigens gleichwie im Allgemeinen, ebenso selbstverständlich auch in jenen Fällen, in welchen es sich um die Verpflichtung der Pfarrpfründner zur Herstellung und Erhaltung der Pfarrwirthschaftsgebäude handelt, auf Grundlage der Conscription der geistlichen Provente vom Jahre 1802 stattzufinden.

213) *Cult.-Ministerialerlass vom 28. September 1860, Z. 12,675.*,

an die Statthalterei in Böhmen,

betreffend die Persolvirung der Religionsfonds - Dotationsmessen während der Intercalarzeit.

Die zufolge des hierämtlichen Erlasses vom 27. October 1858, Z. 18,225., den Verwesern erledigter Pfründen mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. October 1858 zugewendete Vergünstigung, dass

sie fortan nicht verpflichtet werden, die Stiftsmessen anders, als gegen das von dem Bischofe festgesetzte Stipendium zu verrichten, betrifft nach dem Wortlaute und Sinne der hierwegen von der bischöflichen Versammlung im Jahre 1856 gestellten Bitte jene Messenstiftungen, welche bei der Kirche der erledigten Pfründe errichtet sind, weshalb die Bestimmung der bezogenen Allerhöchsten Entschliessung auf jene Messen nicht ausgedehnt werden kann, welche die aus dem Religionsfonde dotirten oder unterstützten Seelsorger nach Massgabe der bestehenden Vorschriften für diesen Fond ohne Entgelt zu verrichten haben.

Allerdings haben die Bischöfe der erwähnten Versammlung auch den Wunsch ausgesprochen, dass jene Seelsorger, denen der Religionsfond nur 300 fl. oder wie den Hilfspriestern sogar nur 200 fl. sichert, nicht verpflichtet werden, zu Erfüllung der auf dem Religionsfonde haftenden Messenverbindlichkeiten beizutragen.

Allein bis nun ist es nicht möglich geworden, diesem Wunsche zu entsprechen und mangelt somit jeder gesetzliche Anhaltspunkt, den Verwesern erledigter Pfründen auf Kosten des Religionsfondes Verpflichtungen abzunehmen, die sie bis nun in der für das Königreich Böhmen geregelten Weise zu erfüllen hatten.

Anbei muss noch bemerkt werden, dass es in dem Bereiche der Kirchengewalt liegt, die Zahl der in Rede stehenden Verpflichtungen aus berücksichtigungswerthen Gründen zu vermindern und dadurch den Pfründenverwesern, wenn sie in dieser Richtung überbürdet sein sollten, eine entsprechende Erleichterung zu verschaffen, weshalb es den Bischöfen anheimgestellt bleibt, die hiezu geeigneten Massregeln einzuleiten, durch welche ohne neue Belastung des Religionsfondes eine Verringerung des Masses der den Verwesern erledigter Pfründen obliegenden Verpflichtungen anstandslos erzielt werden kann.

214) *Cult.-Ministerialerlass vom 18. October 1860, Z. 15,399.*,

an die Landesregierung in Kärnthen,

betreffend das Stipendium für persolvirte Religionsfondsmessen.

In Erledigung des Berichtes findet man der k. k. . . . . . zu bedeuten, dass auf die an den Erträgnissen des Religionsfondes haftenden Verpflichtungen zur Persolvirung heiliger Messen die auf legirte Currentmessen lautende Bestimmung der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Juni 1841 nicht anwendbar sei, weshalb auch in dem Kronlande Kärnthen in Hinkunft bei der Bemessung des Stipendiums für Religionsfondsmessen, deren unentgeltliche Persolvirung

nicht erzielt werden kann, der klare Wortlaut der an das bestandene steiermärkisch-kärnthnerische Gubernium ergangenen Hofdecrete vom 21. Mai 1812, Z. 7397., und vom 2. Juni 1814, Z. 6269., welche dieses Stipendium mit 30 kr. W. W. (dermalen 21 kr. ö. W.) feststellen, in Vollziehung zu bringen sein wird.

215) *Cult.-Ministerialerlass vom 20. October 1860, Z. 12,849.,*

an die Statthalterei in Agram,

betreffend die Gebühren für Verabfolgung genealogischer Nachweisungen aus den Matriken an Privatpersonen.

Bei dem Umstande als in dem Berichte vom . . . . . für dass Mass der Gebühren, welche die Matrikenführer für die Verabfolgung genealogischer Nachweise an Private von diesen anzusprechen berechtiget sind, eine in dem jenseitigen Verwaltungsgebiete bestehende Vorschrift nicht nachgewiesen wurde, steht nichts entgegen, dass sich diesfalls nach der Analogie der Bestimmung des kaiserlichen Patentes vom 2. August 1850 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 329.), betreffend die Gebühren von Urkunden (T. P. Nr. 73.), benommen werde, wornach den nicht unter die Armen zu zählenden Parteien, wenn sie die Bestätigung von zwei oder mehreren Geburts-, Tauf-, Trauungs-, oder Sterbefällen in einer Ausfertigung verlangen, obliegen wird, die für einfache Matrikscheine festgestellte Gebühr so oftmal zu entrichten, als Fälle bestätiget werden.

216) *Cult.-Ministerialerlass vom 5. November 1860, Z. 4247.,*

an die Statthalterei im Küstenlande,

betreffend die Bestreitung der Reisekosten der zur Installation kirchlicher Pfründner beigezogenen Patronatsrepräsentanten.

Zufolge der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. October 1858 ist zur Uebergabe des Vermögens der Kirche und kirchlichen Pfründe an den neu bestellten Vorsteher derselben der Patron oder dessen Stellvertreter beizuziehen, weil derselbe nach Massgabe des Kirchengesetzes und in Ansehung der ihm obliegenden Leistungen ein Interesse daran hat, dass die Temporalien der Kirche und Pfründe Demjenigen gehörig übergeben werden, welcher fortan der Verwalter, beziehungsweise Nutzniesser derselben sein wird.

Es unterliegt keinem Anstande, dass bei dieser Uebergabe der Temporalien der dem landesfürstlichen, Religions- oder Studienfondspatronate unterstehenden Kirchen oder Pfründen der k. k. Bezirksvorsteher, in dessen Verwaltungsdistricte dieselben gelegen sind, die Stelle des Patrons vertrete.

Nach dem Hofdecrete vom 29. März 1785, Z. 320., hatte der

Patronatsrepräsentant aus einem solchen Anlasse von dem neu bestellten Kirchenvorsteher und Pfründner nebst einer mässigen Bewirthung die Vergütung der Reisekosten anzusprechen. Dermalen wird sich bei den durch die Bestimmungen des Concordates geänderten Verhältnissen ein derartiger Anspruch nur dann geltend machen lassen, wenn der zu installirende Beneficiat, was er in seinem eigenen Interesse in der Regel thun wird, aus was immer für Gründen das Verlangen ausspricht, dass der Patronatsrepräsentant bei der Temporalienübergabe zugegen sei. In den muthmasslich seltenen Ausnahmsfällen erscheint es nicht zulässig, dass wegen der Intervention des Patronatsrepräsentanten bei dieser Uebergabe einem öffentlichen Fonde Auslagen verursacht werden, indem bei einzelnen Kirchen und Pfründen wegen des Masses oder der Art ihrer Dotation die Anwesenheit des Patronatsstellvertreters bei der Installation des Beneficiaten kaum als unerlässlich nothwendig sich darstellt und dem die Functionen dieses Stellvertreters übenden Bezirksvorsteher andere Anlässe zu Gebote stehen, sich zu überzeugen, dass die einzelnen Bestandtheile pes Vermögens der Kirche und Pfründe dem neuen Verwalter und Nutzniesser durch den Ordinariatsrepräsentanten gehörig übergeben wurden.

Hiemit erledigen sich die jenseitigen Berichte mit dem Beifügen, dass man sich über die am Schlusse dieses Berichtes erwähnte Beeidigung der installirten kirchlichen Pfründner durch die weltlichen Installationscommissäre erst dann aussprechen werde, wenn nachgewiesen ist, auf welche Vorschrift sich diese in anderen Theilen der Monarchie nicht gebräuchliche Eidesleistung stützet, wobei zugleich der Inhalt der bisher angewendeten Eidesformel und die Umstände der Anwendung derselben bekannt zu geben wären.

217) *Cult.-Ministerialerlass vom 20. November 1860, Z. 13,198.,*

an die Statthalterei in Steiermark und Kärnthen,

betreffend die zur Bemessung des Alumnaticums erforderlichen Nachweise.

Aus dem Berichte vom 2. März 1860, Z. 3804., betreffend die Bitte einiger Pfarrer der Lavanter Diöcese um Abänderung einzelner bei der Verfassung von Pfründenfassionen wahrzunehmender Directiven, erhellet, dass die k. k. . . . . . von einer Anzahl kirchlicher Pfründner die Vorlage neuer documentirter Pfründeneinkommens-Fassionen behufs statistischer Nachweisungen und zur neuen Bemessung des Alumnaticums in Anspruch genommen habe.

Man kann die Einleitung dieser Massregel, welche ohne Aufwendung vieler Zeit und mehrseitiger Arbeitskräfte nicht ausführbar

ist, nicht billigen, da zu den erwähnten statistischen Nachweisungen die von den geistlichen Pfründnern im Wege der bischöflichen Ordinariate nach Massgabe der Verfügung des bestandenen General-Rechnungsdirectoriums vom 12. Februar 1843, Z. $\frac{39}{\text{Stat.}}$, gelieferten ziffermässigen Auskünfte genügen und die Aufnahme neuer Pfründenfassionen oder die Reliquidirung der bestehenden Fassionen lediglich in bestimmten gesetzlich vorgezeichneten Fällen, ausserdem aber nur im höheren Auftrage stattzufinden hat.

Hinsichtlich des Alumnaticums aber findet man die k. k. . . . . auf die Bestimmung der Hofcanzleiverordnung vom 8. October 1818, Z. 20,452., aufmerksam zu machen, zufolge deren der inner-österreichische Klerus hinsichtlich der Alumnatsbeiträge dem der übrigen österreichischen Provinzen vollkommen gleich gehalten werden soll. Mit Rückblick auf diese Bestimmung ist mit dem hierämtlichen Erlasse vom 16. April 1850, Z. 871., auch für Steiermark zugestanden worden, dass bis zur Ausmittlung der Entschädigung für die durch die Allerhöchsten Patente vom 7. März 1848 und 4. März 1849 aufgehobenen Zehente und Urbarialgiebigkeiten jeder Pfarrer 1 fl. 30 kr. und jeder Localcaplan oder andere Beneficiat 1 fl. provisorisch an Alumnaticum zu entrichten habe, die nach dem fatirten Einkommen entfallende fixe Procentualgebühr aber als Schuldigkeit festzuhalten und seiner Zeit aus den Entschädigungsgeldern zu entrichten sei.

Nachdem die Grundentlastung durchgeführt war und die zum Bezuge des Zehents und der Urbarialgiebigkeiten berechtigt gewesenen geistlichen Pfründner die hierfür ausgemittelte fixe Rente erhalten hatten, ist für mehrere Kronländer der Monarchie über geschehene Anfragen erklärt worden, dass der Grund der eigenthümlichen Bemessung des Alumnaticums von Naturalbezügen, deren Erzeugung dem Pfründner keine Auslage verursacht, entfallen, und dasselbe ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit der Einkommensquellen der geistlichen Pfründner nach dem Betrage des fassionsmässigen Einkommens in dem bereits festgestellten Masse in baarem Gelde einzuheben sei.

Dieser Grundsatz ist jedoch ohne Rückwirkung auf das bereits Geschehene, bezüglich der Einhebung des Alumnaticums auch in den bischöflichen Diöcesen des dortigen Verwaltungsgebietes zur Anwendung zu bringen, wobei sich die k. k. . . . . . gegenwärtig zu halten hat, dass vorläufig in der bisherigen Bemessungsweise der von dem Klerus zu entrichtenden Alumnatsbeiträge nur in soferne eine Aenderung Platz zu greifen hat, als bei den Pfründnern, welche in An-

sehung dessen, dass sie theilweise mit Naturalbezügen der erwähnten Art dotirt waren, einen nach der jeweiligen Höhe der Getreidepreise wandelbaren Betrag zu entrichten hatten, fortan die an die Stelle dieses Theiles der Dotation getretene Grundentlastungsrente mit Hinzurechnung des übrigen bis nun der Alumnatssteuer unterzogenen Pfründeneinkommens zur Basis der nach dem Massstabe der Hofcanzleiverordnung vom 8. October 1818, Z. 20,452., in barem Gelde zu ermittelnden Höhe des jährlich zu zahlenden Alumnaticums zu nehmen sein wird.

Da hiernach in der Bemessung des von den kirchlichen Pfründen zu entrichtenden Alumnaticums nur in soferne eine Aenderung Platz greift, als bei der Berechnung des fassionsmässigen Einkommens an die Stelle der auf Grund der Allerhöchsten Patente vom 7. September 1848 und vom 4. März 1849 abgelösten Naturalbezüge die im Wege der Ablösung erzielte Rente zu treten und die vor dem bei Pfründen, welche mit Zehent und Urbarialgiebigkeiten dotirt waren, vorgeschriebene Reducirung der Alumnatssteuer auf ein bestimmtes Mass von Korn in Wegfall zu kommen hat, so ist bei dem Umstande, als der Ziffer des fassionsmässigen Einkommens, mit Ausnahme der durch die geschehene Ablösung von Naturalbezügen herbeigeführten Aenderungen, vorläufig in der vor dem Jahre 1849 festgestellten Höhe belassen wird, kein Anlass vorhanden, behufs der Bemessung der Alumnatsbeiträge neue documentirte Erträgnissfassionen von den kirchlichen Pfründnern abzuverlangen.

Dadurch entfällt ferner von selbst der Grund, durch welchen mehrere Pfarrer der Lavanter Diöcese bewogen wurden, um die Abänderung einiger Directiven bei der Verfassung der Pfründeneinkommens-Fassionen zu bitten, welcher Bitte, in wieferne sie mit den bestehenden Vorschriften nicht zusammenstimmt, nicht willfahrt werden könne.

218) *Cult.-Ministerialerlass vom 3. December 1860, Z. 17,672.,*

an die Statthalterei in Galizien,

betreffend die Formulirung des von dem Bischofe bei dem Antritte des Bisthums auszustellenden Reverses.

Die Beilagen des Berichtes vom 16. November 1860, Z. 58,679., die feierliche Einführung des Przemysler lateinischen Bischofes Adam Ritter von *Jasinski* in den Genuss der bisthümlichen Temporalien betreffend, werden der k. k. . . . . . nach genommener Einsicht mit Ausnahme des vorgelegten Reverses in der Anlage mit dem Beifügen zurückgestellt, dass bei künftig sich ergebenden Fällen der Intro-

duction eines neuen Bischofes die Formulirung des erwähnten Reverses mit den Bestimmungen des Concordates in Einklang zu bringen und aus demselben wegzulassen sein wird, was sich auf die Verleihung und auf die Spiritual-Administration des Bisthums bezieht.

Der Bericht über die vollzogene Tradition der bischöflichen Tafelgüter wird nebst der Vorlage des bezüglichen Inventars gewärtiget.

219) *Cult.-Ministerialerlass vom 19. December 1860, Z.* $\frac{1989}{\text{C. U. M.}}$,
an den Statthalter in Venedig,
betreffend die Veräusserung und Belastung des Vermögens katholischer Kirchen, Pfründen und geistlicher Institute im lombardisch-venetianischen Königreiche.

Mit Beziehung auf die schätzbare Aeusserung vom 22. August 1860, Z. 23,527., habe ich die Ehre, Eure ..... hiermit in die Kenntniss zu setzen, dass ich unter Einem die Einschaltung einer mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. December 1860 genehmigten Ministerialverordnung in das Reichs-Gesetz-Blatt veranlasse, aus der zu entnehmen ist, in welcher Weise die durch Artikel XXX. des Concordates erforderte landesfürstliche Zustimmung zur Veräusserung und beträchtlichen Belastung der Kirchengüter im lombardisch-venetianischen Königreiche zu erlangen sei, und unter welcher Voraussetzung die Eintragung von Rechtsgeschäften dieser Art in die zur Erwerbung dinglicher Rechte auf unbewegliche Sachen bestimmten öffentlichen Bücher stattfinden könne.

Nach dem Inhalte dieser Verordnung tritt der Fall des zweiten Absatzes des Artikel XXX. des Concordates, in wieweit es sich um die landesfürstliche Zustimmung zur Veräusserung oder Belastung von Kirchengütern handelt, erst dann ein, wenn das zu veräussernde Kirchengut den Werth von 100 fl. ö. W., die Belastung eines solchen Gutes die gleiche Summe überschreitet, oder bezüglich desselben ein Pacht- oder Miethvertrag auf mehr als drei Jahre oder unter der Bedingung der Vorausbezahlung des Pachtschillings oder Miethzinses für mehr als Ein Jahr abgeschlossen werden will. Daraus folgt, dass ausserdem den kaiserlichen Behörden bei Veräusserungen oder Belastungen kirchlicher Güter eine Ingerenz nur in soferne zustehe, als es sich um das Gut einer Kirche oder Pfründe des landesfürstlichen Patronates handelt, in welchem Falle die Bestimmung des Artikels 16. des mit dem Herrn Patriarchen von Venedig vereinbarten und nunmehr fast in dem gesammten jenseitigen Verwaltungsgebiete eingeführten Regolamento per l'amministrazione dei beni ecclesiastici zur Geltung zu bringen ist.

Es erübrigt mir nur noch beizufügen, dass es Eurer ..... gefällig sein wolle, vorkommende Gesuche von Bischöfen der Kirchen-

provinz Venedig um Erlangung der landesfürstlichen Bewilligung zur Veräusserung oder Belastung von Gütern, welche zu den bischöflichen Kirchen oder Pfründen gehören, weder im eigenen Wirkungskreise zu erledigen, noch anher zu befürworten, ohne vorher mit dem Herrn Patriarchen von Venedig das Einvernehmen gepflogen zu haben.

Endlich werden Eure ..... durch die am Schlusse der in Rede stehenden Ministerialverordnung angedeutete Anzeige der Eintragungen geschehener Belastungen oder Veräusserungen von Kirchengütern in die öffentlichen Bücher, dannn durch die in Vollziehung des Ministerialerlasses vom 25. Jänner 1856, Z. $\frac{1371}{\text{C. U. M.}}$-1855, über neue Eigenthumserwerbungen von kirchlicher Seite erlangten Mittheilungen in die Lage kommen, über den Stand des unbeweglichen Vermögens katholischer Kirchen, und geistlicher Institute in steter Kenntniss zu bleiben.

Behufs der Uebersetzung der durch das Reichs-Gesetz-Blatt kundgemachten Ministerialverordnung in die italienische Sprache wird unter Einem im Sinne des kaiserlichen Patentes vom 1. Jänner 1860 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 3.) die geeignete Fürsorge getroffen.

220) *Die Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Justizministeriums vom 19. December 1860, Z.* $\frac{1999}{\text{C. U. M.}}$,

wirksam für das lombardisch-venetianische Königreich, betreffend die Veräusserung und Belastung des Vermögens katholischer Kirchen, Pfründen und geistlicher Institute.

(Sub Nr. 274. vom Jahre 1860 in das Reichs-Gesetz-Blatt eingeschaltet.)

Ist bereits im *Archiv* VI, 167 ff. abgedruckt.

(Fortsetzung folgt.)

Verordnung

der österr. Minister der Justiz, des Cultus und des Innern vom 1. Juli 1868.

(R.-G.-Bl. vom 3. Juli 1868. XXXII. St. Nr. 80.)

Betreffend den Vollzug des Gesetzes in Ehesachen vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 47.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 47., werden auf Grund des Art. 5. dieses Gesetzes folgende Anordnungen getroffen:

Zum Artikel I. des Gesetzes.

§. 1. Die Nachsicht vom Eheaufgebote (§§. 85. und 86. a. b. G.-B.), die im §. 120. des a. b. G.-B. vorgesehene Dispensation von der dort anberaumten Frist so wie die Nachsicht von Beibringung des Taufscheines (Hofcanzleipräsidial-Decret vom 9. December 1826, Z. 1338, Justizhof-Decrret vom 22. December 1826, J.-G.-S. Nr. 2242), insoweit die Ertheilung dieser Dispensen dem Kreisamte zugewiesen war, steht der politischen Landesbehörde zu. Die Dispensationsbefugniss wegen naher Todesgefahr, soweit dieselbe in obigen Fällen der Ortsobrigkeit eingeräumt ist, steht nunmehr der k. k. politischen Bezirksbehörde, in jenen Städten aber, welche eigene Gemeindestatuten besitzen, der mit der politischen Amtsführung betrauten Gemeindebehörde zu.

§. 2. Die Entscheidung in oberster Instanz über die Nachsicht von Ehehindernissen gehört zum Wirkungskreise des Ministeriums des Innern.

Zum Artikel II. des Gesetzes.

§. 3. Wenn der Fall einer Eheschliessung vor der weltlichen Behörde anhängig wird, so ist über die Verhandlung ein Tagebuch zu führen; in dasselbe sind alle hierauf bezüglichen Eingaben, Protocolle und sonstigen Actenstücke in der Zeitfolge unter fortlaufenden Zahlen einzutragen. Die mit den Acten belegten Tagebücher sind abgesondert von anderen Registratursacten bei dem Aufgebotsbuche und Eheregister zu verwahren.

§. 4. Wenn die Brautleute das Aufgebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde veranlassen und die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe vor dieser Behörde abgeben wollen, so haben sie ihr Ansuchen entweder schriftlich einzubringen, oder zu Protocoll zu geben.

§. 5. Wenn die Ehewerber die Weigerung des competenten Seelsorgers durch die Aussage von zwei im Amtsbezirke wohnenden

eigenberechtigten Männern nachweisen wollen, so ist diese Aussage von der zur Eheschliessung competenten Behörde zu Protocoll zu nehmen.

§. 6. Wenn die politische Behörde in die Lage kommt, an den betreffenden Seelsorger die im Artikel II. §. 2., des Gesetzes vorgesehene Aufforderung zu richten, so hat dieselbe den Ausweis über den Tag der Zustellung an den Seelsorger sich zu verschaffen und bei den Verhandlungsacten aufzubewahren.

§. 7. In dem Aufgebote ist jedenfalls der Aufgebotstermin, ob nämlich die gesetzliche oder eine verkürzte Dauer desselben eintritt, anzugeben.

§. 8. Auf jedem das Aufgebot enthaltenden Anschlage ist der Tag der Affigirung und der Tag der Abnahme auf dem bei der mündlichen Verkündigung an den Amtstagen benützten Aufsatze ist der Ort und der Tag der geschehenen Verlautbarung zu bestätigen. Jeder so bestätigte Anschlag und Aufsatz ist dem Tagebuche beizulegen, zu welchem Ende das requirirte Gemeinde-Amt dem dort affigirt gewesenen Anschlag nach Ablauf der Aufgebotsfrist mit obiger Bestätigung unverzüglich und unmittelbar an die das Aufgebot veranlassende Behörde einzusenden hat. Die Behörde und beziehungsweise das Gemeinde-Amt hat darüber zu wachen, dass der Anschlag während der vorgeschriebenen Zeit affigirt bleibe, und im Falle der Beschädigung des Anschlages sogleich für die Erneuerung desselben zu sorgen. Die Beilage A. enthält ein Beispiel eines Ehe-Aufgebotes.

§. 9. Das Gemeinde-Amt, bei welchem das Aufgebot angeschlagen wurde, hat jedes ihm angezeigte Ehehinderniss der das Aufgebot veranlassenden Behörde unmittelbar und mit aller Beschleunigung mitzutheilen.

§. 10. Die Verpflichtungen, welche den Gemeinde-Aemtern in Bezug auf das Ehe-Aufgebot und die Entdeckung von Ehehindernissen obliegen, sind von den zur Besorgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises berufenen Gemeinde-Organen zu erfüllen.

§. 11. Wenn die politische Landesbehörde in Gemässheit des §. 86. a. b. G.-B. das Aufgebot ganz nachzusehen findet und die Brautleute am Sitze der Landesbehörde nicht ihren Wohnsitz haben, so ist zur Entgegennahme des eidlichen Gelöbnisses die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde zu delegiren. Ueber dieses Gelöbniss ist in jedem Falle ein Protocoll aufzunehmen.

§. 12. In dem über die Eheschliessung aufzunehmenden Protocolle sind die beiden Amtspersonen, dann die Brautleute mit allen in die Colonnen c. bis m. des Eheregisters einzutragenden Daten

(§. 17.), endlich die Zeugen mit Namen und Stand anzuführen. Im Falle einer Eheschliessung durch Bevollmächtigung (§. 74. a. b. G.-B.) ist der Name und Stand des Bevollmächtigten, die Vollmacht und landesbehördliche Bewilligung ersichtlich zu machen. Der den Act der Eheschliessung leitende politische Beamte hat an die Brautleute mit Bedachtnahme auf ihren Bildungsgrad und ihr Fassungsvermögen über die die rechtlichen Wirkungen und namentlich die bindende Kraft des Ehevertrages eine dem Ernste und der Feierlichkeit des Actes angemessene Ansprache zu richten und sie sohin aufzufordern, ihren Willen, die Ehe zu schliessen, feierlich zu erklären. Das Protocoll hat im Wesentlichen zu enthalten, dass der zu benennende Bräutigam seine Einwilligung zur Ehe mit der zu benennenden Braut und gegenseitig die zu benennende Braut ihre Einwilligung zur Ehe mit dem zu benennenden Bräutigam *feierlich* erklären. Das Protocoll ist vorzulesen und von allen oben angeführten Personen zu unterfertigen. Wer von den Brautleuten oder von den Zeugen seinen Namen zu schreiben unfähig ist, hat durch einen Anderen, der als Namensfertiger das Protocoll mitzuunterzeichnen hat, seinen Namen unterfertigen zu lassen und sein gewöhnliches Handzeichen beizurücken. Die Beilage B. enthält ein Beispiel eines Eheschliessungs-Protocolls.

§. 13. Das *Aufgebotsbuch* ist über die bei der weltlichen Behörde vorkommenden Eheaufgebote ohne Unterscheidung des Religionsbekenntnisses der Brautleute zu führen und ist jedes solche Aufgebot unter einer abgesonderten, fortlaufenden Zahl in dieses Buch einzutragen. Ueber Requisition vorgenommene Aufgebote sind bei der requirirten Behörde nicht einzutragen.

§. 14. Das Aufgebotsbuch hat zu enthalten: a. die Reihenzahl; b. den Vor- und Familiennamen, den Geburtsort und Stand des Bräutigams; c. den Wohnort des Bräutigams; d. ob der Bräutigam schon verheirathet war oder nicht; e. f. g. die nämlichen Auskünfte hinsichtlich der Braut, wie oben unter Buchstabe b. c. d.; h. eine allfällige Verkürzung des Aufgebotstermins; i. den Ort, die Art und Zeit der Aufgebotsvornahme; k. eine Colonne für Anmerkungen. Bei Wahlkindern ist der Name des Wahlvaters oder der Geschlechtsname der Wahlmutter, zugleich aber der vorige Familienname des Wahlkindes anzugeben (§. 182. a. b. G.-B.). Bei verwittweten Bräuten ist auch der Name des letztverstorbenen Mannes beizusetzen. Der Wohnort ist mit Rücksicht auf die Ortsverhältnisse unter genauer Bezeichnung des Hauses, in welchem der Bräutigam sowohl als die Braut wohnt, einzutragen. Findet die politische Landesbehörde den

gesetzlichen Aufgebotstermin zu verkürzen, so ist dieser Umstand unter Berufung des landesbehördlichen Erlasses in der Colonne h. ersichtlich zu machen.

§. 15. Jede einzelne Eintragung ist von dem mit der Führung des Aufgebotsbuches betrauten Beamten unter Beisetzung seiner Diensteigenschaft zu unterfertigen.

§. 16. Das Eheregister ist über die bei der weltlichen Behörde vorkommenden Eheschliessungen ohne Unterscheidung des Religionsbekenntnisses der Brautleute zu führen und ist jede geschlossene Ehe sogleich unter einer abgesonderten fortlaufenden Zahl in dieses Register einzutragen.

§. 17. Das Eheregister hat zu erhalten: a. die Reihenzahl; b. Jahr, Monat und Tag, an welchem die Ehe geschlossen worden; c. den Vor- und Familiennamen, Geburtsort und Stand des Bräutigams, den Vor- und Familiennamen und Stand seiner Eltern; d. die Wohnung des Bräutigams; e. die Religion desselben; f. das Alter desselben; g. ob der Bräutigam schon verheirathet war oder nicht; h. i. k. l. m. die nämlichen Auskünfte hinsichtlich der Braut wie oben unter Buchstabe c. bis g.; n. den Vor- und Familiennamen, dann der Stand der Zeugen; o. Namen und Dienstcharakter der Amtspersonen, vor welchen die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe abgegeben worden ist; p. die Urkunden, wodurch die vorgekommenen Anstände behoben worden sind; q. eine Colonne für Anmerkungen. Wenn die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe mittelst eines Bevollmächtigten geschieht (§. 76. a. b. G.-B.), so ist dieser Umstand unter Beziehung auf die Bewilligung der politischen Landesbehörde und auf die Vollmacht, dann unter Angabe des Namens und Standes des Bevollmächtigten und des durch ihn vertretenen Brauttheiles anzumerken.

§. 18. Wenn die Eheschliessung im Delegationswege erfolgt, so ist dies unter Beziehung auf das Delegationsschreiben der competenten Behörde und Angabe der letzteren in dem Eheregister der delegirten Behörde bei der dort eingetragenen Eheschliessung ersichtlich zu machen und der deligirenden Behörde binnen acht Tagen anzuzeigen. Die competente Behörde dagegen hat gleich bei Ausfertigung des Schreibens, wodurch sie eine andere Behörde delegirt, diesen Umstand mit Benennung der delegirten Behörde fortlaufend, jedoch ohne eine Reihenzahl, in ihr Eheregister einzutragen und, sobald ihr die vorgeschriebene Anzeige der geschehenen Abschliessung der Ehe von der hierzu delegirten Behörde zugeht, diese Thatsache der geschehenen Eintragung beizufügen.

§. 19. Jeder einzelne in das Eheregister eingetragene Eheschliessungsact ist von den beiden Amtspersonen mit Angabe des Dienstcharakters zu unterfertigen.

§. 20. Das Aufgebotsbuch und das Eheregister sind zu paginiren und ist zu diesen Registern ein beide umfassendes, alphabetisches Verzeichniss mit Beifügung der Seitenzahlen und der Reihenzahlen beider Register zu führen.

§. 21. Die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde hat mit Schluss eines jeden Jahres von dem Eheregister eine beglaubigte Abschrift, welche alle in dem abgelaufenen Jahre vorgekommenen Eintragungen umfassen muss, an die politische Landesbehörde einzusenden. Diese Abschriften sind bei der letzteren zu verwahren.

§. 22. Die amtlichen Zeugnisse, welche die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde aus den bei ihr geführten Registern über die geschehene Verkündigung oder Eheschliessung ausfertigt, sind diesen Registern wortgetreu zu entnehmen und mit dem Amtssiegel zu versehen.

§. 23. Jener Seelsorger, welcher von den Brautleuten um die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe angegangen worden war, hat auf Grund des ihm nach Art. 2. §. 9. des Gesetzes übersandten Amtszeugnisses in das ihm von der Staatsgewalt zur Führung übertragene Eheregister (Trauungsbuch, Trauungsmatrike) die vor der weltlichen Behörde geschlossene Ehe als solche unter fortlaufender Zahl einzutragen, die Rubriken des Registers gehörig auszufüllen und in der Anmerkung sowohl auf das Amtszeugniss Bezug zu nehmen, als auch jene Amtspersonen, vor welchen die Ehe geschlossen worden ist, mit Namen und Dienstcharakter anzuführen.

Zum Artikel IV. des Gesetzes.

§. 24. Das weltliche Gericht, welches kraft dieses Gesetzes über eine bei einem geistlichen Gerichte anhängig gewesene Verhandlung zuständig ist, hat die geführte Verhandlung mit den über das Verfahren in Ehesachen vor den weltlichen Gerichten geltenden Gesetzen in Einklang zu bringen und die von ihm nöthig befundenen Ergänzungen oder auch die Wiederaufnahme der ganzen Verhandlung anzuordnen.

§. 25. Zum Behufe der Uebernahme der nöthigen Verhandlungsacten hat sich das zuständige Gericht an das betreffende Ordinariat mit der Anzeige zu wenden, dass an einem bestimmten Tage ein Abgeordneter des Gerichtes die Acten übernehmen werde.

§. 26. Diese Verordnung hat mit dem Gesetze vom 25. Mai

1868, Nr. 47. R.-G.-Bl., zu dessen Ausführung sie erlassen wird, gleichzeitig in Wirksamkeit zu treten.

Herbst m. p. *Hasner* m. p. *Giskra* m. p.

Beilage A.

Eheaufgebot.

Es wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass Herr Joseph Maier, geboren zu Brünn, Baumeister, wohnhaft zu Wien, innere Stadt, Kohlmarkt, Haus-Nr. 20., Wittwer, und Fräulein Marie Huber, geboren zu Mautern, Handelsmannstochter, wohnhaft in der Stadt Stein, Haus-Nr. 17., ledig, eine Ehe unter sich zu schliessen beabsichtigen. Jedermann, dem ein gesetzliches Hinderniss dieser Ehe bekannt ist, wird aufgefordert, dasselbe innerhalb des dreiwöchentlichen (oder innerhalb des auf die Dauer von . . . . Tagen verkürzten) Aufgebotstermines entweder unmittelbar bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Krems, welches zur Eheschliessung berufen ist, oder mittelst des Magistrates der Stadt Wien oder des Gemeindeamtes der Stadt Stein anzuzeigen. K. k. Bezirkshauptmannschaft Krems, am . . . (L. S.) N. N. k. k. Bezirkshauptmann.

Auf den Anschlägen: Affigirt zu Krems (Wien. Stein) am . . . Amtsfertigung . . . Abgenommen am . . . Amtsfertigung . . .

Auf dem am Amtstage verlautbarten Aufsatze: Mündlich verlautbart auf dem Amtstage zu . . . am . . . Ausfertigung . . .

K. k. Bezirkshauptmannschaft Krems am . . .

Beilage B. *Eheschliessungsprotocoll.*

Gegenwärtige: Carl *Werner*, k. k. Bezirkshauptmann, Johann Müller, k. k. Canzlist, beeideter Schriftführer. Joseph *Maier*, geboren zu Brünn, 30 Jahre alt, evangelisch Augsburger Confession, Wittwer, Baumeister, wohnhaft zu Wien, innere Stadt, Kohlmarkt, Haus-Nr. 20., Sohn des Handlungsbuchhalters Friedrich Maier und der Sophie geb. Schwarz — Bräutigam[1]). — Marie Huber, geb. zu Mautern, 25 Jahre alt, katholisch, ledig, wohnhaft in der Stadt Stein, Haus-Nr. 17., Tochter des Handelsmannes Franz Huber und der Elisabeth geb. Mai — Braut. Alois Fest, Bildhauer, Franz Lang, Uhrmacher, Zeugen.

Nachdem die obgenannten Brautleute die Ehe unter sich vor der weltlichen Behörde zu schliessen beabsichtigen, das Aufgebot dieser

---

1) Im Falle des §. 76. a. b. G.-B. hiesse es z. B.: Dr. Eduard Schmid, k. k. Notar, Bevollmächtigter des Bräutigams Jos. Maier, geboren zu Brünn, 30 Jahre alt u. s. f., mit Bewilligung der k. k. Statthalterei Wien ddo. . . . Z. . . . und mit Vollmacht ddo. Wien am . . .

Ehe dem Gesetze gemäss vorgenommen worden ist, ohne dass ein Ehehinderniss angeregt wurde, und die Brautpersonen zur Eheschliessung heute hieramts erschienen sind, hat der unterfertigte Bezirksvorsteher die vorgeschriebene Ansprache an sie gerichtet und sie aufgefordert, ihren Willen, die Ehe zu schliessen, feierlich zu erklären.

Hierauf erklärt der Bräutigam Joseph Maier[1]) feierlich seine Einwilligung zur Ehe mit der Braut Marie Huber und die Braut Marie Huber erklärt feierlich ihre Einwilligung zur Ehe mit dem Bräutigam Joseph Maier; durch welche wechselseitige und übereinstimmende Willenserklärung der beiden Brautpersonen die Ehe zwischen ihnen geschlossen worden ist.

Das Protocoll wurde vorgelesen und gefertigt.

Folgen die Unterschriften der im Eingange aufgeführten Personen.

Wir fügen hier sogleich hinzu folgenden

Erlass des Justizministers Herbst in Sachen der Ehegerichte an alle Ober-Landesgerichte vom 28. August 1868.

Es haben sich einige Fälle ergeben, in denen von Seite der Ordinariate erklärt wurde, dass sie die Ausfolgung der ehegerichtlichen Acten, welche sich auf anhängige, in den Wirkungskreis der weltlichen Gerichte übergegangene Ehe-Angelegenheiten beziehen, verweigern wollen. Das Justizministerium sieht sich genöthigt, um einer Gefährdung der Parteienrechte und einer Verzögerung der Rechtspflege vorzubeugen, im Einvernehmen *mit dem Ministerium des Innern und des Cultus* auf Grund des Art. V. des Gesetzes vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 47., zum Vollzuge des Art. IV. §. 4. eben dieses Gesetzes und zur Ergänzung des §. 25. der Verordnung vom 1. Juli 1868, R.-G.-Bl. Nr. 80., Nachstehendes anzuordnen: Wird die Uebergabe der vom Gerichte begehrten Verhandlungs-Acten dem nach §. 25. der Verordnung vom 1. Juli 1868 entsendeten Abgeordneten verweigert, so hat das Gericht die *erforderlichen Zwangsmittel* zu ergreifen, um in den Besitz der nöthigen Verhandlungs-Acten zu gelangen. Das Gericht kann zu diesem Zwecke Geldstrafen verhängen, ehe es zur gewaltsamen Wegnahme schreitet; es kann aber auch, ohne vorher Geldstrafen verhängt zu haben, den mit der Uebernahme der Acten betrauten Abgeordneten ermächtigen, die zur Erlangung der Acten nöthigen Zwangsmittel anzuwenden. Hievon wird das k. k. Ober-Landesgericht zur Wissenschaft und zur Verständigung der unterstehenden Gerichte in Kenntniss gesetzt.

---

1) Im obigen Falle des §. 76. a. b. G.-B. hiesse es: Durch seinen Bevollmächtigten Dr. Eduard Schmid.

Sanctissimi Domini Nostri Pii divina providentia Papae IX. Litterae Apostolicae quibus indicitur Oecumenicum Concilium Romae habendum et die Immaculatae Conceptioni Deiparae Virginis Sacro An. MDCCCLXIX incipiendum.

(Aus dem Giornale di Roma 1868 Nr. 146.)

PIUS EPISCOPUS
Servus Servorum Dei
Ad futuram rei memoriam.

Aeterni Patris Unigenitus Filius propter nimiam, qua nos dilexit, caritatem, ut universum humanum genus a peccati jugo, ac daemonis captivitate, et errorum tenebris, quibus primi parentis culpa jamdiu misere premebatur, in plenitudine temporum vindicaret, de caelesti sede descendens, et a paterna gloria non recedens, mortalibus ex Immaculata Sanctissimaque Virgine Maria indutus exuviis doctrinam, ac vivendi disciplinam e caelo delatam manifestavit, eamdemque tot admirandis operibus testatam fecit, ac semetipsum tradidit pro nobis oblationem et hostiam Deo in odorem suavitatis. Antequam vero, devicta morte, triumphans in caelum consessurus ad dexteram Patris conscenderet, misit Apostolos in mundum universum, ut praedicarent evangelium omni creaturae, eisque potestatem dedit regendi Ecclesiam suo sanguine acquisitam, et constitutam, quae est *columna et firmamentum veritatis,* ac caelestibus ditata thesauris tutum salutis iter, ac verae doctrinae lucem omnibus populis ostendit, et instar *navis in altum saeculi hujus ita natat, ut, pereunte mundo, omnes quos suscipit, servet illaesos*[1]). Ut autem ejusdem Ecclesiae regimen recte semper, atque ex ordine procederet, et omnis christianus populus in una semper fide, doctrina, caritate, et communione persisteret, tum semetipsum perpetuo affuturum usque ad consummationem saeculi promisit, tum etiam ex omnibus unum selegit Petrum, quem Apostolorum Principem, suumque hic in terris Vicarium, Ecclesiaeque caput, fundamentum ac centrum constituit, ut cum ordinis et honoris gradu, tum praecipuae, plenissimaeque auctoritatis, potestatis, ac jurisdictionis amplitudine pasceret agnos, et oves, confirmaret fratres, universamque regeret Ecclesiam, et esset *caeli ianitor, ac ligandorum, solvendorumque arbiter, mansura etiam in caelis judiciorum suorum definitione*[2]). Et quoniam Ecclesiae unitas, et

1) S. Max. Serm. 89.
2) S. Leo Serm. II.

integritas, ejusque regimen ab eodem Christo institutum perpetuo stabile permanere debet, iccirco in Romanis Pontificibus Petri successoribus, qui in hac eadem Romana Petri Cathedra sunt collocati ipsissima suprema Petri in omnem Ecclesiam potestas, jurisdictio, Primatus plenissime perseverat, ac viget.

Itaque Romani Pontifices omnem Dominicum gregem pascendi potestate et cura ab ipso Christo Domino in persona Beati Petri divinitus sibi commissa utentes, nunquam intermiserunt omnes perferre labores, omnia suscipere consilia, ut a solis ortu usque ad occasum omnes populi, gentes, nationes evangelicam doctrinam agnoscerent, et in veritatis, ac justitiae viis ambulantes vitam assequerentur aeternam. Omnes autem norunt quibus indefessis curis iidem Romani Pontifices fidei depositum, Cleri disciplinam, ejusque sanctam, doctamque institutionem, ac matrimonii sanctitatem dignitatemque tutari, et christianam utriusque sexus juventutis educationem quotidie magis promovere, et populorum religionem, pietatem, morumque honestatem fovere, ac justitiam defendere, et ipsius civilis societatis tranquillitati, ordini, prosperitati, rationibus consulere studuerint.

Neque omiserunt ipsi Pontifices, ubi opportunum existimarunt, in gravissimis praesertim temporum perturbationibus, ac sanctissimae nostrae religionis, civilisque societatis calamitatibus generalia convocare Concilia, ut cum totius catholici orbis Episcopis, quos *Spiritus Sanctus posuit regere Ecclesiam Dei,* collatis consiliis, conjunctisque viribus ea omnia provide, sapienterque constituerent, quae ad fidei potissimum dogmata definienda, ad grassantes errores, profligandos, ad catholicam propugnandam, illustrandam et evolvendam doctrinam, ad ecclesiasticam tuendam ac reparandam disciplinam, ad corruptos populorum mores corrigendos, possent conducere.

Jam vero omnibus compertum, exploratumque est, qua horribili tempestate nunc iactetur Ecclesia, et quibus quantisque malis civilis ipsa affligatur societas. Etenim ab acerrimis Dei hominumque hostibus catholica Ecclesia, ejusque salutaris doctrina, et veneranda potestas, ac suprema hujus Apostolicae Sedis auctoritas oppugnata, proculcata, et sacra omnia despecta, et ecclesiastica bona direpta, ac Sacrorum Antistites, et spectatissimi viri divino ministerio addicti, hominesque catholicis sensibus praestantes modis omnibus divexati, et Religiosae Familiae extinctae, et impii omnis generis libri, ac pestiferae ephemerides, et multiformes perniciosissimae sectae undique diffusae, et miserae juventutis institutio ubique fere a Clero amota, et quod peius est, non paucis in locis iniquitatis, et erroris magistris commissa. Hinc cum summo Nostro, et bonorum omnium moerore, et nunquam

satis deplorando animarum damno ubique adeo propagata est impietas, morumque corruptio, et effrenata licentia, ac pravarum cujusque generis opinionum, omniumque vitiorum, et scelerum contagio, divinarum, humanarumque legum violatio, ut non solum sanctissima nostra religio, verum etiam humana societas miserandum in modum perturbetur, ac divexetur.

In tanta igitur calamitatum, quibus cor Nostrum obruitur, mole supremum Pastorale ministerium Nobis divinitus commissum exigit, ut omnes Nostras magis magisque exerceamus vires ad Ecclesiae reparandas ruinas, ad universi Dominici gregis salutem curandam, ad exitiales eorum impetus conatusque reprimendos, qui ipsam Ecclesiam, si fieri unquam posset, et civilem societatem funditus evertere conituntur. Nos quidem, Deo auxiliante, vel ab ipso supremi Nostri Pontificatus exordio nunquam pro gravissimi Nostri officii debito destitimus pluribus Nostris Consistorialibus Allocutionibus, et Apostolicis Litteris Nostram attollere vocem, ac Dei, ejusque sanctae Ecclesiae causam Nobis a Christo Domino concreditam omni studio constanter defendere, atque hujus Apostolicae Sedis, et justitiae, veritatisque jura propugnare, et inimicorum hominum insidias detegere, errores, falsasque doctrinas damnare, et impietatis sectas proscribere, ac universi Dominici gregis saluti advigilare et consulere.

Verum illustribus Praedecessorum Nostrorum vestigiis inhaerentes opportunum propterea esse existimavimus, in Generale Concilium, quod jamdiu Nostris erat in votis, cogere omnes Venerabiles Fratres totius catholici orbis Sacrorum Antistites, qui in sollicitudinis Nostrae partem vocati sunt. Qui quidem Venerabiles Fratres singulari in catholicam Ecclesiam amore incensi, eximiaque erga Nos, et Apostolicam hanc Sedem pietate et observantia spectati, ac de animarum salute anxii, et sapientia, doctrina, eruditione praestantes, et una Nobiscum tristissimam rei cum sacrae tum publicae conditionem maxime dolentes nihil antiquius habent, quam sua Nobiscum communicare, et conferre consilia, ac salutaria tot calamitatibus adhibere remedia. In Oecumenico enim hoc Concilio ea omnia accuratissimo examine sunt perpendenda, ac statuenda, quae hisce praesertim asperrimis temporibus majorem Dei gloriam, et fidei integritatem, divinique cultus decorem, sempiternamque hominum salutem, et utriusque Cleri disciplinam, ejusque salutarem, solidamque culturam, atque ecclesiasticarum legum observantiam, morumque emendationem, et christianam juventutis institutionem, et communem omnium pacem et concordiam in primis respiciunt. Atque etiam intentissimo studio curandum est, ut, Deo bene juvante, omnia ab Ecclesia, et civili

societate amoveantur mala, ut miseri errantes ad rectum veritatis, justitiae, salutisque tramitem reducantur, ut vitiis, erroribusque eliminatis, augusta nostra religio ejusque salutifera doctrina ubique terrarum reviviscat, et quotidie magis propagetur, et dominetur, atque ita pietas, honestas, probitas, justitia, caritas omnesque christianae virtutes cum maxima humanae societatis utilitate vigeant, et efflorescant. Nemo enim inficiari unquam poterit, catholicae Ecclesiae, ejusque doctrinae vim non solum aeternam hominum salutem spectare, verum etiam prodesse temporali populorum bono, eorumque verae prosperitati, ordini, ac tranquillitati, et humanarum quoque scientiarum progressui ac soliditati, veluti sacrae ac profanae historiae annales splendidissimis factis clare aperteque ostendunt, et constanter, evidenterque demonstrant. Et quoniam Christus Dominus illis verbis Nos mirifice recreat, reficit, et consolatur »*ubi sunt duo vel tres congregati in nomine meo ibi sum in medio eorum*[1]),« iccirco dubitare non possumus, quin Ipse in hoc Concilio Nobis in abundantia divinae suae gratiae praesto esse velit, quo ea omnia statuere possimus, quae ad majorem Ecclesiae suae sanctae utilitatem quovis modo pertinent. Ferventissimis igitur ad Deum luminum Patrem in humilitate cordis Nostri dies noctesque fusis precibus hoc Concilium omnino cogendum esse censuimus.

Quamobrem Dei ipsius omnipotentis Patris, et Filii, et Spiritus Sancti, ac beatorum ejus Apostolorum Petri et Pauli auctoritate, qua Nos quoque in terris fungimur, freti et innixi, de Venerabilium Fratrum Nostrorum S. R. E. Cardinalium consilio, et assensu sacrum Oecumenicum et Generale Concilium in hac alma Urbe Nostra Roma futuro anno millesimo octingentesimo sexagesimo nono, in Basilica Vaticana habendum, ac die octava mensis Decembris Immaculatae Deiparae Virginis Mariae Conceptioni sacra incipiendum, prosequendum ac Domino adjuvante, ad ipsius gloriam, ad universi Christiani populi salutem absolvendum, et perficiendum hisce Litteris indicimus, annuntiamus, convocamus et statuimus. Ac proinde volumus, jubemus, omnes ex omnibus locis tam Venerabiles Fratres Patriarchas, Archiepiscopos, Episcopos, quam Dilectos Filios Abbates, omnesque alios, quibus jure, aut privilegio in Conciliis Generalibus residendi, et sententias in eis dicendi facta est potestas, ad hoc Oecumenicum Concilium a Nobis indictum venire debere, requirentes, hortantes, admonentes, ac nihilominus eis vi jurisjurandi, quod Nobis, et huic Sanctae Sedi praestiterunt, ac sanctae obedientiae virtute, et sub poenis jure, aut

1) Matth. c. 18. v. 20.

consuetudine in celebrationibus Conciliorum adversus non accedentes ferri, et proponi solitis, mandantes, arcteque praecipientes, ut ipsimet, nisi forte justo detineantur impedimento, quod tamen per legitimos procuratores Synodo probare debebunt, Sacro huic Concilio omnino adesse, et interesse teneantur.

In eam autem spem erigimur fore, ut Deus, in cujus manu sunt hominum corda, Nostris votis propitius annuens ineffabili sua misericordia et gratia efficiat, ut omnes supremi omnium populorum Principes, et Moderatores praesertim catholici quotidie magis noscentes maxima bona in humanam societatem ex catholica Ecclesia redundare, ipsamque firmissimum esse Imperiorum, Regnorumque fundamentum, non solum minime impediant, quominus Venerabiles Fratres Sacrorum Antistites, aliique omnes supra commemorati ad hoc Concilium veniant, verum etiam ipsis libenter faveant, opemque ferant, et studiosissime, uti decet Catholicos Principes, iis cooperentur, quae in majorem Dei gloriam, ejusdemque Concilii bonum cedere queant.

Ut vero Nostrae hae Litterae, et quae in eis continentur ad notitiam omnium, quorum oportet, perveniant, neve quis illorum ignorantiae excusationem praetendat, cum praesertim etiam non ad omnes eos, quibus nominatim illae essent intimandae, tutus forsitan pateat accessus, volumus, et mandamus, ut in Patriarchalibus Basilicis Lateranensi, Vaticana, et Liberiana, cum ibi multitudo populi ad audiendam rem divinam congregari solita est, palam clara voce per Curiae Nostrae cursores, aut aliquos publicos notarios legantur, lectaeque in valvis dictarum Ecclesiarum, itemque Cancellariae Apostolicae portis, et Campi Florae solito loco, et in aliis consuetis locis affigantur, ubi ad lectionem, et notitiam cunctorum aliquandiu expositae pendeant, cumque inde amovebuntur, earum nihilominus exempla in eisdem locis remaneant affixa. Nos enim per hujusmodi lectionem, publicationem, affixionemque omnes, et quoscumque, quos praedictae. Nostrae Litterae comprehendunt, post spatium duorum mensium a die Litterarum publicationis et affixionis ita volumus obligatos esse et adstrictos, ac si ipsismet illae coram lectae et intimatae essent, transumptis quidem earum, quae manu publici notarii scripta, aut subscripta, et sigillo personae alicujus Ecclesiasticae in dignitate constitutae munita fuerint, ut fides certa, et indubitata habeatur, mandamus ac decernimus.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae indictionis, annuntiationis, convocationis, statuti, decreti, mandati, praecepti, et obsecrationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omni-

potentis Dei, ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctum Petrum Anno Incarnationis Dominicae Millesimo Octingentesimo Sexagesimo Octavo Tertia Kalendas Julias.

Pontificatus Nostri Anno Vicesimotertio.

† EGO PIUS CATHOLICAE ECCLESIAE EPISCOPUS

Loco † Signi

(Seguono le firme degli Emi. signori Cardinali presenti in Curia.)

M. Card. Mattei, Pro-Datarius.
Loco ✝ Plumbi
Reg. in Secretaria Brevium.

N. Card. Paracciani Clarelli,
Visa de Curia *D. Bruti*,
I. Cugnionius.

Decretum Generale s. Rituum Congr. d. 27. Junii 1868, de sacra communione cum paramentis nigris in missis defunctorum fidelibus ministranda.

(Mitgetheilt von Dr. Hermann Jos. Schmitz in Rom.)

Post liturgicas recentiores leges a Summis Pontificibus Pio V., Clemente VIII., Paulo V. et Urbano VIII. conditas, gravis exarsit controversia inter Doctores et Rubricistas »An in Missis defunctorum aperiri possit tabernaculum ad Fideles pane Eucharistico reficiendos.« Sacrorum Rituum Congregatio prima vice interrogata, in una Albinganen. 24. Julii 1683. ad IV. respondit: *»Non esse contra ritum ministrare communionem in Missa de Requiem, vel post illam cum paramentis nigris, omissa benedictione, si administraretur post missam.«* Verum controversia nondum composita identidem Sacra Rituum Congregatio peculiaribus in casibus responsa dedit, quin unquam ad generale Decretum deveniret. Interea ex nonnullorum doctorum placitis, tum pervasit opinio, posse nempe fidelibus Sanctam Eucharistiam ministrari particulis tantum in Missa pro defunctis consecratis; tum in aliquibus locis mos invaluit missas defunctorum celebrandi in paramentis violaceis, ut non solum intra Missam, sed etiam ante vel post eamdem pietati fidelium Sacra Eucharistia refici cupientium satisfieret. Quapropter Episcopis praesertim Sacrorum Rituum Congregationem saepissime rogantibus ut per generale Decretum quid hac in re faciendum sit statueret, Sacra eadem Congregatio die 12. Aprilis anni 1823, in una Panormitana edixit ut *gravis haec quaestio videretur peculiariter et ex Officio.* Quod iterum obtinuit anno 1837, in una Mutin., ubi ad III. Dubium *»An mos qui perdurat adhuc communicandi in Missis defunctorum cum particulis praeconsecratis, possit permitti, vel etc.«* responsum est: *Dilata et servetur rescriptum in Panormitana 12. Aprilis 1823.* Nihilominus ob temporum ac rerum

circumstantias isthaec peculiaris negotii hujusmodi salebrosi disquisitio ad aetatem usque nostram dilata fuit; siquidem in Conventu die 16. Septembris anni 1865 collecto cum ageretur de usu coloris violacei in Missis defunctorum in altari ubi Sanctissimum Eucharistiae Sacramentum asservatur, responsum fuit tertio: »*Dilata, et reproponatur una cum alio dubio an Sacerdos possit aperire ciborium ad communicandos fideles cum paramentis nigris.*« Tandem novis supervenientibus Sacrorum Antistitum precibus die 3. Martii anni 1866, in Ordinariis Sacrorum Rituum Congregationis Comitiis propositum fuit Dubium una cum sententia quam ex officio aperuit alter e Consultoribus »*An sacerdos possit aperire Ciborium ad communicandos Fideles in paramentis nigris?*« Verum Emi. et Rmi. Patres Cardinales responderunt: *Dilata, et scribat alter Consultor, nec non Assessor, reassumptis omnibus ad rem facientibus; habita praesertim ratione relate ad opportunitatem.* Typis traditis communicatisque hisce sententiis tum Rmi. Assessoris tum alterius ex Apostolicarum Caeremoniarum Magistris specialiter deputati, Sacrorum Rituum Congregatio in Ordinario Coetu hodierna die ad Vaticanum coadunata est: ubi Emus. et Rmus. D. Cardinalis Nicolaus Clarelli-Paracciani loco et vice Emi. et Rmi. Cardinalis Constantini Patrizi Praefecti absentis idem proposuit Dubium, et Emi. ac Rmi. Patres Sacris tuendis Ritibus praepositi re mature accurateque perpensa etiam quoad opportunitatem responderunt: *Affirmative seu posse in Missis defunctorum, cum paramentis nigris, Sacram Communionem Fidelibus ministrari, etiam ex particulis praeconsecratis, extrahendo pyxidem a tabernaculo, Posse item in paramentis nigris, ministrari Communionem immediate post Missam defunctorum; data autem rationabili causa, immediate quoque ante eandem Missam; in utroque tamen casu omittendam esse benedictionem. Missas vero defunctorum celebrandas esse omnino in paramentis nigris; adeo ut violacea adhiberi nequeant, nisi in casu quo die 2. Novembris Sanctissimae Eucharistiae Sacramentum publicae Fidelium adorationi sit expositum pro solemni Oratione Quadraginta Horarum, prout cautum est in Decreto Sacrae hujus Congregationis diei 16. Septembris anni 1801.* Et ita decreverunt, ac ubique locorum si Sanctissimo Domino Nostro placuerit, servari mandarunt die 27. Junii 1868.

Facta autem per me Secretarium Sanctissimo Domino Nostro Pio Papae IX. relatione, Sanctitas Sua Decretum Sacrae Congregationis approbavit et confirmavit die 23. Julii anni ejusdem.

C. Episcopus Portuen. et S. Rufinae Card. *Patrizi* S. R. C. Praefectus.
Loco † Sigilli. *Dominicus Bartolini*, S. R. C. Secretarius.

Literatur.

1. *De rationibus festorum mobilium utriusque ecclesiae occidentalis atque orientalis commentarius usui clericorum accommodatus. Accedunt quaedam animadversiones in novam Kalendarii rationem a cl. Maedler propositam. Auctore N. Nilles, S. J. Viennae MDCCCLXVIII. Sumptibus Mayer et Soc. 168 pp.*

Bei der grossen Wichtigkeit des Kalenders für die Liturgik füllt dieses in fliessendem Latein geschriebene Buch des durch seine sonstigen (theilweise auch im *Archiv* veröffentlichten) liturgischen Arbeiten bekannten Verfassers eine schon lange vorhandene Lücke aus. Obwohl dasselbe sich zumeist auf die 23 orientalischen Bisthümer in Oesterreich bezieht (p. 134 sq.), und zunächst für die ungarischen und galizischen Seminarien beider Riten geschrieben ist, so enthält es doch viele Bemerkungen von allgemeinerem Interesse für einen grösseren Leserkreis.

Unter Voranstellung einer Tabelle der beweglichen Feste beider Kirchen für die Jahre 1868—1870 wird die Etymologie des Wortes Kalender (von καλεῖν, kalare = rufen) dargelegt und werden dessen Synonymen eingehend besprochen. Im Anschluss hieran wird der can. *Sancta Romana* 3. Dist. 15. (§. Ceterum 82.) nebst dem Auszuge hieraus in dem Rituale Cisterciense vom Jahre 1689 lib. IV. c. 6. (ordo librorum per anni circulum in ecclesia Dei legendorum), sowie das cap. *Presbyter* 1. X. de celebr. missar. (3. 41.) nebst den Versen der glossa s. v. *septenarius* über die Anordnung des officium divinum nach den septem horae canonicae mitgetheilt, und die regulae paschales kurz erwähnt (p. 1—19.). Sodann geht der Verfasser zu seinem eigentlichen Thema über, indem er in den vier ersten Capiteln (p. 20—65.) die beweglichen Feste, besonders Ostern, im Einzelnen behandelt, in den sechs letzten Capiteln (p. 65—116.) die stationes missalis Romani und die Quatemberfasten bespricht, eine Tabelle der Sonntage der orientalischen Kirche mit den hauptsächlichsten dabei üblichen Lectionen aufstellt, ferner bei Hervorhebung der canones, canonarchae und des canonarium einen canon supplex ad Sanctam Deiparam in griechischer und lateinischer Sprache mittheilt und endlich die dimissiones festorum (ἀπολύσεις τῶν ἑορτῶν), sowie die neueren Feste (insbesondere das festum ss. cordis Jesu) beleuchtet, die den jansenistischen Anfeindungen gegenüber von dem katholischen Episcopate siegreich vertheidigt wurden. Er fügt hinzu einen Abdruck des cap. *Gloriosus* un. de reliquiis et veneratione sanctorum, in VI. (3. 22.) von Bonifaz VIII. mit der Glosse. Als Anhang (p. 117—152.) bringt der Verfasser eine quaestio computistica occasione litis kalendariae nuper redintegratae proposita über das dem Kleriker obliegende

Studium des kirchlichen Kalenders überhaupt, nebst einigen speciellen Bemerkungen über eine auf Bitten des »freien deutschen Hochstiftes« in Frankfurt a./M. von Professor *Mädler* in *Dorpat* verfasste Denkschrift in Betreff der Kalenderverbesserung. Er schliesst sich hier den gegenüber Mädler vorgebrachten besseren Vorschlägen von Professor *Heis* in Münster an (vgl. Natur und Offenbarung Bd. X. Heft 9. p. 411.). Die Lectüre vorliegender Schrift ist übrigens auch für Laien in Betreff der Kalendariographie um so mehr anzuempfehlen, je grössere Anstrengungen gerade jetzt seitens der Russen zur Abschaffung des gregorianischen Kalenders gemacht werden.

Im Einzelnen bemerken wir noch zu p. 5. not. 1., dass *K*alendae etc. die classische Schreibart ist, sowie zu p. 120. not. 1., dass richtiger Einhard statt E*g*inhard geschrieben wird, und zu p. 127, dass der Verfasser des speculum juris richtiger Duran*tis*, nicht Duran*dus* heisst. Auch wissen wir nicht, ob der Verfasser aus einem bestimmten Grunde immer *T*orpatiensis für *D*orpatiensis und Francofur*di*ensis für Francofur*t*ensis gesetzt hat. In die griechischen Namen haben sich manche Druckfehler eingeschlichen; so ist u. A. im Register zu lesen p. 153.: ἀνάληψις für ἀνάλεψις und φωτισμός für φοτισμός. Zur Etymologie von Ostern fügen wir die neueste freilich etwas kühne Vermuthung bei, dass das Wort von Esther herzuleiten ist, der Gemahlin des Königs Ahasverus, die bei demselben die Rettung der Juden vor der durch Aman beabsichtigten Vernichtung erlangte, was jene durch ein grosses jährlich wiederkehrendes Fest feierten.

2. Natur und Subject der Präsentation in ihren allgemein rechtlichen Grundzügen dargestellt von Clemens Schmitz. Regensburg. Pustet. 1868. 144 S.

Der Verfasser will sich über die confessionellen Gegensätze erheben und aus den unbestrittenen Theilen des Inhalts des Patronatrechtes seine Resultate ziehen. Es kann aber gewiss nur die Absicht des Verfassers sein, das Patronatrecht, also ein kirchliches Institut, nicht vom *confessionslosen*, sondern vom *objectiven* Standpunkte aus zu behandeln (Cap. I.). Uebrigens beschränkt sich die Untersuchung des Verfassers auf das Präsentationsrecht, das ja so zu sagen den Kern des Patronatrechtes ausmacht (Cap. II.). Hierbei geht er von dem die Grundlage bildenden canon X. des Concilium Arausicanum vom Jahre 441 aus, worin zum ersten Male des Präsentationsrechtes Erwähnung geschieht. Im III. Capitel (p. 9—51.) bestimmt der Verfasser in einer durch meisterhaft logische Klarheit ausgezeichneten Darlegung das Präsentationsrecht seinem *Inhalte* nach als ein *bestehendes wirksames Ausnahmerecht*, wornach einem Subjecte die *ausser-*

ordentliche Befugniss zugestanden ist, für *bestimmte* Kirchenämter *taugliche* Personen *wirksam* in *Vorschlag* zu bringen (p. 26.). Als Subject der *Verpflichtung* weist er nach den Diöcesanbischof, welcher deshalb auch allein als Subject der *Berechtigung* ausgeschlossen ist. Daher kann nicht nur jeder auswärtige Bischof als berechtigt erscheinen, wie der can. X. cit. direct anerkennt, sondern auch jeder Laie, dessen indirecte Anerkennung, die Kirchenangehörigkeit voraussetzt, der Verfasser gegen *Thomassinus*, wie uns scheint, überzeugend begründet; und zwar steht das Präsentationsrecht Allen zu, welche die erbaute Kirche als *res sua* bezeichnen können.

Im IV. Capitel (p. 51—103.) zieht der Verfasser die »Folgerungen für die rechtliche Natur und das Subject der Präsentation.« Er zeigt, dass die Motive der Entstehung dieses Rechtes weder in der Kirchenangehörigkeit des Rechtssubjects noch in dessen öffentlicher Stellung im Staate, noch in seinem Eigenthume liegen können, sondern dass vielmehr *die Thatsache des Hergebens der erbauten Kirche zu kirchlichem Zwecke* die Ursache der Präsentation ist, *unter Voraussetzung der Kirchenangehörigkeit und des Eigenthums.* Ferner weist der Verfasser nach, dass sich sowohl das Kirchenregiment, als auch die Weihegewalt mit dem Eigenthume sehr wohl vertragen. Die Schlussdeduction ist, dass das Präsentationsrecht ein *gesetzlich verliehenes persönliches und kirchliches Privatrecht ist.*

Von dem folgenden Capitel (p. 104—142.), welches die »spätere Rechtsentwickelung bezüglich des Rechtssubjects« behandelt, beruht die erste Hälfte »über das canonische Recht und die Eigenthumsvoraussetzung« (p. 105—121.) auf einem vollständigen Irrthum, einem — sit venia verbo — juristischen Mysticismus. Der Verfasser behauptet nämlich: die Eigenthumsvoraussetzung für die Person des Präsentanten sei nie erloschen, sondern habe derselbe nur nicht mehr das »fassbare« Eigenthum, das »substantielle« dagegen bilde nach wie vor die Voraussetzung der Präsentation. — Wie diese Ausdrücke, so ihr Inhalt. Uns ist in der ganzen Jurisprudenz kein Eigenthum bekannt, welches »jeden Inhalt und jede Basis verliert, mithin für die Wahrnehmbarkeit zusammenbricht, und in seiner greifbaren Existenz als Recht aufhören muss« (p. 109.), — und immer noch, wenn auch »unfassbar substantielles« Eigenthum ist; ein Verhältniss, das nicht einmal mehr widerrufen werden kann. Wohl gab es bei den Römern eine nuda proprietas gegenüber dem bonitarischen Eigenthum, wohl können noch heute alle materiellen Rechte des Eigenthümers in der ausgedehntesten Weise beschränkt werden; — immer aber bleibt noch ein Unterschied von dem Nichteigenthume, das jus recadentiae, wel-

ches jedoch in unserem Falle nicht vorhanden ist (vgl. u. A. *Vering*, röm. Privatrecht 2. Aufl. p. 226.). Mit einem Worte: ein »inhaltentkleidetes Eigenthum« (p. 221.) ist eben *kein* Eigenthum, und zwar um so weniger, als gerade das Eigenthum von den Römern als res corporalis betrachtet wird (vgl. *Vering* a. a. O. p. 113.). — Was die eigenthümlichen Grundsätze über das Patronatrecht angeht, die der Verfasser absolut aus seinem »unfassbaren« Eigenthume herleiten will, so erklären sich dieselben eben nur aus der durchaus eigenthümlichen Natur des Patronatrechtes als eines Complexes von kirchlichen Rechten und Pflichten, ein Verhältniss, welches, weil es in keiner Beziehung auf römischen Rechtsbegriffen beruht, auch nicht nach römischen Rechtsgrundsätzen behandelt werden kann. —

Die zweite Hälfte des IV. Capitels (121—142.) behandelt das neueste Recht. Der Verfasser sucht die *gleichheitliche Reception* des Präsentationsrechts bei allen Confessionen nachzuweisen, geht auf die Veränderungen durch den *westphälischen Frieden* Art. V. §. 31. ein, die keineswegs wie Schmitz glaubt, das Präsentationsrecht vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts confessionslos machten, sondern nur factisch eine Art Paritätsverhältniss zwischen Katholiken und Protestanten begründeten, das aber kirchlich und canonisch-rechtlich keine Basis hat (vgl. *Archiv* II, 709. Note 1.). Schmitz selbst hält zwar daran fest, dass kirchlich in dem Wesen des Patronatsrechts und Präsentationsrechts das Erforderniss der *Kirchenangehörigkeit* begründet liegt. Wenn er jedoch ein *gleichheitlich allgemeines Recht* für die Patronatsverhältnisse bei allen Confessionen behauptet, so übersieht er, dass das Patronatsrecht bei den Protestanten wesentlich seinen Charakter geändert hat, und namentlich an Rechten und Pflichten sehr erweitert ist. Auch ist die Entwickelung des Patronatsrechts in der morgenländischen Kirche von vornenherein eine andere als in der abendländischen Kirche. Dies der Inhalt der trotz einiger gerügten Ungenauigkeiten und Fehler sonst fleissig und gründlich gearbeiteten Schrift. Abgesehen von einigen Druckfehlern (z. B. p. 15. Z. 3. v. u. mochte für m*a*chte, p. 61. Z. 13. v u. bas*s*iren für ba*s*iren, p. 98. Z. 3. v. u. inner für inner*halb*), von der schleppenden Uebersetzung p. 14. a. E. (»einladen zu dürfen meinen sollte«), von dem undeutlichen, ja unrichtigen Ausdrucke p. 17. u. a. »territorialfreie Collation« u. s. w. ist der fast gänzliche Mangel einer Angabe einschlägigen Literatur zu rügen. Denn weder kann der Fachmann, wenn er auch im Allgemeinen damit vertraut ist, die einzelnen Stellen im Gedächtnisse behalten, noch auch wird der Laie, wenn er überhaupt ein Interesse für die vorliegende Frage zeigt, durch

eine oder zwei Reihen Citate gestört: ja dies orientirt ihn vielmehr gerade am besten über den Stand der Frage.

Auch vermissen wir, zumal in den beiden letzten Capiteln, die nöthige Schärfe und Concinnität. Es gibt sich dieser Mangel in der Breite der Diction und der Unübersichtlichkeit der Darstellung kund. Gedrängtere Kürze und präcise Fassung sind daher als Hauptvorzüge einer juristischen Abhandlung dem Verfasser für seine künftigen literarischen Arbeiten sehr anzuempfehlen.

(Dr. *Richard Fösser.*)

3. *Das Staats- und Gemeindeeinkommen der Geistlichen nach can. und französ. Recht. Mit Bezug auf das Urtheil des Grossh. Hess. Cassationshofs in Sachen der Verwaltung der Pfarrei St. Christoph zu Mainz gegen die Stadt von J. Hirschel, b. R. Dr., Domcap., Official und Professor des Kirchenrechts am bisch. Seminar zu Mainz. Mainz. Fr. Kirchheim. IV und 68 S. gr. 8.*

Der Process, der diese neue nach Form und Inhalt ausgezeichnete Arbeit des schon durch seine Schrift über das Eigenthum der katholischen Kirchen rühmlichst bekannten Verf. veranlasste, wurde bereits im *Archiv* XVIII, 319. kurz erwähnt. Der Darmst. Cassationshof entschied, dass nach den Grundsätzen des französischen Rechts die den Pfarrern gemäss des Art. 14. der Convention vom 26. Messidor IX. und des Art. 67. al. des Gesetzes vom 18. Germinal X. von Seiten des Staates, resp. der Civilgemeinden zu gewährenden traitements (der Ersatz für die confiscirten Dotationen der Pfarrämter) keinen Theil des Kirchenvermögens bildeten und nicht den canonischen Charakter einer mit den betreffenden Pfarrämtern verbundenen Dotation hätte. Diese Ansicht des Cassationshofes wird von Dr. Hirschel auf's Gründlichste als unhaltbar nachgewiesen. Der Cassationshof stützte sich namentlich auf den Art. 15. des französischen Concordats, der in einem Gegensatze zum Art. 14. stehen sollte. Der Verfasser widerlegt dieses und zeigt, dass beide Artikel von einem und demselben Gegenstande, nämlich von den Mitteln zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse handeln, und dass die im Art. 15. in Aussicht gestellten Stiftungen, wie sich aus den Art. 73. und 74. des Gesetzes vom 18. Germinal X. unzweideutig ergibt, nicht bloss zu Gunsten der Kirchenfabriken oder zu unmittelbar gottesdienstlichen Zwecken, sondern auch zur Verbesserung des Einkommens kirchlicher Aemter (titres ecclésiastiques), somit als canonische Dotationen solcher errichtet werden können. Der Cassationshof hatte sich auch auf einzelne Aeusserungen berufen, die der Staatsrath Portalis in seinem vor dem gesetzgebenden Körper zur Empfehlung des Concordats

und der sog. organischen Artikel gehaltenen Discours gethan hatte. Dr. Hirschel liefert den klaren Beweis, dass Portalis gerade das Gegentheil von dem gesagt hat, was der Cassationshof in seinen Aeusserungen suchen wollte. Namentlich wenn Portalis an die Spitze seines Discours über die Abtheilung des Gesetzes vom 18. Germinal X., die von der Besoldung der Geistlichen handelt (Tit. IV. sect. III. du traitement des ministres) den Satz stellt: »ces articles n'ont pas besoin d'être justifiés par les lois canoniques ou civiles; *quand on érige un titre ecclésiastique, il faut le doter:*« so schliesst dieser von dem intellectuellen Urheber der sog. organischen Artikel vor dem gesetzgebenden Körper aufgestellte Satz jeden Zweifel über die rechtliche Natur der durch den Art. 14. des Concordats von Seiten des Staates gegenüber der katholischen Kirche übernommenen, später aber zum Theil den Civilgemeinden aufgebürdeten Verpflichtung und des dieser entsprechenden Rechtes der Kirche und Pfarrer gänzlich aus.

4. *De fori interni et externi differentia et necessitudine secundum principia juris canonici, auctore Maximiliano Gitzler. J. U. D. Wratislaviae. Typis F. W. Jungferi 1867. 69 pp. 8.*

Diese fleissige, in gutem Latein geschriebene Inauguraldissertation des nach der angehängten vita damals erst 22jährigen Sohnes des bekannten Canonisten Professor Gitzler in Breslau erörtert an der Hand der Quellen und unter Benutzung vieler, wenn auch nicht gerade aller vorhandenen Literatur, den doppelten sich gegenseitig ergänzenden und in nothwendiger Verbindung stehenden Zweck der Kirche, die göttlichen Gnadenmittel zu verwalten und zu spenden *und* auch einen sichtbaren äusseren Organismus auf dieser Welt zu bilden, der zu seinem Bestande auch irdischer zeitlicher Dinge bedarf. Für den einen Zweck waltet die Kirche ihres Amtes in dem forum internum oder poli, für den anderen in dem forum externum oder fori. Beide Gebiete der Kirche stehen in ähnlichem Zusammenhange wie für jeden Menschen Moral und Recht. Beide Gebiete lassen sich wohl unterscheiden, aber nicht so trennen, dass sie in einen Widerspruch zu einander treten dürften. Durch Beispiele aus den verschiedenen Gebieten des Rechts, besonders aus dem Strafrecht wird diese Unterscheidung und Wechselbeziehung zwischen dem forum internum und externum, die mit Ausnahme von *Prospero Fagnani* nicht einmal von den grossen Commentatoren des Kirchenrechts wie von *Gonz. Tellez, Pirhing, Reiffenstuel, Schmalzgrueber, Schmier, Gibert* u. A. gehörig gewürdigt ist, näher im Einzelnen nachgewiesen.

(*Vering.*)

5. *Die Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechts nach Massgabe der im Syllabus §. VII. verzeichneten Irrthümer, beleuchtet von Theodor Meyer. Stimmen aus Maria-Laach. IX. Freiburg 1868. Herder 281 S. 8.*

Treffend und schön vergleicht der Verfasser den heiligen Vater mit einem Arzte, der nach genauer Diagnose sein Urtheil über eine schwere Krankheit der modernen Gesellschaft ausspricht, die er in den Thesen 56.—64. und auch 39. des Syllabus offen darlegt. Von diesen Sätzen sind 56—60 der Allocution Maxima quidem vom 9. Juni 1862 entnommen, worin Pius IX. bei Gelegenheit der Heiligsprechung der japanesischen Martyrer den versammelten Bischöfen die Grundirrthümer der Zeit aufzählte und verdammte. Die übrigen Sätze hatte der Papst in mehreren Allocutionen und apostolischen Sendschreiben verurtheilt, die sich hauptsächlich auf die räuberischen Angriffe der italienischen Regierung gegen den heiligen Stuhl bezogen. Es werden in den genannten Sätzen der Rationalismus und der Materialismus, sowie die aus diesen gezogenen Schlussfolgerungen bezüglich der bürgerlichen und internationalen Gesellschaft verworfen. (Abschnitt I. S. 7—23.)

In einer interessanten historischen Entwickelung legt der Verfasser die auf christlicher Basis beruhende Lehre des Mittelalters, vor allem des heiligen Thomas von Aquin über Moral (besonders in der summa theologiae) und Politik (in dem Werke de regimine principum) dar, schildert die im 15. Jahrh. gegen jene „moralische Theokratie“ sich erhebende Reaction in den Schriften des Pomponatius und Machiavelli, welche Wissenschaft und Politik von Religion und Moral trennten, und bespricht endlich die ganz „antitheokratischen“ Bestrebungen seit der Reformation, welche in England von Baco von Verulam, in Frankreich von Cartesius, in den Niederlanden und in Deutschland von Hugo Grotius ausgingen. (Abschnitt II. S. 23—50.)

Der Verfasser unterscheidet zwischen einer inneren und äusseren Entwickelung der Krankheit der modernen Gesellschaft und findet zunächst erstere in dem naturalistischen Rationalismus bezüglich der Sitten- und Rechtslehre. Die Philosophie Kant's, als des Hauptvertreters dieser Richtung, wird nun genauer dargelegt und zwar einmal in Bezug auf die Moral, welche Kant durch seine Aufstellung der „reinen Vernunft“ und des „kategorischen Imperativs“ von der Religion zu emancipiren sucht. Dagegen weist der Verfasser nach, dass ohne Religion eine Moral nicht gedacht werden könne, indem das natürliche Sittengesetz nicht blos als ein Vernunft-

gesetz, sondern wesentlich als ein göttliches Gesetz nach Ursprung und Sanction zu betrachten sei; da nun aber die Religion sich thatsächlich nur im positiven Christenthume finde, so sei genauer ausgedrückt ohne Christus überhaupt keine wahre Moral denkbar.

Wie die Moral von der Religion, so will Kant auch das Recht von der Moral trennen, indem er der letzteren das Gebiet der inneren Freiheit, dem ersteren das der äusseren Freiheit zutheilt. Allein aus dieser äusseren Freiheit folgt nothwendig der radicale Socialismus, während aus der gerade entgegengesetzten Theorie Hegels, der alles Individuelle in einem pantheistischen Universalismus verschwinden lässt, das ebenso falsche Princip der absolutistischen Staatsallmacht sich ergibt. (Abschnitt III. S. 51—88.)

Gegen diese Verirrungen in der Rechtslehre verbreitet sich nun der Verfasser sehr ausführlich, indem er so zu sagen die Recepte zur Herbeiführung einer gesunden Rechtslehre angibt. (Abschnitt IV. S. 88—182.) Dieselben lauten:

1) „Keine Gesetzgebung ausser auf Grund des als göttlich anerkannten Naturgesetzes.“ (S. 88—97.)

2) „Das Recht ist dem Begriffe und Wesen nach Bestandtheil des allgemein Sittlichen.“ (S. 97—113.)

3) „Keine Rechtsordnung ausser auf Grund und als wesentliches Element der sittlichen Weltordnung.“ (S. 113—131.)

4) „Kein Recht und keine Rechtspflicht ausser in Kraft einer göttlichen Willensäusserung.“ (S. 132—140.)

5) „Kein menschliches Recht ausser auf Grund eines über dem Menschen stehenden göttlichen Rechts.“ (S. 140—147.)

6) „Kein positives Recht ausser auf Grund eines vorausgesetzten natürlichen Rechts.“ (S. 147—182.)

Die äussere Entwickelung der modernen Krankheit gibt sich im Materialismus bezüglich der Sitten- und Rechtslehre kund. (Abschnitt V. S. 182—272.)

Der Verfasser zeigt, wie derselbe sich aus dem naturalistischen Rationalismus besonders von England aus durch Hobbes, Locke und Hume entwickelte und in der französischen Revolution, sowie in dem crassen deutschen Materialismus unserer Zeit seine giftige Blüthe trieb. (S. 182—198.)

Im Staatsrecht fand jener materialistische Gedanke in Folge der Anregung Machiavelli's durch Locke und seine Nachfolger Montesquieu und Rousseau und überhaupt den sogenannten Liberalismus seine Verwirklichung. (S. 199—212.)

Eingehend wird sodann die 63. These des Syllabus behandelt:

„den rechtmässigen Fürsten den Gehorsam verweigern, ja auch aufrührerisch sich gegen sie zu erheben, ist erlaubt.“ Der Verfasser stellt ihr den apostolischen Ausspruch entgegen: „Wer sich der (obrigkeitlichen) Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes.“ (Röm. 13.) Er bespricht nun die Bedingungen der Rechtmässigkeit einer Obrigkeit und behandelt hierauf den Fall der Usurpation sowie des Missbrauchs der rechtmässigen Gewalt zu ungerechter Bedrückung. (S. 213—252.)

Endlich hebt der Verfasser unter Voranstellung der christlichen Principien den Einfluss der materialistischen Ideen auf das Völkerrecht hervor, wie er sich in dem sogenannten Nichtinterventionsprincip und dem Nationalitätspatriotismus kundgibt, und weist kurz auf die vergeblichen Bemühungen des Liberalismus hin, die jetzt schwebenden socialen Fragen in befriedigender Weise zu lösen. (S. 252—272.) Die einzige Rettung in diesem Chaos bietet die wahre Freiheit im Anschluss an die Grundfeste der Wahrheit.

Scharfsinnig, lebhaft und originell ist die Schrift abgefasst, sie hätte aber unseres Erachtens etwas populärer gehalten sein müssen, um für einen grösseren Leserkreis geeignet zu sein; — freilich eine schwere Aufgabe bei dem gestellten Thema. Die ältere wie die neuere Literatur besonders auf dem Gebiete des Naturrechts ist mit grosser Vollständigkeit benutzt (u. A. *Grotius*, *Pufendorf*, *Kant*, *Fichte*, *Hegel*, *Hugo*, *Stahl*, *Moy*, *Taparelli*, *Trendelenburg*, *Walter*).

Insbesondere wichtig in unseren politischen Verhältnissen ist die Besprechung der Thesen 59: „Das Recht besteht in der materiellen Thatsache,“ und 61: „Eine mit Erfolg gekrönte thatsächliche Ungerechtigkeit thut der Heiligkeit des Rechtes keinen Eintrag.“

Wir empfehlen die vorliegende Schrift dringend zum eingehenden Studium nicht nur Theologen und Philosophen, sondern auch Politikern und Juristen, die daraus gewiss reiche Belehrung über die wahren Principien der Rechtsphilosophie, des Staats- und Völkerrechts und überhaupt der Staatswissenschaften finden werden.

(Dr. *Richard Fösser*.)

6. *Th. Stumpf, Die politischen Ideen des Nicolaus von Cues. Köln. Bachem. 1865. 120 pp. 8.*

7. *Nicolai Cusani de concilii universalis potestate sententia explicatur. Diss. inaug., quam pro obtinenda venia legendi in academia Lipsiensi scripsit Clemens Fridericus Brockhaus. Lipsiae 1867. F. A. Brockhaus. XIII et 85 pp. in 8. (1/3 Thlr.)*

Nicolaus von Cusa stand zu der Zeit, wo er sein berühmtes Werk

de concordantia catholica abfasste, auf Seiten des Basler Concils, einige Jahre später aber auf Seiten des Papstes. Von den beiden neuesten Autoren über ihn ist Stumpf Katholik, Brockhaus Protestant. Stumpf, der nebenbei manche Ansichten aufstellt, denen wir nicht beistimmen können, erklärte diesen Parteiwechsel daraus, dass Nicolaus von Cues, nachdem das Concil mit dem Papste gebrochen hatte, von der in Basel zurückgebliebenen Rumpfversammlung nur noch Unheil und Verderben, und im Papste allein noch Rettung gesehen habe; ferner habe ihn die Aussicht auf Versöhnung der griechischen Kirche mit der abendländischen und wohl auch der Reiz einer Legation nach Constantinopel bestimmt. Die Ausschweifungen seiner früheren Parteigenossen hätten ihn von diesen entfernt und auf die Seite des Papstes geführt, und in dem Schreiben an Roderich von Trevino vom 20. Mai 1442 habe er seinen veränderten Ansichten Ausdruck gegeben. Brockhaus meint dagegen, jener Brief könne nicht als eine förmliche Retractation betrachtet werden; Cusanus habe überhaupt über die kirchliche Verfassung, und insbesondere über das Verhältniss des Papstes zum Concil keine festnormirten scharf begrenzten Ansichten gehabt; es habe ihn hauptsächlich der Wunsch beseelt, die Einheit und Eintracht in Kirche und Staat herzustellen, und in diesem Streben habe er sich bald mehr dem Concil, bald mehr dem Papste zugewandt, je nachdem das erstere oder der letztere grössere Bürgschaften für die concordantia catholica zu bieten schienen. Brockhaus beruft sich mehrmals auch auf den zweiten Theil des von *Düx* herausgegebenen Tractatus de auctoritate praesidendi in concilio generali, dessen Echtheit jedoch bestritten ist.

8. *Bibliotheca latina juris canonici manuscripta von Dr. Friedrich Maassen. I. Theil. Die Canonensammlungen vor Pseudoisidor. 3 Hefte. (Aus den Sitz. der d. hist.-philos. Cl. der kais. Acad. der Wiss. Bd. LIII. LIV. LVI. bes. abgedr.) Wien. Gerold 1866. 67.*

Professor Maassen ist von der Wiener Academie der Wiss. mit der Abfassung einer »Geschichte der Quellen und der Literatur des canon. Rechts im Abendlande bis zum Ausgang des M. A. betraut. Er durchforschte zu diesem Zwecke viele Bibliotheken des In- und Auslandes. In der vorliegenden Vorarbeit zu seinem Werke beschreibt er nach Form und Inhalt die von ihm selbst und theils auch von Anderen in neuerer Zeit untersuchten Handschriften (wir drucken die von ihm selbst untersuchten *cursiv*): 1. in Italien: die von Florenz, *Ivona, Lucca, Mailand, Modena*, Monte-Cassino, *Novara*, Rom, Venedig, *Vercelli, Verona;* 2. in Frankreich: *Albi*, Cambrai, Carpentras, Laon, Lyon, Metz, Montpellier, Orleans, *Paris* (darüber allein 113 Seiten), Rheims, Rouen, *Strassburg*, Toulouse, Verdun; 3. in Spanien, England (wo M. namentlich die *Oxforder* Mscr. selbst untersuchte), in Belgien: *Brüssel* und Gent; in der Schweiz: *Bern, Einsiedeln, St. Gallen.*

(*Vering.*)

Redaction: Professor Dr. Vering zu Heidelberg.

Acta et Decreta Synodi Dioecesanae Paderbornensis a. 1867.

(Schluss. Vgl. Archiv XX, 93—118.)

[Partis secundae sectio II.]

II. De administratione sacramentorum.

Cap. 14. *Quae in administratione sacramentorum generaliter observanda sint.* .... 1) Primum igitur animarum curatores diligentissime caveant, ne ad ullius sacramenti administrationem unquam aliter accedant, nisi corde puro et animo bene praeparato. Quodsi culpae graviori se obnoxios sentiant, ante administrationem sacramentorum se sacramentali confessione expurgent, sin vero necessitas urgeat neque copiam confessarii habeant, saltem corde poeniteant, ne dum aliis ministri ad salutem sint, ipsi in aeternae mortis reatum incurrant. Etiam, quemadmodum Rituale Romanum monet, antequam ad hujusmodi administrationem accedant, paululum, si opportunitas dabitur, orationi et rei sacrae, quam acturi sunt, meditationi vacabunt atque ordinem ministrandi et caeremonias pro temporis spatio praevidebunt et perlegent.

2) Deinde prompti accedant ad administrationem sacramentorum, quandocunque haec eis incumbat. Quocirca renovamus postremae hujus dioeceseos Synodi dioecesanae sanctionem ut »pastor vel quivis alius sacerdos, ad quem sacramentorum administratio pertinet, requisitus ad administrandum sacramentum quaecunque diei et noctis hora statim sit paratus ac facilis, nec sese praetextu horae importunae, temporis incommodi alteriusve occupationis, multo minus convivii excuset, aut durioribus verbis petentes sacramenta excipiat, memor ad eximiam illam, quae in pastoribus ardere debet, charitatem pertinere, ut aequissimo id ferat animo, graviter alioquin puniendus, gravissime vero, si quem ipsius negligentia sine baptismo, confessione, sacro viatico aut extrema unctione ex hac vita migrare contigerit.« (l. c. P. II. tit. 1.)

3) Quod ad actum administrationis ipsum spectat, omnem dent operam, ut non solum *valide*, sed etiam *licite* et *digne* eum peragant. Administrent sacramenta *valide*, sollicite adhibentes, praeter intentionem actualem vel saltem virtualem, legitimam materiam et formam. Administrent *licite*, praeter legitimam materiam et formam etiam approbatos ecclesiae ritus et caeremonias, prout in Rituali dioecesano contentae sunt stricte adhibentes itemque omnia et singula observantes, quae quoad administrationem, locum et tempus, quoad vestes habitumque externum administrantium, quoad linguam denique, qua uti debeant, ab ecclesia sapientissime praescripta sunt.

Administrent denique *digne*, nempe non obiter, perfunctorie vel oscitanter, sed graviter, pie et reverenter, ut adstantes aedificentur et ad pietatem coelestiumque rerum cogitationem erigantur.

4) Sed curatores animarum non solum ipsi sacramenta prompte, diligenter et digne administrare, sed etiam operam navare debent, ut ea a fidelibus diligenter, reverenter magnoque cum fructu suscipiantur. Quocirca saepius divinorum horum mysteriorum institutionem, usum, virtutem, utilitatem, necessitatem et efficacitatem, uti et rituum atque caeremoniarum significationes in concionibus exponant (Synod. Pad. P. II. tit. 1.), nec non etiam privatim, quoties occasio se ipsis obtulerit, de his rebus fideles instruant.

5) Denique sanctionem postremae Synodi dioecesanae renovamus, ut pro sacramentorum administratione nihil *ante* eam exigatur, *post* eam tamen, si quid sponte offeratur vel aliquid consuetudine laudabili tanquam debitum praestari soleat, licite acceptari possit (L. c. Cfr. Rit. Prooem. pag. 2.).

De sacramento baptismi.

Cap. 15. *Infantium baptismus non est differendus.* . . . . (Parochi) saepius igitur fideles hortentur, ut liberos suos quam primum fieri possit sacro lavacro abluendos curent, neque propter innumera vitae pericula, quae eis impendeant, unquam admittant, ut eorum baptismus ultra tertium diem post nativitatem differatur. Sin vero in praesenti vitae discrimine versantur, illico a quacunque persona baptizandi sunt. Inprimis vero parochi obstetrices parochianas suas sollicite instruant et moneant, ut urgente necessitate hoc officium religionis et charitatis impleant et quidem, si fieri potest, coram uno alteroque teste, qui postea inquirenti parocho testificari valeat, baptismum rite collatum esse. Sed curent etiam parochi, ut piae, honestae, religiosae obstetrices pro parochiis suis constituantur, easque in omnibus, quae ipsis in conferendo baptismo observanda sunt, sollerter instituant (Cfr. Rit. App. pag. 107.).

Cap. 16. Excepto casu necessitatis *sacramentum baptismi* in ecclesia et tempore antemeridiano dispensandum est.

Cap. 17. *Baptismus solemnis a parocho vel ejus delegato dispensandus est.* .... Quocirca renovamus postremae Synodi dioecesanae hanc sanctionem: »Nullus nisi praevia licentia pastoris prolem suam extra parochiam suam baptizari curet et ubi baptizata fuerit, de collato baptismo pastori testimonium ferat, quod etiam in libro baptismali notetur. Pastores tamen raro et nonnisi ex gravi causa licentiam talem concedant. Ideo parochus infante baptismi causa ad se delato dispiciat, an suae parochiae sit, quem si alienae deprehenderit esse, nonnisi urgente necessitate baptizet, sed ad proprium parochum jubeat deportari, quod maxime erit observandum in prolibus ex illegitimo thoro procreatis, quas parentes, ut crimen suum proprium pastorem celent ejusque correctionem declinent, in alienam parochiam, ubi ignoti sunt, curant ad baptismum deferri« (Synod. Pad. P. II. tit. 2.)

Cap. 18. *Quinam patrini vel matrinae eligantur.* Diligenter quoque parochi illud observent, quod in S. Concilio Tridentino ad evitanda pericula impedimenti cognationis spiritualis de numero patrinorum constitutum est, ne videlicet plures quam unus vel una vel ad summum unus et una, qui infantem, dum baptizatur, tangat vel tangant, ad suscipiendum sub quovis etiam praetextu admittantur.

Et eligantur et admittantur tanquam patrini vel matrinae magis ii, qui baptizandi saluti animae consulere, quam eum muneribus augere queant, homines pii et catholici, maturae aetatis, in doctrina fidei et morum bene instituti, non autem rudes et confirmationis sacramento nondum muniti, acatholici, excommunicati, manifesto impii, publici peccatores, communionem paschalem et longiore tempore cultum divinum negligentes. Pariter excludendi sunt baptizandi parentes et monachi ac moniales.

Cap. 19. *Quaenam nomina baptizatis imponenda sint.* Baptizatis nulla alia nomina imponantur, quam Sanctorum, quorum denominatio et memoria adultos ad virtutis imitationisque studium accendere possint, ac praeterea, quos imitari studeant, eos quoque precentur et sperent, sibi advocatos ad salutem tum animi tum corporis defendendam venturos esse (Cat. Rom. P. II. cap. 11. qu. 73. Rit. prooem. p. 6.).

Cap. 20. *De benedictione puerperarum.* Antiquam et religiosam illam consuetudinem, qua puerperae post absolutum puerperii tempus in proximo statim egressu ad ecclesiam procedunt, ut Deo pro puerperii beneficio gratias agant, ut precibus ac benedictione sacer-

dotali expientur et prolem suam Deo offerant, tanquam piam ac laudabilem conservatam volumus. Sed haec benedictio puerperae in matrimonio mixto viventi, cujus infans apud acatholicos baptizatus est, denegari debet; itemque ea deneganda est illis puerperis, quae prolem illegitimam ediderunt (Syn. Pad. P. II. tit. 2. C. Pr. C. P. II. c. 11. Rit. App. p. 70.).

Cap. 21. *Baptismus nunquam iterari debet; sin dubium relinquitur, num aliquis valide baptizatus sit, sub conditione denuo baptizetur.* Is, quem constat valide baptizatum esse, neque sub conditione neque sine conditione vel absolute absque sacrilegio iterum baptizari potest. Illi vero, de quibus, re diligenter perqeisita, dubium relinquitur, an omnino baptizati sint vel baptismum rite susceperint, sub conditione baptizari et possunt et debent. Unde si qui *infantes* ad parochum vel ejus delegatum deferantur, eis non statim baptismus conferri debet, sed antea diligenter perquirendum est, an jam omnino baptizati sint, et si baptizati sint, an valide baptizati sint, nec ne.

Infantes expositi semper sub conditione baptizandi sunt, etiamsi schedula, quae eos baptizatos esse asserat, ipsis sit apposita, nisi forsitan liber baptismalis rem ita se habere comprobet.

Si agitur de *infante, qui urgente necessitate domi ab obstetrice baptizatus sit,* diligenter explorandum est, num ea baptismum valide contulerit. Quod quidem vel per solam obstetricem ipsam vel etiam per unum alterumve alium testem, qui collationi baptismi adfuerit, explorari poterit. Si unus alterve alius testis una cum obstetrice testetur, infantem rite baptizatum esse, vel etiam si, deficiente quidem alius alterius testimonio, obstetrix tamen, quae sola id testetur, testis omni exceptione major sit, si sit catholica, religiosa et pia deque materia et forma hujus sacramenti bene edocta, prudenter dubitari nequit, quin infans rite baptizatus sit. Baptismus igitur hoc in casu minime ne sub conditione quidem iterandus est, sed ceremoniae omissae tantummodo in ecclesia supplendae sunt. Sin vero obstetrix, quae baptismum contulerit, vel acatholica sit vel, licet catholica sit, tamen vita et moribus non ita probata, ut testis sit omni exceptione major, vel etiam, id quod hodie saepe accidit, quoad religionem et mores suos sciscitanti parocho vel ejus delegato non satis nota sit, ejus testimonio de baptismo collato nulla alia accedente probatione non erit acquiescendum; imo potius prudenter dubitari poterit, num non vel propter mentis perturbationem vel propter levitatem animi vel imperitiam essentiale aliquod requisitum omiserit, sive in verbis proferendis hallucinata sit, neque hoc dubium per solam ejus assertionem, se baptismum rite contulisse, removetur, quoniam timendum est, ne

commissos errores vel ipsa ignoret vel ad evitandam infamiam eos dissimulet. Proinde in tali casu infans sub conditione iterum baptizari debet.

Si *agitur de infante, qui urgente necessitate ab aliis personis laicis domi baptizatus est*, res est fere eadem pariterque dijudicanda. Nam etiam hae aut religionem catholicam profitentur, de sacramenti materia, forma et necessaria in ministro intentione bene edoctae vitaque et moribus tam probatae sunt, ut earum testimonium omne prudens dubium excludat, aut tales sunt, ut unum vel alterum horum requisitorum in ipsis desideretur earumque testimonium prudens dubium non tollat. Si primum est, infans ne sub conditione quidem iterum baptizari bebet; si alterum, baptismus ejus sub conditione iterandus est.

Si agitur de adultis in communionem ecclesiae recipiendis, qui a ministris acatholicis baptizati sunt, in universum, ut res nunc sunt, praesumtio stat pro collati baptismi invaliditate, proindeque si, re diligenter investigata, dubium de valore baptismi non tollatur, sub conditione iterandus est, non quidem solenniter sed adhibitis tantum si commode fieri possit, duobus testibus, consulto tamen prius Episcopo, nisi forsitan periculum mortis immineat.

Si denique agitur de adultis, qui baptizati sunt a ministris societatum germanico-catholicarum vel communitatum liberarum, quae vocantur: eorum baptismus sub conditione semper iterandus est.

Pastoralis instructio de tribus conditionibus, a quibus, re in abstracto considerata, valor baptismi pendeat.

Quum disquisitio de baptismi alicujus collati valore gravissimi momenti sit neque, si de baptismo sub conditione iterando agitur, unquam sine gravi et lethali culpa negligi possit, Nobis opportunum videbatur praedictis ordinationibus breviculam instructionem pastoralem subjungere de illis conditionibus, a quibus re in abstracto considerata baptismi valor pendeat, ita ut singulis in casibus, in quibus de baptismi alicujus collati valore disquiritur, id unum quaeri debeat, unum illae conditiones impletae fuerint, nec ne.

Hae autem tres conditiones sive partes, quibus sicuti cetera sacramenta, etiam sacer baptismus perficitur, sunt debita materia, debita forma debitaque ministri intentio. Quodsi hae tres partes adhibitae sunt, sacramentum ipsum valide administratum est, a quocunque sit administratum; si harum partium vel una indebita fuit, sacramentum nullum est atque iterandum *sine conditione:* si denique dubium relinquitur rationabile, utrum una vel altera harum partium debita fuerit nec ne, valor ipse dubius est, atque baptismi sacramentum, quod ad salutem necessarium est necessitate medii, iterandum est *cum conditione.* Haec est regula universalis, a qua discedere nefas est.

Constat vero, debitam materiam baptismi *remotam* aquam naturalem sive elementarem esse, constat etiam ad baptismi valorem non requiri, ut aqua sit

benedicta. Caeterum praetermissis casuistarum de singulis fluidis materiis quaestionibus, in universum cum Doctore angelico tenendum est, ad valorem baptismi sufficientem esse quamvis fluidam materiam, quae vere et proprie aqua nominari possit; si vero aqua vere et proprie nominari non possit, eam ad baptismi valorem non sufficere. »Sic ergo, inquit, dicendum est, quod in qualibet aqua qualitercunque transmutata, dummodo non solvatur species aquae, potest fieri baptismus; si vero solvatur species aquae, non potest fieri baptismus.« (Summ. Theol. III. qu. 66. art. 4.)

Materia baptismi *proxima* talis est aquae ad baptizandi corpus applicatio, ut vere et proprie dici possit *ablutio*, sive haec ablutio fiat per infusionem, sive per aspersionem, sive per immersionem. Constat etiam ex ecclesiae praxi, ad baptismi valorem sufficere, si caput ablutum sit, quia caput corporis praecipua pars est. Quodsi aqua in tam parva quantitate baptizandi corpori applicata sit, si exempli causa baptizandi caput leviter tantum aqua tinctum sit, vel etiam si non caput, sed capilli tantum aqua perfusi sint (sicuti per plurium regionum ministros acatholicos fertur baptizari solere), baptismi valor dubius est, et sacramentum est sub conditione iterandum.

Si non caput, sed alia corporis pars, e. gr. brachium, pectus, aqua abluta sit, etiam dubius est baptismi valor, eademque de causa sacramentum cum conditione iterandum est.

Haec satis dicta sunt de baptismi *materia* deque bubiis, quae inde exoriri possunt.

Alterum, quod quum ad omnium sacramentorum tum ad baptismi valorem necessario requiritur, legitima sacramenti *forma* est. Quae quidem quum mutari possit pluribus modis (sive per verbi cujusdam additionem vel subtractionem, sive per verborum singulorum transpositionem, sive per eorum corruptionem, sive totius orationis interruptionem), si mutatio est *substantialis*, sacramentum nullum est, si *accidentalis* est, sacramentum valide quidem, sed (si culpabiliter fit mutatio) non licite administratur.

Substantialiter vero forma mutatur, si adhibitis verbis alius sensus exprimitur atque ille, quem secundum usum et doctrinam Ss. Ecclesiae Christus tamquam necessarium instituit. Jam quod attinet ad baptismi formam, quae his continetur verbis: *»Ego te baptizo in nomine Patris et Filii et Spiritus sancti,«* ad sacramenti valorem requiritur:

1. ut exprimatur *actualis ablutio et persona baptizandi,* ita ut verba *»baptizo te«* vel quae eundem sensum significant, de essentia formae sint. Neque tamen ad essentiam formae pertinet, ut etiam *persona baptizantis* expresse significetur, quum Concilium Florentinum hanc approbaverit Graecorum formam: *baptizetur servus Christi talis* in nomine etc.

2. Requiritur, ut adhibitis verbis expresse significetur mysterium sanctissimae Trinitatis et quidem tam trium divinarum personarum *unitas* secundum essentiam, quam earum *distinctio* secundum proprietates personales sive relationes paternitatis, filiationis et passivae spirationis. Hinc sequitur, nullum esse sacramentum, si adhiberentur formae hujusmodi: *in nomine Trinitatis vel in nomine Dei unius et trini, vel in nomine trium personarum Trinitatis*, quoniam ita quidem exprimerentur tres divinae personae, sed non exprimerentur secundum proprietates personales. Sequitur etiam, nullum esse sacramentum, si adhiberetur forma: *in nominibus* etc., quoniam ita non exprimeretur personarum unitas essentialis. Si adhiberetur forma hujusmodi: *in nomine*

patris, in nomine filii, in nomine spiritus sancti, valor dubius esset, nec non si baptizaretur *in nomine genitoris et geniti et procedentis ab utroque,* quoniam, ut dicit Doctor angelicus (III. qu. 66. a. 5.) sicut aqua sumitur ad baptismum, quia ejus usus est communior ad abluendum, ita ad significandum tres personas in forma baptismi assumuntur illa nomina, quibus communius consueverunt nominari personae in illa lingua, nec in aliis nominibus perficitur sacramentum.

3. Requiritur, ut cum actuali ablutione verba illa ita conjungantur, ut materia et forma unum totale signum constituant et inter utramque intercedat unio certe *moralis;* quae si non esset, forma, qua actualis *ablutio* significetur, non esset vera, itaque sacramentum ipsum non esset validum.

Denique si quaeritur, num unus valide baptizetur a ministris pluribus, respondendum est *negative.* Si vero quaeritur, num plures valide baptizentur uno eodemque actu a ministro uno, respondendum est *affirmative,* quoniam illic forma mutatur, hic non mutatur, sicut pulchre exponit S. Thomas, cujus verba haec sunt:

»Si convenerint duo, quorum unus esset mutus, qui non posset proferre verba, et alius carens manibus, qui non posset exercere actum, non possent ambo simul baptizare. Possunt autem, si necessitas exigit, plures simul baptizari, quia nullus eorum reciperet nisi unum baptismum, sed tunc oportebit dicere: ego baptizo vos; nec erit mutatio formae, quia *vos,* nil aliud est, quam *te* et *te:* quod autem dicitur *nos,* non est idem dicere, quod *ego* et *ego*, sed *ego* et *tu,* et sic jam mutaretur forma. Similiter autem mutaretur, si diceretur: ego baptizo me. Et ideo nullus potest baptizare se ipsum.« (L. c. art. 4.)

Postremo Nobis nonnulla verba facienda sunt de *tertia conditione*, quae ad sacramentorum valorem requiritur, nempe *de intentione ministri.* Declaratur enim a Conciliis Florentino et Tridentino, requiri in ministro intentionem *saltem faciendi, quod facit ecclesia.* Cujusmodi quidem esse debeat haec intentio, vehementer in scholis disputatum est; sed praetermissis quaestionibus, quae ad rem non pertinent, pro certo habendum est, 1) non requiri eam intentionem ministri, qua intendat verum ipsius sacramenti effectum; nam quamvis de baptismi effectu perperam sentirent Pelagiani, baptisma ab ipsis collatum ecclesia nunquam tanquam irritum rejecit, nec non baptisma ab infidelibus tam a Judaeis, quam a Paganis collatum decrevit ratum esse Papa Nicolaus I. in responso ad consulta Bulgarorum, ut est apud Gratianum de consecratione distinctio 4. cap. *A quodam.* Unde intelligitur, rectam fidem de sacramento ejusque effectu in ejus ministro non requiri proindeque nec intentionem conferendi ejusdem effectus.

2. Sed si intentio ipsius sacramenti effectum conferendi necessaria non est, non sufficit intentio, quae vocatur *exterior* i. e. illa intentio, qua intenditur tantummodo ipsum externum opus, quod agitur, ut est opus qualecunque. Nam haec si intentio sufficeret, intentio ad sacramenti valorem nunquam deesse posset, etiamsi ludo aut joco vel etiam derisorie imo et contumeliose ageretur, dummodo foret actio humana.

3. Requiritur igitur et sufficit illa intentio ministri, qua intendit actionem, non ut est actio profana vel vulgaris nedum mimica vel derisoria, sed ut est actio quaedam, quae in ecclesia sive apud christianos solemni modo fieri, conspicitur, nam haec tantummodo intentio potest vere dici intentio faciendi, quod facit ecclesia, sive is, qui hanc actionem exercet, de Christo et ecclesia deque sacramentis et eorum effectibus, in universum de rebus divinis fidem aliquam

habeat, sive non habeat, itemque sive ecclesia, quam prae oculis habeat, vera ecclesia sit, sive non sit, dummodo existimet, eam veram ecclesiam esse.

Haec vero intentio rursus esse potest vel actualis vel virtualis, nam quamquam intentio actualis optima est, tamen etiam sufficit virtualis, quippe quae satis in actionem influat, ut vere dici queat actio humana. Sed nullo modo sufficit intentio habitualis, quae nullo modo in actionem ipsam influit, quum neque actu a voluntate eliciatur, neque, aliquando elicita, in aliquo effectu vel serie actionum actu perduret. Haec igitur de tribus conditionibus, a quibus valor baptismi pendeat, sint satis dicta. —

Cap. 22. *De sacramento confirmationis.* De hujus sacramenti dignitate, vi et effectibus parochi subditos suos saepe diligenterque instruant, maxime tunc temporis, quum certiores facti sunt, episcopum ad hoc sacramentum in regionibus suis dispensandum adventare. Tunc omnes pueros, qui ad primam communionem mox admittendi vel ad eam jam admissi sunt (C. Pr. C. P. II. ep. 12.), convocent eosque ipsi vel per presbyteros coadjutores in omnibus iis, quae ad sacramentum confirmationis rite suscipiendum pertinent, diligenter erudiant. Curent etiam, ut confirmandi peccata sua confiteantur et, si ad primam communionem jam admissi fuerint, pane coelesti reficiantur itaque ad suscipiendum hoc sacramentum ita se disponant, ut velut munda vasa donis amplissimis Spiritus Sancti affluentibus impleantur ac tam animae quam corpora eorum viva Spiritus Sancti templa efficiantur (Syn. Pad. P. II. tit. 3. — Rit. App. p. 7.). Parochi ipsi, nisi legitime impediti sint, adducant suos ad episcopum confirmantem et reducant invigilentque redeuntibus (C. Pr. C. P. II. c. 12.). Qui in baptismo patrini esse prohibentur, neque esse possunt in confirmatione.

De sacramento Eucharistiae.

Cap. 23. *Quod hoc summum sacramentum summa veneratione tractandum sit.* Est hoc summum sacramentum summe colendum. Est etiam panis ille coelestis, ex quo si quis manducaverit, non morietur sed vivet in aeternum. Itaque in praecelsi et admirabilis hujus mysterii debito *cultu* et *usu* fere omnis religio christiana tanquam in cardine vertitur. Quamobrem curatores animarum omnem curam et sollicitudinem suam pastoralem eo dirigant, ut fideles sibi commissi hoc venerabile sacramentum singulari quadam veneratione colant eoque frequenter et quam maxime reverenter utantur; eisque in utraque re suo ipsorum exemplo praeluceant.

A. De hujus praecelsi sacramenti cultu.

Quae vero Deo, eadem huic sanctissimo sacramento *debetur* summa veneratio et quidem tam interna, quam externa; nam summae venerationis sensus interni, ut fert hominis conditio, per signa et

actus externos cum manifestantur tum vero excitantur et inflammantur. Quocirca omnia et singula, quae quod cultum externum huic sanctissimo sacramento exhibendum a sancta ecclesia praescripta sunt, omni pietate et religione observari debent.

Cap. 24. *De hujus sanctissimi sacramenti asservatione.* 1. *Tabernaculum*, ubi ss. Eucharistia asservatur, fixum sit, clave obseratum et juxta cujuscunque ecclesiae facultates intus et foris decenter exornatum. Praeter vasa, quae ss. Eucharistiam continent, neque sanctorum reliquiae neque calices neque quaecunque aliae res ibi recondantur. Neque superimponendae sunt sacrae reliquiae vel pietae immagines tabernaculo, ita ut idem tabernaculum pro basi inserviat (S. R. C. 31. Martii 1821. — Cfr. Rit. App. p. 21.). Clavis illius tabernaculi nunquam in ejus ostiolo, in altari, in loco vicino vel sacrario relinquatur, neque unquam ulli Laico vel Aedituo vel ulli in monasteriis moniali credatur, sed in ecclesiis parochialibus solus parochus vel alius sacerdos cum ipsius licentia, in aliis autem ecclesiis tam saecularium quam regularium sacerdos, ab earum ecclesiarum Superiore speciatim deputatus, clavem illam custodiat diligentissimeque curet, ut tabernaculum semper clausum sit, ne ulla unquam huic sacramento injuria fiat. Si fieri potest, haec clavis sit inaurata cum serica cordula, neque tamen cum aliis clavibus eadem cordula colligetur.

Ante tabernaculi ostiolum non est collocandum vas florum vel simile aliquid, sed poni potest in humiliori et decentiori loco vel a lateribus, ne impediat ejus conspectum. Saepius tabernaculum sollicite inspiciatur, ut et munditia conservetur et omne periculum irreverentiae arceatur.

Ante tabernaculum sanctissimae Eucharistiae semper lumen ardeat ob reverentiam tanti sacramenti et ut significetur praesentem esse eum, qui lucem inhabitat inaccessibilem, quique mentium nostrarum tenebras illustrat. Ardeat istud lumen sumptibus fabricae, qui si non suppetunt, fidelium certe eleemosynis conferri poterunt.

Denique in eadem ecclesia, nisi necessitas vel evidens utilitas aliud quid postulat, uno tantum loco ss. Eucharistia asservanda est.

2. *Ciborium*, quod sacras species continet, sit factum et ornatum, sicut Rituale Romanum praescribit, et in tabernaculo semper ponatur super Corporale mundum. Decimo quinto quovis die (ad minimum semel quovis mense), immo tempore pluvio vel humido etiam saepius, quin qualibet dominica ss. particularum sumptio fiat et novarum simul et recentium renovatio et consecratio. Hostiae vero

consecrandae recentes sint, nonnisi a personis piis et religiosis, quae ab Ordinariatu designatae sunt, conficiendae vel emendae.

Novas consecratas hostias nunquam cum veteribus miscere licet nec licet veteres conservatas species superimponere noviter consecratis, sed in alia pixide vel vase sunt conservandae, nisi prius distribui vel a sacerdote in missa sumi possunt (S. R. C. 3. Sept. 1672. — Cfr. Rit. App. p. 21.).

3. Omnia *sacra vasa*, quae ss. Eucharistiae inserviunt, si argentea, aurea vel inaurata sint, quotannis saltem bis, circa festum paschae et s. Michaelis Archangeli intus et foris mundentur et splendori suo restituantur. Si forsitan propter ecclesiae paupertatem vel direptionum pericula fuerint stannea, singulis saltem mensibus diligentissime defricentur (Syn. Pad. P. II. tit. 4. — Cfr. Rit. App. p. 20. sub v. Missa.).

Cap. 25. *De hujus ss. Sacramenti expositione.* Expositio hujus augustissimi sacramenti semper tali modo et cum tali decentia fieri debet, quam tanti mysterii dignitas postulat, et omnia, quae per decreta s. Congregationis rituum praescripta sunt, stricte in ea observanda sunt. (Cf. Append. Rit. Dioec. de cultu ss. euch. extra missam p. 22.). Imprimis parochi fideles curae suae commissis obsecrent et moneant, ut die ipsorum parochiae pro *adoratione perpetua* praefixa Deum eucharisticum summo adorationis obsequio confiteantur et celebrent. Curabunt, ut quavis hora frequens populus adsit, qui Deum praesentem adoret. Hunc in finem omnium parochianorum suorum vel saltem familiarum, ubi numerosae sunt parochiae, nomina uno catalogo comprehensa in singulas diei horas distribuant et hunc congruo ecclesiae loco suspendant, ut quisque ex populo videat, quanam hora et quonam ordine ipsi adorandum sit. Similiter rem instituant, si in ipsorum ecclesiis comprecationes quadraginta horarum coram exposito ss. Sacramento celebrantur.

Sed ne nimis frequentiore hujus sacramenti expositione reverentia et pietas erga hoc mysterium magis tepescat, quam exardescat, eam decretis Concilii Provincialis Coloniensis inhaerentes (P. II. c. VI.) certis quibusdam terminis circumscribendam esse duximus. Volumus igitur et ordinamus,

I. ut in ecclesiis parochialibus sive quasi parochialibus inter summum sacrum missae ss. Sacramentum exponatur atque ante et post missam benedictio sacramentalis populo impertiatur his sequentibus diebus:

1. festo immaculatae conceptionis B. M. V.;
2. festo nativitatis Domini;

3. festo circumcisionis Domini;
4. festo Epiphaniae;
5. festo Purificationis B. M. V.;
6. festo Annuntiationis B. M. V.;
7. dominica Paschatis et Resurr. D. N. J. Chr.;
8. festo Ascensionis Domini;
9. dominica Pentecostes;
10. festo corporis Domini;
11. festo ss. Apostolorum Petri et Pauli;
12. festo s. Liborii, Dioeceseos patroni;
13. festo Assumtionis B. M. V.;
14. festo Nativitatis B. M. V.;
15. festo omnium Sanctorum;
16. festo patroni ecclesiae;
17. festo dedicationis ecclesiae;
18. *diebus* perpetuae adorationis, die precum tredecim horarum (die patrocinii s. Josephi) et die precum quadraginta horarum; sed his diebus tantummodo inter missam expositionis et repositionis ss. Sacramenti (ante et post eam), non vero inter alias missas benedictio sacramentalis danda est.
19. Illis diebus, quibus missa cum expositione Sanctissimi fundata et fundatio ab Ordinariatu approbata est.

Tum permittimus expositionem Sanctissimi inter missam atque ante et post eam Benedictionem sacramentalem:

1. omnibus diebus infra Octavam solemnitatis ss. Corp. Christi;
2. omnibus et singulis feriis V.;
3. diebus dominicis, quae inter festum Paschatis et festum Ascensionis Domini intercidunt, in iis quidem locis, ubi his diebus ante summum sacrum theophoricae processiones circum ecclesiam ex more institui solent.

II. Praeter missam Ss. Sacramentum exponi licet in comprecationibus sequentibus:

1. in comprecationibus pomeridianis omnium dierum dominicarum et de praecepto festivarum;
2. prima die et postrema die comprecationis mense Majo in honorem B. M. V. habendae;
3. in comprecationibus vespertinis infra octavam festi Corporis D. N. J. Chr., ubi hae instituuntur;
4. in comprecationibus sodalitatis de Ss. Sacramento vespere fer. V. hebdomadis majoris, ubi eae instituuntur;
5. denique in comprecationibus pomeridianis vel vespertinis, quae

tempore adventus vel tempore quadragesimali habentur, itemque in comprecationibus Xaverianis feriis VI. in civitate Paderbornensi habendis, denique in consuetis comprecationibus in honorem S. Aloysii in civitate et in dioecesi Paderbornensi habendis.

Ante has et post has comprecationes benedictio sacramentalis danda est intonante sacerdote convenientem stropham hymni eucharistici in lingua latina pariterque in hac lingua choro vel populo respondente.

In aliis vero atque praedictis diebus et comprecationibus imposterum sine expressa Nostra licentia Ss. Sacramentum exponi non licet (Cfr. Rit. App. pag. 25. de Expos. variis.).

Cap. 26. *De processionibus theophoricis* (Cfr. Rit. App. pag. 86 et 101.). In festo Ss. Corp. Chr. sive per ejus octavam aliisque diebus festivis, quibus in singulis parochiis ex more consueto vel de licentia et consensu Ordinarii instituantur, professiones tales semper horis antemeridianis et qua maxima fieri possit solennitate, decentia et pietate peragendae sunt. Juvat hic in memoriam revocare, quae monet de hac eadem re postrema Synodus dioecesana, inquiens hunc in modum: »Insuper ad processiones Corporis Christi decorandas juxta exemplum eorum, qui ingressum Dominicum in Hierosolymiticam Urbem ramis et vestibus suis oblatis honorarunt, omnes viae et plateae, per quas sanctissimum Eucharistiae Sacramentum portabitur, mundentur, arboribus, ramis, frondibus, floribus, herbis odoriferis, gramine sternantur, decenter ornentur ecclesiae et parietes viarum tapetibus, aulaeis et sacris imaginibus, non autem profanis et variis figuris seu indignis ornamentis, et reliqua circa Processiones in Caeremoniali Episcoporum ac Rituali Romano seu Processionali seu Pastorali ad usum Romanum accommodato praescripta accuratissime serventur.«

»Deputentur item primarii aliquot viri pro portanda umbella, sub qua sacerdos cum sacrosancto Eucharistiae Sacramento Processionis ritu incedat. Quandocunque enim in publicis processionibus sacrosancta Eucharistia circumfertur, id nunquam posthac nisi sub umbella fiat, quam Pastores seu Vicepastores in qualibet ecclesia expensis fabricae vel ex fidelium oblationibus quamprimum sibi comparent.« (P. 1. tit. 7.)

Praeter istas processiones theophoricas et excepto casu periculi profanationis sanctissimum Sacramentum ex ecclesia efferre non licet, nisi ut ad aegrotum hoc caelesti pane reficiendum portetur.

Cap. 27. *De gestatione Ss. Sacramenti ad aegrotos* (Cfr. Rit. pag. 96. et App. pag. 35.). Gestatio Ss. Sacramenti ad aegrotos semper publice fiat. SS. Sacramentum occulte et sine lumine ad aegrotos

deferri, non nisi in iis locis licet, quorum incolae plurima ex parte acatholici sunt, indeque ibi ab haereticis vel infidelibus periculum irreverentiae erga Ss. Sacramentum vel sacrilegiii timendum est. In iis vero locis, quorum plurima incolarum pars catholicam religionem profitetur, Ss. Sacramentum occulte ad aegrotos deferri excepto casu necessitatis ex. gr. casu pestis seu luis grassantis, non permittitur. Ceterum omnia, quae pro communione infirmorum in Rituali Romano praescripta sunt, stricte observentur. Etiam illud denuo inculcamus, quod monet postrema Synodus dioecesana, ut »nunquam una duntaxat, sed ut minimum duae semper sacrae hostiae ad aegrotum deferantur et unica infirmo exhibita, altera ad ecclesiam eodem honore et comitatu referatur, ne parocho ad ecclesiam redeunte inanem pixidem populus adoret. Et haec quidem ordinatio plerumque observanda est ab omnibus; quod si tamen vel nimia loci distantia, vel itineris temporisve difficultas vel alia justa causa, quo minus id praestari possit, circumspecto parocho suaserit, tum eidem licebit eam sanctissimae Eucharistiae particulam solam deferre, quam aeger percepturus est, quo casu tamen inane vasculum seu pixidem occulte, silente campanula et sine lumine ad ecclesiam referet.«

Etiam illud alterum, quod eadem synodus monet:

»Inter eundum (sacerdos) caveat, ne vanos oculos huc illucque conjiciat aut fabuletur, sed caute, reverenter et graviter incedat, coelestemque illum, quem manibus gestat, thesaurum fide portet et linguam mentemque precando exerceat.« (Syn. Pad. P. II. tit. 4.)

Postremo curatores animarum etiam

Cap. 28. *Visitationem sanctissimi Sacramenti* concionibus, catechesibus, privatisque institutionibus fidelibus enixe commendent et curent, ut ii, quos pietas vel necessitas impellit, cor suum ad cor amantissimi Domini effundere, saltem in urbibus per totum diem ecclesiae januas apertas inveniant. Sed et in hoc pietatis studio fidelibus suo ipsorum exemplo praeluceant.

De Ss. Sacramenti usu sive de sacra communione.

Cap. 29. *Fideles ad frequentem et pium hujus Ss. Sacramenti usum adhortandi sunt.* Utramque adhortationem et admonitionem curatores animarum in sacris suis concionibus et catechesibus semper conjungere debent, et ut fideles frequenter ad sacram communionem accedant et ut bene praeparati et cum magna reverentia accedant. Docendi enim et monendi sunt, se, si ad hunc fontem vitae spiritualis non accedant, vita carere, et si panem coelestem indigne manducent, se sibi mortem manducare. Ceterum, ut adnotat Catechismus Romanus (P. II. c. IV. qu. 58.), quoties sacra communio iteranda, utrum

nempe »singulis mensibus, vel hebdomadis vel diebus id magis expediat, certa omnibus regula praescribi non potest.«

Fideles igitur monendi sunt, ut hac in re prudentium et piorum confessariorum suorum judicio se submittant.

Praeterea parochi fideles saepe, imprimis tempore quadragesimali, praecepti ecclesiastici de communione annua et quidem tempore paschali reverenter et in ecclesia sua parochiali suscipienda instanter commonefaciant, eosque, qui huic gravi et salutari ecclesiae praecepto non obtemperent, etiam privatim tam amanter quam serio moneant et, si iterum iterumque moniti non resipiscant, denuncient Episcopo, ut de iis, quid opus sit, decernat.

Cap. 30. *Quibusnam personis sacra communio dispensanda sit. Publicis peccatoribus*, quales sunt nominatim excommunicati, interdicti, manifesteque infames ut meretrices, concubinarii, foeneratores, blasphemi, histriones, turpes comoedias cum mortali repraesentantes, aliique ejus generis, sacra communio non est administranda, priusquam publice poenitentiam egerint vel manifesta conversionis indicia exhibuerint. Igitur deneganda est sacra communio concubinariis publicis, antequam concubinas suas dimiserint, meretricibus, antequam ad meliorem frugem redierint, usurariis publicis, nisi usuris renunciaverint et injusta lucra restituerint vel de iis restituendis cautionem dederint, palam inimicitias exercentibus, nisi reipsa pacem composuerint vel sese ad reconciliationem debite obtulerint (Syn. Pad. P. II. tit. 4.)

Neque *peccatori occulto*, occulte si petat communionem, administranda est, dummodo ejus indignitatem minister sacramenti aliunde, quam ex confessione sacramentali compertam habeat.

Occulto autem peccatori *publice* petenti communio non est deneganda, quemadmodum etiam Dominus noster corpus suum non denegavit Judae.

Pariter communio non est administranda *mulieribus, quae inhoneste et impudice vestitae* ad sacram mensam accedunt.

Amentibus perpetuis, qui a pietatis sensu alieni sunt, hoc altissimum Sacramentum non est administrandum; iis vero amentibus, qui antequam in insaniam inciderint, piam animi voluntatem prae se tulerint, in fine vitae Eucharistia administrari licet, dummodo vomitionis vel alius indignitatis vel incommodi periculum absit.

Damnatis denique ad mortem de peccatis rite confessis et contritis sacra communio tanquam viaticum administrari debet tamen, si commode fieri possit, ante diem supplicii, alioquin etiam ipso supplicii die, etiamsi non amplius jejuni essent.

Cap. 31. *Quod Ss. Sacramentum debito loco et tempore administrandum sit.* Animarum curatores etiam id attendere debent, ut S. Eucharistiam *debito loco et debito tempore* administrent. Non enim cuiquam, ne aegroto quidem, licet sacram communionem administrare in sacello privato nisi impetrata expressa Ordinarii licentia. Presbyteris in presbyterio, fidelibus laicis extra presbyterium sacra communio dispensanda est. Neque excepto casu necessitatis sacra communio alio tempore administrari debet, quam tempore diurno ab aurora usque ad meridiem, neque absque speciali indulto Apostolico in ipsa Nativitatis Domini sacratissima nocte. Attamen si multitudo poenitentium tanta esset, ut eorum confessiones ante meridiem absolvi non possent, rite confessi et jejuni etiam post meridiem ad sacram communionem admitti liceret.

Die Parasceves excepto casu necessitatis fidelibus sacra communio non est dispensanda.

Cap. 32. *De modo ministrandi sacram communionem.* Sacra communio ministranda est modo in Rituali Romano descripto (Pag. 93 et seq.), sive fiat ista ministratio extra missam sive intra missam.

Quotiescunque sacra communio extra missam finitam administratur, bursa cum corporali adhibenda est (S. R. C. 27. Febr. 1847), et decet, ut sacerdos ipse bursam deferat (S. R. C. 24. Septbr. 1842).

In missis de requiem, quae in paramentis nigris celebrantur, communio non cum particulis praeconsecratis, sed cum particulis in iisdem missis consecratis dispensari debet.

Si sacra communio ante vel post missam de requiem administranda est, ministrari non debet in paramentis nigris, sed sacerdos ministrans communionem indutus esse debet alba ac desuper stola coloris officio illius diei convenientis.

Orationes consuetae: Misereatur vestri etc., Ecce Agnus Dei etc. semper recitandae sunt in lingua latina.

Non sunt uni communicanti plures particulae dandae; neque extra casum necessitatis particulas frangere licet (S. R. C. 16. Mart. 1833).

Denique meminerint presbyteri, qui sacram communionem ministrant, se Dominum Dominantium in manibus suis gestare eaque, qua par est, pietate et reverentia hanc sacram functionem peragant.

Breves quaedam instructiones pastorales, quae ad eundem Ss. Sacramenti usum pertinent.

Iis quae supra de usu vel administratione Ss. Sacramenti Eucharistiae exposita vel denuo ordinata sunt, opportunum videbatur, subnectere nonnullas quasdam instructiones pastorales, quibus illa partim eo magis illustrentur, partim etiam suppleantur.

I. Pastoralis instructio de communione peccatoribus vel administranda vel deneganda.

A theologis vehementer exagitata est quaestio, num communio corporis Christi etiam peccatoribus concedenda sit. Re quidem per se et in abstracto considerata omnes theologi consentiunt peccatoribus hoc altissimum sacramentum concedendum non esse. Recte enim monent, sanctum non esse dandam canibus tantumque sacramentum non esse tractandum indigne. Accedit, quod naturali lege vetitum est, ne quis ad alterius peccatum cooperetur. Verum quamquam minister Eucharistiae divino et naturali quodam praecepto prohibetur, quominus hoc augustissimum sacramentum dispenset cuiquam indigno, tamen hoc praeceptum, licet praecepti negativi speciem habeat, revera non est mere negativum, sed potius affirmativum, scilicet hoc sacramentum prudenter atque sollerter administrandi, itaque, ut ajunt theologi, »non semper et pro semper« obligat, sed certis quibusdam conditionibus circumscriptum est. Distingui enim debet, num peccator, qui Eucharistiam petat, sit peccator publicus, an occultus; deindeque num ab eo communio publice an occulte petatur; adhibitaque hac distinctione in praxi stricte sequendae sunt hae tres regulae:

1. occulto peccatori *occulte* petenti communio deneganda;
2. occulto peccatori *publice* petenti est danda;
3. *publico* denique peccatori omnino deneganda est, sive publice petat sive occulte.

Priusquam dilucidentur principia, quibus hae regulae nituntur, breviter explicandum est, quinam sint peccatores publici, quoniam etiam de hoc ipso nomine inter theologos exorta est controversia. Tractat hanc quaestionem Benedictus XIV. in libro suo de synodo dioecesana (lib. XII. c. XI.), ubi, doctrina Doctoris Angelici nixus, monet eos peccatores esse publicos habendos, *quorum crimina noscuntur aut per judicis sive laici sive ecclesiastici sententiam, aut per propriam confessionem in judicio factam, aut per evidentiam facti, quae nulla tergiversatione celari possit.* Neque dubitat eorum opinionem rejicere, qui asserunt, neminem publici peccatoris censura notandum aut ab eucharistica mensa segregandum esse, praeter eum, quem judicis sententia talem esse declaraverit, quippe quum etiam ille publici peccatoris nomine censeri debeat, qui notorie talis sit (publicus usuarius, publicus concubinarius, publicus raptor), quamvis nec ipse in judicio delictum confessus sit, nec super eo Judex ecclesiasticus aut laicus sententiam tulerit. Tales ergo publici peccatores, qui non egerint poenitentiam, sive publice sive occulte communionem petant, a mensa Domini omnino repellendi sunt.

I. Prima igitur, quae in praxi observari debet, regula haec est:

Occulto peccatori occulte Eucharistiam petenti communio deneganda est.

Nititur vero haec regula his generalibus principiis, ut quivis sacramentorum minister ea fideliter ac prudenter dispensare debeat, ut sanctum denegari debeat canibus, ut nemo ad alterius peccatum debeat cooperari. Haec enim principia si in proposito casu locum non haberent, nunquam locum haberent, neque unquam ulli peccatori communio deneganda esset, si non esset deneganda peccatori eam *occulte* (i. e. solo praesente sacerdote sive ministro) petenti, cui sine ullo gravi incommodo, sine ulla injuria, infamia vel aliorum scandalo denegari potest. Fuerunt enim Theologi iique minime spernendi, qui hanc regulam restringi vellent ad solos eos sacerdotes, qui hanc regulam restringi vellent ad solos eos sacerdotes, qui non tenerentur petenti communionem ex officio eam administrare,

parochos vero ab illa regula eximerent, quippe quum quivis parochianus jus haberet a parocho suo communionem petendi, parochus vero non deberet eum jure suo privare, itaque ex justitia teneretur, etiam occulte petenti communionem administrare. Sed quam infirmum sit hujus opinionis fundamentum facile intelligitur. Nam, ut recte monet Suarezius, minime peccator donec in suo peccati statu versatur, jus petendi communionem habet, et »etiamsi,« pergit idem Theologus, »aliquod esset jus peccatoris, tamen majus jus est Sacramenti sive Christi, ut digne tractetur, ne ipsi fiat injuria; et pastor ecclesiae non minus tenetur, ex officio suo servare hoc jus illaesum, quam illud; ergo per se loquendo et quando non interveniunt extrinseca incommoda, potius est consulendum dignitati et reverentiae sacramenti, quam juri peccatoris. Quocirca haec dispensatio vel denegatio sacramenti non est consideranda ut actio judicialis vel inflictiva poenae, sed solum ut prudens ac fidelis administratio sacramenti.« Sed multo difficilior apparet alia, quae de hac materia exorta est, quaestio: scilicet utrum minister Eucharistiae possit vel debeat denegare Eucharistiam peccatori occulte petenti, etiamsi ejus peccatum per solam confessionem ipsi cognitum sit. Valde haec quaestio inter Theologos agitata est, ex utraque parte pugnant Theologi, qui maxima in Ecclesia auctoritate pollent et pugnant argumentis maxime ponderosis. Qui negative respondent ad hanc quaestionem, ad confirmandam sententiam suam potissimum haec argumenta afferunt. Primo minister Eucharistiae, qui petentis communionem peccatum ex sola confessione scit, non scit peccatum ut homo sed ut Deus sive ut Dei minister; ergo non potest uti illa scientia ad denegandam Eucharistiam homini petenti.

Secundo sigillum confessionis obligat non solum respectu aliorum, sed etiam respectu ipsiusmet poenitentis, ita quidem ut ipsi crimen in confessione revelatum extra confessionem non solum non debeat exprobrare, sed cum ipso extra confessionem de facta confessione sine expressa ejus licentia ne colloqui quidem debeat. Exprobraret autem, inquiunt, confessarius poenitenti peccatum extra confessionem, si non verbis, tamen re ipsa, si ob solam scientiam confessionalem ipsi Eucharistiam denegaret.

Tertio, inquiunt, fieret confessio onerosa, si sacerdos ea extra confessionem hunc in modum uteretur.

Qui ex altera parte stant Theologi sententiam suam hoc potissimum argumento stabilire conantur, quod dicunt, denegare communionem peccatori in proposito casu actum esse potestatis clavium et praeterea nullo modo contra confessionis sigillum esse. Hanc vero Eucharistiae denegationem actum potestatis clavium esse, inde probant, quod potestati clavium propria sit potestas dignos ad communionem admittendi, indignos ab ea repellendi; illam Eucharistiae denegationem non esse contra sigillum confessionis, hoc probant exemplo, quod si sacerdos per confessionem sciret, poenitentem habere propositum ipsummet occidendi et illius gladium apud se depositum haberet, quamvis postea poenitens illum peteret, ipsi licite denegare posset. Sicut enim, inquiunt, hac ensis denegatione in proposito casu sigillum confessionis non frangitur, ita neque hac denegatione Eucharistiae sigillum confessionis frangi dicendum est. Ex eo autem, quod hac denegatione Eucharistiae sigillum non frangatur, colligunt, eam denegationem non modo licitam, sed etiam debitam et sanctam esse: licitam esse, quoniam neque actio injuriosa sit, neque scandalum vel infamiam gignat; debitam et sanctam esse, quoniam impediat funestissimum sacrilegium.

Quod huic posteriori sententiae magnum pondus tribuit, est auctoritas s.

Doctoris Angelici, qui in sent. dist. 9. art. 5. in responso ad quintam quaestionem haec scribit: „Si sacerdos sciat peccatum alicujus, qui Eucharistiam petit, per confessionem vel alio quolibet modo, distinguendum est: quia aut peccatum est occultum, aut manifestum. Si est occultum, aut exigit in occulto aut in manifesto. Si in occulto, debet ei denegare, et monere, ne in publico petat. Si autem in manifesto petit, debet ei dare.“ Eandem sententiam praeter alios etiam celeberrimi illi Theologi Suarezius et Vasquezius amplexati sunt. Nihilo tamen minus non dubitamus cum s. Alphonso et Benedicto XIV. illam priorem sententiam cautiorem magisque tutam dicere, quoniam omnia vitari oportet ea, quae poenitentiae sacramentum odiosum fidelibus reddere possint.

Accedit, quod ex decreto Innocentii XI. hodie certum est, confessarium nullo modo scientia confessionali uti debere in gravamen poenitentis. Itaque in praxi hodie sequenda est regula, ut minister sacramenti non debeat Eucharistiam denegare peccatori etiam occulte petenti, si illius peccatum ex sola ejus confessione cognoverit. Si vero minister sacramenti petentis peccatum aliunde, quam ex peccatoris confessione compertum habeat, illi Eucharistiam petenti peccatori, *quem certo scit in statu peccati mortalis versari*, debet quidem denegare, sed simul ipsi significare, cognitum sibi esse ejus statum alia ratione, quae cum Sacramento poenitentiae nihil commune habeat.

Sed de peccatore occulto Eucharistiam occulte petente haec satis dicta sunt.

II. Altera, quae in dispensando Eucharistiae sacramento servanda est, regula, nempe *ut peccatori occulto publice petenti hoc sacramentum denegari non debeat,* aeque certa est, atque illa prima regula, quam nuper tractavimus, quoniam ea non solum communi theologorum sententia nititur, sed etiam expressis s. Sedis Apostolicae decretis et ipsius Christi Judae corpus suum tradentis exemplo confirmata est. Sed internas quod attinet rationes, quibus Theologi hanc regulam probare conati sunt, non omnes ejusdem sunt roboris, quin imo nonnullis, quae in medium prolatae sunt, non parum difficultatis inest. Si enim erant Theologi, qui dicerent, peccatori occulto publice petenti Eucharistiam denegare perinde esse, atque eum infamare, infamare vero alterum, tanquam intrinsece malum, nunquam, et ne ad evitandum quidem gravissimum alterius peccatum mortale, fieri debere; huic tali argumentationi forsitan opponi possit haec argumentatio prorsus contraria: casu proposito ex duobus malis unum admittendum est, aut infamandus est proximus aut sacramentum Eucharistiae indigno dispensandum et Christo ipsi injuria irroganda; sed minus malum est proximum infamari, quam Christum injuria affici; atqui ex duobus malis minus eligendum est, ergo potius est peccator a mensa Domini repellendus, quam Christus injuria afficiendus eoque magis hoc fieri debet, quod quum peccator inique ad mensam domini accedendo solus in culpa sit, aequum est, etiam ipsum solum, non Christum, detrimento affici. Accedit, quod, res si accuratius perpenditur, neque dici potest, peccatori, denegando ipsi Eucharistiam, fieri injuriam; peccator enim non a sacerdote infamatur, sed ipse se ipsum infamat, nam ipse quodammodo cogit sacerdotem, ut eum tanquam peccatorem manifestet, itaque ejus infamatio a parte sacerdotis non est infamatio formalis sed tantum materialis ipsique ad culpam minime imputanda. Haec, inquam, forsitan quis illi argumentationi objicere possit. Neque, ut alia aliorum theologorum argumenta praetereamus, ipsius Doctoris Angelici argumentum omni difficultate caret. Is enim ad probandam nostram regulam (Summ. Theol. p. 3. qu. 80. art. 6.) his verbis utitur: „Cum enim quilibet Christianus ex hoc ipso quod est baptizatus, sit admissus ad dominicam mensam,

non potest ei jus suum tolli, nisi pro aliqua causa publica." Quae quidem verba, obiter si accipiuntur, nihil probare videntur, probant autem, si bene explicantur. Nihil, inquam, probare videntur haec verba, si obiter accipiuntur: namque quaeri possit, cur, si etiam peccator jus habet accedendi ad mensam domini, peccatori occulte petenti hoc jus suum tolli queat; an non forsitan *publica* indigna Eucharistiae petitio et sumtio aeque sacrilega Christoque injuriosa actio sit, quam *occulta.*

Sed omnino probant Doctoris Angelici verba, si recte explicantur. Latet enim in verbis ejus: „non potest peccatori jus suum tolli, nisi pro aliqua causa publica" haec fere sententia: Omnino Christianus jus accedendi ad coenam Domini per peccatum mortale amittit, sed, donec hoc ejus peccatum occultum manet, nondum illud jus amisit *in facie ecclesiae*, unde sequitur, ut, si non occulte, sed *in facie ecclesiae*, communionem petit, haec sine injuria ipsi denegari nequeat. Namque etiamsi absolute non habeat jus ad mensam Domini accedendi, tamen jus habet, ut ab ea non arceatur nisi debito modo. Sed non est dibitus modus, si eum sacerdos ex sua scientia privata repellit, quoniam dispensatio hujus sacramenti, quando *publice* fit, regulari debet non per privatam, sed per publicam scientiam.

Inconcussa igitur stat regula, ut peccatori occulto publice petenti Eucharistiam haec danda sit, et tantum abest, ut sacerdos ei dando communionem peccet, ac si cooperetur ad sacrilegium indignae sumptionis, quam quidem indignam sumtionem tantummodo permittit, quoniam eam moraliter impedire nequit, ut potius peccet denegando, quoniam si haec Eucharistiae denegatio publice ex privata sacerdotis scientia fieri deberet, inde gravissima sequerentur incommoda, nempe scandala aliorum, „quibus," ut recte monet s. Alphonsus, „si sacerdos posset ob crimen occultum publice communionem negare, forte etiam boni deterrerentur a susceptione communionis, timentes ne propter odium vel imprudentiam a sacerdote ejicerentur."

III. Tertia denique regula est, ut peccatori publico etiam publice petenti communionem haec denegari debeat, donec resipuerit et publicam poenitentiam sive satisfactionem peregerit. Probatur autem haec regula rationibus tam internis quam externis; probatur rationibus *externis*, nempe communi Theologorum sententia, testimoniis ecclesiae Patrum, decretis complurium conciliorum a sancta sede Apostolica approbatis, expressis denique verbis Ritualis Romani; probatur rationibus *internis*, quum peccatores publici per scelera sua publica jus suum ad coenam Domini accedendi non solum occulte, sed etiam in *facie ecclesiae* amiserint, quumque iis Eucharistia non solum sine scandalo denegetur, sed etiam cum scandalo daretur.

Sed tres reliquae sunt quaestiones, quae de hac materie exortae et a Theologis agitatae sunt. Quum enim peccatores publici distingui possint in peccatores *respective* publicos et in peccatores *absolute* publicos (peccatores respective publici vocantur ii, qui publici sunt comparatione facta ad modum, quo petunt Eucharistiam i. e. qui cogniti sunt tanquam peccatores iis, coram quibus petunt, etiamsi forsitan aliis ut tales non cogniti sint; peccatores vero absolute publici ii vocantur, qui juridice de crimine quodam convicti sunt per propriam confessionem vel per sententiam et declarationem judicis), primum quaeritur, num peccatoribus etiam *respective* publicis denegenda sit communio, deinde num deneganda sit peccatoribus *absolute* publicis, etiamsi crimen eorum cognitum non sit iis, coram quibus communionem petunt. Ad utramque quaestionem affirmative

respondendum est. Deneganda est communio peccatoribus etiam tantummodo respective publicis, quoniam iis sine scandalo vel infamia denegari potest et quoniam, si quis hoc in casu dicere vellet crimen eorum occultum, deberet etiam communionis petitionem occultam dicere, ut tunc secunda regula adhibenda esset, scilicet ut peccatori occulto occulte petenti communio deneganda sit causaque in eodem statu permaneret. Peccatoribus vero absolute publicis etiam tunc communionem denegandam esse, si eorum crimen ipsis, coram quibus petunt, esset incognitum, exinde sequitur, quod hi per illam publicam notitiam omni modo et sine ulla restrictione jus amiserunt, communionem publice vel in facie ecclesiae petendi.

Tertio denique quaesitum est a Theologis, quaenam poenitentia vel satisfactio a peccatoribus publicis peragenda sit, ut communio iis licite administrari queat. Respondendum est, debere eos talia conversionis indicia adhibere, ex quibus publice ab hominibus cognosci possit eos vere esse conversos, quoniam tunc ex eorum publica communione non amplius scandalum exoriri potes. Sint vero peccator publicus in articulo mortis versatur, sufficit, ut pro temporis opportunitate ac necessitate vel confiteatur, vel signa contritionis exhibeat, „quoniam," ut recte inquit celeberrimus Suarezius, „tunc temporis propter periculum et uri gentem necessitatem non est major diligentia exigenda, quam commode exhiber- possit et alioqui de quolibet fideli praesumendum est, eum in articulo mortis facere, quod potest, ut bene se disponat."

De tribus regulis supra propositis haec satis dicta sunt.

2. Pastoralis instructio de communione amentibus vel concedenda vel non concedenda.

Alia, quae ad administrationem Eucharistiae pertinet, quaestio haec est, num etiam usu rationis carentibus hoc sacramentum dispensari possit. Distinguunt Theologi inter illos, qui usum rationis nunquam habuerunt atque inter illos, qui prius habuerunt. Iis, qui rationis usum nunquam habuerunt, Eucharistiam dispensare non licet; iis, qui habuerunt et in periculo mortis versantur, Eucharistiam dispensare modo licet, modo non licet. Non licet, si impie vixerint et ante morbum, quo usu rationis privati sunt, signa contritionis non ediderint; licet, si pie vixerint vel ante morbum signa contritionis ediderint, neque periculum dehonestationis Eucharistiae, vomitus, exspuitionis vel alius cujusdam incommodi timendum est. Haec est doctrina doctoris Angelici, qui respondens ad quaestionem propositam haec scribit: *Aut igitur nunquam habuerunt usum rationis, sed sic a nativitate permanserunt; et sic talibus non est hoc sacramentum exhibendum, quia in eis nullo modo praecessit hujus sacramenti devotio; aut non semper caruerunt usu rationis, et tunc, si prius, quando erant compotes suae mentis, apparuit in eis devotio hujus sacramenti, debet eis in articulo mortis hoc sacramentum exhiberi, nisi forte timeatur periculum vomitus vel exspuitionis* (Summ. Theol. p. 3. qu. 80. art. 9.). Et haec est etiam communis doctrina omnium Theologorum, quae comprobatur etiam auctoritate Catechismi Romani, cujus verba haec sunt: *Amentibus praeterea, quia tunc a pietatis sensu alieni sunt, sacramenta dare minime oportet, quamquam si, antequam in insaniam inciderint, piam animi voluntatem prae se tulerint, licebit eis in fine vitae, ex concilii Carthaginensis decreto Eucharistiam administrari.*

modo vomitionis vel alterius indignitatis et incommodi periculum nullum timendum sit (part. 2. cap. 4. num. 69.).

Neque desunt huic Theologorum sententiae rationes internae valde probandae. Nam in administratione sacramentorum et inprimis hujus augustissimi Eucharistiae sacramenti, semper, quoad fieri potest, haec duo momenta conjungenda sunt, sacramentorum veneratio et fidelium utilitas. Atqui sacramenti hujus veneratio postulat, ut nulli dispensetur, qui eo indignus praesumi debet, neque illi, qui eo dignus quidem praesumi potest, sed non accedere potest cum actuali devotione, nisi forte causa gravissima, nempe magna quaedam utilitas vel necessitas suadeat. Haec vero causa gravissima adest, si quis in articulo mortis constitutus est; tunc, si ceteroquin hujus sacramenti perceptione dignus praesumi potest, ejus utilitas postulat, ut ipsi sacramentum dispensetur, etiamsi non percipere possit cum actuali devotione. Ergo, haec duo momenta, quae in administratione S. Eucharistiae conjungi debent, tunc, quoad fieri potest, revera conjunguntur, si quidem usu rationis carentibus per vitae decursum non dispensatur, dispensatur tamen, si in articulo mortis positi sunt, dummodo hoc sacramento non indigni habendi sint i. e. dummodo pie vixerint vel saltem, priusquam in insaniam inciderint, signa contritionis ediderint.

Neque dici potest, non referre utrum quis rationis usum habuerit nec ne, illumque qui prius quidem habuerit, nunc vero non amplius habeat, in eadem conditione versari eademque ratione tractandum esse, atque eum, qui nunquam habuerit. Namque is, qui nunquam habuit, neque unquam actualem devotionem erga hoc sacramentum habuit, ille vero, qui usum rationis habuit, illam actualem devotionem habuit vel habere potuit. Porro is, qui nunquam usum rationis habuit, etiam a perceptione Eucharistiae prorsus et semper excusatus erat, ille vero, qui usum rationis habuit, praecepto percipiendi Eucharistiam reapse jam obligatus erat, et haec obligatio maxime urget in periculo mortis, unde, si periculum futurae amentiae suae praevidisset, per Eucharistiae perceptionem ante morbum suum ad mortem se praeparare debuisset et, si salutis suae cupidus erat, etiam voluisset, unde in articulo mortis positus dici potest s. communionem saltem *interpretative* petere.

Postremo accedit, quod, ut ait Suarezius, is, qui usum rationis habuit, mortaliter peccare potuit et in amentiam incidere tantum attritus et nondum perfecte contritus, unde fieri potest, ut per Eucharistiae perceptionem efficiatur contritus ex opere operato; in illum vero, qui rationis usum nunquam habuit, haec, quam modo diximus, utilitas vel necessitas cadere non potest.

Ex his omnibus intelligitur, illam communem Theologorum de proposita quaestione sententiam solidis suis rationibus internis non carere; neque dubitari potest, quin ea etiam in praxi sequenda sit.

3. Pastoralis instructio de jejunio naturali ante perceptionem hujus sanctissimi Sacramenti observando.

I. Praeceptum jejunii naturalis ante perceptionem S. Eucharistiae observandi quamvis non sit juris divini, sed juris ecclesiastici, tamen est et *antiquissimum et convenientissimum.* Non quidem juris divini est, nam neque divinum *positivum,* neque divinum *naturale* est. Non est divinum *positivum,* nam nec scriptum est nec traditum neque ex historia institutionis hujus Sacramenti repeti potest, imo potius constat, Apostolis non jejunis illa sacratissima nocte hoc sacramentum administratum esse. Non est divinum *naturale,* nam

sola excellentia et dignitas hujus sacramenti per se illud jejunium non postulat, nam si illud per se postularet, neque Apostolis non jejunis Sacramentum administrari debuisset. Sed quamquam non divinum, sed ecclesiasticum tamen, hoc praeceptum est antiquissimum, id quod probant testimonia antiquissimorum patrum, quorum celeberrimum est illud s. Augustini: „Placuit Spiritui Sancto per Apostolos, ut in honorem tanti sacramenti in os christiani prius dominicum corpus intraret, quam caeteri cibi et ideo per universum orbem mos iste servatur.“ Neque desunt theologi, qui initia hujus disciplinae, quae praecepit, neminem ad Eucharistiam accedere posse, qui jejunus non sit, repetant ab aevo Apostolico, inter quos sunt Cardinalis Bona et Suarezius.

Verba illa Apostoli I. Cor. XI. scripta hanc sententiam certe non refellunt. Nam quum scribit Apostolus: „Si quis esurit, domi manducet,“ agit de recto ordine, qui in conviviis communibus, quae tunc inter fideles fieri solebant, servari deberet; non autem decernit, utrum cibus sumendus sit ante an post Eucharistiam. Utcunque vero hic locus intelligatur, nemo tamen, ut recte monet Benedictus XIV., qui sapiat, inficiabitur, jam tum ab antiquissima aetate invaluisse consuetudinem ministrandi jejunis Eucharistiam, etsi definitum originis tempus adhuc sit incompertum.

Etiam *convenientissimum* est hoc praeceptum, quod ob has tres potissimum rationes datum est: primum propter reverentiam hujus sacramenti et ut fideles assuescant discernere inter hunc sacrum cibum et alios communes; deinde propter spiritualem significationem, ut indicetur fidelibus debere esse Christum primum ac primarium eorum cibum; tertio ad vitanda pericula vomitus vel alterius irreverentiae, et ut mens liberior sit et expeditior ad tractandas res spirituales et divinas. Unde recte dicit Augustinus, nonnisi instinctu Spiritus sancti hanc consuetudinem et legem ab ecclesia introductam esse, et communis est theologorum sententia, hanc legem non solum obligare sub gravi peccato, sed neque in ejus transgressione dari *parvitatem materiae*, ita ut qui post quamcunque minimam cibi vel potus partem communicare audeat, peccati mortalis reus fiat. Quam communem theologorum sententiam probat consuetudo Ecclesiae et communis consensus omnium fidelium. Et rationem hujus sententiae hanc affert Suarezius: Quia hic non est levitas materiae in proprio actu, in quem cadit prohibitio, non enim hic prohibetur cibus vel potus, sed prohibetur communio post cibum vel potum; hoc autem praeceptum simpliciter violatur in suo actu principali, etiamsi jejunium in parva materia solutum sit.

II. Postulat lex ecclesiastica, ut intra eundem diem ab initio diei naturalis i. e. a media nocte usque ad tempus communionis observetur jejunium *naturale.* Jejunium vero naturale a jejunio ecclesiae, quod ad carnis macerationem instituitur, hac ratione distinguitur, ut postulet abstinentiam ab omni cibo et potu; ita ut post sumtionem cujuscunque cibi vel potus, etiam medicinae, in quantumcunque parva quantitate, Eucharistia absque peccato mortali percipi non possit. Nec refert, inquit S. Thomas, utrum aliquid hujusmodi nutriat vel non nutriat aut per se aut cum aliis dummodo sumatur per modum cibi vel potus; sin vero illud, quod sumitur, non sumitur per modum cibi vel potus, jejunium naturale non frangit. Itaque si quis transglutiret sanguinem vel alium humorem ex capite vel gingivis in os descendentem, si dici non posset hoc jejunium frangere, quoniam illud non sumeretur per modum cibi vel potus. Unde S. Thomas hanc generalem tradit regulam, ut quidquid ab intrinseco proveniat et ore non sumatur ab extrinseco, jejunium naturale non tollat.

Sed quamquam haec generalis regula certissima est et recepta ab omnibus Theologis, tamen de nonnullis casibus specialibus rursus dubiae quaestiones exortae sunt. Ita primum quaeritur, numne frangatur jejunium naturale deglutiendo reliquias cibi, quae ex comestione diei praecedentis forte in ore remanserint. Suarezius respondet negative: „nam licet," inquit, „postea trajiciantur, non solvitur jejunium, quia neque censentur sumi per modum cibi et potus, sed per modum *salivae*, nec censentur venire ab extrinseco, sed ab intrinseco, ac denique censentur pertinere ad comestionem, quae praecedente die praecessit." Et huic Suarezii sententiae etiam congruere videtur rubrica miss. de defect. disp. corp. 3. ubi haec verba leguntur: „Si reliquiae cibi remanentes in ore transglutiantur, non impediunt communionem, cum non transglutiantur per modum cibi, sed per modum salivae." Sed rectius a S. Thoma et S. Alphonso distinguitur, utrum hae reliquiae transglutiantur casualiter an ex industria; et ab iisdem respondetur: si casualiter transglutiuntur, non impediunt communionem; si ex industria, impediunt; „quia," inquit S. Alphonsus, „hujusmodi reliquiarum transjectio, cum ex industria fit, videtur nova comestio;" indeque censet etiam in praxi sequendam esse hanc Benedicti XIV. sententiam nempe, „quod reliquiae a dentibus divulsae, quae sensibiliter in lingua percipiuntur, equidem sunt exspuendae, non vero est obligatio adhibendi diligentiam ad reliquias illas ex dentibus extrahendas, etiamsi praevideantur deglutiendae, si non extrahantur et cum saliva deglutiantur: alias enim haec obligatio esset innumeris scrupulis et perplexitatibus obnoxia, ad quod certe non praesumitur ecclesia voluisse obligare."

Idem dicendum est de reliquiis aquae vel vini, quibus ante communionem os abluitur et quae miscentur salivae. Jejunium naturale non frangunt, si non ex industria deglutiuntur, „dummodo non," ut ait S. Thomas, „trajiciantur in magna quantitate, sed permixtae salivae, quod vitari non potest." Frangunt jejunium, si deglutiuntur ex industria. Haec certe est communis Theologorum sententia, cui concordant etiam verba rubricae (de def. disp. corp. 3.): Idem dicendum, si, lavando os, deglutiatur stilla aquae *praeter intentionem.*

III. Quamquam praeceptum jejunii naturalis ante perceptionem Eucharistiae observandi gravissimum est, tamen, quum non sit praeceptum legis naturalis, aliquando fieri potest, ut non obliget, idque ex duabus rationibus, quarum una spectat ad *necessitatem hominis*, altera ad *reverentiam ipsius Sacramenti.*

Propter necessitatem hominis non obligat, si quis Eucharistiam percipiat in modum viatici, id quod jam supra exposuimus. Sed exorta est quaestio, numne liceat etiam sacerdoti non jejuno celebrare ad conficiendum et administrandum viaticum. Et ad hanc quaestionem alii respondent affirmative, alii negative. Qui affirmative respondent, nituntur his duobus potissimum argumentis. Primo, quod praeceptum communionis in articulo mortis percipiendae praeceptum *divinum* sit, quod debeat praeferri praecepto *ecclesiastico*, ita ut sicut aegrotus non jejunus, non obstante jejunio ecclesiastico, in articulo mortis Eucharistiam licite possit et debeat percipere, sic etiam pariter non obstante praecepto ecclesiastico, ecclesiae minister non jejunus Eucharistiam ad viaticum aegroto administrandum licite possit et debeat conficere.

Alterum argumentum est, quod propter similem proximi necessitatem sacerdos, peccati mortalis sibi conscius, possit Eucharistiam non praemissa confessione conficere; ergo, inquiunt, multo magis sacerdos potest Eucharistiam conficere non servato jejunio, quippe quum obligatio communioni praemittendi con-

fessionem exoriatur ex jure divino, haec vero obligatio praemittendi jejunii exoriatur ex jure ecclesiastico.

Qui negative respondent, in medium proferunt hoc argumentum, quod sacramentum Eucharistiae sicut majoris dignitatis, ita minoris sit necessitatis hancque ob causam major ratio habenda sit reverentiae sacramenti, quam proximi necessitatis, quippe quae non sit necessitas medii, sed tantummodo praecepti. Et quod illa sententiae contrariae argumenta attinet, ad primum respondent, non semper valere regulam, esse praeferendum praeceptum divinum praecepto ecclesiastico, sed secundum rerum conditionem modo praeceptum divinum, modo praeceptum ecclesiasticum strictius obligare. Si vero aegrotus non jejunus licite Eucharistiam percipere possit, inde non sequi, quod etiam sacerdos non jejunus ad viaticum ipsi administrandum Eucharistiam licite possit conficere quippe quum utriusque non eadem ratio sit.

Ad alterum argumentum respondent, quod confessio non propter se praecipiatur, sed tanquam medium ad justificationem, quae sit dispositio necessaria ad Eucharistiam percipiendam; deficiente autem illo medio possit sacerdos per contritionem se disponere, et sic obicem removere; sed homo non jejunus quum obicem violati jejunii non amplius possit removere, neque evitare possit irreverentiam, unde non debeat Eucharistiam conficere.

Quaestionis momentis omnibus pensitatis, eorum sententia, qui negative respondent, apparet probabilior, est etiam sententia communis et usu ecclesiae recepta, indeque in praxi sequenda est, nisi forte, ut admonet S. Alphonsus, viaticum administrandum esset moribundo, „qui non possit sacramento poenitentiae vel extremae unctionis muniri, nam eo casu Eucharistia poterit esse sacramentum necessitatis, ut ille ex attrito fiat contritus."

Altera ratio, ex qua jejunii naturalis praeceptum non obligat, *reverentia sacramenti* est. Nam quum jejunium naturale ad reverentiam sacramenti institutum sit, sequitur, ut obligare nequeat in hujus ipsius reverentiae detrimentum. Sed enumerantur a Theologis tres potissimum casus, quibus evenire possit ut propter reverentiam sacramenti illud praeceptum obligare cesset.

Primus est, si aliter non posset perfici sacrificium. Nam non perfici sacrificium, quod s. Thomas *„immane sacrilegium"* dicit, reverentiae sacramenti quam maxime repugnat. Si igitur accidit, ut sacerdos pro vino aquam calici infuderit idque non prius advertat, quam postquam sumserit, ne sacrificium imperfectum maneat, iterum vel utramque speciem vel saltem sanguinem conficere et sumere debet. Itemque si quis post consecrationem saltem alterius speciei recordaretur, se non amplius jejunum esse, sive absque culpa sua sive cum culpa sua jejunium naturale ante missam fregerit; deberet, quamquam non jejunus, sacrificium perficere et communionem sumere, sed si jejunium naturale ante missam culpabiliter fregerit, ipsi, ne indigne sumeret, ante communionem de hoc peccato actus contritionis eliciendus esset. Si recordaretur *ante consecrationem*, se non amplius jejunum esse, e sententia S. Thomae tutius esset „missam incoeptam deserere nisi grave scandalum timeretur." Sed censet S. Alphonsus, scandalum semper timeri posse, „nisi celebrans sit notae aut saltem praesumtae probitatis." Ob eandem rationem si quis sacerdos ob subitaneam mortem vel gravem infirmitatem incoepta jam consecratione sacrificium non posset perficere, deberet, ut ait S. Thomas, „missae celebritas per alium sacerdotem expleri," etiamsi is non amplius esset jejunus. Nam quod personae non eaedem sed diversae sint, nihil refert, quoniam, ut inquiunt Patres concilii Toletani VII. (decr. 7.

qu. 1. can. 2.) „cum simus omnes unum in Christo, nihil contrarium diversitas personarum format, ubi efficaciam prosperitatis unitas fidei repraesentat.“

Alter casus est, si sacerdoti sumendae sunt sacrificii reliquiae, quae quidem reliquiarum sumtio, quamquam vera hujus sacramenti communio est, tamen non est nova quaedam communio, sed totius sacrificii peragendique in eo convivii quasi complementum. Non refert, num minusculae an majusculae sint hae reliquiae, dummodo sint eodem sacro consecratae et dummodo sacrificium ipsum non sit omnibus partibus suis plane absolutum. Nam alterius sacrificii particulas, quae forte in ciborio asservatae sunt, post ablutionem calicis sumere non licet; neque licet sacerdoti, si sacrificio plane absoluto ab altari jam recesserit, peracti sacrificii reliquias sumere, nisi forte, ut ait S. Alphonsus, „aliud suadeat periculum indecentiae v. g. si plures missae eodem die istic futurae non essent et sacramentum asservari non soleret, tunc enim minore irreverentia sumeret, quam asservaret.“

Ob similem rationem licet sacerdoti, si quae particula hostiae consecratae quae sanguini erat mixta, calici post sanguinis sumtionem adhaereat, ad purificandum calicem vinum infundere et ita sumere, etiamsi accidat, ut prius aliquid vini deglutiat, quinimo si hausto hoc vino illa particula calici adhuc adhaereat, ei licet iterum iterumque vinum infundere et sumere, donec hostiae particulam sumserit. Neque minus licet tam sacerdoti celebranti, quam laico communicanti si accidat, ut particula hostiae ori ita adhaerescat, ut trajicere nequeat, vinum vel aquam sumere, semel et iterum, donec illa particula trajiciatur.

Tertius denique casus est, si sumendum est sacramentum, ut evitetur periculum gravis cujusdam irreverentiae vel dehonestationis, exempli causa combustionis vel injuriosae et sacrilegae per haereticos vel infideles tractationis.

4. Pastoralis instructio de dispensatione S. Eucharistiae per modum viatici.

Cunctos hujus Dioeceseos animarum curatores in Domino adhortamur, ut omnem sollertiam et sollicitudinem adhibeant, ne quis ex grege ipsis commisso sine Sanctissimi Christi corporis viatico ex hac vita discedat. Quam gravem enim et quam horribilem culpam ii sibi contrahant, qui in obeunda hac muneris pastoralis parte negligentes sint, tam est perspicuum, ut plura verba facere opus non sit.

Monemus etiam tam benevole quam severe omnes presbyteros curatos, ut ad eos quoque aegrotos, qui, quamquam viatico jam refecti, iteratis vicibus Eucharistiam percipere cupiunt, eam iteratis vicibus deferant. Quoniam vero aegroti a naturali jejunio nonnisi tunc excusantur, si Eucharistiam per *modum viatici* percipiunt, iis, qui perseverante eodem morbo, postquam viatico jam muniti sunt, iterum Eucharistiam percipere cupiunt, sed propter aegritudinem suam naturale jejunium sine molestia servare non possunt, Eucharistia non in consueta forma, sed iterum per modum viatici administranda est. Posse enim aegrotis in eodem morbo, et non solum, si supervenit novum vitae periculum, sed etiam si morbus in eodem statu permanet, saepius dari viaticum, communior est Theologorum sententia; eamque comprobans Benedictus XIV. in opere suo saepius laudato haecce verba addidit: „Episcopus insinuet parochis posse et debere viaticum in eadem infirmitate iterum ac tertio administrari, praesertim si aegrotus exposcit; et si velit, poenam decernat in parochos, qui post plurimum

temporis ad eundem infirmum devote efflagitantem falsis quibusdam et emendicatis praetextibus denuo deferre obstinate detrectant."

Non quidem ignoramus, dissentire Theologos in definiendo temporis spatio, quod intercedere debeat, ut intra eundem morbum iterum *non jejuno* Eucharistia administrari possit, quum alii brevius, alii longius temporis intervallum postulent; neque nobis in mentem venit, hanc controversiam hoc loco dirimere; sed si S. Alphonsum sequi volumus — eumque semper sequi licet sine periculo aberrandi a mente ecclesiae — ejus de re proposita verba haec sunt: „Communior sententia censet, distare debere (scil. unam communionem ab alia) octo diebus circiter, sed non improbabiliter (alii) dicunt, quod infirmus, assuetus saepius ex devotione communicare, bene possit altero die suscipere communionem non jejunus."

Quidquid vero de hac re statuatur, hoc certum est, aegroto non jejuno Eucharistiam tantummodo per modum viatici administrari posse, et non solum licere aegroto iterum et tertio viaticum dare, sed hunc usum etiam pium, utilem ac laudabilem esse. Ille vero aegrotus, qui, viatico jam munitus, Eucharistiam ex devotione percipere desiderat et naturale jejunium sine molestia servare potest, hoc etiam servare debet, eique tunc Eucharistiam etiam in forma consueta administrare licet.

5. Pastoralis instructio de praecepto divino sumendi viatici.

Iis, quae de administrando viatico exposuimus, non abs re erit aliam, quae ad eandem materiem pertinet, quaestionem controversam adnectere. Non enim a Theologorum quoquam dubitatur, esse praeceptum divinum, ut fideles in mortis periculo Ss. Eucharistia tamquam viatico sese ad transitum in alteram vitam confortent, sed dubitatur, utrum hoc praeceptum etiam cum expressa intentione Eucharistiam tanquam viaticum sumendi impleri debeat, an vero sufficiat, etiam absque illa intentione, ante discessum ex hac vita cibum illum coelestem percipere. Si ad implendum divinum illud praeceptum expressa illa intentio necessaria non est, sequitur, ut is, qui paucis diebus antea, quam periculoso morbo correptus sit, ex devotione Eucharistiam sumserit, eo ipso illi divino praecepto satisfecerit; sin vero etiam expressa illa intentio necessaria est, sequitur, ut licet hesterna die s. communione refectus, hodie, repentino mortis periculo oppressus, Eucharistiam iterum et quidem in modum viatici sumere debeam, quin imo ut debeam eadem die repetere communionem, etiamsi mane ejusdem diei ex sola devotione Eucharistiam perceperim. Est, inquam, controversa haec quaestio. Ex una parte stat Suarezius cum permultis iisque gravissimis Theologis, qui existimant, illius praecepti finem nullum alium esse quam ut nos pane coelesti refecti eo fortius resistere valeamus adversario nostro, qui tunc vehementius omnes suae versutiae nervos intendat ad perdendos nos penitus, quum impendere nobis exitum vitae prospiciat. Hunc vero finem censent etiam eum assequi, qui, quamquam de imminente sibi morte non cogitans vel sine intentione sumendi Eucharistiam tanquam viaticum, paulo ante morbum et mortem suam ex sola devotione S. Eucharistiae sacramentum perceperit. Addunt etiam quod, qui paulo antea quam repentino morbo corriperetur, ex devotione S. Eucharistiam perceperit, habuerit certe intentionem virtualem et implicitam, Eucharistiam in modum viatici sumendi, quippe quum unusquisque in suis actibus existimandus sit habere intentionem virtualem et implicitam, implendi omnem obligationem, quam possit et debeat implere, etiamsi forsitan eam ignoret, itaque etiam ille fidelis si tunc, quum

Eucharistiam perceperit, imminentem sibi mortem cognovisset, Eucharistiam per modum viatici sumere voluisset. Ii vero Theologi, qui adstipulantur sententiae contrariae, argumentantur, sacrorum conciliorum decreta ac summorum Pontificum constitutiones fideles in universum ad sumendum viaticum obligare, at vero eos fideles, qui Eucharistiam ex sola devotione et absque illa intentione sese ad mortem praeparandi percipiant, sensu proprio non sumere viaticum, ergo superveniente mortis periculo iis communionem per modum viatici repetendam esse, etiamsi pridie ejus diei, qua repentino morbo correpti sint, Eucharistiam ex devotione percepissent. Huc accedere dicunt, quod haec obligatio sumendi viaticum tam propria sit illius temporis, quo tale mortis periculum revera exstet, ut tunc, quum periculum mortis nondum adesset, per communionem ex devotione peractam nondum impleri potuerit. Harum duarum sententiarum quamvis neutra ab ecclesia improbata sit, tamen S. Alphonsus non dubitat hanc posteriorem probabiliorem dicere. Verba ejus haec sunt: „*Hoc divinum mandatum (scilicet sumendi viaticum) ex interpretatione ecclesiae praecise obligat instante periculo mortis, ut contra hostes hoc divino praesidio muniamur; ergo non impletur per communionem ex devotione susceptam; sicut enim non potest satisfieri debito priusquam contrahatur, ita nec satisfieri praecepto antequam ejus urget obligatio. Nec obstat dicere, quod qui paulo ante communicarit, jam sufficienter se munierit, unde jam satisfecit fini praecepti, nam si hoc valeret, qui pridie Palmarum communicasset, nec teneretur ad communionem paschalem, sed hoc nemo dicet.*“ Quodsi haec sententia ex una parte probabilior est, ex altera parte est tutior longiusque a peccandi periculo removet. Quapropter, etiamsi propositam controversiam dirimere Nobis non veniat in mentem, dilectos Fratres Nostros in Domino hortamur, ut illam sententiam *in praxi* sequantur, ac commissos sibi fideles imminente iis morte propensos reddant ad Eucharistiam in modum viatici percipiendam, etiamsi pridie ejus diei, qua repentino morbo corripiantur, bene valentes ex sola devotione Eucharistiam perceperint.

Attamen aliter res sese habet, si quis eadem die, qua ex devotione Eucharistiam perceperit, inopinato in praesentissimum mortis periculum incidat. Tractat hanc quaestionem Benedictus XIV. in aureo suo de synodo dioecesana libro, ubi tres diversas de hac quaestione Theologorum sententias enumerat. Sunt enim permulti iique magni nominis Theologi, qui doceant, eum quoque, qui eadem die, qua corporis infirmitate nondum laborans et de morte sua non cogitans, Eucharistiam ex sola devotione perceperit, inopinato in mortis periculum incidat, teneri Eucharistiam denuo tanquam viaticum sumere, ut divino illi praecepto, quod mane ejus diei, ubi communicaverit, nondum urgeret, scilicet sumendi in articulo mortis Eucharistiam, rite satisfaciat. Altera Theologorum pars illum fidelem contendit in hoc rerum eventu ad repetendam eadem die communionem non solum non teneri, sed etiam non debere repetere; *non teneri,* quippe quum illi divino praecepto communione eadem die peracta veluti praevia quadam solutione satisfecerit, *non debere,* quippe quum nemini nisi ex gravissimis causis celebranti presbytero eadem die bis Eucharistiam percipere liceat.

Tertia denique pars Theologorum contendit, illum fidelem posse quidem, si velit, denuo eadem die Eucharistiam per modum viatici percipere, nullo tamen praecepto ad id faciendum teneri. Benedictus XIV. ipse a dirimenda hac controversia se abstinet atque singulorum parochorum relinquit arbitrio, eam sententiam amplecti et in praxi sequi, quae ipsis magis arriserit. Aliter vero S. Alphonsus,

qui distingui voluit inter *morbum naturalem*, et *morbum violentum.* — Si quis morbo naturali, exempli causa apoplexia correptus in periculum mortis incidat, ei dicit communionem eadem die repetendam non esse; sin quis morbo violento exempli causa lethali vulnere percussus indeque in praesentissimo mortis periculo positus sit, ab eo dicit communionem eadem die repeti non solum *posse*, sed etiam *debere.* Haec S. Alphonsi sententia, quam in praxi sine scrupulo sequi licet, hac nititur ratione, quod morbus naturalis certe in causis suis jam prius in homine lateret, itaque si quis hujus morbi causam in se latentem gerens mane ejusdem diei qua hoc morbo correptus in mortis periculum incidat, Eucharistiam perceperit, certe *moraliter* dici possit in periculo mortis Eucharistiam sumsisse, quod non item dici queat de eo, qui eadem die, qua communicaverit, morbo *violento* corripiatur.

6. Pastoralis instructio de sumendi S. Eucharistiam praecepto et divino et ecclesiastico.

I. *Praeceptum* sumendi S. Eucharistiam quod attinet, est et *divinum et ecclesiasticum.* Nam Christus illis suis verbis: *nisi manducaveritis carnem Filii hominis et biberitis ejus sanguinem, non habebitis vitam in vobis*, non tantummodo consilium sed strictum praeceptum enuntiavisse, per se patet recteque Theologi colligunt, quamvis hoc praeceptum per se non possit dici *naturale*, tamen supposita institutione hujus sacramenti fine et fructu atque ex altera parte hominis fragilitate necessario et quasi naturaliter ex tali institutione sequi. Sed *quando* et *quoties* hoc praeceptum ex vi solius juris divini obliget, Theologi valde inter se dissentiunt. Non est hujus loci, hanc quaestionem controversam novo examini subjicere, sed non abs re erit, ea, quae de frequenti usu Eucharistiae vere dici possunt, hic pro directoribus animarum paucis verbis explicare. Sunt enim haec tria. Primum, nullum Eucharistiae usum (loquimur de communione *laicorum*) propter solam frequentiam jure divino prohibitum esse. Hoc per se patet. Nam frequentissimus Eucharistiae usus est usus quotidianus, nec hunc jure divino prohibitum esse nemo dubitat.

Alterum est, consultius esse, frequentius communicare quam rarius, et actu ipso per se considerato seu (ut inquiunt Theologi) *ex genere suo*, directores animarum magis in frequentiam communionis quam in raritatem inclinare oportet. Ita sentiunt fere omnes Theologi Scholastici (Thomas Aquinas, Bonaventura, alii); ita sentiunt S. Patres, inter alios S. Augustinus, qui „non praefert eum, qui ex reverentia abstinet, ei, qui ex devotione quotidie communicat;“ ita colligi debet ex verbis S. Concilii Tridentini, quod optat, ut in singulis missis fideles astantes communicent, ita denique suadent rationes internae, quae peracute indicat his verbis Suarezius: „*Primo*, inquit, quia communicare digne per se bonum est, abstinere vero solum bonum est per accidens, vel ex defectu dispositionis vel ut homo ad reverentiam excitetur; sed bonum per se praeferendum ex genere suo est bono per accidens. *Secundo*, quia frequenter accedere est ex propensione charitatis, differre autem aut est ex negligentia aut ex timore, sed per se loquendo melius est ex charitate operari, quam ex timore, ergo. *Tertio*, quia, qui communicat, caeteris paribus excedit alium (qui non communicat) in fructu sacramenti ex opere operato, potest autem in aliis esse aequalitas, quia voluntas communicandi digne ex se non est minus bona et meritoria, quam affectus abstinendi etiam ex reverentia, ergo ex suo genere illud est eligibilius. *Quarto*, quia, si propter aliquid est interdum probanda abstinentia hujus cibi,

maxime propter conservandam vel concipiendam reverentiam vel devotionem, sed ad hoc ipsum non minus juvat ipse frequens usus, si prudenter fiat et mediocri diligentia adhibita; nam ut bona corsuetudo juvat ad similes actus melius exercendos et efficacia etiam sacramenti multum confert; ergo simpliciter et generatim loquendo favendum est potius frequentiae quam dilationi."

Tertium denique est, quod, quamvis una regula non possit uniformiter omnibus applicari, sed pro diversitate statuum ac morum uni communio frequentior magis conveniat, quam alteri, exempli causa continentibus magis quam conjugatis, religiosis magis quam laicis (quae quidem res prudenti confessarii judicio prorsus relinquenda est): tamen raro est alicui consulendum, ut ordinaria consuetudine frequentius, quam octava quaque die communicet. Ita sentiunt gravissimae auctoritatis Theologi, ita prudentissimi quique et expertissimi in hac materie viri, ita suadet communis fere in ecclesia usus, et suadent etiam perspicuae rationes internae, quoniam tot sunt humanae vitae negotia et impedimenta, quae et animum distrahunt et tempus occupant, ut *regulariter* homines cum debita dispositione frequentius accedere non possint, possint tamen si timoratae conscientiae et bonae voluntatis sunt, *regulariter* in hebdomade certe *semel.*

II. Praeceptum communionis *ecclesiasticum* nemo ignorat his concilii Later. IV. verbis contineri: *Omnis utriusque sexus fidelis, postquam ad annos discretionis pervenerit, semel saltem in anno confiteatur, suscipiens reverenter ad minus in Pascha Eucharistiae sacramentum, nisi forte de proprii sacerdotis concilio ob aliquam rationabilem causam ad tempus ab ejusmodi susceptione duxerit abstinendum; alioquin et vivens ab ingressu ecclesiae arceatur et moriens christiana careat sepultura.* De hoc igitur praecepto ecclesiastico breviter haec annotanda videntur.

1. Affixum est hoc praeceptum tempori Paschatis i. e. tempori paschali (quod, quamquam ex declaratione Eugenii IV. in bulla: *„fide digna"* a Dominica Palmarum usque ad Dominicam in Albis extenditur, tamen ex consuetudine vel necessitate in diversis dioecesibus etiam longius protrahi solet) in eoque differt a praecepto annuae confessionis, quod tempori paschali affixum non est, quamquam, ut ait Concilium Tridentinum, *in universa ecclesia cum ingenti fidelium fructu observatur mos ille salutaris confitendi sacro illo et maxime acceptabili tempore Quadragesimae.*

2. Quamvis verba hujus praecepti omnino loquantur de omnibus fidelibus, qui ad annos discretionis pervenerint, tamen communi ecclesiae usu haec verba ita declarantur, ut non statim, quando quis ad usum rationis pervenerit et peccati mortalis indeque obligationis confitendi capax fuerit, hoc praecepto communionis obligetur, sed ut possit quis per aliquod tempus vel etiam per aliquot annos prius ad confitendum quam ad communionem obligari idque propter majorem hujus sacramenti reverentiam et ampliorem ex eo percipiendum fructum. Neque dici potest stricte inde a decimo aetatis anno fidelem hoc praecepto obligari, sed potius cum plerisque Theologis censendum est, magis a cujusque maturitate et capacitate, quam a numero aetatis annorum pendere, quando quis hoc praecepto obligari incipiat, *regulariter* contineri a decimo usque ad decimum quartum aetatis annum, quoniam, ut ait Suarezius, „moraliter loquendo neque ante decimum incipit, neque ultra decimum quartum differtur haec obligatio."

3. Communio paschalis fieri debet in ecclesia parochiali neque satisfacit praecepto ecclesiastico, qui sine pastoris sui vel Episcopi seu ejus Vicarii Generalis consensu extra ecclesiam suam parochialem communicat. Eximuntur tamen

peregrini et vagi, qui vel parochiam non habent vel per tempus paschale ab ea absunt.

4. Per communionem indignam sive sacrilegam praecepto ecclesiastico non satisfit. Nam ecclesia praecipit, ut sacramentum Eucharistiae *reverenter* suscipiatur, et vox *reverenter* non solum, ut asseruerunt nonnulli Theologi, intelligenda est de reverentia *exteriori* (de qua sola ecclesia judicare possit), sed etiam de reverentia *interiori*. Neque non propositio illa: *praecepto communionis annuae satisfieri per sacrilegam Domini manducationem* a S. Sede Apostolica condemnata est.

5. Non quidem est certa, sed tamen communior Theologorum sententia, eum, qui communionem paschalem omiserit, teneri eodem anno Eucharistiae sacramentum suscipere, quippe quum praecepto communionis paschalis duo praecepta contineantur, unum praeceptum communionis *paschalis*, quod tempore paschali peracto non amplius impleri possit, alterum communionis *annuae*, quod etiam tempore paschali peracto impleri possit. Quin imo S. Alphonsus amplexatur sententiam, eum, qui communionem paschalem omiserit, non solum teneri *eodem anno*, sed etiam teneri *quam primum* communicare.

6. Poena, quam ecclesia contra transgressorum hujus legis his verbis decrevit: *vivens ab ingressu ecclesiae arceatur et moriens christiana careat sepultura* e communi Theologorum, etiam S. Alphonsi sententia, non est poena *latae* sed *ferendae* sententiae, ita ut non incurratur nisi post sententiam.

De sacramento poenitentiae.

Cap. 33. *Quam magna res sit hujus sacramenti administratio.* Meminerint curatores animarum, sacramentum poenitentiae imprimis illud sacramentum esse, quo digne vel indigne tractando fidelibus portas regni coelestis vel occludant vel recludant. Nam teste experientia, quod maxime dolendum est, plerique gratiam baptismalem perdunt, sed gratia baptismali deperdita, sacramentum poenitentiae velut secunda post naufragium tabula eis relictum est. Et prout ii, qui hac secunda tabula utuntur, praesidio benevoli et sciti ducis gaudent vel eo carent, in portum salutis perveniunt, vel fluctibus demerguntur. Quod utinam omnes curatores animarum saepe et satis serio animo perpenderent; et qui cognitae gravitati numeris sui responderet amorem et zelum auxiliatrice gratia in se excitarent! Quot animae immortales, quae nunc misere pereunt, salvarentur, quot victoriae de inimico generis humani reportarentur, qualis et quanta in orbem christianum induceretur morum reformatio!

Cap. 34. *Quam assidui esse debeant animarum curatores in hoc sacramento fidelibus commendando et in ipso administrando.* Quidquid hoc tempore sanctitatis, pietatis et religionis in ecclesia summo Dei beneficio conservatum est, id magna ex parte sacramento poenitentiae sive confessioni sacramentali tribuendum est (Cat. Rom.

P. II. c. 5. qu. 36.). Quapropter omni studio curatores animarum tam in sacris concionibus, quam in catechesibus et in institutionibus privatis de hujus sacramenti vi, partibus et fructibus populum edoceant eumque ad frequentem et piam hujus sacramenti susceptionem excitent. Quoties se iis offeret occasio benevolis et nervosis verbis fideles sibi commissos moneant, si per annum saepius et quidem in gravissima peccata labantur, quanto salutis periculo se exponant, si salutare poenitentiae remedium recusent vel ejus usum nimium differant. Imprimis tempore quadragesimali praeceptum ecclesiasticum annuae confessionis identidem iis in memoriam revocent et uberiores instructiones de rite suscipiendo hoc sacramento iis impertiantur.

Sed ex altera parte et ipsi administrationi hujus sacramenti diligenter incumbant et temporis, quod ei impendant, non se jacturam sed potius lucrum facere existiment. Saepius eis confitendi occasionem tribuant et si ad audiendas confessiones vocentur promtos facilesque se praebeant omnesque saltem singulis diebus sabbati et in vigiliis festorum horis vespertinis aeque ac diebus dominicis et festis mane in sacro tribunali ad audiendas confessiones parati adsint (Rit. Rom., C. Pr. C. P. II. c. 14.).

Cap. 35. *Fidelibus eligendi confessarium libera facultas tribuatur et occasio procuretur.* Quo magis confessiones sacrilegae evitentur, fidelibus libera eligenda confessarium facultas tribuatur. Nullus igitur confessarius ullum fidelem adigat, urgeat vel quomodocunque moveat, ut sibi confiteatur, neque, si quis ipsi in confessione orali vel extra confessionale quocunque praetextu polliceri vellet, se ipsi soli confessurum esse, talem pollicitationem acceptet. Parochi imprimis subditis sibi aegrotis et graviter decumbentibus, si verecundiae suspicionem moveant, paterne alium confessarium arcessendum offerant, iidemque ut parochianis suis etiam aliis confessariis confitendi occasionem praebeant, subinde per annum, praesertim vero tempore paschali presbyteros externos ab Episcopo approbatos sibi adsciscant, et dominica proxime praecedente, quanam die isti presbyteri externi ipsis in ecclesia parochiali affuturi sint, eis publicare non omittant (C. Pr. Col. P. II. c. 14.). Denique parochianos, si id opus videbitur, edoceant, sub *proprio sacerdote,* de quo S. Concilium Lateranense quartum loquitur, non subintelligendum esse *proprium parochum,* sed quemvis sacerdotem a dioeceseos Ordinario approbatum proindeque cuivis esse liberum etiam sine licentia parochi sui ad implendum praeceptum ecclesiasticum cuivis sacerdoti ab Episcopo approbato peccata sua confiteri (Cfr. Rit. App. pag. 13.).

Cap. 36. *Quam diligenter curatores animarum ad admini-*

strandum hoc sacramentum praeparare se debeant. Viri ecclesiastici oportet saepius et serio animum inducant, quam magnum et quam grave istud munus confessarii sit, in quo subeundo non suam rem agant, sed Dei et animarum immortalium, quas, si ipsorum culpa vel ignorantia vel incuria in iniquitate sordescant atque in perniciem sempiternam ruant, de ipsorum manu Dominus aliquando requisiturus sit. Quapropter etiam necesse habeant ad hoc tam grave munus rite obeundum omni diligentia et sollicitudine se praeparare tam remote, quam proxime, nempe quando in eo sint, ut sacrum tribunal accedant.

Remote se ad hoc munus obeundum ita se praeparare debent, ut auxiliatrice gratia divina illas qualitates sive virtutes sibi acquirant, quae ad administrandum confessarii munus necessario requiruntur.

Primum enim confessarius debet esse *pater,* nempe pater spiritualis omnium eorum, qui ei cum filiali fiducia cor suum aperiunt et mediatricem ejus opem sibi exposcunt. Igitur praeditus esse debet *charitate* vere paterna, bonitate, misericordia et inexhausta patientia.

Deinde confessarius debet esse *doctor*, qui poenitentes viam domini doceat et in omnibus, quae ad salutem consequendam pertinent, bene instituat. Quocirca praeditus esse debet scientia, si non eminenti (quae nonnisi paucorum dos est), saltem idonea et competenti (Conf. Constitutio Bened. XIV. »Apostolica« d. 26. Jun. 1749.), imprimis scientia morali, qua si carebit, innumeris animabus ingens damnum inferet iisque pro medicina venenum porriget, pro vita mortem parabit. Indefesse igitur incumbere debet studio et lectioni librorum probatorum, ex quibus illam scientiam hauriat, in quorum numero praeprimis libri morales S. Alphonsi ponendi sunt.

Porro confessarius est *judex,* qui erga eos, qui coram se in sacro tribunali sistunt, vicem supremi judicis Dei gerens judicium exercet. Ei igitur opus est magna *prudentia et discretione*, ut sciat distinguere inter lepram et lepram; nec non calleat potestate solvendi et ligandi sibi commissa in honorem Dei et in commodum poenitentium judicandorum uti.

Denique confessarius fungi debet officio *medici spiritualis,* qui vulneribus animae per peccata inflictis mederi studeat; quapropter non solum morbos spirituales eorumque causas, sed etiam salutaria remedia, quae ipsis applicanda sint, cognoscere proindeque humani cordis affectuum et passionum aeque ac artis asceticae gnarus esse debet.

His omnibus, quibus confessarius praeditus esse debet, qualitatibus et virtutibus accedere debet ardens zelus animarum, ornamentum propriae virtutis christianae solidae et confirmatae et spiritus

gratiae et precum, »ne dum,« ut ait S. Bonaventura (Confess. I. 2.), »confitentem foris a sordibus purgat, ipse ex his, quae audit per voluntariam delectationem interius sordidetur« et suam virtutem perdat.

Immediate et proxime curatores animarum ad administrandum hoc sacramentum eo se praeparare debent, ut sacrum tribunal adituri praefatas virtutes in se excitent, ut contra tentationes impatientiae, impuritatis aliasque, per quas inimicus etiam piis confessariis insidiari solet, armis ferventis orationis se muniant, ut denique divinum lumen et auxilium piis precibus implorent.

Cap. 37. *Quod minister hujus sacramenti ad audiendas confessiones ab Episcopo approbatus esse debeat.* Quoniam minister sacramenti poenitentiae est solus sacerdos, qui non hominis sed Dei judicium exercet circa animas pretioso Christi sanguine redemptas, dum confessionibus poenitentium intendit, in eo cumprimis praeter potestatem ordinis, quam presbyterio initiatus accepit, necessario requiritur jurisdictio in poenitentem ordinaria vel delegata (praevia tamen Episcopi Dioecesani ejusve in Spiritualibus Vicarii Generalis, post examen, si opus fuerit, vel alias approbatione), sine qua nulla est absolutio, sicut sacra congregatio Cardinalium Concilii Tridentini interpretum idipsum disertis verbis, Gregorio XV. et Urbano VIII. Pontificibus maximis confirmantibus, declaravit.

Nullus itaque sacerdos sive saecularis sive regularis confessiones audire praesumat quorumcunque sive saecularium sive laicorum sive sacerdotum et clericorum, nisi prius examine praemisso idoneus repertus et a Nobis aut Nostro Vicario Generali approbatus fuerit, excepto mortis articulo, quando approbatus confessarius haberi non potest; tunc enim quilibet sacerdos ab omnibus et a quibuscunque peccatis et censuris etiam Sepi Apostolicae aut Nobis reservatis in foro conscientiae absolvere potest (Synod. Pad. P. II. tit. 6. n. 11.).

Cap. 38. *Quod termini, quibus jurisdictio in foro conscientiae circumscribitur, stricte servandi sint.* 1. Sed jurisdictio, quae presbytero ad judicium in sacro tribunali ferendum conceditur, multiplici modo limitari potest, vel respectu *certarum personarum* ex. gr. monialium vel complicum in peccato turpi, vel respectu *loci et temporis,* vel etiam *certorum peccatorum,* atrociorum scilicet et graviorum criminum. Nam »magnopere,« ait S. Tridentina Synodus (Sess. XIV. C. VII.), »ad christiani populi disciplinam pertinere sanctissimis Patribus nostris visum est, ut atrociora quaedam et graviora crimina non a quibusvis sed a summis duntaxat sacerdotibus absolverentur, unde merito pontifices maximi pro suprema potestate sibi in ecclesia universa tradita, causas aliquas criminum graviores suo potuerunt

peculiari judicio reservare; neque dubitandum esset, quando omnia quae a Deo sunt, ordinata sunt, quin hoc idem episcopis omnibus in sua cuique dioecesi in aedificationem tamen non in destructionem liceat pro illis in subditos tradita supra reliquos inferiores sacerdotes auctoritate praesertim quoad illa, quibus excommunicationis censura annexa est.«

Meminerint igitur presbyteri ad audiendas confessiones ab Episcopo approbati a talibus casibus vel S. Sedi Apostolicae vel Episcopo reservatis absque speciali Apostolica seu Episcopi facultate extra probabile mortis periculum se non posse absolvere.

2. Neque pauci sunt casus, qui S. Sedi Apostolicae reservati sunt, eorumque cognitio ex probatis auctoribus haurienda est.

Nobis vero ipsis reservamus:

a. procurationem abortus tam animati, quam inanimati;
b. crimen incendiariorum;
c. sacrilegam calicum et monstrantiarum surreptionem.

Persuadeant igitur confessarii poenitentibus, qui ejusmodi casus vel Papales vel Episcopales confiteantur, ut ad superiores et legetimos judices pro beneficio absolutionis accedant, vel potius ipsi eos absolvendi facultatem a Superioribus impetrare nitantur.

Brevis de casibus reservatis instructio pastoralis[1]**.**

Quum de casibus reservatis, de quibus sermo erat, viris ecclesiasticis non raro dubitationes obveniant, in quibus ancipites haereant, ad eas quam maxime fieri possit removendas Nobis opportunum visum est, hic de eadem materia brevem quandam pastoralem instructionem subjungere.

1. Primum igitur monendum est, ex praxi ecclesiae, ut peccatum aliquod pro reservato haberi possit, has quatuor requiri conditiones, ut sit peccatum *mortale*, ut sit peccatum *externum*, ut sit (nisi forsitan in statuto reservationis aliud quid exprimatur) *consummatum*, ut denique sit *certum*.

Debet esse *mortale*, quum reservatio nonnisi ad coërcenda delicta graviora et atrociora ab ecclesia instituta sit, peccata autem venialia ne necessaria quidem confessionis materia sint.

Debet esse *externum*, non quod Superiores ecclesiastici peccata pure interna sibi reservare non possint, sed quod ea sibi reservare non soleant.

Debet esse *consummatum*, quum reservatio tanquam res odiosa

1) Quae instructio pastoralis praesertim notatu digna est.

strictae interpretationis sit, nisi forsitan in statuto reservationis aliud quid exprimatur, nam nonnulli actus etiam non consummati reservantur, ex. gr. sola provocatio ad duellum ejusdemque acceptatio, etiamsi quacunque ex causa ad effectum non perpucatur, S. Sedi Apostolicae reservatur.

Certum denique peccatum esse debet, eo scilicet sensu, ut omne tam facti quam dubium excludatur, i. e. ut neque dubitetur, numne peccatum, de quo agitur, reapse commissum sit, neque, num peccatum, quod reapse quidem commissum sit, sub lege reservationis comprehendatur, dummodo ejusmodi dubitatio ex jure vere dubio, non autem ex ignorantia confessarii jus ignorantis exoriatur.

2. Deinde animadvertendum est discrimen, quod inter casus reservatos *Papales* et inter casus reservatos *Episcopales* intercedit. Casus enim reservati Papales fere omnes (excepta duntaxat falsa accusatione de crimine sollicitationis[1]), non ratione sui, sed ratione ipsis annexae censurae reservati sunt, ita quidem, ut principaliter iis censura reservata sit et peccatum nonnisi propter reservatam censuram. Quum vero censura non incurratur nisi a contumacibus neque dici possint legis cujusdam transgressores contumaces, si legem non noverint, sequitur ut (exceptis falso accusantibus innocentem confessarium de crimine sollicitationis) poenitentes, qui legem reservationis Papalis ignoraverint, reservationi non subjaceant et a quovis presbytero approbato absolvi possint. E contrario casus reservati Episcopales fere omnes ratione sui reservati esse debent iisque vel omnino censurae non alligantur, vel si forte alligantur, eae nonnisi tanquam circumstantiae quaedam aggravantes subsidiarie alligantur, ita ut principaliter non censura sed peccatum ipsum reservetur, unde colligitur, etiam eos poenitentes, qui statutum reservationis Episcopalis ignoraverint, reservationi subjacere.

3. Reservatio directe et proxime rescipit non confitentes sed confessarios, quorum jurisdictionem limitat, unde sequitur, ut peregrinus habens peccatum, quod non est reservatum in patria dioecesi, sed in ea, in qua sacramentum poenitentiae suscipit, a simplici confessario absolvi non possit, et ut e contrario peregrinus, irretitus peccato, quod est nonnisi in sua patria dioecesi reservatum, non in ea, in qua sacramentum poenitentiae suscipit, a simplici confessario

---

1) Nam alterum casum «si quis accipiat dona a regularibus utriusque sexus, nisi prius totum restituerit, si dona valeant pluris decem scutorum Romanorum vel si valeant minoris saltem partem ad arbitrium poenitentiarii,« pro hac dioecesi praeterire possumus.

absolvi possit, dummodo se in alienam dioecesin non se contulerit in *fraudem legis* i. e. ob principalem finem obtinendi absolutionem et vitandi judicium proprii pastoris. (Liguor. Theol. Mor. C. 6. tract. 4. n. 587—592.)

4. Si urget gravis causa confitendi vel communicandi neque superior reservans sine scandalo vel nota infamiae vel sine magna difficultate adiri possit, secundum communiorem sententiam poenitens contritus a quovis confessaria *directe* a peccatis non reservatis, *indirecte* a peccatis reservatis absolvi potest, ita quidem, ut postea, cessante impedimento, teneatur Superiori sive habenti a Superiore facultatem peccata sua reservata confiteri. (L. c. n. 585.)

5. In articulo mortis nulla est reservatio. Quivis igitur sacerdos etiam non approbatus potest, *alio indoneo sacerdote deficiente,* quemvis in articulo mortis a quibusvis peccatis et censuris absolvere. Sub *articulo autem mortis* intelligendum est quodvis grave quin imo quodvis probabile mortis periculum. Et deficit presbyter idoneus, si aut omnino presbyter approbatus non adest, aut, si quidem adest, sed decumbentis confessionem audire non possit vel non velit, si ex. gr. excommunicatus vel suspensus sit, si decumbentis complex sit in re turpi, si decumbens ei confiteri summopere aversaretur, denique si confessio sacramentalis ante adventum presbyteri approbati jam coepta esset. Sed si quis in istiusmodi mortis periculo a censuris reservatis absolutus postea convaluerit, se sistere debet Superiori, cui reservata erat censura, ut ejus mandata suscipiat ab eoque etiam pro foro externo absolutionem obtineat.

6. Denique juvat hic illos casus reservatos Papales, qui his in regionibus frequentius obveniunt, enumerare unaque casus episcopales reservatos breviter illustrare vel accuratius definire.

A. Casus reservati Papales frequentius obvenientes[1]).

a. *Haeresis formalis externa licet occulta* i. e. error pertinax contra fidem in eo, qui fidem suscepit, externo quodam signo vel verbo vel facto manifestatus, licet ad forum judiciale non deductus.

b. *Duellum et quaecunque ad duellum cooperatio.* Duellum vero definitur pugna periculosa, quae inter duos vel etiam inter plures (dummodo numero pares sint) privata auctoritate ex condicto de loco et tempore initur. Harum adjectarum conditionum si una vel altera alicui pugnae deest, haec, etiamsi forte esset valde peccaminosa, pro casu reservato habenda non est. Neque

1) Cfr. Rit. App. pag. 12.

tamen ad reservationem hujus peccati requiritur, ut certamen singulare re vera initum sit, imo potius sufficit, ut duellum ab utraque parte sit acceptatum, licet ob interpositum quoddam impedimentum pugna ipsa non inita sit. Et excommunicationem Papae reservatam duellantibus inflictam incurrunt etiam omnes quocunque modo ad duellum cooperantes, nempe qui ad duellum provocent, qui duellantium patrini vel adjutores sint, qui ipsis consilium, operam, favorem praestent, qui eis equos, arma, pecuniam aliaque subsidia scientes administrent, qui scripta et manifesta ad duellum praeparatoria efficiant, denique qui ex industria sive ex composito duelli spectatores sint.

c. *Falsa de sollicitationis crimine accusatio ex mala voluntate facta.* De quo horribili peccato satis est hoc unum monere, ignorationem reservationis a reservatione non excusare, eo, quod ipsi censura alligata non est.

d. *Attentata absolutio complicis in peccato turpi.* Sacerdoti enim potestas complicem suum in peccato turpi (i. e. in quovis peccato mortali et externo contra castitatem, etiamsi copula ipsa non sit consummatum) adempta est per duas constitutionis Benedicti XIV. (scilicet per constitutionem, quae incipit: »Sacramentum poenitentiae« 1. Junii 1741, et per constitutionem, quae incipit: »Apostolici muneris« 8. Febr. 1745). Ille vero confessarius, qui nihilo secius absolutionem complicis sui in re venerea attentat, ipso facto excommunicationem Papae reservatam incurrit.

e. *Mercimonium missae stipendiorum*, uti colligitur ex constitutionis Benedicti XIV. incipientis »Quanta cura« verbis sequentibus: Quemcunque, qui eleemosynas seu stipendia majoris pretii pro missis celebrandis, quemadmodum locorum consuetudines vel synodalia statuta exigunt, colligens, missas, retenta sibi parte earumdem eleemosynarum seu stipendiorum acceptorum sivi ibidem, sive alibi, ubi pro missis celebrandis minora stipendia seu eleemosynae tribuuntur, celebrari fecerit, laicum quidem seu saecularem praeter alias arbitrio Vestro irrogandas poenas excommunicationis poenam, clericum vere sive quemcunque sacerdotem poenam suspensionis ipso facto incurrere, a quibus nullus per alium, quam per nos ipsos seu Romanum Pontificem pro tempore existentem, nisi in mortis articulo constitutus, absolvi possit.

f. *Simonia realis* (nempe illa, quae in susceptione ordinum vel in religionis ingressu vel in beneficii ecclesiasticis committitur) et

simonia confidentialis, quae committitur, quis alteri vel eligendo vel praesentando vel postulando vel resignando vel quavis alia ratione beneficium quoddam ecclesiasticum procurat cum *confidentia* i. e. cum pacto vel expresso vel tacito, ut is, cui beneficium procuratur, illud aliquando vel sibi procuret, vel alteri resignet aut ex eo certam partem fructuum vel pensionem praestet.

g. *Clausurae monialium violatio ob malum finem perpetrata.* Moniales, quae vota solemnia emiserunt et ad clausuram papalem tenentur, sine licentia claustra exeuntes, vel licentiam injuste concedentes nec non comitantes ac illarum receptatrices excommunicationem Papae reservatam incurrunt; etiam omnes, qui praetextu licentiae septa monasteriorum monialium ingrediuntur.

h. *Percussio clerici sive violenta manum injectio in clericum vel monachum.* Nempe si quis Clericum vel monachum (quo verbo omnes utriusque sexus regulares, etiam novitii et novitiae comprehenduntur) *suadente diabolo* i. e. ob pravam voluntatem *graviter* laedit aliqua actione externa, quocunque modo haec gravis fiat, excommunicationem Papae reservatam incurrit.

i. *Participatio sectae murariorum.*

k. *Effractio et spoliatio aedium sacrarum.*

B. Casus in hac dioecesi Episcopo reservati.

a. *Procuratio abortus, tam foetus animati quam inanimati.*

Huic reservationi subjacent tam mulieres ipsae, quae scienter et ex deliberata mala voluntate quomodocunque sibi abortum procuraverint, quam omnes quomodocunque ad hoc crimen (scienter et ex proposito) concurrentes. Praeterea a procurantibus abortum foetus animati irregularitas Papae reservata incurritur.

b. *Crimen incendiariorum*, dummodo perpetratum sit ex animo nocendi et cum effectu, ita ut grave damnum ad minimum unius thaleri pretium superans inde secutum sit. Nihil tamen refert, an res, cui admotus sit ignis, res propria an aliena fuerit.

c. *Sacrilega calicum et monstrantiarum surreptio.* Huic reservationi subjacent, qui quocunque modo ex ecclesiis calices sive monstrantias surripuerint, sive effractis sacris sive non effractis, sive una cum sacris hostiis sive sine sacris hostiis; itemque

huic reservationi subjacent omnes, qui ad hoc crimen immediata cooperati sunt.

Cap. 39. *Quomodo hoc sacramentum poenitentiae ipsum administrandum sit.* Confessarii generaliter ea sinceritate, prudentia, aedificatione munere suo fungantur, quemadmodum et tanti ministerii sanctitas et animarum salus deposcit.

1. Supremi pastoris Jesu Christi exemplum prae oculis habentes ante omnia curent, ut summam adhibeant charitatem in excipiendis peccatoribus, sive sint nobiles et divites, sive ignobiles, rudes et pauperes. Majorem etiam ostendant charitatem in excipienda confessione ipsa. Caveant, ne dent signa taedii vel impatientiae, vel admirationis de peccatis, quae narrantur, licet sint graviora et atrociora, dummodo poenitens non ita sit rudis et induratus, ut foedissima peccata sine ullo rubore et displicentia narret proindeque ex lethargia sua excitandus sit. (Liguori Praxis Conf. §. 1.) Omnino poenitenti facilem reddant confessionem, non difficilem, neque eam, nisi opus sit, aliquid melius intelligere, interrumpant. Sin opus videtur, interrogationes adhibeant, sed abstineant se ab omnibus interrogationibus curiosis et inutilibus et interrogent poenitentes nonnisi de iis peccatis, in quae probabiliter juxta conditionem suam lapsi sint. Etiam peccatorem originem et gravitatem investigent, interrogent de numero et specie peccatorum, de peccandi consuetudine, de occasionibus aliisque hujusmodi circumstantiis. Magnam cautionem adhibeant in interrogationibns de materia turpi, praesertim erga adolescentes et virgines, ne scandalum patiantur, indeque peccare discant. Nunquam inquirant nomen complicis vel nomen ipsius poenitentis, ejus domicilium vel rei domesticae statum, quin hortentur poenitentes, qui ejusmodi res supervacaneas et a fine confessionis alienas confessioni immisceant, ut omittant.

2. His interrogationibus adhibitis et cognita morbi origine ac gravitate procedant ad opportunas monitiones et correptiones, prout opus esse viderint. Nam quemadmodum ex una parte ii poenitentes, qui peccatis lethalibus gravati, non satis dispositi ad sacrum tribunal accesserunt, regulariter non illico tanquam beneficio absolutionis indigni dimittendi sunt, sed potius elaborandum est, ut ad absolutionem disponantur, ne absolutione acerbe negata omnino cadant, a sacramentis retrahantur et in peccatis obdurescant: ita ex altera parte poenitentes expleta peccatorum enumeratione non illico absolvendi, sed saepius etiam docendi, monendi, corripiendi sunt, eorumque vulneri oleum et vinum infundendum est. Sed in adhibendis his admonitionibus et correptionibus prudenter ratio habenda est poeni-

tentium conditionis, sexus, aetatis, indolis illudque cavendum est, ne, qui tam amanter quam serio admonendi et corripiendi sunt, exacerbentur. Quae quidem cautela etiam magis adhibenda est erga viros et juvenes.

3. Deinde post debitas correctiones et monitiones confessarii debent operam dare, ut poenitentes efficacibus verbis et propositis motivis attritionis et contritionis ad dolorem et contritionem adducant, nisi forte eos jam contritos repererint. Nam nonnisi attritis vel contritis beneficium absolutionis impertiendum est. Et magnopere caveant, ne hac in re imprudenti benignitate praesertim in poenitentes recidivos vel consuetudinarios sese crudeles exhibeant. Minime igitur eos vere contritos et absolutione dignos habeant, qui vel proximam voluntariam peccati occasionem removere, vel injurias acceptas condonare, vel odia in proximum deponere, vel rem alienam restituere, vel sollicitantem confessarium ordinario indicare, vel alias istiusmodi obligationes implere vitamque suam emendare non vere et ex corde parati sunt.

4. Postremo salutarem et convenientem satisfactionem, quantum spiritus et prudentia suggesserit, poenitentibus injungant, habita ratione eorum status, conditionis, sexus, aetatis, nec non eorum dispositionis. Qua in re memores esse debent, se in sacro tribunali agere conscientiarum judices et spirituales animarum medicos, justitiae simul et misericordiae ministros a Deo constitutos esse, ut tanquam arbitri inter Deum et homines, non minus honori divino, quam animarum saluti consulant nec excedant ad dextram vel ad sinistram sive nimia indulgentia sive importuna severitate. Id etiam ante oculos habeant, ut satisfactio non sit tantum ad novae vitae remedium et infirmitatis medicamentum, sed etiam ad praeteritorum peccatorum custodiam. Quare curent, quantum fieri potest, ut contrarias peccatis poenitentias injungant, veluti avaris eleemosynas, libidinosis jejunia vel alias carnis afflictiones, superbis humilitatis officia, desidiosis devotionis studia. Rarius autem vel serius confitentibus vel in peccata facile recidentibus utilissimum fuerit consulere, ut saepe, puta semel in mense vel certis diebus solemnibus confiteantur et si expediat communicent.

Quod ad aegrotos pertinet, meminerint, iis non esse injungendam gravem aut laboriosam poenitentiam; sed indicendam tantum illam, quam, si convaluerint, opportuno tempore peragant. Interim juxta gravitatem morbi aliqua oratione aut levi satisfactione imposita et acceptata absolvantur, prout opus fuerit. (Rit. Rom. Conc. Trid. Sess. XIV. c. 8.; Syn. Dioec. p. II. tit. 6.) Denique suadeant etiam

poenitentibus, ut suapte sponte opera satisfactionis in se suscipiant et ad complendam satisfactionem indulgentiarum frequentem usum non respuant.

Cap. 40. *Confessarii in audiendis confessionibus omnes species avaritiae evitent, itemque caveant familiaritatem confitentium mulierum.* Caveant confessarii ne in confessionibus audiendis poenitentibus multas pecuniarias sibi ipsis solvendas vel stipendia missarum in poenitentiam imponant neve ea ipsis ultro oblata acceptent, ut omne, quod sinistram turpis lucri suspicionem movere posset, sollicite evitetur. Hac et ipsa de causa restitutionem rei alienae a poenitente faciendam non facile pro poenitente ipsi procurent, et ubi id, ne poenitens vel ejus peccatum prodatur, necesse est, saltem curent, ut sibi a legitimo domino, cui rem restituant, de receptione rei litterae testimoniales exhibeantur.

Itemque videant, ne cum mulieribus, quantumvis devotis, occasione confessionis audiendae familiaritatem contrahant, ne cum iis vel in sacro tribunali vel extra hoc tribunal inutilia et prolixiora colloquia habeant, ne ab iis munuscula vel alia signa adhaesionis acceptent, quin imo semper et ubique erga eas quandam gravitatem et severitatem adhibeant. Quam quidem cautionem si praetermittant, facile eo devenire possunt, ut et suas et illarum animas in perniciem praecipitent.

Nam quot sacerdotes, qui antea erant innocentes, per ejusmodi familiaritates in sacro tribunali cum devotis mulieribus contractas virtutis suae naufragium fecerunt et in laqueos diaboli lapsi sunt!

Cap. 41. *Quid post auditas confessiones observandum sit.* Quemadmodum ante audiendas confessiones curatores animarum oportet animum ad implorandum a Deo auxilium luminis divini attollant, ita post auditas confessiones Deo pro adjutorio suo debitae gratiae agendae sunt. Insuper breviter coram Deo sese examinent, num quid forte in auditis confessionibus deliquerint, de ejusmodi commissis erroribus, si sibi eorum conscii sint, actum contritionis eliciant, eosque, si emendari possint, emendent; poenitentes denique, quorum confessiones exceperint, Deo pie commendent.

Cap. 42. *Sigillum sacramentale stricte servandum est.* Dum Redemptor noster Jesus Christus hoc sacramentum instituit, et poenitentes ad confessionem peccatorum obligavit, obligavit etiam confessarios ad secretum confessiones stricte servandum neque unquam ex quacunque causa violandum. Servandi igitur sigilli confessionis obligatio ex sacramento ipso oritur, at si frangitur, huic ipsi sacramento Deoque ejus auctori, non solum homini poenitenti, injuria fit.

Unde etiam colligi potest, in hoc fractionis sigilli crimine parvitatem materiae non admitti. Nam licet respectu poenitentis hominis revelatio peccati nonnisi levis et venialis non sit gravis infamia, tamen semper est gravis injuria respectu sacramentali bonoque communi grave damnum infert.

Continentur vero sub hoc sigillo quaecunque confessario per confessionem innotuerunt et quae si aperirentur poenitenti gravamen afferre vel confessionem ipsam odiosam reddere possent, nempe *primo* omnia et singula peccata, quae in confessione confessario narrata sunt horumque peccatorum circumstantiae, et quidem non solum peccata poenitentis ipsius sed etiam peccata complicum aliarumque personarum, sive licite sive illicite a poenitente enarrata fuerint, *deinde* poenitentis aliarumve personarum defectus vel naturales vel morales, si solummodo per confessionem innotuerint, scilicet tentationes, habitus vitiosi, indispositio, scrupulositas, ignorantia, defectus natalium et quae sunt generis ejusdem, *denique* quaecunque a poenitente ad pleniorem conscientiae et dispositionis suae manifestationem exposita fuerint, sive re ipsa sive ex falsa ejus opinione ad talem manifestationem pertinuerint.

Haec igitur omnia strictissime claudenda sunt sigillo, neque id unquam ex ulla licet gravissima causa violari debet, nec *directe*, revelando scilicet expresse aliquid ex sola confessione cognitum, nec *indirecte*, nempe adhibendis nutibus, signis, verbis, unde quis cognoscere vel suspicare possit peccatum vel defectum poenitentis vel aliarum personarum aut quaevis per confessionem cognita, quibus defectis poenitenti vel aliis molestia, dedecus, damnum vel quodcunque gravamen inferri posset.

Quocirea omnes curatores animarum monemus et in Domino obsecramus, ut sanctum hoc sacramentale sigillum sancte inviolateque servent, sed eos monemus et obsecramus etiam, ut quantum fieri possit, vel levissimam violati sigilli speciem evitent.

Nunquam, etiamsi ob reticitas circumstantias personae, loci et temporis periculum fractionis sigilli non adsit, de peccatis tanquam in confessione auditis neque in privatis colloquiis cum personis laicis neque in concionibus sacris loquantur, nunquam coram domesticis, ancillis vel quibuscunque personis laicis de casibus conscientiae, licet tacitis nominibus, verba faciant, nunquam, nedum cum alio confessario ejusdem poenitentis de ejus statu conscientiae (nam id fractio sigilli foret) sed ne cum poenitente quidem ipso de peccatis vel rebus ab eo in confessione auditis extra confessionem loquantur, nisi forsan ab eo ex gravibus causis expressam licentiam petierint et

impetraverint. Nunquam denique neque in posteris confessionibus cum poenitente de peccatis in prioribus confessionibus narratis loquantur, nisi ex monentibus causis rationabilibus, ex. gr. ad supplendos defectus emendandosque errores in prioribus confessionibus commissos.

Cautissime etiam procedant in captando peritorum confessariorum vel theologorum consilio de decidendis difficilioribus casibus conscientiae ex confessione cognitis, omittantque tales loci et temporis circumstantias, ex quibus consultus forsitan nomen vel personam poenitentis cognoscere vel suspicari posset.

Porro licentiam manifestandi quasdam res in confessione auditas poenitenti neque extorqueant, quippe quum ejusmodi licentia, si non a poenitente liberrime concessa est, uti non liceat, neque eam ultro a poenitente oblatam sine gravibus causis acceptent, et si eam ex urgente necessitate vel evidenti utilitate ex. gr. ad consulendum bono communi, ad tollendam occasionem peccati, ad avertendum grave damnum spirituale vel temporale alicujus personae privatae aliasque res, quas justitia vel charitas exigat, acceptandam esse judicent, tamen raro eam aliter acceptent quam extra confessionem et si ullo modo fieri possit in scriptis exprimendam.

Postremo etiam ex una parte impedire debent, quo minus circumstantes aliae personae nimium prope ad confessionale accedant illudque, quod in confessionali agitur, percipiant, et ex altera parte ipsis cavendum est, ne in confessionali altiore voce loquantur vel gestibus suis aliisve signis circumstantibus prodant, de singulari quodam et admodum gravi peccato agi.

Cap. 43. *De sacramento extremae unctionis.* 1. De institutione, vi et effectibus hujus sacramenti deque recta ad susceptionem ejus se praeparandi ratione parochi fideles sibi commissos, quando se iis obtulerit occasio, tam in concionibus quam in catechesibus diligenter instruant solliciteque curent, ne quis parochianorum suorum, qui hujus sacramenti particeps esse possit, sine eo ex vita discedat.

Inprimis invigilent, si ex suis infirmari aliquem graviter intelligant et mortis periculum subesse existiment, ne forte negligentia aut malignitate domesticorum vel aliorum unctionis sacramentum impediatur aut aequo justius differatur, quin potius ultro ex charitate et officii sui ratione sese offerant, oviculam suam invisant moneantque infirmum de cura salutis suae habenda frequentique visitatione ad mortem disponant ac quatenus per occupationes licet, morituris consilio, solatio et auxilio adesse studeant aut saltem curent, ut

aliquis alius sacerdos aut religiosus advocetur, qui luctantem cum morte adjuvet, habeantque pastores in hanc rem assiduos sibi libellos quosdam pios, qui de ratione juvandi morientes a piis et doctis viris sunt compositi, sciantque pastores hujusmodi charitas officiis praeter meritum apud Deum plurimum sibi subditorum animos conciliari sicut scriptum est: »non te pigeat visitare infirmum, ex his enim in dilectione firmaberis.« (Syn. Dioec. P. II. tit. 8. n. 1.)

2. Meminerint parochi, hoc sacramentum nonnisi pro aegrotantibus et quidem graviter aegrotantibus institutum esse neque ergo dispensandum esse iis, qui quum non sint aegrotantes, probabile vel etiam certum vitae periculum adeunt, videlicet periculosam navigationem adituris, proelium commissuris, reis ad supplicium mortis damnatis.

Neque mulieri laboranti in partu communibus tantum doloribus administrari licet, licet tamen ei mulieri, quae, ut ait S. Alphonsus, »jam coeperit gravissimis cruciatibus divexari, ita ut jam actu sit in proximo periculo mortis, quia tunc revera jam periculose infirmatur.«

Sed si ex una parte nonnisi graviter aegrotantibus hoc sacramentum licite administrari potest, tamen ex altera parte non est exspectandum tempus, ubi aegrotantes rationis usu jam privati sint et omnis recuperandae valetudinis spes amissa sit, graviterque peccant ii parochi, qui ad hoc usque tempus administrationem hujus sacramenti differre solent, quum ad uberiorem sacramenti gratiam percipiendam plurimum valeat, »si aegrotus, cum in eo adhuc integra mens et ratio viget, fidemque et religiosam animi voluntatem afferre potest, sacro oleo liniatur.« (Catech. Rom. p. VI. c. 6. qu. 9.)

Deinde sacramentum extremae unctionis dispensari debet *adultis,* qui graviter aegrotant, non *pueris*, qui ad usum rationis nondum pervenerunt.

Nam »nulli,« ut ait Doctor Angelicus (Summ. Theol. p. 3. qu. 32. art. 4.) »debet dari hoc sacramentum, cui non competit forma sacramenti, sed forma sacramenti non competit pueris, qui non peccaverunt per visum et auditum, ut in forma exprimitur.« Sed quum inter theologos disputari soleat, quanam aetate pueri hujus sacramenti capaces haberi possint, in praxi observanda est regula, ut iis pueris, quibus sacramentum poenitentiae administrari possit, etiam sacramentum extremae unctionis administretur, quippe quum sacramentum extremae unctionis sacramenti poenitentiae complementum sit.

Pueris usum rationis non habentibus aequiparandi sunt adulti *amentes*, qui usum rationis nunquam habuerunt Quum enim actuale peccatum committere non potuerint, neque hoc sacramentum, quod ad abstergendas actualium peccatorum reliquias institutum est, suscipere possunt. Sed iis adultis amentibus, qui aliquando usum rationis habuerunt et postea in amentiam inciderunt, denegandum non est. Nam »infirmis,« ait Rituale Romanum, »qui dum sana mente et integris mentibus essent, illud petierint, seu verosimiliter petiissent, seu dederint signa contritionis, etiamsi deinde loquelam amiserint, vel amentes effecti sint, vel delirent aut non sentiant, nihilominus praebeatur.«

Impoenitentibus denique et qui in manifesto peccato mortali moriuntur, ut excommunicatis et nondum baptizatis penitus denegetur. (Rit. Rom.)

3. Quod modum administrandi hoc sacramentum attinet, praescripta Ritualis Romani religiose observanda sunt.

Cap. 44. *De sacramento ordinis.* 1. Pastores fideles sibi commissos tam in catechesibus quam in sacris concionibus diligenter doceant, quaenam sit hujus sacramenti vis et quanta dignitas, et quam gravia ex altera parte sint officia eorum, qui hoc sacramentum suscipiunt. Persuadeant populo christiano, esse magnum et praeclarum aliquid: ingredi ministerium ecclesiae et praesertim sacerdotium cum pura intentione Dei honori inserviendi et prospiciendi saluti animarum immortalium, sed ex altera parte neminem istud ministerium debere ingredi, nisi qui »vocatur a Deo tanquam Aaron,« nam, qui in hoc ministerium sine vocatione divina se ipsos arroganter inferant et intrudant, de his Dominum intellexisse, quum inquit: »Non mittebam Prophetas, et ipsi currebant,« (Jerem. 23, 21.) quo quidem hominum genere nihil infelicius ac miserius, nihil ecclesiae Dei calamitosius esse possit. (Cat. Rom. p. II. c. VII. qu. 3.) Moneant etiam fideles, ut ex vetustissimo ecclesiae more jejunia praecipue quatuor temporum religiose observent et quum his ipsis diebus tum saepius per annum cum ecclesiae precibus suas conjungant, ut Dominus in vineam suam dignos operarios mittat.

2. Caeterum quae per sacros canones de ordinandorum aetate, doctrina, probitate aliisque qualitatibus sancita sunt, religiosissime in hac dioecesi Nostra observari volumus.

3. Ad sacrum subdiaconatus ordinem nullus aliter admittatur quam post exercitia spiritualia per tres dies peracta et post biennium in seminario Nostro Theodoriano studiis theologicis laudabiliter impensum, exhibito coram Vicario Nostro generali et Examinatoribus

a Nobis designatis morum et studiorum suorum authentico testimonio et praestito examine rigoroso super ejus vocatione, vita anteacta et canonica habilitate, etiam productis litteris testimonialibus a parocho super facta in ecclesia parochiali nominis sui proclamatione exaratis.

Deinde sapientissime ab ecclesia sancitum est, ut nullus sine legitimo sustentationis titulo ad sacrum subdiaconatus ordinem promoveatur. Idcirco statuimus et declaramus, imposterum summam centum quinquaginta thalerorum Borussicorum annuorum stabilium et certorum ad patrimonialem titulum ordinationis requiri, ac volumus et mandamus, ut instrumentum de patrimonio in titulum assignato, quod coram Curiis locorum, unde bona dependent, realisatum, sigillatum et approbatum esse debet, vel ejus copia authentica in Archivo Vicariatus Nostri asservetur.

4. Presbyteri neo-ordinati juxta antiquam consuetudinem intra quadraginta dies primam missam celebrent diemque quo eam celebrent ne profanis confabulationibus vel oblectationibus profanent, sed quiete in gratiarum actione erga Deum seriis piisque meditationibus transigant.

Posthac autem in decursu vitae suae sacerdotalis saepius meminerint Apostolici mandati: »Admoneo te, ut resuscites gratiam Dei, quae est in te per impositionem manum mearum.« (2. Tim. 1, 6.) Resuscitent ipsi gratiam Dei, quae in sacra ordinatione eis impertita est, per annua exercitia spiritualia, resuscitent per iteratam quavis hebdomade vel saltem quovis mense dignam sacramentalem confessionem, per quotidianam, si fieri possit, piam et devotam missae celebrationem, per quotidianum generale et speciale conscientiae suae examen, per dignam, attentam et devotam horarum canonicarum recitationem, per quotidianam ss. sacramenti visitationem, denique per quotidianas pias meditationes.

Quas admonitiones quo majori studio sequentur, eo magis sperare possunt, fore ut Deus pro summa benignitate sibi gratiam perseverantiae largiatur. Sed in sequendis his admonitionibus non parum adjuvabuntur, si piorum sacerdotum sodalitati de immaculata beatissima virgine Maria in hac Dioecesi fundatae pie se adjungere volent.

5. In Dioecesi Nostra Neopresbyteri ab ordinationis die per tres annos continuos munere sacro ob Seminarii beneficium ad nutum Episcopi funguntur.

De sacramento matrimonii.

Cap. 45. *Sponsalia publice et cum consensu parentum ineantur.* Quotidiana docet experientia, matrimonia temere et praepostere contracta infinitas parere difficultates et infelices saepe exitus sortiri. (Syn. Dioec. P. II. tit. 10.) Proinde rite ordinatum est, ut ineunde matrimonio praemittantur *sponsalia*, quae sunt mutua et legitima matrimonii promissio.

Quum vero haec sponsalia de futuro a sacrosancta Synodo Tridentina in terminis juris communis relicta sint (praeterquam quod per copulam carnalem non transeant in matrimonium), dubitari nequit, quin ea etiam clandestine, sine parocho et testibus, valide contrahi possint eaque, dummodo omnes aliae adsint conditiones, quae ad veram et mutuam promissionem requiruntur, coram foro ecclesiastico pro validis ac ratis habenda sint. Neque vero ex altera parte dubitari potest, quin haec sponsalia clandestina plerumque multiplicia incommoda, pericula animae, scandala aliaque mala gignant, proindeque, si valide, tamen non licite ineantur. Quamobrem curatores animarum ab ejusmodi sponsalibus clandestinis, si eis occasio se obtulerit, fideles maximopere dehortentur moneantque, ut sponsalia non aliter, quam adhibitis testibus loco honesto contrahantur et ecclesiae benedictione muniantur.

Curent etiam, ut parentum quoque consensus sponsalibus accedat, qui si iisdem justis ex causis obluctentur, non temere procedant, sed liberos moneant ne invitis et insciis parentibus vel tutoribus sponsalia seu matrimonium ineant, ne hac in re tanti momenti quidquam, impetu praecipiti ducti, quod honestati repugnet, audeant inchoare, sed illorum consilio, aut auctoritate moti, praevia matura deliberatione ineant conjugia et mala, quae offensionem parentum comitari et sequi solent saepe maxima, devitent. Admoneant etiam ex altera parte parentes vel tutores, ut non ipsi austeritate nimia liberorum et sibi commissorum aetatis maturae vel tardius aequo differant connubia eosque periculis incontinentiae exponant vel ad denegationem consensus duci se patiantur imprudenter praeconceptis judiciis, terrestribus cupiditatibus aliisque motivis non vere honestis, ac ne pertinaci et irrationabili consensus sui denegatione in majora mala eos praecipitent. (Syn. Dioec. l. c.)

Cap. 46. *Sponsalia quosnam effectus habeant.* Constat effectus sponsalium duplicis generis esse. Primum enim sponsis gravem injungunt obligationem, ut praefixo tempore, vel si in contractu sponsalitio nullum tempus praefixum sit, tunc temporis, quando una

pars id opportune exigat nec altera justam causam differendi habeat, matrimonium inter se ineant.

Alter sponsalium effectus est impedimentum publicae honestatis, quod quidem, dummodo sponsalia valida et absoluta fuerint, etiam dissolutis sponsalibus perdurat.

De his duobus sponsalium effectibus sponsi a parochis instruendi et serio monendi sunt.

Cap. 47. *Quibus ex causis sponsalia dissolvantur.* Sed parochi et confessarii, qui data opportunitate sponsos serio monere debent, »ut gravi obligationi suae per sponsalitium contractum susceptae religiose satisfaciant ac matrimonium, quod sibi mutuo promiserunt, suo tempore revera inter se ineant,« non ignorare debent, certis ex causis hanc obligationem vel pro una parte vel pro utraque cessare initaque sponsalia solvi posse vel revera solvi. Solvi enim possunt ab utraque parte per mutuum consensum, etiamsi jurejurando confirmata fuerint.

Nec non solvuntur per quodvis impedimentum superveniens, ex. gr. per impedimentum ligaminis sive matrimonium ab altera parte vel illicite contractum, per impedimentum affinitatis ex copula illicita unius cum consanguinea alterius prognatum, per impedimentum sacri ordinis vel voti solemnis, per impedimenta impotentiae perpetuae et amentiae. Itemque uni parti resilire licet, si altera pars justo longius matrimonium differat, vel illa inscia et invita in regiones longinquas discedat, vel per sponsalia cum alia persona quamvis invalide contracta, fidem sponsalitiam violaverit, denique si in alterius partis bonis vel animae vel corporis vel fortunae vel bonae famae post inita sponsalia ejusmodi mutatio intervenerit, ut si praevidisset, sponsalia cum ea non iniisset, vel si quid ejusmodi, quod eam a sponsalibus merito absterruisset, tempore quidem contractus sponsalium jam exstiterit, sed ipsam latuerit et demum post inita sponsalia ipsi innotuerit.

Sponsalia sub conditione contracta non gignunt neque ineundi matrimonium obligationem neque impedimentum publicae honestatis, nisi conditione impleta; non impleta, dissolvuntur.

Sponsalia clandestine contracta per judicium ecclesiasticum absque multa haesitatione dissolvi possunt, quoties filii filiaeque familias, praesertim minores, sese obligaverint ad sponsalia talibus in circumstantiis, ut parentes eorum sive tutores rationabiliter sese illis opponant perque sponsalium effectuationem nasci possent gravia scandala, familiarum inimicitae ac disturbia, sed et una partium contrahentium a contractu recedere intendit, dummodo tamen sive post

datam promissionem sive ante illam sub illiusque fide haud fuerit secuta copula carnalis. (Conf. Litterae Clementis Augusti Archiepisc. Coloniensis Officiali Curiae Episcopalis Paderbornensis d. d. 16. Septbr. 1755 datae.)

Ceterum per se intelligitur, eam partem, quae a sponsalibus illicite et injuste resilit nec non eam, quae legitimam resiliendi causam vel celaverit vel sua culpa adduxerit, teneri ad damnum, quod inde alteri parti infertur, pro viribus resarciendum.

Has res parochi et confessarii bene nosse et prae oculis habere debent, ut conscientias dirigere et fidelibus, quid ipsis ratione sponsalium valide initorum incumbat, docere et monere possint.

Cap. 48. *De sponsorum examine.* Parochus ad publicas sponsorum denuntiationes non debet procedere, quin exploraverit, an omnes impletae sint conditiones, quae requiruntur, ut inter eos matrimonium secundum leges ecclesiasticas valide et licite contrahi possit. Et quidem, ut monet Benedictus XIV. (Conf. Apost. Litt. »nimiam licentiam« a. 1743 ad Archiepiscopos et Episcopos Poloniae datae.) »ipse tum sponsum tum sponsam seorsim caute et, ut dicitur, ad aurem explorare studeat, an ex voluntate sponte ac libenter et vero cum animi consensu in matrimonium vicissim conjungantur, nec non ut quantum fieri potest, inquirere nitatur, ullumne et cujus generis impedimentum inter contrahentes intercedat aliisne fidem sponsionemque alter ex contrahentibus dederit, de consensune parentum filii filiaeque familias contrahant.«

Si unus ex sponsis non est ex ipsius parochia, insuper ab eo requirat idonea testimonia authentica a parocho loci manu et sigillo confirmata, ex quibus cognoscere possit, se tuto ad publicam sponsorum denuntiationem procedere posse, praesertim testimonium de suscepto baptismo, testimonium de consensu parentum vel tutorum et, si secundas nuptias inire velit, testimonium de prioris conjugis morte.

Sed praeter hanc explorationem, quae denuntiationes publicas semper praecedere debet, parochus etiam ante vel inter denuntiationes, si opus videtur, inquirat, num sponsi de iis, quae ad homine christiano necessitate medii et praecepti credi et sciri debent, sufficienter instructi sint, eosque horum scientia, si carent, per privatas et repetitas instructiones imbuere satagat.

Deinde vero, id quod nunquam intermitti debet, eos diligenter, non obiter vel perfunctorie, doceat et moneat, quomodo ad digne suscipiendum matrimonii sacramentum sese praeparare debeant, qui-

nam matrimonii sit finis, quaenam officia tum erga se invicem, tum erga educandos liberos suscipiant, et quomodo etiam in matrimonio caste convivendum et christiane conversandum sit.

Postremo moneat eos, ut ante sacerdotalem benedictionem suscipiendam non solum non in eadem domo cohabitent, sed etiam omnem suspectam conversationem sollicite evitent, neque unquam sine testibus ac praesertim consanguineis conveniant vel colloquium ineant, (Bened. XIV. instit. 45.) suadeatque eis, ut sacramentalem confessionem generalem faciant, ut ferventius piae orationi insistant triduoque saltem ante solemnitatem nuptiarum sacramenta poenitentiae et sacrae communionis reverenter recipiant.

Cap. 49. *Quid detectis impedimentis parocho agendum sit.* Si diligenti examine instituto vel quocunque alio modo parochus detexerit impedimentum canonicum, quod ineundum matrimonium vel illicitum vel invalidum reddit, ad denuntiationes non debet procedere, sed potius hae denuntiationes intermittendae sunt, usque dum detectum impedimentum remotum sit. Nonnulla vero impedimenta simpliciter cessare possunt per decursum temporis, ex. gr. impedimenta aetatis, temporis clausi, voti temporalis; alia tolli possunt per intervenientes quosdam actus vel sponsorum ipsorum, ex. gr. impedimentum cultus disparitatis tollitur per alterius partis baptismum, impedimentum sponsalium per legitimam sponsalium solutionem, vel per actus potestatis ecclesiasticae, nempe per dispensationem; alia denique nullo modo removeri possunt, ex. gr. impedimentum impotentiae perpetuae, impedimentum ligaminis sive matrimonii consummati inter baptizatos, aliaque impedimenta, quae juris divini sunt. Si omnino removeri non possunt, parochus tam amanter quam serio sponsos moneat, ut a proposito suo desistant, ne in perniciem sempiternam ruant. Sin vero impedimenta ejusmodi sunt, ut per dispensationem ecclesiae removeri queant, diligenter et religiose exploret, num dispensationis justae causae existant. Quae si non existant, pariter amanter et graviter a proposito suo avocet, sin vero sibi persuasum sit, quod eae revera existant nec sponsi de proposito suo desistere velint, serio eos ab omni conversatione peccaminosa vel suspiciosa dehortetur eorumque nomine pro impetranda dispensatione ad Episcopum vel per eum ad S. Sedem Apostolicam litteras supplices dirigat.

Instructio pastoralis de conficiendis litteris supplicibus, quibus dispensatio super aliquo canonico impedimento petitur.

Sed in conficiendis illis litteris supplicibus, quibus super aliquo impedimento canonico dispensatio petitur, omnis incuria vel negli-

gentia evitetur. Nàm quoties per talem incuriam vel negligentiam dispensationes obtentae irritae fiunt! Diligenter igitur curandum est, ut nihil in talibus litteris supplicibus reticeatur, quod dispensationem impetrandam irritam reddat vitìo *subreptionis*, nihil falsi admisceatur, quod dispensationem irritam reddat vitio *obreptionis*. In istis igitur litteris exprimi debent:

1. nomen et cognomen utriusque oratoris, si preces fiunt pro foro externo (nam in precibus pro foro interno vera nomina oratorum reticenda iisque nomina ficta substituenda sunt). Num errore in exprimendo nomine vel cognomine oratorum dispensatio ipsa *subreptitia* et irrita reddatur, dubitant canonistae. Etiam dioecesis et parochia utriusque oratoris exprimi debent:

2. Exprimi debet accurate et distincte impedimentum ipsum, super quo dispensatio petitur. Exempli causa quoad *affinitatem* exprimendum est, num sit ex copula licita vel illicita: quod *crimen*, num impedimentum sit ex machinatione vel ex adulterio vel simul ex utroque: quoad *publicam honestatem*, num sit ex matrimonio rato vel ex sponsalibus; quoad *cognationem spiritualem*, num forsan inter contrahentes ipsos compaternitas duplex sit, si una pars duos liberos de sacro fonte levavit vel tenuit in confirmatione. Nam multo indecentius est, cum filio vel filia spirituali matrimonium contrahere, quam cum compatre vel commatre (Sanchez de matr. lib. VIII. disput. 24.). Pariter exprimi debet quoto gradu consanguinitas, affinitatis vel publicae honestatis ex matrimonio rato conjuncti sint oratores. Nam quo gradus propior est, eo difficilior est dispensatio. Quodsi per errorum etiam inculpabilem pro gradu propiore gradus remotior expressus foret, obtenta dispensatio irrita esset; aliter, si pro gradu remotiore gradus propior expressus esset.

3. Si oratores duplici titulo conjuncti sunt in eodem vel diverso gradu, utriusque conjunctionis mentio facienda est. Exempli gratia oratores sunt ex parte utriusque parentis conjuncti in 2. gradu vel ex uno parentis latere sunt conjuncti in 2. gradu et ex altero in 3. gradu; vel sunt *affines* ex duplici titulo, exempli gratia si orator copulam habuit cum duabus personis consanguineis intra secundum vel 4. gradum oratricis; vel duplici titulo contraxerunt cognationem spiritualem, ex. gr. si alter alterius duos filios ex sacro fonte levavit vel in confirmatione tenuit; vel alter fuit patrinus alterius; vel duplici ex parte habent impedimentum publicae honestatis, eo, quod contraxit aliquis matrimonium ratum validum cum duplici cognata intra quartum gradum ejus, qua cum vult contrahere vel duo sponsalia valida cum duabus ejus sororibus ex dispensatione Pontificia.

Si in omnibus his casibus mentio multiplicitatis ejusdem vel diversi gradus in consanguinitate, affinitate, publica honestate, cognatione spirituali omitteretur, dispensatio foret subreptitia (cf. Sanchez l. c.).

4. Si matrimonio duo vel plura obstant impedimenta, singulatim exprimenda sunt, ne dispensatio fiat subreptitia et irrita. Sed num non praeter illud impedimentum, quod per oratores indicatum est, unum vel alterum aliud exstet, quod forsitan oratores ipsos lateat, diligenter parochis inquirendum est. Saepius experientia ipsa edocti sumus, in litteris supplicibus quibus super impedimentis consanguinitatis et affinitatis dispensatio petebatur, pluries impedimentum cognationibus spiritualis, quod praeter illa impedimenta oratoribus ipsis insciis exsistebat, omissum fuisse indeque dispensationes a S. Sede Apostolica obtentas irritas esse factas. Quapropter iterum iterumque monemus, ut parochi, priusquam litteras supplices conficiant, omni sollertia inquirere velint, num et quod aliud forsan impedimentum praeter illud, quod ab oratoribus ipsis indicatum est, ineundo matrimonio obstet.

5. Sed inde, quod diximus omnia impedimenta in litteris supplicibus exprimenda esse, non sequitur, omnia impedimenta semper in *iisdem* litteris supplicibus exprimi debere. Nam non raro accidit, ut praeter impedimentum aliquod publicum etiam exstet aliquod impedimentum occultum, ex cujus manifestatione oratori vel oratrici vel etiam utrique exoriri possit infamia. Ut etiam hoc occultum impedimentum in iis precibus, quae in foro externo fiunt, exprimatur, non est necesse, sed sufficit hoc casu in litteris supplicibus Datariae porrigendis impedimentum vel impedimenta publica aperire, in alteris vero litteris supplicibus, quae ad S. Poenitentiariam mittendae sunt, impedimentum occultum, reticito nomine et cognomine, exaperire, plicato tamen etiam in his litteris ad S. Poenitentiariam dandis impedimento publico, super quo dispensatio a Dataria petita vel jam obtenta sit. Exempli causa, si quis ducere velit suam consanguineam, cui propter occultam copulam cum ejusdem sorore habitam etiam affinitate conjunctus est; hoc casu illud publicum impedimentum exprimi deberet in litteris supplicibus ad Datariam mittendis, hoc occultum (una cum publico, super quo dispensatio a Dataria petita vel jam obtenta sit) in litteris supplicibus ad sacram Poenitentiariam mittendis; in illis litteris nomen et cognomen exprimi, in his nomen et cognomen reticeri deberet.

6. Saepe etiam proh dolor! accidit, ut inter oratores, qui detenti sunt impedimento consanguinitatis, affinitatis, cognationis

spiritualis vel legalis, vel publicae honestatis, habita sit copula incestuosa sive sit publica sive occulta. Etiam haec copula incestuosa in litteris supplicibus exprimenda est, ne dispensatio obtinenda fiat subreptitia et irrita. Sed si copula occulta est, in litteris supplicibus pro foro externo reticeri potest, dummodo exprimatur una cum impedimento publico in litteris supplicibus ad sacram Poenitentiariam mittendis. Sicuti vero hac tali copula incestuosa *ante* petitionem dispensationes habita et in litteris supplicibus non expressa dispensatio irrita redditur, ita etiam dispensatio invalida fit, si copula incestuosa *post* petitionem et *ante* executionem dispensationis inter oratores habetur, vel si copula incestuosa ante petitionem habita et in litteris supplicibus expressa, post petitionem et ante executionem dispensationis reiteratur. Quapropter, ut diximus, oratores cognati vel affines serio monendi sunt, ut omni studio et religione evitent, quidquid petendam vel petitam dispensationem irritam reddat.

7. Causae dispensandi secundum veritatem exprimendae sunt, ita ut non falsum aliquid admisceatur, quo dispensatio vitio obreptionis irrita fieret. Et quamquam canonistae inter se disputant, cujusmodi et cujusnam generis falsi admixtio dispensationem irritam reddat, hacque in re communiter inter causas stricte motivas et causas impulsivas distinguere solent, tamen in praxi iis, qui litteras supplices conficiunt, haec regula inviolabiliter servanda est, ut nihil admisceant, nisi quod ex sua intima persuasione veritate nitatur.

Causae dispensandi saepius variis quibusdam circumstantiis indutae sunt, quae etiam, ut dispensatio obreptionis vel subreptionis vitio careat, exacte exprimendae sunt. Exempli causa, si inter oratores copula carnalis habita est eaque inter causas dispensandi allegatur, exprimi debet, utrum ista copula habita sit vel ex una parte vel ex utraque cum intentione facilius obtinendi dispensationem nec ne. Quodsi copula vere habita sit cum dicta intentione eaque circumstantia reticita sit in litteris supplicibus, in quibus copula carnalis inter oratores habita tanquam causa dispensandi allegata est: obtenta dispensatio irrita fit.

Itemque si inter causas dispensandi copula carnalis inter oratores habita in litteris supplicibus allegatur, in iisdem litteris exprimendum est, num oratrix impraegnata sit, nec ne. Quodsi in litteris supplicibus expressum esset, oratricem impraegnatam esse idque veritate non niteretur, obtenta dispensatio, nulla esset. Si agatur de revalidatione matrimonii cum quodam impedimento con-

tracti etiam variae circumstantiae accurate et exacte exprimendae sunt, exempli causa, an clandestine initum sit matrimonium, an cum praeviis debitis proclamationibus, an bona vel mala fide utriusque vel alterius tantum eorum, an cum intentione vel spe facilius obtinendi dispensationem, an matrimonium etiam consummatum fuerit, an qui bona fide matrimonium contraxerunt, ab ejus usu non abstinuerint simulatque nullitatem matrimonii cognoverint.

8. Postremo quum plerumque accidat, ut dispensationes a S. Sede Apostolica in forma pauperum petantur, parochis, qui litteras supplices conscribunt, cavendum est, ne temere et inconsulto paupertatem canonicam allegent, quae revera non exsistat. Sed etiamsi paupertas canonica revera exsistat, parochi in litteris ad preces adjunctis secundum veritatem adnotare velint, num oratores tam pauperes sint, ut ne minimam quidem pro canonice pauperibus taxam solvendo pares sint, vel *quantam* pecuniae summam sine gravamine solvere queant.

Cap. 50. *Quidnam animarum pastoribus erga personas catholicas matrimonia mixta contracturas observandum sit.* 1. Primum omni quo possunt studio et zelo allaborare debent, ut fideles curae suae commissi ab ejusmodi connubiis retrahantur. Doceant igitur et moneant *opportune*, *importune*, *in omni patientia et doctrina* tam totum populum *publice* sacris sermonibus et catechesibus, quam eos, quos periculo talia connubia ineundi obnoxios vident, *privatim*, utcunque occasio se ipsis offeret, ut detestentur haec connubia, prout s. ecclesia ea semper detestata sit. Quodsi tales labores opitulante divina gratia fructum ferunt iique, qui periculo ejusmodi connubia ineundi expositi erant, ex hoc periculo eripiuntur, ob id laeto animo Deo, qui solus corda hominum dirigit, maximas gratias agent.

2. Teste experientia in sede confessionali saepius quam alibi contingit, catholicas personas, quae nuptius mixtas appetunt, ab impio hoc consilio revocare. Quin imo, si jam cum personis acatholicis sponsalia contraxerint, ipsis persuadendum est, ejusmodi sponsalia tuta conscientia dissolvi posse, sive potius ea ab initio valida non fuisse, quippe quum nemo ad rem illicitam se obligare debeat.

3. Si vero omnes labores sui fructu carent neque mixtum matrimonium impediri potest, parochi certe ad evitanda mala majore eo niti debent, ut super impedimento mixtae religionis ab ecclesia dispensatio petatur.

4. Ecclesia autem super hoc impedimento nunquam dispensat nisi ob graves causas et praemissis *opportunis cautionibus*, »non modo, ut conjux catholicus ab acatholicus perverti non posset, quin

potius teneri se sciret ad hunc pro viribus ab errore retrahendum, sed etiam ut proles utriusque sexus ex eo conjugio procreanda in catholicae religionis sanctitate omnino educaretur. Quum enim non ecclesiastica solum, sed naturalis ac divina prorsus lex impediat, quominus vir mulierve in nuptiis contrahendis se aut futuram sobolem periculo perversionis temere committat, exinde sane exploratum est, omnes eas cautiones idcirco praescribi et adhiberi, ne simul cum canonicis sanctionibus naturalis quoque ac divina lex impio ausu violetur.« (Cf. Instructio Cardinalis Bernetti ad Archi- et Episcopos in Bavariae Regno super nuptiis inter Catholicos et Acatholicos ineundis).

5. Sed quaenam sunt istae *opportunae cautiones*, quas S. Sedes Apostolica requirit et quaenam istae causae graves, quae accedere debent, ut dispensatio ecclesiastica ad ineunda matrimonia mixta impetretur? Respondemus, certam quandam talium cautionum formam a S. Sede Apostolica praescriptam non esse, hancque igitur formam pro casuum et circumstantiarum diversitate diversam esse posse. Sed qualiscunque harum cautionum forma sit, cautiones ejusmodi esse debent, ut praebeant certitudinem moralem, fore ut requisitae conditiones impleantur. Parochus igitur, qui litteras supplices Ordinario porrigit, officio suo non satisfacit, si promissiones de implendis memoratis conditionibus ab utraque parte et a catholica et ab acatholica vel loco juramenti vel sub formali etiam juramento et coram duobus testibus ad protocollum emissas ad Ordinarium mittit ob easque dispensationem petit, sed simul declarare debet, num ipse moraliter certus sit, fore ut istae promissiones revera impleantur. Explorare igitur debet, num qui promissa dederunt, praesertim orator acatholicus, fide digni sint aliaeque etiam circumstantiae ejusmodi sint, ut certo sperare liceat, fore ut promissa teneantur.

Fingamus virum acatholicum, qui jam in matrimonio mixto vixerat ad idque ineundum easdem de educandis liberis in religione catholica promissiones dederat, attamen fregerat: profecto iteratae ejus promissiones, etiamsi juramento firmatae sint, opportunae non essent memoratamque certitudinem moralem non praeberent.

Fingamus virum acatholicum, qui ad ineundum matrimonium mixtum requisita promissa dedisset, bonae quidem, sed non valde firmae voluntatis esse et dependere a parentibus, cognatis aliisque hominibus, religioni catholicae inimicis, qui ad labefactandam ejus voluntatem nihil intentatum relicturi essent: istius promissiones

opportunae non essent memoratamque certitudinem moralem non praeberent.

Fingamus partem catholicam hebetioris esse ingenii, laxioris conscientiae, imbecillae fidei, at partem acatholicam majori zelo religioni acatholicae deditam: promissiones ab his datae non essent opportunae memoratamque certitudinem moralem non praeberent.

Fingamus conjuges mixtae religionis habitaturos esse in regione, ubi nulla ecclesia vel schola catholica esset, itaque educatio liberorum in religione catholica difficillima vel prorsus impossibilis foret: promissiones ab iis datae non essent opportunae memoratamque certitudinem moralem non praeberent. Apparet igitur, has et similes circumstantias sollerter explorandas et ponderandas esse solasque promissiones, etiamsi juramento confirmatae essent, minime sufficere. Parochus autem omnes has circumstantias una cum suo ipsius judicio in porrigendis litteris supplicibus ad Ordinarium aperte et ingenua referre debet.

6. Ad has opportunas cautiones etiam accedere debent *causae graves*, ut ab ecclesia super impedimento mixtae religionis dispenseter. Hujusmodi causae graves potissimum eae sunt, quae ad bonum publicum vel ad salutem animarum pertinent, si e. gr. sperare licet, fore ut per ineundum matrimonium mixtum liberi partis acatholicae ex priore matrimonio prognati in religione catholica educentur, sive liberi ex priore matrimonio mixto prognati ecclesiae catholicae serventur, sive pars acatholica ad religionem catholicam convertatur, sive scandala ex sponsae diffamatione oritura evitentur. Causae, quae tantummodo ad commoda privata pertinent, ex. gr. angustia loci, incompetentia dotis, aetas sponsae superadulta et quae ejusdem sunt generis, minoris momenti sunt, attamen in litteris supplicibus secundum veritatem afferri possunt et debent. Ceterum per se quisque videt, causas dispensandi graviores esse debere, si praeter istud impedimentum mixtae religionis etiam alia impedimenta ineundo matrimonio mixto obstant.

7. Dispensatione ecclesiastica impetrata vi indulti Apostolici in hac Dioecesi matrimonia mixta etiam loco sacro contrahi licet.

8. Si dispensatione ecclesiastica non impetrata nihilominus ejusmodi matrimonia coram ministro acatholico contrahuntur, vel valide vel invalide contrahuntur. Valide, quamquam illicite ex declaratione summi Pontificis Pii VIII. in his regionibus contrahuntur, si »non servata forma a Tridentino Concilio praescripta eisdem nullum aliud obstat canonicum dirimens impedimentum;« invalide con-

trahuntur, si etiam unum alterumque impedimentum dirimens iis obstat.

Si valide sed illicite contracta sunt, conjux catholicus, etiamsi abstinendum erit a censuris in eum nominatim exprimendis sacramentali absolutione et sacra communione indignus habendus est, donec resipuerit et »suis obligationibus, ei praesertim, qua erga suos filios ipse semper tenebitur, ad catholicam videlicet illorum omnium educationem pro viribus seduloque curandam satisfecerit.«

Si invalide contracta sunt, parochus ad Ordinarium referre debet, ut in putativum conjugem catholicum tanquam publicum concubinarium procedi queat.

Cap. 51. *Quid parochis in faciendis publicis sponsorum denuntiationibus observandum sit.* Ineundo matrimonio praemitti debent publicae sponsorum denuntiationes vel proclamationes juxta praescriptum sacrosanctae Synodi Tridentinae, quae sacri Lateranensis Concilii sub Innocentio III. celebrati vestigiis inhaerendo praecipit, »ut, antequam matrimonium contrahatur, ter a proprio contrahentium parocho tribus continuis diebus festivis in ecclesia inter missarum solemnia publice denuntietur, inter quos matrimonium sit contrahendum.« (Sess. XXIV. decr. de reform. matrim.) Quae quidem lex ecclesiastica secundum omnes et singulas suas partes stricte observanda est. (Cfr. Rit. App. pag. 50.)

Primum igitur hae proclamationes fieri debent *diebus festivis*, sub quibus intelligendi sunt dies dominicae et festa fori, quae ex praecepto ecclesiae celebrantur, minime autem festa, quae pro foro externo suppressa sunt, ex. gr. feriae tertiae Pasch. et Pentec.

Deinde fieri debent *tribus continuis diebus festivis*, i. e. diebus dominicis et festivis immediate se invicem subsequentibus, ita ut inter singulas denuntiationes non nimis longum intervallum interponatur. Quocirca statuimus et ordinamus, ut, si inter unam et alteram proclamationem vel inter ultimam proclamationem et celebrationem nuptiarum longius sex septimanis tempus interjectum fuerit, proclamationes repetantur. Sed ex altera parte inter unam et alteram proclamationem et inter tertiam proclamationem et celebrationem nuptiarum certe spatium unius diei interjacere debet, ut matrimonii impedimenta, si quae forsan subsint, detegi et ad parochum deferri possint. Quam ob eandem causam ordinamus, ut regulariter proclamationes fiant tribus continuis *dominicis*.

Porro fieri debent proclamationes nuptiarum in *ecclesia* et quidem in *ecclesia parochiali,* non igitur neque in *ecclesiis regularibus*, nisi eae forsitan simul ecclesiae parochiales sint, neque in

capellis, nisi eae forsitan simul ecclesiae parochiales sint, neque in *capellis*, nisi forsitan tota parochia pro audiendo sacro ad eas processerit.

Tum proclamationes nuptiarum fieri debent inter *missarum solemnia*, i. e. inter *missam parochialem*, quae fere ubique solet esse *summum sacrum*, vel inter concionem *sacram* (vel *ante* vel *post* eam), quae cum summo sacro conjungitur. Permittitur tamen, ut, si forsitan inter summum sacrum per oblivionem aliasque causas intermissae fuerint, etiam horis pomeridianis dum cantantur Vesperae vel solemnes precationes peraguntur, in ecclesia fiant.

Denique faciendae sunt proclamationes a *proprio contrahentium parocho* vel a sacerdote ab eo delegato. *Proprius* autem contrahentium parochus is est, in cujus parochia nupturientes habitant, sive ibi habeant *domicilium verum* sive *quasi-domicilium.*

Si nupturientes non in eadem, sed in diversis parochiis habitant, denuntiari debent a parochis utriusque et in utriusque ecclesiis parochialibus. Si uterque vel alteruter priore tempore aliis in parochiis habitabat et nondum per unius anni tempus in ea parochia habitat, ubi tempore proclamationis habitat, non satis est, ut proclamationes in ecclesia novi sui domicilii fiant, sed his etiam proclamationes in ecclesia vel in ecclesiis loci vel locorum prioris domicilii, sive veri, sive quasi-domicilii, accedere debent.

Quod *formam* harum proclamationum attinet, exprimenda sunt nupturientium nomina, cognomina et origo, itemque nomina et cognomina parentum sive vivorum sive defunctorum, nec non, si unus sponsorum vel alteruter viduus sit, defuncti conjugis. In singulis proclamationibus etiam exprimi debet, an sit prima vel secunda vel tertia. Si unus vel alteruter sponsorum illegitimus sit, haec circumstantia non exprimatur.

Unam vel alteram vel omnes tres proclamationes non quidem parochus, sed, quoad id pendet ab ecclesia, *ex gravibus causis* episcopus remittere potest. (Conc. Trid. Sess. XXIV. decr. de reform. matrim.) Hae quidem graves causae sunt ex. gr. probabilis suspicio, matrimonium malitiose impediri posse, vitatio gravis damni sive spiritualis sive temporalis, evitatio gravis scandali, imminens vitae periculum. Quae quidem si revera existant, parochorum prudentiae et judicio relinquitur, sincere illis exponendis nomine sponsorum dispensationem super hac re ab Episcopo petere ab eoque ulteriora exspectare.

Sed pro casu urgentissimae necessitatis, quando scilicet unus vel alteruter sponsorum in articulo mortis constitutus sit et legitimanda

sit proles, parochis potestatem remittendi denuntiationes hisce subdelegamus.

Cap. 52. *Impedimenta matrimonii a fidelibus ad parochum deferenda et istiusmodi delationes a parocho religiose examinandae sunt.* Quoniam proclamationibus matrimonii potissimum hic finis propositus est, ut impedimenta matrimonii, si quae subsunt, detegantur et manifestentur, curatores animarum fideles sibi commissos, si se eis occasio obtulerit, de eo monebunt eisque exponent, si qui impedimenta ineundi matrimonii noverint vel detexerint, hos ad ea parocho manifestanda graviter obligari; et ab hac gravi obligatione nonnisi eos liberari, qui absque fractione sigilli, vel laesione peculiarum muneris sui officiorum vel absque suo sive suorum gravi detrimento ei satisfacere nequeant.

Parochus autem, simulatque ei inter proclamationes aliquod impedimentum ineundi matrimonii per aliquem manifestatum sit vel per rumorem, famam sive quocunque alio modo tamquam probabile innotuerit, ex gravissimo muneris sui officio tenetur omni, qua par est, studio et circumspectione de rei veritate indagare. Examinare igitur debet, num persona, quae ad se detulit impedimentum, testis omni exceptione major sit, nam matrimonio nondum contracto jam unus testis omni exceptione major ad probandum impedimentum sufficit. Sin vero testis fide non ita dignus sit, indagare debet, num quae forsitan alia indicia vel documenta adsint, quibus testimonium illius testis confirmari possit. Si per rumorem vel famam impedimentum quoddam ipsi tanquam probabile innotuerit, sedulo indagare debet, undenam iste rumor exortus sit et quonam fundamento nitatur. Qua quidem indagatione si exsistentiam impedimenti moraliter certo cognoverit, minime ad ulteriores proclamationes vel ad copulationem nupturientium procedendum est, sed nupturientes graviter monendi sunt, ut a proposito suo desistant vel id agant, ut impedimentum removeatur, si omnino removeri queat. Sin vero illa indagatione ipsi de exsistentia impedimenti nonnisi probabilis suborta sit dubitatio quae certis contrariis argumentis removeri nequeat, sunt quidem ulteriores proclamationes vel copulatio nupturientium etiam intermittendae, sed simul tota causa est referenda ad Ordinarium ab eoque ulteriora mandata exspectanda sunt.

Ceterum per se intelligitur, impedimentum matrimonii ex *confessione sacramentali* cognitum nonnisi poenitente id expresse permittente manifestari debere et parocho ipsi, qui solummodo ex confessione impedimentum aliquod noverit, potius ineundo *irrito* matri-

monio assistendum, quam sigillum confessionale ullo modo frangendum esse.

Cap. 53. *De celebratione nuptiarum.* Ad valorem matrimonii requiritur, ut praesente parocho proprio vel alio sacerdote de ipsius parochi seu Ordinarii licentia et duobus vel tribus testibus contrahatur (Conc. Tr. Sess. XXIV. decret. de reform. matr. c. 1.).

Parochus autem proprius is habendus est, in cujus parochia vel sponsus vel sponsa domicilium verum vel quasi-domicilium habet. Quodsi nupturientes in duabus diversis parochiis habitant, tam parochus sponsi quam parochus sponsae proprius parochus est.

Ii, qui nec verum nec quasi-domicilium alicubi habent, sed vagi sunt, non debent copulari, priusquam ab Ordinario licentia impetrata fuerit.

Eorum sponsorum matrimonio, qui sacramenta poenitentiae et eucharistiae recipere renuunt, vel qui publici peccatores vel excommunicati et nondum reconciliati sunt, absque licentia ab Ordinario impetrata parochus assistere non debet.

Matrimonium solummodo in *ecclesia* contrahatur, nisi ob causas extraordinarias ab Episcopo obtenta fuerit dispensatio (Rit. Rom. Conc. C. Pr. P. II. c. 16.).

Renovamus etiam sanctiones postremae Synodi Provincialis Coloniensis, ut matrimonium *tempore antemerediano* contrahatur, ut sponsi habitu honesto minimeque lascivo, qui quum semper tum in ecclesia et in re sacra abesse debet, compareant omniaque, quae domum Dei ac rem sacram dedecent, procul habeantur (L. c.).

Tempus clausum a ss. Synodo Tridentina restrictum diligenter observetur. Si tamen ex legitima et urgente causa aliqui per dispensationem Ordinarii ad matrimonium illo tempore contrahendum admittantur, abstineatur ex una parte a celebranda missa pro sponsis vel benedictione sponsorum vel a commemoratione nuptiarum in missa et ex altera parte a solennitate nuptialis convivii, a choreis aliisque laetitiae mundanae signis, quae tempori non congruunt.

Quod celebrationem missae pro sponsis vel commemorationem nuptiarum in missa attinet, rubricae stricte observandae sunt.

Denique parochi non omittant, tam publice quam privatim fideles iterum iterumque monere, ut dies nuptiarum non profanentur vel perdantur per inhonestas vel tumultuosas oblectationes, per lascivas saltationes, immoderatas compotationes aliosque excessus, sed in omni modestia et honestate, tanquam Christus adesset, transigantur.

Cap. 54. *De matrimonii invalide contracti revalidatione.* Si ob defectum consensus vel ob aliud quoddam sublatens impedimentum

matrimonium invalide contractum est, parochus vel presbyter curatus, cui nullitas matrimonii sive in confessione sacramentali sive extra confessionem innotuerit, oportet singulari prudentia et circumspectione utatur, ut id agat, quod et privatae saluti conjugum putativorum vel genitorum ab iis liberorum et bono communi conveniat.

Ante omnia ei dispiciendum erit, num matrimonium sanabile sit nec ne. Si sanabile sit, plerumque operam suam interponere debebit, ut sanetur, quippe quum ex separatione conjugum putativorum plerumque pericula spiritualia, gravia scandala et multa incommoda exoriri soleant. Sed quanam ratione in sanandis talibus matrimoniis invalide contractis procedendum sit, ex probatis auctoribus ediscendum est.

Sin vero matrimonium insanabile sit, quandoquidem impedimentum obstans sit indispensabile, quaeritur, num nullitas matrimonii occulta an publica sit. Si publica sit, parochus omnem operam impendere debet, ut conjuges putativi separentur. Sin vero nullitas matrimonii occulta sit et ex una parte neutri conjugum cognita et ex altera parte eorum separatio sine gravi scandalo vel damno fieri nequeat, in bona fide relinquendi sunt. Sin vero nullitas uni conjugum putativorum cognita sit, is etiam alterum de nullitate certiorem reddere debet, et utrique ab usu matrimonii abstinendum est, at vero, si periculum incontinentiae non sit timendum, eis pro rerum conditione permitti poterit, ut adinstar fratris et sororis cohabitent.

Cap. 55. *De divortio.* Inter omnes constat, matrimonium inter christianos ratum et consummatum quoad vinculum nonnisi morte solvi posse. Idcirco meminerint parochi et animarum curatores, se nullo modo, si a judiciis civilibus dissolutio valide contracti matrimonii attentaretur, ad id cooperari debere, proindeque istis judiciis ne litteras quidem testimoniales exhibendas esse de facto a se tentamine conjuges inter se invicem reconciliandi. Sed divortium, i. e. separatio conjugum quoad *thorum et mensam,* ex gravibus causis fieri potest vel ad certum quoddam tempus vel ad tempus vitae. Sed conjuges, qui de isto divortio faciendo cogitant vel se invicem ultro jam deseruerunt, docendi et monendi sunt, ejusmodi divortium neque propria ipsorum auctoritate neque a judiciis civilibus, sed nonnisi per judices ecclesiasticos, ad quos causae matrimoniales spectent (Conc. Trid. Sess. XXIV. de sacr. matr. can. 12.), licite fieri posse.

Pariter vero parochi, quidquid poterunt, tentabunt, ut tales conjuges, priusquam causam suam judicio ecclesiastico submittant, reconcilientur; quod si iis opitulante gratia divina obtinget, tam erga eos ipsos quam erga eorum familiam magnum opus misericordiae exercebunt.

III. De sacramentalibus.

Cap. 56. *De sacramentalibus sive benedictionibus ecclesiasticis generatim.* Sacramentorum quandam similitudinem gerunt benedictiones illae ecclesiasticae, quae inde etiam usitato nomine *sacramentalium* vel *sacramentorum minorum* appellantur. Nam etiam hae benedictiones ecclesiasticae fidelibus multa variaque bona conferunt, quamquam neque aeque magna beneficia atque sacramenta, neque aeque infallibili effectu. Non enim, sicuti sacramenta, excellens illud bonum gratiae sanctificantis conferunt, sed alia minora bona, quae pro benedictionis diversitate et vario rerum benedictarum usu diversa esse et tam ad animae quam ad corporis salutem pertinere possunt. Neque ea bona infallibili modo et ex *opere operato* conferunt, sicut sacramenta rite dispositis conferunt gratiam, sed conferunt *per modum impetrationis*, ita ut inter sacramenta et nudas quasdam religiosas caeremonias, quae altiores res nonnisi significant earumque desiderium vel amorem excitant, quasi medium teneant. Horum igitur sacramentalium vel benedictionum administratio etiam sacri ministerii pars habenda est.

Cap. 57. *Quod fideles de pio sacramentalium vel benedictionum rerumque benedictarum usu diligenter docendi et monendi sint.* Singula quidem sacramentalia vel benedictiones institutione ecclesiae fundantur, sed benedicendi virtutem Christus Dominus, ex quo omnis benedictio effluit, ecclesiae suae impertivit. Nam frustra Jesus Christus Apostolis suis eorumque successoribus benedicendi res et personas mandatum reliquisset, nisi et ipsis benedicendi virtutem indidisset. »Quodsi,« ut inquit Apostolus Jacobus (Jacob. 5, 16.), »multum valet deprecatio justi assidua,« quanto plus valet oratio et benedictio totius ecclesiae, cujus nomine et auctoritate benedictiones ecclesiasticae ab ejus ministris perficiuntur. Has igitur benedictiones ecclesiae spernere est Dominum ipsum spernere, qui ecclesiae suae benedicendi et mandatum dedit et virtutem. De qua quidem vi et virtute benedictionum ecclesiasticarum parochi fideles sibi commissos diligenter instruant et de recto pioque earum usu, qui a diffidentia aeque remotus est atque a superstitione, eos iterum iterumque moneant. Saepe etiam eis in memoriam revocent illud effatum Dominicum: »Euge serve bone et fidelis, quia super pauca fuisti fidelis, super multa te constituam« (Matth. 25, 23.), ipsisque persuadeant, in rebus, quae ad animae salutem pertinent, saepe ab iis, quae minima appareant, pendere maxima. Inprimis vero ipsis persuadeant, ut *aquam benedictam* in vasculis etiam in domibus suis privatis, praesertim in cubiculis asservent eaque quotidie et saepius pie se asper-

gant. Quo quidem remedio pie utendo quot jam Christi fideles versutiam diabolicae fraudis fefellerunt et contra omnes ejus aggressus fortiter se defenderunt, itaque vim illius remedii in se ipsis experti sunt! Sed curatores animarum etiam ipsi fidelibus sibi commissis pio rerum benedictarum usu praeluceant.

Cap. 58. *Quid in administrandis benedictionibus curatoribus animarum observandum sit.* 1. Constat benedictiones ecclesiasticas multipliciter inter se distingui. Aliae enim benedictiones sunt, quibus personae, aliae, quibus res inanimatae vel irrationales (ecclesiae, domus, vestes, fruges, animalia) benedicuntur; aliae sunt, quae verbis et signis peraguntur (benedictiones verbales), aliae, quae peraguntur etiam adhibenda unctione olei vel chrismatis (benedictiones reales), aliae sunt, quae res vel personas, super quibus nomen Dei *invocatur*, in suo naturali statu relinquunt nec ad sacrarum rerum ordinem elevant (benedictiones invocativae), aliae, per quas personae vel res benedictae ad divinum cultum destinantur et in statu permanenti *rei sacrae constituuntur*, ita ut hunc statum, per benedictionem receptum, amplius non immutent neque ad usus profanos transferri possint (benedictiones constitutivae). Sed omnibus his benedictionum distinctionibus, quae ad hunc locum minus pertinent, praetermissis benedictiones etiam eo inter se differunt, quod aliae ab aliis personis ecclesiasticis administrandae sint. Nonnullae enim benedictiones nonnisi a summis *Pontificibus* administrantur, ab ipsis nempe benedicuntur agni Dei, pallia pro pastoribus ecclesiae, gladii pro regibus vel principibus catholicis, rosae pro reginis vel femininis principibus catholicis; nonnullae benedictiones peraguntur ab *Episcopis* ad salutem spiritualem vel temporalem dioecesium suarum vel regnorum; ab ipsis enim benedicuntur

a. illae *personae*, quae servitio Dei et ecclesiae se dedicant sive suscipiant ecclesiasticum munus (ordinationes ad ordines minores, benedictio abbatis) sive ingrediantur statum sacrum (benedictio abbatissae, benedictio et consecratio virginum); sive denique suscipiant patrocinium ecclesiae externum (benedictio et coronatio regis, reginae ut regni dominae, regis in consortem electi, benedictio novi militis);

b. illae *res*, quae vel spectant ad publicum cultum divinum, sacrificium missae vel sacramenta (benedictio primarii lapidis pro ecclesia aedificanda, dedicatio sive consecratio ecclesiae, consecratio altaris, benedictio coemeterii, reconciliatio ecclesiae et coemeterii, consecratio patenae et calicis, benedictio vestium sacerdotalium, corporalium, mapparum, novae crucis [nempe crucis coemeterii aliarumque

publice exponendarum], imaginum B. M. V. aliorumque Sanctorum, sacrorum vasorum aliorumque ornamentorum, tabernaculi, capsarum pro reliquiis, campanae, benedictio ss. oleorum) vel quae ad externam ecclesiae defensionem destinatae sunt (benedictio et impositio crucis proficiscentibus in subsidium et defensionem fidei christianae, benedictio armorum, ensis, vexilli bellici).

A *parochis* denique et *presbyteris* peraguntur ad spiritualem vel temporalem vel totius parochiae vel singularum animarum ipsis commissarum curam benedictiones per annum regulariter redeuntes, nempe benedictio luminum, cineris, palmarum, ignis paschalis, candelae paschalis, fontis baptismalis, vel illae, quae Dioecesi Nostrae propriae sunt, benedictio herbarum in festo assumptionis B. M. V., benedictio candelarum in festo S. Blasii, benedictio vini in die S. Joannis Evangelisticae, benedictio salis vel pabuli pro animalibus, benedictio in peste et afflictione animalium, benedictio domus a daemonio vexatae. Itemque benedictio aquae lustralis diebus dominicis et quandocunque opus fuerit, benedictio communis super fruges et vineas, novorum fructuum, preces ad repellendam tempestatem; denique ad usum vel salutem singulorum: benedictio mulieres post partum, candelarum, domorum, loci, domus novae, thalami, novae navis, peregrinorum, benedictiones esculentorum.

2. »Noverit« igitur »sacerdos, quarum rerum benedictiones ad ipsum et quae ad Episcopum suo jure pertineant, ne majoris dignitatis munera temere aut imperite unquam usurpet propria auctoritate« (Rit. R.). Nonnullae enim benedictiones Episcopis tam propriae sunt, ut presbyteris nonnisi vi specialis indulti Apostolici competant (ex. gr. consecratio ecclesiarum), aliae quidem Episcopis reservatae sunt, sed presbyteris ab ipsis delegari possunt sive propria auctoritate (benedictio primarii lapidis pro ecclesia aedificanda, benedictio ecclesiae vel oratorii publici, benedictio coemeterii, reconciliatio ecclesiae pollutae, quae nondum consecrata erat, sive reconciliatio coemeterii, si non polluta est ecclesia), sive vi indulti Apostolici, ex. gr. quinquennalium facultatum (benedictio vestium sacerdotalium, mapparum, corporalium, vasculorum pro S. Eucharistia, novae crucis vel imaginis publice exponendae). Nonnullae denique benedictiones, quae presbyteris propriae sunt, jure communi parochis reservantur, ita quidem, ut alius sacerdos nonnisi licentia ab ipsis impetrata eas peragere possit, nempe benedictio nuptialis, benedictio mulierum post partum, benedictio fontis baptismalis.

3. Denique curatores animarum benedictiones, quae ipsis competunt, peragant in fide, cum omni devotione et pietate et id quidem

non aliis ritibus, caeremoniis et precationibus, quam iis, quae in Rituali Romano continentur vel ipsi conformes sunt (S. R. C. 7. Apr. 1832.).

Sin vero forte pro peragenda quadam benedictione formula legitime approbata vel permissa non existat, sciant, secundum decisionem S. R. C. producendum esse signum crucis super re benedicenda cum formula: »in nomine Patris ....«, deinde rem ipsam absque cereo accenso cum aqua benedicta aspergendam esse (S. R. C. 12. Aug. 1854. ad 68.).

Postremo illam Ritualis Romani rubricam observent, ut »in omni benedictione sacerdos saltem superpelliceo et stola pro ratione temporis utatur, nisi aliter in Missali notetur,« itemque, ut »habeat ministrum cum vase aquae benedictae et aspergillo et cum Rituali libro seu Missali.«

Cap. 59. *De exorcismis.* Firma fide tenendum est, permittente Deo daemones etiam corpora hominum obsidendi habere facultatem. Sed Jesus Christus, qui daemonibus imperavit eosque ex obsessis ejecit, etiam discipulis suis et omnibus fidelibus super eis potestatem dedit. »Magna« enim, ut ait ille celeberrimus Eremitarum Patriarcha Antonius (In vita apud Athanas.), »adversus daemones arma sunt vita sincera et intemerata ad Deum fides. Credite, inquit, mihi experto, pertimescit Satanas recte viventium vigilias, orationes, jejunia, mansuetudinem, voluntariam paupertatem, vanae gloriae contemptum, humilitatem, misericordiam, viae dominatum et praecipue cordis purum erga Christum amorem. Novit deterrimus coluber ex praecepto Domini, sub justorum se jacere vestigiis, qui ait: Ecce dedi vobis potestatem calcandi super serpentes et scorpiones et super omnem virtutem inimici« (Luc. 10, 19.). Sed praeter hanc *generalem* super daemonibus potestatem, quae a Christo Domino omnibus fidelibus concessa est, *specialis* quaedam super eisdem potestas tributa est ecclesiae, quam vi ordinis Exorcistatus in persona Christi ipsius exercet. Quamquam vero ex una parte hic Exorcismorum usus ex divina institutione repetendus est et Apostolica traditione universalique ecclesiae consuetudine et praescripto fundatur, tamen ex altera parte prudenter et sollicite cavendum est, ne exinde impii occasionem irridendi et cavillandi capessere possint et infirmis scandala aliaque incommoda gignantur. Quare antiquae Synodi hujus Dioeceseos sanctionem renovamus, ut nullus omnino in civitate ac Dioecesi Nostra Paderbornensi posthac praesumat exorcizare vel judicare, an aliquis sit vel non sit obsessus, sine Nostra Nostrive Vicarii in Spiritualibus Generalis facultate per praesentes seu alias scripto obtenta.

Licentiam porro Exorcismi utendi a Nobis vel antedicto Nostro Vicario adeptus et deinceps adepturus, licet operetur in persona ecclesiae et eatenus preces sint Deo gratae et effectu suo non careant, sit nihilominus pura et munda cumprimis conscientia, profunda humilitate ac ferventi in Deum fide et fiducia in divina tutela et ope, orationi et jejunio aliisque sub iisdem comprehensis piis operibus deditus, quibus homo contra maleficia et daemonis machinationes maxime praemunitur; ad id muneris obeundum accedat in ejusdemque functione graviter, pie ac religiose se gerat, nec aliis quam in Rituali Romano Dioecesi huic Nostrae accommodato praescriptis utatur Exorcismis, precibus et caeremoniis, quantumcunque piae et bonae appareant, sine Nostra Nostrive Vicarii supradicti permissione (Synod. Dioec. p. I. tit. 9.).

Pars tertia. De disciplina ecclesiastica.

I. De disciplina populi christiani.

Cap. 1. *Quonam omnis disciplina christiana tendat.* Omnis disciplina populi christiani in eo vertitur, ut ex grege Jesu Christi malum peccati *removeatur* et bonum virtutis christianae in eo *promoveatur*. . . . .

Cap. 2. *Quod malum ex populo christiano omni studio removendum sit.* . . . . Videant igitur curatores animarum, quonam potissimum labores sui dirigendi sint ac contra quos et quales hostes hodiernis temporibus potissimum proelia Dei sint pugnanda. Pugnent ea proelia fortiter et indefesse, sed sciant fortitudini in pugnando haec proelia etiam parem esse debere prudentiam et discretionem.

1. Memores effati sancti Gregorii Magni quod »vita pastorum vigilia« (Greg. M. Ep. 1, 79.) pastores curatoresque animarum sollicite vigilent, ne omnino gliscens aliquod in grege sibi commisso malum prorumpat, sed ut tanquam in germine suo extinguatur. Invigilent inprimis juventuti, ne laqueos insidiatoris incurrat. Arceant adolescentes et juvenes a consuetudine perversorum hominum, incautos moneant, leviores objurgent, periclitantes faucibus rugientis leonis conentur eripere. Pugnent, quo meliori modo possunt, contra choreas et tumultuosas publicas oblectationes, contra frequentationes tabernarum et commercia compotationum, contra ludos theatrales, contra leviores inter adolescentes et virgines familiaritates occultosque eorum conventus, sive potius conventicula aliasque res similes, quae peccatorum occasiones et pericula esse solent. Moneant amanter et opportune, moneant serio et importune, moneant publice, moneant privatim, moneant etiam parentes eorumque vigilantiam excitent.

Si conatibus et laboribus suis successus non illico respondeat, non cadant animo, sed Dei meminerint causam esse, pro qua pugnent, non suam, Deumque suam causam defensurum esse, dummodo nos ipsi id faciamus, quod facere possumus. Ad praecavenda certa quaedam communia in parochiis suis pericula vel peccata et scandala etiam viros laicos honestos adjutores sibi adsciscant vel pro rerum conditione etiam magistratus civiles. Qui quidem quo promptius ad praecavenda graviora quaedam pericula peccatorum vel scandala in parochiis adjutrices manus sibi porrigant, eorum animos sibi propensos efficere studeant et quantum in se est et sine laesione officiorum suorum id fieri potest, cum eis pacem et concordiam servent et foveant.

2. Si gliscentia in parochiis suis mala exstinguere et scandala quaedam impedire non potuerint, certe omni, qua possunt, vi majorem noxiam impedire et scandala removere studeant. »Ad hoc« enim, ait S. Augustinus, »speculatores h. e. populorum praepositi constituti sunt in ecclesiis, ut non parcant objurgando peccata« (Aug. C. D. l. 1. c. 9.). Publica peccata et crimina etiam publice objurgent, ne, etiamsi publici peccatores ad frugem meliorem non redeant, alii audaciores fiant eorumque perversis exemplis trahantur. Iras et inimicitias parochianorum suorum componant, publica blasphemiae, adulterii, concubinatus, fornicationis, usurarum et similia scandalosa crimina, quae ad cognitionem et correctionem ecclesiae pertinent, seria gravique commonitione atque interpositione corrigere studeant et ubi monitione sua non profecerint, Nos vel Officiales Nostros ad coercendos et puniendos pertinaces implorent (Syn. Dioec. p. III. tit. 2.).

Cap. 3. *Quod bonum in populo christiano omni studio promovendum sit.*

Cap. 4. *Quod sodalitates fovendae et sollicite prudenterque dirigendae sint.* .... Foveant praecipue illas sodalitates, quarum statuta ita comparata sunt, ut abusibus, excessibus vel vitiis, in parochiis suis maxime divulgatis, tanquam munimentum quoddam se opponant vel quae urgentibus totius ecclesiae necessitatibus maxime congruant et succurrant. Harum numero inter alias accensendae sunt: sodalitas *S. Francisci Xaverii* ad fidem catholicam inter infideles propagandam; sodalitas *S. Bonifacii* ad catholicos in regionibus Germaniae inter acatholicos commorantes in sancta religione catholica conservandos et sublevandos; *sodalitas S. Petri* ad exorandum a Deo omnium aberrantium in ecclesiae sinum revocationem; *sodalitas S. Michaelis* ad necessitates S. Sedis Apostolicae sublevandas.

Illarum vero numero inprimis accenseri debent: *sodalitas S.*

Cordis Jesu nec non *B. Cordis Mariae*, ad exorandam a Deo conversionem peccatorum; *sodalitas de doctrina christiana*, quam supra jam commendavimus; *sodalitas de ss. Sacramento* ad hoc augustissimum mysterium singulari amore venerandum; *confraternitas temperantiae* sub titulo Beatae Mariae Virginis; sodalitates Marianae, sodalitates tum juvenum tum puellarum ad retrahendam christianam juventutem a choreis aliisque mundi vanitatibus et illecebris, in oppidis *consociatio juniorum opificum* ad hos a corruptela tutandos atque tum in opificii rebus tum in doctrina christiana instituendos.

Videant igitur parochi, quaenam harum sodalitatum ipsorum parochiae magis congruant vel rei catholicae plus utilitatis afferant. Videant etiam, an institutae in ecclesiis suis sodalitates legitime erectae sint, et curent, ut postea erigendae legitime et canonice erigantur. Ad id vero secundum constitutionem Clementis VIII. (Constit. »Quaecunque« d. 7. Dec. 1604 promulg. a. S. C. Ind. 27. Dec. 1706. Cfr. Rit. App. pag. 103.) requiritur, ut nonnisi una sodalitas *ejusdem nominis* et *instituti* in eadem ecclesia et urbe, vel oppido vel vico instituatur, neque in alio quoque loco ultra horam ab ecclesia, ubi aliqua sodalitas ejusdem nominis et instituti erecta est (exceptis tantum sodalitate de Ss. Sacramento et de doctrina christiana, quae in qualibet ecclesia parochiali erigi possunt); (S. C. Indul. 7. Febr. 1607.) deinde ut erectio fiat de consensu Ordinarii, a quo etiam statuta sodalitatum examinanda et approbanda sunt, nec non ut gratiae et indulgentiae sodalitati concessae nonnisi praevia Ordinarii cognitione promulgentur, ut confessarii sodalitatis ab ipso approbentur, denique ut ab Ordinario praescribatur, quanam ratione a sodalitate eleemosynae excipiendae et ad quos pios usus eae erogandae sint.

2. Sed non satis est, ut ejusmodi piorum consociationes et sodalitates in parochiis erectae sint et existant, sed eae etiam sollicite et prudenter ad finem suum dirigendae sunt. Etiam ad eas pertinet illud Domini effatum: »*Spiritus est, qui vivificat, caro non prodest quidquam.*«

II. De disciplina Cleri.

Cap. 5. *Quaenam disciplinae clericalis summa sit.* Omnis disciplina clericalis his duabus rebus comprehenditur, primum ut viri ecclesiastici particularia officia status et muneris sui religiose impleant, deinde ut vitae et virtutis christianae exemplo populo christiano praefulgeant. . . . .

A. De particularibus status clericalis et muneris pastoralibus officiis.

Cap. 6. *De canonicis capitularibus.* Canonici capitulares »quo majorem inter fratres adepti sunt gradum, eo majores esse debent

in eis virtutum clericalium splendor, pietas, zelus, humilitas, sacrarum litterarum cultura et disciplinae ecclesiasticae juxta sanctos Canones observantia« (Conc. Prov. Auscit. 1851. Tit. II. C. V.). Cetera eorum officia particularia delineavit postrema Synodus Provincialis, ad cujus decreta hic remittere satis est (P. II. C. V.).

Cap. 7. *De decanis ruralibus.* Tales se exhibeant Decani rurales, ut vere dici possint *oculi Episcopi Ejusque Vicarii.*

Invigilent igitur in decanatibus suis tam populi quam cleri moribus formandis et reformandis cultui divino rite peragendo legumque ecclesiasticarum observationi. Quotannis singulas parochias decanatus sui visitent de earumque statu ad Ordinariatum fideliter referant. Conferentias pastorales modo supra praescripto dirigant.

Paci et concordiae inter presbyteros decanatus sui consulant, dissidia, si quae inter eos exorta fuerint, ex aequo et bono componant, negligentiores excitent, delinquentes fraterne corrigant, haesitantes consiliis suis adjuvent, omnibus exemplo suarum virtutum praeluceant. Etiam ipsorum est, parochos nominatos in possessionem introducere, iisdem morbo decumbentibus, si his placuerit, sacramenta administrare, defunctorum sepulturae et exsequiis praeesse, denique curare, ut archivum parochiale successori tradendum obseretur et vacantis parochiae administrator provisorio modo constituatur (C. Pr. C. P. II. C. VII.).

Cum Synodo Provinciali Coloniensi parochis concedimus facultatem tres e gremio capituli per schedulas secretas Ordinario designandi, ex quibus is, quem digniorem et aptiorem judicaverit, decanum nominabit. Quodsi nullus ex designatis rebus gerendis satis idoneus esset vel alia de causa Ordinario conscientia interdiceret, ne quem ex illis delegatum suum constituat, ipse ex ceteris capituli parochis alium, quem dignum et idoneum putaverit, decanum nominabit (L. c.).

Cap. 8. *De definitoribus.* Praeter decanum in singulis capitulis pro eorum ambitu vel unus vel duo definitores constituantur, qui decanum in gerendis rebus gravioribus, quae ad totum capitulum spectant, consilio et ope fideliter adjuvent ac praeterea fabricarum bonorumque ecclesiasticorum curam ab Ordinariatu ipsis demandatam sollerter gerant. Etiam secundum ordinem vices gerant decani legitime impediti. Si pro capitulorum ambitu duo definitores constituendi sunt, unum Ordinarius nominabit, alterum parochi capituli per schedulas secretas Episcopo approbandum exhibeant; si unus tantummodo constituendus est, etiam parochis permittimus, ut eum Nobis designent.

Cap. 9. *De parochis.* Parochi nunquam obliviscantur, ab ipsorum cura et sollicitudine pastorali vel incuria et negligentia plerumque animarum sibi commissarum pendere salutem vel perniciem. Egregie enim Sanctissimus Pater Pius IX. litteras encyclicas ad Episcopos scribens »neque ignoratis,« inquit, »majore diligentia Vobis in illorum praecipue mores et scientiam esse inquirendum, quibus animarum cura et regimen committitur, ut ipsi tanquam fideles multiformis gratiae Dei dispensatores plebem sibi concreditam sacramentorum administratione, divini verbi praedicatione ac bonorum operum exemplo continenter pascere, juvare, eamque ad omnia religionis instituta ac documenta informare atque ad salutis semitam perducere studeant. Intelligitis nimirum Parochis officii ignaris vel negligentibus continuo et populorum mores prolabi et christianam laxari disciplinam et religionis cultum exsolvi atque convelli ac vitia omnia et corruptelas in ecclesiam facile invehi« («Qui pluribus« 20. Nov. 1846.).

Vere igitur sint, qui vocantur, pastores animarum supremique pastoris imaginem, quantum id fieri possit, in se exprimant. Primum hunc bonum et supremum pastorem imitentur in eo, ut *cognoscant oves suas.* Cognoscant parochianos suos singulos explorentque, quanam praediti sint indole, quibusnam sint moribus, quam diligenter vel negligenter officia religionis et status sui impleant, quibusnam tam corporalibus quam spiritualibus necessitatibus laborent. Quam ob causam interdum singulas parochiarum suarum familias vel domos visitent omnique humanitate ad humillimos quosque et abjectissimos se demittant eorumque querelis aurem et animum aperiant. Caveant, tamen, ne curiosius vel importunius talibus negotiis se immisceant, quae ad suam curam non pertinent, multoque minus se unquam partium studiis implicari patiantur. Id quoque attendant, ut quae de statu animarum parochianorum suorum ipsis explorata sunt, in peculiari libro, prout Rituale Romanum monet, accurate conscribant subindeque, ea, quae supplenda sunt, suppleant.

Deinde vero parochi Christum, supremum pastorem, imitentur in *pastorali zelo et amore.* Quo si vere incensi sunt, id unum quaerent et omnes curas et sollicitudines suas eo intendent, ut tam totius populi bonum spirituale, quam singulorum salus procuretur. Singularem vero curam gerent

1. publici cultus divini rite digneque peragendi.

Omnia igitur, quae de missae celebratione ejusque pro populo applicatione, de administratione sacramentorum, de praedicatione verbi divini supra exposita sunt, exacte observabunt. Praeterea, si in parochiis suis duo vel plures presbyteri occupati sunt, curabunt parochi,

ut missae tam diebus dominicis et festis, quam ferialibus eo tempore et ordine celebrentur, ut fidelibus commoda assistendi occasio praebeatur (Conf. supra P. II. c. 5. itemque Conc. Pr. Col. P. II. c. VI.). Presbyteros vero peregrinos, vagos vel ignotos litteris testimonialibus non praeditos ad celebrationem missae et administrationem Sacramentorum in ecclesia sua sine Nostra vel Vicarii Nostri licentia non admittant. Porro curabunt, ut *supplicationes* sive *processiones sollemnes* secundum ecclesiae statuta et diebus praescriptis cum decore et pietate habeantur ab eisque omnis armorum et tympanorum strepitus bellicosus vel clangor tubarum excludatur, excepto comitatu, quem Guardiam honorariam vocant (C. Pr. C. l. c. Cfr. Rit. Manuale p. III. pag. 7.). Itemque curabunt, ut ab ecclesiis cultuque divino *musicae eae,* ubi sive organo sive cantu lascivum aut impurum aliquid miscetur, arceantur (Conc. Trid. Sess. XXII. decr. de quibusd. observ. et evit. in celebr. missae.).

Cantus sit modestus et gravis itaque comparatus, ut vere pios animi affectus excitet populumque aedificet. Strepitus instrumentorum confusus et vocum magni conclamantium quam concinentium impetus et tumultus rem divinam dedecet ab eaque procul pellendus est (C. Pr. C. P. II. c. XX.). Neque ulla unquam cantio, quae ab Ordinario non est approbata, in ecclesiis cantanda est. Pulsus organi rei sacrae adaptatus sit; interludia profana, frivola vel nimis longa non tolerentur. In missa tempore elevationis organum vel omnino sileat vel cum omni melodia et gravitate pulsetur.

Deinde parochi singularem curam impendent

2. ecclesiae sive aedibus sacris

omnibusque rebus, quae ad ecclesiae cultum et nitorem pertinent. Curabunt, ut ecclesiae et omnes ejus partes mundae nitidaeque serventur. Munda sint praecipue altaria, saepius per annum expolienda; candelabra, sacrae tabulae, imagines perpetuo niteant; pavimenta vero octavo quoque die verrantur. Inprimis linteamina, quae in ss. missae sacrificio vel in sacramentis administrandis adhibentur, praesertim, quae ss. Eucharistiam immediate tangunt, munda et nitida semper habeantur. Paramenta sint usui apta et integra, et variae illae supellectiles, quae in sacris officiis adhibentur, tali forma conficiantur, ut a suppellectilibus profano usui destinatis differant (C. Pr. C. l. c. Cfr. Rit. App. s. v. Missa pag. 20.).

Novae imagines, statuae, picturae in vexillis nullibi, nisi prius ab Ordinario examinatae et approbatae sint, perficiantur vel adhibeantur. Caveatur omnis saecularis vanitas, levitas vel inusitata quaelibet forma imaginum aut statuarum ornatus a catholicae et

apostolicae Ecclesiae Romanae moribus alienus; exacteque ea observentur, quae de sacris imaginibus tum sacrosancta et oecumenica Synodus Tridentina, tum Summus Pontifex Urbanus VIII. peculiari hac super re edita constitutione sancivit. In exponendis Sanctorum imaginibus studiose diligenterque curandum est, ut prototypis, quae per illas repraesentantur, juxta veritatem historiae ac receptam et probatam catholicae et apostolicae Ecclesiae traditionem, quoad fieri potest, simillimae sint.

In pavimento Sanctorum imagines vel Cruces non pingantur nec ubi clavis transfigi poterunt vel fuligine pluviaque deleri vel deformari (Syn. Pad. Dioec. P. I. tit. 11. Cfr. Rit. App. pag. 95 et 96.).

Reliquiae Sanctorum in vasis honestis seu capsulis obseratis locoque honesto (non tamen in tabernaculo ss. Sacramenti) asserventur, nec ex iis per alium quam Ordinarium loci aut ab eodem ad id potestatem in scriptis habentem unquam educantur.

Ad majorem Dei et Sanctorum cum eo regnantium gloriam nec non populi pietatem accendendam in festis Sanctorum, quorum Reliquiae elevatae, ornatae et decenter inclusae sunt, easdem cum antiqua dioecesana Synodo in altaribus aut aliis aptis locis exponi mandamus, sed eas populo passim ostendi ac temere omnium oculis exponi nequaquam convenit et quidem extra capsas seu loculos nulla ratione ad servandam majorem earum reverentiam, si tamen uti paulo ante dictum est, vel ob magnam certorum festorum celebritatem vel ob populi devotionem excitandam vel ad Deum per intercessionem Sanctorum suorum et repraesentationem sacrorum pignorum placandum, Reliquiae hujusmodi aut praeter consuetudinem aut pro more ostendendae videantur, jubemus, ut non a Laicis etiam cujusvis ordinis et dignitatis personis, sed a Clericis sacris ordinibus initiatis superpelliceo ac desuper pluviali vel minimum stola pro Reliquiarum ecclesiaeve ratione indutis sollemni cum apparatu accenso lumine ac sine quaestu omni exhibeantur, et in ostendendis iis ea gravitas, reverentia et pietas adhibeatur, quae fidem et religionem christianam prae se ferat et intuentium animos ad omnem pietatem et reverentiam commoveat; ostendantur vero Reliquiae sincerae, et non falsae pro veris, non incertae et dubiae pro certis ac probatis, non incognitae pro cognitis, sine superstitione, omni fraude et abusu. Quocirca opus erit, singulis schedam aliquam, e qua dignoscantur, apponere (L. c.). Novae Reliquiae publicae venerationi non exponantur, nisi prius a Nobis juxta praescriptum sacri Concilii Tridentini recognitae et approbatae fuerint (L. c.)

Denique parochi, decorem domus Dei diligentes, omnes actiones

saeculares, vana atque adeo profana colloquia, deambulationes, strepitus, clamores ab ecclesia arceant, ut domus Dei vere domus orationis esse videatur ac dici possit (Conc. Trid. Sess. XXII. decr. de observ. et evit. in cel. missae.).

Porro parochi etiam singularem curam impendent

3. coemeterio,

quippe quod tanquam pars ad ecclesiam parochialem ipsam pertinet. Inprimis curabunt, ut coemeterium apto muro cingatur, ut a profanis usibus arceatur et ut in medio crux elevata sit. Cruces e tumulis deciduae non negligantur vel pedibus proterantur. Prope coemeterium sit locus separatus non benedictus, ubi sepeliantur infantes sine baptismo defuncti. Sepultura ecclesiastica etiam privandi sunt infideles, haeretici, apostatae, schismatici et nominatim excommunicati, itemque ii, qui se ipsi culpabiliter interfecerunt, qui in duello moriuntur, omnes denique manifesti et publici peccatores et sacramentorum contemtores, qui sine poenitentia perierunt. Si forsitan dubium exoriatur, num aliquis defunctus sepultura ecclesiastica privandus sit nec ne, parochis ad judicium Ordinariatus recurrendum erit.

Itemque parochi singularem curam impendent

4. scholae,

et juventuti, tam adolescentibus, quam virginibus eaque erga scholam et juventutem officia, quae supra a Nobis delineata sunt, religiose implebunt.

Etiam singularem rationem et curam habebunt:

5. pauperum viduarum, pupillorum, aegrotorum et moribundorum, bene memores, se ejus vicem gerere, qui viduarum et orphanorum patrem, qui derelictorum et pauperum adjutorem se appellat. His miseris et derelictis personis, quantum poterunt, solatium, levamen, auxilium ferent; nosocomia, orphanotrophia, senum hospitia aliasque domus christianae charitatis amore suo prosequentur et saepius visitabunt; graviter decumbentes spirituali medicina reficient, contra tentationes impatientiae, pusillanimitatis aliasque istius generis-tentationes confortabunt, proximos morti ad mortem praeparabunt, omnibus denique omnia fient, ut omnes Christo lucrifaciant.

Invigilabunt parochi etiam

6. aedituis;

nempe curabunt, ut ad hoc munus admittantur nonnisi probi et religiosi viri, qui pietate et reverentia erga res sacras aliis fidelibus praeluceant, ac decorem domus Dei diligant. Vigilabunt parochi, ut, qui ad hoc munus admissi sunt, omnibus ejus officiis religiose satisfaciant, inprimis ut ecclesiam aeque ac ecclesiae supellectilem mundam

conservent, ut comparationem rerum, quae ad cultum peragendum necessariae sunt, sollicite procurent, ut easdem fideliter custodiant, ut fideliter custodiant claves ecclesiae, denique ut sacris functionibus attente assistant et id quidem, si ob locorum rationes opportunum videtur, veste talari et superpelliceo induti. Iidem munus suum ingredientes juramentum secundum formulam in Rituali Dioecesano descriptam in manus parochi emittant.

Neque dedignentur parochi vigilantes oculos conjicere in *pueros Missae inservientes.* Provideant, ut complures, non solum unus vel alter, ad hoc sacrum servitium instituantur qui id secundum seriem obeant et ut ad hoc officium ii inter pueros eligantur, qui pietate, modestia bonisque moribus praestant, itemque ut responsoria bene calleant distincteque pronuntient. Deinde providendum est, ut attente, modeste, devote officio suo fungantur.

Denique parochi curabunt, ut

7. *archivum parochiale*

bene sit ordinatum. Diligenter et exacte conscribendi sunt libri parochiales, nimirum matriculae baptizatorum, confirmatorum, conjugatorum, defunctorum. Nec non sollerter conficiantur registra scholae, status animarum, fundationum aliorumque documentorum parochialium et haec documenta omni sollicitudine conserventur.

Postremo parochi sollicite curabunt, ut etiam

8. *jura et bona temporalia*

tam ecclesiarum quam parochiarum debite conserventur et administrentur. Ea nonnisi obtenta ecclesiasticae auctoritatis licentia locentur. Neque domus parochorum vel vicariorum non licet nonnisi expressa ab Ordinariatu impetrata licentia laicis locari.

Si de redituum e beneficiis et officiis provenientium inter antecessorem et successorem controversiae exoriantur, hae non sunt ad judices saeculares deferendae, sed, si non inter utramque partem pacifice componi queant, interposita auctoritate Ordinariatus terminandae sunt (C. Pr. Col. P. II. c. 32.).

Cap. 10. *De presbyteris subsidiarie curatis.* Presbyteri una cum parocho in cura animarum occupati serio perpendant, se aliquando etiam una cum parocho reddere debere de animabus curae ipsorum commissis rationem. Ad has igitur animas Domino lucrifaciendas fideliter operam suam cum opera parochi conjungant, neque solum illa officia, ad quae vel per legem fundationis beneficii sui vel per consuetudinem vel per instructiones Ordinariatus stricte obligati sunt, religiose adimpleant, sed charitate Christi et zelo animarum accensi suapte sponte et liberrima voluntate etiam alios curae ani-

marum labores ipsis ex officio non incumbentes in se suscipiant. Sed ex altera parte nunquam oblivisci debent, directrices partes curae pastoralis totius parochiae competere parocho, neque ulla re religioni majus detrimentum inferri posse, quam si in una eademque communitate altare erigatur contra altare. Quapropter juribus parochi nunquam quidquam derogent neque aut machinationibus occultis aut conatibus apertis auctoritatem ejus pastoralem minuant vel labefactent. Animos parochianorum ab ipso non abalienent, sed potius quovis meliori modo ipsi concilient; bonae famae ejus parcant. In ordine peragendi officia divina eo inconsulto vel prudenter invito nihil quidquam immutent; de statu scholarum et aegrotorum, quos visitant, eum certiorem reddant; in omnibus rebus, quae ad curam pastoralem externam spectant, ad ejus sapientia monita et consilia se accommodent, sin vero ea, quae statuit vel ordinavit, saluti animarum vel sanctionibus ecclesiasticis ex certa sua persuasione repugnant, id ei, veritati aeque ac bono pacis consulentes, ingenue et modeste exponant. Parochi denique legitime impediti, quotiescunque ab eo requisiti fuerint, vices obsequiose suppleant.

Sed si parochi a presbyteris curarum et laborum pastoralium suorum sociis ejusmodi charitatis obsequia exspectant, eos etiam eadem charitate praeveniant sibique devinciant oportet. Se gerant erga eos non ut eorum domini, sed ut amici et confratres. Fraterna charitate eos diligant, fraterne de necessitatibus spiritualibus parochiarum suarum deque capessendis eis subveniendi consiliis cum eis conferant, fraterne etiam, si opus est, eos moneant et corripiant. Profecto nihil est, quod magis angelos coelestes laetificet, ecclesiam aedificet, ecclesiae inimicos terreat, quam haec inter eorumdem in vinea Domini laborum socios amica societas veraque pax et concordia.

Cap. 11. *De parochorum et presbyterorum curatorum residentia.* Sed ut parochi presbyterique curati officia muneris sui pastoralis rite adimplere possint, eorum *residentia personalis* necessario requiritur. Quapropter postremi Concilii Provincialis Coloniensis de curatorum animarum residentia hasce sanctiones renovamus atque omnibus viris ecclesiasticis Dioeceseos Nostrae denuo inculcamus.

»Parochis nunquam sine justa causa nec nisi constituto aliquo, qui absentium vices gerat, a parochia discedere licet. Quem vero pro se constituerint, non domesticis tantum, sed aedituo etiam indicabunt.«

»Quoties per tres dies feriatos, abitus et reditus diebus simul inclusis, absentia proroganda est, decanum, antequam itineri se committunt, itineris et meta et causa indicata certiorem facient; ultra triduum vero absque licentia decani non absint. Per diem domini-

cum vel festum pariter adventus et quadragesimae tempore nonnisi licentia ab Ordinario obtenta et litteris expressa, quam se impetrasse decano nunciabunt, adesse licet.«

»Presbyteri curati auxiliares, etiam quum non usque ad tertium diem absentia producitur, licentiam a parocho et quum diutius, per parochum a decano aut, ubi necesse est, ab Ordinario petent.«

»Decani in relationibus annuis Episcopo faciendis mentionem facient de itineribus curatorum, annotantes, utrum licentia petita et concessa fuerit« (C. Pr. C. P. II. C. VI.).

B. De Clericorum vita et honestate.

Cap. 12. *Quantum a Clericorum vita dependeat.* Opportunum videtur, viris ecclesiasticis praeclara de hac re verba et monita postremae hujus Dioecesis Synodi in memoriam revocare. »Nihil fere est, inquit, quod hoc saeculo tam sit exoptandum, quam ut ii, qui in sortem Dei vocati divina munera dispensant ac ministeriis ecclesiasticis praeficiuntur, vita et exemplo id praestent, quod professione, statu et vocatione sua promittunt, ut, qui in eos tanquam in speculum oculos suos conjiciunt, laici invenire possint, quod digne imitentur. Hoc enim omnibus fere saeculis compertum fuit, pro sacerdotum vita benedictionem aut maledictionem a Deo in populum procedere, nec quidquam gravius ecclesiae aut reipublicae accidere aut illam vehementius affligere, quam si a clericis laici bonae vitae incitamenta et exempla petere non possint, quod gravissime olim deploravit S. Gregorius et nos ipsius verbis repetimus: »Nullum puto, fratres charissimi, ab aliis majus praejudicium, quam a sacerdotibus tolerat Deus, quando eos, quos ad aliorum correctionem posuit, dare de se exempla pravitatis cernit: quando ipsi peccamus, qui compescere peccata debuimus, nulla animarum lucra quaerimus, ad nostra quotidie studia vacamus, terrena concupiscimus, humanam gloriam intenta mente captamus et quia eo ipso, quo caeteris praelati sumus, ad agenda quaelibet majorem licentiam habemus, susceptae benedictionis ministerium vertimus ad ambitionis argumentum, Dei causas relinquimus, ad terrena negotia vacamus, locum sanctitatis accipimus et terrenis actibus implicamur.«

Hinc nos serio ac sub obtestatione divini judicii monemus omnes et singulos, ut quo sunt in ecclesia Dei digniore loco et ordine, eo vitam gerant inculpatiorem, statumque suum vitae innocentia ac morum gravitate diligentius exornent.

Quum vero summa disciplinae christianae in eo consistat, ut abnegantes impietatem et saecularia desideria sobrie, pie, juste viva-

mus in hoc saeculo, idque ad omnes universim Christianos pertineat, intelligant facile ecclesiastici, qui caeteris in exemplum positi sunt, quid ad ipsos spectet, qua illos morum gravitate in sermone, gestu, incessu, qua in cultu et vestitu corporis moderatione et decentia, qua vitae sanctioris innocentia illos caeteris praestare oporteat« (Synod. Dioec. p. III. tit. 3.).

Cap. 13. *Quaenam potissimum virtutes viros ecclesiasticos ornare debeant.* Quamquam qui virtutem charitatis habet, in hac una virtute, quae perfectionis vinculum est, omnes habet, ob eamque causam viris ecclesiasticis virtutum christianarum nulla omnino deesse debet: tamen peculiari quodam modo virtutes *sacerdotales* virorumque ecclesiasticorum ornamenta sunt: *pietas* [praesertim ut *rite horas canonicasrecitent*], *humilitas, castitas, fraterna charitas, misericordia.*

Cap. 14. *Quod decorum sacerdotale in rebus omnibus observandum sit.* Meminerint viri ecclesiastici dicti illius Apostolici: »Omnia mihi licent, sed non omnia expediunt; omnia mihi licent, sed non omnia aedificant« (1. Cor. X, 22. 23.). Meminerint etiam, multa, quae laicis liceant, iis, qui dicati sint sacro ministerio et in candelabro positi, minime licere, quippe quum ipsis non sint decora. »Providentes igitur bona non tantum coram Deo, sed etiam coram omnibus hominibus« (Rom. XII, 17.), in omnibus ea sectentur, quae aliis sunt aedificationi, non offendiculo vel ruinae.

Et primum quidem id prae oculis habeant

in recreationibus vel in oblectationibus suis.

Sunt eae bonae, si per se ipsae sint licitae, si ad bonum finem, nempe ad animi et corporis vires reficiendas dirigantur neque non in iis servetur modus; sed in viris ecclesiasticis non modo per se licitae, sed etiam decorae esse debent. Severe igitur tam cum postrema Synodo Dioecesana quam cum postrema Synodo Provinciali interdicimus, ne viri ecclesiastici intersint choreis, spectaculis et scenis publicis, neve unquam aleis, chartis aliove modo in locis publicis ludant.

Cauponas sine necessitate ne in itinere quidem ingrediantur. Ne vero eas, quae sint in propria parochia vel in locis proxime vicinis, nisi id ipsum cura animarum exigat, sub quocunque praetextu frequentent, graviter prohibemus. Itemque ab omni venatione prorsus se abstineant. Meminerint etiam ejus, quod S. Hieronymus de vita clericorum scripsit: »Facile contemnitur clericus, qui saepe vocatus ad prandium non recusat, nunquam petentes raro accipiamus rogati.« Neque societatem laicorum, qui ad chartarum lusum aliasque oblectationes clericis non illicitas in domibus privatis conveniunt, nimis crebro frequentent neque mediam usque ad noctem vel etiam

longius in ea morentur, animum inducentes, etiamsi locus et societas, ubi morentur, decentissima sit, tamen non decere usque ad imam noctem ludere vel confabulari et mane postridie sacrosancta mysteria celebrare.

Deinde decorum sacerdotale observent

in vestitu.

Nempe veste omnes utantur honesta et decente, ut in materia, forma, colore, pretio ac omni modo respondeat tum modestiae ac dignitati clericali, tum conditioni ac statui singulorum, in quo uti vanitatem et affectatam mundi curiositatem, novas levitates ac nitorem, sic abjectionem et sordes exclusas volumus. In omni vestitu praesertim externo color tantum niger adhibeatur (Syn. Dioec. P. III. tit. 3.). In functionibus sacris semper indulti appareant *veste talari*, extra functiones saltem veste breviori, sutanella quae vocatur, induti prodeant. Quando iis ex officio actui publico saeculari assistendum est, veste talari cum mantello oblongo nigri coloris ac bireto induti intersint. (C. Pr. C. P. II. c. 37.)

Gerant *clericalem tonsuram*, regale decus Christi regis nostri nostraeque militiae insigne, ordini et gradui suo convenientem, eamque saepius faciant renovari (Syn. Dioec. l. c.).

Itemque illud decorum observent

in victu.

Sit eorum domus non sumtuosa, sed simplici et modesta supellectili instructa omnisque mundana ostentatio absit.

Etiam in cibo et potu sese moderatos et sobrios praebeant neque lautis vel sumtuosis conviviis mundanos studeant aequare vel adeo superare.

Domui suae bene praesint, omnia in ea ordinate fiant, sine strepitu et rixis neque unquam in ea quidquam fiat, quod laicis possit scandalo esse (C. Pr. C. P. II. c. 38.).

Denique etiam eorum

occupationes ac negotia

decoro sacerdotali respondere debent. Prae oculis habeant hanc Apostoli sententiam: »Nemo militans Deo implicet se negotiis saecularibus, ut ei placeat, cui se probavit;« neque negotia saecularia vel labores statui suo non convenientes exerceant, neque ullum saeculare munus vel officium sive publicum sive privatum nisi impetrata Ordinarii licentia suscipiant.

Die Regelung der katholischen Militärseelsorge in Preussen (1868).

Mitgetheilt von Dr. Robert Gernsheim.

Die katholische Militärseelsorge in Preussen ist jetzt definitiv geordnet.. Unterm 4. Februar 1848 wurde von dem um die katholischen Angelegenheiten in Preussen hochverdienten König Friedrich Wilhelm IV. Behufs Vermeidung der Hemmungen und Schwierigkeiten, welche die Abhängigkeit der katholischen Militärpersonen von einer grösseren Anzahl inländischer und ausländischer Bischöfe mit sich führte, genehmigt, dass der jedesmalige Fürstbischof von Breslau zum katholischen Armeebischof mit der Befugniss ernannt werde, seine dessfallsigen Facultäten mittels Delegation durch einen Feldpropst ausüben zu lassen.

Als der damalige Fürstbischof Cardinal von Diepenbrock im Januar 1853 mit Tode abging und somit die von ihm dem Feldpropst Mencke ertheilten canonischen Vollmachten erloschen, wurde diesem zur Vermeidung eines Stillstandes in der katholischen Militärseelsorge von Rom die Ermächtigung ertheilt, seine bisherigen Amtsfunctionen fortzuführen.

Seitdem ist ein neuer Armeebischof nicht ernannt worden, weil der damalige Erzbischof von Köln, sowie der Nachfolger des Cardinals von Diepenbrock sich zur Uebernahme dieses Amtes ausser Stande erklärten, und die Ansicht zur Geltung gelangte, dass mit den dem Feldpropst ertheilten canonischen Vollmachten auszureichen sei. Daher wurde beim Ausscheiden des zum Dompropst bei der Cathedrale in Münster ernannten Mencke aus dem feldpropsteilichen Amte für angemessen befunden, dass dieser an den heiligen Vater das Gesuch richte, die von ihm geübten Facultäten auf den zu seinem Nachfolger ausersehenen bisherigen Propst zu St. Hedwig in Berlin, Pelldram, zu übertragen, welchem Gesuche durch das päpstliche Breve vom 11. Februar 1859 willfahrt wurde.

Als demnächst der Feldpropst Pelldram zum Bischof von Trier befördert wurde, erschien es wünschenswerth, die förmliche Errichtung der Feldpropstei als ein kirchliches Amt herbeizuführen. Die diesfälligen Verhandlungen sind durch das nachstehende päpstliche Breve vom 22. Mai 1868 zum Abschluss gelangt:

PIUS P. P. IX.

Ad Perpetuam Rei Memoriam.

In hac Beatissimi Petri Cathedra ad procurandum Catholicae Ecclesiae bonum divina clementia collocati ea libenti animo concedimus, quae in exploratam cedant fidelium utilitatem. Jam vero cum Serenissimus Borussiae Rex Guilielmus Nobis curaverit exponendum sibi gratum fore, si pro Catholicis, qui in terrestribus maritimisque Borussiae copiis stipendia faciunt, Vicariatum Castrensem sive Cappellaniam majorem, uti dicunt, instituere de benignitate Nostra dignaremur, Nos animo reputantes, quam salutaris iisdem Catholicis futura sit hujusmodi institutio, eam executioni quamprimum mandare decrevimus. Quae cum ita sint, motu proprio, certa scientia, et matura deliberatione Nostra, per praesentes Vicarium Castrensem sive Capellanum majorem in Borussia auctoritate Nostra Apostolica instituimus conditionibus, quae infra scriptae sunt. Vicarius Castrensis, sive Capellanus major separata ab ceteris Ordinariis, iisque minime subjecta jurisdictione pollebit in eos omnes, qui sub Borussiae vexillis militant terra marique ubicumque gentium fuerint, atque in omnes et singulos fideles, qui ad Borussiae exercitum secundum leges pertineant. Is per Apostolicas Litteras in forma Brevis ab hac Sancta Sede facultates omnes accipiet, quae Cappellanis majoribus aliorum exercituum impertiri solent, iisque vel per se, vel per alios ecclesiasticos viros ab ipso subdelegandos uti poterit. Designatio personae pro Cappellani majoris munere fiet collatis inter Nos, Successoresve Nostros, ac Serenissimum Borussiae Regem consiliis, Cappellanus major Berolini deget, et a Borussiae Gubernio stipendium accipiet suae dignitati consentaneum, atque ex concessione Apostolicae Sedis Episcopali dignitate fulgebit titulo Ecclesiae in partibus infidelium; munus porro conficiendi antea processuales tabulas de ipsius vita ac moribus juxta canonicas sanctiones demandatum volumus uni ex Antistitibus Regni Borussiae. Cappellanorum minorum erit Cappellanum majorem in sui ministerii partibus obeundis omni ope atque opera juvare. Qui quidem Cappellani a Clero eligentur dioecesium Borussicarum; atque ut eorum electio catholicae rei benevertat singulis Antistitibus, ad quos idcirco Cappellanus major se vertet, etiam atque etiam commendamus, ut de aeterna fidelium salute solliciti illius curis studiisque quantum in se fuerit obsecundent. Porro Cappellani isti minores durante munere subjecti erunt omnino spirituali Cappellani majoris jurisdictioni, qui ipsis pro re ac tempore facultates, quibus munitus fuerit aut universas, aut in partem subdelegabit.

Praeterea Cappellano majori facultas esto Cappellanos minores nominandi, castigandi, deque uno in alium locum transferendi, simulque ab officio removendi, dummodo canonicae causae id postulent. At enim antequam ad nominationem veniat alicujus Cappellani minoris, caveat apprime, ne de persona ad id muneris designanda Regium Gubernium aliquid minus probandum deprehendat, simulque cum opportunum duxerit eorum aliquem aut alio transferre, aut ab officio removere, ea de re regium Gubernium admoneat. A Cappellano autem majori unus ex Cappellanis minoribus deligetur, ut Vicarii generalis titulum et officium exerceat. Si praesens Cappellanorum minorum numerus haud par necessitati videatur, eum Cappellanus major, conlatis cum Regio Gubernio consiliis, augeat. Cappellani minores idem stipendium accipient officii sui proprium, quod in praesens ipsis persolvitur, signumque, quo internosci possint, habebunt muneri consentaneum; item convenientem militiae gradum, et honesta missione accepta, justam pensionem. Cappellani minores cum reapse Parochi censendi sint illius partis exercitus, quam spirituali ipsorum curae Cappellanus major demandaverit, libere idcirco utentur singulis quibusque facultatibus, quas sibi idem Cappellanus major subdelegaverit. Verumtamen, quum aliquo prevenerint, intra tres dies, illius loci parocho ostendant Litteras testimoniales tam super eorum Sacerdotis, quam super sua deputatione, ac facultatibus sibi concessis pro hujusmodi munere exercendo. Quo facto, loci Parochus non impediet quominus ipsi in parochiali sua Ecclesia sacris operentur, sacramenta fidelibus sibi subjectis administrent, omnibusque illis utantur facultatibus, quibus muniti fuerint. Primi Cappellani majoris erunt (Nosque idcirco plenam illi tribuimus facultatem) leges conscribere, quae et Cappellanorum minorum ecclesiasticam disciplinam rite tueantur, et fidelibus, qui sub signis sunt, planiorem expiditioremque viam muniant ad fidei Catholicae actus exercendos. Hac de re vero cum Regio Gubernio aget, ut pro dictis fidelibus, qui stipendia merent, religionis officia cum militiae muneribus quam rectissime concilientur. Porro leges hujusmodi priusquam vim habere incipiant, Sanctae hujus Sedis examini subjiciantur. Vacante Cappellani majoris munere, usque ad successoris nominationem jurisdictio et facultates hujus muneris propriae provisorie exercebuntur a Vicario Generali. Haec volumus, statuimus, mandamus, decernentes praesentes Nostras Litteras semper firmas validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri, et obtinere, ac illis ad quos spectat, et pro tempore quandocumque spectabit plenissime suffragari. Non obstantibus Nostra et Cancellariae Aposto-

licae regula de jure quaesito non tollendo, aliisque Apostolicis ac in Universalibus provincialibusque et Synodalibus Conciliis editis generalibus vel specialibus Constitutionibus, et Ordinationibus, ceterisque contrariis quibuscumque.

Datum Romae apud S. Petrum sub Annulo Piscatoris die XXII. Maji MDCCCLXVIII. Pontificatus Nostri Anno Vigesimosecundo.

N. Card. *Paracciani Clarelli.*

Durch päpstliches Breve vom 24. Juli 1868 ist der seitherige Propst und Decan Franz Adolph Namszanowski in Königsberg kirchlich zum Feldpropst ernannt worden, nachdem er vorher als Bischof in partibus auf den Titel der Kirche zu Agathopolis präconisirt war, und unterm 19. September ist für denselben die landesherrliche Bestallung als katholischer Feldpropst der Armee vollzogen.

Praktische Fragen

über die kirchliche Vermögensfähigkeit und insbesondere Erbfähigkeit, und über die rechtliche Vertretung der Kirche in ihren Vermögensrechten.

(Fortsetzung: Vgl. Archiv XX, 314 f.)

V. Die Gesammtheit der Eingepfarrten (Pfarrgemeinde) kann als Gesellschaft sich durch gewisse Personen vertreten lassen, ist aber keine Corporation und hat keine selbstständige Vermögensrechtsfähigkeit neben der juristischen Persönlichkeit, welche der Kirche zusteht. Das ganze Vermögen der Kirche resp. Kirchengemeinde wird durch den Kirchenvorstand unter Aufsicht der geistlichen Oberen verwaltet. Dies gilt auch von dem Rechte einer Kirche auf die Baupflicht des Decimators und dem die Stelle dieses Rechtes einnehmenden Ablösungscapital.

Die Verpflichtung der Decimatoren zum Kirchenbau und die Beitragspflicht der Eingepfarrten sind selbstständige, auf ganz verschiedenen Rechtsfundamenten beruhende Verbindlichkeiten.

Die vorstehenden Sätze wurden mit gründlicher näherer Ausführung insbesondere auch für das linke preussische Rheinufer anerkannt in folgendem schon im *Archiv* XX. S. 315. erwähnten [1])

Urtheil des k. preuss. Obertribunals vom 5. Juli 1862.

Im Namen des Königs.

In Sachen

des Bürgermeisters Bensberg zu Merheim, als Vertreter der Pfarrgemeinde Merheim, Intervenientin und Implorantin,

gegen

den Freiherrn von Eltz-Rübenich etc., Interventen und Imploranten,

hat der zweite Senat des königl, Obertribunals in seiner Sitzung vom 5. Juli 1862, an welcher Theil genommen haben:

der Präsident, wirkliche geheime Oberjustizrath Dr. Goetze, die geheimen Obertribunalsräthe von Elsner, Ulrich, Heinsius, Forni, Voitus, Sander, von Wegner,

der Appellationsgerichtsrath Voswinkel,

---

1) Wir berichtigen hier einen Druckfehler von S. 314. Zeile 17. v. o., wo es: *12. November 1867* statt 1868 heissen muss, und Zeile 7. v. u. zu lesen ist: *remittire ich das mittelst* etc.

für Recht erkannt:

dass die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Erkenntniss des königl. Revisionscollegiums für Landeskultur-Sachen vom 20. April 1861 zurückzuweisen und der Implorantin die Kosten des Nichtigkeitsverfahrens zur Last zu legen.

Von Rechts wegen.

Gründe.

Nach der Ausführung des Appellationsrichters ist die mit dem Zehntrecht verbundene Baupflicht als ein der Kirche als moralischer Person und als Trägerin des gesammten Kirchengutes zustehendes zu dem Kirchenfabrikvermögen gehörendes Recht anzusehen, dessen Wahrnehmung allein dem mit der Verwaltung des Kirchenfabrikvermögens unstreitig betrauten Kirchenvorstande, nicht aber der Pfarrgemeinde obliege. Dass das Recht auf diese Baupflicht zu dem Kirchenvermögen gehört, ist Seitens der Implorantin nicht bestritten und kann auch nach der historischen Entwickelung dieses auf dem Zehnten haftenden dinglichen Rechtes der Kirche nicht bezweifelt werden. cf. Entscheidungen Bd. 20. S. 61. Implorantin sucht aber auszuführen, dass der Kirchenvorstand in Beziehung auf dieses Recht den Berechtigten nicht vertrete, da derselbe nur das zur Kirchenfabrik gehörige Vermögen verwalte, aus diesem aber nach den alleg. Bergischen Edicten vom 10. September 1711, 7. October 1751 und 19. Januar 1753 keine Kirchenbaukosten bezahlt wurden, vielmehr, sofern nicht ein Decimator vorhanden, die Pfarrgemeinde principaliter die Kirche zu bauen habe, diese also eigentlich statt der Decimatoren baue, somit der Anspruch an die Decimatoren im Interesse der Pfarrgemeinde bestehe, nicht des Kirchenfabrikvermögens, und dass desshalb dieser Anspruch, dieses Recht, als ein Bestandtheil des Vermögens der Pfarrgemeinde anzusehen sei. Diese Deduction ist jedoch nicht stichhaltig. Nach ihr erscheint das Kirchenvermögen in Beziehung auf den Berechtigten in zweierlei Gestalt, einmal als Vermögen, dessen Subject die Pfarrgemeinde ist, und dann wieder als solches, welches der Kirchenvorstand vertritt. Eine solche Duplicität besteht aber nicht. Es gibt in Ansehen des Kirchenvermögens nur ein Subject. Wer als solches anzusehen sei, ob die allgemeine Kirche, die einzelne Kirche oder die einzelne Kirchengemeinde, darüber haben unter den Lehrern des Kirchenrechts sehr verschiedene Ansichten geherrscht.

cf. *Walter*, Lehrbuch des Kirchenrechts, 11. Aufl. §. 251. *Richter*, Handbuch des Kirchenrechts, §. 287. *v. Savigny*, System, Band 2. §. 262.

Mag man aber auch annehmen, dass die einzelne Kirche dieses Subject sei, welche Ansicht in Betreff der katholischen Kirche viele Vertheidiger gefunden hat (*Richter* l. c.), oder dass die einzelne Kirchengemeinde solches sei, was ebenfalls viele Rechtslehrer behauptet haben, auch in der landrechtlichen Gesetzgebung Geltung gewonnen hat, so ist doch entweder die juristische Persönlichkeit der Gemeinde als Corporation oder die des kirchlichen Instituts, als solches gedacht, das Subject des Kirchenvermögens. Diese juristische Person erscheint also in Beziehung auf die auf dem Zehnten haftende Baupflicht als die Berechtigte (§. 60. des Gesetzes vom 2. März 1850). Die Pfarrgemeinde, für welche der Bürgermeister auftritt, kann aber hiebei als diese juristische Person nicht angesehen werden. In Ansehung der Kirchenbaulast erscheint sie der juristischen Person der Kirche gegenüber, als die Gesammtheit der Eingepfarrten, die communitas loci, wie die Synodalstatuten Th. III. Caput II. §. 3. sich ausdrücken; auf diese Eingepfarrten soll die Kirche zurückgreifen, wenn ihr, sei es wegen Abgang oder Insufficienz der Decimatoren oder sonst die Mittel fehlen, die Kirchenbauten auszuführen, recurratur ad collectas Parochianorum sagt der §. 2. Caput III. der Statuten. Es sind sonach *die einzelnen Eingepfarrten und sofern jeder derselben hiebei in Betracht kommt, die Gesammtheit derselben, welche nach einer unter ihnen vorgenommenen Repartition, Beiträge zum Bau leisten. Insofern hiebei die Gesammtheit der Eingepfarrten in Frage kommt, kann diese sich durch gewisse Personen vertreten lassen; in dieser Allgemeinheit hat sie einen gesellschaftlichen Charakter, nicht aber den einer juristischen Person.* So erscheint im vorliegenden Falle auch die *Pfarrgemeinde; sie ist nicht eine Corporation neben der Kirche, resp. Kirchengemeinde,* sondern die Gesammtheit der Eingepfarrten, communitas loci, der Vorstand der Civilgemeinde, welcher in Bezug auf die zu leistenden Beiträge die Interessen der Eingepfarrten wahrnimmt, erscheint nicht als Repräsentant einer corporativen Gemeinde, als Vorstand einer universitas ordinata, sondern als Besorger der die Eingepfarrten gemeinschaftlich betreffenden Angelegenheiten. Diese Unterscheidung zwischen der Kirchengemeinde und der Gesammtheit der Eingepfarrten unter dem Collectivnamen Pfarrgemeinde ist in einer, allerdings nach dem Allg. Landrechte zu beurtheilen gewesenen, jedoch in den Grundlagen mit dem vorliegenden Falle übereinstimmenden Sache näher ausgeführt in den Entscheidungen Band 41. S. 312. Wenn diesemnach die Pfarrgemeinde nicht als Corporation und als solche, nicht als Trägerin von Vermögensrechten, in Betracht kommen kann, so erscheint die Behauptung,

dass das Recht auf die Baupflicht den Decimatoren gegenüber und somit auch das die Stelle dieses Rechtes einnehmende Ablösecapital ein Bestandtheil des Vermögens der Pfarrgemeinde sei, unbegründet. Als *Theil des Kirchenvermögens unterliegt dasselbe der Verwaltung des Vertreters der Kirche resp. Kirchengemeinde, und da dieser, worüber kein Streit obwaltet, der Kirchenvorstand ist, so hat dieser auch die Feststellung dieser Ablöse unter Aufsicht der geistlichen Oberen zu besorgen.* Dieses ergibt sich auch aus dem Artikel 57. des Decretes vom 30. December 1809, der Grundlage des Decretenentwurfes vom Jahre 1813, welches, wie beide Theile anerkennen, in Wirksamkeit geblieben ist und nach welchem die Kirchenvorstände geschaffen sind. Denn nach diesem Artikel soll die Fabrik, d. h. der Kirchenvorstand, für die Unterhaltung der Kirche etc. sorgen und in geeigneten Fällen dafür, dass die Ausbesserungen und Wiederaufbauungen durch Zuschüsse der Gemeinde erfolgen. Hiernach kommt es bei Beurtheilung der Frage, wer die Verhandlung wegen Ablöse der Kirchenbaulast der Decimatoren zu führen und zu vollziehen habe, auf die Frage, ob die Pfarrgemeinde, im Falle keine Decimatoren vorhanden, principaliter zum Bau heranzuziehen sei oder nicht, nicht an, da diese über die allein entscheidende Frage, wer das Subject des Kirchenvermögens ist, nichts beschliesst, und darnach ist der Angriff, der darauf gegründet ist, dass der Appellationsrichter in Ansehung der ersteren Frage gegen die Vorschriften der allegirten Edicte verstossen habe, für verfehlt zu achten. In Frage ist jedoch hiebei zu ziehen, ob nicht die Pfarrgemeinde, wegen ihres Interesse's dabei, wie hoch die Ablösesumme der Decimatoren bestimmt werde, zum Ablöseverfahren und Abschluss des Recesses als Betheiligte habe zugezogen werden müssen, dessen Unterbleiben Implorant ebenfalls zum Gegenstande eines Angriffes gemacht hat. Implorant vermeint, dass die Pfarrgemeinde in Betreff der Kirchenbaulast zu den Decimatoren im Verhältniss des Bürgen zum Hauptverpflichteten stehe und beschuldigt den Appellationsrichter der Verletzung der Artikel 2034., 1281. und 2051. des bürgerlichen Gesetzbuches. Der Vorwurf ist unbegründet. *Die Verpflichtung der Decimatoren zum Kirchenbau und die Beitragspflicht der Eingepfarrten sind selbstständige, auf ganz verschiedenen Rechtsfundamenten beruhende Verbindlichkeiten.* Sie stehen zu einander in einer rechtlichen Verbindung nicht. Dies ist aber gerade beim Bürgschaftsverhältniss der Fall; die Verpflichtung des Bürgen ist eine accessorische und beruht auf dem Zutritt zu der obligatio des Hauptverpflichteten. Bei dem Verhältniss der Kirchenbaulast des Decimators zu der der Eingepfarrten ist aber

von einer obligatio keine Rede. In Bezug auf das der Kirche zustehende dingliche Recht gegen den Decimator können die Eingepfarrten (Pfarrgemeinde) auch nicht als Betheiligte angesehen werden. Denn als Betheiligter beim Ablösungsverfahren kommt nur derjenige in Betracht, der auf eine Abfindung Anspruch hat. Dieses aber ist nur der Berechtigte, also hier die Kirche resp. Kirchengemeinde und mithin deren Vertreter der Kirchenvorstand. §. 60. des Gesetzes vom 2. März 1850. Darnach ist auch der Vorwurf, dass wegen der Nichtzuziehung der Pfarrgemeinde, als Betheiligten, die §§. 3. und 4. des Gesetzes vom 15. April 1857 verletzt seien, nicht begründet. Ein Interesse an der Ablöse der Kirchenbaulast der Decimatoren haben die Eingepfarrten allerdings insofern, als ihre Beiträge zu den Baukosten des Schiffs und event. Chor der Kirche niedriger werden, je höher die Ablösesumme bestimmt wird; allein dieses Interesse beruht auf einer thatsächlichen, nicht rechtlichen Verbindung der Bauverbindlichkeiten. Die Eingepfarrten haben daher zu erwarten, dass die Kirche ihre Interessen mit wahrnehmen werde, argumento des §. 45. der Verordnung vom 20. Juni 1817. Uebrigens haben dieselben, da *der Kirchenvorstand aus den Parochianen gewählt wird und der Bürgermeister eo ipso Mitglied desselben ist, Gelegenheit zur Wahrnehmung ihres Interesses.* Eine Verletzung des §. 10. der Verordnung vom 30. Juni 1834 liegt hiernach ebenfalls nicht vor.

Wenn hiernach der Entscheidungsgrund des Appellationsrichters, dass der Kirchenvorstand als Vertreter des Kirchenvermögens die Verhandlung wegen Ablöse der Kirchenbaulast der Zehntberechtigten habe führen und als Berechtigter allein abschliessen und den Ablöserecess habe vollziehen müssen, durch die erwähnten Angriffe nicht hat erschüttert werden können, so kann es, da durch diesen Entscheidungsgrund das ergangene Urtheil gehalten wird, auf eine Erörterung der Beschwerde, welche gegen die Anführung des Appellationsrichters gerichtet ist, dass die Pfarrgemeinde zu Merheim durch den Kirchenvorstand vertreten werde und eine Vertretung derselben durch den Vorstand der Civilgemeinde nicht statthaben könne, nicht mehr ankommen. Event. würde, wenn nicht, was nicht ganz deutlich unter der Bezeichnung Pfarrgemeinde, die Kirchengemeinde in ihrer Eigenschaft als Corporation und Subject des Kirchenvermögens verstanden sein möchte, die Ausführung des Appellationsrichters nicht richtig sein, da nach der übereinstimmenden Aeusserung beider Parteien und ebenso nach den Bemerkungen der königl. Regierung zu Köln, wie auch des erzbischöflichen Generalvicariates die Angelegen-

heiten der Pfarrgemeinde, gedacht als die Gesammtheit der Eingepfarrten, in Bezug auf deren Beitragspflicht zu den Kirchenkosten nach der in der Rheinprovinz und auch in dem zu selbiger gehörenden des ehemaligen Grossherzogthums Berg bestehenden Observanz durch den Vorstand der Civilgemeinde wahrgenommen worden sind. — Da sonach die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen werden muss, so fallen der Implorantin die Kosten des Verfahrens zur Last.

Ausgefertigt unter Siegel und Unterschrift des Königlichen Obertribunals.

Berlin, den 5. Juli 1862.

(L. S.) gez.: *Dr. Goetze.*

Die Berichtigung der Geburtsbücher

anlässlich der durch die nachgefolgte Verehelichung der Eltern eingetretenen Legitimationen unehelicher Kinder in Oesterreich.

(Aus dem Wiener Diöcesanblatt 1868 Nr. 28.)

Die k. k. n. ö. Statthalterei hat mit Note vom 19. September 1868, Z. 29,336. Nachstehendes anher eröffnet:

»Laut hohen Erlasses Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Innern vom 12. September 1868, Z. 3649. M. J. ist von einer Landesbehörde zur Sprache gebracht worden, dass die Verhandlungen wegen *Berichtigung der Geburtsbücher aus Anlass der durch die nachgefolgte Verehelichung der Eltern eingetretenen Legitimationen unehelicher Kinder* zu einer nicht unerheblichen Geschäftslast der Landesbehörde geworden sind. Im Einverständnisse mit Sr. Excellens dem Herrn Cultus-Minister haben Se. Excellenz der Herr Minister des Innern in Betreff dieses Gegenstandes Folgendes zu erlassen befunden:

Nach dem Patente vom 16. October 1787, J.-G.-S. Nr. 733., nach dem §. 164. des allgem. bürgerl. Gesetzbuches und nach der mit Hofcanzleidecret vom 20. October 1813, Z. 16,350. (n. ö. Regierungs-Verordnung vom 22. November 1813, Z. 32,186.) für die Geburtsbuchführer hinausgegebenen Instruction sind dieselben ermächtigt, *den von der unverehelichten Mutter angegebenen unverehelichten Vater* unter Beobachtung der dort vorgezeichneten Vorsichten in das Geburtsbuch einzutragen. Das Gesetz macht keinen Unterschied, ob die Einschreibung des Namens des unehelichen Vaters *bei der ersten Aufnahme des Geburtsactes oder später* geschieht, im Gegentheile verordnet das Hofcanzleidecret vom 27. Juni 1835, Z. 16,406. (n. ö. Regierungserlass vom 8. August 1835, Z. 37,672.), dass, wenn der uneheliche Vater des Kindes sich bei der Taufe oder *später* in das Taufbuch als solcher *schriftlich eintragen* will, ihm dies in Gegenwart des Seelsorgers und eines Zeugen jederzeit unweigerlich zu gestatten sei, wobei selbstverständlich *die Beobachtung aller für Einschreibung des unehelichen Vaters in das Geburtsbuch vorgezeichneten Vorsichten nicht ausser Acht gelassen werden darf.* Es macht auch keinen Unterschied, wenn der als aussereehelicher Erzeuger des Kindes sich angebende Mann seither die Kindesmutter *geheirathet* hat, in welchem Falle die Legitimation des unehelich geborenen Kindes durch die nachher erfolgte Verehelichung seiner Eltern rechtlich begründet ist, und in welchem Falle zur *Ersichtlich-*

machung dieser Rechtsfolge es genügt, wenn im *Geburtsbuche* nach der vorausgegangenen Einschreibung des Vaters *angemerkt* wird, dass *laut Trauungsbuches der Pfarre N., laut Eheregisters des Magistrates N., laut beigebrachten Trauungsscheinen und dergleichen, die Eltern des Kindes am .... sich ehelich verbunden haben.*

Ist der *nachherige Gatte der Mutter* des Kindes im Geburtsbuche ohnehin *schon als der uneheliche Vater des letzteren eingetragen*, so gestaltet die Sache sich noch einfacher, und es genügt die *Anmerkung der nachgefolgten Verehelichung* in obiger Weise. Hieraus folgt, dass in *allen derlei zweifellosen Fällen* die Dazwischenkunft der politischen Behörde nicht gesetzlich gefordert ist, und dass derartige Anliegen der Parteien, wobei es sich nicht um *eine Abänderung*, sondern nur *um Vervollständigung des Geburtsbuches* durch Eintragung des unehelichen Kindesvaters und Anmerkung der später erfolgten Verehelichung der Eltern handelt, füglich *von dem Führer des Geburtsbuches für sich allein abgethan* werden können. Es muss jedoch in jedem Falle einer *späteren Eintragung* des unehelichen Vaters in die Geburtsmatrik *dieser Umstand ersichtlich* gemacht, und die Sache so eingerichtet werden, dass *erkennbar* werde, was *ursprünglich aufgenommen und was nachgetragen worden ist.* Die Amtshandlung der politischen Behörde hat nur dann Platz zu greifen, wenn über die *Identität der Person* oder sonstige für den Gegenstand wesentliche Fragen, Zweifel rege werden.«

Aus der voranstehenden Ministerial-Verfügung folgt:

1) Die Vorschriften, welche für den *Vorgang bezüglich der Einschreibung des Vaters eines unehelichen Kindes in die Geburts- und Taufmatrik* bestehen, werden ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten.

Zufolge dieser Vorschriften ist der Pfarrer oder der mit der selbstständigen Verwaltung des Pfarramtes betraute Priester berechtiget, beziehungsweise verpflichtet, jenen Mann als Vater eines unehelichen Kindes in die Geburts- und Taufmatrik einzuschreiben,

a) welchen die unverehelichte Mutter als Vater ihres Kindes *angibt oder anerkennt*, denn der §. 164. des allgem. bürgerl. Gesetzbuches spricht von der *auf Angeben der Mutter* erfolgten Einschreibung des väterlichen Namens; die Instruction für die Seelsorger zur Führung der Geburtsbücher vom Jahre 1813 knüpft gleichfalls die Zulässigkeit der Eintragung des unehelichen Vaters in das Taufbuch an die Voraussetzung, dass derselbe von der Mutter angegeben sei. Demnach haben sich die Matrikenführer gegenwärtig zu halten, dass Niemand *ohne Wissen und Willen der Mutter* eines unehe-

lichen Kindes als Vater desselben in das Taufbuch eingeschrieben werden dürfe;

b) die *Identität der Person und des Namens der Mutter und des Vaters* eines unehelichen Kindes muss *ausser Zweifel* gestellt sein, bevor der Vater als solcher in das Geburts- und Taufbuch eingeschrieben werden kann. Demgemäss darf eine Einschreibung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde niemals stattfinden, wenn die *Mutter* desselben nicht verlangt oder gestattet, *dass sie mit ihrem wahren Namen* in das Geburts- und Taufbuch eingetragen werde; wobei die im Diöcesanblatte vom Jahre 1866, Nr. 26. S. 220. besprochene Anordnung zu beachten ist, nach welcher der Matrikenführer den *Vor- und Familien-Namen* der unehelichen Mutter, wenn diese eine ihm *fremde*, d. i. ihm *persönlich und namentlich nicht genau bekannte* Person ist, weder auf ihre eigene Angabe, noch auf die blosse Angabe der Hebamme oder des Geburtshelfers, sondern nur dann in die Rubrik »*Mutter*« einzuschreiben hat, wenn *zwei ihm als glaubwürdige Menschen bekannte Zeugen*, welche auch die Pathen sein können, aussagen, dass sie die von der Hebamme oder dem Geburtshelfer angegebene Mutter des Kindes wohl kennen und genau wissen, dass der angegebene Name ihr wahrer Name sei. Wären zwei solche Zeugen nicht zu haben, so erübrigt nur die Constatirung der *Identität der Person und der Richtigkeit des angegebenen Namens* im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft. So oft die Identität der Person der Mutter und ihres Namens durch *Zeugen* oder durch *Erhebungen* im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft ermittelt werden muss, ist dies in dem Geburts- und Taufbuche ersichtlich zu machen. (Vergleiche das Diöcesanblatt vom Jahre 1866 a. a. O.)

Dasselbe gilt von dem *Manne,* der als Vater des unehelichen Kindes eingeschrieben zu werden verlangt oder einwilligt, dass dies geschehe. Nur jenen Mann darf der Matrikenführer als Vater des unehelichen Kindes einschreiben, den er entweder *persönlich und namentlich genau kennt*, oder bezüglich dessen *zwei dem Matrikenführer als glaubwürdige Menschen bekannte Zeugen* bestätigen, dass sie ihn der Person und dem Namen nach wohl kennen, oder der eine *schriftliche gehörig legalisirte Urkunde seiner Ortsobrigkeit* beibringt, welche über seine Person und seinen Namen jeden Zweifel ausschliesst. (Vergleiche Diöcesanblatt vom Jahre 1866, Nr. 27. Seite 232., 233.)

c) Für die Form der Einschreibung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde ist das Patent vom 16. October 1787 (J.-G.-S. Nr. 733., Diöcesanblatt vom Jahre 1866, Nr. 26., S. 221., 222.)

massgebend, wornach diese Einschreibung dahin formulirt erscheint, dass »N. N. (Vor- und Familienname, Stand und Religion), *welcher seiner Person und seinem Namen nach den unterzeichneten Zeugen wohl bekannt ist* (dessen Person und Namen durch die beigebrachte legalisirte Urkunde seiner Ortsobrigkeit ddto. . . . . nachgewiesen erscheint), *zugegen war*, *sich als den von* N. N. (Mutter des unehelichen Kindes) *angegebenen* (anerkannten) *Vater des Kindes N. N. bekannt und die Einschreibung als Vater dieses Kindes verlangt* (eingewilliget habe, dass er als Vater dieses Kindes eingeschrieben werde),« welche Anmerkung von zwei Zeugen zu unterfertigen ist, deren einer der Seelsorger, der andere der Taufpathe sein kann, wenn ihnen der als unehelicher Vater sich angebende Mann der Person und dem Namen nach genau bekannt ist. (Vergleiche Diöcesanblatt vom Jahre 1866 Nr. 27., S. 232.).

d) Die Eintragung des Vaters eines unehelichen Kindes kann *unter der angegebenen Vorsicht und Form bei der ersten Aufnahme des Geburtsactes oder auch später* (folglich auch, nachdem die Eltern eines unehelichen Kindes mit einander die Ehe geschlossen haben) geschehen, wie dies durch das Hofcanzleidecret vom 27. Juni 1835, Z. 16,406. ausdrücklich als zulässig erklärt worden ist. (Vergleiche Diöcesanblatt vom Jahre 1866 Nr. 27., S. 234.)

e) Zufolge der oben dargelegten Ministerial-Verfügung vom 12. September 1868, Z. 3649. muss jedoch im Falle einer späteren Eintragung des unehelichen Kindes in die Geburtsmatrik dieser Umstand (*der spätern Eintragung)* ersichtlich gemacht und die Sache so eingerichtet werden, dass erkennbar werde, was ursprünglich aufgenommen und was nachgetragen worden ist. Die Geburts- und Taufbücher haben die Eigenschaft von *Protokollen;* folglich erscheint es angezeigt, dass ersichtlich gemacht werde, in welcher Zeitfolge Zusätze zu der ursprünglichen Eintragung eines Geburts- und Taufactes gemacht worden sind. Demnach erscheint es angezeigt, dass bei unehelichen Kindern die Rubrik „*Vater*“ unausgefüllt bleibe und mit einem Querstriche durchzogenwerde, damit man auf den ersten Blick erkenne, dass an dieser Stelle ein uneheliches Kind eingetragen sei. Die Vaterschaftserklärung eines Mannes zu einem unehelichen Kinde (unter Anführung seines *Vor- und Familiennamens*, *seines Standes und seiner Religion*) wird als ein *Zusatz* zu der Registrirung eines unehelichen Geburtsactes eingeschrieben, mag diese Erklärung bei der Eintragung des Geburts- und Taufactes oder später geschehen.

2) Durch die Ministerial-Verfügung vom 12. September 1868,

Z. 3649 ist für jene Fälle der Berichtigung der Geburtsbücher aus Anlass der durch die nachgefolgte Ehe der Eltern eingetretenen Legitimationen unehelicher Kinder, in denen über die Identität der Personen oder sonstige für den Gegenstand wesentliche Fragen kein Zweifel obwaltet, die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 2. Jänner 1855, Zahl 14,942., ausser Wirksamkeit gesetzt, zufolge deren der Seelsorger die Eltern eines unehelichen Kindes, welche sich mit Beziehung auf ihre nachgefolgte Ehe wegen der Matrikenberichtigung an ihn wenden, *unter allen Umständen* zur Anbringung ihres Gesuches *an die politische Behörde* zu weisen hatte. Nach dem Inhalte der Ministerial-Verfügung vom Jahre 1868 ist dies nicht nothwendig, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Legitimation eines unehelichen Kindes durch die nachgefolgte Ehe der Eltern zweifellos dem Seelsorger vorliegen. Dieser Fall tritt ein:

a) wenn in der Geburts- und Taufmatrik des Seelsorgers die Mutter eines unehelichen Kindes mit ihrem wahren Namen, dann die Vaterschaftserklärung eines Mannes zu diesem Kinde in gesetzlicher Weise eingeschrieben ist, und die Trauungsmatrik desselben Seelsorgers nachweiset, dass die Mutter mit dem als Vater des Kindes eingetragenen Manne die Ehe geschlossen hat. Unter solchen Umständen hat der Seelsorger alle Voraussetzungen der Legitimation des unehelichen Kindes in den öffentlichen Büchern, deren Führung ihm anvertraut ist. Da das Gesetz zur Einschreibung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde keine bestimmte Zeit feststellt, so steht es dem Ehemanne der Mutter eines unehelichen Kindes frei, mit Wissen und Willen der Mutter zu dem Seelsorger, in dessen Geburts- und Taufmatrik das uneheliche Kind eingeschrieben ist, zu gehen und sich von demselben unter den oben bezeichneten Modalitäten als Vater des Kindes eintragen zu lassen. Hat der Mann mit der Mutter des Kindes in der Pfarre dieses Seelsorgers die Ehe geschlossen, so sind diesem durch seine Matriken alle Vorbedingungen der Legitimation des Kindes durch die nachgefolgte Ehe der Eltern gegeben;

b) dem sub a) besprochenen Falle stellt die Ministerial-Verfügung den gleich, welcher eintritt, wenn die Eheschliessung der Eltern wohl nicht in der Trauungsmatrik des Seelsorgers, in dessen Geburts- und Taufmatrik die Geburt des unehelichen Kindes und die Vaterschaftserklärung des dermaligen Gatten der Mutter desselben sich vorfindet, eingetragen ist, aber durch einen beigebrachten legalen *Trauungsschein* nachgewiesen wird.

c) in allen derlei zweifellosen Fällen ist die Dazwischenkunft

der politischen Behörden nicht gesetzlich gefordert, und können fortan die Anliegen der Parteien um Vormerkung der Legitimation der von ihnen mit einander erzeugten, vor der Eheschliessung geborenen Kinder in dem Geburts- und Taufbuche von dem Matrikenführer für sich allein abgethan werden.

d) Dies hat übrigens nur in der Weise zu geschehen, dass der Matrikenführer an der Stelle, wo die Geburt eines unehelichen Kindes und die Erklärung eines Mannes zur Vaterschaft desselben eingeschrieben ist, die Anmerkung beifügt: „*Laut des Trauungsbuches der Pfarre N.* vom Jahre .... Fol. .., Nr. .. (laut des beigebrachten Trauungsscheines der Pfarre N. ... ddto. ...) *hat N. N. mit N. N. die Ehe geschlossen.*" Der bisherige Beisatz: Legitimirt laut u. s. w. hat zu unterbleiben, weil die Anmerkung der von der Mutter eines unehelichen Kindes mit dem Vater desselben nachträglich geschlossenen Ehe vollkommen ausreicht, um die Rechtsfolge der geschlossenen Ehe, nämlich die Legitimation der von den Ehegatten mit einander erzeugten, vor der Eheschliessung geborenen Kinder ersichtlich zu machen.

e) Es versteht sich von selbst, dass die sub d) erwähnten Trauungsscheine, welche dem gesetzlichen Stempel von 50 kr. unterliegen, bei den pfarrlichen Matrikacten sorgfältig aufzubewahren sind.

3) Hinsichtlich der *Taufscheine* für Kinder, welche durch die nachgefolgte Ehe ihrer Eltern legitimirt sind, bleibt es bei der Bestimmung des Hofcanzleidecrets vom 18. Juli 1834, Zahl 17,820., welches mit dem Erlasse der bestandenen n. ö. Regierung vom 3. November 1834, Zahl 54,362. in Nachstehendem bekannt gegeben wurde: »Ueber einen vorgekommenen Fall, wo für ein *unehelich erzeugtes, durch die nachfolgende Verehelichung der Eltern legitimirtes Kind* von einem Pfarrer der Taufschein ausgefertigt und in demselben der Beisatz aufgenommen wurde, dass das Kind unehelich erzeugt und durch die nachfolgende Ehe legitimirt worden sei, wurde die Anfrage gestellt, ob ein solches legitimirtes Kind im Taufschein als ehelich aufgeführt werden dürfe. Hierüber hat die hohe vereinigte Hofcanzlei zu entscheiden befunden, dass der Taufschein als eine öffentliche Urkunde genau mit dem Taufschein übereinstimmen müsse, dass aber allen Unzukömmlichkeiten dadurch begegnet werden könne, wenn statt eines Taufscheines (wörtlichen Extractes aus dem Taufbuche) in solchen Fällen ein Taufzeugniss ausgestellt und in demselben die Zeit der Geburt des ehelichen Kindes ohne die Bemerkung, *ob es ehelich oder unehelich* geboren worden ist,

ausgesprochen werde.« Im Nachstehenden ein Formular für ein solches.

Taufzeugniss:

Endesgefertigter bestätigt, dass vermöge Taufmatrik Tomo — Folio — in der Pfarrkirche (Localkirche) zu N. N., (Namen des Pfarrortes) aus der Gemeinde N. N., Haus-Nr. . . . (Namen der Gemeinde und Haus-Nr.) von dem Pfarrer (Cooperator) N. N., (Namen des Pfarrers oder Cooperators, der getauft hat) am N. N. (Tag, Monat und Jahr der vollzogenen Taufe) getauft worden sei N. N., (Taufname des Kindes) ein Sohn (eine Tochter) des N. N., (des Vaters Name, Stand, Charakter und Religion) und seiner Gattin, der N. N., (der Mutter Taufname, Religion) Tochter des N. N., (Tauf- und Zunamen ihres Vaters,) wobei Pathen gewesen sind N. N., (Tauf- und Zunamen, Stand und Wohnort der Pathen,) und Hebamme N. N., (Namen und Wohnort derselben). Urkund dessen des Gefertigten Unterschrift sammt beigedruckten Amtssigille. Pfarrei (Localie) N. N., (Ort, Tag, Monat und Jahr).

Indem das fürsterzbischöfliche Ordinariat den Herren Pfarrern und den mit der selbstständigen Verwaltung des pfarrlichen Amtes betrauten Priestern die Bestimmungen der Ministerial-Verfügung vom 12. September 1868, Z. 3649. hiemit bekannt gibt, kann es nicht umhin, bei der Ausführung dieser Bestimmungen die grösste Vorsicht in Anspruch zu nehmen, weil es sich um eine schwer verantwortliche Amtsführung handelt und Ueberlistungen der Matrikenführer von gewissenlosen Parteien versucht werden können. Vorzugsweise ist die *Identität der Person und des Namens der Mutter und des Vaters* unehelicher Kinder auf das Sorgfältigste wahrzunehmen; ferner darauf zu achten, dass die Competenz der Matrikenführer in Sachen der Legitimation unehelicher Kinder durch die nachgefolgte Ehe ihrer Eltern nur auf *wirklich zweifellose Fälle* ausgedehnt ist. Wenn ferner der Beweis, dass der Gatte der Kindesmutter auch der Erzeuger des von dieser vor der Ehe geborenen Kindes ist, nicht auf die sub 1) bezeichnete Art geführt werden kann, z. B. wenn der Vater abwesend oder gestorben ist, oder die von der Mutter angegebene Vaterschaft in Abrede stellt, so darf sich der Matrikenführer in die Sache nicht mengen; er hat die Partei zur Erbringung des Beweises an die *bürgerlichen Gerichte* zu weisen und den Spruch derselben abzuwarten. Endlich versteht es sich von selbst, dass *Abänderungen* in den geschehenen Eintragungen in den Matriken auch in Hinkunft in keinem Falle durch den Matrikenführer eigenmächtig vorgenommen werden dürfen, sondern erforderlichen Falles bei dem fürsterzbischöflichen Consistorium in Anregung zu bringen sind, welches nicht verabsäumen wird, mit der k. k. Statthalterei das unter solchen Umständen gebotene Einvernehmen zu pflegen.

Zur Aufhebung des politischen Eheconsenses in Oesterreich (1868).

In Baden und Bayern sind in neuester Zeit die politischen Beschränkungen des Rechts der Verehelichung[1]) gemildert. In Oesterreich hatte die Regierung sich schon seit dem Jahre 1852 mit der vorliegenden Frage beschäftigt und einen Gesetzentwurf über den politischen Eheconsens ausarbeiten lassen, wornach ein solcher Eheconsens von Adeligen, Beamten und andern öffentlichen Angestellten, Kaufleuten, ein selbstständiges Gewerbe Betreibenden, Hauseigenthümer u. dgl. nicht mehr, also nur noch in verhältnissmässig wenigen Fällen und zwar bei Strafe von einem Monat Arrest für die ohne Consens der politischen Behörden sich Verehelichenden gefordert werden sollte. *Für die Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit* des politischen Eheconsenses hatten sich damals ausgesprochen die Statthalter von *Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn, Tyrol, Steiermark, Küstenland, Krain, Bukowina, Wojwodina, Kroatien, Siebenbürgen und Krakau.*

Die Gemeinde-Vertretung von Wien überreichte am 17. Juli 1863 durch den Abgeordneten Dr. von *Mühlfeld* dem Oesterreichischen Abgeordnetenhause eine *Petition um Aufhebung des politischen Eheconsenses.* Das Abgeordnetenhaus wählte einen Ausschuss zur Vorberathung über diese Frage. Obmann dieses Ausschusses war Dr. Franz Mandelblüh, Berichterstatter Dr. J. N. *Berger*, der gegenwärtige Minister ohne Portefeuille. Dem von dem Letzteren erstatteten Berichte entnehmen wir Folgendes über den damaligen Stand der Gesetzgebung:

Der in der älteren österreichischen Gesetzgebung unter verschiedenen, zum Theil an seine Entstehung aus der Leibeigenschaft erinnernden Benennungen: wie: Entlassschein, Losbrief, Losschein, Licenzzettel, Meldzettel u. s. w. bekannte und in verschiedenen Königreichen und Ländern noch derzeit bei Verehelichungen gesetzlich erforderte politische Eheconsens ist ein Ueberrest der ehemaligen Hörigkeits- und Unterthansverhältnisse, welche zum Theil von den Gemeinden in ihrem Interesse acceptirt, zum Theil auch mit Rücksicht auf die Militärconscription festgehalten wurde.

In *Ungarn* und *Siebenbürgen* bestand der politische Eheconsens, wie aus dem Hofdecrete vom 23. October 1817 und der Verordnung

1) Man vergl. über diese Frage namentlich: *Thudichum* über unzulässige Beschränkungen des Rechts der Verehelichung. Tübingen 1866.

der niederösterreichischen Regierung vom 21. November 1822 hervorgeht, niemals. Ebenso ist auch im *lombardisch-venetianischen Königreich, in Dalmatien, im Küstenlande, in Krain und Kärnthen, in Galizien und in der Bukowina ein politischer Eheconsens nicht nothwendig.*

Nachdem Kaiser Joseph II. die Leibeigenschaft aufgehoben hatte, wurde zwar mit Patent vom 1. November 1781 insbesondere für Mähren und Schlesien verordnet, dass jeder Unterthan, wenn keine Hindernisse anderer Art obwalten, blos gegen Anzeige seiner bevorstehenden Heirath bei seiner Obrigkeit und gegen einen von dieser unentgeltlich zu ertheilenden Meldzettel sich zu verehelichen berechtigt sei.

Allein in späteren Gesetzen, wie namentlich in dem Patente vom 19. April 1785 und in den Hofdecreten vom 23. Mai 1788 und 24. März 1789 wurde doch wieder die Nothwendigkeit des politischen Eheconsenses für Bergknappen, Freisassen, Freigüter-, Scholthisei-Besitzer und Junker (d. i. Besitzer grosser Bauerwirthschaften) ausgesprochen.

Für Wien ergingen schon in den Jahren 1746 und 1752 Verordnungen, durch welche die Ertheilung der Ehebewilligungen geregelt wurde. Insbesondere wurde bezüglich der Handwerksgesellen durch das Hofdecret vom 22. December 1796 bestimmt, dass jeder Handwerksgeselle, der sich in der Haupt- und Residenzstadt Wien verehelichen will, die Erlaubniss zur Verheirathung bei dem Magistrate ansuchen und dabei darthun müsse, dass er durch einige Jahre als Gesell gedient und sich gut betragen habe, und dass er im Stande sei, sich und seine künftige Familie durch eigenen oder vereinigten Erwerb seines Weibes zu erhalten. Den Pfarrern von Wien wurde durch Verordnung vom 22. November 1803 aufgetragen, einen Handwerksgesellen nicht eher in das Verkündbuch einzutragen, als bis er sich mit der ordentlichen Ehebewilligung des Magistrats, welche auch durch das Hofcanzleidecret von 26. Jan. 1815 als nothwendig erklärt wurde, ausgewiesen habe. Durch die letzterwähnte Allerhöchste Entschliessung, sowie durch die zu derselben erlassene Instruction vom 1. April 1815 wurden jene Categorien von Personen speciell bezeichnet, welche in Wien eines Eheconsenses nicht bedürfen und das Verfahren bezüglich aller anderen Classen von Personen bestimmt, welche sich daselbst ohne Eheconsens nicht verehelichen können.

Die für Wien geltenden Bestimmungen wurden im Jahre 1819 auch in *Gratz* eingeführt. Für *Steiermark* überhaupt wurde durch

die Gubernialverordnungen vom 17. November 1804 und 9. Januar 1805 verfügt, dass zur Beschränkung der Ehen der ärmeren Volksclassen auf dem Lande die Bezirksobrigkeiten einem Gaste oder Taglöhner, dessen Verehelichung eine Gemeinde begünstigt, die Trauungslicenz nur dann ertheilen sollen, wenn sie sich von dem fleissigen und moralischen Betragen desselben durch längere Zeit selbst überzeugt haben, und wenn die Gemeinde durch Ausstellung eines Reverses sich verbindlich macht, »ihn sammt den Seinigen im Falle, dass er nach der Hand sich selbst mit der Arbeit zu ernähren ausser Stand gesetzt werden sollte, lebenslänglich mit Kost und Kleidung zu versehen,« wo aber dieses nicht zuträfe, ihm die Trauung zu versagen.

Für *Unterösterreich*, *Oberösterreich* und *Salzburg* wurde mit Resolution vom 4. Juli 1765 in Folge der untersuchten Gravamina des Fürsten und Bischofs zu Passau verordnet: »dass in den österreichischen Ländern die diesfällige Einschränkung (Beibringung des Heirathsconsenses) aufgehoben, mithin der obrigkeitliche Consensus zum Heirathen bei freigeborenen Leuten nicht nothwendig sei.« Diese Resolution wurde den Kreishauptleuten mit Verordnung vom 11. Juli 1765 mit dem Auftrage in Erinnerung gebracht: »dass selbe wegen der allergnädigst anbefohlenen Aufhebung der bisherigen Einschränkungen der Unterthansverehelichungen und des erforderlich gewesenen vorschriftlichen Consenses das weiter Gehörige an die sämmtlichen in ihrem Viertel befindlichen Herrschaften und Obrigkeiten verfügen sollen.«

Mit der Resolution der Kaiserin Maria Theresia vom 3. März 1766 endlich wurde ausgesprochen: »dass es bei der letzten Resolution (vom 4. Juli 1765) sein ohnabänderliches Verbleiben habe und sich von selbst verstehe, dass die unbekannten Leute und Vagabunde, wie auch die alte und mit Leibesgebrechen behaftete Leute, welche sich nicht ernähren können, sondern von Almosen leben, oder in einer solchen Verpflegung stehen, von dem Heirathen abzuhalten und gemäss der vorigen Verordnung nicht zusammenzugeben seien.«

In *Tyrol* war nach dem Hofdecrete vom 14. März 1818 Z. 1893. kein Eheconsens erforderlich. Allein die dagegen erhobenen Beschwerden des Guberniums hatten das Hofcanzleidecret vom 12. Mai 1820 zur Folge, durch welches verordnet wurde, dass in Tyrol ansässige Personen aus der Classe der Dienstboten, Gesellen und Tagwerker oder sogenannten Inwohner, die sich verehelichen wollen, sich vorläufig bei ihrer politischen Obrigkeit zu melden und von derselben ein Zeugniss beizubringen haben, dass gegen ihre Verehelichung

kein politisches Hinderniss obwalte. Durch den Ministerial-Erlass vom 5. April 1850 wurde ferner verordnet, dass die Behörde bis zum Erlasse neuer gesetzlicher Bestimmungen bei Heirathsbewilligungen die Erklärungen der Gemeinden berücksichtigen und gegen deren Einspruch nicht leicht einen Eheconsens ertheilen sollte. Endlich wurde durch die für Tyrol und Voralberg erlassene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. December 1852 (R.-G.-Bl. Nr. 21.) bestimmt, dass Uebertretungen der mit dem Hofcanzleidecrete vom 12. Mai 1820 gegebenen Vorschriften, mag die Ehe ohne den vorgeschriebenen politischen Consens im In- oder Auslande geschlossen worden sein, von den politischen Behörden zu untersuchen und alle Uebertretungen einer politischen Vorschrift angemessen zu bestrafen sind [1]).

---

1) Wir fügen hinzu folgende

Verordnung der k. k. Statthalterei für Tyrol und Vorarlberg vom 8. Juli 1863,

(Nr. 15,388. — Ehe),

betreffend die Ertheilung der politischen Eheconsense.

(Aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt für die gefürstete Grafschaft Tyrol und Vorarlberg. Jahrgang 1863. III. Stück. Ausgeg. und versendet am 28. Juli 1863. S. 48.)

Ueber die auf Grund eines Beschlusses des Landtages Vorarlberg von dem dortigen Landesausschusse gestellte Bitte, dass bis zur Zustandebringung eines Gesetzes in verfassungsmässigem Wege bezüglich der Beschränkung der Ehen der nicht besitzenden Classen das Ministerial-Decret vom 3. April 1850 (R.-G.-Bl. Nr. 87. S. 151.) wieder in Wirksamkeit gesetzt und die Behörden zu dessen genauer Handhabung strengstens angehalten werden mögen, hat Se. Excellenz der Herr Staatsminister mit Erlass vom 24. vor. Monats Z. 1982. Folgendes eröffnet:

»Die in einem speciellen Falle erflossene Entscheidung vom 25. Jänner 1863, Z. 23,419. konnte nicht die Absicht haben, die Ministerial-Verordnung vom 3. April 1850, Z. 5700. ausser Kraft zu setzen. Es haben vielmehr, bis die Regelung der Vorschriften über den politischen Eheconsens im verfassungsmässigen Wege erfolgt, das Hofcanzleidecret vom 12. Mai 1820, Z. 12,654. und die dasselbe modificirende Ministerial-Verordnung vom 3. April 1850, Z. 5700. als die gesetzlichen Normen zu gelten, an welche sich die Behörden bei Ertheilung des politischen Eheconsenses genau zu halten haben.« Vgl. auch *Archiv* III, 602 ff.

Dem Statthalter von Tyrol wurde unter dem 22. Jan. 1867 vom Staatsministerium Auftrag gegeben, dem *Landtage von Vorarlberg* auf sein Ansuchen um baldige Einbringung einer auf die Eheconsense bezüglichen Gesetzes-Vorlage zu eröffnen, die Regierung überlasse es dem Landtage, ein hierauf bezügliches Gesetz in Vorlage zu bringen. Es stehen nämlich in keiner Frage die Wünsche der zahlreichen betheiligten Parteien (Ehewerber) den Anforderungen der Gemeinden und der Landtage (die bei jeder Gelegenheit klagen, dass die Behörden auf Kosten der Steuerzahler durch Eheconsense das Proletariat förderten) sich mehr als in dieser gegenüber. Die gegenwärtigen Normen — befriedigen also nach keiner Seite.

Es wurde ferner auch zwischen einzelnen Provinzen eine gewisse Gegenseitigkeit in Beziehung auf die den Angehörigen der einen Provinz in der anderen ertheilten Eheconsense sanctionirt.

So bestimmte ein Hofcanzleidecret vom 12. Juni 1795, dass Unterthanen aus Oesterreich ob der Enns, die sich mit Unterthanen aus Steiermark verehelichen wollen und sich mit den dort gewöhnlichen sogenannten Meldzetteln ihrer Grundobrigkeiten ausweisen, an ihrem Vorhaben deswegen nicht zu hindern seien, weil sie die in Steiermark sowohl als in Niederösterreich üblichen Entlassscheine nicht mitgebracht haben. Durch das an sämmtliche Länderstellen ergangene Hofcanzleidecret vom 19. Juli 1810 wurde zur Aufrechthaltung der Conscriptionsgesetze vorgeschrieben, dass kein fremdherrschaftlicher Unterthan, und zwar ohne Unterschied, ob er aus dem nämlichen oder einem anderen Regierungsbezirke, oder aus einer anderen conscribirten Provinz ist, sich irgendwo soll verehelichen können, wenn er nicht von seiner Obrigkeit die Heirathslicenz oder wirkliche Entlassung beibringt. Durch das bereits oben erwähnte, für Wien erlassene Hofcanzleidecret vom 26. Januar 1815 wurde die Ertheilung der Eheconsense für unter anderen inländischen Jurisdictionen stehende, in Wien domicilirende Ehewerber den Jurisdictionen in Wien, und bezüglich der Handwerksgesellen insbesondere dem Magistrate in Wien gegen Beibringung der Ehemeldzettel oder der Heirathsbewilligung der heimathlichen Grundobrigkeit eingeräumt. Da nun durch die Ertheilung des Eheconsenses von Seite der Wiener Jurisdictionen nicht auch die Aufnahme in die betreffende Wiener Jurisdiction erfolgt und deshalb die bezüglichen Individuen, wenn sie in der Folge verarmten, den Obrigkeiten und Gemeinden ihrer Heimath zur Erhaltung zugewiesen wurden; so geschah es häufig, dass die Grundobrigkeiten die Ertheilung des Ehemeldzettels verweigerten, wodurch sich stets wieder Differenzen ergaben. Zur Beseitigung derselben wurde zufolge Hofcanzleidecrets vom 25. August 1831 zwischen der n. ö. Landesregierung und dem mährisch-schlesischen Gubernium ein Uebereinkommen dahin getroffen, dass jeder Unterthan fortan berechtigt sein soll, sich gegen Nachweisung der gesicherten Erwerbsfähigkeit und des hinreichenden Auskommens für sich und seine Familie zu verehelichen; dass jedoch der zur Ertheilung des Eheconsenses von Seite der Wiener Jurisdictionen noch fernerhin erforderliche Ehemeldzettel oder die ertheilte grundobrigkeitliche Heirathslicenz zugleich die Wirkung der Entlassung aus der grundobrigkeitlichen Jurisdiction haben, sowie andererseits die Ertheilung des Eheconsenses in Wien ohne obrigkeitliche Heirathslicenz als Aufnahme

in die Jurisdiction in Wien angesehen werden solle. Mit dem Hofcanzleidecrete vom 2. Juni 1832 wurde übrigens erklärt, dass eine Ausdehnung der mit dem Hofcanzleidecret vom 25. August 1831 für die in Wien sich verehelichenden Unterthanen aus Mähren und Schlesien erlassenen Vorschriften auf die Angehörigen anderer Provinzen nicht stattfinde. Demnach ward sich bei Ertheilung der politischen Eheconsense in Wien fortan nach den Hofcanzleidecreten vom 19. Juli 1810 und vom 26. Januar 1815 benommen, und es hatten somit nur die Angehörigen aus Tyrol und Vorarlberg und aus dem lombardisch-venetianischen Königreiche keine obrigkeitlichen Meldzettel beizubringen, weil es in diesen Ländern keinen nexus subditelae gab.

Mit dem Aufhören des Unterthänigkeitsverhältnisses konnte selbstverständlich das Institut des politischen Eheconsenses in seiner früheren Form nicht aufrecht erhalten werden. Der Erlass des Ministeriums des Innern vom 21. Juni 1849 (R.-G.-Bl. Nr. 285.) erklärte daher, dass die gesetzlichen Vorschriften über die Beibringung von Meldscheinen bei Eingehung von Ehen zwar ihre Geltung verloren haben, insofern sie lediglich in dem Unterthänigkeitsverhältnisse ihren Grund hatten, dass jedoch die politischen Eheconsense nicht als aufgehoben betrachtet werden können. Eine spätere Instruction vom Jahre 1850 erklärt, dass die Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über den politischen Eheconsens einer besonderen Verordnung vorbehalten bleibe; bis dieselbe jedoch erlassen worden sei, habe man sich in grösseren Städten an die bestehenden Vorschriften, auf dem Lande aber an den Grundsatz zu halten, dass in der Regel die Ertheilung des Eheconsenses von Seiten der Gemeinde genüge, welcher der Bräutigam angehört.

Der §. 11. des kaiserlichen Patentes vom 8. October 1856 (R.-G.-Bl. Nr. 185.) womit in Ausführung des Art. X. des Concordates ein neues Ehegesetz erlassen wurde, erklärte endlich, dass aus den politischen Verordnungen zu entnehmen ist, inwiefern der Ehewerber einer Heirathsbewilligung von Seite der politischen Obrigkeit bedarf.

Der grösseren Hälfte des Reiches war also das Institut des politischen Eheconsenses fremd, und dort wo es bestand, war dasselbe theils verschiedenen Ursprungs, theils ungleichartig normirt.

In der Sitzung vom 24. September 1863 beschloss nun das *Abgeordnetenhaus* den Ausschussanträgen entsprechend die Aufhebung der Nothwendigkeit einer Heirathsbewilligung von Seiten der politischen Obrigkeit; jedoch sollte der §. 8. des Gesetzes über die Ergänzung des Heeres vom 29. September 1858 (R.-G.-Bl. Nr. 167.) durch dieses Gesetz nicht berührt werden.

Das *österreichische Herrenhaus* lehnte in seiner Sitzung vom 14. October 1863 diesen Beschluss des Abgeordnetenhauses ab, stellte jedoch das Ersuchen an die Regierung, sie möge die *Gutachten der einzelnen Landtage* einholen und demnach die weiteren geeigneten Einleitungen treffen. Von den Landtagen der einzelnen Kronländer in den Jahren 1863—64 wurden Gutachten über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des politischen Eheconsenses eingefordert. Für *Kärnthen* wurde von diesem Gutachten nachträglich Umgang genommen, weil dort das Institut des Eheconsenses weder gesetzlich noch factisch bestand. *Für die Aufhebung* der dermaligen gesetzlichen oder factischen Uebung (Eheconsense oder Meldezettel) sprachen sich aus die Landtage von *Nieder-Oesterreich, Steiermark, Mähren, Schlesien, Küstenland (d. i. Triest, Görz und Parenzo); für die Beibehaltung:* die Landtage von *Ober-Oesterreich, Salzburg, Tyrol und Vorarlberg, Böhmen und Krain.*

Die Regierung sah sich bei der Nichtübereinstimmung der Wünsche der verschiedenen Landtage und dem Umstande, dass auch die beiden den einen Factor der gesetzgebenden Gewalt constituirenden Häuser in dieser Frage nicht einig waren, nicht veranlasst, mit einem Antrage vor den Reichsrath zu treten.

Im *Küstenlande* wurde nun durch *Verordnung des Ministeriums des Innern* vom 16. December 1867 Z. 5356. an den Statthalter von Triest der Eheconsens aufgehoben, indem der Statthalter ermächtigt wurde, den *politischen Eheconsens* für das ihm unterstehende Verwaltungsgebiet im Wege einer Administrativ-Verordnung aufzuheben, so jedoch, dass die Vorschriften bezüglich der Heeresergänzungs-Rücksichten oder des nach Umständen erforderlichen Verehelichungs-Consenses der Militärbehörden unberührt bleiben. Als Grund wurde in dem Staats-Ministerial-Erlasse hervorgehoben, dass der im Küstenlande mit Ausnahme weniger Bezirke dermalen bestehende politische, oder eigentlich polizeiliche Eheconsens *nicht auf einem Gesetze,* sondern nur auf einem factischen Gebrauche, in Triest aber lediglich auf einer Statthalterei-Verfügung vom Jahre 1852 beruhte.

Dasselbe geschah in *Kärnthen* durch die nachstehende Verordnung vom 29. Februar 1868, Z. 1207.: »Die in Kärnthen dermal noch bestehende Einrichtung der Ehemeldzettel, welche durch die mit Gubernial-Circulare vom 14. März 1833, Z. 5099. kundgemachte Verordnung des bestandenen illirischen Guberniums vom 1. März 1832, Z. 4264. eingeführt worden sind, muss bei dem Umstande, dass sie ausschliesslich in dem bestandenen Unterthansverhältnisse ihre Quelle und ihren Grund gefunden, seit dem Aufhören dieses Verhältnisses

als unberechtigt betrachtet werden; auch vermag der in der bezogenen Gubernial-Verordnung angegebene Zweck die Beibehaltung des Ehemeldzettels nicht zu rechtfertigen, weil es nicht Sache der politischen Obrigkeit, sondern die verantwortliche Pflicht des Seelsorgers ist, zu prüfen, ob allen Erfordernissen zur Schliessung des Ehevertrags Genüge geleistet wurde. Endlich wird bei dem Umstande, dass die Meldzettel nie verweigert werden dürfen, auch den Gemeinden durch diese Einrichtung keinerlei Schutz in Bezug auf allfällige Armenversorgung gewährt. Auf Grund dieser Erwägungen und der Ermächtigung des Herrn Ministers des Innern vom 25. Februar 1868, Z. 709. M. J. findet sich die Landesbehörde veranlasst, die mit der Eingangs bezogenen Gubernial-Verordnung in Kärnthen eingeführten Ehemeldzettel hiemit aufzuheben, und ihre fernere Ausfertigung für die Zukunft einzustellen.«

Das *Gurker* fürstbischöfliche Ordinariat erinnerte bei der Kundmachung dieser Verordnung, dass die Herren Seelsorger ihrer *allein* verantwortlichen Pflicht zu prüfen, ob allen sonstigen gesetzlichen Erfordernissen zur Schliessung des Ehevertrags Genüge geleistet wurde, mit aller Genauigkeit nachkommen mögen.

Auf den Landtagen mehrerer Kronländer erfolgte im Jahre 1868 die unveränderte Annahme des von der Regierung vorgelegten Entwurfs eines *Gesetzes, wodurch der politische Eheconsens aufgehoben* wird. Wir theilen hier mit das *Landesgesetz vom 20. September 1868, wodurch der politische Eheconsens im Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns aufgehoben wird.*

Landesgesetz vom 20. September 1868, wodurch der politische Eheconsens im Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns aufgehoben wird.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Eine Heirathsbewilligung von Seite der politischen Behörde ode der Gemeinde ist fernerhin für Ehewerber, welche einer Gemeinde in dem Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns angehören, nicht erforderlich. Die in Oesterreich unter der Enns bisher bestehenden politischen Eheconsense (Ehemeldzettel), sie mögen unter was immer für einer Benennung ertheilt werden, sind abgeschafft und die darauf bezüglichen Gesetze und Verordnungen aufgehoben. Dies gilt insbesondere auch von dem in Wien eingeführten ortsobrigkeitlichen Eheconsense.

§. 2. Der §. 8. des Gesetzes über die Ergänzung des Heeres vom 29. September 1858, R.-G.-Bl. Nr. 167 [1]) und der Punkt 5. des Gesetzes vom 10. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 133 [2]), wird durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

§. 3. Mein Minister des Innern, dann für Cultus und Unterricht sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Mürzsteg, am 20. September 1868.

Ein ganz gleichlautendes Gesetz erhielt unter dem 20. September 1868 auch für *Steiermark* und für *Ober- und Niederschlesien*, ferner unter dem 22. September 1868 für *Mähren* die kaiserliche Sanction. In *Galizien* und in der *Bukowina*, in *Ungarn und dessen Nebenländern*, und in *Dalmatien* wurde, wie bereits oben bemerkt ist, niemals ein politischer Eheconsens gefordert. In Zukunft bedürfen daher nur noch Ehewerber, die in *Oberösterreich, Salzburg, Krain, Tyrol* oder *Böhmen* heimathsberechtigt sind, noch eines Consenses der politischen Behörden zu ihrer Eheschliessung.

---

1) »Wer von dem Eintritte in das Heer nicht gesetzlich befreit oder zum Heeresdienste (wegen Blödsinnes, auffallender Krüppelhaftigkeit oder Siechthums) offenkundig (von der Bezirksbehörde bezeichnet), oder nicht nach dem Erkenntnisse einer Stellungscommission für immer untauglich ist, darf sich vor dem Austritte aus der zweiten Altersclasse nicht verehelichen. Eine ausnahmsweise *Ehebewilligung* im Falle vorhandener besonders rücksichtswürdiger Umstände zu ertheilen ist die *politische Landesstelle* ermächtiget, jedoch begründet diese Bewilligung keine Befreiung von der Stellungspflicht während der ersten und zweiten Altersclasse.«

2) »Das Verbot der Verehelichung im §. 8. des Heeres-Ergänzungs-Gesetzes vom Jahre 1858 gilt künftig auch für jene, welche die dritte Altersclasse noch nicht überschritten haben« (vrgl. Wiener Diöcesanblatt 1867, Nr. 35. S. 301.).

Rechtsquellen.

1. *Sanctissimi Domini Nostri Pii divina providentia Papae IX. Litterae Apostolicae ad omnes episcopos ecclesiarum ritus orientalis communionem cum apostolica sede non habentes.*

(Giornale di Roma 1868 Num. 216)

Pius PP. IX. Arcano Divinae Providentiae consilio, licet sine ullis meritis Nostris, in hac sublimi Cathedra haeredes Beatissimi Apostolorum Principis constituti, qui *juxta praerogativam sibi a Deo concessam firma et solidissima petra est, super quam Salvator Ecclesiam aedificavit* [1]), impositi Nobis oneris sollicitudine urgente, ad eos omnes in qualibet terrarum Orbis regione degentes, qui christiano nomine censentur, curas Nostras extendere, omnesque ad paternae caritatis amplexus excitare vehementissime cupimus et conamur. Nec vero absque gravi animae Nostrae periculo partem ullam christiani populi negligere possumus, qui pretiosissimo Salvatoris Nostri sanguine redemptus, et sacris baptismi aquis in Dominicum gregem adlectus, omnem sibi vigilantiam Nostram jure deposcit. Itaque cum in omnium procurandam salutem, qui Christum Jesum agnoscunt et adorant, studia omnia cogitationesque Nostras indesinenter conferre debeamus, oculos Nostros ac paternum animum ad istas convertimus Ecclesias, quae olim unitatis vinculo cum hac Aopostolica Sede conglutinatae tanta sanctitatis caelestisque doctrinae laude florebant, uberesque divinae gloriae et animarum salutis fructus edebant, nunc vero per nefarias illius artes ac machinationes, qui primum schisma excitavit in caelo, a communione Sanctae Romanae Ecclesiae, quae toto orbe diffusa est, sejunctae ac divisae cum summo nostro moerore existunt.

Hac sane de causa jam ab ipso Supremi Nostri Pontificatus exordio Vobis pacis caritatisque verba toto cordis affectu loquuti sumus [2]). Etsi vero haec Nostra verba optatissimum minime obtinuerint exitum, tamen nunquam Nos deseruit spes fore ut humilis aeque ac ferventes Nostras preces propitius exaudire dignetur clementissimus ac benignissimus salutis pacisque Auctor, *qui operatus est in medio terrae salutem, quique oriens ex alto pacem sibi acceptam et ab omnibus acceptandam evidenter ostendens*, *eam in ortu suo Angelorum ministerio bonae voluntatis hominibus nunciavit, et inter homines conservatus verbo docuit, praedicavit exemplo* [3]).

---

1) S. Greg. Nyssen. Laudatio altera S. Steph. Protomart. ap. Galland. VI. 600.

2) Epist. ad Orient. *In suprema,* die 6. Januarii an. 1848.

3) Epist. B. Greg. X. ad Michaelem Palaeologum Graec. Imper. die 24. Octobris an. 1272.

Jam vero cum nuper de Venerabilium Fratrum Nostrorum S. R. E. Cardinalium consilio Oecumenicam Synodum futuro anno Romae celebrandam, ac die octavo mensis Decembris Immaculatae Deiparae Virginis Mariae Conceptioni sacro incipiendam indixerimus et convocaverimus, vocem Nostram ad Vos rursus dirigimus, et majore, qua possumus, animi Nostri contentione Vos obsecramus, monemus et obtestamur, ut ad eamdem generalem Synodum convenire velitis, quemadmodum Majores Vestri convenerunt ad Concilium Lugdunense II. a recol. mem. B. Gregorio X. Praedecessore Nostro habitum, et ad Florentinum Concilium a fel. record. Eugenio IV. item Decessore Nostro celebratum, ut dilectionis antiquae legibus renovatis, et Patrum pace, caelesti illo ac salutari Christi dono quod tempore exaruit, ad vigorem iterum revocata[1]), post longam moeroris nebulam et dissidii diuturni atram ingratamque caliginem serenum omnibus unionis optatae jubar illucescat[2]).

Atque hic sit jucundissimus benedictionis fructus, quo Christus Jesus nostrum omnium Dominus et Redemptor immaculatam ac dilectissimam Sponsam suam catholicam Ecclesiam consoletur, ejusque temperet et abstergat lacrimas in hac asperitate temporum, ut, omni divisione penitus sublata, voces antea discrepantes perfecta spiritus unanimitate collaudent Deum, qui non vult schismata esse in nobis, sed ut idem omnes dicamus et sentiamus Apostoli voce praecepit; immortalesque misericordiarum Patri semper agantur gratiae ab omnibus Sanctis suis, ac praesertim a gloriosissimis illis Ecclesiarum Orientalium antiquis Patribus et Doctoribus, cum de caelo prospiciant instauratam ac redintegratam cum hac Apostolica Sede catholicae veritatis et unitatis centro conjunctionem, quam ipsi in terris viventes omnibus studiis atque indefessis laboribus fovere et magis in dies promovere tum doctrina, tum exemplo curarunt, diffusa in eorum cordibus per Spiritum Sanctum caritate Illius, qui medium maceriae parietem solvit, ac per Sanguinem suum omnia conciliavit et pacavit, qui signum discipulorum suorum in unitate esse voluit, et cujus Oratio ad Patrem porrecta est: Rogo ut omnes unum sint, sicut et Nos unum sumus.

Datum Romae apud S. Petrum die 8. Septembris Anno 1868.

Pontificatus Nostri Anno Vicesimotertio.

---

1) Epist. LXX. al. CCXX. S. Basilii Magni ad S. Damasum Papam.

2) Defin. S. Oecum. Synodi Florent. in Bulla Eugenii IV. *Laetentur Caeli.*

2. Sanctissimi Domini Nostri Pii divina Providentia Papae IX. Litterae Apostolicae ad omnes Protestantes, aliosque Acatholicos.

(Giornale di Roma 1868, Num. 222.)

Pius PP. IX. Jam vos omnes noveritis, Nos licet immerentes ad hanc Petri Cathedram evectos, et iccirco supremo universae catholicae Ecclesiae regimini, et curae ab ipso Christo Domino Nobis divinitus commissae praepositos opportunum existimasse, omnes Venerabiles Fratres totius orbis Episcopos apud Nos vocare, et in Oecumenicum Concilium futuro anno concelebrandum cogere, ut cum eisdem Venerabilibus Fratribus in sollicitudinis Nostrae partem vocatis ea omnia consilia suscipere possimus, quae magis opportuna ac necessaria sint, tum ad dissipandas tot pestiferorum errorum tenebras, qui cum summo animarum damno ubique in dies dominantur et debacchantur, tum ad quotidie magis constituendum et amplificandum in christianis populis vigilantiae Nostrae concreditis verae fidei, justitiae, veraeque Dei pacis regnum. Ac vehementer confisi arctissimo et amantissimo conjunctionis foedere, quo Nobis et Apostolicae huic Sedi iidem Venerabiles Fratres mirifice obstricti sunt, qui nunquam intermiserunt omni supremi Nostri Pontificatus tempore splendidissima erga Nos, et eamdem Sedem fidei, amoris, et observantiae testimonia praebere, ea profecto spe nitimur fore ut veluti praeteritis saeculis alia generalia Concilia, ita etiam praesenti saeculo Concilium hoc Oecumenicum a Nobis indictum uberes laetissimosque, divina adspirante gratia, fructus emittat pro majore Dei gloria ac sempiterna hominum salute.

Itaque in hanc spem erecti, ac Domini Nostri Jesu Christi, qui pro universi humani generis salute tradidit animam suam, caritate excitati et compulsi, haud possumus, quin futuri Concilii occasione eos omnes Apostolicis ac paternis Nostris verbis alloquamur, qui etiamsi eumdem Christum Jesum veluti Redemptorem agnoscant, et in christiano nomine glorientur, tamen veram Christi fidem haud profitentur, neque catholicae Ecclesiae communionem sequuntur. Atque id agimus, ut omni studio et caritate eos vel maxime moneamus, exhortemur, et obsecremus, ut serio considerare et animadvertere velint, num ipsi viam ab eodem Christo Domino praescriptam sectentur, quae ad aeternam perducit salutem. Et quidem nemo inficiari ac dubitare potest, ipsum Christum Jesum, ut humanis omnibus generationibus redemptionis suae fructus applicaret, suam hic in terris supra Petrum unicam aedificasse Ecclesiam, idest unam, sanctam, catholicam, apostolicam, eique necessariam omnem contulisse potestatem, ut integrum inviolatumque custodiretur fidei depositum, ac

eadem fides omnibus populis, gentibus, nationibus traderetur, ut per baptisma omnes in mysticum suum corpus cooptarentur homines, et in ipsis semper servaretur ac perficeretur illa nova vita gratiae, sine qua nemo potest unquam aeternam mereri et assequi vitam, utque eadem Ecclesia, quae mysticum suum constituit corpus in sua propria natura semper stabilis et immota usque ad consummationem saeculi permaneret, vigeret, et omnibus filiis suis omnia salutis praesidia suppeditaret. Nunc vero qui accurate consideret ac meditetur conditionem, in qua versantur variae et inter se discrepantes religiosae societates sejunctae a catholica Ecclesia, quae a Christo Domino ejusque Apostolis sine intermissione per legitimos sacros suos Pastores semper exercuit, et in praesentia etiam exercet divinam potestatem sibi ab ipso Domino traditam, vel facile sibi persuadere debebit, neque aliquam peculiarem, neque omnes simul conjunctas ex eisdem societatibus ullo modo constituere, et esse illam unam et catholicam Ecclesiam, quam Christus Dominus aedificavit, constituit, et esse voluit, neque membrum aut partem ejusdem Ecclesiae ullo modo dici posse, quandoquidem sunt a catholica unitate visibiliter divisae. Cum enim ejusmodi societates careant viva illa et a Deo constituta auctoritate, quae homines res fidei morumque disciplinam praesertim docet, eosque dirigit ac moderatur in iis omnibus, quae ad aeternam salutem pertinent, tum societates ipsae in suis doctrinis continenter variarunt, et haec mobilitas ac instabilitas apud easdem societates nunquam cessat. Quisque vel facile intelligit, et clare aperteque noscit, id vel maxime adversari Ecclesiae Christo Domino institutae, in qua veritas semper stabilis, nullique unquam immutationi obnoxia persistere debet, veluti depositum eidem Ecclesiae traditum integerrime custodiendum, pro cujus custodia Spiritus Sancti praesentia auxiliumque ipsi Ecclesiae fuit perpetuo promissum. Nemo autem ignorat, ex hisce doctrinarum et opinionum dissidiis socialia quoque oriri schismata, atque ex his originem habere innumerabiles communiones et sectas, quae cum summo christianae civilisque reipublicae damno magis in dies propagantur.

Enimvero quicumque religionem veluti humanae societatis fundamentum cognoscit, non poterit non agnoscere et fateri, quantam in civilem societatem vim ejusmodi principiorum, ac religiosarum societatum inter se pugnantium divisio ac discrepantia exercuerit, et quam vehementer negatio auctoritatis a Deo constitutae ad humani intellectus persuasiones regendas, atque ad hominum tum in privata, tum in sociali vita actiones dirigendas excitaverit, promoverit, et aluerit hos infelicissimos rerum ac temporum motus et pertur-

bationes, quibus omnes fere populi miserandum in modum agitantur et affligantur.

Quamobrem ii omnes, *qui Ecclesiae catholicae unitatem et veritatem* non tenent [1]), occasionem amplectantur hujus Concilii, quo Ecclesia Catholica, cui eorum Majores adscripti erant, novum intimae unitatis et inexpugnabilis vitalis sui roboris exhibet argumentum, ac indigentiis eorum cordis respondentes ab eo statu se eripere studeant, in quo de sua propria salute securi esse non possunt. Nec desinant ferventissimas miserationum Domino offerre preces, ut divisionis murum disiiciat, errorum caliginem depellat, eosque ad sinum sanctae Matris Ecclesiae reducat, in qua eorum Majores salutaria vitae pascua habuere, et in qua solum integra Christi Jesu doctrina servatur, traditur, et caelestis gratiae dispensantur mysteria.

Nos quidem cum ex supremi Apostolici Nostri ministerii officio Nobis ab ipso Christo Domino commisso omnes boni pastoris partes studiosissime explere, et omnes universi terrarum orbis homines paterna caritate prosequi et amplecti debeamus, tum has Nostras ad omnes christianos a Nobis sejunctos Litteras damus, quibus eos etiam atque etiam hortamur et obsecramus, ut ad unicum Christi ovile redire festinent; quandoquidem eorum in Christo Jesu salutem ex animo summopere optamus, ac timemus ne eidem Nostro Judici ratio a Nobis aliquando sit reddenda, nisi, quantum in Nobis est, ipsis ostendamus et muniamus viam ad eamdem aeternam assequendam salutem. In omni certe oratione et obsecratione, cum gratiarum actione nunquam desistimus dies noctesque pro ipsis caelestium luminum et gratiarum abundantiam ab aeterno animarum Pastore humiliter enixeque exposcere. Et quoniam vicariam Ejus hic in terris licet immerito gerimus operam, iccirco errantium filiorum ad catholicae Ecclesiae reversionem expansis manibus ardentissime expectamus, ut eos in caelestis Patris domum amantissime excipere, et inexhaustis ejus thesauris ditare possimus. Etenim ex hoc optatissimo ad veritatem et communionem cum catholica Ecclesia reditu non solum singulorum, sed totius etiam christianae societatis salus maxime pendet, et universus mundus vera pace perfrui non potest, nisi fiat unum ovile, et unus pastor.

Datum Romae apud S. Petrum die 13. Septembris 1868.

Pontificatus Nostri Anno Vicesimotertio.

---

1) S. August. ep. LXI. al. CCXXIII.

3. Decr. s. Congr. Rituum d. 22. Mart. 1862 de missis de requiem nec non de missa solemni cantata coram ss. Eucharistiae sacramento in solemnitatibus Nativitatis, Paschae et Ascensionis D. N. J. Chr.

(mitgetheilt von Dr. Chr. Lingen zu Rom.)

Il *Boletin Ecclesiastico* di Toledo publica le seguenti importanti risposte della sacra Congregazione dei Riti, che riferisce pure la *Regeneracion* di Madrid, numero 810. dei 18. Settembre 1868:

»*Palmae in Balearibus.*

Magister caeremoniarum ecclesiae cathedralis, Palmae in Balearibus a sacra Rituum Congregatione sequentia tria dubia declarari humillime petiit:

I. Quum leges municipales prohibeant quominus ad ecclesiam deferantur cadavera defunctorum, ac proinde nunquam funera institui possint praesente cadavere, quaeritur, an non celebrata missa *de requiem* die sequenti non impedita, ea celebrari possit die vel tertia, vel septima, vel trigesima?

II. An ad celebrandum missam *de requiem* in duplici non impedito diebus tertia, septima et trigesima, requiratur, quod defunctus sic ordinaverit in suo testamento, ut innuunt aliqui auctores, vel potius sufficiat voluntas consanguineorum vel testamenti exequutorum?

III. An in solemnitatibus Nativitatis, Paschae et Ascensionis Domini Nostri Jesu Christi in missa solemni cantata coram *Sanctissimo Eucharistiae Sacramento,* apponi debeat commemoratio Sanctissimi Sacramenti, vel potius sufficiat unica oratio de solemnitate?

S. C. rescribendum censuit:

Ad I. In casu standum aliis decretis praesertim in Florentina, die 25. Aprilis 1751, ubi diebus etiam festivis de praecepto et duplicibus secundum casis permittitur una missa solemnis *de requiem* cum absolutione et precibus quae in die obitus fieri et recitari solent, etiamsi cadaver ob civiles praescriptiones non sit praesens in ecclesia, sed adhuc insepultum, qua decet religione, servatur in loco decenti, apposito tamen in ecclesia lodicis seu nigri panni signo ab eo diverso, quod in anniversario adhibetur, ut fideles intelligant missam hisce diebus offerri in expiationem animae illius defuncti, cujus corpus traditum terrae adhuc non fuit, ecclesiae precibus etiam proprias adjungant.

Ad II. Negative ad primam partem, affirmative ad secundam, dummodo sermo sit de missa cantata.

Ad III. Servandam instructionem a Summo Clemente Papa XII. datam kalendis Septembris 1730, pro oratione quadraginta horarum. (Die 22. Martii 1862.)«

Literatur.

1. *Ueber drei in Prager Handschriften enthaltene Canonen-Sammlungen von Dr. Friedrich Schulte. (Aus dem Octoberhefte 1867 der Sitzungsberichte der kais. Academie der Wiss.) Wien 1868. Hof- und Staatsdruckerei. (In Commiss. bei K. Gerold's Sohn.) S. 171—232. gr. 8.*
2. *Die Rechtshandschriften der Stiftsbibliotheken Göttweig Ord. s, Bened., Heiligenkreuz Ord. Cisterc., Klosterneuburg Can. Reg. Lateran., Melk Ord. s. Bened., Schotten in Wien Ord. s. Bened., beschrieben von Dr. J. Friedrich Schulte. (Aus dem Decemberhefte 1867 der Sitzungsberichte der Wiener Academie der Wiss.) Wien 1868. Hof- und Staatsdruckerei. (In Commiss. bei K. Gerold's Sohn.) S. 559—616. gr. 8.*

In beiden Schriften deckt der Verf. einen reichen Schatz von Oesterr. Handschriften auf. Von den in der ersten Schrift besprochenen Canonen-Sammlungen ist die älteste (saec. IX—X.) aus der collectio Anselmo dedicata excerpirt; dieselbe enthält eine Zusammenstellung von Excerpten aus den Schriften der Kirchenväter, handelt sodann in 87 Capiteln besonders über Anklagen gegen Bischöfe und Kleriker u. s. w., worauf endlich ein Gespräch zwischen einem monachus und einem clericus über das Verhältniss der Mönche zu den Weltgeistlichen folgt, sowie eine Rede auf Gründonnerstag und auf St. Michael. Von der zweiten Sammlung in 294 Capiteln (saec. XII.) sind die ersten 230 Capitel, die meist über kirchliches Strafrecht handeln, dem Polycarpus des Cardinals Gregorius entnommen; die Capitel 231—244. enthalten einen tractatus de sacrilegiis et immunitatibus et eorum compositionibus, die Capitel 245—279. endlich römisches, von 280 bis zu Ende wieder kirchliches Recht. Den Inhalt der dritten Sammlung (saec. XII.) bilden exceptiones decretorum Gratiani und exceptiones legum Romanorum. Zum Schlusse folgt der Abdruck eines am Ende der zweiten Sammlung befindlichen Gedichtes auf Salzburg.

In der zweiten Schrift werden 101 Handschriften aufgezählt: Nr. 1—41. solche von Göttweig, Nr. 42—47. von Heiligenkreuz, Nr. 48—69. von Klosterneuburg, Nr. 70—90. von Melk, Nr. 91—101. vom Schottenstift in Wien. Ausführlicher werden besprochen: Nr. 6. (saec. XII.): ein »liber canonum,« fast nur Excerpte aus Papstbriefen enthaltend (p. 560—568.); Nr. 8. (saec. XII.): »liber aureus decretorum, summa canonum apost. sanxita;« Nr. 10. (saec. XV.): »summa Innocentii bona et utilis omni sacerdoti, confessoribus, curam animarum gerentibus;« Nr. 21., 24., 48. (alle saec. XIV.) von ver-

schiedenem Inhalte. Nr. 58. (saec. XIII.), enthaltend die vollständige Summa des Johannes Faventinus zum Decrete Gratians (der prologus und die interessante praefatio sind p. 580—585. ganz abgedruckt); Nr. 62. (saec. XIV.), enthaltend einen »cursus titulorum« in fünf Büchern, eine versificirte Ueberarbeitung der »summa Raymundi« und einen »liber sacramentorum;« Nr. 65. (saec. XII.), hauptsächlich den Text der Institutionen enthaltend; Nr. 66. (saec. XII.), enthaltend einen Tractat de actionibus, eine Einleitung in den Codex und in die Institutionen Justinians, sowie den Text der letzteren mit einer Glosse; Nr. 97. (saec. XIV.) und Nr. 98—101. (saec. XV.) von verschiedenem Inhalte. Es folgt schliesslich ein alphabetisches Verzeichniss und ein Nachtrag zu der Abhandlung des Verf. über die Decretalen zwischen 1234 und 1298 in Bd. LV. der Sitzungsberichte der Wiener Academie der Wiss. S. 701 ff. (Vgl. *Archiv* XVIII, S. 492.)

3. *Roberti Flamesburiensis canonici et poenitentiarii S. Victoris Parisiensis summa de matrimonio et de usuris. Ex Roberti Poenitentiali edidit Joh. Fridericus Schulte, J. U. D., Antecessor Pragensis. Gissae. Sumtibus Aemilii Roth. MDCCCLXVIII.*

Die erste eigentlich juristische Behandlung des Sacramentes der Busse stammt von Robertus de Sancto Victore. Er war gegen Ende des 12. Jahrhunderts in Flamesborc, einer holländischen Stadt geboren. Wir finden ihn später als »canonicus regularis et poenitentiarius in celeberrimo coenobio S. Victoris Parisiensis.« Er schrieb wahrscheinlich zwischen 1207 und 1215 ein aus 10 Büchern bestehendes noch ungedrucktes Werk unter dem Titel Poenitentiale. Bisher waren sechs Pariser und ein Leipziger Manuscript davon bekannt; Schulte fand zwei neue, eine Prager Handschrift in der Bibliothek des Fürsten Lobkowiz und eine in der Stadtbibliothek von Chartres, beide aus dem Anfange des 13. Jahrhunderts. Als Probe veröffentlicht nun Schulte zur Festgabe für das 50jährige Stiftungsfest der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn aus der Prager Handschrift das ganze zweite Buch de matrimonio und den Titel de usuris. Die Publication ist um so wichtiger, als gerade dieser Tractat de matrimonio mit der summa Bernardi Papiensis und Tancredi zu den ältesten summae de matrimonio gehört. Die 20 Titel behandeln: quid sit matrimonium, quae sint de substantia matrimonii und quae impediunt tantum. In dem Titel de usuris legt der Peccator dem Sacerdos einzelne Fälle vor, und dieser entscheidet, ob usura vorliege oder nicht. Am Schlusse ist ein Facsimile der Schrift aus dem Prager Manuscripte in Steindruck angehängt.

4. *Ed. Osenbrüggen (Prof. in Zürich), Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte. Schaffhausen. Hurter 1868. X und 440 S.*

Von diesem der Redaction des *Archiv's* zur Besprechung eingesandten Werke [1]) fällt nur der Abschnitt IV. »das jus primae noctis« S. 84—98. in das Gebiet des Kirchenrechts.

Die ältesten deutschen Zeugnisse über dieses Recht finden sich in der Oeffnung von Maur am Greifensee 1543 (bei *Grimm*, Weisthümer I, 43.) und in der Oeffnung der Hausgenossen zu Hirslanden und Stadelhofen 1538 (in der Zeitschrift für schweizerisches Recht IV, 76.). Ein jus primae noctis des Herren bei seinen Vasallen und Hörigen fand sich aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schottland, Frankreich (droit de cullage, droit de prélibation), Holland, ja auch in Russland und Oesterreich.

Grupen meint, es habe hierzu »dieses mit Anlass gegeben, dass die parentes desponsationis, worunter der Vater und die nächsten Agnaten verstanden seien, ex ratione mundii, das pretium virginitatis oder nuptiale erhoben;« »das bischöfliche jus primae noctis hat sein Fundament in denen Canonibus Conciliorum, vermöge deren sich die neugetraute, in honorem benedictionis, die erste Nacht in virginitate bewahren sollte.« Dies letztere behauptet auch *Walter* (Deutsche Rechtsgeschichte §. 455.) mit dem Bemerken, aus der Sitte sich das jus primae noctis durch eine Gabe zu einem frommen Zwecke zu erkaufen, sei bei den Unfreien eine Abgabe an den Grundherrn geworden. Dagegen leitet *Bluntschli* jenes Recht aus dem sogenannten Ehegelde her, welches in alter Zeit von den Hörigen für die Einwilligung des Herren zur Ehe gezahlt werden musste. Nach *Osenbrüggen's* viel unwahrscheinlicherer Ansicht ist einem für die erste Nacht gestatteten Beischlafe des Herrn und dem Aequivalent für das Unterbleiben desselben die Bedeutung eines Rechtes eingeräumt worden, wiewohl ein Gesetz sich dafür nicht nachweisen lasse, vielmehr nur das Herkommen. [?!] Es ist das jus primae noctis als »ein Symbol der Hörigkeit nach deren persönlicher Seite hin« anzusehen, als »eine äusserste juristische Consequenz, ein plastischer Ausdruck eines Princips« Und zwar steht diese Auffassung des jus primae noctis in Zusammenhang nicht nur mit den sonstigen Gewohnheiten und Satzungen bezüglich des Eherechtes der Hörigen, sondern auch mit einer sehr gewöhnlichen alten Rechtsform, wonach

---

1) Die von derselben Verlagshandlung eingesandte Geschichte der Schwurgerichte von Professor *Escher* enthält nichts Kirchenrechtliches.

»in dem alten Straf- und Bussenrecht häufig zuerst das hingestellt wird, was nach dem äussersten Rechte eintreten *kann*, sodann das, was als Aequivalent genommen werden darf.«

5. *Russland und die katholische Kirche in Polen. Von Jos. Alexander Frhrn. von Helfert. (In 50 Exempl. aus der österreichischen Revue von 1864—67 besonders abgedruckt.) Wien 1867. Druck von Carl Gerold's Sohn. V und 486 S. gr. 8.*

Ueber die erbarmungslosen Verfolgungen, welche die katholische Kirche in Polen seitens der russischen Regierung in den letzten Jahrzehnten zu erdulden gehabt, sind im *Archiv* bereits die betreffenden Actenstücke veröffentlicht worden. Dass die Wuth der Russen gegen die unterdrückte Kirche in Nichts nachgelassen hat, ja sich noch immer steigert, darüber belehren uns die neuesten Zeitungen. So wurde unter dem 2. September 1868 aus Gnesen telegraphirt, dass nach Berichten aus Warschau der Bischof von Plock, weil er die Entsendung eines Delegaten zur Petersburger Synode verweigerte, Samstag Nachts nach Sibirien deportirt wurde. Bekanntlich ist es ja das beständige Streben der Russen, nicht nur das ganze übrige Europa unter ihre politische Herrschaft zu bringen, sondern auch ihm dieselbe Religion, die russisch-griechische aufzudrängen. Diese dient am besten ihren Zwecken, indem dem Czaaren wie das Land so auch die Kirche in absoluter Abhängigkeit unterworfen ist. Da sich nun sowohl das Nationalgefühl der Polen, als auch insbesondere ihr katholischer Sinn sich jenen Russificirungsverfahren keineswegs unterwerfen will und kann, so begreift man leichter, wie die Russen in dem unglücklichen Lande so unerhört hausen.

Wer sich nun über den Ursprung und die Fortentwickelung dieses Kampfes gründlich belehren will, den verweisen wir auf das vorliegende, mit sorgsamer Benutzung der Quellen geschriebene Werk. Es beginnt mit dem Abfalle der griechischen Kirche von der römischen und mit der Christianisirung Russlands und Polen und zeigt, wie vor dem 16. Jahrhundert das Volk und die Religion der Russen von den damals herrschenden Polen unterdrückt wurde, seit der Erstarkung Russlands aber und dem Verfalle, insbesondere seit den Theilungen Polens dies Verhältniss sich umkehrte und von russischer Seite eine schreckliche Rache genommen wurde. Die Schilderung der neuesten Ereignisse basirt mit auf Grund der im *Archiv* übersetzten Actenstücke. Wenn auch der Verfasser das Verfahren der russischen Regierung auf das Entschiedenste verurtheilt und brandmarkt, so hält er doch dafür, dass das Polenthum hauptsächlich durch eigene Schuld sich in diese Lage versetzt habe, und be-

hauptet, »dass es mit dem lange gehegten Traume einer Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 für immer vorbei sei.«

6. *Martin Luther's Aufenthalt in Worms, 16. bis 26. April 1521. Von J. H. Hennes, Prof. in Mainz. Mainz. Kirchheim. 1868. 27. S.*

Das kleine Schriftchen ist völlig ruhig und parteilos gehalten. Es erzählt sehr anschaulich die Einberufung und Eröffnung des Wormser Reichstages, die Vorladung und Ankunft Luthers in Worms, sein Erscheinen am 17. und 18. April in der Reichsversammlung, das kaiserliche Schreiben über die Behandlung Luthers an die Stände und deren Berathung darüber, die Verhandlung des Ständeausschusses, sowie der Doctoren Peutinger und Vehus mit Luther, dessen letzte Erklärungen und Abreise, endlich den Schluss des Reichstags und das Wormser Edict. (Dr. *R. Foesser.*)

7. *Die badische Regierung und das Domcapitel von Freiburg. Eine historische Studie über eine Frage der Gegenwart mit Benutzung neuer Documente. Aus dem Französischen. Mainz. Kirchheim. 1868. (84 S.)*

Diese Schrift, deren französisches Original in Lüttich bei Dessain erschien, empfehlen wir unsern Lesern neben der im vorigen Heft des *Archiv's* erschienenen Abhandlung eines in allen Acten über die vorliegende Frage eingeweihten Verfassers. Die belgische Schrift erzählt die von Rom mit Preussen, mit Hannover, mit den süddeutschen Regierungen geführten Verhandlungen über das staatliche Veto bei der Wahl der Bischöfe, und enthält nach Actenstücken, die dem grösseren Publikum seither unbekannt waren, manches Neue über die Verhandlungen, die seit 1824 von Baden durch den österreichischen Legationssecretär Ritter von Genotte geführt wurden. Der damalige Grossherzog von Baden nahm in wohlwollender Gesinnung für seine katholischen Unterthanen die Vorschläge Roms alsbald ohne Vorbehalt an und vermochte auch die übrigen Fürsten dahin, dasselbe zu thun. (*Vering.*)

8. *Die oberrheinische Kirchenprovinz von ihrer Gründung bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der Kirche zur Staatsgewalt von Dr. Heinrich Brück, Professor der Theologie am bischöflichen Seminar zu Mainz. Mainz. Kirchheim. 1868. S. IV und 567. 8.*

Durch den Tod des hochw. Erzbischofs Vicari von Freiburg am 14. April 1868 ist der badische Kirchenstreit in ein neues Stadium getreten. Zu den schon so zahlreich vorhandenen Differenzpunkten zwischen Kirche und Staat ist ein neuer hinzugetreten, nämlich über die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles in

Freiburg, worüber bereits im *Archiv* eine gründliche Abhandlung erschienen ist. Es zeigt sich noch keine Aussicht auf Beilegung des Streites, ja vielmehr droht derselbe noch viel heftiger loszubrechen, und seit einigen Jahren fängt auch das vorher ziemlich apathische Volk an, sich lebhaft daran zu betheiligen. Es begreift sich daher leicht die kirchliche wie politische Wichtigkeit dieser Frage.

Professor Brück veröffentlicht nun vorliegende actenmässige Darstellung der Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz von ihrer Gründung bis auf die jetzige Zeit. Er schöpft seinen Stoff vor Allem aus den hinterlassenen Papieren des früheren Bischofs von Mainz, Joseph Vitus Burg, ferner aus den bischöflichen Archiven von Freiburg, Mainz, Limburg und theilweise Fulda, sowie bezüglich der Rottenburger Diöcese, deren Acten er nicht erhalten konnte, aus den hierher gehörigen Documenten, welche in verschiedenen Werken und Zeitschriften, wie Katholik, Aschaffenburger Kirchenzeitung, historisch-politische Blätter, Sion u. s. w. mitgetheilt waren. Dass er ausser anderen Specialschriften auf Longner's »Beiträge zur Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz« besondere Rücksicht nimmt, versteht sich von selbst.

Das Werk handelt in seinem ersten Theile von der »Gründung der oberrheinischen Kirchenprovinz« durch die Erections- und Circumscriptionsbulle Provida solersque vom 16. August 1821, die erst nach langen Verhandlungen zwischen den Regierungen und Rom nebst der Ergänzungsbulle Ad Domini gregis custodiam vom 11. April 1287 im October desselben Jahres publicirt wurde (S. 1—122.). Der zweite Theil schildert »die Herrschaft des Staatskirchenthums« seit der landesherrlichen Verordnung vom 30. Januar 1830, das Schutz- und Aufsichtsrecht über die katholische Kirche betreffend, welche in den fünf Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz zugleich publicirt wurde, bis zu dem verhängnissvollen Jahre 1848 (S. 123—292.). Im dritten Theile wird »der Kampf gegen die Staatsbevormundung« dargestellt, der mit den Versammlungen der deutschen Bischöfe in Würzburg und des Episcopats der oberrheinischen Kirchenprovinz in Freiburg beginnend durch den Concordatssturm neu angefacht wurde, und jetzt besonders seit dem Losreissen der Elementarschulen in Baden von der Kirche durch das Schulgesetz vom 29. Juli 1864 mächtig wieder aufflammt (S. 293—521.). Diesen ganzen reichen Stoff behandelt der Verfasser mit klarer Objectivität und in einer sich nur auf Thatsachen und Urkunden stützenden Darstellung. Die wichtigsten Actenstücke sind in einem Anhange (S. 522—567.) abgedruckt. Da die Frage über das Verhältniss der Kirche zur Staats-

gewalt immer brennender wird, so verdient dieses umfassende Werk, das sich ja fast allein damit beschäftigt, gewiss eine allseitige Berücksichtigung. Ein Wort- und Sachregister erleichtert den Gebrauch desselben.

9. *Der Bischof von Mainz und die drei hessischen Superintendenten. Eine Beleuchtung der Erwiederung der drei Herren Superintendenten des Grossherzogthums Hessen: Prälat Dr. Zimmermann, Dr. Simon, Dr. Schmidt auf die Schrift des Herrn Bischofs von Mainz, Wilhelm Emmanuel, Freiherrn von Ketteler: »Die wahren Grundlagen des religiösen Friedens.« Von Gottfried Schneidewin. Mainz. Kirchheim. 1868. 80 S.*

Auf die oben angeführte im *Archiv* Bd. XIX. S. 351. registrirte Schrift des hochw. Bischofs von Mainz erschien seitens der drei hessischen Superintendenten eine Erwiederung, worin diese u. A. erklärten: dass »so lange die katholische Kirche sich nicht entschliesst, ihre Lehre von der alleinseligmachenden Kirche durch die Lehre von der unsichtbaren Kirche zu verchristlichen, von keiner Parität, weder von einer rechtlichen noch von einer inneren, die Rede sein könne« und dass »erst, wenn die katholische Kirche einmal zu der Höhe jener wahrhaft evangelischen Gesinnung sich erhoben hat, dann erst gegenseitig die wahren Grundlagen des religiösen Friedens gelegt« seien. Ueber diese interessante Controverse bezüglich der Parität erschienen im Mainzer Abendblatte während des Monats Mai d. J. eine Reihe von Artikeln, die in vorliegender Brochüre gesammelt resp. vermehrt sind. Schlagende Gründlichkeit, überzeugende Darstellung, sprudelnder Humor machen die Lectüre der Schrift wahrhaft piquant. Als Beilage folgt »die Erklärung der Herren Professoren des bischöflichen Seminars in Mainz auf die in der Schrift der Herren Superintendenten enthaltenen Angriffe auf das Lehrbuch der Moral von Gury«

10. *Handbuch der Pastoral. Von Dr. Andreas Gassner, Sr. päpstl. Heiligkeit Ehrenkämmerer, Capitular-Canonicus des Collegiatstiftes Mattsee, k. k. Pastoral-Professor an der theologischen Facultät zu Salzburg, Redacteur des Salzburger Kirchenblattes. Bd. II. Heft I—VII. Salzburg. Oberer's Buchhandlung. 1868.*

Der I. Band dieses in vielen öffentlichen Beurtheilungen theologischer Blätter als sehr gründlich und praktisch belobten Buches wurde im *Archiv* Bd. XIX. S. 476. registrirt. Der II. Band, der über die Hälfte vollendet vorliegt, und auf den wir nach dem Erscheinen der letzten Hefte noch zurückkommen werden, steht dem I. keineswegs nach. Es handelt derselbe von den Sacramenten, und zwar im Capitel 12. im Allgemeinen, sodann im Capitel 13. speciell

von der Taufe, den Haupt- und Nebenerfordernissen, sowie dem wirklich rituellen Vollzuge; die heilige Firmung wird im Capitel 14. nur kurz besprochen, weil der gewöhnliche Seelsorger dies Sacrament auszuspenden nicht befugt ist. Sehr weitläufig erörtert wird selbstverständlich das heilige Busssacrament und zwar im Capitel 15. Empfänger, Materie und Form, im Capitel 16. der Minister, im Capitel 17. der wirkliche Vollzug (Vollzugsmittel, das Beichthören selbst, sigillum sacramentale nebst einem Anhange von den Ablässen). Capitel 18. enthält eine specielle Anleitung zur Verwaltung des Busssacraments je nach der Verschiedenheit der Sünden und der Pönitenten nebst einem Anhang über die Generalbeicht und einigen Ergänzungen. Capitel 19. beschäftigt sich mit der heiligen Eucharistie und zwar im Allgemeinen, ausserhalb der heiligen Messe und Communion, und als Communion. (Dr. *R. Foesser.*)

11. Die Liturgie der Erzdiöcese Köln. Ein Beitrag zur Geschichte der Erzdiöcese. Köln. Boisserée. 1868. 2 Bl. und 198 S. 8. (24 Sgr.)

Ein Priester der Erzdiöcese Köln sandte uns eine Inhaltsanzeige des Buches, die wir aber bei Seite legen mussten, weil sie theils zu lang, theils nicht übersichtlich genug war. Das Bonner *Theol. Literaturblatt* 1868 enthält in Nr. 17. und 18. eine lange Besprechung, in deren Eingang es heisst: »Der Hauptzweck der Schrift ist augenscheinlich, die Unterdrückung des Kölner Breviers vorzubereiten und anzubahnen. Diese Tendenz zieht sich durch das ganze Buch hindurch.« Der Recensent (Herr Cl. Meckel zu Dingden) erklärt, der Verfasser habe nicht genügend nachgewiesen, dass an dem Kölnischen Missale und Brevier solche Aenderungen vorgenommen seien, dass dadurch die in einem Theile der Kölner Erzdiöcese noch geltende besondere Liturgie ihre Berechtigung und Gültigkeit verloren habe. Derselbe Recensent erhebt auch gegen viele Einzelnheiten der Darstellung Einwendungen. Dagegen rühmt das durch seine vielen guten liturg. Artikel bekannte Münchener Pastoralblatt 1868 Nr. 31. das Werk als sehr interessant, gründlich und besonnen. Es heisst dort: Seit dem 18. Jahrhundert reisst in der Kölner Erzdiöcese »die Absonderung und Eigenmächtigkeit in Aenderung auch des Althergebrachten ein, bis wir in den Liturg. Büchern des Erzbischofs Max Friedrich vom Jahre 1780 den Gallicanismus und Jansenismus unzweideutig eindringen sehen. Und doch war es in der Kölnischen Erzdiöcese noch lange nicht so arg, als in Frankreich, wo sich im 18. Jahrhunderte fast jede Diöcese ein eigenes *neues* Brevier und ein wenn auch nicht im nämlichen Grade difformirtes Missale gab.

Wie indessen in Frankreich jetzt alle Diöcesen mit Ausnahme der von Besançon, Orleans und Paris die römische Liturgie angenommen (in neuester Zeit bekanntlich erst noch die uralte Erzdiöcese Lyon), so ist auch in Köln längst eine bessere Richtung eingetreten. Schon der erste Bischof von Aachen, dem der ganze linksrheinische Theil dieser Diöcese zufiel, ist darin vorangegangen. Der selige Cardinal Johannes von Geissel ist auf diesem Wege fortgeschritten, und das uns vorliegende Buch hat den Beweis erbracht, dass der particularen Liturgie von Köln das in den Pianischen Bullen eingeräumte Privilegium rechtlich nicht mehr zur Seite stehen könne.

Wir wünschen nur, dass man es dabei bewenden lasse, mittelst wissenschaftlicher Erörterung die noch bestehenden Reste des Particularismus in der Erzdiöcese Köln zu verdrängen; sie sterben, wenn auch langsamer, gewiss ohne auctoritative Massnahmen von selber ab.« (*Vering.*)

12. Die Begräbnissfrage nach der Satzung und Ordnung der katholischen Kirche gegenüber den unberechtigten Ansprüchen der gegenwärtigen Zeit. Von Carl Johann Greith, Bischof von St. Gallen. Zürich. Wörl. 1868. 27 S.

Ausser den Bestimmungen des österreichischen Concordats über Ehe und Schule haben besonders die kirchlichen Grundsätze über das Begräbniss, weil sie äusserlich am meisten der Toleranz und Humanität zu widersprechen scheinen, auch bei sonst Gutgesinnten grossen Anstoss erregt. Der hochw. Bischof Greith, welcher schon am 16. December 1867 an den grossen Rath des Cantons St. Gallen eine Vorstellungsschrift, betreffend die Verweigerung der kirchlichen Begräbnissfeier bei Selbstmördern, gerichtet hatte, beleuchtet nun näher die Begräbnissfrage. Er stellt sich drei Fragen: »hat die Staatsgewalt die Befugniss, eine kirchliche Begräbnissfeier für wen immer der Kirche vorzuschreiben?« Antwort: Nein, denn man kann Niemanden zu einer gottesdienstlichen Handlung zwingen. Ferner: »hat die Staatsgewalt das Recht, für die vorsätzlichen Selbstmörder eine neue Begräbnissweise in den katholischen Pfarrkirchen aufzustellen?« Antwort: Nein; denn die Kirche verweigert den offenkundigen und freiwilligen Selbstmördern das christliche Begräbniss 1) aus wahrer Humanität für Lebende und Verstorbene, indem sie erstere durch solche Beispiele abschrecken, letztere aber nicht den öffentlichen Frevlern gleichstellen will; 2) nach der christlichen Sittenlehre, welche den vorsätzlichen Selbstmord für ein schweres Verbrechen erklärt, wodurch der Schuldige der kirchlichen Gemeinschaft ver-

lustig wird; 3) gemäss dem Rechte des kirchlichen Eigenthums, das Kirchhöfe und Glocken umfasst.

Die dritte Frage lautet: »Warum verweigert die katholische Kirche auch noch anderen Classen von Abgestorbenen, die nicht zu ihrer Gemeinschaft gehören, die kirchliche Begräbnissfeier?« Hierauf wird geantwortet: Jeder Verein kann sich Statuten geben, folglich auch die Kirche; und nach den Statuten der Kirche wird die Begräbnissfrage geregelt. Uebrigens spricht die Kirche durch die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses kein Verdammungsurtheil über den Verstorbenen aus, sondern erklärt nur, derselbe habe in seinem Leben nicht zu ihrer Gemeinschaft gehört, also auch nicht im Tode. Es verweigert daher die Kirche die kirchliche Begräbnissfeier nicht nur den Nichtgetauften und den öffentlichen Sündern, sondern auch den Protestanten, was Alles nur ein Zeichen logischer Consequenz, nicht aber ein Merkmal gehässiger Unduldsamkeit ist.

13. *Das Wesen und die Rechtsverhältnisse der neueren religiösen Frauengenossenschaften. Zum praktischen Gebrauche dargestellt von F. Schuppe, fürstbischöflicher Consistorialrath in Breslau. Mainz. Kirchheim. 1868. 8. X und 162 S.*

Der Verfasser hat seine vorliegende Schrift auf Grund mehrerer für das *Archiv* gelieferter Aufsätze verfasst, jedoch seine damals ausgesprochenen Ansichten wiederholt geprüft und wo nöthig corrigirt. Allerdings war, wie in der Einleitung bemerkt wird, nach dem Erscheinen von mehreren Schriften über die Thätigkeit und die Vorzüge der neueren religiösen Frauengenossenschaften, auch das Bedürfniss vorhanden nach einer Darstellung der hierbei geltenden Rechtsverhältnisse, zumal da das einzige Werk hierüber von *Schels* (die neueren religiösen Frauengenossenschaften nach ihren rechtlichen Verhältnissen dargestellt. Schaffhausen 1858) mehr die historische Entwickelung als die praktische Geltung des jetzigen Rechts berücksichtigt.

Das erste Capitel (S. 1—13. entwickelt den Begriff der neueren Frauengenossenschaften, die zwischen Privatgesellschaften und geistlichen Orden in der Mitte stehen. Von den letzteren unterscheiden sie sich nicht sowohl durch die Verfassung und die Gelübde, als vielmehr durch den Ausschluss der canonischen Clausur und die Möglichkeit des Eigenthumserwerbs nach Ablegung der Gelübde. In diesen letzteren, welche stets einfache sind, besteht der Hauptunterschied von Privatgenossenschaften. Natürlich muss auch die kirchliche Anerkennung und Billigung hinzukommen.

Die für solche Institute massgebenden Rechtsquellen bilden

hauptsächlich die päpstlich bestätigten Statuten, ferner die in Betreff der Congregationen ergangenen päpstlichen Erlasse, besonders auch die Entscheidungen der s. congregatio super negotiis episcoporum et regularium und deren animadversiones zu den vorgelegten Statutenentwürfen.

Das zweite Capitel (S. 13—22.) bespricht das Grundprincip der Einheit in der Verfassung dieser Congregationen, wonach alle einzelnen Häuser unter der Leitung und Aufsicht des Mutterhauses resp. der Generaloberin stehen.

Was die Gründung neuer Institute betrifft (Cap. 3. S. 22—27.), so bestehen solche Vereine erst einige Zeit als Privatgenossenschaften, bis sie die bischöfliche Genehmigung und später die päpstliche Genehmigung erhaiten. Die Bedingungen der Bestätigung ergeben sich meist aus der Natur der Sache. — Die übrigen sechs Capitel handeln im Einzelnen von der Autonomie und dem Verhältniss zu den kirchlichen Behörden (S. 27—74.), von der Verfassung (S. 74. bis 92.), den Gelübden (S. 93—119.), der Aufnahme und Entlassung (S. 119—130.), von einzelnen kirchlichen Bestimmungen (S. 130. bis 134.) und von den äusseren Verhältnissen (S. 134—161.).

Bei den so verdienstlichen Leistungen dieser Congregationen in der Krankenpflege, der Armenunterstützung und im Töchterunterrichte, — wir erinnern nur an die barmherzigeu Schwestern, die englischen Fräulein, die dames du sacré-coeur, — gewähren dieselben gewiss das grösste Interesse. Das vorliegende Buch, an dem wir nur eine etwas wortreiche Breite, andererseits dagegen eine gewisse Oberflächlichkeit der Behandlung zu rügen haben, ist daher als sehr zeitgemäss anzuempfehlen und bietet eine treffliche Ergänzung des geltenden Rechts zu Schel's citirtem Werke. Auffallend ist aber, dass der Verfasser S. 144. Note 2. kein Wort der Missbilligung dafür hat, dass in Preussen bei der Concessionirung nener Institute mitunter der Vorbehalt der Staatsaufsicht gemacht wird, während dies doch dem Art. 15. der Verfassungs-Urkunde geradezu widerspricht. Die abgedruckten Formulare erhöhen die praktische Brauchbarkeit des Buches, und das angefügte Sachregister erleichtert sehr dessen Gebrauch.

14. Die sociale Gefahr der Arbeiterfrage und die Möglichkeit deren Abwendung. Wien. Sartori. 1868. 41 S. 8. 25 Nkr.

Auch in Oesterreich tritt nun die sociale Arbeiterfrage in den Vordergrund. Daher stellt sich (Bernh. v. Meyer) der Verf. dieser warm und kräftig geschriebenen Broschüre die Aufgabe, die Lage der Arbeiter, die gegenwärtige Bewegung derselben und die bisherigen Versuche zur

Verbesserung ihrer Lage kurz zu charakterisiren und schliesslich selbst einige Winke zur praktischen Lösung dieser Frage beizufügen. Obwohl die ganze Frage sich im Grunde nur um das Verhältniss von Arm und Reich dreht, so werden hier mit Ausschliessung der agrarischen und der Handwerkerfrage nur die eigentlichen Fabrikarbeiter berücksichtigt, die modernen Sclaven, deren durchschnittlicher Arbeitslohn, wie besonders Lassalle hervorhob, sich nie über den nothwendigsten Lebensunterhalt erhebt, ja oft kaum diesen decken kann. Und was die Unerträglichkeit dieses Zustandes noch steigert, nicht einmal das elende Leben gönnt man dieser Menschenclasse, indem die meisten durchschnittlich vor dem 30., ja vor dem 20. Jahre zu Grunde gehen. Betrachtet man dagegen die reichen Capitalisten und Fabrikherren, die meist nur auf Erwerb bedacht sind, wozu ihnen die neuen Communicationsmittel, die Aufhebung der Wuchergesetze, das Institut der Werthpapiere nur noch behülflich sind, so kann es uns nicht Wunder nehmen, dass der Arbeiterstand zuerst durch Revolution und bei deren Erfolglosigkeit durch politische Reformbestrebungen gegen eine solche Ungleichheit aufgetreten ist. Der heute bestehende reine Constitutionalismus scheint ihnen hierzu gerade geeignet. Denn da die Arbeiter 80 Procent der ganzen Bevölkerung betragen, so verlangen sie nach dem Grundsatze von Freiheit und Gleichheit Kopfzahlvertretung, um dann die Millionen, deren sie bedürfen, sich auf solchem Wege selbst zuzuerkennen, ein Beginnen, dem der sog. Liberalismus nach Vernichtung des historischen öffentlichen Rechtes nicht entgegentreten kann.

Bei der blutdrohenden Arbeiterbewegung sind viele Versuche zur Abhülfe gemacht worden, so in Deutschland von Lassalle und Schulze-Delitzsch, im Auslande schon früher. Wenn ersterer nach dem Vorgange des Franzosen Buchez von dem Staate Millionen verlangt, um den Arbeitern durch Errichtung von Productivvereinen zur Selbstständigkeit zu verhelfen, so vergisst er dabei sowohl das Elend ausser dem Arbeiterstande, als auch berücksichtigt er nicht, dass bei dem Mangel »freiwilliger Disciplin« in Folge der wachsenden Religionslosigkeit das Verhältniss der Direction zu den Arbeitern nie ein befriedigendes sein kann. Wenn Schulze-Delitzsch die Rettung der Arbeiter in Sparsamkeit, Vorschuss-, Rohstoff- und Consumvereinen gefunden zu haben glaubt, so hat schon Lassalle mit bitterem Hohne das Verhältniss des in seiner Noth sparenden Arbeiters und des unermesslich reichen Capitalisten verglichen. Selbst den Rath des Hochw. Bischofs von Mainz (vgl. *Archiv* Bd. IX. S. 469.) hält der Verf. dieser Schrift nicht für praktisch, da eben das Christenthum,

auf welches dieser hinweist, in den meisten Fällen nur selten noch bei der Fabriksbevölkerung angetroffen wird.

Dagegen glaubt er eine befriedigende Lösung dadurch herbeiführen zu können, dass Productivvereine unter den Arbeitern gegründet werden, wozu das Capital gegen billige Zinsen von den edleren Besitzenden entnommen wird, woran sich übrigens auch der Staat betheiligen kann. Die Organisation und Leitung, die völlig unabhängig, uneigennützig, vertrauen- und liebeerweckend sein muss, darf darum nicht Arbeitern selbst noch Staatsbeamten anvertraut werden, sondern ist (wie schon der sel. Pater Theodosius in der Schweiz anregte) einem katholischen Orden zu überlassen, der, abgesehen von der Uneigennützigkeit der Verwaltung, durch seine freiwilligen Tugenden der Armuth, Enthaltsamkeit und des Gehorsams das beste Beispiel für die Arbeiter geben wird.

15. *Die sociale Frage in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Vortrag von Theodor Stumpf, Oberlehrer am Gymnasium zu Coblenz. Bonn. A. Henry. 1868. 31 S. 8. 6 Sgr.*

Nach einer von einem anerkannten Sachkenner, *Rossbach* in *Würzburg*, im Bonner Literaturblatt 1868 Nr. 13, veröffentlichten Recension gehört diese Schrift zu den besten, die über diese Frage erschienen sind. Es wird in einem historischen Theil die Stellung der arbeitenden Classen im Oriente, im classischen Alterthum und bei den Germanen, sowie der durch die Entdeckung von Amerika und des Seewegs nach Ostindien herbeigeführte Aufschwung der Industrie in Europa besprochen, und die elende Lage des Arbeiters gegenüber dem reichen Capitalisten dargestellt. Der doctrinelle Theil handelt von den Mitteln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Als solche werden die Strikes verworfen, dagegen u. A. die Vorschuss- und Creditvereine, vor Allem aber die sog. Productiv-Genossenschaften empfohlen. Uebrigens verlangt der Verfasser in dieser Beziehung ausser der Mitwirkung der Fabrikherren auch die beaufsichtigende und unterstützende Thätigkeit des Staates.

16. *Die juristische Persönlichkeit der durch das Concordat vom 24. October 1817 in Bayern neuerrichteten erzbischöflichen und bischöflichen Domcapitel in privatrechtlicher Beziehung. Nachgewiesen aus einem gegen das Domcapitel Augsburg geführten Processe von Dr. Joseph Franz von Allioli. Augsburg. Kollmann. 1868. 112 S.*

Nach der Schrift von Huller, »Die juristische Persönlichkeit der katholischen Domcapitel in Deutschland und ihre rechtliche Stellung,« und nach der Abhandlung von Rosshirt jun. »Ueber die Ver-

mögensfähigkeit der Domcapitel, insbesondere desjenigen zu Limburg« (im *Archiv* Bd. IX. S. 137 fgg.), sollte man nicht glauben, dass noch ein Zweifel über diesen Punkt bestehe. Doch ist neulich dem Domcapitel von Augsburg die juristische Persönlichkeit vom Gericht bestritten worden. Der Rechtsfall ist mit den betreffenden Actenstücken in der vorliegenden werthvollen Schrift mitgetheilt. Es handelt sich um ein Testament, worin dieses Domcapitel zum Erben ernannt war mit der Auflage, das anfallende Erbvermögen zur Unterstützung wenig bemittelter Pfarrkirchen der Diöcese Augsburg zu verwenden. Dies Testament wurde von den Intestaterben deshalb als unvollziehbar angefochten, weil dem bischöflichen Domcapitel die testamenti factio passiva fehle und weil das Testament durch Ausübung psychologischen Zwangs gegen den Testator veranlasst worden sei. Allein abgesehen von dem letzteren Grunde, dessen Beweis die klagende Partei nicht antrat, wurde durch die Erkenntnisse des kgl. Stadt- und Landgerichts *Kaufbeuren* vom 11. Mai 1867, des kgl. Bezirksgerichts *Kempten* vom 26. Juni 1867, des kgl. Appellationsgerichts von *Schwaben und Neuburg* vom 29. Februar 1868 und des Ober-Appellationsgerichts des *Königreichs Bayern* vom 4. August 1868 entschieden, dass die Domcapitel privatrechtsfähig seien, wie dies der R.-D.-H.-S. vom 25. Februar 1803 anerkannt habe, und woran auch in Bayern Nichts durch das Concordat vom 24. October 1817 geändert worden sei.

Frankfurt a. M. Dr. *Foesser*.

17. Die Diöcesansynode als Rechtsinstitut. Insbesondere Beantwortung der Frage: Welche Personen gehören zu einer legalen Diöcesansynode? Von Ferd. Anton Holtgreven, Dr. beider Rechte. Münster. Adolph Russel. 1868. 32 S. 8. (1/6 Thlr.)

Wir haben im vorliegenden Bande des *Archiv's* die Decrete der Paderborner Diöcesansynode mitgetheilt und dabei S. 93. Note 1. bezüglich derselben entstandener Zwistigkeiten gedacht. Man hat an einigen Stellen den latein. Styl derselben getadelt; man hat verlangt, dass mehr Zeit gelassen werde zur Durchberathung so umfassender Decrete, gesagt, es seien hinterher Cartons in die schon gedruckten Exemplare eingefügt; man hat die Gültigkeit der Decrete bestritten, weil nicht der ganze Klerus der Diöcese zu der Synode berufen sei. Der junge Verf. der vorliegenden Schrift sandte uns dieselbe mit dem Bemerken, dass er sie auf den ausdrücklichen Wunsch mehrerer Fachleute edirt habe. Bescheiden bezeichnet er selbst sie als das Werk eines Anfängers. Vorsichtige Bescheidenheit und Mässigung zeichnen auch seine Schrift aus. Auch verficht er mit einer gewissen

Gewandtheit und äusserlichen Zurückhaltung, indem er gleichsam den Leser selbst zwischen den Gründen pro et contra wählen lassen will, die Ansicht, dass es unthunlich sei, nach dem Beschlusse der Kölner Provincialsynode von 1860 (vgl. *Archiv* IX, 272.), und wie jetzt der Bischof von Paderborn gethan habe, bei grosser Ausdehnung der Diöcese eine Diöcesansynode abhalten zu wollen, zu der nur ein Theil des Diöcesanklerus berufen werde. Die kirchlichen Rechtsgrundsätze, um die es sich bei diesen Streitfragen handelt, sind sehr einfach und unbestritten. Der Bischof hat die Regierungsgewalt über seine Diöcese und auch eine gesetzgebende Gewalt, ihm liegt die Sorge für die Durchführung des jus commune in seiner Diöcese ob und er kann auch etwaige Lücken des jus commune für seine Diöcese durch seine Anordnungen ergänzen; bischöfliche Anordnungen, die gegen das kirchliche jus commune verstossen, sind null und nichtig; aber es ist kein eigenmächtiges Hinwegsetzen über dieselben zulässig, sondern es muss von denjenigen, die sich dadurch verletzt halten und die einen formellen oder materiellen Widerspruch gegen das jus commune in einer bischöflichen Anordnung finden wollen, die höhere kirchliche Instanz, und die ist bei einer solchen causa major der päpstliche Stuhl, um eine Nichtigkeitserklärung angegangen werden; um so weniger aber kann die *Verbindlichkeit* bischöflicher Anordnungen dadurch angefochten werden, dass man in dieser oder jener Richtung etwa behaupten kann und mit Recht oder Unrecht geltend macht, es hätte der Bischof dieses oder jenes besser und zweckmässiger in anderer Weise geordnet und angeordnet. Die entscheidende Stimme bei der Diöcesangesetzgebung ist die des Bischofs, und jeder Diöcesane, Kleriker wie Laie, der auf irgend welche glaubhafte Weise Kenntniss von der Anordnung seines Bischofs erlangt, ist kirchlich daran gebunden, bis die höhere Instanz einen etwaigen Widerspruch der einzelnen bischöflichen Verfügung für nichtig erklärt. Auch die Decrete, die ein Bischof als Decrete einer Diöcesansynode publicirt hat, sind für jeden Diöcesanen, der sie kennen lernt als bischöfliche Decrete verbindlich, Keiner darf sich nach seinem blossen subjectiven Ermessen darüber hinwegsetzen, sondern es ist der päpstliche Stuhl anzugehen mit einer Beschwerde, wenn dieser oder jener ohne Noth nicht zur Berathung zugezogen ist, und um Nichtigkeitserklärung, wenn der Inhalt eines Decrets gegen das jus commune verstösst. (*Vering.*)

Inhalt.

III. Bibliographie.

Berichtigungen.

Bd. XIX. S. 118. Z. 5. v. o. lese man: Eigenthum statt Liegenschaften.
Zu Bd. XX. S. 314. sehe man die S. 435. Note 1. angegebenen Berichtigungen.
S. 79. Zeile 4. von oben lese man 1868 statt 1866.



Redaction: Professor Dr. Vering zu Heidelberg.



